C 21734 D

Arbeitsrecht für Frauen S. 28



Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 105 31.5.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

England: Knapp an der Atomkatastrophe vorbei!

Vorfälle in England, die um ein Haar zu einer Katastrophe geführt hätten, haben erneut auf die unberechenbaren Gefahren aufmerksam gemacht, die mit der sogenannten „friedlichen Nutzung der Kernenergie" verbunden sind. Innerhalb von nur sechs Wochen ereigneten sich in England drei schwere Unfälle beim Transport von radioaktivem Material:

– An einem Bahnübergang entgleiste ein Güterwagen mit einem Container für radioaktiven Brennstoff und atomare „Abfälle". Angeblich war der Container gerade leer. Schon einige Wochen zuvor war ebenfalls ein solcher Güterwagen entgleist.

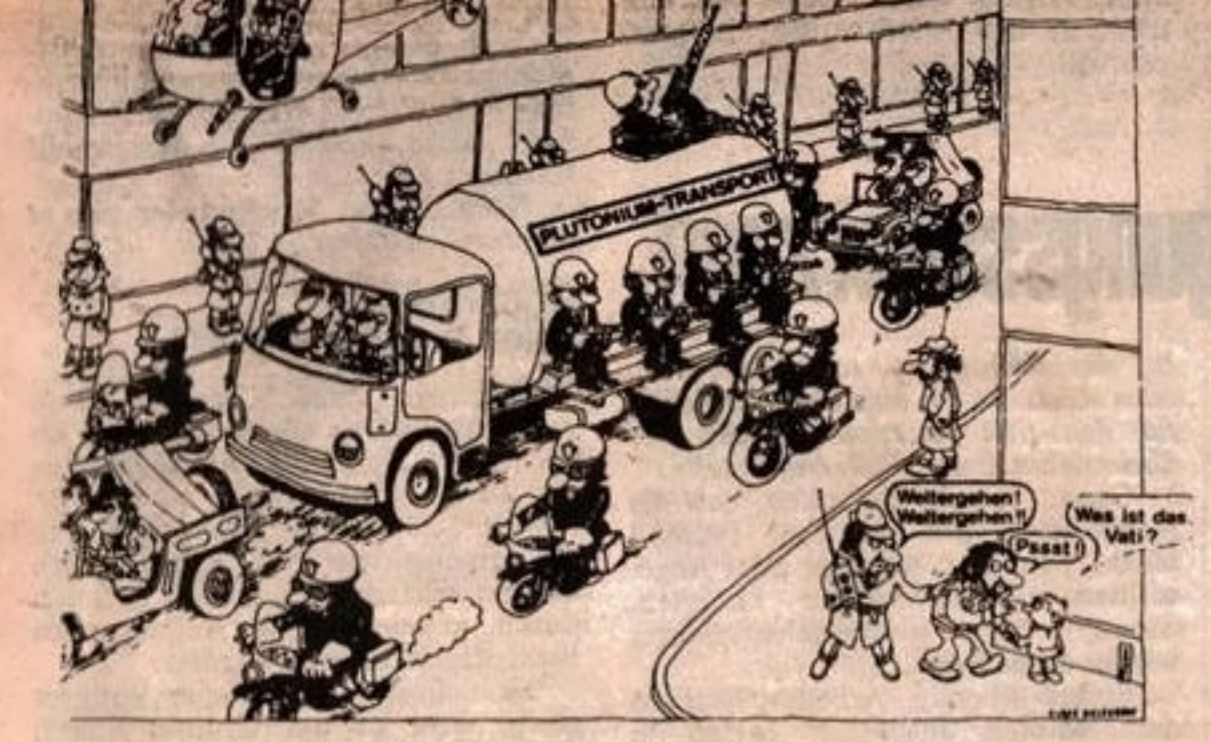
– Bei einem Verkehrsunfall auf einer Landstraße überschlug sich ein Lastwagen, der mit einem 15 Tonnen schweren Container mit radioaktiven Brennstoffen (Uran-Hexafluorid) beladen war. Diesel-Treibstoff lief aus und drohte, in Brand zu geraten.

Dieser „Verkehrsunfall" hätte *„fürchterliche Folgen für Millionen von Menschen haben können"* („Hamburger Morgenpost", 21.5.).

Ein Wissenschaftler vom Hamburger Atomforschungszentrum DESY meinte dazu: *„Daß Kernbrennstoff in der Form von Uran-Hexafluorid transportiert wird, ist in der Literatur (!) nicht vorgesehen. Diese Verbindung ist ungeheuer giftig – 0,05 Milligramm pro Kubikmeter Luft sind bereits tödlich – abgesehen von der radioaktiven Strahlung. Uran-Hexafluorid wird bereits bei 56 Grad gasförmig"* („Hamb. Morgenpost", s.o.).

Der Transport radioaktiver Stoffe bringt zusätzliche Gefahren bei der „friedlichen Nutzung der Kernenergie": Unfälle, mit der großen Gefahr, daß ein Container „leck" wird (also radioaktive Strahlung und Giftstoffe frei werden, die sich rasch ausbreiten), Feuer fängt usw.

Frage: Wie werden die großen Mengen von Atombrennstoffen befördert, die für die im Betrieb befindlichen Atomkraftwerke in unserem Land benötigt werden? In Güterzügen? Mit Lastwagen auf der Autobahn? Der Tod fährt mit.



Polizeiüberfall auf Göttinger AStA



In einer zentral geplanten und durchgeführten Aktion haben am Freitag (27.5.) unter dem „Schutz" der Bereitschaftspolizei 12 Staatsanwälte, Beamte der Kripo und Angehörige der Abteilung „T" („Terror") des Bundeskriminalamtes den AStA der Uni Göttingen, die AStA-Druckerei, das Büro des KBW, den Roten Buchladen und 17 Privatwohnungen überfallen und durchsucht. Die Durchsuchung der AStA Druckerei wurde von 40 Polizisten gesichert, die z.T. mit Maschinenpistolen im Anschlag in die Druckerei eindrangen. Eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei sicherte diesen Überfall vor protestierenden Studenten, während ihre Kollegen von Kripo und Staatsanwaltschaft, die sich gewaltsam Zugang zu den Räumen des AStA verschafft hatten, den AStA mehrere Stunden von oben nach unten kehrten.

Die Zimmer derjenigen Studenten, die während der Aktion nicht zu Hause waren, wurden aufgebrochen und z.T. schwer verwüstet. Eine Aufstellung über das beschlagnahmte Material wurde den Betroffenen nicht hinterlassen.

Im AStA wurde bergeweise politisches Material beschlagnahmt, dessen Auswertung nach Auskunft der Staatsanwaltschaft erhebliche Zeit in Anspruch nehmen wird. Insbesondere hatten es die Ordnungshüter auf alles abgesehen, was in irgendeinem Zusammenhang mit den Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde steht. Im AStA Druckzentrum wurden die Druckplatten für den Aufruf der Bürgerinitiativen zum Anti-Atom Pfingstlager in Grohnde beschlagnahmt. Es gab nichts, was vor den langen Fingern der Schnüffler sicher war.

Anlaß für diese größte Polizeiaktion in der Geschichte der Studentenbewegung gegen einen linken AStA war ein „Buback-Nachruf" in der AStA-Zeitung „göttinger nachrichten", in dem ein namentlich nicht genannter „Mescalero" sich von dem Attentat auf Buback aus politischen Gründen distanziert, allerdings eine „klammheimliche Freude" über Bubacks Ende nicht

Fortsetzung auf Seite 2

Putsch in Angola gescheitert

In den frühen Morgenstunden des 27.5. schlug in Angolas Hauptstadt ein Putschversuch fehl. Bei Feuergefechten in der Nähe des Präsidentenpalastes, dem Gebäude des Generalstabes und dem Gefängnis sollen insgesamt mehr als hundert Menschen ums Leben gekommen sein, darunter angeblich auch zahlreiche hohe MPLA-Funktionäre, u.a. Finanzminister Sayidi Mingas („ap-al"-Meldung, 28.5.). Die Putschisten hatten vorübergehend den Radiosender Luandas besetzt. Sie stellten sich dort als „Aktionskomitee der MPLA" vor, das eine *„Aktion zur Befreiung von Veteranen der Bewegung"* durchführe, *„die fälschlich des Hochverrats bezichtigt und inhaftiert"* worden seien. Besagte „Befreiungsaktion" galt dem am 20.5. aus dem ZK der MPLA ausgeschlossenen Nito Alves (bis Herbst '76 Innenminister Angolas) sowie dem ebenfalls abgesetzten Politischen Kommissar der Armee, Van Dunem. Alves gilt als Kopf des Putschversuches („ap-al"-Meldung, 27.5.).

Original-Aussagen der MPLA nach dem Scheitern des Putsches lagen uns bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Während Radio-DDR den Putschversuch als „pro-imperialistisch" bzw. „reakionär" kennzeichnete, sind sich die westlichen „Experten" noch unschlüssig. Die Korrespondenten der Nachrichtenagentur „ap-al" charakterisierten Alves als „Moskau-Anhänger", z.T. als „radikalen Marxisten":

„Alves und Van Dunem gelten als eindeutig Moskau-orientiert, während Neto offenbar einen unabhängigen Kurs zu steuern sucht." („ap-al", 27. 5.). Dagegen behauptet der Korrespondent von dpa geradewegs das Gegenteil:

„Beide werden als afrikanische Nationalisten" angesehen, sie *„hatten die Regierung öffentlich angeklagt, Angola mehr und mehr unter den Einfluß der Sowjetunion und Kubas zu bringen"* (dpa, 27.5.).

Zum Ausschluß Alves aus der MPLA hatte Politbürosekretär Lucio Lara am Donnerstag (26.5.) eine Erklärung abgegeben. Hier wurde Alves *„Fraktionsbildung"* vorgeworfen; er habe ein „Geheimkomitee" gegründet mit dem Ziel, *„die Macht an sich zu reißen"*. Außerdem hätten „die Abweichler" versucht, „mit dem Vor-

Fortsetzung auf Seite 2

Bundesarbeitsgericht hebt Kündigungsschutz auf

Am 26. Mai 1977 wurde vom Bundesarbeitsgericht ein Urteil gefällt, das faktisch das Kündigungsschutzgesetz aufhebt. Nach diesem Urteil soll es für die gekündigten Kollegen während der Dauer der Arbeitsgerichtsprozesse durch die verschiedenen Instanzen kein Beschäftigungsrecht mehr geben. Selbst wenn die erste und zweite Instanz der Arbeitsgerichte die Kündigung für unwirksam erklären, bleibt der Gekündigte so lange draußen, bis die oberste Instanz, das Bundesarbeitsgericht, entschieden hat – und das dauert Jahre. Nach diesem Urteil können die Kapitalisten willkürlich Entlassungen aussprechen und durchsetzen. Auch bei offensichtlich illegalen Kündigungen und auch wenn dies von den Arbeitsgerichten festgestellt wird, ist das Recht auf Weiterbeschäftigung ausgeschlossen.

In dem konkreten Fall ging es um einen fortschrittlichen Kollegen, Betriebsrat und Mitglied der HBV-Betriebsgruppe Iduna, dem die Versicherungskapitalisten im August 1975 nach der Verteilung eines Flugblatts fristlos gekündigt hatten.

Im September verfügte das Arbeitsgericht Hamburg in einem Einstweiligen-Verfügungs-Verfahren die Weiterbeschäftigung des Kollegen. Seit diesem Urteil war der Kollege auch wieder an seinem Arbeitsplatz und als Betriebsrat tätig. In zwei Instanzen wurde die Unwirksamkeit der Kündigung festgestellt.

Die Iduna hat die juristischen und politischen Niederlagen nicht ruhen lassen. Mit den teuersten Anwälten machten sie sich daran, den Kollegen aus dem Betrieb zu werfen. Daß es nicht nur darum ging, beweisen wochenlange Diskussionen um den „Fall Iduna" und das Beschäftigungsrecht in juristischen Fachzeitschriften.

Vor einigen Jahren haben fortschrittliche Gewerkschafter und linke Rechtsanwälte v.a. in Hamburg das Recht auf Weiterbeschäftigung durchgesetzt. In Schnellverfahren (mit Hilfe von Einstweiligen Verfügungen) wurde festgestellt, ob die Kündigung nach dem ersten Anschein unwirksam ist und wenn dies bejaht wurde, dann wurde in vielen Fällen der Kapitalist dazu verpflichtet, den gekündigten Kollegen solange weiterzubeschäftigen, bis das Kündigungsschutzverfahren endgültig entschieden ist. Mit dieser Rechtssprechung, die in Hamburg von liberalen Arbeitsrichtern in mindestens 50 Fällen angewendet wurde, haben die Kapitalisten eine empfindliche Schlappe erlitten. Ihr Ziel der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch das Raussäubern der kämpferischsten Kollegen konnte nicht mehr so ohne weiteres durchgesetzt werden. Das Weiterbeschäftigungsrecht wurde in den letzten Jahren gerade in den Fällen angewendet, wo fortschritt-

Fortsetzung auf Seite 2

Polizeiüberfall auf Göttinger AStA

Fortsetzung von Seite 1

verhehlen mochte (siehe AK 104).

Gegen den unbekannten Verfasser und den AStA hatten bereits vor Wochen der Göttinger RCDS (Studentenorganisation der CDU), CDU-Landtagspräsident Müller und Bundesjustizminister Vogel Strafanzeige wegen *„Billigung einer Straftat"* und *„Verunglimpfung des Andenkens und der Ehre eines Toten"* gestellt. Gleichzeitig wurde mit einer massiven Hetzkampagne in der Presse versucht, den Göttinger AStA in das „Lager des Terrorismus" zu schieben. Die Staatsanwaltschaft hat die Anklage inzwischen auf „Volksverhetzung" (!) erweitert, weil *„die Tendenz des Artikels ... die Personen in ihrer Menschenwürde* (angreift), *die berufsmäßig* (!) *mit politischen Gewalttätern befaßt sind"...*

Ferner: *„Am 13.11. führte der AStA ... eine Fahrt von Göttingen nach Brokdorf und zurück aus, zum Zwecke der Demonstration gegen das in Brokdorf geplante Kernkraftwerk ... Es besteht der dringende Verdacht der Untreue, ... der satzungswidrigen Verwendung von Haushaltsmitteln der Studentenschaft..."*

Es geht längst nicht mehr um den „Buback-Nachruf", sondern um die politischen Aktivitäten der linken ASten insgesamt und um die Wahrnehmung des politischen Mandats.

Durchsucht wurden die Privatwohnungen jetziger und ehemaliger AStA-Mitglieder sowie von Studenten, bei denen Hinweise auf den Urheber des „Mescalero-Artikels" vermutet wurden. Daß hier in einigen Fällen selbst jeder einigermaßen begründete Zusammenhang fehlte, störte die Staatsschützer wenig. In einem Fall stellte derselbe Richter für ein und dieselbe Amtsperiode im AStA einen Durchsuchungsbefehl gegen zwei Finanzreferenten aus!

Besonders dreist und waghalsig ist die „Begründung" für die Durchsuchung des linken Buchladens: *„Der Artikel* (über Buback, d. Red.) *spricht ferner den Roth-Otto-Prozeß in Köln an. Nach den Ermittlungen ist der Buchladen die Kommunikationsstelle für das ‚Roth-Komitee'. ...Es ist daher zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln ... führen wird, die nähere Rückschlüsse darauf zulassen, w e r den Artikel verfaßt oder an der Abfassung mitgewirkt hat."* Und als „Beweismittel" wurden 97 Schriften beschlagnahmt, von Alternativzeitungen bis zu einer Fotokopie von P. Boehnisch's Hetzartikel „Jungfrau von Brokdorf"...

Krasse Rechtsbrüche begleiteten die Aktion:

nähere Rückschlüsse darauf zulassen, w e r den Artikel verfaßt oder an der Abfassung mitgewirkt hat." Und als „Beweismittel" wurden 97 Schriften beschlagnahmt, von Alternativzeitungen bis zu einer Fotokopie von P. Boehnisch's Hetzartikel „Jungfrau von Brokdorf"...

Krasse Rechtsbrüche begleiteten die Aktion:

- den Betroffenen wurde jede Rechtsmittelbelehrung verweigert
- mehrfach wurde den Betroffenen aus „ermittlungstaktischen Gründen" der Durchsuchungsbefehl erst nach Abschluß der Aktion ausgehändigt,
- einem herbeigerufenen Rechtsanwalt wurde der Zutritt zu dem Zimmer einer Betroffenen verwehrt, die sich zu dem Zeitpunkt der Durchsuchung gar nicht in Göttingen aufhielt,
- in einem Fall wurde nicht nur das Zimmer des Beschuldigten, sondern gleich drei weitere Wohngemeinschaften in dem Haus durchsucht. Zu diesem Zwecke wurden mehrere Türen eingetreten.
- Im AStA wurde erst nach mehrmaliger Aufforderung ein Zeuge bei der Durchsuchung zugelassen.

Eine Studentin berichtet: *„Ich wurde sofort von einer Zivilpolizistin ins Bad geführt, mußte mein Nachthemd ausziehen und die Haare überm Nacken anheben. Sie haben sämtliche Bücher, Notizen, politische und Studienunterlagen, Zeitungen und Zeitschriften durchsucht. Sämtliche Tagebücher (von 1968 bis heute) wurden mitgenommen, private Briefe gelesen. Mein gesamter Bekanntenkreis ist damit erfaßt..."*

In einem anderen Fall wurden sämtliche Privatbriefe mitgenommen. Auffällig ist, daß die Bullen bei der Durchsuchung der Privatwohnungen nicht nur an „politischem Beweismaterial", sondern vor allem an persönlichen Unterlagen der Betroffenen interessiert waren.

Der Polizeiüberfall auf den AStA, die Druckereien, Einzelpersonen usw. sprach sich wie ein Lauffeuer herum. Als erste Protestaktion besetzten gegen 10.30 h etwa 150 Studenten eine vielbefahrene Straßenkreuzung und legten für eine halbe Stunde den Verkehr lahm. Sofort wurde deutlich, daß die Polizei nicht nur zur „Absicherung" der Durchsuchungen aufmarschiert war, sondern gerüstet war, gegen (von den Verantwortlichen sicherlich erwarteten) Protestaktionen vorzugehen. Acht Manschaftswagen rückten an, um die Kreuzung zu räumen. Um eine (aussichtslose) Konfrontation zu vermeiden, zogen sich die Studenten zurück und formierten spontan einen Demonstrationszug in die Innenstadt, der schnell auf mehrere Hundert anwuchs. Nach einer kurzen Kundgebung wurde beschlossen, zum „Göttinger Tageblatt" zu ziehen, wo durch eine Besetzung der Redaktion gegen die wochenlange „Terroristenhetze" protestiert und der Forderung Nachdruck verliehen werden sollte, eine unzensierte Stellungnahme des AStA abzudrucken.

Auch hier stellten die herbeigerufenen Bullen die „Pressefreiheit" wieder her.

Durch diese Aktionen und die Agitation in den noch stattfindenen Seminaren wurde für eine Demonstration am frühen Nachmittag mobilisiert, die mit ca. 2000 Studenten eine der kämpferischsten war, die es in den letzten Jahren in Göttingen gegeben hat. Die Studenten zogen zuerst zum Gebäude der Staatsanwaltschaft, wo kurze Zeit später 100 Bullen auftauchten, um ihr „Hauptquartier" zu schützen.

Von den Demonstranten wurde die Taktik eingeschlagen, über die Polizeiaktionen zu informieren, die in der ganzen Stadt verstreuten Bullen in ständiger Bewegung zu halten, und durch direkte Aktionen ihren Protest zu verstärken.

Eine solche Aktion war eine kurzfristige Besetzung von zwei Gleisen auf dem Bahnhof. Diese Aktion (die vom KBW heftig bekämpft wurde) nahmen die Bullen für einen brutalen Knüppeleinsatz zum Anlaß.

Ohne Warnung wurde auf die Studenten eingeknüppelt, die sich bereits zurückzogen. Ein Demonstrant berichtet: *„Ich war einer der letzten auf den Schienen, nachdem die Bullen heruntergesprungen waren... Ich ging, wohl instinktiv, in die Defensive, hob die Arme hoch. Drei Bullen schlugen auf mich ein und hoben mich auf den Bahnsteig. Ich hatte Angst und wollte weg. Im Laufen gab ich die Deckung auf, woraufhin ich einen Schlag auf den Kopf und in die Genitalien erhielt. Ich habe geschrien, konnte kaum gehen, mir war so schwindelig, daß ich getorkelt bin. Ich knallte auf einen Gepäckwagen und blieb liegen. Dennoch schlugen die Bullen noch weiter auf mich ein, mich trafen etwa 2 - 3 Schläge. Nachdem ich dann aufgestanden war, sah ich, wie Bullen auf andere völlig grundlos einschlugen."*

Eine Zivilistin fragte einige Bullen: *„Wie können Sie eigentlich so auf Menschen einschlagen?"* – Antwort eines Bullen: *„Wo sind hier Menschen?"*

Auf einem anschließenden Teach-in wurde beschlossen, am Sonnabend erneut zu demonstrieren – diesmal unter Beteiligung von Delegationen anderer Hochschulen. Die gerade beginnende VDS-Mitgliederversammlung wurde genutzt, um die ASten der anderen Hochschulen zu informieren. Soweit es in der Kürze der Zeit möglich war, wurde von verschiedenen ASten in ihren Städten mobilisiert, dies trifft jedoch lediglich für die Basisgruppenfraktion zu, während sich vor allem die Fraktion von MSB und SHB zu wilden Hetztiraden hinreißen ließen (siehe Artikel in diesem AK).

So nahmen denn neben Studenten aus dem südniedersächsischen und nordhessischen Raum auch Delegationen aus Aachen, Bochum, Frankfurt, Heidelberg und Hamburg teil (kein Anspruch auf Vollständigkeit). Dieses Beispiel konkreter Solidarität sollte Schule machen. Die Demonstration, die mit ca. 2.500 Studenten noch größer war als die am Vortag, wurde durch Parolen geprägt wie: *„Bullen raus aus der Uni"*, *„Die Knüppel der Polente sind ihre Argumente"*, *„Ein Kopf aus Holz, ein Knüppel aus Gummi – das ist die totale Uni"*, die von den Passanten überaus positiv aufgenommen wurden.

Im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen des letzten Semesters sind die diessemestrigen bisher relativ ruhig verlaufen, was seinen Grund in der flexiblen Haltung des Staatsapparats gegenüber der Studentenbewegung hat. Anders als noch in den vergangenen Semestern wird mit dem Einsatz der Polizei „zurückhaltender" umgegangen. Ganz offensichtlich scheut sich die Bourgeoisie, durch einen allzu harten Konfrontationskurs die Entwicklung einer „neuen APO" allzu schnell voranzutreiben. Die Ereignisse in Göttingen haben jedoch bewiesen, daß diesem Konzept einerseits Sand ins Getriebe geworfen werden kann und die Bourgeoisie andererseits auf jede weitere Radikalisierung der Studentenbewegung mit aller Härte reagiert. Diese Auseinandersetzungen sollten gerade denjenigen zu denken geben, die nach den Kämpfen im Wintersemester auf einen ruhigeren Verlauf der Dinge orientierten. Göttingen war nur der Vorbote größerer und härterer Konfrontationen an den Hochschulen – ob dies die Linke will oder nicht, dieser Kurs wird ihr von der Bourgeoisie aufgezwungen, die sich eine „neue APO" auf gar keinen Fall leisten will und auch nicht leisten kann, wenn sie ihre Pläne an den Hochschulen durchsetzen will.

KB/Gruppe Göttingen

Affäre Grunert

Die Bestürzung war in allen Lagern groß: Am 21.5. wurde Rolf Grunert, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) wegen Spionageverdacht für ein „Ostblockland" festgenommen. Bestürzung bei den Linken, denn so einer wie Grunert kann doch nun wirklich kein „DDR-Spion" sein; Bestürzung bei den Rechten, denn Grunert war einer ihrer Lieblinge.

Grunert – Für eine Polizei nach FBI-Vorbild

Der Kriminaloberkommissar, der neben seiner Tätigkeit im BKA auch Personalratsvorsitzender der Hamburger Kriminalpolizei war, hat oft und laut von sich reden gemacht:

- 1971 hatte er Franz Josef StrauSS nach Hamburg zu einem öffentlichen Vortrag eingeladen. Grunert erklärte auf dieser Versammlung, **„die Gewerkschaften seien die Todfeinde der Demokratie"** (FR, 23.5. 77).

Seither hat er es sich selbst mit der nicht gerade fortschrittlichen Hamburger Polizeigewerkschaft und der Polizeiabteilung in der ÖTV verdorben.

- Für den BDK forderte er mehrfach nach dem Vorbild des FBI die *„Schaffung einer zentralen deutschen Bundespolizei, die aus der Kompetenz der Länder ausgegliedert werden soll"* (FR, 23.5.). Die Lage der westdeutschen Kripo sei unerträglich; er forderte eine Fusion sämtlicher Nachrichtendienste („Welt", 23.5.).
- 1972 beschuldigte Grunert den damaligen stellvertretenden Hamburger Kripo-Chef Bertling, er habe in einem Vortrag vor Beamten erklärt, es gebe Sachbearbeiter „die wissen alles besser, die gehören am besten in den Gasofen" („Welt", 23.5.). Es wurde nicht eindeutig geklärt, ob Bertling das wirklich gesagt hatte.
- 1974 soll die Staatsschutzabteilung der Hamburger Kripo bei einem privaten Händler Wanzen gekauft haben. Grunert stellte dazu fest, daß nicht der Besitz solcher Geräte ein Skandal sei, wohl aber, daß man sie auf dem freien Markt kaufen könne (FR, 23.5.).

„Es liegt die Vermutung nahe, daß die betreffenden Geräte auch behördeninterne Verwendung gefunden haben". Und siehe da: Kurz darauf entdeckten Beamte eines Peiltrupps tatsächlich in Grunerts Personalratszimmer eine Wanze. Wer sie dort deponiert hatte, konnte nie festgestellt werden.

Nach diesem Strickmuster gab es mehrere „Affären".

Grunert – Spion des „Ostblocks"?

Offenbar stand Grunert schon *„seit mindestens einem Jahr in Verdacht, den Staatssicherheitsbehörden*

...ruen.

Nach diesem Strickmuster gab es mehrere „Affären".

Grunert – Spion des „Ostblocks"?

Offenbar stand Grunert schon *„seit mindestens einem Jahr in Verdacht, den Staatssicherheitsbehörden*

der DDR Informationen zu liefern" („Welt", 23.5.). Was bisher an Beweisen vorgelegt wurde, scheint hingegen äußerst dürftig zu sein und ist auch durch geheimnisvolle Andeutungen nicht stichhaltiger geworden.

Das einzige, was bisher konkret gesagt wird ist, daß Grunert Reisen nach „Ost-Berlin" unternommen hat, ohne dies der Hamburger Polizeiführung zu melden.

Uns kann es relativ egal sein, wenn Leute vom Schlage Grunert wegen interner Machtkämpfe der Spionage bezichtigt werden. Daß Grunert, einmal mit einem solchen Vorwurf behaftet, weg vom Fenster ist, kann nicht schaden. Der nächste Vorsitzende des BDK wird allerdings wohl auch keine andere Politik machen. re Politik machen.

Nicht egal kann es uns sein, wenn sich der Vorwurf tatsächlich bestätigen sollte, Grunert sei ein DDR-Agent. Wenn die DDR tatsächlich Leute für sich arbeiten läßt, die den Ausbau einer Bundespolizei fordern, die die Gewerkschaften als „Todfeinde der Demokratie" bezeichnen, die eine Fusion sämtlicher Nachrichtendienste fordern, die also Exponenten einer durch und durch reaktionären Politik sind, dann stinkt das zum Himmel!

Der Kommentar in der „UZ", Zeitung der DKP, vom 24.5. 77 läßt nichts Gutes ahnen: Kein Wort zur reaktionären Politik Grunerts, im Gegenteil: Die „UZ" zitiert kommentarlos eine Hamburger Zeitung, in der die Vermutung ausgesprochen wird, *„daß Grunert möglicherweise sogar wegen seiner gewerkschaftlichen (?!?) Aktivitäten abgehört wurde und die Bundesanwaltschaft die Flucht nach vorn angetreten habe ..."* („UZ" 24.5.77).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Bundesarbeitsgericht hebt Kündigungsschutz auf

Fortsetzung von Seite 1

liche Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter und linke Kollegen unter den fadenscheinigsten Vorwän-

schäftigung verpflichtet sein" (Aktenzeichen: 2AZR632/76).

Durch dieses Urteil ist der kapitalistischen Willkür bei Kündigun-

ruf der Kündigung, so ist im Urteil vom Amts wegen eine Entschädigung für den Fall festzusetzen, daß der Unternehmer den Widerruf ablehnt"

Bundesarbeitsgericht hebt Kündigungsschutz auf

Fortsetzung von Seite 1

liche Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter und linke Kollegen unter den fadenscheinigsten Vorwänden und mit illegalen Methoden von den Kapitalisten rausgesiebt werden sollten.

Der Spruch des Bundesarbeit g e b e r gerichts

Seit den ersten Fällen von Weiterbeschäftigung drängten die Kapitalisten auf ein höchstrichterliches Urteil. Und das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat seinem Namen als Bundesarbeit g e b e r gericht alle Ehre gemacht: Obwohl es in der Regel mindestens ein bis zwei Jahre dauert, bevor ein Prozeß vom Landesarbeitsgericht zum Bundesarbeitsgericht gelangt, hatte das BAG für diesen Fall einen Termin bereits nach wenigen Monaten frei. Die mündliche Verhandlung war eine Farce: Sie dauerte knappe 45 Minuten – die anderen Gerichte hatten sich über mehrere Termine mit dem Fall beschäftigt. Und bereits e i n e Stunde später lag eine gedruckte Presseinformation mit dem Kernstück des Urteils vor, in der es u.a. hieß:

„Zwar hat der Arbeitnehmer nach der ständigen Rechtssprechung neben dem Anspruch auf Zahlung des Arbeitsentgeltes auch einen Anspruch auf tatsächliche Beschäftigung. Das gilt aber grundsätzlich nur für die Zeit, in der das Arbeitsverhältnis unangefochten besteht, d.h. im Falle einer ordentlichen Kündigung auch bis zum Ende der Kündigungsfrist.

Für die Zeit danach bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Wirksamkeit der Kündigung besteht – von dem Sonderfall des § 102 Abs. 5 BetrVG abgesehen (das ist der Fall, daß der BR einer Kündigung ausdrücklich widersprochen hat, Anm. AK) – in der Regel kein Beschäftigungsanspruch. *Nur in Ausnahmefällen, z.B. bei einer offensichtlich unwirksamen Kündigung, kann der Arbeitgeber zur Weiterbeschäftigung verpflichtet sein"* (Aktenzeichen: 2AZR632/76).

Durch dieses Urteil ist der kapitalistischen Willkür bei Kündigungen unliebsamer Kollegen Tür und Tor geöffnet. Willkürlich kann der Kapitalist jeden Kollegen rausschmeißen, selbst wenn er in den Kündigungsschutzprozessen damit keine Aussicht auf Erfolg hat. Denn der gekündigte Kollege ist erst einmal weg vom Fenster: Er gewinnt in der ersten Instanz, dann geht der Kapitalist in die zweite Instanz. Erklärt diese die Kündigung auch für unwirksam, dann geht der Kapitalist eben vor das Bundesarbeitsgericht. Durch die planmäßige Unterbesetzung der Arbeitsgerichte dauert dieses Verfahren J a h r e. Und wenn ein Kollege die Ausdauer und den finanziellen Rückhalt hat, um den Instanzenweg durch die Arbeitsgerichte mitzumachen, dann springt für ihn am Ende in der Regel doch nur eine Abfindung heraus. Denn gerade die obersten Richter sind der Auffassung, daß es einem Kapitalisten gar nicht zuzumuten ist, einen Arbeiter weiterzubeschäftigen, der gegen ihn prozessiert hat. War die Kündigung rechtswidrig, dann muß der Kapitalist eben eine „Abfindung" zahlen, die er von seinem „Klimpergeld" nimmt.

In der Tradition der Nazis

Durch den Spruch des BAG sind gerade die Kollegen, die Mißstände im Betrieb angreifen, der totalen Willkür der Kapitalisten ausgeliefert. Das mühsame Verfahren der Arbeitsprozesse und das Verbot der Weiterbeschäftigung zielt auf die Vernichtung der Existenz der Kollegen. Mit ihrem Urteil stehen die Bundesarbeitsrichter in der Tradition ihrer Kollegen während des deutschen Faschismus. Im nationalsozialistischen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Ordnung" hieß es nämlich in § 57:

„Erkennt das Gericht auf Widerruf der Kündigung, so ist im Urteil vom Amts wegen eine Entschädigung für den Fall festzusetzen, daß der Unternehmer den Widerruf ablehnt".

Genau diesen Gedanken, daß die Kapitalisten mit ein paar tausend Mark j e d e n Arbeiter oder Angestellten rausschmeißen können, haben die Bundesarbeitsrichter wieder zurechtgerückt.

Einige liberale Arbeitsrichter in den unteren Instanzen hatten in einer Nichtbeschäftigung trotz rechtswidriger Kündigung einen Verstoß gegen die Würde des Menschen (Art. 1 Grundgesetz) gesehen. Deshalb haben sie die Weiterbeschäftigung bis zum Abschluß der Instanzenwege angeordnet.

Das BAG hat in bester Nazi-Tradition nicht die Würde des Menschen, sondern die beliebige Handhabung des „Eigentums" durch die Kapitalisten an die erste Stelle gesetzt und zum allgemeinen Leitgedanken ihrer „Rechts"sprechung gemacht. Die Verfassung der BRD garantiert v.a. das Eigentum an den Produktionsmitteln (Art. 4 Grundgesetz) und der **„Eigentümer kann mit seiner Sache n a c h B e l i e b e n verfahren"** (§ 903 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Bricht also der Kapitalist mit einer rechtswidrigen und damit eigentlich unwirksamen Kündigung den Arbeitsvertrag, dann haben jetzt die Bundesarbeitsrichter dafür gesorgt, daß die rechtswidrige Kündigung bestehen bleibt und für den gekündigten Kollegen allenfalls eine lächerliche „Abfindungs"summe herausspringt.

In Hinblick auf die im Frühjahr 1978 anstehenden Betriebsrätewahlen werden die Kaptialisten den Bundesarbeitsrichtern für dieses Urteil sicher dankbar sein und es systematisch bei der Heraussäuberung fortschrittlicher Kollegen anwenden.

Nennt man diese „Recht"sprechung Klassenjustiz, dann kann man wegen Beleidigung von Staatsorganen belangt werden ...

Putsch in Angola gescheitert

Fortsetzung von Seite 1

wurf, das Politbüro der MPLA sei maoistisch und antisowjetisch", die „unzerstörbare Freundschaft zwischen der MPLA und der KPdSU ... zu untergraben". („ap-al", 27.5. aus Belgrad – leider nur diese Satzfetzen aus Laras Rede).

Unsere engeren Freunde aus der MPLA hatten in früheren Diskussionen Nito Alves als „rechten Karrieristen" bezeichnet, der mit rassistischer Demagogie gegen „die Weißen" und Mischlinge die Macht in der Führungsspitze der MPLA ergreifen wollte, um auf diesem Weg einen „schwarzen Kapitalismus" in Angola zu installieren. – Gleichzeitig hatte Nito Alves zweifellos besonders enge Beziehungen zur Führungsspitze der revisionistischen Länder, insbesondere der SU. Aufgefallen war Alves auf internationalem Parkett des öfteren durch besonders übertriebene Lobhudeleien auf die Sowjetunion, die z.T. erheblich über den üblichen Rahmen „diplomatischer Artigkeiten" hinausgingen. Die internationale Revi-Presse hat besonders gern die „Ansprachen" etc. von Nito Alves zu diesem Thema nachgedruckt. – Innenpolitisch galt Alves als der erbittertste Gegner des linken Flügels innerhalb der MPLA ! Er soll sich für die Todesstrafe bei politischen Häftlingen eingesetzt und sich auch massiv gegen die Herausbildung der „poder popular" („Volksmacht", die Grundlage einer neuen Staatsform in Angola) gestemmt haben.

Afrika-Kommission

2. Juni in Westberlin

Am 2. Juni wird es in Westberlin eine Demonstration zum 10.Jahrestag der Ermordung von Benno Ohnesorg geben. Diese Demonstration wird von nahezu der gesamten Linken in Westberlin unterstützt. Weil selbst die SEW und ihr Studentenverband ADS zu dieser Demo aufrufen, rief andererseits der KSV zum Boykott der Demo auf: „Kein fortschrittlicher Student" könne sich daran beteiligen, weil es an Parolen gegen den Sozialimperialismus fehlt.

Initiatoren der Demonstration waren Teile des Aktionskomitees gegen Berufsverbote und des Zentralen Koordinationsrates (USTA an der FU), der „Lange Marsch" und das SB, die es schon bei den Verhandlungen über die Demo reichlich eilig hatten – so fand sich beispielsweise der KB, der gar nicht offiziell eingeladen worden war zu Verhandlungen, schon unter dem Aufruf wieder, ohne ihn offiziell unterschrieben zu haben, andere bedeutende Teile der Linken waren gar nicht zu Verhandlungen vorher eingeladen und durften nachher unterschreiben.

Hintergrund ist, daß die benannten Initiatoren schon längere Zeit daran gebastelt hatten, den 2. Juni ansonsten möglichst ausschließlich für ihre reformistischen Positionen zu pachten. So hatte dieser Kreis eine Podiumsdiskussion für den 4. Juni in Westberlin geplant, zu der andere linke Strömungen nur als Publikum zugelassen werden sollten.

Auf dem Podium sollten neben Dutschke vor allem die Teile des SB versammelt sein, die sich schon Jahre mit dem Gedanken herumschlagen, eine neue linkssozialdemokratische Partei aus der Taufe zu heben.

Gegen diese Veranstaltung wandten sich gemeinsam in einem „Offenen Brief" der LAUS-AStA-PH, FHSS Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung, LAUS FU, KB und SSB. Sie kritisierten, daß auf der Veranstaltung diskutiert werden sollte *„a l l e i n mit Leuten, die zum Teil wohl in der APO politisch aktiv waren, dafür aber in den wesentlichen heutigen Bewegungen (neue Studentenbewegung, Anti-AKW-Bewegung) absolut keine Rolle spielen."* Der 2. Juni solle vielmehr *„für alle Sektoren der westberliner Linken Anlaß sein, ihre Geschlossenheit im Kampf gegen die politi-*
„für alle Sektoren der westberliner Linken Anlaß sein, ihre Geschlossenheit im Kampf gegen die politi-
sche Repression zu demonstrieren, die während der letzten Jahre ein beängstigendes Ausmaß angenommen hat." Gleichzeitig wurde zu Verhandlungen aufgerufen für eine gemeinsame Veranstaltung am 3. Juni, um *„die zehnjährigen Erfahrungen der Studentenbewegung im Hinblick auf die heutigen Auseinandersetzungen"* zu diskutieren.

Die Reformisten sahen sich daraufhin zu einigen Zugeständnissen genötigt: Vorher hatte der Vertreter des AK FU zur Solidarität mit den politischen Gefangenen noch rotzfrech erklärt: „Horst Mahler würde eh nur langweilige Einschätzungen über die Weltlage bringen", Mahler, der damals wesentlich die Untersuchung über die Ermordung von Benno Ohnesorg getragen hatte; vorher hatte auch die Runde der Reformisten provokativ oder vielleicht – noch schlimmer – ahnungslos gefragt, wer denn der Göttinger AStA sei.

Aber auch den ihnen vielleicht bekannteren AStA der PH wollte man nicht auf dem Podium haben, der ausgerechnet am 2. Juni vor Gericht soll, weil er die Studenten aufgerufen hatte, sich die Scheine selbst zu holen.

Nach dem „Offenen Brief" behauptete auf einmal das AK FU in einer Stellungnahme (abgedruckt in „Radikal", Nr. 22), daß die „Probleme der politischen Gefangenen" ebenso wie etwa „Ansätze autonomer Selbstorganisation" (z.B. Frauenbewegung und Studenten) *„mitreflektiert werden müssen"*, daß verstehe *„sich von selbst (!??) und sei auch geplant"*. Einmal hatte man Schily eingeladen und Leute aus ihren Reihen „zu Vertretern autonomer Bewegungen" deklariert, außerdem soll jetzt von K.H. Roth ein Beitrag verlesen werden „dürfen".

Auf dieser Grundlage wird dann behauptet, daß der KB mit dem „Offenen Brief" seine Versuche verstärkt, *„durch Gerüchte und Hintertreppeninformationen politische Auffassungen durchzusetzen"*. Solche „Offenen Briefe" würden „jenes Politikverständnis" ausdrücken, das eine *„Diskussion zum unfruchtbaren politischen Preisboxen degradieren muß"*. Das Bedauerliche bei diesen Leuten ist, daß sie unter Auseinandersetzung nicht einmal mit Preisboxen, sondern mit Schlägen unter die Gürtellinie verwechseln, was beim Preisboxen immerhin verboten wäre.

Die Veranstaltung der Reformisten soll unter dem Motto laufen, daß *„die bisher erarbeiteten ‚Politrezepte' sich als untauglich erwiesen"* hätten, und es soll angeblich *„eine Auseinandersetzung derjenigen sozialistischen Linken erfolgen, die sich nicht verschiedenen ausformulierten Strategien verpflichtet wissen"*, diese Kreise sollen dort *„Fragen ausformulieren"*.

Tatsache ist aber, daß sie gleichzeitig alle diejenigen Teile der Linken ausgebootet haben, die nicht ihren reformistischen Vorstellungen hinterherzutraben gedenken.

In übertriebener Beschränkung haben die Veranstalter vom 4. Juni offensichtlich aber auch vergessen, Bernd Rabehl einzuladen, der sich als hervorragender Sprecher dieses Kurses in Heidelberg empfohlen hatte.

Dort wird eine Dolchstoßlegende der Studentenbewegung aufgetischt, wo die Organisationen als „Zersetzungselemente der APO" bezeichnet werden, die sich sowieso am „Abwirtschaften" befinden. Also muß jetzt eine Organisation der Unorganisierten her, denn, so Rabehl: „Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß alle Versuche nach 1969 gescheitert sind, entweder die APO über Avantgardeparteien in eine kommunistische oder sozialistische Arbeiterbewegung zu transformieren oder die SPD in die sozialistische Politik zu drücken oder die DKP aus ihrer Traditionsgebundenheit an das UdSSR- und DDR-System zu lösen und politisch an die Taktik des Eurokommunismus anzunähern" (alle Zitate nach „Radikal", Nr. 22).

Richtig ist, daß Rabehls eigene Versuche in diese Richtungen sämtlichst mit Bruchlandungen geendet sind. Die Bewegung sollte sich in der Tat weitere solche Niederlagen ersparen.

Aktionseinheit zum 2. Juni mit Schwierigkeiten

Aktionseinheit zum 2. Juni mit Schwierigkeiten

Zu den AE-Gesprächen für eine Veranstaltung am 3. Juni, die die aktiven Linken in Westberlin umfassen sollte, kamen anfangs auch eine ganze Reihe Initiativen und Gruppen. Auch die „KPD" war mit breiter Palette erschienen. Sie sprang allerdings im Dreieck, als erklärt wurde, es würde kein politischer Gefangener sprechen, wenn von der CIS (iranischer Studentenverband, der mit der „KPD" zusammenarbeitet) etwa das Schah-Regime in irgendeiner Form positiv dargestellt würde (Kampf gegen die Supermächte).

Nach dieser Auseinandersetzung zog die „KPD" mit ihrem Verein aus und kündigte eine eigene Veranstaltung für die Räume der gleichzeitig laufenden Italienveranstaltung an, die sie sich notfalls nehmen wollen (lt. Wandzeitung).

Ein großer Teil anwesender Initiativen und Gruppierungen zog sich während dieser Auseinandersetzungen aus den Verhandlungen zurück. Dabei muß insgesamt gesehen werden, daß wenig Bereitschaft innerhalb der aktiven Linken besteht, über die Demonstration am 2.6. hinaus etwas auf die Beine zu stellen, geschweige denn sich Aktionen der alten APO dabei zum Vorbild zu nehmen. Diese Position wurde noch zusätzlich durch die Auseinandersetzung zwischen den Unterzeichnern des „Offenen Briefes" gestärkt.

Es ging dabei um die Veranstaltung an sich untergeordnetere Frage, ob die CISNU allein oder zusätzlich auch die CIS reden sollte. Erst nach längerem Hin und Her – auch unter den KB-Genossen war umstritten, ob in dieser Frage ein Kompromiß geschlossen werden könne – gab es in dieser Frage eine Übereinkunft. Damit wurde erneut die Möglichkeit geschaffen, jetzt endlich breiter für eine Diskussion über die „Erfahrungen der Studentenbewegung in Hinblick auf die heutigen Auseinandersetzungen" zu mobilisieren, wie es im „Offenen Brief" gefordert worden war.

Benno Ohnesorg war nur der Anfang

Aufruf anläßlich des 10. Todestages von Benno Ohnesorg

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg bei der Demonstration gegen den Schah erschossen wurde, wußten wir noch nicht daß deutsche Geheimdienste seit 1959 die Verfassung der BRD brechen und in der Bundesrepublik lebende iranische Bürger und Studenten der iranischen Geheimdienstorganisation SAVAK denunzieren. Obwohl ein hoher iranischer Politiker das vor wenigen Monaten bekanntgegeben hat, wissen wir heute noch nicht, ob einige Hundert oder "nur" einige Dutzend Menschen durch diesen Verfassungsbruch deutscher Behörden vom Leben zum Foltertod gebracht wurden. Damals sah eine kleine Minderheit den Zusammenhang zwischen der Erschießung eines unbewaffneten, zusammengeschlagenen Studenten und dem Zusammenspiel der neuen deutschen Machtpolitik. 1977 haben wir die Achse Bonn–Theheran und das Kulturabkommen mit dem Iran - eines Regimes, das amnesty international als das ärgste Folterregime der Welt bezeichnet.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, wußten wir nicht, wieviele Menschen den Polizeikugeln, den Fehlinformationen und den Weisungen von Oben zum Opfer fallen würden. Heute wissen wir, daß es eine dreistellige Zahl ist. Nicht nur Demonstranten, nicht nur sogenannte " Politische", oder "Extremisten", oder "Terroristen" – auch Kinder, auch Halbwüchsige, die ein Fahrrad klauen wollten oder mit den eigentlichen Zielen der Menschenjagd verwechselt wurden fielen diesen Schüssen zum Opfer. Aber es war immer Notwehr oder vermeintliche Notwehr – nie Todschlag, nie Mord. Auch die Polizisten selbst wurden betrogen. Vor der Erschießung Benno Ohnesorgs hatte der Polizeifunk verbreitet, daß soeben zwei Polizisten von Studenten erstochen worden seien. Ohne diese Lügenmeldung, die noch zwei Tage später dem Oberbürgermeister Albertz als wahr aufgetischt wurde, hätte der Polizeihauptmeister Kurras ihn wahrscheinlich nicht erschossen.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, war nicht nur die Brutalisierung der Exekutive schon am Werk, sondern auch die später in der Bundesrepublik so oft wiederholte Methode, nicht den wahren Sachverhalt zu gestehen. Schon nach Benno Ohnesorgs Tod wurde zwei Tage lang versucht, die Todesursache zu verschleiern. Wir wissen, daß seither viele Polizeischüsse offiziell falsch dargestellt wurden und werden, aber wir wissen nicht wieviele.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, begann eine Hetze gegen Studenten, die Linken und andere demokratische Demonstranten, die vom Generalstaatsanwalt Fritz Bauer mit den Worten verurteilt wurden: *„Wieder einmal sollen nicht die Mörder sondern die Ermordeten schuldig sein"* Damals begann die Kriminalisierung jedes studentischen und demokratischen Widerstands überhaupt, jener Abbau der demokratischen Rechte unter dem Vorwand, die Demokratie zu schützen; jener Feldzug der antidemokratischen Unfreiheit, im Namen der „freiheitlich demokratischen Grundordnung", der in der Folge zu Gewerkschaftsausschlüssen wegen Unvereinbarkeit, zum Radikalenerlaß und zu jener systematischen Verschlechterung der Rechte der Gefangenen und der Rechtsanwälte geführt hat, die Oberlandesgerichtspräsident i.R. Richard Schmidt öffentlich als *"in Form und Inhalt geradewegs von Hitlers Volksgerichtspräsidenten Roland Freisler herstammend"* angeprangert hat.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, da wußten wir noch nicht, wieviel politische Gefangene es 10 Jahre später trotz stillschweigender Aufhebung des Kommunistenverbots geben würde. Heute haben wir die Pflicht der Solidarität mit den politischen Gefangenen, die am schwersten von der Flutwelle der Repression betroffen sind, nicht zu vernachlässigen. Auch dann nicht, wenn es Gefangene sind, mit deren politischen Auffassungen wir nicht übereinstimmen - manchmal nur deshalb nicht, weil sie den Kampf gegen das gleiche Unrecht, das wir alle kennen, andere Wege gegangen sind als wir. Wir denken an das Schicksal und den ungeklärten Tod von Ulrike Meinhof, die in Westberlin begaben liegt – sie ist eine von vielen.
Die offizielle Behauptung, daß sich "Terroristen" außerhalb des "Rechtsstaats" stellen, ist selbst die Abschaffung jedes "Rechtsstaats", jeder Demokratie. Kein Mensch kann das Recht auf ein faires Verfahren, auf menschliche Behandlung und auf eine volle und ungehinderte Verteidigung verwirken. Diese Rechte werden keineswegs nur gegenüber einer einzigen Gruppe Gefangener verletzt. Wir müssen, außer an die Gefangenen in Stammheim, auch an Peter Paul Zahl, an Karl-Heinz Roth und Roland Otto, an Fritz Teufel und an zahllose andere denken. Wir dürfen aber auch die offizielle Propaganda, als wären die politischen Gefangenen keine wirklichen politischen Gefangenen, sondern "Terroristen", "Verbrecher" nie unwidersprochen lassen.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, wußten wir noch nicht, wie sich die Studentenbewegung und überhaupt die Linke weiterentwickeln würde. Wir wußten nichts von den zahllosen Spaltungen und den noch zahlloseren Repressionen, die immer wieder den Gespaltenen ein gemeinsames ungutes Schicksal zu bereiten trachten. Deshalb ist es heute, 10 Jahre später, unsere Aufgabe, auf die letzten 10 Jahre zurückzusehen und sowohl die Entwicklung der Repression als auch die Entwicklung der Linken, die bisherige Entwicklung und die mögliche Weiterentwicklung, genau ins Auge zu fassen, mit der Absicht, im Widerstand gegen das "Modell Deutschland", im Widerstand gegen polizeistaatliche Gleichschaltung und Existenzvernichtung für alle Andersdenkenden, im Widerstand gegen die Ansätze einer neuen expansionistischen Großmachtpolitik die Linke, wo immer möglich, zu vereinigen und praktische Solidarität zu üben.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, sahen erst wenige die Gefahren durch die Notstandsgesetze, die nur gut ein Jahr später von der Großen Koalition verabschiedet wurden und von einem Todesschuß, von der so-
Solidarität zu üben.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, sahen erst wenige die Gefahren durch die Notstandsgesetze, die nur gut ein Jahr später von der Großen Koalition verabschiedet wurden und von einem Todesschuß, von der sogenannten Hinrichtung auf der Straße, war überhaupt noch nicht die Rede. Wie seither der Terror von Polizei- und Geheimdienstapparaten, von Spitzeln, Verleumdern und Rechtsverschlechterern, von Gewerkschaftsausschließern und Militaristen allenthalben zugenommen hat, das zeigt, daß die warnenden Worte der damaligen Studentenbewegung, die warnend auch über dem Schicksal der SPD drohen, unglücklicherweise nicht Schwarzseherei waren, sondern richtige Einschätzungen einer Zukunft, die noch ärger geworden ist, als damals vorausgesagt. Das zeigt aber auch, daß die damaligen, vielfältigen und originellen Initiativen des demokratischen Widerstands eine gute Tradition sind, an die wir heute und morgen anknüpfen können.

Als am 2.Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde. da versuchten verderbte Behörden, unter einem verderbten Innensenator, die Tatsachen und die politischen Zusammenhänge dieser Tatsachen, vom Vietnamkrieg und von eigens aus dem Iran gekommenen Jubelpersern bis zum polizeilichen Todesschuß, und die Zusammenhänge dieser Tatsachen mit der Hetze in den Massenmedien gegen alle Linken und gegen die Studenten zu verschleiern, und nachher möglichst wieder vergessen zu machen.

Heute, zehn Jahre später, wissen wir, daß es unsere Aufgabe ist, gegen Verschleierung und geschichtsloses Vergessen, Aufklärung, Wahheit und Verständnis der kleinen und großen politische wirtschaftlichen Zusammenhänge und Verfilzungen zu verbreiten. Dies ist notwendig zur Bekämpfung des Todes, nicht zuletzt des atomaren Todes, der sonst zahllosen Menschen droht. Dies ist zugleich unsere Art, an Benno Ohnesorg zu denken, der sonst ganz umsonst gestorben ist.

Unterstützer des Aufrufs zum 2. Juni

Arnfried Astel (Schriftsteller)
Hermann Bergengrün (Gemeindepfarrer Hannover)
Prof. Klaus Briegleb (Uni Hamburg)
Prof. Peter Brückner (Technische Uni Hannover)
Sebastian Cobler (Schriftsteller Darmstadt)
Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin)
Heiko Dahle (Dozent, Bremen)
Rechtsanwalt Klaus Eschen (Westberlin)
Angelika Ebinghaus (Diplompsychologin Uni Hamburg)
Rechtsanwalt Kurt Groenewold (Hamburg)
Rechtsanwalt Armin Golzem (Frankfurt)
Prof. Wilfried Gottschalch (Uni Bremen)
Brigitte Heinrich (AStA Uni Frankfurt)
Hannes Heer (Journalist)
Günther Hopfenmüller (1969 AStA-Vorsitzender Uni Hamburg)
Rechtsanwalt Bernd Koch (Frankfurt)
Dr. Eberhard Mechels (Pfarrer, Bremen)
Rechtsanwalt Rupert v. Plottnitz (Frankfurt)
Jürgen Roth (Schrifsteller)
Rechtsanwalt Gerhard Riedel (Frankfurt)
Rechtsanwalt Rotkegel (Westberlin)
Rechtsanwalt Spangenberg (Westberlin)
Rechtsanwalt Christian Stroebele (Westberlin)
Prof. Christian Sigrist (Uni Münster)
Rechtsanwältin Sybille Tönnies (Bremen)
Dr. Max Wambach (Hochschullehrer Bremen) (
Gerhard Zwerenz (Schriftsteller)

AStA Uni Frankfurt
ASta Uni Göttingen
ASta Hochschule für Sozialarbeit und Sozialökonomie Bremen
Evangelische Studentengemeinde Marburg
Conförderation Iranischer Studenten Nationalunion (CISNU)

Jusos — wieder »auf Linie«!

Wieder mal haben die SPD-Führer einen Hauskrach mit widerspenstigen und vorwitzigen Teilen ihres Parteinachwuchses zu ihren Gunsten entscheiden können. Abspaltungen hat es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht gegeben. Die Jusos sind wieder mal „auf Linie". Benneter hat seinen Kniefall gemacht: *„Die Mitgliedschaft in der SPD ist ... immer eine prinzipielle und strategische Frage gewesen. Ich bin der festen Überzeugung: Es gibt zur sinnvollen* (??) *Mitarbeit in der SPD aufgrund der Tradition* (!), *ihres Programms* (!) *und der breiten Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung keine Alternative"* („Extra-Dienst", 17.5.77). Genützt hat ihm das auch nichts mehr – das Parteiordnungsverfahren ist diesmal „juristisch einwandfrei" eingeleitet. Auch hat Benneter von sich aus verzichtet, auf weiteren Solidaritätsveranstaltungen aufzutreten.

Der Juso-Bundesvorstand hat ebenfalls gekuscht. Um den Konflikt zu dämpfen, hat er seinen Beschluß, eine zentrale Solidaritätsveranstaltung mit Benneter zu organisieren, wieder fallengelassen. Stattdessen wird jetzt für den 12. Juni in Köln eine „neutrale" Veranstaltung mit „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" (Engelmann, Jaeggi, Abendroth) geplant („Parlamentarisch-Politischer Pressedienst", 25.5.77).



(von links nach rechts: E. Bahr, H. Koschnik, W. Brand und H. Schmidt)

Der nächste Juso-Bundeskongreß wird nicht mehr – wie zeitweise erwogen – vor, sondern erst nach dem SPD-Parteitag (November 77) abgehalten werden. „Die Flügel-Kontroversen sollen im Vorfeld intern ausgetragen werden, so daß das Erscheinungsbild der SPD-Arbeitsgemeinschaft der Parteiführung keinen Anlaß mehr bieten kann, ‚einzugreifen' ".

Die Sache soll so laufen, „**daß wir ein Lied singen, den Vorstand wählen und dann friedlich auseinandergehen**", so ein „Spitzen-Juso" zum „ED"! (24.5.77).

Die Anpassung gewisser Juso-Strategen an den Kurs des SPD-Parteivorstands geht dabei so weit, daß den gemaßregelten „Stamokaps" direkt in den Rücken gefallen wird. Der Juso-Bezirksvorstand Niederrhein ist aus Protest gegen den Beschluß der Weseler Jusos, eine Solidaritätsveranstaltung mit Benneter zu organisieren, zurückgetreten! Er erklärte: „Wer die realistischen Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Partei berücksichtigt und öffentliche Veranstaltungen mit Benneter organisiert und durchführt, der handelt unverantwortlich gegenüber der linken Bewegung insgesamt" („PPP", 24.5.77)!

Das hören Schmidt, Brandt und Bahr natürlich gern.

Gemäß ihrer Linie: „Sich trennen dort, wo es nicht anders geht" (so Bundesgeschäftsführer Bahr nach „PPP", 10.5.77), greifen die SPD-Führer weiter hart durch. Jetzt wollen sie mehrere SPD-Mitglieder, die sich an Aktivitäten des DKP-orientierten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" beteiligt haben, ausschließen. Namentlich genannt sind die Professoren Kade und Stuby, der Frankfurter SPD-Linke Schubart und die Vorsitzende des SHB, Jansen. **Um die Sache komplett zu machen, soll auf der nächsten SPD-Vorstandssitzung (20.6.) ein Unvereinbarkeitsbeschluß zwischen der Mitgliedschaft in SPD und SHB gefaßt werden („Hamburger Morgenpost", 26.5.)!**

Weitere Ausschlußverfahren und Unvereinbarkeitserklärungen

Den SPD-Rechten (die sich u.a. in der sogenannten „Fritz-Erler-Gesellschaft" organisiert haben) ist das noch nicht genug – sie verlangen den sofortigen Ausschluß aller „Stamokaps". Demgegenüber scheint sich der Parteivorstand vorerst auf folgendes Vorgehen geeinigt zu haben: „Die auf Dauer einzig wirkungsvolle Strategie gegenüber hartnäckigen Stamokaps in den SPD-Reihen sehen Parteirechte wie -linke allein darin, die Abweichler in parteiinternen Diskussionsschlachten aus der Reserve zu locken und zu stellen. Bezirksvorsitzender Heinemann: ‚Wir müssen darauf warten, daß sie in entscheidenden Momenten Fehler machen" („Spiegel", 23.5.) – und dann raus mit ihnen aus der SPD, hat er vergessen zu sagen.

Um die zu erwartenden weiteren Säuberungen propagandistisch vorzubereiten, werden von den SPD-Führern selbst schon heute gezielt Gerüchte in die Welt gesetzt, wie man sie bisher nur von CDU/CSU bzw. der Springer-Presse kannte. Über einen der SPD-Pressedienste („PPP") kam die Meldung, „daß eine Reihe ‚einfiltrierter harter Profis' versucht, einen gewissen Anteil der organisierten Mitgliedschaft aus der SPD herauszubrechen und in die DKP zu führen". Diese „harten Profis" verhalten sich „nach außen hin parteikonform" und versuchen „aus dem Hintergrund (!) heraus, die Stimmung bei den ‚Antiautoritären' in der Juso-Arbeitsgemeinschaft zu beeinflussen". „Bundesweit aber werde eine Art Kaderlinie (!) ‚gefahren', um eine ganze Gruppe aus der SPD herauszubrechen" („PPP", 18.5.77)! Belegt werden, wie in solchen Fällen üblich, diese antikommunistischen Agentenstories natürlich mit keinem Wort.

Die SPD-Führer sind ganz offensichtlich bestrebt, den „Empfehlungen" Springers zu folgen, der erst unlängst erklärt hatte: „Dem Fall Benneter müssen weitere Fälle folgen, will die Partei ihren politischen Standort nicht als unscharf erscheinen lassen" („Hamburger Abendblatt", 16.5.).

Große Worte und weitere Konflikte

Einige SPD-Linke (wie der Frankfurter Alexander Schubart), die zwar die SPD nicht für reformierbar (im Sinne einer „konsequent sozialistischen Partei") halten, begründen ihr weiteres Verbleiben in der Partei auch jetzt noch damit, „daß man in den innerparteilichen Auseinandersetzungen dabei ist, die in der SPD geführt werden und die ich nach wie vor für relevant halte. Das zweite ist, wie ich schon sagte, daß es innerhalb der SPD ein Widerstandspotential gibt gegen die Politik, wie sie augenblicklich die Regierung Schmidt betreibt. Es gibt da Konflikte ... Ich halte es also für wichtig, daß Sozialisten deshalb in der SPD bleiben, um diese Konflikte in der SPD voranzutreiben" (Schubert in einem Interview mit der trotzkistischen „Was tun", 12.5.).

Gut gebrüllt, Löwe! Das Problem ist nur, daß die SPD-Führer es den „Sozialisten" nicht gestatten, in der Partei zu bleiben, „um diese Konflikte in der SPD voranzutreiben". Schubert selbst dürfte vermutlich nicht mehr lange das SPD-Mitgliedsbuch in der Tasche haben, sondern recht bald achtkantig aus der Partei rausfliegen. Schubert und andere SPD-Linke täuschen sich und andere über die wahren (Macht-) Verhältnisse in ihrer Partei – und werden damit fraglos Schiffbruch erleiden...

SPD-Kommission

SPD- Rechte weiter im Vormarsch

In die „offene Schlacht um die Position der SPD" ist die rechte Fritz-Erler-Gesellschaft nach den Worten ihres stellvertretenden Vorsitzenden Bischoff gezogen. In einem Zehn-Punkte-Katalog wird u.a. folgendes gefordert:

- alle besonderen Gruppierungen in der SPD sollen ihre Tätigkeit einstellen;
- Herabsetzung der Altersgrenze für die Juso-Mitgliedschaft von 35 auf 25 Jahre;
- Abgrenzung von Marxisten und Kommunisten und eindeutige Absage an „Volksfrontbündnisse";
- Ersetzung des „unbrauchbaren" Begriffs „Sozialismus" im Godesberger Programm durch „soziale Demokratie";
- Kritik des Begriffs „Entspannungspolitik" und Verstärkung der „Verteidigungspolitik" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.4. 77 und „Welt", 25.4.77).

Weiter lehnt die Fritz-Erler-Gesellschaft es ab, Gespräche mit der Parteispitze zu führen, solange auf diese Forderungen keine befriedigenden Antworten vorliegen und „ ... **in der SPD Leute wie der Jungsozialistenführer Benneter geduldet werden, die mit Kommunisten Volksfront betreiben wollen**" (Bischoff lt. „Welt" vom 20.4.77).

Um das weitere Vorgehen festzulegen, traf sich die Gesellschaft Ende April in Travemünde, nachdem zuvor ihr Vorsitzender Döbertin „**in ausgesprochen erfreulichem Klima, mit wechselseitigem Verständnis für die jeweiligen Rollen**" („Welt", 25.4. 77) mit SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr gesprochen hatte.

Der Fritz-Erler-Gesellschaft wurde folgendes Angebot unterbreitet: **Sie würde künftig Geld aus den Mitteln der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bildung eines Gesprächskreises erhalten, der die Probleme der Geschichte der Partei und andere Fragen erörtern soll.** Bedingung dafür sei die Einstellung der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit und die Aufgabe des vereinsrechtlichen Status. Die Fritz-Erler-Gesellschaft hat dazu eine Entgegnung angekündigt, macht aber natürlich munter weiter. Das neueste Ganovenstück ist die Forderung nach Rücktritt Brandts vom Vorsitz der „Sozialistischen Internationale" – in der SE seien auch sozialdemokratische Parteien, die mit „kommunistischen Parteien" zusammenarbeiten.

SPD-Kommission

Hamburger Antifa-aktion

Berichtigungen

Im Artikel des AK 104 über die Aktionen in Hamburg am 14./15. Mai zur Verhinderung einer Veranstaltung der rechtsradikalen DVU hat sich aufgrund ungenügender Information ein Fehler eingeschlichen: Im Artikel wird es so dargestellt, als seien die anarchistischen Genossen, die sich an der Besetzung des Curio-Hauses beteiligten, erst nachträglich zu den Besetzern gestoßen. Tatsächlich waren die anarchistischen Genossen aber schon am Vorabend durch Genossen von uns in Kneipengesprächen über die geplante Aktion informiert worden, hatten ihre Beteiligung zugesagt und waren auch bei den Besetzungsaktionen von Anfang an dabei.

Geirrt haben wir uns auch mit dem Foto eines Faschisten, den wir als Hain identifizierten. Dazu hat uns ein Genosse der Kieler Antifa-Kommission geschrieben: „ ... Es ist jedoch mit Sicherheit nicht Hain... Der abgebildete Faschist ist uns bekannt. Seinen Namen wissen wir allerdings noch nicht. Dieser Faschist trat zum Bundestagswahlkampf '76 in Kiel-Gaarden auf, verteilte Flugblätter für die NPD und krähte Sprüche durchs Megaphon wie „Jede Frau, ob braun, ob blond, wählt die Nationale Front". – Danke Genosse, für die Richtigstellung. Wir warten auf weitere sachdienliche Hinweise...

Laut „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst" (PPP) will die Hamburger Polizei acht „Ordner der DVU" anzeigen, die am 16. Mai nach Überfällen auf antifaschistische Demonstranten vorübergehend festgenommen worden waren. Unter ihnen der schon ein „schlägig" bekannte Rohwer (Schleswig-Holstein). – Uns ist kein Fall bekannt, wo einer der faschistischen Schläger bisher verurteilt worden wäre. So werden wahrscheinlich auch die jetzigen Anzeigen im Sande verlaufen.

Berichtigung zur 1.Mai-Berichterstattung

Es sind einige Berichtigungen zur 1. Mai-Berichterstattung in AK 104 (S. 9ff.) bei der Redaktion eingetroffen:

- Die Unterstützung der Flensburger Aktionseinheit durch ein Sympathisanten-Kollektiv des KB aus Sörup/Satrup ist falsch. Aus Sörup/Satrup mobilisierte eine parteiunabhängige Bürgerinitiative (AKW-Gegner) nach Flensburg.
- Die so bezeichnete „Hauptveranstaltung" zum 1. Mai in Lübeck war tatsächlich eine politische Musikveranstaltung, auf der nur nebenbei für die 1. Mai-Demo der Aktionseinheit mobilisiert wurde. Die Mai-AE in Lübeck wurde offiziell von der BI gegen AKWs initiert und nicht vom KB (KB-Mitglieder arbeiten in der BI).
- Die linke Mai-Demo in Elmshorn wurde nicht von einer formellen Aktionseinheit getragen, wie berichtet, an der sowohl die örtliche BUU-Gruppe und die örtlichen KB-Gruppen (nebst weiteren Initiativen) teilgenommen hätten, sondern die Bildung auch einer formellen AE scheiterte an der Mehrheits-Meinung der BUU-Mitglieder, daß eine formelle AE nicht mit parteigebundenen Gruppen eingegangen werden dürfe, wenn nicht der eigene „überparteiliche Charakter" der BUU-Gruppe gefährdet werden sollte (Der KBW hatte in dieser Region nicht nach Neumünster, sondern nach Itzehoe mobilisiert).
- Die Beschreibung der GIM-Politik in Westberlin wurde nach endgültiger Auswertung unserer Ortsgruppe für falsch gehalten: Die GIM hat allgemein die Mobilisierung der Mai-Initiative mitgetragen. Die im AK-Artikel behauptete „allgemeine Sabotage" an der Mobilisierung war eine Einzelerscheinung, die der berichterstattende Genosse unzulässig verallgemeinert hatte. Auch die behauptete „Absonderung" der GIM vom Block der Mai-AE ist nicht richtig, sondern die etwa 60 GIM-Mitglieder marschierten – gemäß voriger Vereinbarungen – am Ende des Blocks. Das war völlig korrekt.
- In Bielefeld haben die Linken den Kundgebungsplatz nicht „während" der Hauptrede (Rosenberg) verlassen, sondern kurz vor Ende und auch nicht „geschlossen", sondern in kleineren Gruppen. Weiter berichten Bielefelder Genossen, daß nicht – wie im AK angegeben – 7-800 Leute an der Kundgebung der Mai-AE teilgenommen hätten, sondern bloß 200-250. Über die tatsächliche Teilnehmerzahl besteht aber auch jetzt noch unter den Beteiligten keine Einigkeit. Wahrscheinlich liegt die „Wahrheit" irgendwo in der Mitte, das sollte die Bielefelder Linke für sich entscheiden.
- Nicht ohne Witz ist auch die Kennzeichnung einiger Teilnehmer der Frankfurter Mai-Initiative als „kleinere trotzkistische Gruppen". Diese sind z.T. mitgliedermäßig stärker als die örtliche KB-Gruppe...

In einer nachträglich auswertenden Diskussion der AK-Redaktion wurde darüberhinaus einhellig befunden, daß der Punkt „Aktionseinheit zum 1. Mai" durchgängig einen falschen Zungenschlag hat, der nämlich in einer Überbewertung unserer Aktivitäten und einer Unterbewertung der Anstrengungen unserer Partner zum Ausdruck kommt. Diese falsche Tendenz hat sich offenbar auf der Basis des im Großen und Ganzen sehr schönen Mobilisierungs-Erfolges zum 1. Mai in Form eines „Gefühls-Überschwangs" beim verantwortlichen Redakteur eingeschlichen.

Diese Tendenz kommt in Formulierungen zum Ausdruck wie: „Der KB baute eine AE auf" (Braunschweig) oder: „Ein Mai-Fest, das vom KB initiert war ...., wurde mitgetragen von ..." (Hildesheim). Oder: „Der KB führte in Aktionseinheit mit ... (anderen Gruppen) eine Veranstaltung durch". Hier hätte es korrekter heißen müssen: „Eine AE unter Beteiligung des KB führte ... durch ...".

Solche Formulierungen widersprechen im Grunde unserer Politik der Aktionseinheit mit anderen Strömungen und Gruppen der Linken, bei der wir von Prinzipien der Solidarität und Gleichberechtigung ausgehen, was sich auch in der nachträglichen Berichterstattung widerspiegeln muß. Falsche Formulierungen dieser Art, die auch bei uns eine „gewisse Vergangenheit" haben, erwecken leicht den Eindruck, als wollten wir uns gemeinsame Erfolge unter die private Weste jubeln. Versuchungen aus dieser Richtung sollten wir künftig noch strikter widerstehen.

Schließlich muß auch die etwas undifferenzierte politische Bewertung der verschiedenen Mai-AEs kritisiert werden, die sich v.a. in der Summierung von „**Mai-Aktivitäten unserer Organisation bzw. solchen Veranstaltungen, die von uns mitgetragen wurden**", ausdrückt. In vielen Fällen ist es zwar so, daß hinter den Mai-Mobilisierungs-Ergebnissen von Aktionseinheiten im wesentlichen der politische Einfluß des KB steht, in vielen Fällen drückt sich hierbei aber auch in erster Linie die Mobilisierungskraft anderer Gruppen aus. In manchen Fällen spielte der KB auch bloß eine Nebenrolle bei der Mobilisierung.

Briefwechsel

Auf der Hamburger Großveranstaltung vom 7.Mai war ein Brief an die Russell-Foundation verabschiedet worden, in dem diese gebeten wurde, die von einem Russell-Tribunal zu leistende Untersuchung der Repression in der BRD nicht künstlich einzuengen, sondern an der ursprünglichen Planung festzuhalten, die politische Unterdrückung so umfassend wie möglich zu behandeln. In der Zwischenzeit dürfte die Russell-Foundation noch einige Dutzend ähnliche Briefe bekommen haben, da die Reaktion unter den bisherigen Unterstützern auf das umstrittene Schreiben der Foundation (siehe AK 104) weitestgehend dieselbe war. Hier nun die Antwort der Russell-Foundation an die Hamburger Vorbereitungsgruppe, die die Veranstaltung organisiert hatte (ESG, GIM, Judos, KB, SB u.a.):

„ ... *Wir sind sehr erfreut, daß so viele Menschen an diesem Projekt interessiert sind, und wir gratulieren euch zu eurer Initiative. Es scheint ein leichtes Mißverständnis über die Untersuchungsgegenstände des vorgeschlagenen Tribunals vorzuliegen. Wir haben keine Einwände dagegen, die Berufsverbote neben verwandten Formen der Repression zu betrachten. Die genauen Untersuchungsgegenstände werden von den Mitgliedern des Tribunals bestimmt werden müssen, nachdem seine Organisierung bewerkstelligt worden ist. Worauf unser letzter Brief an euch insistierte, war:*

1. Wir stimmen nicht damit überein, Geschehnisse zu behandeln, die außerhalb der BRD liegen...

2. Wir stimmen nicht damit überein, das Feld abstrakter politischer Analyse zu betreten...

Wir warten immer noch auf spezifische Neuigkeiten über die Möglichkeiten, Material, Infrastruktur und Finanzierung für das vorgeschlagene Tribunal bereitzustellen.

... Wir hoffen, daß wir konkrete Informationen von all unseren Unterstützern vor der zweiten Hälfte des Juni erhalten, zu welchem Zeitpunkt wir die Herausgabe einer weiteren Erklärung planen nach Beratungen mit unseren Freunden innerhalb und außerhalb Deutschlands... "

Westberliner Aktionskomitee: Gerüchte, Lügen, Demagogie - jetzt reicht's !

Während zahlreiche Unterstützungsgruppen im In- und Ausland darangegangen sind, in Veranstaltungen, durch Publikationen, Briefe, Gespräche usw. die Idee eines Russell-Tribunals über politische Unterdrükkung in der BRD unter immer mehr fortschrittlichen Menschen zu verankern, haben einige der westdeutschen Unterstützer eine solidarische Zusammenarbeit aufgekündigt. Schon vor einiger Zeit trat das Westberliner „Aktionskomitee gegen die Berufsverbote/FU" (AK/FU) mit dem Vorschlag hervor, den westdeutschen Initiativausschuß, der bisher die Aktivitäten national koordinieren sollte, aufzulösen. Mittlerweile hat das SB in einem Rundschreiben seinen Mitgliedern „empfohlen", im Initiativausschuß nicht mehr mitzuarbeiten (siehe „Antirepressionsinfo I", wo dieser Brief von uns dokumentiert wird). Einmal von der lästigen Bürde gemeinsamer Diskussion und Vereinbarungen „erlöst", haben nun einige selbsternannte „Retter des Tribunals aus der (von ihnen beschworenen) Krise" eine rege Aktivität begonnen, die man ihnen bisher gar nicht zugetraut hätte: Da verhandelt A in Westberlin mit B in Frankfurt, um sich über einen C einig zu werden, der D in Paris für das Gremium X (oder ersatzweise Y) vorgeschlagen werden soll, wofür E seinen „Einfluß" geltend machen möge. Da trifft man sich heute abend „inoffiziell", aber morgen früh „offiziell", und der hat was von einer Sitzung in Bonn, aber jener von einer Veranstaltung in Köln gehört, und weißt du schon, das Sekretariat soll nach Westberlin und und und ... Die Gerüchteküche dampft, und es ist nicht mehr überschaubar, wer da alles mitmischt.

Dazu stellen wir fest, daß sämtliche Absprachen oder „Beschlüsse", die ohne Kenntnis der Mehrheit der Unterstützer (und schon gar nicht der aktiven!) von irgendjemanden getroffen werden, für uns völlig unmaßgeblich sind und von uns nicht anerkannt werden; daß diese Geschäfte mit der wirklichen Vorbereitungsarbeit und Unterstützungsarbeit für das Tribunal nichts zu tun haben; daß die Russell-Foundation auf Antragen erklärt hat, von solchen Absprachen nicht einmal unterrichtet zu sein. Wir fordern alle Gruppen auf, sich von derlei „Aktivität" zu distanzieren und an der Gerüchtemacherei nicht zu beteiligen, damit dem Projekt des Tribunals nicht noch mehr Schaden erwächst, als es durch diese Leute bereits geschehen ist.

Diese Leute rechtfertigen ihr Vorgehen damit, das Tribunal vor „Gruppenhickhack", „linker Machtpolitik" usw. bewahren zu wollen. Zum Sprecher dieser Tendenz hat sich das Westberliner AK/FU aufgeschwungen (dafür langt's offenbar noch). Das AK/FU, das sich in Westberlin auch in den Auseinandersetzungen um die Aktionen zum 2.Juni als „Führer" aller Angriffe gegen den KB „profiliert", hat auf der letzten Sitzung des Westberliner Unterstützungskomitees ein „Selbstverständnis"-Papier vorgelegt und, als es seine Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, die Sitzung verlassen. Dieser Schritt ist konsequent. Auf der Basis d i e s e s Papiers mit seinen unglaublichen Unterstellungen und Demagogien ist eine Zusammenarbeit nicht möglich.

Der AK/FU greift den KB an (der zwar nicht namentlich genannt wird, aber unzweideutig gemeint ist), er verfolge das Ziel einer Zusammenfassung der Antirepressionsbewegung in der BRD (igitt!). Um diese *„linke Heer- und Nabelschau"* zu bewerkstelligen, benutzt er die Verletzung von Grundrechten in der BRD lediglich als *„Köder"* (!), *„um die Liberalen für die Linke zu instrumentalisieren"*. *„Nichtsozialisten"* kommen dabei als *„nützliche Idioten"* gerade recht, ebenso wie das Russell-Tribunal, das der KB schlauerweise als *„Möglichkeit der Selbstdarstellung und Propagierung der eigenen Linie im Namen der Bertrand Russell Peace Foundation"* entdeckt hat. Da das AK/FU dafür natürlich nicht den Hauch eines Beweises besitzt, werden diese Hämmer dem KB vorsichtigerweise nicht direkt vorgeworfen, sondern stattdessen in Form alarmierender „Warnungen" vor *„irgendwelchen linken Gruppen"* (keine wird explizit genannt) vorgebracht. Die Wirkung ist natürlich dieselbe.

Hier wird von einem sich „links" gebärdenden Komitee purer Antikommunismus an den Mann gebracht. Wäre nicht die KSV-Vergangenheit (oh Gott!) des intimen Kreises des AK/FU bekannt, man würde glatt auf gute alte DGB-Schulung tippen.

Katze aus dem Sack!

Das AK/FU hat einen Vorschlag von Themen unterbreitet, mit denen sich das Tribunal befassen solle. Auf den ersten Blick sieht das ganz manierlich aus, da verschiedenen Bereiche staatlicher Repression genannt werden (also keineswegs eine Beschränkung auf die Berufsverbote). Es fehlen jedoch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB, die nur insofern behandelt werden sollen, *„wie im Einzelnen nachzuweisende Zusammenhänge zwischen Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverboten"* bestehen (also nur Gewerkschaftausschlüsse, die als Folge direkt zu Berufsverboten für die Betroffenen geführt haben).

Ein annahmbarer „Kompromiß"? Zunächst einmal ist festzuhalten, daß der Ausschluß der GEW-Westberlin aus GEW (Bund) und DGB demnach nicht vor dem Tribunal behandelt werden könnte (diese Haltung des AK/FU sollte man in der GEW breit bekannt machen!). Mitgliedschaft in der GEW-Westberlin ist heute noch „erlaubt". Man kann sich aber doch an zehn Fingern ausmalen, daß die gesamte Strategie der DBG-Führer (ebenso wie des Staate) selbstverständlich darauf hinausläuft, die Westberliner GEW in die Nähe der Zusammenarbeit mit den „K-Gruppen" und damit der „Verfassungsfeindlichkeit" zu rücken. Das ist überhaupt der e i n z i g e Trumpf dieser Herrschaften gegen diese Gewerkschaft, die sonst in praktischer Hinsicht zig-mal attraktiver für die Kollegen als jede DGB-Gewerkschaft ist. Nach der Logik des AK/FU müßte man also a b w a r t e n, bis die Lage der GEW-Westberlin sich verschlechtert hat und eine entsprechende Kampagne voll läuft – eventuell mit ersten Berufsverboten gegen führende Funktionäre. Dann wäre ein „Zusammenhang" mit den Berufsverboten „im Einzelnen nachweisbar" und das Tribunal könnte sich mit dem „Fall" beschäftigen. Wer verkauft eigentlich die Liberalen und Radikaldemokraten als „Idioten"??

Zweitens gehört ja auch das AK/FU zu denen, die jedem, der es hören will, die Ohren volljammern, daß mit der westdeutschen Arbeiterbewegung „nichts los" sei usw. Andererseits wird gerade der Gewerkschaftslinken, die tatsächlich unter schwierigen Bedingungen zu kämpfen hat, die Solidarität verweigert. Im Übrigen verschwendet das AK/FU nicht einmal einen Gedanken darauf, welche Bedeutung den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in der Gesamt-Repression eigentlich zukommt, während es durchaus „liberale Idioten" gibt, die sich immerhin Gedanken darüber machen, ob nicht die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Wirklichkeit n o c h schwerwiegender sind als die Berufsverbote.

Entscheidend für diese Positionen, die das AK/FU „speziell" für die Unterstützung des Russell-Tribunals entwickelt haben will (die es aber natürlich grundsätzlich bei jeder Bündnispolitik anwenden müßte – und wird), ist das Folgende: *„Auf bestimmte Themenkomplexe muß daher von vornherein verzichtet werden, andere dürfen nur mit größter Vorsicht ... eingebracht werden"*. Denn die Einheit mit den „Nichtsozialisten" dürfe nicht gefährdet werden.

Wenn d a s der Ausgangspunkt des AK/FU ist, ist es allerdings relativ unerheblich, ob das Tribunal nur zu den Berufsverboten oder auch zu weiteren Bereichen staatlicher Repression stattfindet. Denn letztlich hängt es dann nicht von der objektiven Wirklichkeit der Repression in der BRD, sondern von der notwendigen „Vorsicht" gegenüber den „Nichtsozialisten" ab, zu welchen Ergebnissen man kommt.

Welche „Nichtsozialisten", glaubt das AK/FU eigentlich, würden durch dieses Vorgehen mobilisiert? Vom AK/FU wissen wir lediglich, daß es eine Unterschriftensammlung unter „Prominenz" durchgeführt hat. Irgendeine breitere Basis für die Unterstützung des Tribunals, die mit seiner Linie erreicht worden wäre, ist uns nicht bekannt. Bekannt und nicht erfunden ist allerdings der Erfolg der Hamburger Vorbereitungsgruppe (ein linkes „Ghetto"-Bündnis) mit der Veranstaltung am 7.Mai (über 6 000 Teilnehemer).

Das AK/FU liefert tatsächlich keinerlei Heinweise, nicht einmal plausible Überlegungen, w a r u m mit der Linie der „Vorsicht" und „Rücksichtnahme" Liberale zu gewinnen seien. Tatsächlich ist dies auch eine glatte Erfindung. Es sind nicht die Liberalen, die bei Unvereinbarkeitsbeschlüssen, Haftbedingungen etc. „Probleme" machen. Es sind vielmehr eindeutig die Sozialdemokraten und Revisionisten, die unter dem entsprechenden Druck ihrer Parteiführungen stehen. Konsequenterweise führt ein solches Vorgehen dahin, der SPD nicht allzusehr auf den Schlips zu treten. Ein „Tribunal auf Zehenspitzen wäre alles andere als ein Fortschritt im Kampf gegen die Repression.

Aktivitäten zum Russell-Tribunal III

Portugal. Die Wochenzeitung „Página Um" meldet, Otelo Saraiva de Carvalho sei auf dem Theaterfestival in Nancy eingeladen worden, in der Jury des 3. Russel-Tribunals über politische Unterdrückung in der BRD mitzuarbeiten. Otelo, dem bislang seit dem 25. November 1975 politiche Äußerungen untersagt sind, konnte sich dazu nicht verbindlich äußern. Das hängt von einer Genehmigung des Chefs des Generalstabs des Heeres, Rocha Vieira, ab. Von diesem Herrn mußte Otelo auch seine Genehmigung, nach Nancy fahren zu dürfen, einholen („Página Um", 12.5.77).

Belgien. Am 14.5. führte „Pour le Socialisme" (PIS) ein Mai-Fest unter dem Motto „Vertrauen wir nur auf unsere Kämpfe" durch, an dem fast 900 Besucher teilnahmen. Zuvor hatten 3Arbeitsgruppen zu den Themen „Betriebskämpfe", „Kulturfront" und „Kampf für demokratische Rechte" getagt. In letzterer wurde vom KB ein Beitrag zum „Modell Deutschland" gehalten, von der französischen Organisation OCT ein Beitrag zu dem geplanten Europäischen Parlament. Von Pls, OCT und KB wurde auf einer Festveranstaltung am Abend eine Resolution eingebracht, nachdem ein PIS-Genosse von der Hamburger Großveranstaltung berichtet hatte. In der Resolution, die mit ca. 850 Für-Stimmen angenommen wurde, wird der Zusammenhang der Einschränkung der freien Meinungsäußerung in Belgien mit einer „gesamteuropäischen Rechtsentwicklung" festgestellt, bei der eine besondere Bedrohung von der Vormachtstellung des westdeutschen Imperialismus ausgehe. Deshalb müsse die Initiative zum Russell-Tribunal III unterstützt werden, um rechtzeitig und umfassend über die Repression in der BRD aufzuklären. PIS hat inzwischen mit weiteren Gruppen und Komitees zu einer belgischen Russell-Initiativgruppe aufgerufen.

Über die Hamburger Großveranstaltung wurde inzwischen auch im Nachrichtendienst APL (14.5.) und in der linkssozialdemkratischen Wochenzeitung „HEBDO" (Nr. 80) berichtet.

BRD. Der Verband deutscher Schriftsteller hat die Ankündigung eines Russel-Tribunals über die politische Unterdrückung in der BRD mit Zustimmung aufgenommen. Ebenso hat die Humanistische Union ihre Unterstützung für das Projekt erklärt und Professor Flechtheim (Westberlin) als Beauftragten in dieser Sache benannt. In Westberlin arbeitet die HU im regionalen Unterstützungskomitee mit.

Hamburg/Düsseldorf. Gegen den presserechtlich Verantwortlichen des Aufrufflugblatts für die Hamburger Veranstaltung „Deutschland – Modell für Europa?" (7.5.), Heinrich Eckhoff wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „Verstoß gegen § 90a und 90b, StGB" eingeleitet. Diese Paragraphen be inhalten die „Verumglimpfung des Staates und seiner Symbole" sowie die „verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen". Für das Letztere ist gar nicht erst eine Geldstrafe vorgesehen, da gibt's gleich Knast (von 3 Monaten bis zu 5 Jahren). Vermutlich dürften dabei die Kennzeichnung von Innenminister Maihofer als „Chef einer Einbrecherbande" sowie die Feststellung, daß in den Gefängnissen selbst der Tod der politischen Gefangenen in Kauf genommen werde, die ausschlaggebenden Passagen des Flugblattes ein. Auch der „Aufruf des nationalen Initiativausschusses" für ein Russell-Tribunal soll nach einem Beschluß des Oberlandesgericht Düsseldorf den „Tatbestand eines Vergehens nach § 90 a" erfüllen. Mit dieser Begründung wurde einem Gefangenen der JVA Köln-Ossendorf der Empfang eines Briefes verweigert, der diesen Aufruf enthielt, denn das „gefährdet die Ordnung in der Anstalt".

Das „Modell Deutschland" hält, was es verspricht!

Hannover. Auf ihrer Sitzung am 14./15.5 verabschiedete die AG Militarisierung/Polizei, die auf der Arbeitskonferenz gebildet worden war, einen Brief an die Russell-Foundation, in dem sie davor warnt, das Thema des Tribunals auf die Berufsverbote einzuengen. Dies käme *„einer Verharmlosung der Gefahr gleich, die von der BRD gegenüber anderen Völkern ausgeht."* Die AG will Material zu folgenden Bereichen der Repression sammeln:

- geheime Sonderkommandos der Polizei
- Todesschüsse durch die westdeutsche Polizei
- Polizeiwaffen
- Aufbau und Funktion der Geheimdienste
- Überwachung der Bevölkerung durch zentrale Datenerfassung
- Zentralisierung und Internationalisierung der Fahndungsmethoden des Bundeskriminalsamtes
- Übernahme von Faschisten in den Staatsdienst nach 1945
- Begünstigung Rechtsradikaler durch die westdeutsche Polizei

Bochum. „Mit Erstaunen und Erschrecken" reagierten das Komitee „Innere Sicherheit", die Fachschaftsliste und der AStA der Ruhr-Universität, die Frauengruppe, das Irland-Komitee, die Politische Buchhandlung und ESG-Bochum, die Kampagne gegen das „Modell Deutschland" sowie das Spanische Zentrum und die Buchhandlung „Miguel Hernandez" in Essen auf die Erwägung eines reinen Berufsverbote-Tribunals durch die Russell-Foundation. Sie weisen daraufhin, daß auch das Vietnam- und das Lateinamerika-Tribunal nicht Einzelaspekte der Unterdrückung herausgegriffen hätten, sondern das Wesen der Repression untersuchten, indem die Rolle des US-Imperialismus analysiert und verurteilt wurde. *„Wir fordern daher die Foundation auf, eine Untersuchung durchzuführen über die Qualität der Unterdrückung in der BRD, ihre Bedeutung als Modell für Westeuropa und die dahinterstehenden internationalen Verflechtungen."*

Übrigens hatten Teile des Komitees „Innere Sicherheit" noch vor nicht allzu langer Zeit heftig gegen das Tribunal polemisiert (wir berichteten darüber). Interessant wäre es zu erfahren, wie dieser Kurswechsel zustande gekommen ist, d.h. mit welchen Argumenten die damaligen zum großen Teil unsinnigen Einwände über Bord geworfen wurden.

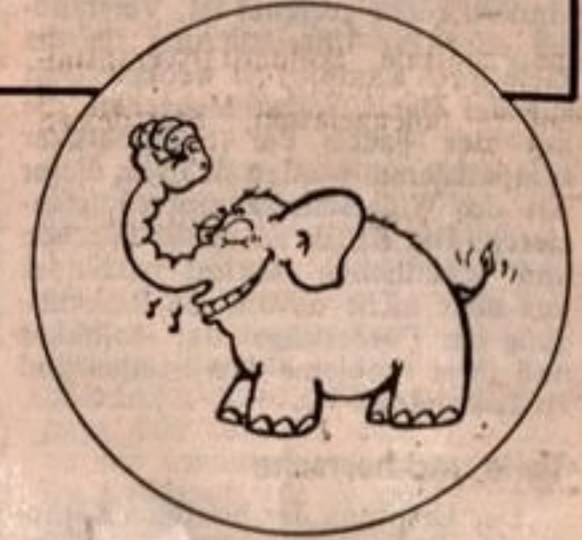
Bonn. Die Initiative Kommunistische Gruppe begrüßt das Tribunal, dessen Stellenwert sie „besonders hoch" ansetzt. Gründe: öffentliche Wirksamkeit der Verurteilung des „Modell Deutschland", Ergänzung der bisher gelaufenen Aktivitäten in der BRD und in Westeuropa, Aktionseinheit von kommunistischen, sozialistischen und demokratischen Organisationen („bonner volksblatt", Nr. 1).

Hannover. Der Anti-Repressions-Arbeitskreis gab am 13. und 14. 5 mit 2 Veranstaltungen sein „Debüt". Am 13.5. fand zum 32. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus eine Veranstaltung im Audimax der TU Hannover gegen das „Modell Deutschland" statt. Unter dem Aspekt der Repression durch die Klassenjustiz sprachen RA Dettloff (Westberlin) Verteidiger von Karl-Heinz Roth) über den Stand des Prozesses; RA Heinisch (Westberlin) über die Einschränkung der Verteidigerrechte und die Ehrengerichtsverfahren gegen politische Verteidiger; Sebastion Cobler (Darmstadt) über die Verschärfung des politischen Strafrechts und des Ausländerrechts sowie über die Einordnung dieser Verschärfungen in die Strategie des „vorverlegten Staatsschutzes" und RA Langhoff (Hannover) über die Kriminalisierung derAnti-AKW-Bewegung und die Behinderung der Arbeit der Anwälte.

Die ca. 500 Veranstaltungs-Teilnehmer forderten die Russell-Peace-Foundation auf, die gesamte Repression in der BRD zum Gegenstand der Untersuchungen für ein Russell-Tribunal zu machen. Die Veranstaltung solidarisierte sich mit den ASten in Braunschweig und Göttingen gegen die Angriffe durch das niedersächsische Wissenschaftsministerium im Zusammenhang mit dem Buback-Nachruf in den Studentenzeitungen.

Am 14.5. fand in der Mensa der TU Hannover ein Konzert mit Oktober, Schmetterlinge und Walter Mossmann statt, zu dem wohl insgesamt 2.000 Menschen kamen.

Hamburg. Nachtrag zur Veranstaltung vom 7.5.: Neben den in AK 104 bereits aufgeführten Sprechern und Grußadressen hatte eine erhebliche Zahl weiterer Delegationen teilgenommen, die sich in ihren Ländern um eine aktive Unterstützung des Tribunals bemühen wollen: Caetano Dragotto (Italien, Mitglied des demokratischen Richterverbandes Magistratura Democratica), der im Namen seiner Organisation die Forderung nach einem Russell-Tribunal »BRD« begrüßte; Bo Schack (Internationaler Sektretär des Dänischen Studentenverbands); Oscar von Alphen, niederländischer Fotograf, der im Foyer der Ernst Merck-Halle den bisher fertiggestellten Teil seiner Ausstellung „Denk ich an Deutschland..." zeigte; Gerard Soulier, Rechtsprofessor (Frankreich); zwei Delegierte der Internationalen Untersuchungskommission zum Tode Ulrike Meinhofs; Vertreter von Venstre Socialiste (Linkssozialisten, Dänemark); OCT (Organisation Communiste des Travalleurs, Frankreich), Pour le Socialisme (Belgien), Avanguardia Operaia und MLS (Italien), vom Internationalen Verteidigungskomitee für die politischen Gefangenen in Westeuropa, vom Aktionskomitee „Die Rechte" an der Universität Leuwen (Belgien), „La Parole au Peuple" und von der Agence de Presse. Liberation (Belgien).



Delmenhorst. Am 20.5. fand die erste Veranstaltung der „Initiative gegen politische Unterdrückung" statt. Diese Initiative hatte sich zusammengefunden an der Erarbeitung einer Dokumentation über den „Fall Peter Schreiber" und bestand zunächst aus Genossen des SB, Unorganisierten und Genossen des KB. (Bei dem Fall Peter Schreiber handelt es sich um einen ehemaligen Bundeswehroffizier, der nach Beendigung seines Wehrdienstes presserechtlich verantwortlich für die „Delmenhorster Kasernenzeitung" gezeichnet hatte. Das brachte ihm ein Staatsschutzverfahren nach § 109 und 89 ein. Das Urteil lautete zunächst auf 1.800 DM Geldstrafe. Mittlerweile ist allerdings der von der Staatsanwaltschaft beantragten Revision durch den Bundesgerichtshof stattgegeben worden, ein höheres Urteil soll ausgesprochen werden, da „es sich bei dem Täter um einen Überzeugungstäter handelt". Der Staatsanwalt möchte Peter Schreiber gerne im Knast sehen!).

In der Folge verbreiterte sich die Beteiligung an der Initiativgruppe durch die Mitarbeit einer Frauengruppe und einer Schülerinitiative und weiterer nicht organisierter Genossen.

Mit fast 60 Besuchern war die Veranstaltung recht gut besucht. Unter den Besuchern war allerdings auch eine Gruppe von KBW-lern, die es mit ausgesprochener Penetranz verstand, die Diskussion immer wieder zu chaotisieren. Ihre Antwort auf die zunehmende politische Repression lautete: Kampf für Lohnfortzahlung für die Soldaten (schließlich stand ja der Soldaten- und Reservistenkongreß an), Einheitsschule usw. Daß diese Leute mit einem Kampf gegen Repression nichts im Sinn haben, ist an diesem Abend wieder einmal deutlich geworden.

Die Gruppe will zu folgenden Themen weiterarbeiten:

- Peter Schreiber
- Berufsverbote und Repression in der Schule
- Repression gegen Frauen
- Gewerkschaftsausschlüsse
- Ausschlüsse aus der SPD
- Zerschlagung des selbstverwalteten Jugendzentrums.

In diesem Sinn wird sie auch das Russell-Tribunal unterstützen durch Materialsammlung und Öffentlichkeitsarbeit.

(Eine Dokumentation zum Fall P. Schreiber ist für 2,20 DM bei A. Neugebohrn, Postfach 102902, 28 Bremen 1, zu bestellen.)

Zur Geiselnahme in den Niederlanden und ihren Hintergründen

Am 23.5. wurden von Südmolukkern in den Niederlanden in einer koordinierten Aktion in einem Zug bei Groningen und einer Schule in Bovensmilde etwa 160 Geiseln genommen. Dadurch soll die Freilassung von 21 Südmolukkern erreicht werden, darunter die bei einer Zug- und Botschaftsbesetzung im Dezember 1975 Gefangengenommenen. Die Geiselnehmer verlangen freien Abzug und die Bereitstellung eines Jumbo Jet. Gleichfalls wird die niederländische Regierung aufgefordert, sich für die Schaffung der Republik Südmolukken einzusetzen.

Unter den Geiseln befanden sich allein 105 Schulkinder.

In den westdeutschen Medien wird in maßloser Sensationsgier verbunden mit rassistischer Hetze gegen die Molukken seit Tagen detailliert über die Geiselnahme berichtet. Unter den Tisch fällt in dieser Berichterstattung die Darstellung der Motive und Ziele der Aktion der Südmolukken und der Probleme der Situation dieses Volkes (wobei sie sich wiederum negativ von der durchaus differenzierenden niederländischen Presse abheben).

Daß die Geiselnahme von Schulkindern nicht geeignet ist, Verständnis oder gar Unterstützung für die Ziele ihres Kampfes zu wecken, liegt auf der Hand. Selbst Menschen, die mit der Sache der Südmolukker sympatisieren, werden sich von dieser Art des Widerstandskampfes distanzieren. Die Kritik an dieser falschen und schädlichen Aktion entbindet uns aber nicht davon, die Berechtigung der Forderungen der Molukker und ihrer Probleme darzustellen und zu diskutieren.



„Jetzt ist nur wichtig, daß die Sicherheit der Geiseln gewährleistet wird" – so der demissionierte Ministerpräsident Den Uyl

Teile und herrsche

Teile und herrsche

Der Ursprung der heutigen Kämpfe der Südmolukker liegt – einige hundert Jahre zurück – in der kolonialen Besetzung südostasiatischer Gebiete durch Portugiesen und Niederländer. Nach jahrzehntelangem Konkurrenzkampf hatte die niederländische „Vereinigte Ost-Indische Kompanie" das Monopol für den Gewürzhandel auf den Molukken an sich gerissen und diktierte fortan der Bevölkerung die Preise für die Gewürzlieferungen. Dieses Monopol brachte schon frühzeitig eine viel weitergehende Machtfestigung der Kolonialherren im molukkischen Bereich mit sich als in anderen Gebieten des heutigen Indonesien. Hinzu kam, daß die Bewohner der Molukken, im Gegensatz zu anderen Völkern Indonesiens kein einheitliches Volk darstellten und auch nicht, wie etwa Java und Sumatra mit ihren großen Kulturen einen eigenen Staat gebildet hatten. So waren die Bewohner der Molukken nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und politisch leichter zu unterwerfen. Mangels eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung stellten sie bald im wesentlichen die Arbeitskräfte und Soldaten für die niederländische Kolonialherrschaft. Ein Südmolukker schreibt in „Madjalah Pattimura", der Zeitung der sozialistischen Molukker-Bewegung in den Niederlanden „Gerakan Pattimura": *„Zwischen unserem Volk und den Niederlanden war im Laufe der Jahrhunderte eine feste Beziehung entstanden, wodurch wir uns eine bessere Gesellschaftsposition sichern konnten als andere indonesische Bevölkerungsgruppen in der niederländisch-indischen Periode. Diese bessere Position, vor allem im militärischen Bereich, verdanken wir der Tatsache, daß die meisten von uns das Christentum angenommen hatten, während andere indonesische Bevölkerungsgruppen islamisch geblieben sind. Jedes Mal, wenn die niederländische Machtposition gefährdet war, suchten die Niederländer und Südmolukker gegenseitige Unterstützung und verteidigten gemeinsam ‚das Christentum'. Dieser Bindung lag ein gemeinsames Interesse zugrunde, die Niederlande vertrauten darauf, daß wir Südmolukker die niederländische Machtstellung militärisch verteidigen würden und ... wir Südmolukker konnten auf eine Belohnung durch höhere gesellschaftliche Stellung rechnen..."* („Madjalah Pattimura", Nr. 2/3, 1976). Die Südmolukker waren so zum Büttel des Kolonialismus geworden und bildeten später den Kern des KNIL (Königlich niederländisch-indisches Heer), daß das Geschäft der Unterdrückung der Freiheitsbewegungen der Javaner, Sumatraner und der anderen Völker des indonesischen Archipels besorgte.

Republik Indonesien und der Freiheitskampf der Südmolukker

Die indonesischen Befreiungsbewegungen hatten im Laufe des Zweiten Weltkrieges solchen Druck entwickelt, daß unmittelbar nach der japanischen Kapitulation am 17.8.45 von Sukarno und Hatta die indonesische Republik ausgerufen wurde. Die niederländische Bourgeoisie mochte jedoch ihre Pfründe nicht so ohne weiteres aufgeben und ließ unter der Bezeichnung „Polizeiaktion" einen mehrjährigen Krieg gegen die junge Republik führen. Ein Sozialdemokrat, der Ministerpräsident Schermerhorn, stellte sich öffentlich auf die Seite der Kolonialisten und erklärte am 14.1.1948 bedauernd: *„In der Tat ist es so, daß die Dinge* (in Indonesien – Anm. AK) *eine andere Wendung genommen hätten, wenn wir* (die sozialdemokratische Partei – Anm. AK) *im Jahre 1945 sofort in die Ereignisse hätten ein-*

Partei – Anm. AK) *im Jahre 1945 sofort in die Ereignisse hätten ein-*

greifen können. Aber ... auf Grund der Vereinbarungen, die Holland mit den Alliierten geschlossen hatte, verfügten wir beispielsweise nicht über genügend Schiffsraum für den Transport von Truppen" (zit. nach „Die Weltbühne", Nr. 19/1948).

1949 mußten die Niederländer jedoch Indonesien die Unabhängigkeit zugestehen. Sie übergaben einem Bund aus 16 Staaten, der „Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien", die Souveränität (ohne damit jedoch Indonesien als Profitquelle aufzugeben!).

Schon ein Vierteljahr später hatten alle Staaten, bis auf drei, teils freiwillig, teils unter Druck, auf ihre Eigenständigkeit verzichtet.

Der Widerstand auf den Celebes wurde von Sukarnos Truppen niedergeschlagen. Die Südmolukken lehnten den Anschluß an den indonesischen Bundesstaat ab, da sie eine Zerstörung ihrer Eigenständigkeit durch die javanischen Vorherrschaftsbestrebungen befürchteten.

Am 25. April wurde auf Ambon die „Republik Maluku Selatan" (RMS), die Republik Südmolukken ausgerufen.

Im September 1950 fielen indonesische Truppen in die Republik Südmolukken ein und konnten *„die meisten Inseln nach heftigen, monatelangen Kämpfen und der Zerstörung der Hauptstadt Amboina besetzen. Nur auf der größten Insel Ceram hielten sich südmolukkische Soldaten, durch einheimische Guerillas verstärkt"* (Dok. „Südmolukken", „Progrom", 1973). Der Widerstand der Kämpfer für ein freies Südmolukken ist bis heute, über 25 Jahre danach, nicht erloschen. Der Präsident der Republik, Soemokil, wurde 1964 gefangengenommen und 1966 auf Befehl Sukarnos in Djakarta hingerichtet.

Derzeit sind allein auf der südmolukkischen Insel Ambon 5.000 Soldaten eingesetzt. Auf der ebenfalls südmolukkischen Insel Ceram sind nach Schätzungen rund 500.000 Javaner angesiedelt worden. Auf Ceram, Abom und Buru sind Gefängnisse und Konzentrationslager für politische Gefangene. 1974 wurden zwölf Freiheitskämpfer der Republik Südmolukken auf Ambon gefangengenommen und zu Gefängnisstrafen von zweieinhalb bis über zehn Jahre verurteilt worden („Madjalah Pattimura", 4/76). (Die „FAZ" vom 25.5.77 behauptet allerdings frech: *„Von einer Untergrund- oder Guerillabewegung in den Südmolukken hat man bislang nichts gehört"*!!).

Treibgut des Kolonialismus

Die 4.000 molukkischen Soldaten der „Königlich niederländisch-indischen Armee", die noch auf Seiten der Niederländer an dem Kolonialkrieg bis 1949 teilgenommen hatten, waren an der Gründung der Republik Südmolukken nicht direkt beteiligt. Die Niederlande hatten sich verpflichtet, die Armee bis zum 1. April 1951 aufzulösen. Die molukkischen Soldaten der Armee, die noch auf Java auf ihre Entlassung warteten, weigerten sich, auf indonesischem Gebiet abzumustern, sie wollten auf die Südmolukken oder nach Neu-Guinea gebracht werden. Auf indonesischem Gebiet fürchteten sie, sicherlich nicht zu Unrecht, um ihr Leben – hatten sie doch bis zum Schluß im Auftrage der Kolonialisten die indonesischen Freiheitsbewegungen bekämpft. Die Niederlande kamen jedoch dem Verlangen ihrer molukkischen Soldaten nicht nach, da sie dem molukkischen Freiheitskampf gegen Sukarnos Indonesien nicht neue Kräfte zuführen und so ihre Beziehungen zu Indonesien gefährden wollten.

Einige südmolukkischen Führer erwirkten vor einem Gericht in Den Haag den Beschluß, daß es der niederländischen Regierung untersagt ist, die Soldaten auf einem von ihnen nicht gewünschten Gebiet abzumustern. Daraufhin erteilte die niederländische Regierung den Dienstbefehl, daß die 4.000 Soldaten zusammen mit ihren Familien – insgesamt 12.000 Menschen – von Java aus in die Niederlande gebracht werden (z.Zt. leben rund 40.000 Südmolukker in den Niederlanden).

Den Soldaten und ihren Angehörigen war von der niederländischen Regierung versprochen worden, daß sie

- mit Wartegeldern unterstützt würden,
- an Wohnorten untergebracht würden, wo sie ihre Identität als Bevölkerungsgruppe behalten können,
- die Kosten für Wohnung und Unterhalt vergüten würde,
- auf die Molukken zurückkehren können.

Von diesen Zusagen wurde damals

können.

Von diesen Zusagen wurde damals

wenig ausreichend erfüllt und ist heute fast nichts mehr übriggeblieben.

Die molukkischen Soldaten und ihre Familien wurden u.a. in Lagern untergebracht, die ehemals den deutschen Faschisten als Konzentrationslager gedient hatten. Die molukkischen Soldaten bekamen direkt nach ihrer Ankunft zu hören, daß sie aus dem niederländischen Dienst entlassen seien.

Die niederländischen Behörden, die frühzeitig erkannten, daß von einer Rückkehr der Südmolukker in ihre Heimat so bald nicht die Rede sein würde, setzten verschiedene Maßnahmen in Gang, die Molukker in die niederländische Gesellschaft zu integrieren.

Das wesentlichste Mittel hierfür war die Auflösung der Lager und die zersplitterte Ansiedelung der Südmolukker in den Städten. Gegenüber dieser Maßnahme wurde von den Molukkern, wenn die Wohnverhältnisse in den Lagern auch z.T. erbärmlich waren, erbittert gekämpft. Zur Auflösung eines der letzten alten Lager, in Vaasen, setzte die niederländische Regierung 500 bewaffnete Polizisten und zwölf Panzerwagen gegen die rund dreißig Molukker ein, die sich weigerten, das Lager zu verlassen.

Eine neue Schweinerei der niederländischen Regierung ist die neueingeführte Paßregelung. Alle Molukker, die keinen niederländischen Paß beantragt haben, weil sie sich in Erwartung der freien Republik als staatenlos betrachten, erhalten in ihren Paß einen Vermerk: „Wird als Niederländer behandelt". Indonesien und Italien verweigern aufgrund dieses Vermerks die Erteilung von Visa, die BRD läßt den Besitzer eines solchen Passes erst gar nicht ins Land.

Zwar ist es der niederländischen Regierung bereits größtenteils und teilweise unter Einsatz brutaler Gewalt gelungen, die geschlossenen Lager der Molukker aufzulösen – der Widerstand der Molukker gegen die erpreßte Integration in die niederländische Gesellschaft, der Versuch, sie mit allen Mitteln zur Aufgabe ihres Kampfes für eine freie Republik Maluka Selatan zu bewegen, ist jedoch gescheitert.

„Die Welt hat nicht zugehört, als wir friedlich waren..."

Der Widerstand der Molukker ist vielmehr seit einigen Jahren aus den Lagern heraus in die Öffentlichkeit getragen worden. Über 20 Jahre lang nahm die niederländische Obrigkeit die Ziele der Molukker überhaupt nicht zur Kenntnis.

Die wurde kurzfristig anders, als am 31. August 1970 die Molukker erstmals zur Aktion übergingen. Einen Tag vor dem Staatsbesuch Suhartos wurde von 33 molukkischen Freiheitskämpfern die Residenz des indonesischen Botschafters in Wassenaar besetzt und Geiseln genommen. Die „Öffentlichkeit" nahm die Probleme der Südmolukker zur Kenntnis, die niederländischen Behörden setzten ihre „Integrationspolitik" fort. Weiter nichts...

Bis es im Dezember 1975 kurz nacheinander zur Besetzung eines Zuges und der indonesischen Botschaft in Amsterdam kam, wobei auch zahlreiche Geiseln genommen wurden. Die niederländische Regierung, die sich bisher den in zahlreichen Gremien versickernden Forderungen der Südmolukker nicht hatte stellen müssen, war durch diese Aktion der südmolukkischen Freiheitskämpfer gezwungen, mit den Vertretern der Südmolukker in „offizielle" Verhandlungen einzutreten. Joop den Uyl versicherte direkt nach der Dezember-Aktion: *„Die molukkischen Führer sollen die Gelegenheit bekommen, genau zu sagen, was sie auf dem Herzen haben"* (zit. nach „Vrij Nederland"/VN, 28.5.77).

Am 17. Januar 1976 empfing den Uyl eine Gruppe südmolukkischer Vertreter. Greifbare Ergebnisse gab es nicht, neue Kommissionen etc. wurden gegründet – angesichts dieser fortgesetzten Verschaukelungs- und Einschläferungspolitik durch die nieländische Regierung, die allerdings auch von einem Teil der molukkischen politischen Führer mitgetragen wird, gründete sich aber auch eine **„Aktionsgruppe nach dem 17. Januar"**. Die Gruppe, die jetzt in einem Akt blinder Verzweiflung mit der Geiselnahme von rund 160 Kindern und Erwachsenen, von denen auch nicht eines für die Lage der Südmolukker in irgendeiner Weise verantwortlich ist, die Verluste der Zug- und Botschaftbesetzungen im Dezember 1975 wieder wettmachen will, indem sie die Freilassung von 22 südmolukkischen Militanten fordert.

Die politischen Organisationen der Südmolukker in den Niederlanden

Die Verzweiflungstat der molukkischen Militanten in Groningen und Bovensmilde hat aber auch ihre Ursache im Zustand der politischen Organisationen der Südmolukker in den Niederlanden, dem Vorherrschen illusionärer, keine reale Perspektive bietender Ideale einerseits (was der bürgerlichen Presse in der BRD zu demagogischen Ausfällen dient) wie einer erst im Ansatz formulierten sozialistischen Strategie und Taktik andererseits.

Sowohl **Manasuma**, der von den in den Niederlanden lebenden Südmolukkern gewählte „Exil-Präsident" der Republik Maluku Selatan, der mindestens von 20.000 der Südmolukker anerkannt wird, wie die von dem ehemaligen KNIL-Pfarrer Metiary geführte, als „Einheitsbewegung" gedachte **„Badan Persatuan"** wie auch deren Jugendorganisation **„Pemuda Masjakarat"** orientieren fast ausschließlich auf die Errichtung der Republik Maluku Selatan, ohne hierfür jedoch wirklich praktikable Vorstellungen entwickelt zu haben. Eine Folge davon ist, daß die Jugendorganisation zunehmend Kritik an der Politik der „alten Führer" entwickelt, und einer reinen „Verhandlungspolitik" gebührendes Mißtrauen entgegenbringt, aber auch die Entstehung radikaler Tendenzen und die Durchführung eher schädlicher politischer Aktionen begünstigt werden.

EliasRinsampessy, ein führender Genosse der sozialistischen **„Gerakan Pattimura"**, äußert zur Kritik dieser Gruppierungen und der Strategie seiner Organisation: *„Einer der fundamentalen Unterschiede zwischen Gerakan Pattimura und den obengenannten Gruppierungen ist, daß diese Gruppierungen die Realisierung der RMS* (Republik Maluku Selatan) *zentral stellen und dies als Endziel sehen. Die Gerakan Pattimura konstatiert dagegen, daß – in den Zusammenhang der Kolonialzeit gestellt, wo Völker nach Unabhängigkeit streben – die RMS eigentlich eine koloniale Erwerbung ist. Das ändert jedoch nicht, daß die RMS formell-juristisch rechtmäßig ist und damit erkennt die Gerakan Pattimura das Recht der RMSer auf Selbstbestimmung an, aber gleichzeitig stellt sie fest, das es belangreich ist, von der heutigen Situation auf den Molukken auszugehen, wo nicht nur die Molukker, sondern auch die Javaner, Sumatraner, Papuas, Timoraner usw. ... von Suharto unterdrückt und ausgebeutet werden. Das beeinhaltet, daß der Freiheitskampf des molukkischen Volkes in einen breiteren Zusammenhang gestellt werden muß, nämlich den des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker. Gerakan Pattimura zufolge muß die Bevölkerung auf den Molukken bestimmen, was sie letztendlich will, die Aufgabe der Molukker in den Niederlanden ist die Unterstützung des Widerstandes in welcher Form auch immer. Mit anderen Worten: Zentral steht nicht so sehr die Verwirklichung der RMS, sondern der Freiheitskampf des molukkischen Volkes. Ob die Molukker eine RMS, einen Einheitsstaat oder was auch immer wollen, da haben die Molukker in den Niederlanden nicht drüber zu beschließen"* („Vrij Nederland", 28.5.77).

Und in einem Aufsatz zur „Neuformierung der RMS-Ideologie" schreibt Rinsampessy zusammen mit David Berhitu: *„Die Anpassungspolitik der niederländischen Regierung ist keine Lösung, aber das krampfhafte Festhalten an der südmolukkischen Gemeinschaft in den Niederlanden an dem von den Niederlanden und Indonesien gegebenen Versprechen* (Rückkehr der Südmo-

derlanden und Indonesien gegebenen Versprechen (Rückkehr der Südmo-

lukker - Anm. AK) *ist es ebenso wenig.*

Es kann erst dann ein Dialog auf der Basis von Gleichwertigkeit in Gang gebracht werden, wenn die Niederlande die Freiheitsideale der Molukker anerkennen. Aber entscheidender scheint es uns zu sein, daß die Molukker einsehen, daß das molukkische Volk, ebenso wie viele andere Völker in der Dritten Welt das Opfer von Kolonialismus und Neokolonialismus ist" („Radikaal"17, 4.10.76).



Südmolukkische Militante in den Niederlande vor dem Symbol der freien „Republik Maluku Selatan".

Einreihung in die Front des internationalen Freiheitskampfes, gemeinsamer Kampf der Südmolukker und aller anderen nationalen Minderheiten in den Niederlanden mit der niederländischen Bevölkerung gegen den Imperialismus – auf diesem Feld dürften auch die besonders kampfbereiten, aber wie im vorliegenden Fall eher zu Aktionen der Verzweiflung neigenden Teile der südmolukkischen Freiheitskämpfer eine greifbare Perspektive finden.

Asien-Kommission
Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach der Bundeskonferenz: Es brodelt in der Gerüchte - Küche

Wie zu erwarten, haben nach der Bundeskonferenz der Anti-AKW-BI's (Hannover, 14./15.5.) wieder die Märchenerzähler ihre große Stunde.

Allen voran wieder die teilweise als „Spontis" firmierenden unorganisierten Sozialdemokraten:

„Die Tagesordnung war so gewählt, daß hauptsächlich theoretische Debatten geführt werden konnten, was von den ‚politischen Parteien' mit Freuden aufgegriffen wurde, und sie sich gegenseitig die verschiedenen Grundsatzprogramme um die Ohren geschlagen haben. So erweckte die Konferenz den Eindruck, daß sie nur für die Partei-Organisierten als Selbstdarstellung zwecks Rekrutierung stattfand, und um ihre politische Linie bundesweit unter den Atomgegnern durchzusetzen, bzw. die ‚Führung' in der Anti-Atom-Bewegung zu übernehmen", schreiben „Spontis" vom „Atom-Info-Zentrum" Hannover (Flugblatt vom 26.5.).

„Das Hauptinteresse des KB an Bundes- und Regionalkonferenzen ist es, formale Strukturen zu schaffen, die es ihm ermöglichen, über Gremien für die gesamte Anti-AKW-Bewegung zu sprechen und ihre Linie zu bestimmen", klagen „Spontis" aus Hannover, Göttingen und Hameln (ebenda).

Zwei Westberliner „Spontis" beschreiben ihre Eindrücke so:

„Der erste Tag verlief wie eine schlechte Uni-Vollversammlung. Stundenlanges Hickhack der K-Gruppen um Tagesordnung, haufenweise Geschäftsordnungsanträge usw. So lauten unsere Notizen: Machtpolitik KB (Diskussionsleitung). Wir schießen laufend mit Papierflugzeugen ... Als ein K-Redner sich dauernd selber Beifall klatscht, ruft ein Sponti: Das ist ja wie in Moskau! Der arme Kerl wäre daraufhin fast gelyncht worden. Na ja, es war auch wohl eher wie in China" („Info-Bug" 23.5.).

Die trotzkistische GIM, die auf der Bundeskonferenz selbst nicht mal eine Randrolle gespielt hatte, haut voll in dieselbe Kerbe:

Die trotzkistische GIM, die auf der Bundeskonferenz selbst nicht mal eine Randrolle gespielt hatte, haut voll in dieselbe Kerbe:

„.... Die Verantwortung für diesen Rückschlag ... geht in erster Linie auf das Konto des KB, der KPD (RF) und des KBW ... Sie haben es geschafft, diese Konferenz buchstäblich zu verwüsten, indem sie – und dies ist ja bereits notorisch, auch in anderen politischen Fragen – nicht die gemeinsame Gegnerschaft zu den Atomanlagen zum Ausgangspunkt einer kontroversen, aber durchaus solidarisch zu führenden und führbaren Debatte über die Kernfragen der Bewegung machten, sondern diese Debatte durch ein power play ihrer jeweiligen Fraktionen ersetzten" („was tun", 19.5.).

Selbst die vaterländische „KPD" mußte noch ihren Senf dazu geben: *„Die Empörung vieler Delegierter über die unnütze ‚Auseinandersetzung' zwischen KB und KBW war verständlich, verkürzte sie doch die Zeit, die für die wichtigen Beratungen zur Verfügung stand. Dennoch war es ein Fehler, wenn eine Gruppe Hamburger BUU-Delegierter* (gemeint ist der Kreis um das sogenannte „Montagsplenum", dessen einziger gemeinsamer Nenner die Gegnerschaft zum KB ist – Anm. AK) *das zum Anlaß nahm, dem Kongreß seine Bedeutung abzusprechen und wenn sie jetzt zu einem eigenen Treffen einladen will ... Unsere Partei jedenfalls wird mit dazu beitragen, daß in den Beratungen der Bürgerinitiativen die positiven und negativen Seiten dieses Kongresses beurteilt und die richtigen Lehren daraus gezogen werden"* („Rote Fahne", 25.5.).

Der KBW hat bisher auf einen offiziellen Kommentar zu der für ihn ja auch wahrlich nicht rühmlichen Bundeskonferenz verzichtet. Intern scheint aber auch er auf die allgemeine Demagogie abzufahren: „ ... *Zum Diskussionsverlauf ist zu sagen, daß kaum jemand, der nicht hinter dem Bericht der Leitung stand* (gemeint ist die Demo-Leitung vom 19.2., Anm. AK), *ausreden konnte, durch Brüllen und Trampeln laufend unterbrochen wurde, um so die verbal angekündigte inhaltliche Diskussion zu verhindern"* (Bericht des Delegierten der BI Lüneburg, KBW'ler).

Wir halten es angesichts dieser Darstellungen für nützlich, einige Zahlen und Fakten zu geben.

Vertreten auf der Bundeskonferenz waren maximal 256 BI's, davon aber einige nur mit nicht stimmberechtigten „Beobachtern"; dies stellt einen großen Schritt nach vorn im Vergleich zur Bundeskonferenz von Wilster im Februar dar, wo „nur" etwa 80 Initiativen vertreten waren. Am zweiten Konferenztag bröckelte die Zahl der Teilnehmer deutlich ab.

Die BI-Vertreter auf dem Kongreß setzten sich nach unserer Schätzung etwa folgendermaßen zusammen:

Stärkster Block waren die verschiedenen Strömungen der „Unorganisierten" mit etwa 130 Vertretern.

Der KB war durch 70 – 80 Genossen und Sympathisanten vertreten.

„KPD": etwa 15
KBW: etwa 10
„Graswurzel" und andere „Gewaltfreie": 10 – 20.
SPD/DKP: etwa 10.

Die Diskussionsleitung setzte sich so zusammen: drei vom KB, vier von der „KPD", fünf „Unorganisierte", davon zwei Anhänger der Storim-Richtung („AK Politische Ökologie")

Noch ein Wort zur Stärke der Storim-Richtung und im weiteren Sinn der Anti-KB-Fraktion unter „Unorganisierten": Gleich zu Beginn der Bundeskonferenz erzwang die Gruppe um das Hamburger „Montagsplenum" (Storim-Richtung und andere) eine Abstimmung, ob – wie von ihnen gefordert – alle Anwesenden stimmberechtigt sein sollten, oder aber nur die von ihren BI's beauftragten Delegierten. In dieser Abstimmung unterlag die Storim-Gruppe mit 8 (!) gegen 200!

Später, am Abend des 14.5., fand sich auf Initiative ein Kreis von „Unorganisierten" zusammen, der seinem Unmut über die „K-Gruppen" Ausdruck verlieh. Aus diesem Kreis heraus wird nun zu einem separaten Treffen am 17. – 19. Juni in Kassel eingeladen. Von diesem Kreis selbst wird gehandelt, daß sich bei ihrem Treffen am Abend des 14.5. *„an die 60 BI's "* versammelt hätten (Flugblatt vom „Atom-Info-Zentrum" Hannover, s.o.).

Auf die Zahl von „inzwischen an

60 BI's " versammelt hätten (Flugblatt vom „Atom-Info-Zentrum" Hannover, s.o.).

Auf die Zahl von „inzwischen an

die 60 BI's" berief sich übrigens erstmals Fritz Storim selbst in einem Redebeitrag am zweiten Tag der Bundeskonferenz. Diese Angabe ist schamlos übertrieben und soll ganz offensichtlich nur dem einzigen Zweck dienen, mehr zu scheinen als man wirklich ist, um eine große Sache vorzutäuschen und weitere „Unorganisierte" anzuziehen. Tatsächlich waren bei dem von der Storim-Gruppe initiierten „Frustrierten-Treffen" am Abend des 14.5. im weitesten Sinn 46 BI's „vertreten", davon aber viele nicht durch ihre Delegierten, sondern durch zufällig anwesende Einzelindividuen. Unter den auf diesem Treffen „vertretenen" BI's rangieren an der Spitze Hamburg mit 15 „Vertretern", Hannover mit 9 „Vertretern" und Hameln mit 4 „Vertretern". Der Kreis war insgesamt sehr gemischt, z.B. beteiligten sich dabei auch die „Gewaltfreien" und Leute von der „Itzehoe-Fraktion".

Über die Kräfteverhältnisse gibt auch eine weitere Abstimmung deutlich Auskunft, nämlich die vom KBW und der Storim-Richtung erzwungene Auseinandersetzung über die Brokdorf-Demonstration vom 19.2., die von ihnen als Niederlage und Verrat eingeschätzt wird. Für diese Position ergaben sich etwa 25 Stimmen (KBW Storim-Richtung, plus vielleicht zehn bis zwölf „Unorganisierte"), 20 Delegierte enthielten sich der Stimme, 125 stimmten dem Bericht der Demonstrations-Leitung vom 19.2. zu. Man muß gerade zu dieser Abstimmung aber noch anmerken, daß mit einem Anteil von 14 bis 15 % die KBW-Storim-Position zum 19.2. zweifellos auf dem Bundeskongreß erheblich stärker repräsentiert war, als das zu dieser Frage der Anti-AKW-Bewegung insgesamt der Fall ist. Zu den Enthaltungen: Darunter dürften auch viele Delegierte sein, die die Brokdorf-Demo ‚von rechts' angreifen, also „Gewaltfreie" u.ä.

An dieser Auseinandersetzung wird auch sehr deutlich, mit welcher Demagogie die Storim-Richtung, aber auch einige andere rechte „Unorganisierte" arbeiten. So heißt es in einer Stellungnahme des Hamburger „Montagsplenums" zum Bundeskongreß, man habe dort leider nicht vernünftig diskutieren können, weil *„diese Konferenz von den dort vorhandenen Mehrheiten als Prestigeveranstaltung inszeniert wurde. Für KB und KPD galt es am 1. Tag, ihre Demoleitung vom 19.2. möglichst triumphal (!) zu entlasten ... Das ist mit entsprechendem Aufwand ohne weiteres gelungen und wurde mit entsprechend frenetischem Beifall gefeiert".*

Hier wird der Sachverhalt auf den Kopf gestellt: Erzwungen wurde diese zeitraubende Debatte – zum x-ten Mal! – über den 19.2. durch den KBW und die Storim–Gruppe, nachdem speziell der KBW schon seit dem 19.2. dieses Steckenpferd in sämtlichen BI's, wo er noch vertreten ist (oder war) jämmerlich zu Tode geritten hat.

Speziell die Storim-Richtung und das knappe Dutzend „unorganisierte" Delegierte, die in dieser Frage mitgezogen haben, sollten einmal Auskunft über die innere Logik ihrer Haltung geben, da sie zu gleicher Zeit einer „breeeiiiten" Zusammenarbeit bis weit in die Reihen der „Gewaltfreien" und der Sozialdemokraten, die am 19.2. in Itzehoe waren, das Wort reden.

Dabei bauen diese Leute seltsame Fronten auf. So schreiben etwa die Anhänger dieser Strömung aus Hannover, Göttingen und Hameln in einer gemeinsamen Erklärung (Flugblatt vom 26.5., s.o.):

„Wenn unsere Einschätzung richtig ist, daß die Linke allein weder das Atomprogramm noch die Kriminalisierung verhindern kann, so bedeutet jede Einschränkung der Bewegung eine Schwächung. Es gibt viele Menschen, die zwar bereit sind, aktiv gegen das Atomprogramm zu kämpfen, die aber aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen noch nicht bereit sind, ihre gesamte Geschichte und ihr politisches Denken infrage zu stellen. Daher ist es nicht eine Erweiterung, sondern eine Einschränkung der Breite, wenn man die Anti-AKW-Bewegung auf eine anti-kapitalistische Linie festlegen will.".

Es liegt auf der Hand, daß dies überhaupt niemand versucht hat, nicht mal der KBW, und daß gerade dies auch in den BI's kaum ein Streitpunkt ist – da selbst die ‚rech-

Es liegt auf der Hand, daß dies überhaupt niemand versucht hat, nicht mal der KBW, und daß gerade dies auch in den BI's kaum ein Streitpunkt ist – da selbst die ‚rech-

ten' BI's, etwa die an Wüstenhagens BBU oder am WSL orientierten, einen „systemkritischen" Ansatz haben. Als einzig wesentlicher Streitpunkt hat sich eindeutig die „Gewaltfrage" herausgestellt. Insofern geht die „Unorganisierten"-Stellungnahme aus Hannover, Göttingen und Hameln am Wesen der Sache vorbei. Und zwar einfach deshalb, weil diese Strömung gar kein einheitliches und glaubwürdiges Konzept zur „Gewaltfrage" hat.

Die Storim-Gruppe und andere rechte „Unorganisierte" stellen es so dar, als würden „die Unorganisierten" von „den K-Gruppen" bei der Aufstellung der Delegierten ausmanipuliert und bei Konferenzen untergebuttert. Das ist aber zweifellos nicht das Problem, wenn man etwa sieht, daß die „Unorganisierten" mit ca. 130 Delegierten den mit Abstand stärksten Block auf der Bundeskonferenz bildeten. Der springende Punkt ist vielmehr, daß „die Unorganisierten" alles andere als eine einheitliche Richtung sind. Selbst der relativ kleine Anteil von „Unorganisierten", der sich auf Initiative der Storim-Gruppe am Abend des 14.5. als ‚Frustrierten-Treff' zusammenfand, ist völlig uneinheitlich. Das heißt, die Schwäche dieser Strömung liegt nicht in der Tücke und Raffinesse „der K-Gruppen", sondern in ihrer eigenen totalen Konzeptionslosigkeit.

Wir haben bereits am Hamburger „Montagsplenum" nachgewiesen, daß es sich dabei um eine reine ‚Negativ-Koalition' handelt, die nur durch ihre Haltung gegen den KB zusammengehalten wird, die jedoch zum einheitlichen Handeln und Angeben konkreter Alternativen für die Anti-AKW-Bewegung nicht in der Lage ist und unserer Meinung nach niemals sein wird. Diese ‚Negativkoalition' soll nun offensichtlich bundesweit ausgebaut werden. Dies wird unserer Einschätzung nach so ablaufen, daß diese Strömung insgesamt sich mehr und mehr dem rechten Flügel der Anti-AKW-Bewegung (Wüstenhagen, DKP, Jusos, „Gewaltfreie") anpassen und mit ihm verschmelzen wird. Speziell die Tendenz der Storim-Gruppe (Betonung der Militanz) hat gar keine Chance, sich im Rahmen dieser ‚Negativ-Koalition' durchzusetzen; ihre Bündnispartner müßten eigentlich – Ehrlichkeit vorausgesetzt – „die K-Gruppen" sein!

Was in diesem Zusammenhang den KBW angeht, so konnte er in der Frage des 19.2. natürlich ausgezeichnet mit der Storim-Richtung zusammengehen. Zudem kann er speziell in Hamburg die bei einigen „Unorganisierten" umgehende panische Existenzangst gegenüber dem KB ausnutzen, um sich selbst als (g)eifrigsten „KB Nord"-Gegner zu empfehlen und damit Pluspunkte zu sammeln.

Mit zunehmendem Einfluß des KB auch außerhalb Hamburgs bietet diese Taktik dem KBW auch bundesweit noch einige Schlupflöcher. Falls der KBW aber seine hirnrissige und total sektiererische Gesamttaktik nicht ändert, wird ihm das punktuelle Zusammengehen mit der Anti-KB-Fraktion auch nicht aus der Scheiße helfen.

Auch die „KPD" versucht, sich bei den „Unorganisierten" allgemein und beim rechten Block insbesondere anzuschleimen, indem sie auf das ärgerliche „Hickhack zwischen KBW und KB" schimpft und sich selbst a la DKP als „konstruktive Kraft" anpreist. Dies fällt insofern nicht ganz leicht, da die „KPD" tatsächlich in allen wesentlichen Fragen gegen die Storim-Richtung und meist mit dem KB stimmte, entsprechend der Konstellation vom 19.2. Selbst zur Auseinandersetzung um den 19.2. hat sich die „KPD" inzwischen jedoch offenbar einen flexiblen Standpunkt" erarbeitet": Der Rechenschaftsbericht der Demonstrationsleitung sei „ein Kompromiß", „ein taktisches Bündnis mit dem KB, mit dem sie ihn auf dem Kongreß auf inhaltliche Positionen festlegen wollte" (So erzählen es inzwischen „KPD"ler in verschiedenen BI's). Dieses Märchen vom „taktischen Kompromiß" entlarvt sich schon daran, daß bereits unmittelbar nach dem 19.2. die Demonstration in der „KPD"-Presse ohne Abstriche als großer Erfolgt dargestellt wurde. Dies hinderte die „KPD" selbstverständlich nicht, noch unmittelbar auf der

monstration in der „KPD"-Presse ohne Abstriche als großer Erfolgt dargestellt wurde. Dies hinderte die „KPD" selbstverständlich nicht, noch unmittelbar auf der

Bundeskonferenz schon die Storim-Gruppe heftig zu umwerben und sich für eine „Zusammenarbeit" anzubieten.

Der „KPD" und ihren Kadern ist taktisches Geschick nicht abzusprechen. Das Problem dabei ist, daß die „KPD" ständig so flexibel und schleimig agiert, daß von ihrer eigenen politischen Zielsetzung kaum noch etwas übrigbleibt. Das heißt letzten Endes: Die flexible Taktik wird zum Selbstzweck, weil sie die „KPD" im Sinn ihrer speziellen Ziele keinen Schritt voranbringt. Es geht der „KPD" am Ende so wie dem Eichhörnchen, das seine Nüsse so gut versteckt, daß es sie schließlich selbst nicht mehr wiederfindet.

Noch ein Schlaglicht auf die Repräsentanz der „KPD" bei der Bundeskonferenz: Als der Vorschlag eingebracht wurde, im Herbst zweiwöchige ‚Aktionstage' zu organisieren und nach der ersten Woche über eine eventuelle Großaktion zu beraten, sprach sich die „KPD" sehr deutlich dagegen aus: *„Ich meine ganz klar, wir können uns nicht leisten, nur zu sagen, wir treffen uns irgendwann (?) einmal wieder und diskutieren dann, wie es mal (?!) weitergehen soll, d.h. die Losung der Atempause jetzt halte ich für falsch, sondern wir müssen jetzt (!) einen festen Termin für die nächste Großaktion Ende September benennen und offenhalten, wohin sie gehen soll und zur Vorbereitung dessen, und das ist mein Antrag, einen Vorbereitungsausschuß heute (!) hier zu benennen ..."* (Redebeitrag von Prof. Scheer auf der Bundeskonferenz).

Als es dann zur Abstimmung kam, sprachen sich etwa 130 Delegierte für den ersten Antrag (‚Aktionstage' plus Bundeskonferenz) aus, nur 15 stimmten dagegen – praktisch ausschließlich die Vertreter der „KPD" (der KBW hatte zu diesem Zeitpunkt schon die Bundeskonferenz verlassen, die Storim-Gruppe war momentan abwesend).

Dies zeigt, daß die „KPD" in dieser Frage auf ihre unmittelbaren Vertreter beschränkt war – was sie nicht hinderte, nachträglich in Nordrhein-Westfalen doch noch eine fest datierte Aktion (im Gespräch ist der 24.9.) am „Schnellen Brüter" Kalkar durchzusetzen, zu der nach dem Willen der „KPD" bundesweit mobilisiert werden soll.

Insgesamt sieht es so aus, daß in der Anti-AKW-Bewegung derzeit, nach den letzten Großaktionen vom 19.2. (Brokdorf) und 19.3. (Grohnde) weitgehend Erschlaffung und Resignation sich breitgemacht haben, daß angesichts des Bullen-Terrors und angesichts des Zurückweichens der örtlichen Bürgerinitiativen die Bedenken gegenüber weiteren militanten Aktionen zunehmen, daß Illusionen über eine mögliche „Verbreiterung" der Bewegung in Richtung auf die Wüstenhagen-BBU und die „Itzehoe-Fraktion" Raum gewinnen.

Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß durch die Manöver der Bundesregierung und der Regierungsparteien in der öffentlichen Diskussion um die „friedliche Nutzung der Kernenergie" eine gewisse Pause eingetreten ist und teilweise sogar von scheinbar besonders „linken" AKW-Gegnern behauptet wird, die Bundesregierung habe bei der Durchsetzung ihres Programms zurückstecken „müssen" – während es sich unserer Einschätzung nach in Wirklichkeit so verhält, daß für den Herbst wesentliche Schritte geplant sind, um das Atomprogramm weiter voranzutreiben.

– während es sich unserer Einschätzung nach in Wirklichkeit so verhält, daß für den Herbst wesentliche Schritte geplant sind, um das Atomprogramm weiter voranzutreiben.

Man muß sagen und sich klar machen, daß derzeit die Anti-AKW-Bewegung in keinem guten und aktionsfähigem Zustand ist, und daß es insbesondere um die Einheit der Bewegung sehr schlecht steht. Zusätzlich zu der sozusagen schon traditionellen Spaltung, wie sie am 19.2. sichtbar wurde, sind weitere Spaltungen und Brüche getreten.

Derzeit sieht es so aus, als wollten es insbesondere der KBW und die rechten „Unorganisierten" auf einen ‚Vernichtungskampf' ankommen lassen, der übrigens nur zu ihren Ungunsten enden kann. Die „KPD" scheint sich da mit einreihen zu wollen. Wir meinen dazu: Notwendig sind diese Schlachten ‚in den eigenen Reihen' nicht und wünschenswert sind sie auch nicht. Es kann der Anti-AKW-Bewegung nur schaden, wenn sich die „Brokdorf-Fraktion" vom 19.2. in fruchtlosen Scharmützeln zersplittert und lahmlegt, wenn irrationale Fronten aufgerissen werden und dafür neue „Bündnisse" eingegangen werden, deren einzige Basis der Wille einiger Personen zum politischen Überleben und das Herunterbeten primitivster antikommunistischer Klischees („Marke 50er Jahre") sind. Aber: Wenn es so sein sollte, daß diese Entwicklung weitergeht, und wenn sich zeigt, daß die Anti-AKW-Bewegung durch diese Episoden der Spaltung und des unfruchtbaren „Hickhack" hindurch muß, werden wir diesen Weg gehen.

Propagandakampagne für die Wiederaufbereitungsanlage



Mit einem enormen personellen und finanziellen Aufwand versuchen in den letzten Wochen und Tagen AKW-Betreiber und die niedersächsischen Regierungsparteien verstärkt ihr Projekt einer Wiederaufbereitungs- und Entsorgungsanlage der Bevölkerung schmackhaft zu machen.

Die Propagandakampagne wird z.Zt. dabei auf den Kreis Lüchow-Dannenberg (also in der Region des möglichen Standorts für die WAA, Gorleben) konzentriert. Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht (CDU), der schon immer behauptet hatte, die WAA werde in Gorleben oder sonst nirgends in Niedersachsen gebaut werden, teilte jetzt mit, „daß es in j e d e m F a l l beim Standort Gorleben bleiben werde, zumal auch die Bundesregierung ihre ursprünglich geäußerten Bedenken zurückgenommen habe" (lt. „Elbe Jeetzel-Zeitung", „EJZ", 17.5.77).

Angeblich sollen auch „Experten" bei einem Hearing vor dem zuständigen Bundestagsausschuß erklärt haben, daß Gorleben überhaupt d e r ökologisch geeignete Standort für die geplante WAA sei.

Mit diesen Bekundungen ist zunächst wohl nicht mehr gesagt, als daß Gorleben nunmehr doch in die Vorauswahl einbezogen und als „geeignet" qualifiziert wird, um freie Bahn für die im Herbst von Seiten der Bundesregierung zu treffende politische Entscheidung über das Mammutprojekt der WAA zu schaffen.

Der tatsächliche Standort für die WAA ist damit noch keineswegs bestimmt. Selbst bürgerliche Wissenschaftler, die die Entsorgung für „technisch machbar" halten, lassen die Frage des Standorts noch offen („wo, das ist eine zweite Frage"). „Ob sich ein Salzstock für diese Einlagerung eignet, kann nicht ohne Probebohrungen festgestellt werden" („EJZ", 29.4.77).

Sei's wie es sei: Derzeit wird jedenfalls um Gorleben von den WAA-Betreibern, CDU und auch der SPD eine große Kampagne durchgezogen, um unter der örtlichen politischen „Prominenz" eine Front von AKW-Befürwortern aufzubauen und aufzurüsten – zum anderen wird ein intensiver „Dialog" mit Bürgerinitiativen-Vertretern auch von Albrecht höchstpersönlich geführt, um die Bürgerinitiativen möglichst vom aktiven Widerstand gegen die geplante Atomanlage abzuhalten. – Albrechts „Argumentationshilfe" dabei sind 500.000 DM, die er den AKW-Gegnern spendieren will...



Konfrontation mit der örtlichen Bevölkerung und den AKW-Gegnern zu vermeiden sucht. geeigneten Standort ausfindig zu' machen. - Daß es zur Zeit auf der ganzen Welt keine einzige für „fried- zu Horst (Regierungsdirektor der für die Genehmigung zuständigen Abteilung im Sozialministerim) sowie der

plante Atomanlage abzuhalten. – Albrechts „Argumentationshilfe" dabei sind 500.000 DM, die er den AKW-Gegnern spendieren will...

»Wir haben eine Öffentlichkeitsarbeit begonnen mit dem Ziel, die ortsansässige Bevölkerung möglichst umfassend und so objektiv wie uns das möglich ist, von der Notwendigkeit der Errichtung einer solchen Anlage zu überzeugen. Nach den anfänglichen Schwierigkeiten, die insbesondere im Landkreis Aschendorf entstanden sind, haben wir den Eindruck, daß die Informationsarbeit, die bisher geleistet worden ist, gute Früchte trägt. Wir haben die politischen Repräsentanten nach Karlsruhe geführt. Wir haben teilweise die Anlage in Kap La Hague vorführen können. Gerade dieser Informationsbesuch in Kap La Hague und die vollkommene Normalität der Verhältnisse in dieser Landschaft haben beachtlichen Eindruck auf die Besucher gemacht.«

So offen äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitungsanlagen (DWK), Schenten, bereits Mitte '76 anläßlich eines WAA-Hearings vor dem Innenausschuß des Bundestages.

Die DWK organisierte und finanzierte auch in diesem Jahr bereits etliche „Informationsfahrten" zur französischen WAA La Hague.

Obwohl in der WAA La Hague allein im Jahre 1975 mehr als 500 mal Fälle von Verseuchungen und insgesamt 18 Lecks in radioaktiven Leitungen aufgetreten sind; obwohl dort die Arbeiter in einem mehrmonatigen Streik einen längeren Produktionsstop wegen der enormen Gefährdungen durchsetzen konnten (siehe hierzu „Verdammt zum Erfolg" von der BBA/Bremen), wird La Hague auch heute von den AKW-Betreibern hierzulande als Musterbeispiel für eine umweltfreundliche WAA propagiert.

Ende Januar '77 lud sie dorthin 37 Mitglieder der „Niedersächsischen Landeskonferenz" ein. In den Lokalblättern der Lüneburger Heide fand diese Reise einige Tage später darauf ein euphorisches Echo: *»Kernenergie muß nicht gefährlich sein. Das zeigt die WAA Cap de la Hague . . .«* usw. (aus „Lüneburger Landeszeitung"). Mitte März fuhr dann die erste Delegation aus Lüchow-Dannenberg nach La Hague, bestehend aus Politikern des Kreistages von Lüchow-Dannenberg.

Mitte April fand bereits die nächste Fahrt mit Bürgermeistern und Gemeinderäten aus Gorleben und den angrenzenden Gemeinden statt.

Dann wurde ausführlich das Kernforschungszentrum (mit Mini-WAA) in Karlsruhe „besichtigt.., wobei die anwesenden „Nuklearexperten" u.a. behaupteten, die in Gorleben geplante WAA sei weit weniger gefährlich als die WAA Karlsruhe.

Neben diesen Fahrten wurden sämtliche Jugendleiter des Kreisjugendringes Lüchow-Dannenberg nach Asse/Wolfenbüttel gekarrt (am 11.5), am 24.5. fuhren alle Mann auf Kosten der DWK nach Karlsruhe, am 16.5. diskutierten die Jugendgruppenleiter gar mit Bundespräsident Scheel persönlich über das Thema „Leben im Atomzeitalter - Ist die Zukunft noch sicher?" („Elbe-Jeetzel-Zeitung" - „EJZ", 10.5.77).
Vor allem die Beackerung der politischen Repräsentanten, die eben landbekannte „angesehene Bürger" sind, darf nicht unterschätzt werden.

Alle Bürgerinitiativen aus dieser Region sind um ein gutes Einvernehmen mit den Kommunalpolitikern bemüht. In mehreren BI's berichteten Teilnehmenr der La Hague-Fahrt breit über ihre „Reiseeindrücke".

„DAN" und DWK-Bus

„DAN" ist eine speziell für die örtliche Bevölkerung konzipierte Zeitung der DWK. Sie wird seit Anfang April massenhaft verbreitet, als Postwurfsendung, als Beilage zur Lokalzeitung usw..

Seit Ende März '77 ist ein Propaganda-Bus der DWK im Einsatz mit der großen Aufschrift: *»Deutschland braucht Kernenergie«*. Dort wird mit geschultem Personal, das alle vier Wochen ausgewechselt wird, die Bevölkerung beackert. Dieser Bus stand bisher für je ein bis zwei Wochen in Gorleben, Trebel, Dannenberg, Hitzacker, Gartow und Lüchow und ist seitens der DWK als langfristige Einrichtung geplant. Nach Berichten von BI-Vertretern werden ganze Schulklassen in diesen Bus geschickt.

Bezeichnend für die „Basisarbeit" der DWK ist, daß sie bisher im Gegensatz zur NWK-Brokdorf jede Konfrontation mit der örtlichen Bevölkerung und den AKW-Gegnern zu vermeiden sucht.

So wurde die BI-Lüchow-Dannenberg dazu aufgefordert, selbst in der „DAN" zu schreiben, was sie allerdings ablehnte. Begrüßt wurde beispielsweise in der „DAN" die friedliche Gorleben-Kundgebung, gehetzt wid jedoch gegen die linken AKW-Gegner (als „langhaarige" und „Zugereiste").

Der wesentliche Erfolg dieser Taktik besteht wohl darin, daß die Propagandisten des menschen- und umweltfeindlichen Atomprogramms und der WAA überhaupt als „Gesprächspartner" akzeptiert werden.

So beschränken sich bisher die Gegenmaßnahmen der örtlichen BI's auf Büchertische etc., die in der Nähe des Busses aufgestellt werden bzw. Diskussionen mit den DWK-Leuten.

„Basisarbeit" der CDU

Auch die bürgerlichen Parteien haben eine rege „Informationstätigkeit" entfaltet. Führende SPD-Funktionäre aus Lüchow - ebenfalls Teilnehmer von La Hague-Fahrten - treten beispielsweise auf Diskussionsabenden für die WAA ein, während die CDU systematisch Gespräche an der „Gorleben- Front" führt, wie sie sagt. So gibt es einen „Arbeitskreis Umwelt-Schutz" der CDU-Landtagsfraktion, deren Vorsitzender ausgerechnet der CDU-Abgeordnete Grill ist. Grill gehört zu den skrupellosesten AKW-Befürwortern (*»Ich halte den Standort Gorleben für richtig, denn für die ökologische Intaktheit Lüchow-Dannenbergs gibt uns niemand einen Pfennig«*). Er schreibt auch entsprechende Artikel in der Lokalpresse.

Ende März führte dieser „AK Umweltschutz" eine ganztägige Gesprächsrunde mit Mandatsträgern von Kreis und Gemeinden sowie Vetretern des CDU-Kreisverbandes und der BI durch.

Anfang April wurde Wissenschaftsminister Pestel durch die Gegend geschickt, wo er u.a. im Lüchower Ratskeller sprach. Seine Orientierung: Bis zum Baubeginn der WAA sei noch viel Zeit, da die Brennelemente 30 bis 40 Jahre zwischengelagert werden können. - Auf keinen Fall dürfe man aber gegen Zwischenlager und WAA gleichzeitig demonstrieren. Anfang Mai bildete auch der Kreisvorstand der CDU einen „Arbeitskreis Kernenergie".

Horst Schröder, der CDU-MdB dieser Region, inszenierte bereits das erste „interne Informationsgespräch" zwischen CDU-Politikern und Gemeindevertretern aus Gorleben, Trebel usw. und der Führungscrew der Braunschweiger „Technisch-Physikalischen Bundesanstalt", die zuständig ist für die Genehmigung der Atommülldeponie.

Die Herren „Wissenschaftler" versuchten den Lokalpolitikern zu verklaren, daß das Problem der Wiederaufbereitung heute bereits „technisch gelöst" sei und daß es jetzt nur noch darum gehen könne, einen geeigneten Standort ausfindig zu' machen. - Daß es zur Zeit auf der ganzen Welt keine einzige für „friedliche Zwecke" produzierende WAA gibt, die störungsfrei funktioniert, wurde von diesen Herrschafen natürlich nicht gesagt.

Albrechts letzter Coup

Zusätzlich zu den oben beschriebenen „demokratischen" Manövern (d.h. Einbinden der Bürgerinitiativen bzw. auch der Lokalpolitiker in ein System von Beratungen, Seminaren, Informationsreisen etc. pp) und einer demagogischen Propagandakampagne versuchen Albrecht und Co. nunmehr auch mit finanziellen Zuwendungen an die BI's ihren Einfluß auszubauen. Konkret geht es darum, daß der niedersächsische „Landesvater" der BI-Lüchow-Dannenberg in Aussicht gestellt hat, die nicht unerheblichen Kosten für ein sogen. „unabhängiges Gutachten" über die WAA zu spendieren (es ist die Rede von 300.000 bis 500.000 DM).

Dies war ein Hauptthema der Besprechung zwischen Albrecht und der BI am 16.5. in Hannover. Gesprächsteilnehmer waren neben Albrecht Otto Nass (Leiter der politischen Abteilung im Sozialministerium), Vaupel (leitender Ministerialrat) und zu Horst (Regierungsdirektor der für die Genehmigung zuständigen Abteilung im Sozialministerim) sowie der Lüchow-Dannenberger Graf v. Bernstorff mit seinem Rechtsbeistand und als BI-Vertreter M. Mombaur und der Gartower Holzunternehmer G. Herbst.

Zur Erstellung des Gutachtens schlug die BI zwei Planungsbüros vor (Büro Planco/HH, Büro Laage/HH-Hannover) - die endgültige Auswahl des Gutachterbüros wird Albrecht jedoch selbst treffen.

Während auf der einen Seite (lt. „EJZ" vom 17.5.) das Gutachten die Aufgabe haben soll, *»von neutraler Seite fundierte Informationen über ein umstrittenes Projekt zu erhalten und frei von Emotionen Aufklärungsarbeit betreiben zu können«*, machte auf der anderen Seite Albrecht deutlich, *»daß es in jedem Fall beim Standort Gorleben bleiben werde, zumal auch die Bundesregierung ihre ursprünglich geäußerten Bedenken zurückgenommen habe«* („EJZ", vom 17.5.).

Wer bei dieser Sorte von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit (*»in einer ausgesprochen sachlichen ruhigen Atmosphäre«*, so Albrecht) am Ende den Kürzeren ziehen wird, liegt ja wohl auf der Hand . . .

KB/Gruppe Lüneburg

Wie heute der Atommüll gelagert wird

Mitten in Hanau lagern nahezu ungeschützt bis zu 460 Kilogramm Plutonium. So ist es nicht verwunderlich, daß seinerzeit die Firma Nukem, die Brennelemente herstellt und auch das Plutonium lagert, eine Parlamentarier-Besuchsabordnung mit folgenden Worten empfing:

»Meine Herren, Sie sehen hier das größte Risikopotential der westlichen Welt außerhalb der Vereinigten Staaten« („Frankfurter Rundschau"- „FR", 28.5.77).

Nun soll das Plutonium hinter meterdickem Beton „gesichert" werden. Der Bunker soll das Plutonium vor Flugzeugabstürzen (200 Flugzeuge überfliegen derzeit täglich das Gelände), „Sprengstoffanschlägen" und Erdbeben sichern. Die Firma hält selbst das für ein „Konzept der Übersicherung", obwohl in dem Bunker bis zu 5000 kg Plutonium gelagert werden soll - Stoff für mehrere Tausend Atombomben!

AKW-Nein-Kommission

Kein weiteres Kraftwerk in Westberlin!

„Ein bemerkenswertes OVG-Urteil", „Gericht schützt Umwelt" - mit solchen und ähnlichen Überschriften wertete die Westberliner Presse das Urteil des Westberliner Oberverwaltungsgerichtes (OVG), das die Berufung des Senats und der Bewag abgelehnt hatte, die die 60.000 Bäume in einem der letzten Westberliner Erholungsgebiete abholzen wollten, um dort ein Riesenkraftwerk zu bauen. Besondere Aufmerksamkeit hat das Urteil des OVG deshalb erhalten, weil es ein „Recht ... auf Erhaltung des Bestandes an Natur- und Erholungsflächen" in der Urteilsbegründung einräumt.

Was allerdings in der bürgerlichen Presse meist heruntergespielt wird ,ist die Tatsache, daß das OVG lediglich über das freche Ansinnen des Senats entschieden hat, der Teile des Spandauer Forstes roden wollte, b e v o r überhaupt eine Baugenehmigung vorlag. Der Senat berief sich dabei auf einen *„übergesetzlichen Notstand"* und auf eine *„Planungslücke"*. Dabei hatte das OVG durchaus nicht generell den Bau eines weiteren Kraftwerkes in Westberlin in Frage gestellt: *„Die Frage, ob, wann, wo, mit welcher Leistung die Bewag ein weiteres KW in Berlin errichtet, ist ... daher grundsätzlich nicht gerichtlich überprüfbar."* Nach Ansicht des OVG steht die Frage nicht so: *„Walderhaltung oder KW-Bau"*, es ging vielmehr darum, *„ob das benötigte KW im Landschaftsschutzgebiet oder in einem anderen bzw. im Anschluß an eines der für industriellen Nutzung bestimmten Baugebiete errichtet wird"* (alle Zitate aus der Skizze der Urteilbegründung). Dabei schlug das Gericht zwei andere mögliche Standpunkte für ein weiteres KW vor, wovon einer sowieso schon langfristig als Standort für ein AKW vorgesehen ist!

Gegenüber diesem Urteil ist festzuhalten, daß das OVG n i c h t auf die Argumente der örtlichen Bürgerinitiativen gegen das KW eingegangen ist. Die BI hatte nachgewiesen, daß ein weiteres KW nicht erforderlich sei, da die vorhandenen Stromkapazitäten selbst bei Spitzenbelastung ausreichen würden, eine weitere Großstadt zusätzlich mit Strom zu versorgen. Da die Bevölkerungszahlen Westberlins ständig abnehmen, sei auch von dieser Seite her kein zusätzlichen Energiebedarf vorhanden.

Hinzu kommt, daß die Verschmutzung der Westberliner Luft schon teilweise weiter vorangeschritten ist als im Ruhrgebiet, was das OVG nur zu der lapidaren Bemerkung veranlaßte: Die besondere geopolitische Lage Berlins *„zwingt zur Hinnahme stärkerer Immissionen."* Deshalb hat die BI ihren Kampf nicht nur gegen das geplante KW im Spandauer Forst, sondern gegen j e d e s weitere KW in Westberlin gerichtet. Dies wird sich auch nach dem Urteil des OVG nicht ändern!

KB/Gruppe Westberlin

Brokdorf-Prozeß gegen den KB

Am 26. Mai begann vor dem Amtsgericht Itzehoe ein Prozeß gegen den KB-Presseverantwortlichen, Kai Ehlers, wegen eines Flugblatts zur Brokdorf-Aktion vom 30.10.76.

Verhandelt wurde über unseren Einspruch gegen einen Strafbefehl über 1.800 Mark, ersatzweise 60 Tage Haft. Dieser Prozeß ist der zweite einer Vielzahl von Prozessen gegen AKW-Gegner.

Der erste Prozeß gegen Johann H. endete am 25. Mai mit einer Verurteilung zu 189 Mark wegen versuchter Sachbeschädigung. Ursprünglich war Johann wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung angeklagt.

Die Anklage gegen Genossen Ehlers lautet auf Beleidigung der Polizei wegen Verurteilung der Polizei-Einsätze am 30.10.

Die incriminierten Passagen des Flugblatts lauten: *»mit unbeschreiblicher Brutalität«, »zahlreiche Demonstranten wurden von den Bullen übel zugerichtet«, »Polizeiterror, für den es nicht einmal einen Vorwand gab«*, und *»Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt«.*

Angeblich fühle sich »die Polizei« bzw. einzelne Polizisten durch diese Passagen »beleidigt«.

Aus den Ermittlungsakten geht aber eindeutig hervor, daß die Polizei überhaupt erst durch den ermittelnden Staatsanwalt amtlich »ersucht« worden ist, eine Anzeige zu stellen. In der Verhandlung konnte der Staatsanwalt nicht glaubhaft machen, welche Dienststelle der Polizei die Anzeige zu verantworten hat. Darüber hinaus ist der verhandlungsführende Staatsanwalt Tiskatis zugleich im »Sonderermittlungsausschuß« der Landesregierung tätig, der gegen die AKW-Gegner eingesetzt worden ist. Die von ihm vorgelegte Ermittlungsakte ist einseitig: Sie enthält ausschließlich belastende Zeitungsmeldungen, obwohl ihm und der Polizei nachweislich auch andere Berichte zur Verfügung stehen. Auf Zeugen für die Anklage wurde von vornherein verzichtet. Der Staatsanwalt ermittelte gegen Kai Ehlers wegen Verleumdung, was er beweisen muß. Vor Gericht soll jetzt aber nur wegen Formal-Beleidigung geklagt werden. So glaubt man, um Zeugen-Befragungen herumzukommen. Die Vorladung selbst lautet aber wiederum auf »üble Nachrede« - offenbar wird es vom Gericht nicht einmal für nötig gehalten, die einfachsten formalen Prozeßvoraussetzungen zu erfüllen.

Ein Antrag der Verteidiger, unter diesen Umständen überhaupt erst einmal die Prozeßvoraussetzungen zu klären, wurde vom Staatsanwalt als »schulmäßige Verschleppung« diffamiert. Abgewiesen wurde vom Gericht ein Antrag, das Mitschneiden der Verhandlung auf Tonband zu gestatten.

Als zusätzlich empörend muß der Versuch des Gerichtes gewertet werden, die Öffentlichkeit vom Prozeß faktisch auszuschließen, zumindest aber massiv zu behindern und einzuschüchtern. Schon mehrere Stunden vor der Verhandlung wurde das Gericht von einer Hundertschaft Kieler und Eutiner Bereitschaftspolizei abgeriegelt. Die Polizei war mit Hunden, »Chemical mace«, Schildern und Helmen kampfmäßig ausgerüstet.. Besucher, selbst die Anwälte der Verteidigung, mußten es sich gefallen lassen, in provokativer Weise von der Polizei fotografiert zu werden. Bis in den Gerichtssaal mußten selbst der Angeklagte und die Anwälte eine dreifache Kontrolle über sich ergehen lassen. Der Richter lehnte ohne Beratung eine Aufhebung der Beschränkung der Öffentlichkeit ab. Besucher, die den Saal einmal verlassen hatten, wurden von der Polizei daran gehindert, wieder zurückzukehren. Nach dem ersten Zwischenruf aus den Zuhörerreihen drohte der Richter Ordnungshaft mit sofortiger Vollstreckung an.

Im Prozeß gegen Johann H. am Vortag hatte das Gericht sogar den Saal räumen lassen und den Prozeß in Abwesenheit des Angeklagten zu Ende geführt.

Der Prozeß gegen Kai Ehlers mußte vom Gericht schließlich vertagt werden. Es wurde der Polizist Fleischfresser geladen, der klären soll, wer die Kompetenz für die Anzeige trägt.

Der Prozeß wird fortgesetzt am Montag, den 6.6., 15.oo Uhr.

Den Hintergrund dieses und der anderen Prozesse gegen AKW-Gegner enthüllt teilweise der »Stern« (26.5. 1977): » ... *Wie Industrie und Staat in unheiliger Allianz versuchen, den Gang der Prozesse zu beeinflussen, geht aus den Ermittlungsakten* [!] *der Staatsanwaltschaft Itzehoe hervor. Dort liegt ein Schreiben der Norddeutschen Kraftwerke AG [NWK] vor - sie ist Bauherr des Atomkraftwerks Brokdorf -, in dem unverblümt schnelle und harte Strafen gefordert werden: ‚Unser Verantwortungsbewußtsein gebietet uns den Hinweis, daß Aktionen, die eine Besetzung des Baugeländes zum Ziel haben, im öffentlichen Interesse geahndet werden müssen'. Denn: ‚Jede Verzögerung in der Bauabwicklung muß zum Schaden des Landes und seiner Bevölkerung führen'. Außerdem befindet sich in der Akte ein Schreiben des Bundeswirtschaftsministers Hans Friderichs [FDP] an seinen Kieler Amtskollegen Jürgen Westphal, in dem auf die angebliche Bedeutung des Atomkraftwerks Brokdorf für die Unterelbe-Region hingewiesen wird. Westphal hatte das Schreiben den Staatsanwälten als Argumentationshilfe* (!!) *zur Verfügung gestellt«.*

Mobilisierung gegen die Prozesse

Für die Prozesse war seit ca. einem Monat mobilisiert worden. Die BI Wedel hatte eine Solidaritätsresolution in die Marschenkonferenz der BUU und von dort in die Bundeskonferenz eingebracht.

Die BUU Hamburg verteilte eine Woche vor Beginn der Prozesse ein Flugblatt, das dazu aufrief, sich an beiden Prozessen in Itzehoe zu beteiligen.

Am Mittwoch, 25.5., wurde in Itzehoe eine Veranstaltung der BI Itzehoe durchgeführt, unterstützt von 5 weiteren BIs der Marschenkonferenz. Zu dieser Veranstaltung kamen ca. 150 Menschen, darunter die Hälfte vom KBW aus Kiel, die nach dem vorherigen Prozeß in Itzehoe geblieben waren. Auf der Veranstaltung sollte zum einen gehört werden, was in dem Prozeß gegen Johann H. geschehen war, zum zweiten über den Prozeß gegen Kai informiert werden. Außerdem sollte über die Bedeutung dieser Prozesse und die Möglichkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen, diskutiert werden.

Über die Forderung »Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren« hinaus wurde vom KB-Sprecher folgendes angeregt:

1. Umfassende Dokumentation der Verfahren und der gesamten Repression gegen die Anti-AKW-Bewegung durch eine verstärkte Tätigkeit der Ermittlungsausschüsse.
2. Aufruf zur Bildung einer Arbeisgruppe gegen die Repression gegen die AKW-Gegner im Rahmen der Vorbereitungen für ein Russell-Tribunal über die BRD.
3. Eine breite Sammlung zu beginnen, die gleichzeitig mit einer Agitation verbunden wird, um den Rechtshilfefond der BIs zu stärken.

Vom KBW gab es lange Ausführungen, um die Forderung nach Herstellung einer breiten Öffentlichkeit, bis in liberale Kreise hinein, als »Lamentiererei« zu diffamieren. Wer Anti-AKW-Aktivitäten entwickele, dem müsse doch klar sein, daß er dafür kriminalisiert wird. Das sei »üblich«, da müsse man sich »drauf einstellen«. Es sei »hirnrissig«, sich an die »sogenannte demokratische Öffentlichkeit« zu wenden; man müsse sich vielmehr »auf die Volksmassen stützen«, die »bereits in Bewegung sind«, und mit diesen zusammen »die Prozesse verhindern«.

Die vom KBW zum Prinzip erhobene Verachtung des demokratischen Kampfes und der Bemühungen um Bündnispartner auch aus liberalen Kreisen, hat den KBW bereits an den Rand der politischen Szene und auch der Anti-AKW-Bewegung geführt. Die Anti-AKW-Bewegung muß sich heute mehr noch als zuvor um eine Verbreiterung ihrer Basis bemühen.

Antifa-Kommission
IKAH Hamburg

Hamburg:
AKW-Gegner bleibt Betriebsrat

Hamburg. Am 18.5. fand bei Anwesenheit von 60 AKW-Gegnern die mündliche Verhandlung im Arbeitsgerichtsverfahren gegen Peter Haß statt. Gegen Peter Haß hatte die rechte Betriebsratsmehrheit ein Amtsenthebungsverfahren angestrengt, weil er für die Brokdorf-Aktion Flugblätter verteilt hatte und auch darüber im Betrieb diskutiert hatte.

Das Gros aller Anklagepunkte verwies der Richter gleich ad absurdum. Landfriedensbruch, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz etc. pp. wurden als unbewiesen und für ein Arbeitsgerichtsverfahren unerheblich gleich vom Tisch gewischt.Der Vorwurf der »parteipolitischen Betätigung im Betrieb" durch Verteilung eines Flugblattes mit dem Aufruf zur Gründung einer Bürgerinitiative wurde mit den Worten bedacht: »Seit wann ist eine BI eine Partei? «

Übrig blieb einzig der Vorwurf, Peter H. habe eine BI-Dokumentation verkauft, in der eine den BR verunglimpfende Karikatur abgebildet sei.

Das Urteil wurde am 25.5.77 verkündet: Es liegt alles in allem keine grobe Amtspflichtverletzung vor, die Klage gegen Peter H. wird abgewiesen.

Allerdings bezeichnete der Richter das Verhalten von Peter H. als »Pflichtverletzung«, die im Wiederholungsfall durchaus zur Amtsenthebung führen könne. Der Kollege H. solle in Zukunft versuchen, seine Differenzen zur rechten BR-Mehrheit im BR auszutragen und nur dort. Sowas in die Öffentlichkeit zu tragen, sei nicht unbedingt statthaft.

Gegen Peter H. läuft jetzt noch ein Antrag des Vertrauenskörpers der HBV-Betriebsgruppe auf Ausschluß aus der Gewerkschaft.

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Ausschlußverfahren gegen Heinz Brandt beantragt

Am 16.5. ist von der Westberliner Verwaltungsstelle der IG Metall Ausschlußantrag gegen Heinz Brandt gestellt worden, nachdem vorher ein Untersuchungsverfahren gelaufen war (s. AK 101).

Rausgeschmissen werden soll H. Brandt, weil er am 19.2. in Itzehoe den »Atomfilz« unter den Gewerkschaftsbürokraten kritisiert hatte.

Inzwischen sind Unterschriften- und Solidaritätsaktionen angelaufen. Laut »Frankfurter Rundschau« (25.5.) protestierten eine Reihe Betriebsratsvorsitzende und Mitglieder der IG Metall und anderer Gewerkschaften; *»Sie sind bestürzt darüber, daß ein solches Klima der Erdrosselung der innergewerkschaftlichen Kritik in diesem Ausmaß möglich ist«.*

Einer der bekanntesten »Atomfilze«, Schwalbach (Bezirksvorsitzender der ÖTV, Landtagsabgeordneter der SPD in Kiel und Aufsichtsratsmitglied der Norddeutschen Kraftwerke, die unter anderem das AKW Brokdorf bauen lassen wollen) hat gegen H. Brandt Strafanzeige wegen »Verleumdung, Beleidigung und übler Nachrede« erstattet.

Ein Ausschluß von Heinz Brandt aus der IG Metall würde einen weiteren aus der IG Druck und Papier nach sich ziehen, der er als Journalist angehört.

Die DKP selbst hat bisher eine Stellungnahme zum »Fall H. Brandt« peinlichst vermieden, um sich in der Anti-AKW-Bewegung nicht noch unglaubwürdiger zu machen. Kein Blatt vor den Mund nahm jedoch die DKP-Studentenzeitung »Rote Blätter«, die in ihrer Nr. 4/77 frisch drauflos pöbelte: » ... *Dabei kann die Bundesregierung bei ihren Spaltungsmanövern auf Provokateure* (!) *aus ihren eigenen Reihen zurückgreifen. Auf der Itzehoer Großkundgebung erfüllte der ‚das da'-Starautor Heinz Brandt dieses Geschäft: Anstatt die Profitgier der Energiekonzerne anzugreifen, hatte der pensionierte Gewerkschaftssekretär nichts Besseres zu tun, als die* (!) *Gewerkschaft zu beschimpfen«.* Könnte es sein, daß die DKP »offiziell« diese Diffamierung Heinz Brandts nicht teilt? Wohl kaum!

AKW-Nein-Kommission

Solidaritätsadressen bzw. Vorschläge schickt bitte an das Politische Buch, Litzenburgerstr., 1 Westberlin 15, oder direkt an: Heinz Brandt, Hammarskjöldring 14, 6 Frankfurt 50

Nachrichten vom Widerstand

Gewerkschaftsjugend gegen Weiterbau von AKW's

Nachdem die Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier vor kurzem einen vorläufigen Baustopp für alle (!) in Planung und Bau befindlichen Kernkraftwerke beschlossen hatte, forderte dies auch inzwischen die IG Metall-Jugend. Zwar hält die IG Metall-Jugend die »Sicherung der Arbeitsplätze« in der Kernenergie und Zulieferindustrie für äußerst wichtig, jedoch will sie *»Vollbeschäftigung«* nicht *»um jeden Preis ... Bei der Abwägung der Faktoren Arbeitsplatzsicherheit und Risiko ist für uns in der gegenwärtigen Situation die mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundene Gefahr zu groß ... «*

Für die IG Metall-Jugend ist es *» ... unvorstellbar, Investitionen von solch gigantischen Ausmaßen mit den bekannten Risikofaktoren in der Entscheidungsgewalt einiger Unternehmensleitungen zu belassen«* (nach »Frankfurter Rundschau«, 7.5.77).

Da Beschlüsse der Jugendkonferenzen gleichzeitig Anträge für den Gewerkschaftstag sind, darf man gespannt sein, mit welchen Tricks die Gewerkschaftsführer versuchen werden, diese Aufträge vom Tisch zu bringen.

AKW-Nein-Kommission

Aktionstage und Pfingstlager

Westküstenpfingstmarsch

Die Westküstenkonferenz der BUU hatte einen gemeinsamen Pfingstmarsch beschlossen. An drei Tagen zogen bis zu 100 Leute durch verschiedene Orte. Gleichzeitig waren in verschiedenen Orten Info-Stände und „Notstands"aktionen durchgeführt worden. In Bredtstedt und Niebüll fanden Veranstaltungen mit 150 bzw. 200 Teilnehmern statt.

Abgeschlossen wurde die Veranstaltung gemeinsam auf einer Abschlußkundgebung mit 1700 Leuten, zu der insbesondere auch die dänischen Atomkraftgegner mobilisiert hatten.

Bedauerlich war, daß die rechte Mehrheit der Veranstalter ihre Position dazu mißbrauchte, einfach andere Reden rauszustreichen, die ihnen nicht mehr paßten oder orderten, daß das Transparent gegen den Bullenterror von der BI Rendsburg eingerollt werden mußte, weil die Bullen die Auflage für den Pfingstmarsch gemacht hatten, daß alles sich im „Rahmen der Grundordnung" bewegen müsse.

Aktionstag um Kalkar

Für Sonnabend, den 28.5. hatten der KB und die AK-Ökologie-Frauengruppe aus Essen zu einem Aktionstag in den Orten um Kalkar, dem Standort des „Schnellen Brüters" aufgerufen. Die Aktionen v.a. in Groch und Kleve wurden von den BIs Duisburg und Gelsenkrichen unterstützt. Am Abend fand noch eine Veranstaltung mit kulturellem Programm in Kleve statt, zu der 80 Menschen kamen.

Aktionstag in Asse

In Wittmar an der Asse fand am 29.5. ein Aktionstag statt, der von sechs BIs (Wolfsburg, Braunschweig, AKU Wolfenbüttel, Salzgitter, Gifhorn und von Teilen der Hildesheimer BIs) getragen wurde. Am Nachmittag kamen 300 Leute zu einer Anti-AKW-Veranstaltung, die sich v.a. mit den Gefahren der Atommüllagerung (in Asse ist die größte Atommülldeponie Westeuropas – demnächst soll dort auch „mittelhochaktiver" Atommüll gelagert werden) und dem Stand der Anti-AKW-Bewegung auseinandersetzte. Abgerundet wurde der Nachmittag mit verschiedenen kulturellen Beiträgen. Am Abend wurde der Film von Nina Gladitz von den noch ca. 150 Teilnehmern begeistert aufgenommen. Es wurde auch eine Resolution verabschiedet, die den jüngsten Polizeiterror gegen den Göttinger AStA, linke Buchläden, Wohnungen etc. verurteilte.

Kamen

Die „AKW-Nein-Gruppe" am Kamener Gymnasium und der KB riefen gemeinsam zu einer Veranstaltung am 15.5. auf. Trotz nur zweitägiger Mobilisierungszeit und parallel laufender Schülerfete kamen 40-AKW-Gegner. U. a. wurde der Film „Wehrt euch" gezeigt, der auch durch Mitsingen begeistert aufgenommen wurde. Es wurde anschließend darüber diskutiert, wie man sich bei Aktionen vor Bullenübergriffen schützen könne und beschlossen, in den BI's der Gegend mitzuarbeiten, obwohl die Tatenlosigkeit dieser BI's – trotz eines der größten AKWs vor der Haustür – beklagt wurde.

Heidelberg

Am 21.5. sprach Robert Jungk auf einer Veranstaltung der „Initiative Umweltschutz" Heidelberg zum Thema „Atomstaat – Weg in die Unfreiheit". Obwohl dies die erste öffentliche Veranstaltung der Initiative war, war die Stadthalle mit 1.400 Besuchern überfüllt.

Die Initiative stellte sich in einem Kurzreferat vor, in dem vor allem auf die Betroffenheit Heidelbergs durch fünf umliegende AKWs hingewiesen wurde. Im Hauptteil entwickelte Robert Jungk seine bekannten Thesen zum „Atomstaat". Er warnte eindringlich vor dem Weg in einen neuen Faschismus, der auf „leisen Sohlen" unbemerkt von der Mehrheit der Bevölkerung entstehen müßte, um kerntechnische Anlagen vor Sabotage zu schützen.

Weiterhin verurteilte Jungk die Ausfuhr von AKW's als „Export von Sklaverei", der die Länder der Dritten Welt in noch stärkere Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten bringen würde.

Herford

Am 21.5. fand unter Beteiligung von KB-Genossen eine Veranstaltung der BI Herford zum Thema „Schaffen AKWs Arbeitsplätze?" statt. 25 Jugendliche beteiligten sich an dieser Veranstaltung.

„Umweltschutzpartei" in Vorbereitung?

Die Tatsache, daß in Frankreich die Listen der „Ökologisten" (Umweltschützer) bei den letzten Kommunalwahlen auf Anhieb auf durchschnittlich 11% kamen, hat offenbar auch bei einigen westdeutschen Möchtegern-Politikern Hoffnungen keimen lassen.

Als erster ergriff Herr Carl Bederbach aus Lindwedel (Niedersachsen) die Gelegenheit und gründete die „Umweltschutzpartei Niedersachsens" (USP). Sie will erstmals bei den niedersächsischen Landtagswahlen (1978) kandidieren. Ihr Ziel: Die Fünf-Prozent-Klausel zu meistern und ins Landesparlament zu kommen. *»Das hätte weitreichende Konsequenzen. Die mindeste wäre die, daß die Regierung in Sachen Umweltschutz endlich einer schonungslosen parlamentarischen Kontrolle unterläge. Wahrscheinlich* (!) *könnten die Umweltschützer aber sogar als Zünglein an der Waage die Regierungsbildung beeinflussen und ihr Programm* (!) *per Koalitionsvereinbarung* (!!) *durchsetzen«*. Ein Herr Ministerpräsident Carl Bedderbach, warum denn nicht ?. Man wird doch wohl noch träumen dürfen?! . . . (Zitate aus einem Flugblatt der USP).

Die Hauptprogrammpunkte der USP sind:

1. *»Schärfste Anwendung der vorhandenen, im Umweltschutzinteresse erlasenen Rechtsvorschriften, Schluß mit der Praxis der Ausnahmegenehmigungen«*.
2. Keine Bau- und Betriebsgenehmigungen für AKW's und andere Atomanlagen.
3. Schutz der Gewässer vor Schadstoffen.
4. *»Besonderer Schutz und verstärkte Pflege der Wälder«*.
5. *»Erhaltung intakter Wohngebiete innerhalb der Stadtbereiche«, »Schaffung ausreichender Erholungsmöglichkeiten«, »Bewahrung geschichtlicher Bausubstanz«, »Vermeidung städtischer Bauformen im ländlichen Siedlungsraum«*.
6. *»Schluß mit der Errichtung bürgerferner kostspieliger Mammutverwaltungen«* (Gegen die sog. „Gemeindereform" in Niedersachsen).

Das Ziel des Herrn Beddermann, der nach seinen eigenen Worten „Weg von den Prügeleien am Bauzaun" kommen will, und der davon träumt, sein Programm in einer Regierungskoalition mit der SPD oder CDU durchsetzen zu können, ist klar: Bürgerliche Politik möchte er machen, im wörtlichsten Sinn es Wortes!

Obwohl Beddermann und seine Mitbegründer sich offensichtlich vor der „Parteigründung" kaum um das Gespräch und die Auseinandersetzungen mit den Bürgerinitiativen gekümmert haben, scheint es doch für die Idee dieser Partei bei kleinbürgerlich dominierten BI's einen Vorschuß an Sympathie und Hoffnung zu geben.

Unzufrieden sind hingegen eine Reihe andere kleinbürgerliche Organisationen und Kleinst-Parteien, die z.T. schon Gelegenheit hatten, erfolglos an Wahlen teilzunehmen, und die über die Konkurrenz auf dem ohnehin übersättigten Markt natürlich nicht besonders glücklich sind.

So fand Mitte Mai ein Treffen zwischen Herrn Beddermann und verschiedenen seiner Konkurrenten statt. Erschienen waren:

1. Mitglieder des „5%-Blocks", eine Kleinstpartei, deren „Spitze" im wesentlichen aus Spinnern und alten Rechtsradikalen besteht;
2. ein führender Vertreter der rechtsradikalen „Aktion Vierte Partei" (AVP) aus Niedersachsen;
3. Mitglieder der AUD, der bisher „erfolgreichsten" unter den Kleinstparteien;
4. Mitglieder der Bremer „Partei Freier Bürger" (PFB), örtlicher Ableger der „Vierten Partei";
5. Mitglieder der „Frei-Sozialen-Union" (FSU), die gleichfalls den engen Kontakt zur rechtsradikalen Szene seit Jahren nicht scheut.
6. Mitglieder des WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens", teilweise stark rechtslastig).

Die Stellungnahmen der anwesenden Gruppierungen ergaben, daß AUD und AVP gleich aus dem Rennen waren: Beide erklärten, daß die von der USP gestellte Thematik (Umweltschutz plus Gemeindereform) für eine Kandidatur nicht ausreichend sei, sondern man sich a l l e n gesellschaftlichen Problemen stellen müsse, um bei den Wahlen Chancen zu haben. Sie könnten daher weder zugunsten der USP auf ihre Kandidatur verzichten, noch sich der USP anschliessen. Ähnlich äußerte sich auch die FSU. Sie verliessen dann das Treffen.

Die weitere Diskussion ergab, daß derzeit vor allem der WSL als Bündnispartner des Herrn Beddermann in Frage kommt. Wähend eine Minderheit der anwesenden WSL'ler ähnliche Positionen wie AUD usw. vertrat (Einbeziehung a l l e r gesellschaftlichen Themen, wenn auch mit Schwerpunkt Ökologie), äußerte sich die Mehrheit um Schirr (Weserbergland, wegen seiner Eskapaden vor der Grohnde-Aktion vom 19.3. noch in unguter Erinnerung) in dem Sinn, daß man nun in die USP „hineinwirken" müsse. Zu diesem Zweck soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Beddermann soll sich ‚grundsätzlich" bereit erklärt haben, mit der Arbeitsgruppe zusammenzuarbeiten und eventuell weitere Punkte in sein Programm aufzunehmen.

Der vorwiegend rechtsradikale bzw. zum Rechtsradikalismus hin „offene" Teilnehmerkreis des Treffens läßt mögliche Schlüsse auf den Standort der USP zu: Immerhin waren politische Meinungsverschiedenheiten (soweit vorhanden) nicht Gegenstand der Diskussion, sondern nur die unterschiedlichen Meinungen über den Rahmen einer neuen Partei.

Was speziell den WSL angeht, so ist uns von dessen führenden Persönlichkeiten inzwischen dankenswerterweise eine Fülle von umfassenden „Selbstdarstellungen" zugegangen, die kaum noch Fragen offen lassen. Wir kommen darauf im nächsten AK ausführlich zurück.

(Nach Berichten aus Hannover)

»Die Sicherheit der Kernkraftwerke ist allein die Frage des Systems«

Ewald Stiefvater, Bezirksvorsitzender der DKP in Schleswig-Holstein, sollte in der „UZ" vom 25. Mai Argumentationshilfen für Schwankende geben: **„Es gab . . . vereinzelt Stimmen, die behaupteten, das große Engagement der DKP-Mitglieder sei in letzter Konsequenz nicht ehrlich, denn die DKP lehne Kernkraftwerke nicht grundsätzlich ab. Was ist dazu zu sagen?"**. Ja, w a s denn nur? Dem Stiefvater jedenfalls ist dazu auch nichts Neues eingefallen. Er bestätigt nur, daß die „vereinzelten Stimmen" völlig recht haben: *„Wir sind sogar der Meinung, daß die friedlich angewandte Kernenergie unter bestimmten Voraussetzungen zum Segen der Menschheit werden kann"*. Diese bestimmten Voraussetzungen sind laut Stiefvater im „realen Sozialismus" (Sowjetunion, DDR) selbstverständlich gegeben, denn *„Im Sozialismus ist der Schutz der Umwelt Teil der Planung"*. Mehr als hohle Sprüche von dieser Qualität hat Stiefvater allerdings auch nicht zu bieten. Wie könnte er auch, da längst bekannt ist, daß die Atomkraftwerke im „realen Sozialismus" um keinen Deut sicherer sind als in der BRD. Kein einziger sowjetischer Wissenschaftler hat bis heute etwas anderes behauptet! Im Gegenteil: Als 1974 eine sowjetische Delegation westdeutsche Atomkraftwerke besichtigen konnte, lobte sie: *„Viel Anerkennung fanden auch die vorbildlichen(!) Sicherheitsvorkehrungen im Atomkraftwerk Obrigheim, sowie das hohe technische Niveau beim Bau der AKWs in Biblis und Philipsburg" („Sowjetunion heute", 16.2.74)*. Es muß DKP-Lohnschreibern wie dem Stiefvater vorbehalten bleiben, die sowjetischen Wissenschaftler zu widerlegen.

Die von Stiefvater oder der UZ-Redaktion aufgestellte These **„Die Sicherheit der Kernkraftwerke ist allein eine Frage des Systems"** (so die Überschrift des Artikels) ist konkret bezogen auf die Sowjetunion oder die DDR hirnrissig; wörtlich genommen ist sie eine Verfälschung des Marxismus.

Das Beispiel der Raumfahrt zeigt, daß die Schwierigkeiten und Risiken bei der Entwicklung und Erprobung modernster Techniken in der Sowjetunion sicher nicht geringer sind als in den USA – die Zahl der tötlichen Unfälle etwa ist auf beiden Seiten ungefähr gleich hoch (in der Sowjetunion sogar etwas höher als in den USA). Abgesehen davon ist die Sicherheit z.B. von Atomkraftwerken eben keineswegs „a l l e i n" eine Frage des „Systems" – also der Produktionsverhältnisse – sondern auch des Stands der Produktivkräfte, also der Technik etc.

Wenn die DKP-Führung, im Gegensatz zu allen sowjetischen Wissenschaftlern, wirklich der Meinung sein sollte, daß sowietische AKW's „sicherer" seien als westdeutsche, so wäre es vielleicht endlich an der Zeit, das einmal zu erläutern. Und zwar nicht mit allgemeinen Schnacks *(„Der Vorzug des Sozialismus besteht eben darin, daß zwischen Natur und Gesellschaft keine antagonistischen Widersprüche existieren")*, sondern mit harten Fakten. Vielleicht können die sowjetischen Experten ja von der DKP noch was lernen? . . .

New Hampshire, 1. Mai: 1.414 AKW-Gegner festgenommen!

Gegen das 2-Milliarden-Dollar-Projekt in Seabrook, ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 2.300 Megawatt zu errichten, fand an diesem 1. Mai ein „gewaltfreies" Sit-in auf dem Bauplatz statt.

Obwohl Umweltschutzgruppen gegen den Bau des AKW an der dichtbesiedelten Ostküste intervenierten, erteilte Ende Juni 1976 die entsprechende Behörde die Baugenehmigung. Um den Bau dennoch zu stoppen, gründete sich daraufhin aus Gruppen und Einzelpersonen die

gung. Um den Bau dennoch zu stoppen, gründete sich daraufhin aus

Gruppen und Einzelpersonen die „Clamshell No Nukes Alliance". Nach ihren eigenen Angaben wurde sie beeinflußt und angeregt durch die Ereignisse in Europa, einschließlich der Bauplatzbesetzung in Wyhl im Februar 1975.

Am 1. und 22. August 1976 fanden die ersten Aktionen der Umweltschuztgruppe statt; 200 Menschen wurden dabei festgenommen. Dies und die positive Reaktion der Bevölkerung in New England war ein Zeichen für die Anti-AKW-Bewegung in den gesamten Staaten.

Daraufhin wurde die erneute Besetzung des Bauplatzes in Seabrook an der Atlantikküste für den 1. Mai

Daraufhin wurde die erneute Besetzung des Bauplatzes in Seabrook an der Atlantikküste für den 1. Mai vorbereitet. Über 2.800 Menschen (eine für heutige US-Verhältnisse beachtliche Teilnehmerzahl) kamen von überall auf den Bauplatz und errichteten eine Zeltstadt, um im passiven Widerstand ihren „zivilen Ungehorsam" zu demonstrieren.

Die anrückenden Bullen mit Angriffshunden, Nationalgardisten und Soldaten aus drei Bundesstaaten brauchten mehr als 14 Stunden (!), bis sie in Bussen und Militärtransportern die 1.414 festgenommenen AKW-Gegner in fünf umliegende Kasernen der Nationalgarde verfrachtet hatten. Dort wurden die AKW-Gegner interniert, Besuche wurde ihnen verweigert und ihre Namen nicht bekanntgegeben.

Gov. Meldrim Thomson jr., ein Erzreaktionär, der für die 1.414 Festnahmen verantwortlich war, zog alle Register gegen die AKW-Gegner:

– Am 6.5. wandte er sich in einem bundesweiten Appell an *„Unternehmen, Gewerkschaften und Bürger"*, und bat um Spendenunterstützung für die Kosten der Festnahme und Internierung der Demonstranten!
– *„Unser Kampf von heute kann euer Kampf von morgen werden"*, sagte er in Bezug auf andere Bundesstaaten, die *„den Nutzen der Atomkraft anstreben oder produzieren"* und auch *„vom Mob heimgesucht"* werden könnten.
– Schließlich nannte er die Clamshell Alliance *„eine Front von Terroristen"*. („Workers World", 6.5.77) Doch die AKW-Gegner ließen sich nicht unterkriegen! Durch die Weigerung, gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt zu werden, wollten sie die sofortige Prozeßführung erzwingen. So saßen am 8.5. noch über 1.000, am 10.5. noch 723 Männer und Frauen in den Kasernen. Am 14. Mai wurden die letzten 550 Demonstranten freigelassen. Sie warren zuvor zu 15 Tagen Zwangsarbeit und 100 Dollar verurteilt worden („Frankfurter Rundschau", 16.5.77).

Inzwischen haben die AKW-Gegner Klage gegen Gov. Thomson erhoben, da die Haftbedingungen in den Kasernen eine „grausame und unverhältnismäßige Bestrafung" darstellten. Es kam zu Gesundheitsschädigungen wegen der Überbelegung, mangelnder Verpflegung und Mangel an Sinitäranlagen.

USA-Kommission

Kritik zum Thema „AKW'S im Sozialismus?"

»Wenn es dem ‚Arbeiterbund' nur darum ginge, daß möglicherweise (!) *unter sozialistischen Bedingungen die friedliche Nutzung der Atomkraft eine Perspektive hat, so bräuchte er jedenfalls nicht gegen den KB zu polemisieren [d a r i n würden wir ihm nämlich zustimmen] ... «* - so hatten wir in AK 104 im Zusammenhang einer Polemik gegen den bayrischen »Arbeiterbund« geschrieben, der sich zum Fürsprecher von AKWs schon unter kapitalistischen Bedingungen gemacht hat.

Hierzu sind bislang drei Leserbriefe eingetroffen (von einer Genossin aus Tübingen, von »einigen« Genossen der BO Hamburg-Altona und von zwei »AK-Lesern« aus Hamburg-Bergedorf). Wahrscheinlich reicht die Kritik, oder das Mißverständnis, aber weiter.

Die Tübinger Genossin schreibt u. a.: *»Gewiß verstärkt kapitalistische Profitgier die Gefährdung, die von einem AKW ausgeht; die Ursache der Gefährdung liegt aber u. a. darin, daß es keine irdischen Stoffe gibt, die für radioaktive Strahlung völlig undurchlässig wären. Außerdem liefert ein kapitalistisches AKW hochradioaktive Abfälle, und ich kann mir nicht vorstellen, daß die Abfälle wesentlich kürzere Halbwertzeiten des Verfalls haben werden [oder wird gerade eine großangelegte Revision von Naturgesetzen vorbereitet ?] ...«. »Deshalb bin ich als Kommunistin gegen j e d e Nutzung der Kernenergie«*. Die Altonaer Genossen schreiben: » ... *Beim Lesen sind wir doch arg über diesen erstaunlichen Punkt gefallen und haben herausdiskutiert, daß wir auch unter sozialistischen Bedingungen k e i n e Perspektive in der friedlichen Nutzung von Atomkraft sehen: Im Gegensatz zu allen anderen technologischen Erforschungen [Eisenbahnen, Autos, Wasserkraft] ist die Radioaktivität gemeinhin eine bisher nicht für die Menschheit kontrollierbare Substanz. Man kann zwar einschränkend sagen, daß sie hier nur im Interesse der Herrschenden, d. h. profit- aber nicht menschenfreundlich orientiert eingesetzt wird, jedoch gibt es die verschiedensten Wissenschaftler, die bisher keine Lösung zur Kontrolle der Radioaktivität herausgefunden haben ... «*

Die AK-Leser aus Hamburg-Bergedorf schreiben: *»Geht es nicht darum, daß es sich hier um eine Technologie handelt, die, obwohl überhaupt nicht ausgereift, trotzdem in riesigem Umfang in die Landschaft gebaut wird, nicht nur unter kapitalistischen Bedingungen? Außerdem, selbst wenn es Techniken geben würde [unter sozialistischen Bedingungen], die es ermöglichen, die friedliche Nutzung der Atomkraft z. B. durch Atomkraftwerke fast völlig gefahrlos zu bewerkstelligen, wäre das unserer Meinung nach immer noch wesentlich differenzierter zu behandeln, als es in diesem AK-Artikel gemacht wird. Es gibt nämlich keine Technik, die hundertprozentig sicher ist. Und das immer noch bestehende Restrisiko bei Atomanlagen wäre immer noch verheerend«*.

Zumindest bei den beiden Hamburger Leserbriefen handelt es sich offenbar um ein M i ß v e r s t ä n d n i s, da auch dort davon gesprochen wird, es seien »b i s h e r« keine Lösungen gefunden worden, die AKW-Technologie sei »überhaupt nicht ausgereift«, und eingeräumt wird, daß es unter sozialistischen Bedingungen andere Techniken geben k ö n n t e. Was dies angeht: Aus dem ganzen Artikel in AK 104 geht hervor, daß wir nicht daran denken, über eine mögliche friedliche Nutzung der Atomkraft unter sozialistischen Bedingungen zu s p e k u l i e r e n, sondern im Gegenteil solche Überlegungen (die dem »Arbeiterbund« dazu dienen, im Handumdrehen auch für AKWs unter kapitalistischen Bedingungen zu werben) als nutzlose Spekulation zurückzuweisen. Es wäre aber gänzlich unwissenschaftlich, wenn man vom heutigen Stand der Wissenschaft und der Produktivkräfte aus die Behauptung aufstellen würde, Atomkraft sei auch zukünftig unter gar keinen Umständen nutzbar. Dies hieße, der Spekulation des »Arbeiterbund« eine eigene Spekulation entgegenzustellen.

Richtig ist allerding: An der Gefährlichkeit von AKWs würde sich schlagartig kaum etwas ändern, wenn etwa morgen in der BRD der Sozialismus ausbräche. Das heißt: Es gibt, unabhängig von den besonderen Bedingungen der kapitalistischen Profit-Gesellschaft, derzeit k e i n e Technologie für den Bau umweltfreundlicher und sicherer AKWs. Es ist eben nur nicht prinzipiell auszuschließen, daß bei einem entwickelteren Stand der Produktivkräfte Probleme lösbar werden, neue Wege gegangen werden könnten usw. Insofern lehnen wir die These der DKP »Die Sicherheit von Atomkraftwerken ist allein (!) eine Frage des Gesellschaftssystems« (siehe dazu auch Artikel in diesem AK) ebenso ab wie die These des KBW »Wir sind nicht gegen Atomkraft, wir sind gegen den Kapitalismus«, weil auch diese Parole unterstellt, es brauche nur der Kapitalismus beseitigt zu werden, um dann gleich sichere AKWs bauen zu können.

Bruderpartei der »KPD« für AKWs

Seit Soares den BRD-Imperialisten versprochen hat, daß Portugal ihnen ein paar Atomkraftwerke abkaufen will, wird auch in der portugiesischen Öffentlichkeit heiß um dieses Thema diskutiert. Die Bruderpartei der »KPD«, die »PCP/ML«, hat ihre Entscheidung schon getroffen: F ü r AKWs! *»Die Entscheidung für Atomenergie muß bestätigt werden und darf nicht behindert werden. Wir sprechen dabei, das ist offensichtlich, von einer g r u n d s ä t z l i c h e n Entscheidung, die in der unmittelbaren Zukunft getroffen werden muß - wenn sich dann bei der Errichtung dieser AKWs Nachlässigkeit, Opportunismus und Korruption breit machen, so daß die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet wird, so liegt die Schuld dafür nicht in der Entscheidung als solche ... «*.

Zu dem weiteren Argument, daß diese AKW-Projekte Portugals Abhängigkeit noch verstärken statt mindern würden, meint die »PCP/ML, es handele sich vielmehr *»um die Eingliederung der nationalen Energiepolitik in die der westeuropäischen Länder und namentlich der EG. Das ist eine gerechte und unumkehrbare Tendenz, die nicht nur die Lösung der nationalen Energieprobleme angeht, sondern auch die Widerstandsfähigkeit des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Lagers, dem wir immer mehr angehören, stärkt gegenüber der Erpressung, Abhängigkeit und Bedrohung durch die beiden Supermächte. Man sollte nicht vergessen, daß der russische Sozialimperialismus dabei ist, auch wirtschaftlich Europa zu desorganisieren, um es zu schwächen, und dabei verschmäht er auch nicht das Manöverfeld, das ihm die Energieprobleme bieten. Es wäre interessant, die internationalen Sympathien unserer Anti-AKW-Herolde zu erfahren«* (zit. aus »O Proletario Vermelho«, Zentralorgan der »PCP/ML«, 6. - 12.4.77).

Eine vaterländische Stimme, der - im Gegensatz zur »KPD« - auch in der AKW-Frage die Offenheit und Konsequenz nicht abzusprechen ist!

SS-Mann Severing bestätigt

Mitte Mai fanden sich Vertreter der standespolitisch orientierten Landesärztekammern und von etwa 20 Ärzteverbänden (darunter die kassenärztliche Bundesvereinigung, Hartmannbund etc.) zum „Deutschen Ärztetag" zusammen.

Der bisherige Präsident und ehemalige SS-Mann, Professor Sewering, wurde trotz – oder gerade wegen? – seiner Gesinnung und trotz bzw. wegen seiner betrügerischen Geschäftspraktiken im Amt bestätigt!

Die „niedergelassenen" Ärzte betreiben seit Jahren eine hemmungslose Demagogie gegen alle diejenigen, von denen sie ihre Interessen gefährdet sehen oder auch wie das Beispiel des Paragraphen 218 zeigt, die nicht in das Bild ihrer „moralischen Wertvorstellungen" passen. Letzte Beispiele sind die Versuche, Sprechstundenhilfen sowie Patienten gegen die „Kosten-Dämpfungspläne" der Bundesregierung im Gesundheitswesen zu mobilisieren. Dazu sollte auch ein propagandistisch groß aufgezogener „Ärztestreik" (Februar 77, s. AK 99, S. 2) dienen.

Obwohl die Hauptbetroffenen dieser Pläne die Werktätigen sind, und obwohl die Interessen der Ärzte, die sich hier goldene Nasen verdienen, kaum beeinträchtigt werden, versuchen sie das Gesetz zu ihren Gunsten zu verändern. Im Stile eines F. J. StrauSS wetterte Ärztepräsident Sewering in seinem „Grundsatzreferat" auf dem Ärztetag: *„der Gesetzentwurf leite eine Systemveränderung (!) ein, die in einer Einheitsversicherung enden werde"*. Der Entwurf *„gefährde die freiberufliche Tätigkeit des Arztes und öffne Wege zum anonymen Ambulatorium und damit zu einer Verschlechterung der ärztlichen Versorgung überhaupt"* (Zitate aus „Frankfurter Rundschau", 12.5.77).

Reaktionäre Gesinnung der Ärzte ist nicht neu. Sie stehen wie auch Kapitalistenchef Schleyer teilweise noch personell in der alten faschistischen Tradition. Sewering trat am 1.11.1933 der SS bei und schwor in schwarzer Uniform „Dir, Adolf Hitler, als Führer und Kanzler des Deutschen Reiches Treue und Tapferkeit" sowie „Gehorsamkeit bis in den Tod".

1934 bat er um Aufnahme in die NSDAP und gelobte, Adolf Hitler „und den Führern, die er mir bestimmt, jederzeit Achtung und Gehorsam entgegenzubringen".

Das faschistische Gedankengut pflegt er jetzt in der CSU weiter und bestimmt maßgeblich die Richtung des gesundheitspolitischen Ausschusses der CSU.

Daß tatsächlich faschistische Ideologie von maßgeblichen Ärztegremien verbreitet wird, beweist die Schrift
logie von maßgeblichen Ärztegremien verbreitet wird, beweist die Schrift
„Die Führung der allgemeinen Praxis" eines Dr. Geiger, Präsident der „Internationalen Gesellschaft für Allgemeinmedizin" aus dem Jahre 1969. Da heißt es: „Die Patienten wollen den souveränen Führer (...) im Arzt täglich und stündlich spüren. Diese zum Teil entscheidende Führerrolle (!) muß der Arzt spielen. Sonst bleiben die Patienten sozial unbefriedigt. Der Patient ist zum Gehorsam bereit. Er wünscht geführt zu werden, und er wünscht, gehorchen zu dürfen (!).

Die Kleidung des Arztes beim Hausbesuch sei solide, praktisch und gegebenenfalls auch elegant. Er zeige, daß er ein Herr ist (...)

Der salopp und ärmlich gekleidete praktische Arzt verliert bei den Hausbesuchen an Reputation und an ärztlicher Heilkraft (!)" (zitiert aus „Spiegel" 12/72).

„Wenn du zum Arzt gehst, vergiß den Zahlschein nicht"

Wie jedermann auf dem Ärztetag bekannt, hat Severing so dick abkassiert, daß jetzt ein Verfahren gegen ihn läuft, ihm die Zulassung als Kassenarzt zu entziehen. Die Münchner Staatsanwaltschaft ermittelt außerdem *„wegen des Verdachts auf Betrug als Folge rechtswidriger Praxisgeschäfte"* („Spiegel", 16.5.77) gegen ihn.

Sewering hat sich eine Mammutpraxis mit 20 Angestellten zusammengedo ktert, mit der er einen Umsatz von ca. 1,3 Millionen Mark im Jahr allein mit gesetzlichen Kassenpatienten macht – dazu kommt noch eine runde Million von Ersatzkassen und Privatpatienten!

Der Trick dabei ist einfach. Er hat allerlei Gerätschaften gekauft, die er zwar nicht selbst bedienen darf, für die er aber seine Leute hat und für die er die Honorare fordert. So *„soll Sewering innerhalb von nur sechs Monaten des Jahres 1975 allein von den gesetzlichen Krankenkassen 100.000 DM zuviel Honorar gefordert und erhalten haben"* („konkret", 6/77). Dieses Geld wollen nun die bayerischen AOK's von ihm zurückerstattet haben. Doch die zurückgeforderten 100.000 DM sind nur ein Alibi. *„Selbst unter Hinzurechnung eines vom Bundessozialgericht als höchstzulässig deklarierten Aufschlags von 40% einer bestimmten Fachgruppe wäre eine Rückforderung von insgesamt 195.970 Mark in Hinblick auf das Halbjahr-Honorar 1975 berechtigt"* (ebenda). Entsprechend ergeben sich für 1974 358.496 DM an zuviel kassiertem Honorar, 1973 mindestens 182.000 DM usw. Doch statt der insgesamt 636.466 werden nur läppische 100.000 Mark gefordert. Ein Reingewinn von über einer halben Million Mark – auf Kosten der Patienten, versteht sich!

Sewering ist wohl ein Beutelschneider ganz besonderen Formats, doch wie sagten es verschiedene Ärztegremien ganz richtig: Es handelt sich hier um einen „ganz normalen Vorgang", um einen „Normalfall" und ein „alltägliches Vorkommnis" ...

Das Beutelschneiden gehört bei den standespolitischen Ärzten zum Handwerk. Die Ärzte rangieren unter den Spitzenverdienern vorn. Nach einer von Krankenkassen in Auftrag gegebenen Untersuchung hat ein praktischer Arzt durchschnittlich fast 80.000 Mark (netto!) im Jahr, ein Facharzt 85.000 („Stern", 26.5. 77)! Die beste Medizin dieser Leute ist immer noch der Aderlaß der Patienten.

Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn einer der größten Beutelschneider zum Präsidenten auserkoren wird.

ÖTV-Kommission



Posten und Pöstchen

Hans-Joachim Sewering, Kassenarzt in Dachau, ist auch noch:

- Präsident der Bundesärztekammer
- Honorar-Professor der Bundesärztekammer für den Weltärztebund
- Erster Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Dachau
- Erster Vorsitzender der Bezirksstelle Oberbayern der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern
- Erster Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern
- Mitglied des Länderausschusses der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
- Präsident der bayrischen Landesärztekammer
- Erster Vorsitzender des Hochschulausschusses der bayrischen Landesärztekammer
- Vizepräsident des Bundesärztetages
- Erster Vorsitzender des Weiterbildungsausschusses der Bundesärztekammer
- Zweiter Vorsitzender der Hans-Neuffer-Stiftung der Bundesärztekammer
- Mitglied des Deutschen Senats für ärztliche Fortbildung
- Leiter des Fortbildungskongresses der Bundesärztekammer in Grado
- Vorstandsmitglied und Schatzmeister des Weltärztebundes
- Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der bayrischen Ärzteversorgung
- Mitglied des bayrischen Senats (als Vertreter der Freien Berufe)
- Mitglied des Landesgesundheitsrates
- Vorstandsmitglied des „Gesundheitsforum e. V." der „Süddeutschen Zeitung"
- Beiratsmitglied der „Ullstein-AV" (Kassettenfernsehen)
- Mitglied beim fachärztlichen Arbeitsausschuß beim TÜV Bayern
- Vorstandsmitglied der „Aktionsgemeinschaft deutscher Ärzte e. V."
- Vorsitzender der „Kampfgemeinschaft bayrischer Ärzte"
- Vorsitzender der Akademie für Arbeitsmedizin in München
- Vorstandsmitglied des Verbandes der Freien Berufe in Bayern
- Beiratsmitglied des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU

Diese Liste ist nicht einmal vollständig. Für seine mehr als 30 „Ehrenämter" kassiert Sewering ca. 25.000 Mark netto monatlich ...

Zwei Jahre Knast für Mietwucher

Ein blindes Huhn findet bekanntlich auch mal ein Korn. Und ein westdeutsches Gericht verurteilte in Stuttgart einen Hausbesitzer zu zwei Jahren Knast ohne Bewährung wegen Mietwucher! Es war aber auch allerhand, was sich dieser Bursche geleistet hat:

Wohnräume, Werkshallen und Lager teilte er in Zimmer auf und vermietete sie zu Wuchermieten insbesondere an Ausländer. Für winzige Zimmer mit nur einer einzigen gemeinsamen Waschgelegenheit verlangte er 300 bis 350 DM („Hamburger Morgenpost", 26.5.). Dazu kamen Kautionen, die teils nicht zurückgezahlt wurden und Provisionen, die ebenfalls illegal kassiert wurden.

Das bemerkenswerte an diesem Urteil ist, daß es die bisher höchste Strafe in einem Mietprozeß ist!

Tausende anderer Mietwucher wie der berüchtigte Multimillionär Kaussen laufen dagegen noch frei herum ...

Wohnungskommission

§ 7 b und das Geschäft mit den Altbauwohnungen



Je mehr Häuser abgerissen werden, desto mehr Häuser können wieder aufgebaut werden.

Vor kurzem hat die Bundesregierung rückwirkend zum 1. Januar 1977 die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen (den „§ 7b" des Einkommenssteuergesetzes) auch auf Altbauten erweitert.

Die Herstellungs- oder Anschaffungskosten können bis zu bestimmten Höchstbeträgen acht Jahre lang zu 5 % abgeschrieben werden, gleichzeitig braucht keine Grunderwerbssteuer mehr gezahlt werden.

Die Kosten dieser Neuregelung werden auf ca. 250 Mio. DM jährlich geschätzt, das macht in acht Jahren stolze zwei MILLIARDEN. 500 Mio. DM ausgefallene Grunderwerbssteuern kommen noch hinzu – eine gewaltige Summe, die die sozial-liberale Koalition zukünftigen Haus- und Wohnungsbesitzern schenken will.

Das Gesetz ist nur für Leute mit Geld gemacht.

Vor knapp vier Jahren, zu Zeiten der Hochkonjunktur im Wohnungsbau, wollte die Bundesregierung den § 7b noch ganz streichen; besonders kritisiert wurde seine *„vermögenskonzentrierende"* Wirkung. Heute interessiert das nicht mehr: „Besser verdienende Einkommensbezieher können mit dieser Vorschrift sehr viel mehr Geld einsparen als ihre 7b-Kollegen am unteren Ende der Einkommensskala. Wer hat, dem wird gegeben. Dieses Prinzip wird nun auch auf den Altbauerwerb ausgedehnt" („Frankfurter Rundschau", 25.1.77).

Da das Gesetz auch für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gilt, besteht die Gefahr, daß längerfristig sich die Mietwohnungen immer mehr verknappen. Neben privaten Hausbesitzern sind es vor allem die großen Wohnungsunternehmen, die an einem Verkauf ihres Altbaubestandes interessiert sind.

Diese Altbauten sind X-fach abgeschrieben und renovierungsbedürftig. Die Reparaturkosten können zwar nicht auf die Mieten umgelegt, wohl aber in den Kaufpreis gebuttert werden.

Wenn man weiterhin in Betracht zieht, daß diese Neuregelung auch für alte, d.h. vor 1948 gebaute, preiswerte Sozialwohnungen gilt, ist zu erwarten, daß auch mit der Neuregelung des § 7b sich die Wohnungsnot noch vergrößern wird.

Wohnungskommission

mögenskonzentrierende" Wirkung. Heute interessiert das nicht mehr: „Besser verdienende Einkommensbe-
Wohnungskommission

Keine Mieterhöhung in Steilshoop und auch nicht anderswo!

Hamburg. Zum 1.4.1977 schickte die SAGA (Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft) den Mietern des Blocks 6 im Neubaugebiet Steilshoop eine Mieterhöhung von ca. 10 % ins Haus. Damit sollte der Quadratmeterpreis von 5.55 DM pro qm auf 6,11 DM pro qm ansteigen. Die Bewohner des Blocks 6 setzen sich hauptsächlich aus kinderreichen Familien, Studenten, Rentnern und anderen sozial schlechter gestellten Menschen zusammen.

Es erhob sich ein spontaner Protest. Ca. 150 von 364 Mietparteien legten schriftlich Widerspruch bei der SAGA ein, und ein Großteil verweigerte die Zahlung der Erhöhung. Unter den Forderungen: *1. Rücknahme der Mieterhöhungen! 2. Beseitigung der immer noch vorhandenen Baumängel! 3. Die katastrophale Entwicklung der Sozialmieten muß gestoppt werden! 4. Die Mieten müssen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden!* entwickelte sich ein aktiver Mietkampf. In dessen Verlauf fanden Mieterversammlungen statt, Transparente wurden aus den Fenstern gehängt, Flugblätter, eine Resolution und ein Offener Brief wurden verabschiedet und veröffentlicht. Ein Info-Stand im Stadtteil diente als Kontakt zu Bewohnern aus anderen Blöcken.

Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, eine exakte Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu dieser Erhöhung durchzuführen. Gleichzeitig beschäftigt sich dieser Arbeitskreis mit den politischen Hintergründen der insgesamt katastrophalen Situation im sozialen Wohnungsbau, zu dem dieser Block gehört.

Ferner wurde festgestellt, daß weitere Erhöhungen der Mieten bereits seit der Planung (!) des Objektes vorprogrammiert sind, und zwar der sog. Abbau von Zinssubventionen, die im „sozialen Wohnungsbau" üblich sind. Am 1.8.77 sind weitere 0,70 DM pro qm fällig.

Entgegen den ständigen Versprechungen einer Erhöhung der Lebensqualität stellt diese Erhöhung der Sozialmieten eine weitere eindeutige Verschärfung der Lebensbedingungen dar.

Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß eine kurzfristige Lösung des Problems der Mieterhöhung nicht zu erreichen war. Daher hat sich eine Initiative aus dem Mietkampf gebildet, die gegen diese Politik und für unsere eigenen Interessen eintritt und dabei die Forderungen des bisherigen Kampfes aufrechterhält und erweitert.

Kein Abbau der Zinszuschüsse der Wohnungsbaukreditanstalt!
Beseitigung der noch vorhandenen Baumängel!
Für eine menschengerechte Wohnsituation!
Für kindergerechte Spielplätze und Einrichtungen!

Ein Genosse aus Steilshoop

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Menten-Prozeß: Faschist bleibt Faschist

In den Niederlanden findet zur Zeit der wahrscheinlich letzte Prozeß gegen NS-Verbrecher im Ausland statt. Angeklagt ist der 77-jährige holländische Kunsthändler und vielfache Millionär Piter Menten. Er wird beschuldigt, 1941 als SS-Sonderführer an der Erschießung von mehr als 200 Juden in Ramberg (Polen) eigenhändig beteiligt gewesen zu sein. Nach Zeugenaussagen hat er auch das Blutbad bei Podhorodze, bei dem mehr als 100 jüdische Dorfbewohner ihr Leben verloren, zu verantworten. Zeugen seiner Mordtaten ließ Menten als Sonderführer der SS erschießen („Welt", 14.5.77). Das Einsatzkommando, dem Menten 1941 angehörte, hat innerhalb von acht Wochen in diesem Gebiet 20.000 bis 25.000 Juden ermordet.

Kurze Zeit nach diesen Massenmorden wurde Menten von der SS in die Niederlande abgeschoben. In den Niederlanden arbeitete er sofort mit den leitenden Faschisten zusammen, was dazu führte, daß Menten nach Kriegsende zu acht Monaten wegen Kollaboration verurteilt wurde. Daß auch dies nur auf Grund des antifaschistischen Drucks erreicht wurde, zeigen einige Taten von Mentens Freunden.

– So forderte Parlamentspräsident Kortenhorst 1951 in einem Schreiben die „vollständige Ehrenrettung" dieses Faschisten und
– 700.000 Gulden „Wiedergutmachung" von Seiten der niederländischen Behörden.
– Prinz Bernhard bat in einem Schreiben an den damals zuständigen Kommissar um die Freilassung des Faschisten.
– 1963 zahlte die BRD 550.000 DM an Menten „Wiedergutmachung".

Menten behauptete, daß die SS seine Möbel und Kunstwerke beschlagnahmt hätte. Trotz zweifelhafter Zeugenaussagen von faschistischen Gestalten wie Rosenbaum (!), der damals schon in U-Haft war, und trotz des Wissens, daß Menten mit drei Eisenbahnwaggons voll Möbeln und Kunstwerken nach Holland reiste, entsprachen die BRD-Behörden der Forderung von Menten. Schon damals bestand von Seiten Polens ein Auslieferungsantrag und die israelische Zeitung „Haaretz" beschuldigte Menten der NS-Verbrechen.

Ende letzten Jahres setzte sich nach freundschaftlichem Wink aus oberen Kreisen Menten in die Schweiz ab. Eine Zeitung spürte sein Versteck jedoch auf. So wird ihm jetzt in den Niederlanden der Prozeß gemacht, nachdem die Schweiz ihn richtigerweise auslieferte. Genauso, wie er mit zynischem Lächeln Menschen ermordete, tritt dieses Schwein im Prozeß auf. Das Verfahren sei eine vom sowjetischen KGB „organisierte Komödie" und er habe „mindestens 24 Gründe, die Unparteilichkeit des Gerichtsvorsitzenden in Zweifel zu ziehen" (Angaben nach „Welt" vom 10.5.77).

Außerdem behauptet Menten, *„die Zeugen würden ihn mit seinem Bruder Dirk Menten verwechseln, der zu jener Zeit ebenfalls in Polen lebte und jetzt in Südfrankreich ansässig ist. Seit vielen Jahren sind die beiden Brüder wegen geschäftlicher Differenzen verfeindet"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 17.5.77).

Auch Mentens Gesinnungsfreunde sind nicht untätig. So mußte der aus Polen stammende Zeuge M. Hauptmann unter Polizeischutz von seinem Wohnort Stockholm nach Amsterdam gebracht werden, da er und seine Familie mehrmals anonym bedroht worden waren, für den Fall, daß er in diesem Prozeß aussagen würde.

Ein Urteil wird erst gegen Ende 77 erwartet. Soll dieses Nazischwein etwa ungestraft unter die Erde kommen?

Unterstützungsausschuß „ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum"

Die

Die Faschisten sind die Terroristen

Dortmund

"Todesstrafe für die Mörder" - "Verhaftung aller 5000 (!) Symphatisanten dieser Bande" (Flugblatt "Der Angriff" der "Deutsch - Völkischen Gemeinschaft").

"Buback - Mörder an den Galgen!... Fegt das rote Mordgesindel weg!... Hinrichtung der kommunistischen Baader - Meinhof - Verbrecher!" (Flugblatt der NPD in Dortmund).

Die wirklichen Volksverhetzer und Mörder, die Faschisten, verteilen ihre Hetzflugblätter, rufen zum Massenpogrom auf und bleiben in der bürgerlichen Öffentlichkeit unbehelligt. Wegen dem Buback - Nachruf aus Göttingen schreien die bürgerlichen Schreiberlinge scheinheilig Zeter und Mordio und mimen die moralisch Empörten. Hier entlarvt sich wiederum die ideologische Gleichschaltung der bürgerlichen Presse, die von der "linksliberalen" Frankfurter Rundschau bis zur Springerpresse reicht, die natürlich allesamt kein Wort über die faschistischen Aktivitäten verlieren.

Für den 28.5. hatte die NPD in Dortmund unter den oben zitierten Parolen zu einer Kundgebung zum Thema "Buback - Mörder an den Galgen!" aufegerufen. Gegen diese Faschisten - Provokation hatte sich eine anti-faschistische Aktionseinheit des Lehrer - Zentrums, der ESG, der Falken, der GIM - Symphatisanten, des SB, der Bücherstube und der KB - Symphatisanten gebildet. 250 Anti-Faschisten folgten dem Aufruf der Aktionseinheit und protestierten mit Trillerpfeifen, Sprechchören und der Forderung: „Faschisten raus aus Dortmund!" gegen das Auftreten von etwa 100 Faschisten. In der Stadt wurden Flugblattverteiler der Anti-Faschisten von den Nazi-Anhängern überfallen und ihre Flugblätter verbrannt.

Diese Aktionseinheit, die erste antifaschistische seit langer Zeit in Dortmund, war ein wichtiger Schritt bei der Bekämpfung faschistischer Aktivitäten.

Nach Berichten Dortmunder Genossen

BITTE LESEN UND WEITERGEBEN

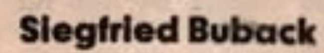


Mitteilungsblatt der Deutsch - Völkischen Gemeinschaft (DVG)

Nr. 5 / 1977

ERMORDET:





Siegfried Buback



Wolfgang Göbel

TODESSTRAFE FÜR DIE MÖRDER!

D E U T S C H E !

Während Ihr im Wohlstandsschlaf dahindöst,treiben verzogene Bürgersöhnchen,unterstützt von intellektuellem Abschaum,mitten in Westdeutschland Gangsterstücke nach US-Manier!
Neuestes Opfer dieser Verbrecherbande wurden in Karlsruhe Generalbundesanwalt Buback und sein Fahrer Göbel. Ihren Angehörigen gilt unsere ganze Teilnahme!

HEUTE BUBACK-MORGEN SIE?

Die Baader-Meinhof-Verbrecherbande kann ihr Unwesen aber nur treiben,weil Ihr allesamt schlaft!
Kaum war der Mord geschehen,hatten die Bonner Parteien nichts anderes zu tun,als vor "Übertriebener Reaktion" zu warnen. Darauf würden die roten Verbrecher angeblich nur warten!
Frage an Sie:
Gibt es auf brutalen Mord hin überhaupt eine "übertriebene Reaktion"? Ist hier nicht vielmehr jede Schärfe den Mördern gegenüber gerechtfertigt?
Die TODESSTRAFE würde der roten Saubande nicht etwa gelegen kommen,sondern sie das FÜRCHTEN lehren!
Als Ende der Zwanziger/ Anfang der dreißiger Jahre die KPD durch zahlreiche Morde und Greueltaten die Macht zu erringen suchte,gab es eine SA,die diesen Verbrechern das Handwerk legte,nicht,ohne selbst große Blutopfer zu erleiden. Aber: Gefahrlos kann man keine Gefahr bekämpfen,wie schon die alten Griechen sagten.
Heute ist die SA und die NSDAP verboten. Viele Deutsche aber sagen: Wenn wir nur einen Hitler wieder hätten! Adolf Hitler aber ist tot! Was nun?
Wir,die Deutsch-Völkische Gemeinschaft (DVG) fordern:

- Todesstrafe bei zweifelsfrei erwiesenem Mord!
- Härteste Bekämpfung der Baader-Meinhof-Verbrecherbande! Weg mit den Samthandschuhen!
- Beendigung der Justizkomödie in Stammheim.Sofortige Aburteilung der dort einsitzenden Verbrecher!
- Verhaftung aller 5000 (!) Sympathisanten dieser Bande!
- Beendigung der Behinderung nationaler Organisationen! WIR würden den Verbrechern das Handwerk legen!

SPD/FDP und CDU/CSU werden das nicht schaffen!
Deutsche,wacht endlich auf! Soll denn noch mehr passieren? Unterstützt die DVG! Werner Braun (26)

Nazi-Hetze, ungestraft

Keine Gnade für Rosenbaum und alle Nazi-Verbrecher!

Am 24. Mai sollte der Hamburger Senat über die Begnadigung des Nazi-Mörders Rosenbaum entscheiden.

1968 wurde Rosenbaum zu lebenslanger Haft verurteilt, weil ihm 148 grausame Morde nachgewiesen werden konnten. Rosenbaum war 1942/43 Wirtschaftsführer einer Polizeischule in Bad Rabka in Polen. Dort fuhr er öfters durch die Stadt und schoß wahllos auf vorübergehende Juden. Einem Juden ließ er vor der Erschießung die Hände abhakken, eine Familie ließ er mitsamt ihren kleinen Kindern erschießen, weil sie Rosenbaum hieß. „Kein Jude darf meinen Namen tragen", war seine Begründung. Seine Opfer pflegte er in kalkgefüllte Gruben werfen zu lassen – auch wenn sie noch lebten.

Nach 15 Jahren wurde Rosenbaum am 9.12.76 aus der Haft für ein halbes Jahr entlassen. Nach Ablauf dieser Frist hätte nun die Gnadenkommission erneut darüber entscheiden müssen, ob Rosenbaum weiter frei rumlaufen darf oder zurück in den Knast soll. Der Gnadenkommission erschien allerdings das Thema zu „heikel" und sie gab den Fall an den Senat zurück. Der Senat nun hat am 24.5. das Thema verschoben. Diese Verschleppung stellt ebenfalls objektiv eine Begünstigung Rosenbaums dar. Dazu kommt, daß die gesamte Begnadigungspraxis vollständig hinter verschlossenen Türen nach unbekannten „Richtlinien" abläuft. Warum scheut bloß ausgerechnet eine „Gnadenpraxis" so sehr das Licht der Öffentlichkeit.

Der „Unterstützungsausschuß Arbeiterkampf gegen Rosenbaum" hatte vor dem 24.5. versucht, mittels eines Offenen Briefes an verschiedene antifaschistische Organisationen und Gruppen, diese für ein gemeinsames Vorgehen gegen eine weitere Begnadigung von Rosenbaum zu gewinnen.

Unsere Überlegungen waren dabei, eventuell eine gemeinsame Erklärung/Flugblatt herauszugeben. Bei unseren Bemühungen mußten wir allerdings die Erfahrung machen, daß die Bereitschaft, in dieser Sache aktiv zu werden, nicht weit verbreitet ist. Vor allem trafen wir auf große Informationsmängel („Große Freiheit", „Humanistische Union" z.B.). Diese in Zukunft so weit wie möglich auszuräumen, betrachten wir als eine unserer Aufgaben. Die „Christlichen Pfadfinder" meinten am Telefon, ob wir „nichts Sinnvolleres" zu tun hätten. Der VVN, die DKP und DFU waren zwar über die Dinge informiert, aber nicht sehr für ein gemeinsames Vorgehen zu erwärmen. Es wurde uns versichert, daß von diesen Organisationen bereits selber etwas geplant sei. Eigentlich sollten das ja gute Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit sein unter Antifaschisten und kein Hindernis, wie es offenbar von diesen Organisationen gehandhabt wird.

Während DKP und DFU unserem Vorgehen am Telefon aber immerhin relativ positiv gegenüberstanden, hat es der VVN fertiggebracht, nacheinander zwei Mitgleider unseres Ausschusses, die unser Vorhaben dort vorbringen wollten, vor die Tür zu setzen. Der dort diensthabende Kollege ist scheinbar so sehr vom blinden „Chaoten-Haß" befallen, daß eine normale Unterhaltung nicht mehr zu führen ist, sobald das Wort „Arbeiterkampf" gefallen ist – in welchem Zusammenhang auch immer. Belehrt wird man dann mit dem wohl auswendig gelernten Revisionistenmärchen, daß die „30 bis 40 kommunistischen Organisationen in der BRD nur gegründet sind, um die DKP kaputt zu machen" usw.

Was hat das eigentlich mit einem „Bund der Antifaschisten", einem Zusammenschluß über Parteien, Nationen und Glaubensbekenntnisse hinweg, noch zu tun? Ist denn mit der vielbeschworenen „Einheit a l l e r Antifaschisten" nur der Zusammenschluß von Antifaschisten mit einem bestimmten Parteibuch gemeint?

Aufgrund unserer Erfahrungen haben wir uns entschlossen, eine Podiumsdiskussion, die von möglichst vielen antifaschistischen Organisationen, Initiativen und Persönlichkeiten veranstaltet wird, anzuregen. Thema: „Sind Altnazis resozialisierbar? Diskussion am Fall Rosenbaum." Wir wollen damit erreichen, daß wir eine größere Öffentlichkeit zu diesem Thema schaffen; zum zweiten wollen wir, daß die Widersprüche zu dieser Frage öffentlich diskutiert werden können, um auch die Ansätze des gemeinsamen Handelns herauszuarbeiten wie sie z.B. in der Frage der staatlichen Unterdrückung antifaschistischer Berichterstattung gegeben sind. Die Frage der „Gewalt" gegen Altnazis wird sicher heißes Diskussionsthema sein, da wir hoffen, daß die verschiedenen Standpunkte dazu vertreten sein werden. Für Interessierte planen wir am nächsten Tag ein anschließendes Arbeitsseminar zur Vertiefung der vorausgegangen Diskussion.

Unterstützungsausschuß „Arbeiterkampf gegen Rosenbaum"

Mit fremden Federn

DKP und VVN als Spalter im antifaschistischen Kampf

Am 14./15. Mai besetzten Genoss(inn)en vom SSB und KB sowie unorganisierte Genoss(inn)en das Curio-Haus und die Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg, um ein Nazi-Treffen zu verhindern, das in einem der beiden Gebäude stattfinden sollte. Auch einige Mitglieder der VAN/VVN gesellten sich zu den Besetzern. (Siehe Bericht in AK 104)

Wie war nun dazu die Stellungnahme der DKP und der DKP-orientierten VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – in Hamburg VAN)?

Die DKP-Tageszeitung „UZ" erwähnte die Besetzung überhaupt nur mit einem Satz, ohne auf Einzelheiten einzugehen, und berichtete dafür mit breiter Geschwätzigkeit über die von DKP, VAN, MSB u.a. organisierte Kundgebung am 14. Mai.

Über diese Kundgebung hieß es: *„Alle Redner appellierten an die Versammelten, die geschichtliche Erfahrung zu beherzigen, daß der Kampf gegen den Faschismus von allen Demokraten gemeinsam geführt werden muß"* („UZ", 16.5.) – ein Schnack, den sich die DKP erst einmal s e l b s t zu Herzen nehmen sollte.

Im Gegensatz zur „UZ" berichtete die VVN-Zeitung „tat" sehr ausführlich über die Besetzung u.a. mit einer vollen Bildseite, auf der auch die Transparente und Parolen der Besetzer gut zu sehen waren wie etwa: „Gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft".

In den Berichten ging die „tat" jedoch mit keinem Wort auf den SSB und KB ein, sondern war offenbar bestrebt, sich selbst die Aktion an die Brust zu heften. So war zu lesen:

„Der Besetzung der Versammlungssäle war eine antifaschistische Kundgebung vorangegangen, an der (...) 700 (?) Menschen teilnahmen. Aufgerufen dazu hatte ein Initiativkreis ‚Nazis raus aus Hamburg', dem zahlreiche demokratische Persönlichkeiten angehören. Dem Aufruf schlossen sich auch die Gewerkschaftsjugend, die Jusos, die Falken, die SDAJ sowie die Landes-Asten-Konferenz an. Die Teilnehmer forderten den Senat auf, die Frey-Veranstaltung zu verbieten. Nach der Besetzung des Curio-Hauses und schließlich der Ebert-Halle wurde der Forderung der Demonstranten entsprochen" („die tat", 20.5.).

Offenbar geht die These 41 der DKP (keine Zusammenarbeit mit „Maoisten") schon so weit, daß selbst die angeblich „unabhängige" VVN in ihrer Presse den KB nicht mal e r w ä h n e n darf. Daß dies weder Zufall noch Einzelfall ist, zeigen auch verschiedene Vorkommnisse während der Aktionen vom 14./15. Mai:

– Die Besetzer wollten auf der VAN-Kundgebung die Besetzung per Mikrofon bekanntgeben, was durch die Kundgebungsleitung verweigert wurde, da „ihr ja wissen müßtet, daß wir eine andere Auffassung vom antifaschistischen Kampf haben als ihr".

– Als wir im VAN-Büro anriefen, um über die Besetzung zu informieren ,wurde zweimal der Hörer aufgelegt.

– Erst nachdem die Besetzer persönlich vorbeikamen und als vor allem einige jüngere VAN-Mitglieder zur Aktion Sympathie bekundeten, sah sich der VAN-Führer genötigt zuzuhören, tat aber immer noch nichts zur Solidarität.

– Während der Besetzung der Ebert-Halle konnte der VAN sich nicht offiziell durchringen, eine Presseerklärung gemeinsam zu unterschreiben.

– Auch weigerten sie sich, uns über das vorherige Hickhackspiel der Justiz Auskunft zu geben.

– Schließlich wurden einige Genossen, die vom „Unterstützungsausschuß Arbeiterkampf gegen Rosenbaum" wegen Absprachen zur Antirosenbaumkampagne vorbeikamen, vor die Tür gesetzt.

Bei allem diesem „Parteiladen"-Auftreten tat sich der hauptamtliche Funktionär A. Stohwasser hervor, trotz eines gewissen Widerspruchs vor allem jüngerer Antifaschisten im VAN! Wie dieses sektiererische Verhalten mit dem Anspruch der VAN/VVN auf parteipolitische Unabhängigkeit vereinbar ist, mag der Teufel wissen.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Täglicher Terror
Immer aufs Neue

Bereits im AK 56, 60 und 93 haben wir versucht, die Kette von Polizeieinsätzen „mit Todesfolge" aufzulisten. Fast durchweg kommen die Todesschützen völlig ungeschoren davon.

Hier eine Fortführung der traurigen Bilanz:

„FR", 2.12.'77
Im Februar 1975 hatte der Kriminalhauptmeister Harald Maul den griechischen Getränkegroßhändler Adam Papadopulus „infolge Fahrlässigkeit" erschossen. Der Grieche soll im Schlafanzug mit einer Waffe Einbrecher gejagt haben. Der Bulle habe ihn angerufen und geschossen, als der Mann die Waffe nicht wegwarf.

Die Verwandten zeigten den Bullen an, der wurde freigesprochen. Das Schöffengericht: „Der Tod ... sei vermutlich die Folge eines unglücklichen Zusammentreffens verschiedener Umstände."

Rheinpfalz, 16.9.'76
Der Lehrer B.Ziegler (44) wurde von drei Bullen dermaßen zusammengeschlagen, daß er an den Folgen starb. Er hatte sich bei einer Verkehrskontrolle über den Entzug seines Führerscheins empört. Die Sache kam vor Gericht. Der Staatsanwalt meinte, es „handle ... sich um einen klassischen Fall von Verkettung unglücklicher Umstände", und die Bullen waren frei.

glücklicher Umstände", und die Bullen waren frei.

„Welt", 22.12.'76
Im Kreis Neu-Ulm wurde ein 26jähriger Mann, gegen den ein Haftbefehl vorlag, in einer Kneipe niedergeschossen. Der Mann soll mit einer Bierflasche auf den Polizisten losgegangen sein.

„Welt", 27.12.'76
Mit einer Salve aus seiner Maschinenpistole hat ein Bulle einen 56jährigen ehem. Förster in Oelde (Kr. Beckum) erschossen.

Der Förster soll eine Verkehrskontrolle durchbrochen und einem Polizisten mit der Schrotflinte eine Kugel in den Rücken geschossen haben. Der Förster sei dann geflüchtet. Vor seiner Wohnung wurde er mit einer MP-Salve erschossen.

„FR", 12.3.'77
Am 10.3..77 verunglückten die Brüder Lothar und Heinz Pfeiffer auf der Flucht vor der Polizei tödlich.

Sie hatten sich einer polizeilichen Kontrolle entziehen wollen, weil ihr Motorrad nicht zugelassen war.

„FR", 4.5.77
Während der Buback-Fahndung wurde ein 43j. Schafszüchter aus Lahn-Wetzlar von einem Polizisten mit der MP erschossen. Der Bulle soll zu dem vermeintlichen Viehdieb zweimal „Polizei – Hände hoch" gerufen haben, als dieser noch im Auto saß. Nach Darstellung des Bullen hatte er mit der linken Hand die Autotür gehalten und mit der rechten die MP ins Wageninnere gerichtet. Der Schafszüchter habe in diesem Augenblick die Tür so heftig bewegt, daß er automatisch mit der rechten Hand die Waffe fester gefaßt und dabei „versehentlich" den Abzug berührt habe.

„Bild", 11.5.77
Die 16jährige Marina aus Wahmbeck bei Göttingen war seit 4 Wochen nicht mehr in der Berufsschule gewesen. Eines Morgens um 6 Uhr klingelten daraufhin zwei Polizisten an der Haustür und wollten Marina abführen. Marina war grippekrank, ihre 64jährige zuckerkranke Mutter, Elisa L., hatte nur vergessen, das Attest abzuschicken. „Ich gebe meine Tochter nicht heraus!",schluchzte sie und soll angeblich „drohend" ihren Krückstock gehoben haben. Sofort sprühte ihr ein Bulle mit der Chemischen Keule ins Gesicht, und sie fuhren davon. Die kranke Frau sank bewußtlos zusammen, nach einer halben Stunde stellte der Hausarzt den Tod fest.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Bullen wegen Körperverletzung mit Todesfolge.

Westberlin, 26./27. 5. 77
In der Nacht vom 26. zum 27. Mai wurde in Westberlin ein Kaufhausräuber von der Polizei erschossen. Angeblich hatte er Angestellte (?) mit der Waffe bedroht und war mit 7.000 Mark geflüchtet. Er soll dann auf zwei alarmierte Polizisten geschossen haben, diese hätten zurückgeschossen. Der Mann sei weitergelaufen und von einem Angestellten „aufgehalten" worden.

„Beim anschließenden Handgemenge fielen erneut Schüsse, der Täter brach schließlich tödlich verletzt zusammen." („Welt", 28.5.)

Antifaschistische Aktion:
Waffen-SS raus aus Malente!

Wie jedes Jahr im Mai fand am 21./22. Mai in Malente/Ostholstein ein Treffen der HIAG (ehemalige Angehörige der Waffen-SS) statt. Dieses Jahr wurde zudem noch anläßlich des 25-jährigen HIAG-Bestehens die 23. Bundesversammlung abgehalten. Weit über 300 Alt-Nazis hatten sich eingefunden, um die Festansprache von Hans Wissebach (CDU-MdB aus Marburg) im „Deutschen Haus" zu hören und am traditionellen Marsch zum Grab des SS-Freiwilligen Bruinenberg im Malenter Holmwald teilzunehmen. Anwesend waren auch zahlreiche dänische und niederländische Faschisten. Verbotsanträge Eutiner Antifaschisten und der SDAJ waren von CDU-Landrat Clausen ignoriert worden.

Kirche besetzt

Höhepunkt des Protest gegen das Nazi-Treffen war die Besetzung der Michaelis-Kirche in Eutin. Auf dem Kirchendach wurde ein riesiges Transparent „Waffen-SS raus aus Malente!" aufgehängt. Antifaschistische Lieder, Lautsprecherdurchsagen, Wandzeitungen und Flugblätter machten in der Innenstadt auf die SS-Provokation aufmerksam. In den großen Pausen gingen die Antifaschisten in die Schulen, um die Schüler zu informieren. Die Musikgruppe „Roter Kaktus" sang danach noch in einer Klasse der Weber-Schule. Die Schülerinnen wollten gerne die Lieder hören und nicht Unterricht machen, worauf der Lehrer abhaute. An der Voß-Schule wollten zwei Klassen geschlossen in die Innenstadt gehen. Die Lehrer machten aus Angst vor Repression nicht mit. Ihr Kollege Abrolat wurde hingegen beim SS-Treffen mit erhobenem Arm grüßend gesehen.

Übel fiel auch CDU-Funktionär W.D. Möller auf. Sein Kommentar: es sei doch ganz gut, daß es die HIAG gebe, die SS-Männer seien doch für's Vaterland gestorben.

Die Antifaschisten sollten von der Feuerwehr vom Dach gespritzt werden. Die Pastoren standen unserer Aktion jedoch teilweise aufgeschlossen gegenüber. Sie schickten die aufmarschierten Bullen von der Kriche weg.

Parallel zum Eutiner Protest wurde von KB-Genossen am Samstag-Vormittag in den größeren Städten Schleswig-Holsteins aktuell über die Eutiner Ereignisse informiert.

In den Tagen vor dieser antifaschistischen Aktion wurden in Eutin zahlreiche Flugblätter verteilt, ein antifaschistischer Spielfim gezeigt, Parolen gegen das SS-Treffen an Mauerwände geschrieben, mit Aufklebern gearbeitet und das SS-Grab (zum wiederholten Mal) abgeräumt. Getragen wurden die Aktionen vom KB, der „Initiative gegen den Abbau demokratischer Rechte", vielen Frauen aus der Frauengruppe sowie dem Jugendrat des JZ's. – Die Jusos haben nichts getan. Die SDAJ (gibt's in Eutin selbst nicht) beschränkte sich auf ein Verbotsersuchen. Die von uns angesprochene VVN rührte sich nicht.

KB/Gruppe Eutin und
Antifa-Kommission Kiel



Traditionsfahne des antifaschistischen Kampfes

Antifa-Kurzmeldungen

Freibrief für Nazi-Schlägerbanden

Stade. Wie in AK Nr. 94 berichtet, wurde am 8.11.76 der Faschist Wolfgang Behrend, Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in erster Instanz zu 800 DM Geldstrafe verurteilt, weil er als Anführer einer JN-Schlägerbande Verkäufer von fortschrittlichen Zeitungen tätlich angegriffen hat und ein Mädchen sogar mit Handschellen verschleppen wollte.

Dieses Urteil hatte allein schon deswegen Seltenheitswert, weil der damalige Richter Parallelen zum SA- und SS-Terror gezogen hatte.

Ganz anders jetzt im Revisionsverfahren am 9.5. vor dem Stader Landgericht. Wieder wurden als „Zeugen" Nazis wie Claus Dankers und Fritz Ullrich Bundt, beide bekannt durch ihre Tätigkeit im Vorstand der JN-Niedersachsen, aufgefahren. Konnten sich diese „Zeugen" beim ersten Prozeß nur auf eine mysteriöse unbekannte Täterperson berufen, die sie nicht näher beschreiben konnten, lieferten sie jetzt eine erstaunlich detaillierte Personenbeschreibung des mysteriösen „Täters", und das ca. 1 3/4 Jahre nach der Tat.

Diese Widersprüchlichkeit fiel Richter und Staatsanwalt zwar auf, zumal es eindeutige Aussagen von anderen Zeugen gab, ließ sie aber ansonsten ungerührt. So schlug der Richter vor, man solle doch das Verfahren gegen Festsetzung einer Geldbuße einstellen. Nachdem sich der Staatsanwalt erst noch etwas zierte (200 DM Geldbuße schienen ihm zu wenig), meinte er, er säße nicht zum Feilschen da, und willigte ein.

Abschließende Worte des Richters: Das sei ja alles nur eine „Kinderei" zwischen zwei politischen Parteien gewesen, also viel Aufwand um nichts! Nach so einem Urteil werden wir wohl noch häufiger mit solchen „Kindereien" seitens der Nazis rechnen müssen.

Bezirksgruppe Harburg
KB/Gruppe Hamburg

Bezirksgruppe Harburg
KB/Gruppe Hamburg



Hamburg-Bergedorf: Antifaschisten vertreiben NPD-Stand

Am 21.5. versuchte die NPD, einen Büchertisch in der Bergedorfer Einkaufsstraße durchzuführen. Genossen des KB sprachen zusammen mit dem KBW eine gemeinsame Aktion zur Beendigung des Nazi-Auftritts ab. Die ebenfalls zur Beteiligung aufgeforderte Organisation „Amnesty International", die dort auch mit einem Stand vertreten war, lehnte eine Beteiligung ab mit der Begründung, auch für Faschisten müsse das „Grundrecht der freien Meinungsäußerung" gelten.

Kurz darauf umstellten ca. 30 Antifaschisten den Stand der NPD. „Wir haben den Faschismus satt, Faschisten raus aus dieser Stadt", „Tod dem Faschismus, nieder mit der braunen Pest", waren die beliebtesten Parolen der Antifaschisten. Es sammelte sich durch dieses Vorgehen relativ schnell eine Menschenmenge, die bis auf 200 anwuchs, um den Stand der NPD an.

Als einige Antifaschisten ihren Protest mit Eiern und Tomaten zum Ausdruck brachten, verhärteten sich die Fronten sehr schnell. Sofort griffen sich die Faschisten einen Haufen großer Steine, die sie zuvor scheinbar zum Beschweren ihres Schmierblatthaufens benutzten.

Der Erbe des Bergedorfer Kapitalisten und Miethai Glunz, Claus Brendel (wohnhaft: Reinbeker Weg 5a) warf dabei einen Stein mit voller Wucht in die umstehende Menge.

Zu dieser Zeit erschien auch die von der NPD angeforderte Polizei mit ca. 15 Bullen, bewaffnet mit Chemischer Keule und Knüppeln. Rasch griffen sie sich das Megaphon des KBW, das nicht mehr ausreichend geschützt war. Ein Genosse wurde von der Polizei herausgegriffen, mit der „Begründung", er habe mit Eiern geworfen, und wurde vorläufig festgenommen. Als versucht wurde, dem Verhafteten zu helfen, wurde einem hierbei beteiligten KBW'ler von einem Bullen ein Handkantenschlag versetzt, so daß er stürzte. Doch damit noch nicht genug! Als er am Boden lag, bekam er aus 50 cm Entfernung (!!) eine volle Ladung der Chemischen Keule ins Gesicht, zum Teil direkt in die Augen!

Das rief den Protest der Umstehenden hervor, so daß zumindest der Bulle, der den Handkantenschlag ausführte, gestellt und seine Dienstnummer verlangt werden konnte (Revierwache 61, Hmb.80, Nr. 4535).

Nach diesen Vorfällen zogen sich die Antifaschisten immer bedrohlicher um den NPD-Stand zusammen, so daß sich die Bullen genötigt sahen, die Faschisten zum Abbau des Standes aufzufordern.
Unter starkem Beifall und Parolen packten die Faschisten zähneknirschend ihre Sachen zusammen.

BO Bergedorf
KB/ Gruppe Hamburg

Leserbrief
Ein schöner

Leserbrief
Ein schöner Spaziergang!

Am Freitag, den 13.5.77 ging ich nach Feierabend mit meiner Frau und Tochter ins Altonaer Einkaufszentrum. Dort sahen wir in Höhe der neuen Apotheke 4 - 5 "Jesus"-Leute, die jede Menge ihrer Spinnereien losließen. Die meisten Leute gingen schnell weiter und auch wir waren fast schon auf dem Nachhauseweg, als wir sahen, wie 3 Bullen einen jungen Mann im Polizeigriff zum Peterwagen brachten. Ich erkannte in dem Mann einen KBWler, den ich schon öfter beim KVZ-Verkaufen gesehen hatte. Ich fragte einen der 3 Polizisten, was der Mann den getan habe, daß man ihn gleich zum Peterwagen mitnimmt. Wegen der Personalien, meinte der Bulle, worauf zu meinem Erstaunen viele umstehende Passanten kamen und meinten, dies wäre noch lange kein Grund, den Mann gleich festzunehmen, denn er habe ja nur seine Zeitung verkauft und das dürfe man ja wohl noch, oder? Dann kamen Rufe wie: das ist ja wie bei Hitler, und da sagt man immer, in der DDR dürften die Menschen keine Meinung äußern - tatsächlich muß man hier die Schnauze halten! Immer mehr Leute kamen dazu (ungefähr 30) und empörten sich über das Verhalten der Bullen. Diese bekamen es allmählich mit der Angst und verdrückten sich in den Peterwagen, um mit dem KBWler wegzufahren. Jetzt ging es eigentlich erst richtig los: empörte ältere Leute schlugen mit der Faust gegen die Frontscheibe und riefen, man solle den Mann sofort wieder rauslassen. Andere schrieen "Polizeiterror", "Sauerei" usw. Nur mühsam und unter lautem Protest konnte der Bullenwagen zur naheliegenden Straße gelangen.

Nach diesem Vorfall unterhielten sich noch viele Menschen darüber. Vor allem ältere Menschen verglichen die Bullenmethoden mit der Nazizeit. Meine Frau, ich und einige Genossen, die dazugekommen waren, waren einfach baff über soviel Empörung. Mit Genugtuung und innerer Freude gingen wir nach Hause.

Ein AK-Leser aus Altona

Wann kommt Nazi-Eckart endlich hinter Gitter?

Der in Hamburg für NSDAP-Schmierereien und für die Verbreitung von nazistischen Schriften („NS–Pressedienst" u.a.) bekannte **Wolf-Dieter Eckart** ist wieder aktiv geworden. Seitdem er im vorigen Jahr wegen seiner zahlreichen Nazi-Umtriebe vor Gericht gestanden hatte, war er zunächst etwas zurückhaltender geworden; immerhin hatte er sich eine Gefängnisstrafe – „auf Bewährung"– eingehandelt.

Auf einer internationalen Tagung über zunehmende neofaschistische Aktivitäten in Westeuropa (23./24. 4. in Wien) wurde nun ein neues Machwerk Eckarts vorgelegt: „Wille und Weg – nationalsozialistische Reichszeitung". Das Titelblatt zeigt Hitler, Göring und Keitel; im Text sind Zeichnungen aus dem auf übelste Weise antisemitischen NS-Hetzblatt „Der Stürmer" abgebildet. (Nach NDR II, 23.4.77)

Wie sehr muß sich Eckart eigentlich noch „bewähren", bis er endlich ins Loch kommt?

•

Antifaschistische Aktivitäten

Gegen das Pfingsttreffen der „Division SS Leibstandarte Adolf Hitler" und der „Division Hitlerjugend" in Nassau/ Lahn haben Sozialdemokraten protestiert. Mit einer Flugblattaktion riefen sie zu einer Protest-dedemonstration gegen diese „Traditionsverbände" der Nazi-Mordbanden auf.

•

Gegen ein „Traditionstreffen" der ehemaligen SS-Division „Großdeutschland" in Westerburg war von der VVN Protest angemeldet worden. Aufgrund dieser Proteste blieb erstmals auch der Bürgermeister den bisher alle zwei Jahre stattfindenden Traditionstreffen fern. SPD und CDU (!) distanzierten sich von den „neonazistischen und faschistischen Tiraden" („tat", Nr. 22).

•

Waffen- SS'ler wollten Mitte Mai in Radolfzell am Bodensee eines der über 20 angekündigten Treffen veranstalten. Durch öffentliche Proteste wurde es verhindert (siehe AK 104). Inzwischen hat auch der Stadtamtmann der nahe gelegenen Schweizer Stadt Stein, wohin die SS'ler ziehen wollten, die Verhinderung des SS-Aufzugs verfügt („Deutsche Wochenzeitung", 20.5.'77).

•

Stadt Stein, wohin die SS'ler ziehen wollten, die Verhinderung des SS-Aufzugs verfügt („Deutsche Wochenzeitung", 20.5.'77).

•

In Nordfrankreich (Normandie) ist – nach Meldung des englischen „Guardian"(21.5.77)– ein geplantes SS-Treffen durch ehemalige Widerstandskämpfer verhindert worden. Nach Vorwarnung, daß SS'ler in der Gegend von Calvados bei einem Militärfriedhof eine Kundgebung mit Uniformen (!) planten, war die Gegend von den Antifaschisten systematisch beobachtet worden. Der französische Innenminister ließ schnell dazu erklären, daß SS-Leute sich in Frankreich natürlich nicht treffen dürften. In dem Ort Arromanches wurde dann – welch zeitlicher Zufall! – ein für das Wochenende vom 21./22.5. geplantes „Touristentreffen" von 300 Deutschen, für die bereits verschiedene Hotels gemietet waren, abgesagt...

Das Klima war ihnen wohl doch zu heiß.

•

Faschisten international

Die „Vereinigung verfassungstreuer Kräfte" veranstaltete am 3.4. in Karlsruhe einen „Europa - Kongreß" mit verschiedenen faschistischen Gruppen. Beteiligt waren Faschisten aus der BRD, Italien, Frankreich, Holland und Belgien. Vorsitzender eines neugebildeten Komitees „Neues National-Europa" wurde Dr. Marcel Iffig (der sich u.a. für die „National-Zeitung" Freys stark macht) aus Elsaß-Lothringen. als BRD-Vertreter sitzt der Chef des „Kampfbundes Deutscher Soldaten", **Schönborn**, im Komitee. (Übrigens ist eines seiner traditionellen Kumpane, **Thies Christophersen**, Mitglied der technischen Komission der „Europäischen Neu-Ordnung", eines anderen internationalen Zusammenschlusses) (Nach „tat", 22.4.77).

•

In Taipeh, der Hauptstadt Taiwans, hat vom 18. bis 22.4. (nach Angaben der spanischen Zeitschrift „Cambio 16" vom 10.4.77) ein Treffen internationaler faschistischer Militanter stattgefunden. Beraten werden sollte die Konvention einer „Faschistischen Internationale". Bisher sind als Teilnehmer bekannt: die spanischen Faschisten der Terrortruppe „Triple A" und die italienischen von „Ordine Nuovo", sowie weitere Spanier.

Leserbrief
Die Polizei - Dein Freund und Helfer

Im folgenden drucken wir in Auszügen einen Leserbrief ab, der sehr anschaulich den täglichen Bullenterror beschreibt.

Ich zähle zu den Jugendlichen, die die Gesellschaft der BRD als "kriminell" bezeichnet. Ich habe am eigenen Leibe erfahren, wie die Hamburger Kripo mit Jugendlichen - und besonders mit ausländischen Jugendlichen, wie mir - umzugehen pflegt.

Es war an einem Wochenende abends, ich hatte meine Freundin nach Hause gebracht und vor ihrem Haus mit dem Wagen geparkt. Durch die Dunkelheit hatte ich nicht auf das Halteverbotsschild geachtet. Als es an der Scheibe klopfte, sah ich einem Bullen in die Augen, der mich mit einem fiesen Grinsen fragte, ob wir kein Bett zu Hause hätten. Auf meine Antwort, daß ihn das wohl nichts angehe, entgegnete er, daß wir unsere Schweinereien nicht im Parkverbot zu machen hätten und verlangte nun meine Papiere und die meiner Freundin. Über Funk wurde meine Identität überprüft. Ich mußte dann aus dem Wagen steigen und sollte den Kofferraum aufmachen. Nach dem ergebnislosen Schnüffeln der Bullen fragte ich, ob sie das gefunden hätten, was sie suchten. Die Antwort war: " Bei solchen Kanackern wie dir kann man nicht vorsichtig genug sein." Um mir größeren Ärger zu ersparen, ging ich auf die Provokation nicht ein. Nun kam der Kollege vom Peterwagen zurück und ehe ich mich versah, drehte er mir den Arm nach hinten und riß mich an den Haaren, so daß ich vor Schmerz kaum verstand, was er sagte. Als sie mich von Kopf bis Fuß untersucht undmir Handschellen angelegt hatten, fragte ich, was das alles solle. Mir wurde geantwortet, daß ein Haftbefehl gegen mich vorläge und ich aufgrund dessen festgenommen sei.

Ich fragte nach dem Grund, aber mußte mir anhören, daß ich das wohl am besten selber wisse. Kaum daß ich mich versah, hatten sie mich mit dem Peterwagen zur Wache gebracht. Dort mußte ich mir die übelsten Beschimpfungen anhören, wie z.B. ich solle doch in meinen Busch zurückkehren etc. Als ich dann einen ähnlichen Ton anschlug wie die Bullen, bekam ich zu hören: beim nächsten Piepser, den du von dir gibst, schlagen wir dich so zusammen, daß dich nicht einmal mehr deine eigene Mutter wiedererkennt. Nach dieser Auseinandersetzung brachten sie mich auf eine Zelle, wo ich bis zum nächsten Morgen blieb.

Gegen 5 Uhr öffneten sie die Tür, legten mir wiederum die Handschellen an und führten mich zum Ausgang. Unterwegs wurde mir angedroht: "Wenn du versuchst, abzuhauen (was in meinem Zustand wohl ziemlich unmöglich war)

Gegen 5 Uhr öffneten sie die Tür, legten mir wiederum die Handschellen an und führten mich zum Ausgang. Unterwegs wurde mir angedroht: "Wenn du versuchst, abzuhauen (was in meinem Zustand wohl ziemlich unmöglich war)
schießen wir dir das Herz aus dem Leib."

Ich wurde ins Polizeipräsidium am Berliner Tor gefahren, wo ich erneut auf einer Zelle eingesperrt wurde und wo ich bis 10 Uhr warten mußte. Auf diesen Zellen sind manchmal 5 - 6 Leute untergebracht, es gibt keine Lüftung, keine Lichtschalter, das Licht brennt die ganze Zeit, und keine Verpflegung. Um 10 Uhr kam ich dann ins Vernehmungszimmer, der Beamte bot mir eine Zigarette an und forderte mich ganz locker auf, daß ich nun mal meine Aussage machen solle. Als ich noch einmal sagte, daß ich keine Aussage zu machen hätte, trat er dicht an mich heran und meinte, er könnte auch anders und schlug mir ins Gesicht, daß mir die Zigarette aus dem Mund flog. Nun holte er eine Stahlfeder mit einem Bleikopf vorne dran, fuchtelte mir damit vor dem Gesicht rum und sagte, daß er mich damit bearbeiten könne, wie er wolle. Später könne er dann sagen, daß ich versucht hätte, abzuhauen und daß er mich daran hindern mußte. Diese Waffe nennt man einen Totschläger, und dieser Name ist keineswegs übertrieben. Ich bekam reichlich Angst und versuchte nun, mich zusammenzunehmen. Auf mein andauerndes Schweigen hin wurde ich wieder auf die Zelle gebracht. Nach weiteren drei bis vier Stunden wurde ich wieder in das gleiche Vernehmungszimmer gebracht und gefragt, ob ich es mir inzwischen anders überlegt hätte. Ich verlangte jetzt, mit meinem Anwalt zu sprechen. Das wurde mir gestattet. Nachdem ich die Nummer zuendegewählt hatte, drückte der Beamte auf die Gabel und sagte: "Du hast dich verwählt." Ich versuchte es noch einmal, aber das Schwein wiederholte seine Schikane. Das lief insgesamt dreimal. Beim vierten Mal sagte er, der Anschluß sei besetzt. Damit war die Sache mit dem Rechtsanwalt erledigt. Mein Pech!

Dann wurden noch einige andere "Methoden" an mir ausprobiert; so trat man mir mehrmals aus Versehen auf die Füße, schüttete mir aus Versehen heißen Kaffee über die Hose und sprach von einer Zeugenaussage, die mich belasten würde. Natürlich versuchte man auch den Trick, daß ich bei entsprechender Aussage und Belastung Anderer Vorteile und eine geringere Bestrafung zu erwarten hätte.

Abends um 10 Uhr ließ man endlich von mir ab, und ich konnte wieder auf meine Zelle. Dort gab es kein Bettzeug, keine Decken, sondern nur eine harte Holzbank.

Gegen 7 Uhr am nächsten Morgen wurde ich ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Der Transport findet mit der bekannten Grünen Minna statt; – in manchen wird man stehend, mit den Armen nach oben gefesselt, transportiert.

Im Untersuchungsgefängnis bekam ich in einem Wartesaal zum ersten Mal etwas zu essen und zu trinken. Dann wurde ich vollkommen übermüdet, mit dem Dreck von zwei Tagen und der schmutzigen Hose dem Haftrichter vorgeführt. Dort erfuhr ich Gründe, die zu meiner Verhaftung geführt hatten. Auf den Akten stand der Vermerk "Gilt als besonders gefährlich und trägt eine Schußwaffe". Ein solches Ding habe ich nie besessen.

Als ich dem Richter erzählte, wie ich behandelt worden war, forderte er mich auf, bei der Sache zu bleiben; im übrigen würde es viel zu lange dauern, bis das alles überprüft sei, was ich da behaupten würde...

Ein AK - Leser

Faschistische Schlägerbande prügeln in Harburger Straßen

Ich ging am Sonntagmorgen, 22.5. etwa um 10 Uhr auf der Eißendorferstraße in Richtung Friedrich-Ebert- Halle, um das Faschistentreffen zu verhindern. Die Straßen waren fast menschenleer. Plötzlich kamen aus einer Torausfahrt ca. 20 - 25 lederbekleidete Jugendliche auf mich zu. Ehe ich reagieren konnte, schlugen zwei von ihnen mir ins Gesicht

fast menschenleer. Plötzlich kamen aus einer Torausfahrt ca. 20 - 25 lederbekleidete Jugendliche auf mich zu. Ehe ich reagieren konnte, schlugen zwei von ihnen mir ins Gesicht
und ein dritter trat mir in den Magen. Verschiedene andere hatten Schlagstöcke dabei. Daß es sich um Faschisten handelte, merkte ich, als einer rief:„Euch linken Säuen werden wir heute einheizen!". Alle waren militärisch einheitlich in Leder und Schaftstiefel gekleidet, einige trugen ein Abzeichen „Weg mit der Mauer". Weitere Einzelheiten konnte ich nicht feststellen, da ich gleich die Beine in die Hand nahm. Die offensichtlich von den Faschisten bestellte Schlägerbande sollte offensichtlich den Raum vor der Friedrich-Ebert-Halle von Antifaschisten freiräumen. Da ich mich nach einigen hundert Meter Spurt umgehend zur Bullenwache Marienstraße begab, um den Fall dort zu schildern, konnte ich nicht mehr beobachten, ob noch mehr andere Antifaschisten von den Typen angemacht wurden. Die Bullen auf der Wache meinten nur, da könnten sie „nichts machen, die Brüder seien sowieso schon verschwunden". Sie würden nachher sowieso zum Einsatz zur Eberthalle kommen, es könnte dann ja nichts mehr passieren.

Keiner der Schläger war mir bekannt. Offensichtlich haben die Faschisten außer den ohnehin bekannten Schlägertrupps ein neues Schlägerreservoir ausgebildet.

A., Hamburg-Harburg



Klassenjustiz

Prozeß gegen Peggy Parnaß

Am 12.5.77 stand die Gerichtsreporterin und Fernsehschauspielerin Peggy Parnaß vor Gericht. Peggy ist bekannt für ihre engagierten Reportagen, mit denen sie die tägliche und weniger alltägliche Klassenjustiz geißelt. Diesmal war sie selbst angeklagt: Sie hatte einen Polizisten geohrfeigt.

Um sich einen Schlüssel für das Pressezimmer im Strafjustizgebäude abzuholen, wurde Peggy an die Hausschlosserei verwiesen. Sie verirrte sich im Keller und öffnete zufällig die nicht gekennzeichnete Tür zum Aufenthaltsraum der jederzeit für einen Einsatz bereitstehenden Polizeitruppe.

Mit roher Gewalt stürzten sich die Bullen auf Peggy, packten sie bei den Armen und schleiften sie die Treppe hinauf. Oben angekommen, lief gerade der „Hausherr" des Strafjustizgebäudes, Staatsanwalt Dose, über den Weg, der Peggy sofort als Gerichtsreporterin hätte identifizieren können und müssen, zudem ohnehin zuständig ist für solche „Einsätze". Dose griff nicht ein, sondern wandte sich ab und verschwand, worauf die Bullen Peggy mit einem Schubs aus dem Gebäude werfen wollten. Doch es kam anders: Anstatt abzuhauen, drehte Peggy sich um und ohrfeigte einen Bullen!

In ihren Aussagen behaupteten die Polizisten, Peggy habe sich nicht ausgewiesen (wie hätte sie das wohl tun sollen, wo sie bei den Armen festgehalten wurde – wenn sie überhaupt je gefragt worden ist?). Dabei – und das ist der Hammer! – hatte Peggy schon vor längerer Zeit einen Artikel



über merkwürdige Praktiken auf der Davidswache (Reeperbahn) geschrieben und dort einen der jetzt gegen sie aufgetretenen Polizisten beschuldigt! Eben dieser hat – so Peggy – auf der Fahrt vom Strafjustizgebäude zur Wache davon gesprochen, „sie reiße doch sonst ihr Maul immer weit genug auf".

Daß es dann doch zum Freispruch kam, liegt an der ungewöhnlichen Vorgehensweise des Gutachters Dr. Ehebald, der zur Bedingung machte, nicht nur Peggy, sondern auch die drei beteiligten Polizisten kennenzulernen.

In seinen Ausführungen betonte Dr. Ehebald dann, daß die gesamte Situation sehr „aufgeladen" gewesen sei und Peggy mit ihrem besonders stark ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl gar nicht „schuldfähig" gewesen sein konnte. Auf die Frage des Richters, ob Peggy nicht „schwer persön-



Peggy Parnaß

lichkeitsgestört" sein könne (er spielte damit auf die Naziverfolgung von Peggys Familie an, die im KZ ermordet wurde), erklärte der Gutachter: „Das Wort kann ich hier nicht verwenden. Die Gesundheit von Frau Parnaß zeigt sich darin, daß sie überhaupt noch am Leben ist". Daraufhin plädierte auch die Staatsanwaltschaft auf Freispruch.

Mit ausschlaggebend für dieses Urteil war wohl, daß in der Vorbereitung des Prozesses von Freunden von Peggy ziemlich intensiv gearbeitet worden war. So war es nach eineinhalb Jahren gelungen, endlich den international anerkannten Strafverteidiger Erik von Bagge als Pflichtverteidiger für Peggy „durchzukämpfen", und vor dem Prozeß verteilten 30 Rechtsanwälte eine Solidaritätsresolution für Peggy.

Ein schändliches Bild gaben allerdings Peggys Kollegen von der Hamburger Presse ab: Sie waren überhaupt nicht zum Prozeß erschienen burger Presse ab: Sie waren überhaupt nicht zum Prozeß erschienen und berichteten auch nicht (Ausnahme: „Frankfurter Rundschau").

Der Freispruch für Peggy muß auch als eine politische Rücksichtnahme auf das internationale Echo gewertet werden, das eine Verurteilung nach sich gezogen hätte. Peggy ist die letzte Überlebende einer jüdischen Familie, die von den Nazis umgebracht wurde. Eine Verurteilung von Peggy hätte viel antifaschistischen – im wahrsten Sinne des Wortes antifaschistisch – Protest hervorgerufen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

1.750 DM für 3 Plakate!

Eines der drastischsten Urteile gegen Plakatekleber wurde jetzt in Hamburg gefällt:

Das „Delikt": Drei Plakate mit der Überschrift „Keinen ruhigen Ort für Kissinger und Vorster! Schickt sie zum Nordpol!" (bezieht sich auf den Kissinger/Vorster-Treff in der BRD im Juni 76) an eine Eisenbahnbrücke geklebt und zwei Plakate davon an einem HVV-Unterstand geklebt, allerdings auf Aufforderung der Zivilbullen hin wieder abgemacht – also überhaupt kein Grund mehr zur Anklage.

Der Prozeß: Während wir vor der Tür zum Gerichtssaal standen und warteten, daß unser Prozeß gegen uns wegen Plakatekleben an die Reihe kam, zeigte sich ein Bulle, der in der gutbekannten Aufmachung - Walkie-Talkie und MPi sich zu uns gestellt hatte, gut informiert über den Prozeßgegenstand, obwohl ja an der Saaltür nur die Namen angeschlagen sind und nicht der Prozeßgrund.

Auf unser Nachfragen hin meinte er, das wüßte er von der „Zentrale", also seiner Einsatzleitung. Sie würden jeden Tag mitgeteilt bekommen; wenn „solche Prozesse", wo man Zuschauer erwartet wie „bei Baader-Meinhof und so" stattfinden würden. Wohlgemerkt, wir waren des Plakataklebens angeklagt!!

Kurz vor Prozeßbeginn zogen tatsächlich noch zwei weitere Bullen ihre Runden durch unseren Flur!!

Das Urteil: Insgesamt 1.750.- - DM für beide „Täterinnen" (25 Tagessätze zu 30 DM und 25 Tagessätze zu 40 DM – bei der verheirateten Angestellten wurde der Lohn ihres Mannes mit zur Grundlage gemacht, daß sie außerdem ein Kind hat, wurde allerdings nicht berücksichtigt).

Die Anklage lautete, sie hätten *„gemeinschaftlich und fortgesetzt handelnd rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt"*.

Die „Begründung" (des Staatsanwalts): Der Besitzer einer Eisenbahnbrücke beabsichtigt diese möglichst unauffällig zu gestalten. Durch die Plakate sei die Brücke zu einem „auffälligen Objekt" geworden. Außerdem, (und das war wohl der eigentliche Grund), nimmt in Hamburg das „wilde Kleben" von Plakaten in letzter Zeit überhand und nur sehr wenige würden vor dem Richter landen. Deshalb muß in Fällen, wo mal einer erwischt wird, ein deutliches Zeichen gesetzt werden!

Keine Rolle spielte es, daß die beiden Plakate am HVV-Unterstand wieder abgemacht worden waren – diese seien schließlich mit Tapetenkleister geklebt worden und der wäre noch dran gewesen. Dieses fiel mit unter Sachbeschädigung!!! Es spielte außerdem keine Rolle, daß zum einen die Eisenbahnbrücke völlig verdreckt war, und zum anderen die Plakate auf ältere Plakate draufgeklebt worden waren – beides Sachverhalte, die in anderen Prozessen zum Freispruch von Plakateklebern geführt hatten.

Dem letzteren schenkte der Richter von vornherein keinen Glauben, da die Aussage der Zivilbullen im Zeugenstand lautete : „das hätten wir gesehen, wenn die Plakate auf andere draufgeklebt worden wären".

Urteile in dieser Höhe und Aussage zielen sowohl auf Einschüchterung ab, als auch auf den finanziellen Ruin einzelner Kollegen und Genossen.

Gegen das Urteil ist erstmal Berufung eingelegt worden.

Eine Genossin aus einem Hamburger Chemiebetrieb

Deutscher Anwaltstag: Gegen Verteidigerüberwachung und »Schwarze Schafe«

Die Lauschaktion in Stammheim wurde besonders von der CDU zum Anlaß genommen, noch weitergehendere Gesetzesvorschläge zur Einschränkung der Verteidiger zu machen. Nach dem Verteidigerausschlußgesetz, der Möglichkeit der Überwachung des Schriftwechsels zwischen Anwalt und Angeklagten u.s.w. wollte die CDU eine weitere Lücke schließen: Überwachung auch des mündlichen Gesprächs zwischen Verteidiger und Mandanten. Damit hätte die CDU einen Zustand geschaffen, den es schon einmal gab: Im Faschismus. *„Solange das Hauptverfahren nicht eröffnet ist"*, hieß es in der damaligen Prozeßordnung, *„kann der Richter anordnen, daß den Unterredungen mit dem Verteidiger ein Richter beiwohne"* (nach „Spiegel" Nr. 22, S. 54).

Von hier bis zu dem Vorschlag, „Terroristen" überhaupt das Recht auf einen Verteidiger abzusprechen, ist es dann nur noch ein winziger Schritt.

Der 39. Deutsche Anwaltstag, der Schritt.
Der 39. Deutsche Anwaltstag, der am 21./22.5. in München stattfand, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Verteidigerüberwachung und den gelaufenen Lauschaktionen. Obwohl allgemein eine drohende Einschränkung der „freien Advokatur" heftig angegriffen wurde, machten besonders die Vorstandsmitglieder den feinen SPD-Unterschied zwischen „unverdächtigen, seriösen" Verteidigern und solchen, die mit Worten wie „Terroristen-Anwälte" und „Spießgesellen der Angeklagten" beschrieben wurden. So sagte der Hamburger Anwalt Bangsch, Hauptgeschäftsführer des Anwaltsvereins: *„Falls wirklich – wie behauptet – erdrückende Beweise für die Konspiration von Verteidigern mit inhaftierten Angeklagten vorliegen, warum sitzen diese Verteidiger nicht schon längst hinter Schloß und Riegel? Warum sind die Ehrengerichte, die doch vom Justizminister eingesetzt werden, in diesen Fällen so untätig?"* (zitiert nach „Frankfurter Rundschau" – „FR", 23.5.77).

„Frankfurter Rundschau" – „FR", 23.5.77).

Bedenkt man, daß es bereits mehr als 50 Ehren- und Strafverfahren gegen fortschrittliche Anwälte gibt, kann man sich ausrechnen, welches Maß an „Aktivität" Bangsch sich wünscht. Bedenkt man weiter, daß ein wichtiger „Vorwurf" im Berufsverbotsverfahren gegen RA Groenewold darin besteht, daß er die „Identität der Angeklagten" bewahrt habe, kann man sich auch ein Bild davon machen, was Bangsch unter „konspirierenden Verteidigern" versteht.

Doch es regte sich auch Protest gegen eine solche Vorstandsmeinung, sich von den „schwarzen Schafen" zu trennen: Ein von linken Rechtsanwälten vorgelegtes Papier – über das allerdings nicht abgestimmt wurde – forderte nicht nur Solidarität mit den besonders unter Beschuß stehenden Rechtsanwälten, sondern wies auf die im größeren Umfang zu erwartenden Konsequenzen für politische Prozesse hin.

IKAH Hamburg

IKAH Hamburg

Prozeß wegen »Verunglimpfung des Staates«

Nürnberg. Im Sommer letzten Jahres hing im KOMM (selbstverwaltetes Jugendzentrum) eine Wandzeitung, die gegen die Folterung politischer Gefangener (als Beispiele waren genannt: Karl-Heinz Roth und Willy Piroch), gegen die „Todesschüsse" der Polizei und die Zustände im Knast protestierte.

Die Wandzeitung hing einige Tage, dann beschlagnahmte sie die Polizei, und M. Popp, der Leiter der „Dienststelle Jugendzentrum" (die Stadt hat ihre Finger in den Selbstverwaltungsorganen des KOMM) gab Th. „Flaps" D. als (seiner Meinung nach) Schreiber der Wandzeitung der Polizei gegenüber an.

Es gingen einige Monate ins Land, in denen der „Wandzeitungskonflikt" heiß diskutiertwurde. So stellte die Vollversammlung des KOMM am 17.9.76 u.a. fest: „ ... *Zusammenfassend möchten wir noch einmal klarstellen, daß für uns die freie politische Meinungsäußerung ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Grundordnung und der Selbstverwaltung im KOMM ist. Jeder Angriff gegen diese freie politische Meinungsäußerung und -betätigung ist ein Angriff gegen uns alle, die wir im KOMM für Selbstverwaltung eintreten.*

Die Stadt läßt ihre Aufsichtsfunktion durch städtische Bedienstete wahrnehmen. Sie versucht, im KOMM die Meinungsfreiheit mit deren Hilfe einzuschränken. Wir wenden uns dagegen und fordern alle städtischen Angestellten im KOMM auf, diesen Versuchen der Einschränkung politischer Rechte gemeinsam mit uns entgegenzutreten."

Trotzdem gelang es Popp im Wesentlichen, seine Haltung, die er mit „staatsbürgerlicher Pflicht" rechtfertigte, als „akzeptables" Verhalten unter die Mitarbeiter und Besucher des KOMM zu bringen. Unterstützt wurde diese Entwicklung auch durch die Haltung eines Teils der Linken im KOMM, die jeden Angriff gegen Popp als „perspektivlos" bezeichne(te)n.

Mit der Anklage gegen Flaps rechnete eigentlich fast niemand mehr. Dieser bekam am 23.2.77 seine Anklageschrift. Vorgeworfene Delikte: „Volksverhetzung" in Tateinheit mit einem Vergehen der „Verunglimpfung des Staates" und „Verleumdung".

In der Vollversammlung des KOMM wurde zwar abgelehnt, über „den Fall" nochmal politisch zu diskutieren (z.B. über die Rolle von Popp), trotzdem fiel folgender Beschluß:

„sollten ... Unkosten wegen seines Prozesses entstehen, so erklären sich die Mitarbeiter bereit, diese aufzubringen ... " Bei einer spontanen Sammlung wurden über 100 DM gesammelt.

Neben diesem praktischen Beweis der Solidarität sind noch besonders die Solidaritätsschreiben der „KOMM-Zeitung" (April-Nummer), der DFG/VK und der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hervorzuheben. Aus dem Brief der DFG/VK:

„Die Gruppe Nürnberg der DFG/VK sieht in der Anklageerhebung einen Angriff auf die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit und wertet sie in einem engen Zusammenhang mit dem erschreckenden Ausbau der staatlichen Gewalt in der BRD ..."

Am 4. Mai wurde das Urteil gesprochen: statt 90 Tagessätzen à 10 DM, wie es der Staatsanwalt forderte, „nur" 150 DM. Bei beiden Gerichtsterminen waren sehr viele Zuschauer da, die Flaps damit unterstützten und ihre Solidarität bewiesen.

Es geht übrigens weiter:

Weil in der April-Nummer der „KOMM-Zeitung" irrtümlicherweise auch vom Abdecken einer ev. Geldstrafe die Rede war, wurde dem Presseverantwortlichen der „KOMM-Zeitung" mittlerweile ein Verfahren wegen „Strafvereitelung" aufgebrummt!

Für freie politische Betätigung – im KOMM wie anderswo!

KB/Gruppe Nürnberg

Wie Senatsdirektor Pieper einen milden Richter fand

Hamburg. Als Senatsdirektor Pieper, Leiter des hamburgischen Strafvollzugs und hoher Gast einer sogenannten „Bikini-Party" im Oben-ohne-Club „Tilbury" seine Rechnung von 84 Mark bezahlen sollte, zog er seine Dienstwaffe und drückte zweimal auf die Kellner ab. Nur einem Defekt zufolge kam es nicht zu tödlichen Schüssen. Das war im August 1975. Im Mai 1977, also ungewöhnlich lange Zeit nach der Tat, kam es zur Hauptverhandlung – nicht wegen versuchten Totschlags, sondern nur wegen einer „Rauschtat" (§ 330 a StGB).

Im Prozeß war man unter sich: Als Zeugen wurden u. a. ein Richter und ein weiterer Senatsdirektor vernommen, der Staatsanwalt Münzberg versuchte sich – so das Urteil der liberalen „Zeit" vom 13. Mai – als besserer Verteidiger zu profilieren. Piepers Verteidiger selbst, der als Verteidiger in NS-Sachen einschlägig bekannte Hajo Wandschneider, schließlich stellte den Angeklagten als Opfer von sogenannten „K.O.-Tropfen" dar, mit dem man ihn „bürgerlich enthaupten" habe wollen. Diskret wurde darauf hingewiesen, es könne sich um einen „Racheakt von RAF-Sympathisanten im Zusammenhang mit einem Hungerstreik" gehandelt haben.

Senatsdirektoren können anscheinend gar nicht genug besoffen und aufgegeilt sein, um nicht hinterher als Opfer des Terrorismus hochstilisiert zu werden.

Verurteilt wurde Pieper schließlich zu einem Jahr auf Bewährung und 6.000,– DM Geldstrafe – bei monatlichen Bruttobezügen von DM 7.000,–.

Ein Stockwerk tiefer fand gleichzeitig ein Prozeß wegen versuchter sexueller Nötigung statt. Der Angeklagte dort hatte noch 0,2 Promille mehr Alkohol im Blut gehabt – von Rauschtat war allerdings dort keine Rede. Das Urteil gegen den „normalen Angeklagten" (einen Barkeeper): Drei Jahre Freiheitsstrafe.

IKAH Hamburg

§ 88 a: Buchhandlung durchsucht

Oldenburg. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Frankfurt und Anordnung durch das Amtsgericht Oldenburg haben am 6.4.77 dreizehn Beamte der Polizei und Justiz und ein Beamter des Ordnungsamtes (als Repräsentant der „Öffentlichkeit") die Räume der Carl-von-Ossietzky-(CvO)-Buchhandlung sowie die Privatwohnung des Inhabers zwei Stunden lang durchsucht. Die CvO-Buchhandlung ist Mitglied im Verband Linker Buchhändler (VLB). Gegen den VLB läuft ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen des Verdachtes eines Vergehens gegen den Maulkorbparagraphen 88 a StGB. Im Zuge dieses Verfahrens sollten als Beweismittel gemäß dem Hausdurchsuchungsbefehl folgende Schriften beschlagnahmt werden: „Wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Hände schmutzig zu machen" und „Revolutionärer Zorn". Bei der ersten Schrift handelt es sich um eine Dokumentation gegen Hausdurchsuchungen im September 1976 in verschiedenen linken Buchhandlungen, Verlagen und Vertrieben, in der der „Revolutionäre Zorn" als Dokument zur Zeitgeschichte abgedruckt ist.

Unter den § 88 a fallen angeblich keine Dokumentationen zur Zeitgeschichte. Als solche ist jedoch der „Revolutionäre Zorn" nachgedruckt worden. Die von Polizei und Justiz geübte Praxis ist damit der Gesetzgebung bereits wieder ein Stück voraus.

Da die CvO-Buchhandlung den „Revolutionären Zorn" nie geführt hat und die gesuchte Dokumentation bereits ausverkauft war, hatten die Staatsschutzbeamten keinen Erfolg. Sie beschlagnahmten jedoch stattdessen andere Schriften sowie eine Adressennotiz, die überhaupt nicht im Durchsuchungsbefehl genannt waren:

- „Karl Heinz Roth und Roland Otto haben nicht geschossen"
- „Sofort Haftverschonung für Karl Heinz Roth"
- „Die Justizvollzugsanstalt Werl"
- „Urteil gegen Schreiber"
- „Ulrike ermordet"
- „Ladenzeitung"
- „Wer hat Angst vor wem"
- „Wie alles anfing – Bommi Baumann/eine Dokumentation – nicht das Buch
- „Unterdrückung und Widerstand in der BRD"
- „Ulrike Meinhof – Ein Selbstmord – Dokumentation"

Die Liste der beschlagnahmten Broschüren macht deutlich, daß diese Staatsschutzaktion vor allem gegen Veröffentlichungen zielte, in denen gegen die Willkür von Polizei und Justiz an Hand von konkreten Fällen protestiert wird.

KB/Gruppe Oldenburg



Sexualität hinter Gittern

Bei allem Gerede um eine „Reform" im Bereich des Strafvollzuges wurde ein wichtiger Teil der Bedürfnisse der Gefangenen bisher völlig ausgeklammert: Die sexuellen Bedürfnisse der Gefangenen!

Taucht das Thema Sexualität der Gefangenen in den bürgerlichen Medien auf, dann höchstens in Form von schwülstigen Artikeln, die sich mit Lösungen auseinandersetzen wie: Prostituierte für Gefangene, Gummipuppen und sogenannte Liebeszellen.

Dies bringt mehr zum Ausdruck, welche Vorstellungen in den Köpfen der „Reformer" stecken, als die wirklichen Bedürfnisse der Gefangenen.

Die Sexualität ist für viele Gefangene eines der wenigen Dinge, die sie – vor allem vor sich selbst – noch als Mensch erscheinen lassen.

Da in den Gefängnissen fast alles bis aufs Kleinste vorgeschrieben ist, bildet die Sexualität, so schwer es auch ist, so etwas wie einen Freiraum, der es dem Gefangenen erlaubt, sich für kurze Zeit von dem ungeheuren Druck zu befreien, der auf ihn ausgeübt wird.

Dies äußert sich in exzessiv betriebener Onanie, der Erscheinung der Zwangs-Homosexualität (Knastschwule) und einem schwunghaften Handel mit Pornos u. ä. In einer Situation, wo es mehr die Regel ist als die Ausnahme, daß mehrere Gefangene in einer Zelle untergebracht sind, braucht man nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie ein solches „Sexualleben" aussieht. Den Vollzugsbeamten wird außerdem ein zusätzliches Mittel in die Hand gegeben, Gefangene zu schikanieren oder zu bevorzugen, je nach Bedarf. Zusätzlich ist es für einige der Wärter ein

zugsbeamten wird außerdem ein zusätzliches Mittel in die Hand gegeben, Gefangene zu schikanieren oder zu bevorzugen, je nach Bedarf. Zusätzlich ist es für einige der Wärter ein

recht einträgliches Geschäft, die Gefangenen mit Pornographie zu versorgen. Oder, wie der Fall des Anstaltsgeistlichen (!) Pfarrer Richter in Bernau (Bayern) belegt, den eigenen Perversionen nachzugehen.

Pfarrer Richter erlaubte einigen Gefangenen das Zusammensein mit ihren Ehefrauen in seinem Zimmer, allerdings nur, wenn er zuschauen durfte!

So, wie es im Moment aussieht, besteht für den bürgerlichen Staat keine Veranlassung, etwas an dieser Situation zu ändern. Hiermit ist eine wirkliche Änderung gemeint, und nicht etwa die unter dem Motto „Resozialisierung" laufenden Versuche, bei denen es den Gefangenen erlaubt wird, sich die Zellenwände mit Pin-up-Fotos vollzuhängen. Als „Resozialisierung" wird so eine Scheiße im Moment in der Strafvollzugsanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel angepriesen.

Für viele Menschen, die mit den bestehenden Gesetzen in Konflikt geraten, sind die engen persönlichen Kontakte die einzigen Verbindungen, die wenigstens für einige Zeit mit der Welt „draußen" bestehen bleiben. Es ist aber auch durch Statistiken belegt, daß die persönlichen Beziehungen durch den Knastaufenthalt in höchstem Maße gefährdet sind (hohe Scheidungsquote).

Da der bürgerliche Staat auch ein Interesse an der Erhaltung der Ehe hat, könnte es sein, daß zumindest für die verheirateten Gefangenen der Staat hier eine „Lösung" findet („eheliche Pflicht"). Dies würde aber wiederum nur für einen Teil der Ge-



fangenen in Frage kommen, denn nur 20 bis 25 % der männlichen und 30 % der weiblichen Gefangenen sind verheiratet.

Der überwiegende Teil der Eingesperrten hat also von der bürgerlichen Moral her nicht einmal das R e c h t auf Sexualität. Daß man nicht nur

verheiratet. Der überwiegende Teil der Eingesperrten hat also von der bürgerlichen Moral her nicht einmal das R e c h t auf Sexualität. Daß man nicht nur

den Menschen einsperrt, sondern ihm auch noch die Möglichkeit nimmt, eine menschliche Form der Sexualität zu haben, zeigt deutlich den reinen Rachecharakter der Gefängnisse und entlarvt jedes Geschwätz über „Resozialisierung" sehr deutlich.

Hans Rohrmoser und Heinz-Detlef Krieger stellten die Forderung auf, daß der Gefangene die Möglichkeit bekommt, mindestens zweimal im Monat mit seiner Frau, Verlobten oder Freundin ungestört zusammensein zu dürfen. Die beiden Insassen der „Musteranstalt" Fuhlsbüttel begingen hierfür Selbstmord.

Arbeitsgruppe Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Willy Piroch und die »kriminelle Vereinigung« im Knast

Willy Piroch wurde nach Verbüßung einer viereinhalbjährigen Haftstrafe in der berüchtigten Justizvollzugsanstalt (JVA) Ebrach (Endstation der Jugendstrafanstalten in Bayern mit nur 30 % Erstbestraften) im November 1976 vom „normalen" Knast wieder in U-Haft gebracht, da er im Knast eine „kriminelle Vereinigung" (§ 129) gegründet haben soll.

Am 11. Mai wurde die Verhandlung wegen § 129 gegen ihn vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Bamberg eröffnet. Durch das außergewöhnliche Bullenaufgebot samt MPs und Hunden, absichtliche Einlaßverzögerungen für Zuhörer (sämtliche Namen wurden registriert), Leibesvisitationen der Prozeßöffentlichkeit (die zahlreichen Spitzel natürlich ausgenommen) und durch ständige Provokationen der Bullen (z. B. fand ein Zuhörer eine Mängelanzeige für sein Auto im Wageninnern) sollte von vornherein der Eindruck erweckt werden, daß es sich bei dem Angeklagten um einen gemeingefährlichen Verbrecher handle.

Die Anklage stützte sich im wesentlichen auf eine angeblich in Willys Zelle gefundene Zeichnung einer „Splitterhandgranate", einen beschlagnahmten Metallbehälter (Willy: „Tiefkühlbehälter für Ölsardinen") und einen Stoß Kassiber, die in verschiedenen Zellen bei Durchsuchungen beschlagnahmt wurden. Die Beschlagnahmung des Metallbehälters (28.4.76) diente der JVA-Leitung („KZ" Kronzucker, Hollek) als Vorwand, Willy in „strenge Einzelhaft" zu nehmen, die bis jetzt andauert (gegen die Isolationshaft ist Willy am 1. Mai in den Hungerstreik getreten, den er dann während seines Prozesses unterbrach). Bei Klaus Zehelein, der mit Willy befreundet ist, wurde angeblich ein Katalog mit 47 Forderungen sichergestellt, worauf auch er in Isolationshaft gesteckt wurde.

Im Verlauf der Vernehmungen der Anstaltsleitung wurde die Praxis offenkundig, die die JVA-Leitung gegen Gefangene anwendet, die sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen wehren: Dem Gefangenen Werner H. wurde Straferlaß in Aussicht gestellt, wenn er belastendes Material gegen Willy und Klaus herbeischafft. H. war während der strengen Isolationshaft einziger Verbindungsmann zwischen Willy und Klaus und beschaffte der Anstaltsleitung zahlreiche Kassiber.

Bei der Vernehmung des Kronzeugen H. stellte sich heraus (die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, da der Zeuge „für sein Leben und seine Gesundheit fürchten müsse"), daß die Idee für einen Brandanschlag in der Schreinerei, was Willy zur Last gelegt wird, nicht von Willy stammt (wie ursprünglich von H. behauptet) und daß er dazu auch keine Anweisungen gegeben hat. Die Behauptung, daß Willy außerhalb der Anstalt mit anderen Gewaltaktionen unter Einsatz von Waffen geplant habe, sei erstunken und erlogen, sagte H. jetzt. Außerdem gab er zu, zahlreiche Kassiber selbst geschrieben zu haben, um sich der Anstaltsleitung anzubiedern (immerhin wurden ihm 22 Monate „bedingt" erlassen!).

Um die Tarnung perfekt zu machen, ließ sich H. sogar für drei Tage in Isolationshaft legen und gab auch vor, einen Hungerstreik mitzumachen. U. a. gab H. sogar zu, denjenigen Brief selbst geschrieben zu haben, in dem Willy „dazu aufgefordert wurde", an dem „Brandanschlag" teilzunehmen. Auf die Frage des Verteidigers, warum JVA-Vize Hollek, der mit „dem Komplex Piroch befaßt war", nach Abfangen dieses (gefälschten) Briefs nicht mit Willy wegen der Sache gesprochen habe, sagte Hollek: *„Wieso denn? Er hatte doch Briefkontakt mit Rolf Pohle und Fritz Teufel ..."*

Aufgrund dieser Aussagen stellte der Verteidiger Bernd Ophoff Antrag auf Haftentlassung für Willy, da ein dringender Tatverdacht nicht mehr gegeben sei. Das Gericht stellte den Antrag zurück und Richter Barthelmann erklärte, es könne auch die „Verabredung bzw. Annahme des Anerbietens zu einem Verbrechen der schweren Brandstiftung in der Schreinerei der JVA Ebrach" infrage kommen. Und das, obwohl H. erklärte, daß Willy n i c h t s damit zu tun hatte!!!

Nach all diesen Prozeßerfahrungen können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß das Urteil schon im vornherein feststand, und der Prozeß die Vorbeugehaft gegen Willy begründen und im nachhinein rechtfertigen soll.

2 Prozeßbeobachter

Schicksal eines Kronzeugen

Neues vom Prozeß gegen Robert Jarowoy und Wernfried Reimer – vergl. AK 99, 101, 102, 103.

Im Prozeß gegen die Anarcho-Genossen Robert und Wernfried vor der Frankfurter Staatsschutzkammer (Anklage: kriminelle Vereinigung zum Zwecke der Errichtung eines „kommunistischen Staates anarchistischer Prägung", einige Raubüberfälle, Urkundenfälschungen etc.) sollte zu Beginn der Beweisaufnahme ein gewisser Harry Schäfer vernommen werden, seinerzeit Mitglied der Roten Hilfe Bonn und im Herbst 1974 verhaftet („Aktion Winterreise"). Auf die Aussagen dieses Zeugen vor der Staatsanwaltschaft stützen sich weite Teile der Anklage. Harry S., gelernter Anstreicher ohne Lehrabschluß, heute 24 Jahre alt, ein kranker und problemgeladener Junge, war nach zwei Monaten U-Haft „weichgekocht": Versprechungen und Drohungen, Entzug der medizinischen Versorgung (Nichtbehandlung seiner lebensgefährlichen Krämpfe im Knast Köln-Ossendorf) und die Enttäuschung über mangelnde Betreuung von „außen" machten ihn zum willigen Partner der Ermittlungsbehörden. Diese versicherten sich seiner Loyalität auf ihre Art: Seine U-Haft dauerte trotz seiner Aussagen ein

von „außen" machten ihn zum willigen Partner der Ermittlungsbehörden. Diese versicherten sich seiner Loyalität auf ihre Art: Seine U-Haft dauerte trotz seiner Aussagen ein

Jahr und er wurde zu einem weiteren Jahr („auf Bewährung") verknackt. Er bekam den Bonner Polizei-Vertrauensanwalt Huth, der heute sein Bewährungshelfer (!) ist. Das Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, weshalb er ursprünglich festgenommen war, wurde nicht zur Anklage gebracht, es kann aber jederzeit wieder aufgenommen werden. Gegenüber diesem ständigen Damoklesschwert blieb das „Zuckerbrot" mager: „fürsorgliche Betreuung" im Knast durch RA Huth, ein Job nach seiner Entlassung, den er schnell wieder verlor. Heute ist er wieder arbeitslos.

Die Bemühungen der Ermittlungsbehörden, Harry S. kaputtzumachen, waren erfolgreich – z u erfolgreich, wie man in der Hauptverhandlung dann sehen konnte: Bei seiner Zeugenaussage antwortete er zu Anfang nur stockend und mit minutenlangen Pausen. Als er das erste Mal über die eigentliche Anklage sprechen sollte, brachte er kein Wort mehr heraus, bekam einen Ohnmachtsanfall und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Belastung, so der Gerichts-Gutachter, hätte ihn in einen hypnoseähnlichen Zustand versetzt.

Da das Gericht auf den wichtigsten Belastungszeugen nicht verzichten wollte, wurde der Gerichts-Gut-

hypnoseähnlichen Zustand versetzt.
Da das Gericht auf den wichtigsten Belastungszeugen nicht verzichten wollte, wurde der Gerichts-Gut-

achter Prof. Schumacher (eine weitere Zeugenaussage sei nicht zu verantworten) solange gedrängt, bis er einer weiteren Vernehmung zustimmte.

Um die Chancen zu erhöhen, verfiel das Gericht auf die originelle Idee, die Verteidiger dürften Harry S. nicht sehen, da er so irritiert werden könnte. Als diese dagegen heftig protestierten, wurde ihnen erneute Prozeßverschleppung vorgeworfen! Aber auch die so mühsam erkämpfte zweite Vernehmung hatte nur einen erneuten Zusammenbruch von Harry S. zur Folge. Der Gutachter erklärte ihn daraufhin für „nicht vernehmungsfähig" und auch die Bemühungen des Gerichts, einen zweiten Gutachter zu einer gegenteiligen Stellungnahme zu bewegen, scheiterten. Allerdings ist dem Gericht ein erneuter Versuch, den Zeugen zum Reden zu bringen, durchaus zuzutrauen.

Der Prozeß läuft weiter „einmal wöchentlich maximal vier Stunden", da die fast drei Jahre Isolationshaft die beiden Genossen ziemlich kaputtgemacht hat.
Prozeßort: Frankfurt, Landgerichtsgebäude A, Raum 146.

Ein AK-Leser aus Bonn

gebäude A, Raum 146.
Ein AK-Leser aus Bonn

Urteil im Siepert/Doemeland-Prozeß

Westberlin. Am Dienstag, dem 17. Mai 1977, wurde im Prozeß gegen Waltraud Siepert und Christina Doemeland das Urteil gesprochen. Waltraud bekam vier Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe, Christina wurde zu einem Jahr Jugendstrafe verurteilt, die auf drei Jahre zur „Bewährung" ausgesetzt wurde. Waltraud muß außerdem ihren Anteil an den Prozeßkosten tragen. Dieses Urteil ist bisher einmalig in der Geschichte der politischen Prozesse in der BRD, denn die beiden Frauen wurden wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (der Bewegung 2. Juni) verurteilt, bevor der Hauptprozeß gegen die Angeklagten des 2. Juni überhaupt gelaufen ist. Dieses Urteil kann zur Folge haben, daß im Hauptprozeß gegen Fritz Teufel und die anderen Genossen gar nicht mehr nachgewiesen werden muß, daß der „2. Juni" eine „kriminelle Vereinigung" ist, dies ist ja bereits durch das Urteil im Siepert/Doemeland-Prozeß geschehen.

Der Vorsitzende Richter Kubsch meinte, über die anarchistischen und terroristischen Ziele der Bewegung 2. Juni beständen keine Zweifel, deren Ziel sei die Zerstörung der Rechtsordnung und zu diesem Zweck lebten sie in der Illegalität. Kubsch hielt Christina einer Unterstützungshandlung für überführt, indem sie einen VW-Kastenwagen im Sept.'75 gemietet habe, der für einen Umzug von Fritz Teufel und Gabriele Rollnick benutzt werden sollte. Waltraud Siepert wurde vorgeworfen, sie habe das Auto bezahlt und außerdem eine Wohnung und eine Garage unter falschem Namen angemietet. Die hohe Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten begründete Kubsch damit, daß Waltraud zum engeren Kreis der Unterstützer und Sympathisanten gehöre, sie sich während der Hauptverhandlung nicht von den Taten und Zielen der Bewegung 2. Juni distanziert habe und deshalb als **gefährliche Verbrecherin und Gefahr für die Rechtsgemeinschaft** anzusehen sei.

(Weitere Informationen über: Prozeßbüro Berlin, Schönleinstr. 24, 1 Berlin 61)

Nach Prozeßberichten des Prozeßbüros Berlin

Nachrichten aus dem Knast

Werl. Aufgrund der Ankündigung von über 50 Gefangenen der JVA Werl, vom 1. bis 3.5. einen Hungerstreik durchzuführen (siehe letzter AK), sind nach inzwischen vorliegenden Informationen insgesamt zwölf Gefangene in andere Knäste verlegt worden. Der Gefangene Gerd Schulz in die JVA Hamm, wo er immer noch isoliert wird, Manfred Becker und P.P. Zahl nach Bochum. Vier bis sechs Gefangene sollen nach Dortmund verschleppt worden sein.

Peter Paul Zahl wurde in Bochum von Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen und kam in eine Art Arrestzelle. Seine Habe, besonders Bücher und Schreibmaterial, wurden ihm weggenommen. Inzwischen soll ein Gefangener in Werl behauptet haben, P.P. Zahl habe eine Liste von acht Personen erstellt, die als Geiseln genommen werden sollten. Zahls Verteidiger erstattete deswegen Strafanzeige wegen falscher Verdächtigung.

Am 16.5. hob das LG Bochum die Isolationsmaßnahmen als unbegründet wieder auf, ebenso mußte ihm ein Radio ausgehändigt werden.

***

Rheinbach. Wie wir in AK 103 berichteten, hatte Werner Schlegel in einem Offenen Brief an Justizminister Posser die gesetzlich „gesicherte" Informationsfreiheit für alle Gefangenen gefordert und war in einen Hungerstreik getreten. Nachdem er selbst eine Reihe von Zeitschriften wieder erhalten hatte, hatte er nach fünf Wochen den Hungerstreik abgebrochen. In Possers Antwort ist allerdings nicht darauf eingegangen worden, daß es in NRW einen Runderlaß gibt, den „ID" und den „Gegen Knast" generell nicht auszuhändigen – eine Maßnahme, die eindeutig gesetzwidrig ist. In einem zweiten Offenen Brief an Posser schrieb Werner, ihm sei es nicht darum gegangen, daß er persönlich diese Zeitschriften wieder lesen darf, sondern um das Recht auf Informationsfreiheit für alle Gefangenen, also auch um die Aufhebung der Rundverfügung. Im übrigen wisse er, daß sich Peter Paul Zahl im Hungerstreik befinde, deshalb nehme er den Hungerstreik wieder auf.

***

Hannover. Die Schwarze Hilfe (Fulda und Marburg) hat Ende April ein Exemplar ihrer neuen Knastzeitung „Schwarzer Alltag" an Ronald Augustin in die JVA Hannover geschickt.

Das wurde vom Knastkommandanten zum Anlaß genommen, dem presserechtlich Verantwortlichen dieser Zeitung den Briefkontakt zu Ronald Augustin zu untersagen!! Es ist offenbar das erste Mal, daß ein Briefkontakt zu einem Gefangenen untersagt wurde, nicht wegen dem Inhalt des Briefwechsels, sondern wegen dem, was der Briefpartner „sonst noch schreibt"!

***

Hamburg. Die Gefangenen Helmut Pohl, Wolfgang Beer, Brigitte Asdonk, Annerose Reiche, Margit Schiller, Christa Eckes, Inge Hochstein und Ilse Stachowiak wurden während ihres Hungerstreiks mindestens am 21.4. und 22.4. zwangsernährt. Wobei die Zwangsernährung so ablief, daß die Gefangenen brutal von einer Meute Knastbullen überfallen, auf eine Pritsche geschnallt und mißhandelt wurden: *„Zum Beispiel haben sie mich zwei-, dreimal von dieser fahrbaren Pritsche bäuchlings an verdrehten Armen und Beinen hochgezogen und wieder draufgeknallt ... Oder – man wird da mehrmals an Eisengitter und -geländer vorbeigeschoben, und das im Laufschritt – sie haben mit aller Kraft meinen Kopf über den Pritschenrand rausgedrückt, um ihn so gegen einen Pfosten zu fahren. Ich konnte ihn zurückreißen"* (so ein Bericht von Helmut Pohl). Bei der Zwangsernährung selbst wurde nicht darauf geachtet, wo der Schlauch nun landet. Bei M. Schiller wurde die Nasenwand durchstoßen, bei W. Beer landete der Magenschlauch in der Luftröhre, er drohte zu ersticken. Während der Zwangsernährung durfte keiner der Gefangenen mit seinem Anwalt reden.

Gegen die Anstaltsleiter Berchem und Schröder sowie die Ärzte Dr. Sauer, Dr. Friedland, Dr. Hommelhoff wurde Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung gestellt.

IKAH Hamburg



Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

Meldungen

Mannheim. *„Die Zugehörigkeit eines Lehrers zur DKP ist kein ‚Dienstvergehen'. Daher kann er mit dieser Begründung auch nicht entlassen werden"* , meldete noch am 21.5. die „Frankfurter Rundschau". Dieses Urteil wurde vom baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof in Mannheim im Fall des Lehrers K.L. gesprochen. Die „Tendenzwende", die sich im ersten Moment anzubahnen scheint, fand aber keinesfalls statt. Denn das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß zu dem Zeitpunkt, als K.L. Berufsverbot erhielt, im Mai '75, entsprechende Urteile (daß allein die Mitgliedschaft ausreicht, wie dies vom Bundesverfassungsgericht ausgelegt wurde) noch nicht vorlagen – Urteile, mit denen das Gericht in der Folgezeit mehrmals Entlassungen bestätigt hatte. Es wird also weiterhin dabei bleiben: Schon die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen" Organisation ist hinreichend für ein Berufsverbot.

***

Hamburg. Der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat jetzt endgültig die Klage der Universität Hamburg auf Anstellung des Pädagogen Peter Gohl gegen die Hansestadt Hamburg zurückgewiesen. Der Hamburger Senat hatte 1975 eine Anstellung von Gohl durch die Uni rückgängig gemacht, weil dieser DKP-Mitglied ist.

***

Augsburg. Das Verwaltungsgericht in Augsburg hat das Berufsverbot gegen M.L. bestätigt. M.L. ist aktives Mit-

Augsburg. Das Verwaltungsgericht in Augsburg hat das Berufsverbot gegen M.L. bestätigt. M.L. ist aktives Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigung der Kriegsdienstgegner und hatte es bei einer Anhörung verweigert, sich von der DKP zu distanzieren. In der schriftlichen Urteilsbegründung heißt es, er habe durch seine Weigerung *„zu erkennen gegeben, daß er Anhänger kommunistischen Ideologien nicht als Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung zur Kenntnis nehmen"* wolle. Und das reicht eben schon!

***

Kiel. Das schleswig-holsteiner Verwaltungsgericht hat das Berufsverbot für die Lehrerin S. bestätigt, da sie Mitglied im MSB Spartakus gewesen sei. Als Beweis diente dem Gericht ein Foto, auf dem Marie-Louise S. mit anderen angeblichen Mitgliedern der DKP zu sehen sei. Darüberhinaus wurde ihr die Veröffentlichung eines Artikels in einer Zeitung vorgeworfen, deren Redakteure nach Überzeugung des Richters Sympathisanten der DKP seien.

***

Münster. Dem Soziologen P.M. wird an der Universität Münster die Anstellung wegen seiner DKP-Mitgliedschaft verweigert. Die Universitätsverwaltung verweigerte ihm nun auch einen Lehrauftrag und wies den Fachbereich Soziologie an, das Lehrangebot ohne den abgelehnten Soziologen sicherzustellen („FR", 21.5.). Die Direktoren des Instituts, Prof. Sigrist (selbst vom Berufsverbot bedroht) und Prof. Krysmanski, protestierten gegen dieses Berufsverbot.

***

Göttingen. Ein Bundeskongreß von 350 Theologiestudenten, Vikaren, Pfarrern und Hochschullehrern hat in Göttingen gegen die Entlassung zweier Dozenten an der Evangelischen Fachhochschule in Darmstadt protestiert.

Die Kongreßteilnehmer sehen in diesen Kündigungen einen *„weiteren Schritt in der Berufsverbotepraxis in der evangelischen Kirche"*. Die Dozenten hatten sich während eines Streiks der Studenten, anläßlich der Wahl des Fachhochschulrektors im letzten Semester, hinter die Studenten gestellt.

***

Köln. Am 11.2.77 wurde W.K. wegen *„mangelnder gesundheitlicher Eignung"* aus dem Beamtenverhältnis auf Probe entlassen, nachdem der Versuch, ihn wegen Mitgliedschaft in der „KPD" und der Teilnahme an Vietnamaktivitäten rauszuschmeißen, gescheitert war.

Damit war die Schweinerei jedoch noch nicht beendet. Eine Woche nach dem politischen Verhör von W.K. erhielt nun auch seine Ehefrau J.K. eine Ladung zum politischen Verhör. Vorgeworfen wird ihr die Teilnahme an einer „KPD"-Veranstaltung. Vorher war sie schon des öfteren von der Schulbehörde unter Druck gesetzt worden, weil sie einen Text von „Floh de Cologne" im Unterricht besprochen hatte. Daß in diesem Fall eindeutig Sippenhaft betrieben wird, können Eltern und Schüler bezeugen, die an dem Verhör von W.K. teilgenommen haben. An diesem Verhör nahm der Regierungsrat Ludwig mit der Begründung teil, er sei zuständig für den „Fall" Jutta K.-R., weshalb er sich in dem Verfahren gegen W.K. informieren müsse.

***

er sich in dem Verfahren gegen W.K. informieren müsse.

***

Kaiserslautern. Zum 30. Jahrestag der Verfassung am 18.5. plante das Kaiserslauterner Komitee gegen Berufsverbote eine Veranstaltung in der Städtischen „Fruchthalle" mit dem Thema *„Daß Furcht in Widerstand sich wandelt"*. Um die Veranstaltung zu verhindern, dachte sich der SPD-Oberbürgermeister Hans Jung etwas Besonderes aus. Die Entscheidung über die Vergabe der Halle, die er in anderen Fällen allein trifft, wurde jetzt dem Stadtvorstand übergeben. Dieser entschied dann auch ganz im Sinne von SPD-Jung. Die Vergabe der Halle wurde formal bewilligt, nur mit einer „kleinen Bedingung". Das Komitee sollte 10.000 DM hinterlegen. Diese Bedingung ist bei anderen Veranstaltungen völlig unüblich (Strauß-Reden, DGB, US-Balsorchester etc.).

Mit dieser Auflage wird nun folgendes bewirkt: Zum einen wird es dem Komitee sehr schwer fallen, eine solche Summe aufzubringen. Bringt es trotzdem so viel Geld auf, wird sicher die alte Story von der Finanzierung durch die DDR nicht lange auf sich warten lassen. Zum anderen wird hier der Eindruck erweckt, als sei auf der Veranstaltung mit Krawallen zu rechnen. (Das hinterlegte Geld soll ja für eventuell anstehende Schadensbehebung bereit stehen.) Hier werden Berufsverbotegegner in die Nähe von Verbrechern und Gewalttätern gerückt. So leicht geht das im sozialdemokratischen „Modell Deutschland".

Das Komitee gab die richtige Antwort: Es will in einer großen Aktion die Vorgänge gegen die Veranstaltung öffentlich machen und in der Aktion die Summe sammeln (Informationen nach „ID" 176).

***

Frankfurt. Die Lehrerin Dr. U.D. hatte das Beamtenrecht kritisiert, indem sie die „besondere Treuepflicht" in Verbindung mit dem „wilhelminischen Obrigkeitsstaat" brachte. Sie wurde aus diesem Grunde nach ihrer dreijährigen Probezeit nicht wie üblich auf Lebenszeit verbeamtet, sondern der Oberregierungspräsident in Darmstadt verlängerte ihre Probezeit um weitere zwei Jahre. Hier wird die Kritik am Beamtengesetz schon gleichgesetzt mit einem Verstoß dagegen, anders läßt sich diese Entscheidung nicht erklären. Die GEW, die ebenfalls in einigen Punkten das Beamtengesetz kritisiert und seit langem ein neues Dienstrecht fordert, erklärte sich solidarisch mit der Kollegin und forderte ihre sofortige Verbeamtung.

***

Westberlin. Nachdem der Lehramtsanwärter M. drei Jahre vor dem Verwaltungsgericht geklagt hat, bekam er nun endlich die Zusicherung, daß gegen ihn keine verfassungsschützlerischen Bedenken vorliegen. Mit diesem Vorwurf hatte ihm nämlich vor drei Jahren der Bezirksstadtrat die Einstellung verweigert. Jedoch mit dem jetzt erteilten Zeugnis der Sauberkeit kann M. nicht viel anfangen. Der Bezirksstadtrat teilte ihm mit, daß jetzt keine Planstelle frei sei. Somit ist er genau so weit wie vor drei Jahren. Sehr deutlich wird hier auch, welche Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit den Behörden in der politischen Auslese gibt. M. hat gegen die erneute Ablehnung am 31.3.77 Widerspruch eingereicht.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Sabais raus aus dem Pen-Zentrum!

Darmstadts Oberbürgermeister H.W. Sabais (SPD) ist schon seit einiger Zeit als rechter Einheizer im (West-) Deutschen Pen-Zentrum bekannt. So versuchte er im April 1975, den Radikalenerlaß durchzusetzen. Damals hatte der Schriftstellerverband diesen Antrag deutlich abgelehnt. Es fanden sich lediglich zwei Befürworter.

Anläßlich der Aufnahme von Mandel in den Pen-Club wagte dieser Vogel nun einen neuen Angriff auf die schriftstellerischen Freiheiten. Jetzt ruft er dazu auf, ein Gegen-Pen-Zentrum aufzubauen, das von „linksradikalen" Kräften frei sein soll.

Die Darmstädter Linke hat schon Einiges aus dem antikommunistischen Dreckkübel des „Herrn" OB über sich ergehen lassen müssen, wie zum Beispiel folgende Äußerungen:

- *„Reaktionärer Schwachsinn und latenter Terrorismus, der in einigen dieser Köpfe brodelt."*
- *„Fanatisches Sendungsbewußtsein kommunistischer Berufsrevolutionäre."*
- *„Werben für den Sklavenstaat ihrer Lust und Laune."*
- *„Handvoll diktatursüchtiger Radikalinskis."*
- *„Verworrene und demokratiefeindliche Revolutionsideologie."*
- *„Handvoll verbohrter Ideologen, die Gedankenschwäche durch Radikalismus kompensieren will"*...

usw. usf. (alle Zitate, die Sabais anläßlich einer Hausbesetzung durch Jugendliche geäußert hatte, sind dem „Darmstädter Echo" entnommen).

Je mehr Sabais gegen die Linken wettert, umsomehr versichert er immer wieder, welch großer Antifaschist er sei. Doch zur Erinnerung: Sabais weigerte sich, an einer Diskussion des Stadtjugendringes teilzunehmen, weil er nicht mit Emil Carlebach (VVN, IG Druck und Papier) an einem Tisch sitzen wolle (die VVN steht der DKP nahe). Sabais ist bekannt, daß Carlebach für seine antifaschistische Gesinnung von den Nazis ins KZ geworfen worden ist. Für den OB bleibt er jedoch ein „doppelzüngiger Manipulator" („Darmstädter Echo" – „DE", 12.1.74).

Sabais ist auch der Mann, der dem Alkmaarer Gemeinderat (Niederlande, Patenstadt von Darmstadt), der seine Besorgnis über die Berufsverbotepraxis in der BRD zum Ausdruck brachte, in rotzfrecher Art und Weise antwortete, es gäbe in der BRD gar keine Berufsverbote.

Wir sind der Meinung, daß dieser Scharfmacher mit seiner teilweise faschistoiden Argumentation in einer demokratischen Institution wie dem Pen-Zentrum nichts zu suchen hat. Allez hop!

KB-Gruppe Darmstadt

PvdA an SPD:

„Gemeinsamkeit nicht gefährden

Wie durch eine Veröffentlichung im „Extra-Dienst" vom 3.5. erst jetzt bekannt wurde, hat sich der Parteivorstand der niederländischen Sozialdemokraten (PvdA) in einem Schreiben vom 29.3. beim „big brother" SPD über den SPD-Bürgermeister Sabais in Darmstadt beklagt.

Der Spezialdemokrat Sabais (sprich: Sa–bäh) hatte die Existenz von Berufsverboten in der BRD bestritten und die niederländischen und westdeutschen Berufsverbotegegner als „Holzwürmer, listige nützliche Idioten und Wegbereiter des Kommunismus" angepöbelt (zit. nach „DVZ", 5.5.77). Die PvdA-Oberen fanden *„diese Art von Aussagen ... nicht sachgemäß"* (wer hätte das gedacht?!), fanden Sabais' Vorgehen *„beleidigend und enttäuschend"* (vor allem enttäuschend, gell?) und baten sodann die SPD-Führung, *„darauf einzuwirken, Ihr Möglichstes zu tun, daß die Diskussion von seiten der Darmstädter Genossen* (gemeint: SPD – Anm.AK) *stattfinden wird auf eine Weise, die unsere gemeinsamen Ausgangspunkte nicht in Gefahr bringt"* (zit. nach „ED", 3.5.). Bitte, bitte, lieber Willy, sieh doch ein, daß wir sowas bei uns zu Hause nicht verkaufen können ...

Das Schreiben stammt übrigens von dem Internationalen Sekretär der PvdA, Harry van den Bergh – derselbe, der auch verhindern wollte, daß im „PvdA-Initiativkomitee gegen die Berufsverbote in der BRD" auch die Frage der inneren Demokratie in der SPD diskutiert wird (s.a. Mai-Ausgabe von ARBEITERKAMPF/ L'ETINCELLE).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Proteste im Ausland

Alkmaar: Am 7.Mai demonstrierten etwa 300 Bürger dieser niederländischen Gemeinde zusammen mit einer Abordnung des Berufsverbotekomitees aus Darmstadt (Patenstadt von Alkmaar) gegen die Berufsverbote in der BRD. Zustandegekommen war diese Demonstration, weil der sozialdemokratische Bürgermeister von Darmstadt Sabais auf eine Anfrage des Gemeinderates von Alkmaar zu der Berufsverbotepraxis in der BRD geschrieben hatte, dies sei nur *„rege kommunistische Propaganda"* und Berufsverbotegegner seinen nichts anderes als *„Holzwürmer, listige und nützliche Idioten und Wegbereiter des Konzentrationslagers"*. Auf der Kundgebung sprach Han Wielek, ein aus dem Nazireich emigirierter ehemaliger Deutscher, heute Senator der PvdA, der u.a. ausführte: *„Und weil ich bei dieser Meinung bleibe* (daß sich die BRD zu einem Polizeistaat entwickelt, Anm. AK), *versuche ich, den guten Deutschen, die für ein besseres Deutschland kämpfen, anno 1977 zu helfen. Ich sage nie und schreibe nie, daß diese Bundesrepublik eine Kopie des Dritten Reiches ist. Doch sollt man faschistoide-Züge nicht übersehen"*.

In **Bad Vibel** intervenierte der Erste Stadtrat der Partnerstadt **Huizen**, Wim van Welzen, beim Bad Vibeler SPD-Vorstand gegen die Berufsverbote.

Ratsherren aus **Haarlem** überreichten in **Osnabrück** eine Petition der „Aktionsgruppe gegen Berufsverbote, Haarlem".

28 Organisationen der belgischen Stadt **Brügge** haben in einer Protestnote an die Stadtverwaltung und die Parteien ihrer Partnerstadt **Oldenburg** gegen die Berufsverbotepraxis protestiert.

Die offiziellen Vertreter der französischen Stadt **Reims** gaben den Vertretern der **Aachener** Bürgerinitiative gegen Berufsverbote einen Empfang.



Alkmaar/Niederlande: 300 Bürger demonstrierten am 7. Mai gegen die Berufsverbote



Pressefreiheit im „Modell Deutschland“:

Presseberichterstattung als Arm des staatlichen Terrors!

Nach der November-Aktion in Brokdorf erschienen zu dem Bericht über die Demonstration in der Itzehoer „Norddeutschen Rundschau“ zwei Bilder, die der Lokalredakteur J. Kohlstedt am Baugelände gemacht hatte. Prompt erhielt er von der Kripo eine Vorladung mit der Aufforderung, die Negative aller von ihm gemachten Fotos mitzubringen. Sowohl er, als auch der Verlag weigerten sich und beriefen sich dabei auf das Zeugnisverweigerungsrecht.

„Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt ... Redakteure, Verleger, Herausgeber, Drucker- und andere Personen, die bei der Herstellung oder Veröffentlichung einer periodischen Druckschrift mitgewirkt haben, über die Person des Verfassers, Einsenders oder Gewährsmannes strafbaren Inhalts, wenn ein Redakteur der Druckschrift wegen dieser Veröffentlichung bestraft ist oder seiner Bestrafung keine Hindernisse entgegenstehen..“ (Paragraph 53 der Strafprozeßordnung).

Die Berufung des Kollegen Kohlstedt auf das Zeugnisverweigerungsrecht hatte aber den von der Bourgeoisie beabsichtigten politischen Effekt, die Teilnahme an der De-
stedt auf das Zeugnisverweigerungsrecht hatte aber den von der Bourgeoisie beabsichtigten politischen Effekt, die Teilnahme an der De-
monstration am 13.11. als „Straftat“ zu akzeptieren. Tatsächlich sitzen demokratische Journalisten in einer Zwickmühle:

Nach dem Gesetz darf er der Polizei oder der Klassenjustiz sein Material nur verweigern bei gleichzeitiger Inkaufnahme z.B. einer Demonstration als „Straftat“. Ist er dazu aus prinzipiell demokratischen Überlegungen nicht bereit, stellt ihm die Klassenjustiz die nächste Falle:

„Bedenklich ist ferner, daß in allen Fällen, in denen der Grund der straf- oder disziplinarrechtlichen Untersuchung mit der Veröffentlichung selbst nicht im Zusammenhang steht, der Journalist zur Preisgabe der Anonymität gezwungen werden kann“ (Hermann Meyn: Massenmedien in der BRD. S. 20).

So auch in diesem Fall: Am 17. Januar erhielt Kohlstedt unter Strafandrohung eine erneute Vorladung der Staatsanwaltschaft, in der die Forderungen korrigiert wurden:

K. sollte n u r noch die Negative der bereits veröffentlichten Fotos herausrücken. Zugleich sollte er aber als Zeuge der Anklage aussagen, an welchen Aktionen sich Demonstranten beteiligt hatten, die auf den Fotos sichtbar sind.

Dazu stellte die „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. Januar 1977 fest:

„Unter Umständen wäre eine Beschlagnahme beispielsweise von Filmmaterial zulässig, insoweit kein zu schützender ‚Informant' vorhanden ist, also etwa bei eigenen Filmaufnahmen eines Redaktionsmitglieds.“ Ebenso falle der Anspruch des Staats anwalts auf die Zeugenaussage eines Pressefotographen *„nicht in den Bereich des Zeugnisverweigerungsrechts... der Reporter wäre vielmehr ein gewöhnlicher Augenzeuge“* („SZ“, 27.1.77).

Die Methode ist erschreckend einfach: Die zunehmende Kriminalisierung der AKW-Gegner gibt dem Staatsapparat alle juristischen Hebel in die Hand, um sich für die geplanten Strafverfolgungen die Me-
rung der AKW-Gegner gibt dem Staatsapparat alle juristischen Hebel in die Hand, um sich für die geplanten Strafverfolgungen die Me-
dien nutzbar zu machen, indem jeder Redakteur, der ausführlich über Aktionen der AKW-Gegner in Bild, Wort und Schrift berichtet, mit der Drohung selbst wegen „Begünstigung einer Straftat“ belangt zu werden, eingeschüchtert und nutzbar gemacht wird.

Vorbereitet wurde diese Praxis durch einen Erlaß der Innenminister der Länder von 1972:

„Für die Beweissicherung soll die Polizei – sofern vorhanden – auf das von ihr erstellte Ton-Bild und Filmmaterial zurückgreifen. Beschlagnahme entsprechenden Pressematerials soll nur erfolgen, soweit es um die Aufklärung von Verbrechen geht und das Beweismaterial nicht auf andere Weise sichergestellt werden kann.“

Es liegt auf der Hand, daß nur massiver politischer Druck der demokratischen Öffentlichkeit, diese Angriffe auf die Pressefreiheit verhindern kann. Das hat nicht zuletzt der Fall Kohlstedt bewiesen: Einen Tag vor dem Vorladungstermin veröffentlichte die DJU (Deutsche Journaliten Union in der DRUPA) eine Stellungnahme, in der es u.a. hieß: *„Wenn Journalisten befürchten müssen, daß ihre Informationsquellen polizeilich ausgeforscht werden oder daß die Staatsanwaltschaft sie auf dem Umweg der Beugehaft zu polizeilichen Hilfsfunktionen pressen könnte, wäre die freie Berichterstattung, – insbesondere über Polizeiaktionen – in Gefahr.“* Die DJU forderte dazu auf, J. Kohlstedt am folgenden Tag demonstrativ auf seinem Weg zur Staatsanwaltschaft zu begleiten. Über 70 Kollegen und Kolleginnen folgten am 24. Januar diesem Aufruf, ebenso wie Vertreter der BUU. Nach einer tagelang anhaltenden Welle der Solidarität mit Kohlstedt und seiner standhaften Weigerung, den Forderungen des Staatsanwalts nachzugeben, zog das Kieler Innenministerium zurück und ließ die Forderungen fallen, nicht ohne allerdings zu verstehen zu geben, womit bei nächster Gelegenheit
Kieler Innenministerium zurück und ließ die Forderungen fallen, nicht ohne allerdings zu verstehen zu geben, womit bei nächster Gelegenheit
zu rechnen ist:

„Unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit der Mittel werden wir auch von einer polizeilichen Durchsuchung des Verlages absehen.“ Da gilt es wachsam sein!!
(nach „Spontan“ 5/77).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Einige Fälle von Pressebehinderung

Der Hamburger Pressefotograph G. Zint wurde bei der Brokdorf-Demonstration am 13.11.76 sechsmal hintereinander von den Bullen kontrolliert. Er mußte neben seinem Presseausweis auch seine Personalpapiere vorlegen. Sein Auto wurde trotz Vorweisens des Presseausweises zweimal vollständig gefilzt. Die Bullen hinderten ihn an der freien Standortwahl für seine Fotoaufnahmen, verweigerten ihm den ungehinderten Durchgang zu seinem Auto und setzten schließlich Polizeifotographen auf ihn an.

Der Hamburger Journalist F. Peyer hatte am 30.10.76, vor dem Baugelände fotographiert und war dann, nach Vorlage seines Presseausweises, von den Bullen auf den von den Demonstranten vorübergehend besetzten Teil des Platzes vorgelassen worden, um auch dort zu fotographieren. Als die Bullen dann die Demonstranten überfielen, wurde auch Peyer angegriffen. Mehrere Bullen drehten ihm den Arm auf den Rücken und schoben ihn gewaltsam ab. Bei dieser Aktion haben sich die „Ordnungshüter“ auch noch einen zweiten Journalisten rausgegriffen und vorläufig festgenommen. Dabei handelte es sich allerdings um den „Welt“-Schreiber Krantz, der sich unter anderem massiv an der Hetze gegen den NDR beteiligt hat.

Am 13.11.76 wurde F. Peyer von den Bullen gar nicht erst in die Nähe des Baugeländes vorgelassen.

Der „stern“-Fotograph P. Thomann war am 13.11. auf einen Baum geklettert, um von dort aus zu fotographieren. Nach Zeugenaussagen sind dann mehrere Bullen an den Baum gelaufen und haben heftig daran gerüttelt. Zusätzlich hatte ein Hubschrauber, der vorher die Gasangriffe auf die Demonstranten flog, Thomann direkt attakiert. Durch Tiefflug hatte der Hubschrauber starke Luftbewegungen erzeugt, um Thomann vom Baum zu wehen, Thomann stürzte ab und lag zwei Wochen verletzt im Krankenhaus.

Der „stern“-Redakteur C. Lutterbeck wollte am 13.11. von einem Polizeioffizier, der weit außerhalb der eigentlichen „Front“ nach L's Aussage *„plötzlich eine friedliche Gruppe von Demonstranten angreifen ließ“*, nach Vorlage des Presseausweises wissen, was das Ziel dieser Maßnahme sei und von wem er den Einsatzbefehl erhalten habe. Er erhielt zur Antwort: *„Wenn Sie die Straße nicht sofort verlassen, lasse ich räumen*(!)“.

Die Bekanntgabe der Dienstnummer hat der Bulle – selbstredend – verweigert.

Dies ist sicherlich eine unvollständige Reihe von Übergriffen auf die freie Berichterstattung, die ihresgleichen in Europa nur in Spanien findet, wo – wie am 1. Mai – die faschistische Polizei, eine Berichterstattung über die Bullenübergriffe behindert hat. Dies wurde selbst von dem „Heute“-ZDF-Korrespondenten Vermehren bestätigt. Es ist eine Aufgabe aller Demokraten, weitere Übergriffe in die Öffentlichkeit zu tragen.
(nach „Spontan“ 5/77).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Springers 65. Geburtstag:

Was der BRD-Imperialismus an ihm hat

Alle gratulieren sie:
Kanzler Schmidt: *„Respekt vor der verlegerischen Leistung ... die Sie in den vergangenen drei Jahrzehnten vollbracht haben“*. Schmidt habe *„Hochachtung vor dem eindrucksvollen Beitrag, den Sie durch Ihre unternehmerische Aktivität für die wirtschaftliche Existenzfähigkeit Berlins geleistet haben.“* Schmidt dankte, *„daß Sie seit langen Jahren aktiv zum Prozeß der Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden beigetragen haben.“*
CDU-Carstens sprach als Bundestagspräsident: *„Mein Dank und der Dank vieler Bürger gilt an diesem Tag Ihrem mutigen Eintreten für die Sache der Freiheit und für die alte deutsche Hauptstadt Berlin.“*
SPD-Chef Brandt wollte *„seinen Respekt vor dem bekunden“*, was Springer alles geschaffen habe.
Und Hamburgs Bürgermeister Klose würdigte den rechtsradikalen Scharfmacher: *„Sie haben sich weit über Ihr Unternehmen hinaus in Fragen des Staates und des Gemeinwohls engagiert, wobei Berlin und Israel nur zwei Stichworte sind“* („Welt“, 3.5.77).

Wir wünschen dem Jubilar, daß er es leibhaftig miterlebt, wie die Parole verwirklicht wird:
E N T E I G N E T S P R I N G E R!

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Radio Bremen: Sozialdemokratisches Ideal

Radio Bremen: Sozialdemokratisches Ideal

Am 25.4.77 wurde der Rundfunkrat der Rundfunk-Anstalt neu gewählt. Vorsitzender wurde E. Schmidt. Gleichzeitig ist er SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und DGB-Kreisvorsitzender in Bremen. Ihm zur Seite als Stellvertreter steht Moritz Thape, SPD-Innensenator, der sich besonders um die Pressefreiheit in Bremen verdient gemacht hat. Unter seiner Verantwortung versuchen die Bullen mit Knüppeleinsätzen und Festnahmen schon seit Jahren den freien Verkauf linker Presse zu unterbinden.

Insgesamt gehören 13 der 25 Mitglieder des Rundfunkrates der SPD an. Auch im Verwaltungsrat dominiert die SPD: Acht von neun Mitgliedern stehen der SPD nahe oder sind SPD-Mitglieder.

Gegenüber dieser massiven Verfilzung von DGB, SPD und Staatsapparat sieht sich die CDU einer direkten Einflußmöglichkeit entzogen. Und so tönte der CDU-Fraktionsvorsitzende Neumann demagogisch: *„Nach der Wahl des Rundfunkrates hat die SPD jetzt die totale Gleichschaltung nahezu erreicht. Ein einmaliger* (!?) *Vorgang in der deutschen Medienlandschaft“* („Frankfurter Rundschau“, 12.5.77). Die Bremer SPD dagegen ist zufrieden: Hat sich doch ihr „arbeitnehmerfreundliches Rundfunkmodell“ durchgesetzt, da mit der Wahl E. Schmidts „ ... *die zahlenmäßig stärkste Kundengruppe der Medien“* gut repräsentiert werde („FR“, 12.5.77).

SPD – Nein! CDU –Nie!

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CSU-Klage gegen WDR abgewiesen!

Die Enthüllungen des „Monitor“-Magazins, daß die CSU im Zusammenhang mit dem Kauf des Starfighter durch den damaligen Kriegsminister StrauSS von der Herstellerfirma Lockheed Schmiergelder erhalten hat, sind jetzt vom Münchener Oberlandesgericht als gerechtfertigt erklärt worden. Was alle Spatzen von den Dächern pfeifen, ist nun sogar gerichtsnotorisch festgehalten!

Die CSU hatte gegen den WDR eine Verleumdungsklage angestrengt. Sowohl in der ersten Instanz als auch jetzt in der zweiten Instanz ist der Versuch eine wahrheitsgemäße Berichterstattung durch die Klassenjustiz verhindern zu lassen gescheitert („Frankfurter Rundschau“, 12.5.77).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zensur im ZDF-Jugendmagazin „DIREKT“

ZDF-Abteilungsleiter Göhlen setzte einen Bericht über ein „Schwarzbuch“ der DGB-Jugendzeitung „ran“ mit der Begründung ab, das Buch sei agitatorisch und verstoße gegen Programmrichtlinien und Staatsvertrag. „ran“-Autor H.D. Baroth hatte in dem Reportage-Band (Titel: „In unseren Betrieben ...“) einige Fälle kapitalistischer Willkür beschrieben: Lehrlingsausbeutung, Schikanen gegen Betriebsräte etc.

Selbst als der DGB dem ZDF das Angebot gemacht hatte, diesem Beitrag in derselben „Direkt“-Sendung eine Gegendarstellung (.. wegen der Ausgewogenheit, d. Red.) folgen zu lassen, lehnte das ZDF ab.

Dies ist ein Fall von ständiger Zensurwillkür zur Einschüchterung eines als „objektiv“ geltenden Jugendmagazins, denn ein Bericht über das „ran“-Buch ging sowohl bei Radio Bremen, dem Südwestfunk als auch beim CSU-Bayrischen Rundfunk unbeanstandet über den Sender (nach „Frankfurter Rundschau“, 12.5.77 und „Spiegel“ 20/77).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

aus Betrieb und Gewerkschaft



METALL

IGM-Vertreterversammlung: Antragszensur auf der ganzen Linie

Hamburg: Am 12. Mai fand in Hamburg die Vertreterversammlung der IG Metall statt, auf der die Vertreter die einzureichenden Anträge für den Gewerkschaftstag beschlossen haben.

Die Vertreter erhielten zur Vorbereitung nicht nur sämtliche bei der Ortsverwaltung eingegangenen Anträge aus den Betrieben. In einer weiteren Broschüre („ Empfehlung der Ortsverwaltung zur Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge") waren sämtliche Anträge mit den Vermerken „Annahme", „Ablehnung", „Nichtbefassung" oder „Annahme in folgender Fassung" versehen. Es ist also von vornherein gesichert, daß die Ortsverwaltung (OV) ein gehöriges Wörtchen in der „Meinungsbildung" der Vertreter mitredet.

Inhaltlich sieht das so aus, daß fortschrittliche Anträge in Anträgen, die die Politik der IGM-Führung repräsentieren, untergehen oder klar die Ablehnung empfohlen wird. Zwei Beispiele: Die Forderung aus mehreren Vertrauensleutekörpern nach tariflichem Schutz der Vertrauensleute und nach Durchsetzung dieser Forderung und Aufnahme des Vertrauenskörpers in die Satzung wird aufgelöst in folgendem Antrag der OV: *„Die IG-Metall wird erneut und verstärkt versuchen, die Verhandlungen über die Neufassung des Tarifvertrages zum Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute aufzunehmen."* Die bisherige jahrelange Verschleppung der Tarifverhandlungen zum Schutze der Vertrauensleute auch durch die Gewerkschaftsführer und die offensichtliche Nichtbereitschaft, die Vertrauensleu-
schaftsführer und die offensichtliche Nichtbereitschaft, die Vertrauensleu-
te in die Satzung aufzunehmen, sind in dem Vorschlag der Ortsverwaltung erneut manifestiert worden!

Die Anträge aus lediglich zwei Hamburger Vertrauenskörpern mit der Forderung nach Austritt der IGM bzw. DGB aus der Konzertierten Aktion wurden von der Ortsverwaltung knallhart zur Ablehnung empfohlen.

Dementsprechend sind dann auch s ä m t l i c h e Abstimmungen nach Wunsch der Hamburger Ortsverwaltung abgelaufen.

IGM-Führung Hamburg: Für Berufsverbote

Gegen den „Ministerpräsidentenerlaß" (Berufsverbote) gab es nur einen Antrag vom Vertrauenskörper Ortmann & Herbst: *„Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand der IG-Metall auf, über den DGB auf Bundesregierung und Landesregierungen einzuwirken, daß der Ministerpräsidenten-Erlaß der Regierungschefs der Länder vom 28.1. 1972 aufgehoben wird. Die schon praktizierten Berufsverbote müssen rückgängig gemacht werden"* (S.2 der Arbeitsunterlage 1).

Hier gab es die kämpferischste Diskussion überhaupt. Es gab mehrere sehr gute Beiträge – auch aus eigener Erfahrung eines Betriebsrates, eines Engländers – die die ursprüngliche Fassung (O & H) vertraten und u.a. betonten, daß die geänderte Fassung der OV weiter nichts als ein Freibrief für den weiteren Ausbau der Berufsverbotepraxis bedeute. Es gab hierzu bei der Abstimmung zwei Durchzählungen, die jeweils die knappe Mehrheit für die üble OV-Fassung ergab.

„Die in den einzelnen Bundesländern geübte Anwendung des sogenannten Radikalenerlasses hat zu einer unterschiedlichen Praxis geführt. In einzelnen Bundesländern ist ein erschreckender Mangel an Rechtsstaatlichkeit festzustellen. Die Erwartungen des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages, daß Grundlagen für eine verfassungsrechtlich korrekte, einheitliche Regelung in der Frage des Zugangs zum öffentlichen Dienst geschaffen werden, haben sich nicht erfüllt.

Der Gewerkschaftstag verurteilt diese Entwicklung. Mit Empörung wendet er sich gegen die bislang bekanntgewordenen Fälle, in denen ganze Belegschaften mit Hilfe der Unternehmer vom Verfassungsschutz überprüft werden. Es darf nicht Aufgabe der Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland sein, in Zusammenarbeit mit Unternehmern Belegschaften auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen. Der Gewerkschaftstag fordert die Politiker der Bundesrepublik Deutschland auf, zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit diese Praktiken zu unterbinden." (Arbeitsunterlage 2).

In diesem Antrag wird nicht mehr die Berufsverbote p r a x i s abgelehnt, sondern es wird eine einheitliche Regelung eben dieser Praxis gefordert. Dies wundert auch nicht, sieht man sich die Praxis der Gewerkschaftsführer an, ihrerseits Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen kritische und linke Gewerkschafter durchzuführen und unliebsame Kollegen aus der Gewerkschaft zu schmeißen.

Bedauerlich und politisch bezeichnend ist, daß sich kein Antrag gegen die Gewerkschaftsausschlüsse gerichtet hat!

Ausländer und Frauen — ein

Ausländer und Frauen — ein trauriges Kapitel

Die Ausländer des „Ausländerausschusses" hatten gemeinsam beschlossen, den Gewerkschaftstag zu boykottieren bzw. nicht daran teilzunehmen, weil sie lediglich als nicht stimmberechtigte Gäste zum Gewerkschaftstag eingeladen waren (Ausschußmitglieder sind nicht stimmberechtigt auf Gewerkschaftstagen). Dabei blieben sie auch trotz Widerstand der Ortsverwaltung.

Drei (!) Anträge zu Ausländerfragen und zwei Anträge mit der Forderung nach Abschaffung der Leichtlohngruppen als einzige Frauenforderungen gab es überhaupt nur. Die Anträge zu den Leichtlohngruppen wurden in einem schwammigen Antrag der OV aufgelöst.

Die Ausländer hatten in einem Antrag das passive und aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen für ausländische Arbeitnehmer gefordert, die ständig in der BRD leben. Nach einer glühenden Rede eines Vertreters der Ortsverwaltung wurde auch dieser Antrag mit (knapper) Mehrheit abgelehnt.

Wir haben die Abstimmung der Anträge auf dieser Hamburger Vertreterversammlung so ausführlich dargestellt, um anschaulich zu machen, wie schon von vornherein jeder auch nur ansatzweise fortschrittliche Antrag ausgesiebt wird. Sicherlich werden in anderen IGM-Bezirken auch der eine oder andere fortschrittliche Antrag durchkommen. Doch alle eingereichten Anträge werden nochmals durch die Satzungsberatungskommission oder die Antragsberatungskommission des Vorstandes gesäubert.

Für die Anträge der einfachen Mitglieder und Funktionäre gibt es heute in der IGM keine Chance!

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Propagandakampagne der Bourgeoisie: „Faule Arbeiter Ursache der Arbeitslosigkeit"

Zur Zeit gibt es noch immer über eine Millionen Arbeitslose in der BRD. Trotz aller Versprechungen die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auf unter eine Millionen zu senken, ergeben selbst die bürgerlichen Prognosen ein düsteres Bild für die Zukunft. Der DGB schätzt, daß es 1984 drei Millionen Arbeitslose geben wird, die auf der Straße sitzen („FR", 17. 5.77).

Seit 1970 hat es in der BRD eine Arbeitsplatzvernichtung durch die Kapitalisten gegeben, die jeder Beschreibung spottet. Im Jahr 1976 hat es 8500 Pleiten gegeben!! Dadurch wurden allein durch den kapitalistischen Kokurrenzkampf rund 350.000 Arbeitsplätze abgebaut. Innerhalb von sechs Jahren wurden mehr als anderthalb Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Das bedeutet: seit 1970 jeder sechste Arbeitsplatz!

Zur Zeit wird an dem immer dringlicher werdenden Problem „Arbeitslosigkeit" von Regierungs- und Kapitalistenvertretern herumgedoktert. Nachdem in den vergangen Jahren die ausländische Konkurrenz als „Ursache "für die Arbeitslosigkeit hingestellt wurde, verschärft sich die Hetze gegen die Arbeitslosen selbst.

Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU) will durch eine Umfrage ermittelt haben, daß 30 Prozent der Arbeitslosen „arbeitsunwillig" sind, 50 Prozent sollen „ungeeignet" sein. Aber damit nicht genug. In fast jeder bürgerlichen Zeitung standen in der letzten Zeit Hetzartikel gegen die Arbeitslosen.

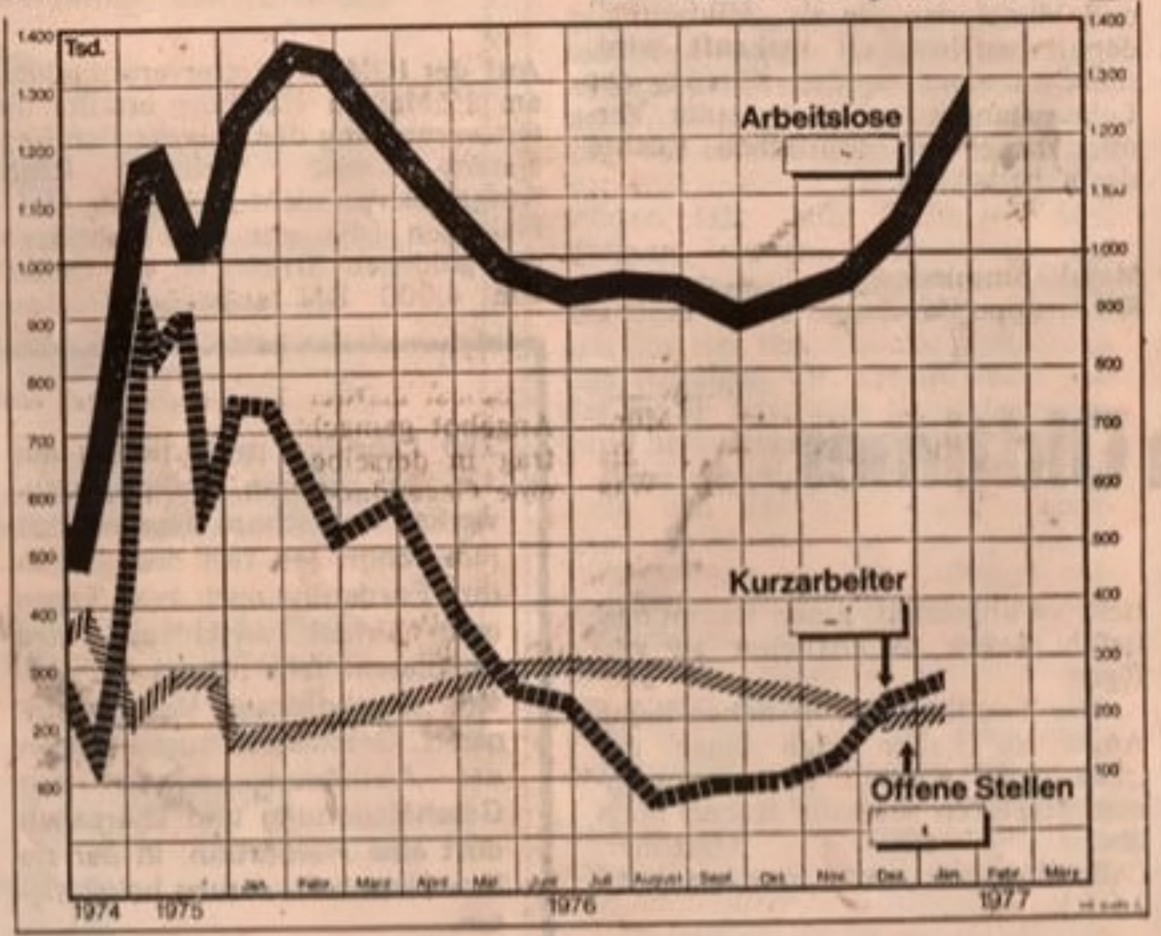
„Ein Drittel arbeitsscheu", „Immer mehr Umschüler betrügen den Staat um Geld", „Arbeitslose oft arbeitsunwillig", so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen. Der „Spiegel" widmete dem Thema „arbeitslos –
teten die Schlagzeilen. Der „Spiegel" widmete dem Thema „arbeitslos –
arbeitsscheu?" eine Titelgeschichte (16.5.).

Alle Artikel sind nach dem selben Schnittmuster zusammengeschrieben. Irgendeine Firma, deren Name nicht genannt wird, schildert ihre Erfahrungen mit Arbeitslosen.

„Die Arbeitslosen seien häufig im Abschreckungsanzug erschienen, angetrunken oder mit lockeren Sprüchen (Das Arbeitslosengeld ernährt mich ganz gut), die ihr Desinteresse am Job deutlich erkennen ließen. Viele hätten auch ausdrücklich erklärt, daß sie ohne Arbeit gut und gerne leben" („Spiegel", Nr. 21/ 1977).



Aus „Spiegel" Nr. 21/1977
Aus „Spiegel" Nr. 21/1977



„HB", 3.2.77
Keine Aussicht auf Arbeit für die 1,248 Millionen Arbeitslosen.

Der hesssische FDP-Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry will aus vielen Gesprächen mit Kapitalisten erfahren haben, daß die Arbeitslosen nur „Krücken, Nulpen und Nieten" sind („Spiegel", Nr. 21/1977)!

Ziel dieser Kampagne ist es, den Boden für weitere Verschlechterungen der Lage der Arbeitslosen zu bereiten und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, Arbeitslose seien „arbeitsscheues", faules Gesindel, daß seine Lage selber verschuldet hat und auf Kosten der Gesellschaft schmarotzt. Um die Kapitalisten aus der Verantwortung hierfür zu entlassen, werden „wissenschaftliche Umfragen" wie in der ASU angestellt. Die Kapitalisten werden dabei geschont und erscheinen sogar als die Leidtragenden , die ihre Müh und Not haben, „Arbeitswillige" zu finden. Zynischer läßt sich die kapitalistische Realität kaum verdrehen!

Steigende Jugendarbeitslosigkeit

Wie unmenschlich und erniedrigend die Arbeitslosigkeit ist und wohin das Bewußtsein „selber Schuld zu sein" führen kann sieht man an Karl-Ernst Bante. Er erhängte sich.

Der 16-jährige hat über ein Jahr lang vergeblich versucht, eine Lehrstelle zu finden. Ursprünglich wollte er Kraftfahrzeugmechaniker werden. Danach versuchte er es auf dem Bau und wo immer er davon hörte, daß es freie Lehrstellen geben soll. Aber immer, wenn er sich irgendwo vorstellte, hieß es „er ist zu schwach", „er ist zu schlecht" oder „noch schulpflichtig" (Alle Angaben aus „Stern" Nr. 22, 18.5.77).

Für den Tod des K.-H. Bante tragen allein die Kapitalisten und die Schreiberlinge von Hetzartikeln die Verantwortung.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit sind zur Zeit ca. 100.000 Jugendliche ohne Arbeit. Diese Zahl ist so untertrieben, daß selbst die Gewerkschaftsführer Protest anmelden. Nach deren Angaben stimmen die offiziellen Zahlen „vorne und hinten" nicht.

Unberücksichtigt sind in den Zahlen der Bundesanstalt jene fast eine Millionen Jugendliche, die nach Verlassen der Schule oder der Universität überhaupt noch keine Arbeit gefunden haben.

Fortsetzung von Seite 19

Die Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur in der BRD von herausragender Bedeutung. Jüngste Untersuchungen der OECD zeigten, daß in Europa jede „Rezession" mehr jugendliche Arbeitslose hervorgebracht habe, als die vorangegangene. Inzwischen stellen die Jugendlichen ein Drittel aller Arbeitslosen in der EG („Handelsblatt", 24.2.77).

Verschärfte Entrechtung der Arbeitslosen

Ab 1.Mai 77 ist von der „Bundesanstalt für Arbeit" die „Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme" erlassen worden. Vordergründig geht es dabei um die Disziplinierung der „Arbeitsunwilligen". Was eine „zumutbare Arbeit" ist, bestimmt jetzt das Arbeitsamt.

den Status eines Arbeitslosen bei und es wird kein Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen. Vertrauensleute und Betriebsräte können sich rechtlich nicht für diesen Kollegen einsetzen - der Arbeitslose ist ganz in der Hand vom Arbeitsamt und Kapitalisten.

Bei der „Probebeschäftigung" ist die Ausbeutung des Arbeitslosen noch schlimmer. Anders als bei der „Arbeitsprobe" wird zwischen dem Arbeitslosen und dem Kapitalisten ein befristeter Arbeitsvertrag von ein bis drei Monaten Dauer abgeschlossen. Dem Betrieb werden jedoch sämtliche „Kosten" (wie z.B. die Löhne und Gehälter, der Unternehmeranteil zur Sozial- und Rentenversicherung) zu 100 Prozent erstattet! Dadurch werden die Probearbeiter zur besten Geldquelle für den Kapitalisten. Der Arbeiter muß schuften, wenn er Aussicht haben will, in dem Betrieb weiter beschäftigt zu werden

DER VERLUST VON ARBEITSPLÄTZEN

Von je 100 Arbeitsplätzen 1970 in der Industrie sind bis 1976 verlorengegangen

Strassenfahrzeugbau 7
Elektrotechnik 14
Feinmechanik, Optik 15
Druckereien 17
Baugewerbe 20
Gummi, Asbest 21
Stein, Erden 25
Textil, Bekleidung 29
Eisen u. Stahlgießereien 25
Bergbau 21
EBM-Waren 18
Nahrungs- u. Genussmittel 15
Maschinenbau 12
Eisenschaffende Industrie 10
Chemie 6

1,6 Millionen Arbeitsplätze wurden seit 1970 vernichtet. **„UZ", 9.2.77**

Jugendarbeitslosigkeit in der EG

Arbeitslose im Alter von 15 bis 25 Jahren (1973 = 100)

● Jugendliche Arbeitslose in Prozent aller Arbeitslosen

	1974	1975	1976	●
Bundesrepublik	310		469	29
Belgien	127	349	477	32
Frankreich	130	296	323	37
Italien	107	128		
Niederlande	124	230	253	36
Großbritannien	113	283	399	44

Quelle: EG-Kommission; Werte für Jahresmitte; Bundesrepublik: September; Italien: 15- bis 21jährige. © 1977 Deutscher Instituts-Verlag iwd

„Modell Deutschland" Die BRD ist auch bei der Jugendarbeitslosigkeit mit an der Spitze. **„HB", 24.2.77**

Die Arbeitsämter können den Begriff „Zumutbare Arbeit" nach ihrem Ermessen auslegen. Die Willkür der Arbeitsämter hat Gesetzeskraft. Danach können Facharbeiter ohne weiteres als Hilfsarbeiter vermittelt werden. Krankenschwestern kann man als Putzfrau einsetzen. Die Ablehnung einer

schwestern kann man als Putzfrau einsetzen. Die Ablehnung einer

solchen „zumutbaren Arbeit" kostet dann die Arbeitslosenunterstützung. Es werden Sperrzeiten verhängt, die in der Regel vier Wochen dauern. Als verschärfend kommt hinzu, daß bei einer zweiten Überprüfung der „Arbeits- und Bildungswilligkeit" die Arbeitslosenunterstützung ganz gestrichen werden kann, wenn die Prüfung negativ ausfällt.

Bereits 1976 wurden von den Arbeitsämtern 262.850 Sperrzeiten verhängt, davon 62.000 wegen Ablehnung einer sogenannten „zumutbaren Arbeit".

Dadurch wird sich die Situation der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen weiter empfindlich verschlechtern. Außerdem sind in der Anordnung zwei neue Paragraphen enthalten. Dabei geht es um „Arbeitsprobe" und die „Probebeschäftigung". Bei der „Arbeitsprobe", die zwei bis vier Wochen dauert, muß sich der Arbeitslose auf seine „Tauglichkeit" und „Leistung" vom Kapitalisten testen lassen. Er arbeitet zwar voll, erhält aber nur seine Arbeitslosenunterstützung. Er behält

und der Kapitalist streicht in voller Höhe den Profit ein. Unkosten hat er ja keine , alles bezahlen die Steuerzahler. Nach dem Ende der „Probebeschäftigung" wird der Arbeiter auf die Straße gesetzt und das Spiel fängt von vorne an.

Die „Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme" wird die Arbeitslosenquote sicherlich stati-

der Arbeitsaufnahme" wird die Arbeitslosenquote sicherlich stati-

stisch drücken, weil nämlich die Anzahl der Leistungsempfänger durch diese Verschärfung vermindert wird. Im Februar 1977 bezogen offiziell von 1.200.000 Arbeitslosen nur 781.016 Arbeitslosenunterstützung oder die niedrigere Arbeitslosenhilfe, die nach einem Jahr Erwerbslosigkeit gezahlt wird. Fast eine halbe Million Menschen erhielten keinen Pfennig Unterstützung.

Die ohnehin schwierigen Lebensbedingungen der Arbeitslosen werden durch Hetze, entwürdigende „Probebeschäftigungen" und die verschärfte Anwendung der Sperrzeiten noch weiter verschärft. Jede Maßnahme der Verantwortlichen in Regierung und Ministerien, die als „Milderung" der Arbeitslosigkeit verkauft wird, führt zu einer rapiden Kürzung des Lebensstandards und zu einer Verminderung der politischen Rechte der Arbeitslosen.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg



Weitere Massenentlassungen und Rationalisierung

HDW-Hamburg

Als ein Teil der Rationalisierung auf der Werft soll die Schichtarbeit bei HDW eingeführt werden. So wurde beispielsweise ein mehrere Millionen schwerer Reparaturauftrag hereingeholt, der in 6 Wochen über die Bühne gehen soll. Das geht natürlich nicht im Normaleinsatz. Bei der Einführung der Schichtarbeit hierfür wird zur Herstellung der „Freiwilligkeit" nachgeholfen: Auf einer Abteilungsversammlung von über 100 Schiffbauern marschierte eine Garde Meister und Ingenieure auf und redete auf die Kollegen ein. Drohende Entlassungen auf den Werften taten ein übriges. Bei der einschüchternden Fragestellung des Betriebsleiters, wer denn jetzt noch gegen die Schicht sei oder persönliche Gründe (!) anzuführen habe, hielten nur noch 6 von über 100 Kollegen an ihrer Ablehnung fest, obwohl bei einer Umfrage 3 Tage vorher noch fast alle dagegen waren.

Die Betriebsratsvorsitzenden sind derweil dabei, von sich aus eine Arbeitszeitregelung unter Einbeziehung der Schichtarbeit vorzulegen und fallen damit den Kollegen in den Rücken.



Aus Protest gegen die Entlassungen hat sich ein Artos-Kollege vor dem Werkstor angekettet.

In den drei Artos-Werken Maschen, Unterlüß und Lüneburg sollen weitere 300 Kollegen entlassen werden. Seit der Fusion mit dem Babcock-Konzern vor zwei Jahren wurden bereits 450 Kollegen entlassen. War zunächst nur von etwa 100 Entlassungen der 1.350 Beschäftigten die Rede, ließ der Artos-Aufsichtsratsvorsitzende Stollbrink Anfang Mai den Betriebsrat wissen, daß 300 Metaller gefeuert werden.

Im Oktober 1976 hatte Wirtschaftsminister Friderichs die Fusionsgenehmigung für Artos und Babcock erteilt. Die Gewerkschaftsführer hatten dem nachträglich zugestimmt und berufen sich heute auf eine damals geforderte Arbeitsplatzgarantie. Ergebnis: siehe oben. Derzeit orientieren die IG Metallführer auf Bittgänge zum Wirtschaftsminister und eine „vorbeugende Fusionskontrolle" im Gesetz. Zum wiederholten Male sind entlassene Arbeiter Opfer einer solchen Orientierung der Gewerkschaftsführung.



Klempner und Heizungsmonteure im Streik

Am 16.5. begann in Baden-Württemberg ein Schwerpunktstreik der Sanitär- und Heizungsmonteure. An diesem Streik beteiligten sich ca. 1.000 Kollegen aus diesem Handwerksbereich. Bisher haben sich die Kapitalisten geweigert, der Lohnforderung von 7,5 % nachzugeben. Die Kapitalisten boten lediglich 6 Prozent an. Von den 40.000 Arbeitern gingen 94,44 % zur Urabstimmung und 88,56 % stimmten für Streik.

Die Gewerkschaftsführer griffen zum Mittel der Schwerpunktstreiks, d.h. daß in Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe, Ulm, Schwäbisch-Gmünd und Freiburg entweder Betriebe bestreikt werden oder zentrale Bau-

und Freiburg entweder Betriebe bestreikt werden oder zentrale Bau-

stellen (alle Angaben aus „Metall" 10/77 und „UZ" 17.5.77)

Metallkommission



6.000 und 3.000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten im Herbst und Winter letzten Jahres gegen Massenentlassungen bei Siemens. Als Reaktion darauf

6.000 und 3.000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten im Herbst und Winter letzten Jahres gegen Massenentlassungen bei Siemens. Als Reaktion darauf

verkündeten Siemenschef Plettner und Ministerpräsident Filbinger, es würden keine Entlassungen mehr folgen. Das war aber nicht mehr als eine Beruhigungspille. Von Oktober 1976 bis März dieses Jahres wurde die Belegschaft von 4.180 auf 3.900 reduziert. Neben diesem Abbau durch Nichtersetzen hat die Geschäftsleitung für die nächsten beiden Jahre schon weitere 280 Entlassungen beantragt. Die sogenannte „Arbeitsplatzgarantie" erweist sich als Trugbild.

Derartige Verhandlungen zwischen Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsführern können die Kampfaktionen der Belegschaft vom letzten Jahr nicht ersetzen.

Und Siemens plant weiteren Belegschaftsabbau: 120 Beschäftigte sollen in Siegen entlassen werden. Für Bruchsal wird sogar die Umstellung von elektromechanischer auf elektronische Reglertechnik erwogen, was die Hälfte der Arbeitsplätze einsparen würde! Dasselbe wird im Konzern für die Umstellung der Fernschreiber erwogen, wodurch weitere 2.000 Arbeitsplätze eingespart werden, davon allein 1.000 in West-Berlin.

Für die Arbeiter weitere Verschlechterungen und Entlassungen, für den Konzern höhere Profite, das ist die Siemens-Devise. Der Gewinn 1975/76 wurde um 148 Mio. DM auf 606 Mio. DM gesteigert. Im laufenden Geschäftsjahr erhöhte sich der weltweite Umsatz erneut um 6 % („Handelsblatt", 6.5.). Entscheidenden Anteil hieran hatte die Produktionsverlagerung ins Ausland. Seit 1967 ist dort die Beschäftigtenzahl von 40.000 auf 100.000 gestiegen. Im Inland sank sie von 234.000 auf 208.000 (wobei der Abbau sogar noch stärker ist, weil zwischenzeitlich die Osram-Belegschaft übernommen wurde!).

Da grinst der IG-Metaller

Auf der IGM-Vertreterversammlung am 12.Mai zu Hamburg erteilte die Ortsverwaltung den anwesenden Vertretern eine große Rüge: Aufgrund von nicht verkauften Mai-Plaketten (die mit dem schwarz-rot-goldenen Strick) ist ein Defizit von 4.000 DM entstanden ....

Arbeiter setzen Oldtimer in Brand

Aus Protest gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze haben die 430 Arbeiter der Textilfabrik in Malmersbach einen Oldtimer ihrer beiden Bosse verbrannt.

Das war der bisherige Höhepunkt einer seit zwölf Wochen andauernden Besetzungsaktion eines Automobilmuseums. Das Museum gehört den beiden Kapitalisten Fritz und Hans Schlumpf, die die Textilfabrik in den Konkurs führten. Bisher hat das Gericht es abgelehnt, einen Räumungsbefehl gegen die Arbeiter zu verfügen.

Die Textilarbeiter brauchen keine Angst zu haben, daß ihnen der „Zündstoff" ausgeht. In dem von ihnen besetzten Museum stehen noch über 600 Oldtimer. (Alle Angaben nach „Handelsblatt" 15.5.)

Metallkommission

250 Lehrlinge protestierten am 17. Mai bei den Krupp-Hüttenwerken in Bochum dagegen, daß nun schon seit fast drei Jahren ihre Forderung nach zwei Tagen mehr Urlaub verschleppt wird (in diesem Jahr bereits die vierten „ergebnislosen Verhandlungen"). Geschlossen zogen sie von der Ausbildungswerkstatt zur Geschäftsleitung und übergaben dort eine Resolution, in der sie ihre Urlaubsforderung bekräftigten.

Kündigungskrieg bei MBB: Acht Kollegen - 23mal gekündigt!

Gegen die acht Kollegen, die gegen ihre Kündigungen beim Arbeitsgericht klagen (siehe AK 101), ist von den MBB-Kapitalisten ein regelrechter Kündigungskrieg angezettelt worden.

Die acht Kollegen haben bis jetzt 23 Kündigungen erhalten. Die letzte ist ein Höhepunkt an Frechheit. Es heißt dort:„*da Sie die von uns ausgesprochenen Kündigungen angegriffen haben, kündigen wir das Arbeitsverhältnis mit Ihnen, um allen Eventualitäten vorzubeugen, erneut vorsorglich* ....."!

R.L. und G.J., denen bis jetzt jedem viermal gekündigt wurde, haben gegen alle Kündigungen vor dem Arbeitsgericht einstweilige Verfügungen erwirken können, die MBB bis zur Entscheidung im Kündigungsschutzprozeß zur vorläufigen Weiterbeschäftigung verurteilen! Ergebnis: Die Kollegen haben bis heute noch keinen Fuß auf das Werksgelänge gesetzt . Die Geschäftsleitung erteilte ihnen generelles Werksverbot!

Bis jetzt ca. 30.000 DM Zwangsgeld

Aufgrund dieses Rechtsbruchs der Geschäftsleitung verhängte das Arbeitsgericht ein Zwangsgeld in Höhe von 1.000 DM pro Tag der Zuwiderhandlung. Bis jetzt muß MBB ca. 30.000 DM in den Staatssäckel zahlen. Das Zwangsgeld hindert die MBB–Kapitalisten allerdings in keiner Weise daran, die Kollegen weiterhin konsequent auszusperren!

So durften G.J. und R.L. am Tag der Offenen Tür, wo MBB sich als „weltoffenes, aufgeschlossenes" Unternehmen der Hamburger Bevölkerung präsentierte, nicht ins Werk.

So durften die beiden Kollegen, obwohl sie ein Urteil in der Tasche hatten, nicht auf die Betriebsversammlung am 12.5. (damit konnte die Geschäftsleitung allerdings nicht verhindern, daß zu ihren Schweinereien auf der Betriebsversammlung etwas gesagt wird, denn wohlweislich haben die Kollegen einen Redebeitrag schriftlich vorbereitet, den dann
reien auf der Betriebsversammlung etwas gesagt wird, denn wohlweislich haben die Kollegen einen Redebeitrag schriftlich vorbereitet, den dann
eine Kollegin in der freien Aussprache verlas!).

Diesmal ging der Chef des Werkschutzes sogar soweit, seinen Leuten Befehle zu erteilen:„*Wenn sie einen Schritt auf das Gelände machen, festhalten!*" Daraufhin erstattete der Anwalt der Kollegen Strafanzeige gegen die MBB–Unternehmensleitung.

Das muß an die Öffentlichkeit!

Um über diese Kündigungspraktiken, die Aussperrrung und Mißachtung der Urteile eine breite Öffentlichkeit zu schaffen, haben sich die Kollegen über die persönlichen Erklärungen, die sie vor dem Betrieb verteilten, hinaus mit Presseerklärungen an die Medien gewandt. Dabei wurden beachtliche Erfolge erzielt. Es erschienen Artikel in der „Morgenpost" und im „Hamburger Abendblatt" mit Überschriften wie „*Was ist los bei MBB?*" und „*Gekündigt weil sie Flugblätter verteilten*". Ja, sogar NDR II (Umschau am Abend) und das Fernsehen (Freitagsmagazin und Extra 3) brachten Beiträge, in denen sie das Verhalten der MBB–Kapitalisten aufzeigten und deutlich für die Kollegen Stellung bezogen wurde.

Die Reaktion der Unternehmensleitung auf die Wogen, die die Entlassungen geschlagen haben, beschränkte sich zum einen darauf, daß keiner der Herren bereit war, öffentlich Stellung zu nehmen; zum anderen, daß der Anwalt von MBB sich jedesmal auf den Prozeßterminen darüber ausweint, daß die Kollegen in der Öffentlichkeit mit den einstweiligen Verfügungen taktieren, MBB–Ansehen schädigen und das Fernsehen nun schon wieder vor der Tür steht! MBB traue sich schon gar nicht mehr, Leute zu entlassen, wenn das so einen Wirbel auslöst. Schön wär's.

MBB–Betriebszelle
KB Gruppe Hamburg

CHEMIE

IG Chemie-Tarifrunde: Der erste Streik seit 1971 ?



BASF-Kollegen kampfbereit

Vom 23.–26. Mai fand im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz eine Urabstimmung statt. In diesem Bezirk liegt die BASF in Ludwigshafen, die mit 32.000 IG Chemie-Mitgliedern etwa ein Drittel der bezirklichen Mitglieder stellt. Die Kollegen sollten folgendem Satz zustimmen: „*Die Arbeitgeber sind entschlossen, nicht mehr als sieben Prozent zu zahlen. Ich bin bereit, zur Durchbrechung des Lohndiktats in den Streik zu treten*" („Frankfurter Rundschau", („FR"), 20.5.77).

92,2% der gewerkschaftlich organisierten Kollegen beteiligten sich an der Urabstimmung. 82,5% stimmten für Streik. Ab Dienstag, den 31.5., sollen Schwerpunktstreiks durchgeführt werden, d.h. die Gewerkschaftsführung bestimmt in welchen Betrieben oder Abteilungen gestreikt wird. Für Rheinland-Pfalz ist das der erste Streik seit 50 Jahren.

Nachdem bislang nur in Hessen und Nordrhein bei 7% abgeschlossen wurde, ist zu erwarten, daß es auch in anderen Tarifgebieten zu Streiks in der Chemieindustrie kommt.

Abschluß in Hessen und Nordrhein

Die Forderungen der einzelnen Tarifbezirke lagen mit 9-9,5% voll auf der Linie der „Empfehlungen" des Hauptvorstandes der IG Chemie, zusätzlich „garniert" mit Strukturverbesserungsmaßnahmen in Richtung von sog. „Entgeltstarifverträgen" (auf die wir im nächsten AK ausführlicher eingehen werden).

In den Betrieben waren zwar teilweise reine DM-Forderungen bzw. Mischforderungen von Prozent- und Geldbeträgen aufgestellt worden, aber in den Tarifkommissionen setzten sich die Gewerkschaftsführer durch. Als erstes schloß Hessen am 1. April mit 7% ab. Und das nicht einmal mit dem spektakel einer Schlichtung, sondern in „freien" Verhandlungen. In Nordrhein und Rheinland-Pfalz scheiterten die Verhandlungen Ende April bei einem Kapitalisten-Angebot von 6%. Damit wurde die Schlichtung eingeleitet. Gleichzeitig verkündete Hans Schweitzer, Bezirksleiter der IG Chemie in Rheinland-Pfalz, er lasse die „technischen Vorbereitungen" für einen Streik anlaufen („FR", 26.4.77). In diese Streikvorbereitungen fiel der Bezirk Nordrhein den Rheinland-Pfälzern in den Rücken. Am 15.5. wurde in der „Schlichtung" ebenfalls bei sieben Prozent abgeschlossen („Handelsblatt" („HB"), 16.5.77)! (Dazu ist anzumerken, daß es in der Chemie keine übliche Schlichtung – mit „neutralem" Vorsitzenden – gibt, sondern da laufen die „freien" Verhandlungen nur unter anderem Namen weiter.)

Bereits am 9.5.77 hat die IG Chemie auch die Schlichtung in Rheinland-Pfalz für gescheitert erklärt, womit der Weg zur Urabstimmung frei war.

Größte Demonstration in der Chemie-Industrie

Die BASF ist der größte Chemie-Betrieb in Rheinland-Pfalz. Die BASF-Arbeiter gehören zum fortschrittlicheren und kämpferischeren Teil der Chemiekollegen. Bereits 1973 haben sie in einem spontanen Streik durchgesetzt, daß der in anderen Bezirken erfolgte Tarifabschluß von 8,9% auf 10,6% erhöht wurde, auf einer anschließenden Vertrauensleutesitzung wurden dem Bezirksleiter Schweitzer Prügel (!) angedroht, weil er nicht mit den geforderten 12% abschloß („Was tun", („WT") Nr. 158 v. 12.5.77) Nach dem Nacht- und Nebelabschluß des Hauptvorstandes 1975 wurde er durch minutenlanges Pfeifen am Reden gehindert und Hauenschild (Vorsitzender der IG Chemie) mußte persöhnlich erscheinen und Rechenschaft ablegen (ebenda). 1976 gab's Schwierigkeiten, weil die Gewerkschaftsführer bereits eine Tarifforderung nannten, ohne daß im Betrieb eine aufgestellt wurde. Die Vertrauensleute stellten dann noch eine eigene Forderung auf, die sie aber in der Tarifkommission nicht durchsetzen konnten. Es kam in Verbindung mit den Durckerstreiks sogar zu Warnstreiks von 3–4000 Arbeitern bei BASF (ebenda).

Die Kollegen bei der BASF sind auch dieses Jahr streikbereit:

– Am 9.5. fuhren mehrere hundert Kollegen in 18 Bussen zum 350 km entfernten Verhandlungsort Bad Neuenahr um dort zu demonstrieren („WT", 19.5.77).

– Am 10.5.zogen über 3000 Kollegen im Anschluß an eine Vertrauensleutesitzung während der Arbeitszeit vor das Verwaltungsgebäude der BASF („WT", 19.5.77).

– **Am 19.5. kam es zur größten Demonstration, die es in der chemischen Industrie jemals gab. Im Anschluß an eine Betriebsversammlung mit 20.000 (!!) Kollegen zogen 12.000 in einer vier Kilometer langen Marschkolonne zum Verwaltungsgebäude.**

Erster Erfolg dieser Demonstration: die ausgefallene Arbeitszeit wird bezahlt (Frankfurter Rundschau (FR). 20.5.77).

BASF provoziert

Vor allem die BASF-Kapitalisten gingen und gehen „*mit Einschüchterung, Kriminalisierung und Provokationen gegen den geplanten Streik vor. Mögliche Streikbrecher sollen karteimäßig herausgefunden werden, dadurch daß von allen Arbeitern Karteikarten mit ihrer persönlichen Daten, Gewerkschaftszugehörigkeit usw. angelegt werden*" (FR, 24.5.77).

Sog. „Mitarbeiterbriefe", auch an Familienangehörige, Briefe an die Eltern (!) von Auszubildenden und persönliches Ansprechen runden das Bild ab. In Wahllokalen für die Urabstimmung sollen möglichst leitende Angestellte postiert werden (!), die
der Verlauf beobachten sollen. Ist Bild ab. In Wahllokalen für die Urabstimmung sollen möglichst leitende Angestellte postiert werden (!), die
den Verlauf beobachten sollen. Ist der Streik erstmal ausgebrochen, soll noch massiver gegen die Streikenden vorgegangen werden: der Werkschutz wird personell verstärkt, damit die „Zufahrtswege freigehalten werden". Dazu dienen auch Absperrgitter. Zur Einschüchterung der Streikposten und zur lückenlosen Dokumentation (!) soll an den Werkstoren kräftig fotografiert und gefilmt werden (alles nach „FR" 24.5.77).

Bereits am 16.5. gab es die erste Festnahme durch die Bullen vor dem Werkstor. Betriebsratsmitglieder haben vor dem Tor Flugblätter verteilt und per Megaphon über die Tarifsituation informiert. Da rückten die Bullen an, weil Megaphonansprachen ohne Genehmigung angeblich verboten seien. Der DKP-Betriebsrat weigerte sich seine Personalien herauszurücken und wurde prompt festgenommen(„Heidelberger Tageblatt", 17.5.77).

Dann ist an alle BASF-Kollegen ein demagogischer Brief geschrieben worden, in dem mit allerlei Zahlentricksereien behauptet wird, der BASF ginge es überhaupt nicht so gut, wie es den Anschein habe (nur zur Information: die BASF hat im letzten Jahr ihren Profit um 60% steigern können). Gleichzeitig lief eine Anzeigenkampagne an. Allein aus dem Heidelberger Tageblatt liegen uns vier verschiedene großformatige Anzeigen vor, die entweder von der BASF oder vom Kapitalistenverband herausgegeben wurden.

Eine besondere Provokation leistete sich das BASF-Vorstandsmitglied Dribbusch auf der Betriebsversammlung, die die Kollegen entsprechend zum Kochen brachte: „*Überlegen Sie doch, was es bedeutet ein blühendes Unternehmen aus einem Trümmerhaufen (!) aufgebaut zu haben und es jetzt nachhaltig schädigen zu wollen (!!!) . . .*

Wir (!) wollen doch stark genug bleiben, um weiter gute soziale Leistungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erbringen."

Als Beispiel für die soziale „Opferbereitschaft" nannte der Hetzer ausgerechnet den Neubau eines Betriebsratsgebäudes (!), für neun Millionen Mark.

Wie 1971 ?

In Rheinland-Pfalz heizten die Gewerkschaftsführer vor und während der Urabstimmung die Kollegen mit viel verbalradikalen Sprüchen an („Durchbrechung des Lohndiktats", „Die Arbeitgeber wollen den Streik und sie werden ihn bekommen" usw.). Dabei ging es schon zur Zeit der Urabstimmung gar nicht mehr um die ursprünglich geforderten 9,5%, sondern die Kapitalisten hatten 7% geboten und die IG Chemie Führung 7,5% gefordert.

Die Situation erinnert an den letzten Streik in der Chemieindustrie von 1971: Auch damals wurde sehr wortradikal die Streikbereitschaft der Kollegen von der Gewerkschaftsführung angeheizt und die Kapitalisten leisteten sich ähnliche *Kampf und ein schwacher Abschluß*", wie die KAB-Arbeiterzeitung (KAB = Kommunistischer Arbeiterbund – neben dem SALZ eine der beiden Gründungsorganisationen des KB) damals schrieb. 11,9% waren gefordert worden – bei 7,8% wurde abgeschlossen „*Ideologisch sollen durch Streiks wie jetzt zuletzt im Chemiebereich, verbunden mit elend schlechten Abschlüssen, in der Arbeiterklasse pessimistischen Stimmungen ge-*
Streiks wie jetzt zuletzt im Chemiebereich, verbunden mit elend schlechten Abschlüssen, in der Arbeiterklasse pessimistischen Stimmungen ge-
stärkt werden, ‚daß alles ja doch keinen Zweck hat', ‚daß wir machen können, was wir wollen und doch immer die Dummen sind' usw. Langfrstig ist diese Seite der Chemierunde diegefährlichste"(KAB-AZ Nr.8/71).

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der linken Kollegen dieser Resignation entgegenzuarbeiten und im Kampf das Klassenbewußtsein zu stärken.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Die BASF an ihre Mitarbeiter

Die BASF an ihre Mitarbeiter und deren Familien:

URABSTIMMUNG

Die IG Chemie hat ihre Mitglieder zur Urabstimmung vom 23. bis 25. Mai aufgerufen.

Streik oder nicht?

Streik kann nur das letzte Mittel sein!

Ist er wirklich notwendig?

7 Prozent Lohnerhöhung werden ab 1. Mai schon gezahlt. Auch für April garantieren wir eine Erhöhung, die im neuen Tarifvertrag geregelt werden soll.

Streik schadet unserem Unternehmen. Streik schadet der ganzen Region.

Streik hat auch persönliche Auswirkungen für alle, die sich an ihm beteiligen:
- das Arbeitsverhältnis ruht,
- der Lohnanspruch erlischt,
- Urlaub kann nicht genommen werden,
- der Unfallversicherungsschutz durch die Berufsgenossenschaft entfällt.

Wir werden im Streikfall alles daransetzen, Arbeitswilligen den Zugang zu den Arbeitsplätzen zu ermöglichen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten und den Lohnanspruch zu sichern.
Deshalb wollen wir auch keine Aussperrung.

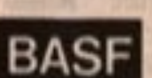
Für einen Streik ist erforderlich:
- Teilnahme von mindestens 50 Prozent der IG Chemie-Mitglieder an der Urabstimmung.
- Von den Abstimmenden müssen mindestens 75 Prozent für den Streik sein.

Die BASF sieht in einer freien und geheimen Urabstimmung einen Akt demokratischer Willensbildung. Sie wird daher jedem Abstimmungswilligen die Teilnahme ermöglichen. Die Sicherheit im Betrieb muß aber auch während der Urabstimmung gewährleistet bleiben; der Arbeitsablauf darf nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Eine schwere Entscheidung liegt in der Hand der Gewerkschaftsmitglieder. Eine schwere Entscheidung für alle Mitarbeiter, ihre Familien und unser Unternehmen.

Wir brauchen den Arbeitsfrieden, um die BASF und ihre Mitarbeiter vor Schaden zu bewahren und den sozialen Vorsprung der BASF zu erhalten.

BASF Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Täglich erschienen diese und ähnliche Anzeigen in den Zeitungen.
Heidelberger Tageblatt, 21./22.5.77

Gewerkschaftsausschluß

Hamburg. Daß die Gewerkschaftsführung jede kritische Stimme innerhalb der Gewerkschaft mundtot machen will, zeigt ein neuer Gewerkschaftsausschluß aus der IG Chemie Hamburg. Der Vertrauensmann der Norddeutschen-Affinerie (Affi) hatte sich für freiwillige Beitragshöhe eingesetzt. Und allein diese Tatsache reichte den Gewerkschaftsführern für seinen Rausschmiß!

In der Anfang '76 anlaufenden Beitragskampagne der Gewerkschaftsführung haben linke Affi-Kollegen sich in ihrer Zeitung ARGUMENTE für freiwillige Beitragshöhe eingesetzt. Daraufhin wurde der Vertrauensmann vor den Verwaltungsstellenvorstand geladen (siehe AK 92, 96). Da er sich nicht von dem Artikel distanzierte, wurde ein Ausschlußverfahren eingeleitet, was auch gleich vom Hauptvorstand bestätigt wurde. Der Beschwerdeausschuß fackelte auch nicht lange. Mit der formalen Begründung, „daß Anordnungen des Hauptvorstandes nicht befolgt" wurden, war die Sache für die Gewerkschaftsführung erledigt.

Für die Kollegen um die ARGUMENTE ist diese Sache noch nicht erledigt! Sie werden weiter für innergewerkschaftliche Demokratie kämpfen und die Unterdrückung seitens der Gewerkschaftsführer publik machen. Außerdem wollen sie vor Gericht klagen.

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Wer sitzen bleibt oder lacht, wird flugs zum Terroristen gemacht

ÖTV-Führung fordert Trauer um Buback

Westberlin. Weil er während einer Schweigeminute für den ehemaligen Bundesgeneralanwalt Buback auf der Personalratssitzung (!) auf seinem Stuhl sitzengeblieben ist, wird Personalratsmitglied Udo Knapp aus der ÖTV herausgeschossen und bekommt zudem, wenn es nach dem Willen der Öffentlichen Arbeitgeber geht, Berufsverbot.

13.4. Während einer Personalratssitzung (!) des Bezirksamtes Spandau am 13.4. fordert der Vorsitzende Prosche die Anwesenden auf, in einer Schweigeminute Buback „zu ehren". Lediglich Udo Knapp bleibt sitzen.

18.4. Fünf Tage später verteilt die reaktionäre Spaltergewerkschaft Komba, die im Personalrat vertreten ist, 3.000 Flugblätter mit der Überschrift: *„Terroristen-Sympathisanten und Extremisten in der Spandauer Verwaltung?"*, auf denen Udo öffentlich diffamiert und denunziert wird und die ÖTV, die *„mit linksradikalen Mitgliedern gesegnet ist"*, zum harten Durchgreifen aufgefordert wird. Diese Leute werfen dem Kollegen vor, *„das persönliche Eintreten für unsere freiheitliche Grundordnung"* nicht bekundet zu haben.

20.4. Nur wenig später ziehen fünf ÖTV-Personalräte nach. Sie fordern den Gewerkschaftsausschluß von Udo Knapp mit der Begründung, er sei ein Sympathisant der Terroristen!

Inzwischen sind auch einige Vorgesetzte nicht ganz untätig. Die Amtsleitung des Amtes für Jugend (Udo ist dort Sachbearbeiter für politische Bildung) unternimmt einen Vorstoß beim Stadtrat, dem Kollegen die Leitung eines Ferienlagers zu entziehen. Der Stadtrat entscheidet erst einmal, die Mitarbeiter im Ferienlager *„nochmals genauer unter die Lupe zu nehmen"*.

Mit Beginn der öffentlichen Terrorkampagne gegen den fortschrittlichen Kollegen bekommt er anonyme Anrufe, in denen er als „Anarchistensau" beschimpft wird. *„Eine Kollegin von U. Knapp erhält ein anonymes Schreiben, in dem sie zur Distanzierung vom Kollegen Knapp aufgefordert wird; einem anderen Kollegen wird bedeutet, er solle sich nicht so offen und oft mit U. Knapp sehen lassen, das könne ihm schaden"*. **Die Frage, w e r die Terroristen sind, ist damit leicht zu beantworten!**

23.4. Eine Woche später wird von den ÖTV-Mitgliedern (!) des Personalrates gefordert, daß U. K. bis zur Klärung der Angelegenheit aus dem Personalrat geht – der Kollege lehnt das entschieden ab und verlangt stattdessen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Rechten von der Komba. Das wird abgelehnt.

4.5. Der Kollege verteilt daraufhin seine eigene Stellungnahme. In dieser Stellungnahme kennzeichnet er das Vorgehen der Rechten als *„einen Versuch, mit den Mitteln des Rufmordes gegen unbequeme Mitarbeiter in den eigenen Reihen vorzugehen"*. Er erklärt: *„Ich lehne das Vorgehen der Terroristen als politisch sinnlos entschieden ab ... Ich sehe mich dennoch nicht im Stande, Herrn Buback ehrend zu gedenken"*. Er kennzeichnet Buback dann als einen wesentlichen Vorantreiber der Verschärfungen des Straf- und Polizeirechts, der Einschränkung der Pressefreiheit, als Mitverantwortlichen für das Klima der Denunziation und Repression. Udo Knapp hält *„es für erforderlich, auch öffentlich und gerade als Angestellter im öffentlichen Dienst auf diese Gefahren hinzuweisen"*. Er wirft den entsprechenden Personalratsmitgliedern vor, daß sie mit ihrer Hetzkampagne gegen ihn von ihrem eigenen undemokratischen Verhalten sämtlichen Kollegen gegenüber ablenken. Er schließt seine Stellungnahme mit der Ankündigung, daß er weiter für den Personalrat kandidieren wird (die Wahlen stehen im Herbst an).

Das Verteilen dieser Stellungnahme wird U. K. untersagt (es wurden aber eine Menge verteilt).

Auf der Vertrauensleuteversammlung, die am selben Tag stattfindet, wird er wiederholt als „Terrorist" dargestellt. Dazu wird auch seine politische Vergangenheit (aktiv in der Studentenbewegung und im Sozialistischen Studentenbund – SDS –), aus der er nie ein Hehl gemacht hatte, wieder aufgewärmt. Mit zwölf zu elf bei sieben Enthaltungen beschliessen die Vertrauensleute, die Ausschlußempfehlung gegen Knapp zu unterstützen. Noch kurz vor der Abstimmung wurde ihm angetragen, *„daß sein Ausschlußverfahren wohlwollend behandelt würde, wenn er freiwillig im Interesse der ÖTV (!) auf eine erneute Kandidatur zum Personalrat verzichtet; Knapp lehnt ab"*.

6.5. Die Leitung des Ferienlagers wird ihm entzogen, da er *„durch sein Flugblatt und die um ihn entstandene Kampagne dem Ansehen der Jugendpflege nach außen Schaden zugefügt"* habe.

8.5. Die ÖTV-Fachgruppenversammlung Sozialarbeit beim Bezirksamt Spandau deckt den *„Versuch der Manipulation der bevorstehenden Kandidatenaufstellungsversammlung der ÖTV für die Personalratswahlen auf: über einen Kuhhandel und offene Kontrolle der Abstimmung soll die Kandidatur von Knapp verhindert werden"*. Der Betriebsgruppenvorstand wird von dieser Sitzung ausgeschlossen (sauber!) und die Fachgruppe beschließt eine eigene Stellungnahme mit Unterschriftensammlung.

9.5. Auf der Personalratssitzung erzählt der Vorsitzende, daß Stadtrat Gabriel einen Antrag auf Versetzung Knapps gestellt hat. *„Einige ÖTV-Mitglieder bringen den Antrag in die Sitzung, Knapp aus dem Personalrat auszuschließen; dieser Antrag wird jedoch von der Mehrheit der ÖTV-Mitglieder abgelehnt; es ist zu vermuten, daß sie bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit diesem Antrag unterliegen würden."*

„Die Ferienlagermitarbeiter bitten um Aufklärung, warum Knapp abgesetzt ist; sie erhalten ein Ultimatum bis 19.5., schriftlich sich zur Zusammenarbeit mit den neuen Leuten des Ferienlagers zu verpflichten, andernfalls würden sie entlassen; eine Mitarbeiterin darf nicht am Ferienlager teilnehmen, da gegen sie der Verfassungsschutz Einspruch erhoben hat."

16.5. 57 ÖTV-Kollegen der Abteilung Sozialarbeit verteilen eine Protesterklärung und starten die Unterschriftensammlung.

Die Komba-Reaktionäre haben ihr neuaufgelegtes Flugblatt an allen Spandauer Krankenhäusern und jetzt auch an alle Spandauer Lehrer verteilt. Die ÖTV-Spitze unternimmt nichts, sondern beschließt vielmehr auf ihrer Sitzung am 16.5., ein Ausschlußverfahren gegen Udo Knapp einzuleiten. Seine Mitgliedsrechte und -pflichten ruhen.

24.5. Auf der Betriebsgruppenvollversammlung der ÖTV des Bezirksamtes Spandau sollen die Kandidaten für die Personalratswahl bestimmt werden. Aufgrund des Ausschlußverfahrens darf Udo nicht teilnehmen und verteilt stattdessen eine Erklärung, in der er die Vorgänge noch einmal aufrollt und einiges Material zum Karrierismus einiger ÖTV-Personalräte bringt. Denn nach seiner ersten Stellungnahme, in der er schon die *„moralische Verwahrlosung ... in der Arbeit unseres Personalrates"* kritisierte, war ihm unterstellt worden, all das seien bloße Behauptungen.

Udo Knapp schließt seine Stellungnahme: *„Ich möchte aber feststellen, daß ich nicht aufhören werde, immer und überall die Wahrheit zu sagen und mit aller Entschiedenheit für Gerechtigkeit und bessere gesellschaftliche Verhältnisse zu kämpfen. Und ich werde nicht jammern, wenn ich dafür einstehen muß"*.

Inzwischen ist noch bekannt geworden, daß das Amt nicht nur seine Versetzung betrieben hat, sondern sogar sein Berufsverbot betreibt!

So will man prüfen lassen, *„ob gegen Herrn Knapp ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele einer ordentlichen Kündigung eingeleitet werden kann und gegebenenfalls eine entsprechende Untersuchung durchzuführen."*

Das Vorgehen von ÖTV-Führern und Behörden gegen Udo Knapp ist ebenso wie die Angriffe auf den Göttinger AStA der Versuch der Reaktionäre aller Schattierungen, zur aktiven Solidarisierung mit dem RECHTSstaat zu zwingen. Dazu bauen Bourgeoisie und ihre Helfershelfer immer mehr an einem „Terroristen"-Bild, das alle diejenigen einschließt, die Kritik an ihren Maßnahmen äußern.

Deshalb ist es unseres Erachtens notwendig, sich b u n d e s w e i t mit allen Opfern dieser Terrorkampagne der Bourgeoisie zu solidarisieren!

(Alle Zitate aus der Dokumentation des FHSS-Komitees gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen; Goltzstraße 43/44 1000 Westberlin 30 Solidaritätsresolutionen mit Udo Knapp bitte an diese Adresse).

KB/Gruppe Westberlin

komba
aktuell

18. April 1977

Terroristen-Sympatisanten und Extremisten in der Spandauer Verwaltung?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Als Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind wir alle verpflichtet, für unsere freiheitliche Grundordnung aktiv einzutreten. Es ist mithin auch unsere Pflicht als Gewerkschaft, auf bekanntgewordene Schwachstellen hinzuweisen:

1. Es ist bekannt, daß die ÖTV mit linksradikalen Mitgliedern gesegnet ist, die auf extreme Forderungen drängen.
2. Über die Listen mit dem Kennwort ÖTV sind bei den letzten Personalratswahlen auch entsprechend politisch ausgerichtete Mitglieder in die Personalräte gewählt worden. Diese provozieren in den Personalräten seit der letzten Wahl lange fruchtlose und oft politisch gefärbte Debatten, die nicht den Interessen der zu vertretenden Mitarbeiter dienen.
3. Einen beachtenswerten Beweis für eine bestimmte politische Haltung lieferte – wie allgemein bekannt –

   Herr Udo Knapp, Personalratsmitglied und Mitglied der ÖTV,

   am 13.4.1977 um 10.30 Uhr:

   Als der Vorsitzende des Personalrats die Personalratsmitglieder bat, wegen des Mordes an Herrn Buback gemeinsam mit allen Demokraten zu diesem Zeitpunkt der Terroristen-Opfer zu gedenken und mit der Schweigeminute zugleich auch das persönliche Eintreten für unsere freiheitliche Grundordnung zu bekunden, blieb Herr Knapp trotz vorangegangener Diskussion nicht nur demonstrativ sitzen, sondern er verlachte auch noch das gesamte Gremium.
4. Wenn die ÖTV auf diese offene Konfrontation reagiert, dann dürfte dies nur im Hinblick auf die bevorstehenden Personalratswahlen im Herbst 1977 geschehen. Denn Herr Knapp hat seine besondere politische Einstellung nie verschwiegen; die ÖTV hat es trotzdem zugelassen, daß er in ihrem Bereich das große Wort führt.

Es bleibt zum Schluß die Frage: "W a s können S i e tun?"

Hier unsere Antwort: "S i e h a b e n als Wähler d i e M a c h t, künftig Extremisten aus den Personalräten herauszuhalten!"

Schließen Sie sich außerdem d e r Gewerkschaft an, die bei demokratischen Wahlen Extremisten k e i n e Chance gibt, dem KOMBA BERLIN.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

KOMBA BERLIN
– Bezirksgruppe Spandau –

1750/2.77

Hetzflugblatt der rechten Beamten„gewerkschaft" KOMBA ...

ÖTV

Gewerkschaft
Öffentliche Dienste,
Transport
und Verkehr

ÖTV-Bezirksverwaltung, 1 Berlin 15, Joachimstaler Straße 20

Herrn
Udo Knapp

1000 Berlin

Bezirksverwaltung
Berlin

1 Berlin 15
Joachimstaler Straße 20

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht	Unser Zeichen	Tag
-	-	Ha/bl	3. Mai 1977

Sehr geehrter Herr Kollege Knapp,

uns ist bekannt geworden, daß am Mittwoch, dem 13. April 1977, in einer Personalratssitzung im BA Spandau eine von der Bundesregierung angeregte Gedenkminute an den Tod des Herrn Generalbundesanwaltes Buback eingelegt werden sollte.

Bei der Aufforderung des Vorsitzenden, sich zum Gedenken an den durch Terroristen ermordeten Generalbundesanwaltes von den Plätzen zu erheben, bist Du sitzengeblieben und hast durch Bemerkungen zu erkennen gegeben, daß Du diesen Mord nicht verurteilst, sondern ihn als einen normalen Vorgang betrachtest.

Du weißt, daß unsere Organisation – dargelegt in unserer Satzung – für diesen demokratischen Rechtsstaat eintritt.

Wir würden es begrüßen, wenn Du uns kurzfristig eine erklärende Antwort zu Deinem Verhalten während der besagten Angelegenheit geben würdest. Sollten wir keine Antwort erhalten, gehen wir davon aus, daß Dein Verhalten Sympathie zu dem Vorgehen von Terroristen bedeuten sollte.

Wir hoffen auf eine baldige Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

(Heinz Hockbarth)

Wir bitten, Zuschriften ausschließlich an die zuständige ÖTV-Verwaltung und nicht an Einzelpersonen zu richten. Telefon: (030) 88 39 31 Fernschreiber: 01 84225 Postscheckkonto: Berlin West Nr. 403 00 – 108 Bank für Gemeinwirtschaft AG, Konto 10008080

... und die Reaktion der ÖTV-Führung: der Gewerkschaftsausschluß wird eingeleitet.

Kollegen stimmen für Streik bei der Lufthansa

Die Tarifauseinandersetzungen bei der Lufthansa spitzen sich zu: Fast 90 Prozent der Kolleginnen und Kollegen des fliegenden Personals haben für Streik gestimmt (bei einer Beteiligung von rund 88 Prozent). 2.816 stimmten dafür, nur 335 dagegen.

Mit ihrer Streikbereitschaft wollen sie ihren Forderungen nach mehr Lohn und vor allem auch für bessere Arbeitsbedingungen gegen die Lufthansa-Kapitalisten Nachdruck verleihen.

Vor allem durch ständige Rationalisierungen wie z.B. Einsparungen der Navigatoren bei Langstrecken und zeitweise auch der Bordingenieure auf Kurzstreckenflügen, sowie durch grössere Ausnutzung der Sitzkapazitäten (und Anschaffung neuer größerer Flugzeuge) ist die physische Belastung des Cockpit- und Kabinenpersonals erheblich erhöht worden. Nicht zuletzt dadurch wird auch die Sicherheit verstärkt aufs Spiel gesetzt.

Immer wieder vorgenommene Änderungen der Flugpläne zwingt das Personal, jederzeit abrufbereit zu sein. Daher bedeutet der Manteltarifvertrag auch einen Schwerpunkt in dieser Tarifrunde.

Die Lufthansa-Kapitalisten weigern sich, auf die Forderungen der DAG-Führer und der Cockpit e.V., die die Verhandlungsführer für das fliegende Personal sind, einzugehen.

Die Forderungen sind:

-Gehaltserhöhungen von einheitlich 11,5 Prozent,

-*„stabile Einsatzpläne und zusätzliche Freizeit,*

-Verkürzung der Flugdienstzeiten und Reduzierung der Starts und Landungen pro Schicht,

-Herabsetzung der monatlichen Höchstflugstundenzahl und Neubewertung der Mehrflugstunden für das Kurzstreckenpersonal" („Spiegel", 23.5.).

Die Gewerkschaftsführer haben trotz Streikbeschluß bis zum 31.5. ein weiteres Ultimatum gestellt.

Außerdem soll die Lufthansa-Tochter Condor, die dick im Charter-Fluggeschäft drin sitzt (Marktanteil 25 Prozent), und durch deren Bestreikung vor allem jetzt in der Urlaubszeit die Kollegen eine starke Position hätten, *»so wenig wie möglich betroffen werden«* („Frankfurter Rundschau", 28.5.). Und die Kollegen hatten auch hier f ü r Streik gestimmt!

Eine eindeutig reaktionäre Haltung nehmen die ÖTV-Führer ein, die ihren Frieden mit der Lufthansa schon bei 5,3 bis 6,9 Prozent gemacht haben, und die jetzt das ganze als *»Extrawurst für die Großverdiener«* darstellen („Morgenpost", 11.5). Die zweifellos priviligierten Piloten werden als Haupttreiber des Streiks bezeichnet, die nur den Abstand zwischen dem Verdienst des Bodenpersonals und den eigenen Spitzengehältern manifestieren wollten.

Daß ein großer Teil des fliegenden Personals, die Stewardessen, Stewards und die Bordingenieure, mit geringerem Gehalt auskommen muß, wird dabei wohlweislich ignoriert.

Die ÖTV-Fürsten hatten den Kolleginnen und Kollegen glatt empfohlen, gegen den Streik zu stimmen! . . .

ÖTV-Kommission

Der Senat will noch mehr Betten streichen

Hamburg. Überbelegte Aufnahmestationen lange Wartezeiten für viele Operationen (z. B. sieben Wochen für Bandscheibenoperationen in der Neurochirurgie des AK Altona), steigende Arbeitsbelastung des Personals (z.B. durch kürzere Liegezeiten der Patienten) kennzeichnen die gegenwärtige Situation in den großen Hamburger Krankenhäusern. So hat eine Bürgerinitiative sogar Strafanzeige gegen die Gesundheitssenatorin gestellt: Im AK Heidberg müssen die Pateienten, z.T. sterbenskrank, auf den Fluren liegen, ein wegen Überfüllung der Aufnahmestation abgewiesener Rentner starb auf dem Transport in ein anderes Krankenhaus („Hamburger Abendblatt", 21.2.)!

Trotz dieser Zustände hat die Gesundheitsbehörde bei der Neubearbeitung des Krankenhausbedarfsplans bekanntgegeben, daß sie statt der ursprünglich angekündigten 3.800 Betten sogar 4.200 Betten bis 1985 abbauen will („Welt", 20.4.)! Dabei geht sie von fragwürdigen Statistiken und Zahlenspielereien aus und kalkuliert kaltschnäuzig, daß viele Patienten aus Angst um ihren Arbeitsplatz nicht mehr so häufig ins Krankenhaus gehen.

Ihre Argumentation ist u.a., daß die Einwohnerzahl Hamburgs 1985 noch niedriger sein werde als 1975 angenommen, daß die durchschnittliche Liegezeit der Patienten im Krankenhaus schneller abgenommen habe als erwartet und daß die Belegung der Krankenhäuser immer noch geringer sei als vorausberechnet wurde. Dies alles sei Anlaß genug, noch mehr Betten als bisher zu streichen.

Zu den Statistiken der Behörde ist zu sagen, daß die Zahlen z.T. falsch sind, z.T. ein falsches Bild widerspiegeln: so wird z. B. bei der Berechnung des Belegungsgrades im Allgemeinen Krankenhaus Altona von einem Bettenbestand auf einzelnen Abteilungen ausgegangen, der bei dem vorhandenen Personal nie voll belegt werden kann. Was die Liegezeit anbetrifft, sagen die Zahlen nichts aus über die Häufigkeit der Fälle, wo in Stoßzeiten wie z.B. im Winter Patienten aus Bettenmangel erst gar nicht aufgenommen werden oder frühzeitig entlassen werden, weil die nächsten Patienten schon „vor der Tür" auf einen Operationstermin warten.

Die langen Wartezeiten insbesondere in den Abteilungen wie Neurochirurgie, Herzchirurgie, Gelenkchirurgie, Hals-Nasen Ohren u.a. werden natürlich durch die drastischen Bettenstreichungen nicht kürzer. Diese „Spar"politik führt zu einer katastrophalen medizinischen Unterversorgung der Bevölkerung. Lange Wartezeiten z.B. in der Herzchirurgie können schließlich besonders für ältere Patienten oftmals den frühzeitige(re)n Tod bedeuten. Besonders übel ist, daß Privatpatienten Wartezeiten kaum kennen.

Wie rigoros der Senat Betten streichen will, zeigt sich an seinem Plan zur Errichtung eines zentralen Kinderkrankenhauses im allgemeinen Krankenhaus (AK) Barmbek mit 150 Betten: es soll die Kinderkrankenhäuser bzw. -abteilungen von Rothenburgsort, AK Wandsbek, AK Heidberg und das schon gestrichene Kinderkrankenhaus Borgfelde ersetzen, welche zusammen ca. 500 Betten ausmachen! Das führt zu wesentlich längeren Anfahrtswegen der Rettungswagen und vor allem auch der Eltern der kranken Kinder - eine ungeheuer menschenfeindliche Maßnahme für die Bevölkerung von Hamburg-Ost.

Hatte die Gesundheitsbehörde bisher durch ihr ständiges Hin und Her bei den Streichungsplänen (z.B. AK Eilbek erst „Maximalversorgungskrankenhaus" mit 500 Betten) für Unsicherheit und Unklarheit gesorgt, so will sie jetzt besonders in den Häusern streichen, wo die Beschäftigten sich bisher in Sicherheit wiegten (z.B. Krankenhäuser Geesthacht und Bevensen vollständig aus der Förderung, AK Rissen auf 300 Betten reduzieren, AK Eilbek von 950 auf 500).

Wo Widerstand in den Krankenhäusern geleistet wurde (z.B. AK Heidberg, Hafenkrankenhaus, AK Bergedorf), hat die Gesundheitsbehörde ihre Schließungspläne gestrichen oder gekürzt - ein Erfolg der aktiven Kollegen!

Bei den Bettenstreichungen will der Senat nicht nur Geld um jeden Preis durch den Personalabbau einsparen, er verlagert auch Bereiche der Gesundheitsversorgung in private Hände, wobei er unternehmerischen „Initiativen" d.h. einer noch stärker profitorientierten Medizin auch im Krannkenhausbereich Vorschub leistet.

Dies zeigt sich nicht nur durch die Vergabe von Reinigungsdiensten an berüchtigte private Firmen (AK81), sondern auch an folgendem: während bei den staatlichen Krankenhäusern 1975 und 1976 bereits 1180 Betten abgebaut wurden, waren es bei den gemeinnützigen „nur" 70 (Bürgerschaftsdrucksache, 8/2200)! Die Zahl der vom Staat nicht geförderten, von privater Hand aber weiter betriebenen Betten ist sogar seit 1975 von ca. 700 auf 1400 gestiegen (ebd.)! Damit ist nachgewiesen, daß der Bedarf an diesen Betten besteht und der Senat Betten streicht, die von privaten Vereinen wieder eröffnet werden (z.B. Wintermoor). Für die Beschäftigten aber bedeutet dies z.B., daß sie auf einen Personalrat verzichten müssen, daß sie Sonderleistungen des öffentlichen Dienstes nicht erhalten etc.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hafenarbeiter ausgetrickst!

Hamburg. Nachdem die Hafenarbeiter, besonders bei der HHLA am Burchardkai, erstmals seit Jahren wieder selbstständig in eine Tarifrunde eingegriffen hatten, um endlich mehr Freizeit am Wochenende zu bekommen, war es der ÖTV-Führung, wie berichtet, gelungen, den Ort des Geschehens aus dem Hafen wieder in verschwiegene Verhandlungsräume zu verlegen.

Hier wurde die Formulierung der „erweiterten Freizeit in Verbindung mit dem Sonntag" ausgeheckt. Daß die Kollegen gezwungen werden sollten, den Montag und nicht wie gefordert Sonnabends freizunehmen, roch man sofort.

Wollten die Kapitalisten der Hafeneinzelbetriebe anfangs nur für die Haupturlaubszeit den Montag mit in Anspruch nehmen, so wurden sie von der mächtigen HHLA schnell eines Besseren belehrt: Im Roll- und Containerverkehr will die HHLA jederzeit Schiffe abfertigen können, um weiterhin Konkurrenzvorteile zu haben. - Da spielt, in langjähriger Praxis oft belegt, die ÖTV-Führung jederzeit mit.

Folgende Regelung soll jetzt über die Bühne gehen: In sechs Wochen soll von vier freien Sonnabenden einer bei Bedarf gearbeitet werden und dafür der Montag freigenommen werden müssen. Als tolle Errungenschaft der Verhandlungen wird von den ÖTV-Führern angepriesen, daß übers ganze Jahr ein Schichtplan erstellt wird, damit jeder Kollege erkennen kann, wann er dran ist.

Die Kollegen wurden natürlich nicht gefragt. Unter eine eilens aufgesetzte Resolution, die die angestrebte Regelung scharf zurückweist und die ÖTV-Führung eindringlich auf die ursprüngliche Tarifforderung verpflichten soll, haben binnen zwei Tagen in vielen Teilen des Hamburger Hafens über 600 Kollegen ihre Unterschrift gesetzt.

Da scheren sich die Hauptamtlichen wie gewohnt 'nen Dreck drum: In zwei getrennt voneinander abgehaltenen Informationsveranstaltungen wurden die Vertreter aus den Hafeneinzelbetrieben und der HHLA über das fertige Verhandlungsergebnis unterrichtet.

Der ÖTV-Führung ist es zwar wieder gelungen, Kollegenaktionen aus dem Tarifstreit herauszuhalten, ihr undemokratisches Verhalten konnte aber breit entlarvt werden - und das ist auch den einfachen Funktionären aufgefallen. Und das sogar der DKP-Vertreter der Regelung zustimmte, erboste die Kollegen noch mehr. Die Hafenkapitalisten allerdings, werden sich erneut zu bedanken wissen.

Hafenanleitung
KB/Gruppe Hamburg

Rationalisierung bei der Bahn und Abbau von öffentlichen Sozialleistungen!

Die Bundesregierung hat im April ein umfassendes Konzept zur Rationalisierung bei der Bundesbahn beschlossen. Dieses Konzept enthält sowohl die bereits bekannten Vorstellungen über rigorose Personaleinsparungen und Streckenstillegungen als auch neue Absichtserklärungen über den Abbau öffentlicher Sozialleistungen der Bahn.

Bis 1981 soll der gegenwärtige Personalbestand von insgesamt 370.000 Beschäftigten auf 315.000 gesenkt werden. Die Rationalisierung vernichtet also die Arbeitsplätze von 55.000 Kollegen.

Insgesamt soll die Bundesbahn *„noch mehr als bisher wie ein Unternehmen der privaten Wirtschaft nach Kosten- und Ertragsgesichtspunkten geführt werden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.4.77). Einen entsprechenden „Leistungsauftrag" erteilte die Bundesregierung dem Präsidium der Bundesbahn.

Darüberhinaus wird die Bahn *„in den nächsten fünf Jahren alle Sozialtarife* (!) *im Personenfernverkehr abbauen"* („Morgenpost", 5.5.77). Das ist das Neue in dem Beschluß der Bundesregierung.

Die Familienkarten für kinderreiche Familien werden wegfallen. Bisher mußten Familien mit mehr als zwei Kindern pro Kind nur die Hälfte des regulären Fahrpreises bezahlen. In Zukunft sollen sie auch den vollen Fahrpreis bezahlen.

Ebenfalls gestrichen werden sollen die Vergünstigungen für Schwerkriegsbeschädigte, für Schüler, Studenten und Lehrlinge. Auch ermäßigte Fahrpreise für Gruppenreisen soll es nicht mehr geben. Soldaten und Zivildienstleistende werden keine verbilligten Heimfahrkarten mehr bekommen.

Der jetzt vorliegende Beschluß der Bundesregierung zur Rationalisierung bei der Bundesbahn liegt voll auf der bisherigen Linie der Spar- und Rationalisierungspolitik. Sie ist zum einen gekennzeichnet durch den verschärften Abbau öffentlicher Sozialleistungen und zum anderen durch staatlich geförderte Rationalisierungen im Bereich der Wirtschaft, die zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit zu dem bekannten Arbeitslosenheer führte. Auch bei der bundeseigenen Bundesbahn erweist sich die „sozial"-liberale Koalition als konsequenter Wahrer kapitalistischer Interessen.

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

stungsauftrag" erteilte die Bundesregierung dem Präsidium der Bundesbahn.

Darüberhinaus wird die Bahn *„in den nächsten fünf Jahren alle Sozialtarife* (!) *im Personenfernverkehr abbauen"* („Morgenpost", 5.5.77). Das ist das Neue in dem Beschluß der Bundesregierung.

Die Familienkarten für kinderreiche Familien werden wegfallen. Bisher mußten Familien mit mehr als zwei Kindern pro

haften Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit zu dem bekannten Arbeitslosenheer führte. Auch bei der bundeseigenen Bundesbahn erweist sich die „sozial"-liberale Koalition als konsequenter Wahrer kapitalistischer Interessen.

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg



Solidarität mit den dänischen Druckern!

Hamburg. Auf Einladung der Delegiertenversammlung der IG DruPa Hamburg sprach am 23. Mai der Kollege Ove Nielsen des bestreikten dänischen Zeitungsbetriebes „Det Berlingske Officin" vor ca. 200 Hamburger Kollegen.

Das war der bisherige Höhepunkt der Solidaritätsbemühungen in Hamburg. Vorausgegangen war ein Solidaritätsaufruf der Internationalen Grafischen Förderation in Bern, dem sich die IG DruPa anschloß. Es wurden Spendensammlungen bei Springer Hamburg und Gruner + Jahr durchgeführt. Bei Springer betrug der Betrag über DM 2.300,–. Gruner + Jahr informierte die Kollegen mit zwei Flugblättern. Die Vertrauensleute von Gruner + Jahr veröffentlichten eine Broschüre („Rausgeschmissen"), deren Erlös ebenfalls nach Dänemark geht. In beiden Betrieben verabschiedeten die Vertrauensleute Solidaritätsresolutionen an die dänischen Kollegen. Vor dem 1. Mai organisierte die Graphische Jugend in Hamburg eine Diskussionsveranstaltung zum Streik in Dänemark. Auch hier wurde eine Sammlung durchgeführt, die über DM 1.000,– einbrachte. Auf der letzten Delegiertenversammlung wurde für die dänischen Kollegen gesammelt. Am 23. Mai wurden über DM 900,– für den Solidaritätsfond gesammelt.

Streikbrecherarbeit wurde verhindert

Auch praktisch wurden die Hamburger Kollegen mit dem dänischen Streik direkt konfrontiert. Während es erst hieß, der Berlingske-Konzern wolle bei Springer drucken lassen,

gesammelt.

Streikbrecherarbeit wurde verhindert

Auch praktisch wurden die Hamburger Kollegen mit dem dänischen Streik direkt konfrontiert. Während es erst hieß, der Berlingske-Konzern wolle bei Springer drucken lassen, wurde dieser Plan wieder fallengelassen, da diese Pläne schnell durchsikkerten und die Solidarität der Springer-Kollegen dies nicht zugelassen hätte. Unbemerkter vollzog sich der versuchte Streikbruch bei der Firma Utesch, wo bereits ein Drittel des in Auftrag gegebenen Satzes hergestellt war, ehe die Kollegen darauf aufmerksam wurden und die Produktion stoppen konnten. Ebenfalls gab es Versuche, in Nürnberg, Frankfurt und Westberlin drucken zu lassen, die allesamt gescheitert sind. Größere Wellen schlug der Versuch der Geschäftsleitung der Firma Habra in Darmstadt, die Kollegen und die Gewerkschaft juristisch zwingen zu wollen, Streikbrucharbeit herzustellen, da sie sich angeblich nicht im Streik befänden und deswegen alle Arbeiten erledigen müßten. Der Bundesverband Druck drohte mit *„arbeitsrechtlichen Schritten wegen Arbeitsvertragsverletzungen"*. Dieser Anmaßung begegnete die DruPa mit der Feststellung, daß nicht die Firma, sondern das Produkt eines bestreikten Betriebes im Ausland bestreikt werde. Diese Solidaritätsmaßnahme werde man sich nicht nehmen lassen.

Vor diesem Hintergrund berichtete der Kollege Ove Nielsen zusammenfassend über ihren Kampf, der sich daran entzündet hatte, daß 450 Kollegen entlassen werden sollten und die vom Betriebsrat mit der Geschäftsleitung ausgehandelten Betriebsvereinbarungen rückgängig gemacht werden sollten (wir berichteten darüber in den letzten Nummern des AK). Inzwischen wurde zwischen dem Berlingske-Kapitalisten und der Gewerkschaft ausgehandelt, daß „nur" 250 Arbeiter entlassen werden – siehe Artikel in diesem AK).

Ove Nielsen schilderte die Kämpfe der Kollegen und bedankte sich für die Solidarität, die ihnen aus vielen Ländern zuteil geworden war. Ohne diese Solidarität hätten sie niemals so lange durchhalten können.

Eine Hamburger Druck-Genossin

Entlassungswillkür im privaten Altersheim

Seit über drei Jahren bin ich als Krankenschwester in einem privaten Altenheim beschäftigt, sozu-

Für die Betreuung der Kinder stellt er unqualifizierte Leute ein, die sich im Umgang bzw. im Schi-

Entlassungswillkür im privaten Altersheim

Seit über drei Jahren bin ich als Krankenschwester in einem privaten Altenheim beschäftigt, sozusagen als zweite Kraft, habe also die Heimleiterin vertreten, außerdem ungezählte unbezahlte Überstunden gemacht und sehr oft meinen Dienst zugunsten meiner Kollegin (der Schwester des Besitzers) umgeschmissen und mich auch nicht gescheut, den Putzlappen zu schwingen, wenn zeitweise keine Putzfrau da war. Krank war ich in diesen drei Jahren längstens eine Woche, bin also oft deshalb wieder zur Arbeit gegangen, weil ich wußte, daß sonst die alten Menschen darunter leiden müssen. Wir waren sehr lange Zeit nur zu zweit, und das bei 25 Insassen, die teilweise sehr viel Pflege brauchen, die nur im Bett liegen und natürlich auch nicht zur Toilette gehen können usw.

Nun ist mir dummerweise ein großer „Fehler" unterlaufen, ich habe nämlich eine Eileiterentzündung bekommen, mit der nicht zu spaßen ist und die, wenn sie nicht völlig auskuriert ist, zur Unfruchtbarkeit führen kann. Ich war insgesamt vier Wochen krankgeschrieben, in der letzten Woche kam dann ein Brief, daß man mir kündigt und mir weiterhin „alles Gute" wünscht, und das bei einem „guten familiären" Duz-Verhältnis zum Chef (was er immer betont hat). Offensichtlich sind vier Wochen Kranksein nicht tragbar?!

Mit einer Arbeitskraft, die vier Wochen nicht einsetzbar ist, kann man nicht kalkulieren und die schafft man sich am besten gleich vom Hals. Zu bemerken ist dazu noch, daß dieser saubere Chef Sozialpädagoge ist und sich noch vor einigen Jahren in der linken Szene bewegt hat, der aber in kurzer Zeit zum beispielhaften Kapitalisten aufgestiegen ist, drei Wagen fährt, eine Villa hat, aus alten Menschen Geld macht und außerdem ein Kinderheim betreibt, wobei es ihm auch nicht darauf ankommt, verhaltensgestörten Kindern zu helfen, sondern möglichst viele Kinder auf wenig Raum zu verteilen und so Geld an ihnen zu verdienen.

Für die Betreuung der Kinder stellt er unqualifizierte Leute ein, die sich im Umgang bzw. im Schikanieren von psychisch kranken Kindern in einer Psychiatrie qualifiziert haben und deren Ruf ihnen vorausgeeilt ist, weil sie *„zig Kinder unter der Fuchtel hatten, die ihnen widerspruchslos gehorchten"* (eine ehemalige Mitarbeiterin). Die beiden männlichen Betreuer zerren z.B. die Kinder an den Haaren die Treppe herunter, gehen mit ihnen zum Friedhof (*„wenn ihr nicht brav seid, kommt ihr hierhin"*) oder beschimpfen die Kinder mit *„Mißgeburt"* und drohen ihnen mit Einweisung in die „Irrenanstalt".

Der Chef ist über diese Behandlung bzw. Mißhandlung unterrichtet, überläßt jedoch den Angestellten die Methoden, *„die Kinder in den Griff zu kriegen"*. Hauptsache die Kasse stimmt, und es dringt nichts an die Öffentlichkeit. Diese Devise gilt auch für das Altenheim, wo z.B. die alten Menschen zwischen 800 DM für ca. 8 qm bezahlen und 1300 bis 1400 DM für ca. 18 bis 20 qm bezahlen und damit teilweise ihre gesamte Rente auf den Tisch legen und teilweise noch vom Sozialamt unterstützt werden. Das heißt, daß für persönliche Interessen nichts bleibt (alte Leute brauchen ja sowieso nichts?!).

Es ist kein Einzelfall, daß hilflose Menschen wie z.B. alte Leute und verhaltensgestörte Kinder, die von der Gesellschaft kaputtgemacht und abgeschoben werden, Freiwild für Profitgeier sind.

Irgendwo müssen sie ja schließlich bleiben, wenn die Verwandten sich weigern, für sie zu sorgen, wenn gar keine Verwandten da sind oder wenn für die Ernährung und Versorgung zu Hause einfach kein Geld da ist.

Natürlich werde ich die Kündigung nicht widerspruchslos hinnehmen, zumal sie zu einem Zeitpunkt kam, wo ich krankgeschrieben war.

Eine Genossin aus Darmstadt

Politische Entlassung und Gewerkschaftsausschluß

Am Freitag, den 22.4., bekam die **Delmenhorster** Krankenschülerin B. kurz vor Feierabend ihre fristlose Kündigung überreicht. Begründung: Sie habe während des Unterrichts Unterschriftensammlungen durchgeführt und außerdem habe sie erklärt, daß sie *„kein Interesse an der Erreichung ihres Ausbildungszieles"* habe (aus dem Kündigungsschreiben der städtischen Krankenanstalten Delmenhorst). Nach und nach kam heraus, daß diese „Begründungen" nicht nur total bescheuert, sondern auch vorgeschoben sind und der wahre Grund in der angenommenen Mitgliedschaft von B. im KBW besteht. Mit einem Ausschlußverfahren zogen die ÖTV-Führer am 7.3. nach.

„Ungewöhnliche Schützenhilfe" (so der „Weserkurier" vom 29.4. Bezirksteil Delmenhorst) bekam B. dann durch eine Solidariätserklärung der Delmenhorster Müllwerker, die einstimmig bei rund 40 anwesenden Kollegen eine Solidaritätsresolution mit der Forderung nach Rücknahme der Kündigung von B. beschlossen. Der Betriebsratsvorsitzende der Müllwerker ist bereits aus der ÖTV ausgeschlossen.

KB/Gruppe Bremen

Riesengewinn bei der Post

Auch im letzten Jahr manövrierte das Unternehmen „Deutsche Bundespost" wieder in der Gewinnzone. Allein im Fernmeldebereich kam ein Profit von 3,5 Milliarden DM zustande. In den Postdiensten dagegen wird mit einem Minus von über zwei Milliarden DM gerechnet, so daß insgesamt der Gewinn rund 1,2 Milliarden betragen wird. Der Umsatz der Bundespost betrug 1976 30 Milliarden DM.

Dieses Ergebnis geht wesentlich zurück auf die kapitalistische Rationalisierungspolitik, die ihren Schwerpunkt in den vergangenen Jahren eindeutig im Fernmeldebereich hatte. Die Rationalisierungen in den Postdiensten hingegen sind aufgrund der besonders personalintensiven Struktur dieser Dienste nur langsam zu verwirklichen und haben noch nicht die gewünschten Ergebnisse. Deshalb kündigt Postminister Gscheidle für die Zukunft *„energische Anstrengungen"* an, um auch dort die Rationalisierungspolitik beschleunigt durchzusetzen.

Allein im Jahre 1976 wurden bei der Post insgesamt Investitionen in Höhe von 6,1 Milliarden DM getätigt. Sie dienten überwiegend der Verwirklichung von Rationalisierungsmaßnahmen und damit der Vernichtung von Arbeitsplätzen. So wurden allein im vergangenen Jahr 15.400 (!) Arbeitsplätze „eingespart". Gegenwärtig arbeiten bei der Bundespost 452.400 Menschen.
(Alle Angaben aus: „Frankfurter Rundschau", 27.5.77)

Postzelle
KB/ Gruppe Hamburg

Atomprogramm in der Krise (Teil 2)

Im ersten Teil des Artikels haben wir dargelegt, daß die immer wieder wiederholten „Argumente" der Kernkraftwerksbetreiber heute auch in breiten Teilen des bürgerlichen Lagers offen bestritten werden.

Die Märchen vom „billigen" Atomstrom, ohne den in den 80er Jahren die Lichter ausgehen und die Zahl der Arbeitslosen auf 2,5 Millionen anwachsen würde, sollen lediglich dazu dienen, den Protest gegen das Atomprogramm der BRD möglichst klein zu halten. Denn trotz wachsenden Widerstands will die Bundesregierung und die CDU/CSU im Herbst einen neuen Anlauf nehmen, um das Atomprogramm fortzusetzen. Es sollen neue AKW's genehmigt werden und auch mit der Wiederaufbereitungsanlage begonnen werden.

In diesem ARBEITERKAMPF wollen wir uns mit der These der Kernkraftwerksbetreiber auseinandersetzen, daß die BRD durch Atomstrom „unabhängig" von Zulieferungen würde und nicht mehr durch die Ölscheichs „erpreßt" werden könne. In der BRD gibt es nämlich so gut wie keine Uranvorkommen. Bis vor kurzem waren die US-Zulieferungen von hochangereichertem Uran in die BRD gestoppt worden. Bis vor wenigen Jahren besaßen die USA sogar das Monopol für Uran-Anreicherungen überhaupt in den kapitalistischen Ländern. Die Uranlieferungen aus Kanada sind immer noch gestoppt.

Mit dem Lieferstopp sollte die BRD dazu gebracht werden, auf den Export von Wiederaufbereitungsanlagen und Urananreicherungsanlagen zu verzichten. Doch gerade damit wollen sich die BRD-Imperialisten die Uran-Vorkommen bzw. die „Unabhängigkeit" bei der Energie sichern. Der Druck der US–Imperialisten richtet sich gegen die Weiterverbreitung und derzeitige Weiterentwicklung der sogenannten „Plutonium-Technologie", d.h. insbesondere gegen die Wiederaufbereitungsanlagen und die Entwicklung der ‚Schnellen Brüter', da das dabei erzeugte und verwendete Plutonium jederzeit für die Produktion von Atomwaffen benutzt werden könnte. Die US-Imperialisten wollen bei den Atomwaffen ihr Monopol mit möglichst wenigen Ländern teilen.

Doch gerade die Entwicklung dieser „2. Reaktorgeneration" ist es, die den BRD-Imperialisten die Unabhängigkeit von Zulieferungen weitgehend garantieren soll. In den ‚Schnellen Brütern' soll der bislang in den AKW's verwendete Kernbrennstoff noch einmal 50mal soviel Kernbrennstoff liefern.

Auch die Wiederaufbereitungsanlagen dienen hauptsächlich dazu, aus den abgebrannten Kernbrennstäben schon heute dazu das Plutonium zu sammeln. Dagegen spielt es nur eine untergeordnete Rolle, daß aus den wiederaufbereiteten Brennstoffen auch zum Teil wieder Kernbrennstoffe für herkömmliche AKW's (allerdings zu hohen Preisen) herausgefiltert werden sollen).

Zwar funktionieren heute weder Wiederaufbereitungsanlagen noch ‚Schnelle Brüter', doch für die erhoffte Unabhängigkeit bei der Kernenergie wird von den BRD-Imperialisten buchstäblich kein Risiko gescheut. Dieses Programm soll nicht nur gegen den Widerstand der US-Imperialisten durchgezogen werden, sondern auch trotz Sicherheitsrisiken, gegen die die Gefahr bei den herkömmlichen AKW's noch geradezu „harmlos" erscheinen muß.

Unabhängigkeit durch Atomenergie ?

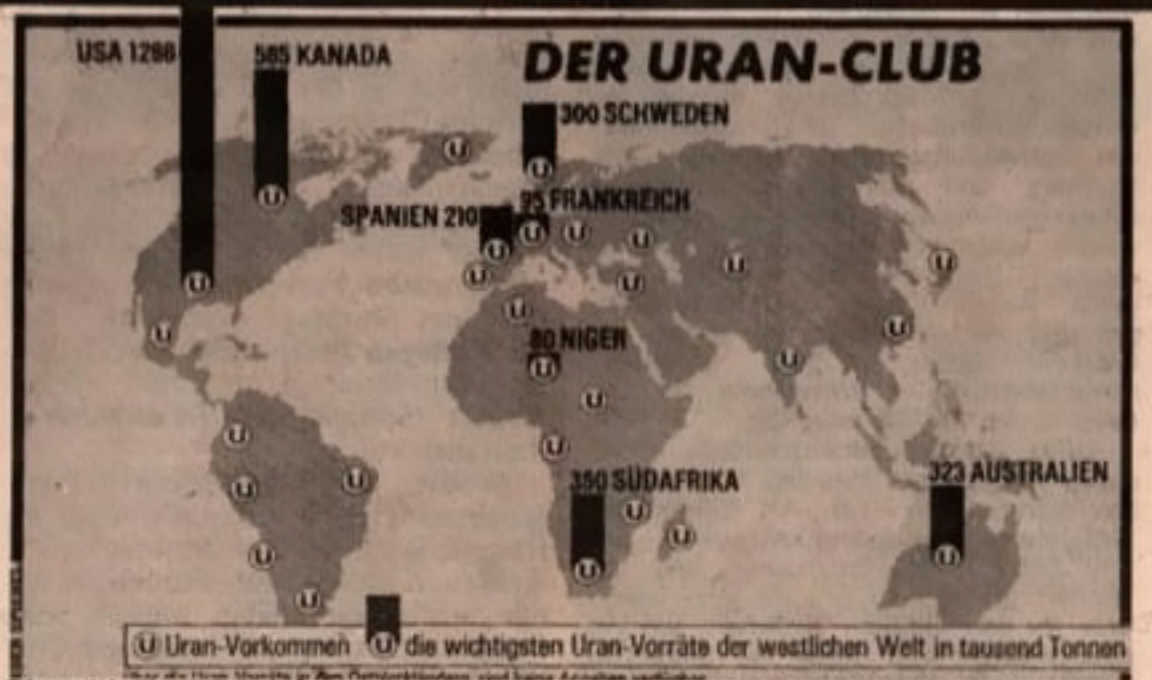
Unabhängigkeit durch Atomenergie ?

Bei Verkündigung der neuen Richtlinien zum Atomprogramm verkündete Bundeswirtschaftsminister Friderichs nochmal, was die BRD als den eigentlichen Schlager in Sachen Kernenergie betrachtet, daß nämlich die BRD „*nur durch den Ausbau der Kernenergie von den Öleinfuhren aus den OPEC-Staaten unabhängiger werden könne*" („Welt", 23.3.77). Bisher war immer behauptet worden, die Uranversorgung könne als gesichert angesehen werden; es sei „*die Unabhängigkeit vom einzelnen Lieferanten außerordentlich groß*" („Welt", 14.2.72). Anders als beim Öl würden auch „*nur geringe Brennstoffmengen vor allem für Kernkraftwerke und Forschung benötigt*", erklärte der seinerzeitige Forschungsminister Ehmke. Noch vor zwei Jahren erklärte das Mitglied der Geschäftsleitung des Atomforums, Roser, großspurig, daß „*Natururan vorerst nicht knapp*" würde („FAZ", 16.4.75). Inzwischen kam das böse Erwachen: Zwar lagern auf Halde mehr als 5.000 t Uran. Doch am 1.1.77 wurden sämtliche Uranlieferungen aus Kanada eingestellt. Dabei liefert Kanada derzeit 40 % des Uranbedarfs der BRD. Das kanadische Uran wird dann vollständig zur Anreicherung auf drei bis vier Prozent Uran 235 in die UdSSR transportiert, um es in den Kernkraftwerken verwenden zu können (Angaben nach „Hamburger Abendblatt", 7.4.77). Für 1977 erwartete die BRD rund 1.700 t aus Kanada („FAZ", 2.4.77).

Und dieser Stopp betrifft ausgerechnet eine Mine in Kanada am Rabbit Lake, die zu 49 % der Uranerzberg GmbH (davon 50 % Besitz des Elektrizitätsriesen RWE gehört, die dort seit 1975 jeweils 900 t Uran jährlich für sich beanspruchen kann (nach „FR", 20.4.77).

Der Lieferstopp wurde „*zunächst damit begründet, daß die Gemeinschaft immer noch nicht das inzwischen überfällige Verifikationsabkommen mit der Wiener Internationalen Atombehörde* (IAEO) *unterzeichnet habe*" („Welt", 7.4.77). Die IAEO soll die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages kontrollieren. Die EG-Staaten weigerten sich zunächst, die Kontrollen zu akzeptieren, da Frankreich als Mitglied der EG den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet habe. Am 21.2.77 wurde nun von der EG das Abkommen unterzeichnet. Danach übernehmen die Euratom-Beamten der EG (nicht die IAEO selbst!) die Kontrolle in der EG (ohne Frankreich) „lediglich im Stichprobenverfahren" (s.o.) vor. Die Kanadier fordern weitere Kontrollen: Sie verlangen die eigene Möglichkeit „*zur Überwachung des Kreislaufes aller von ihnen gelieferten Uranmengen in den europäischen Kernanlagen*» («FR», 26.3.77) sowie eine kanadische Extra-Genehmigung bei Weitergabe an Drittländer (nach „FAZ", 7.4.77). „*Jede zukünftige Verschärfung der internationalen Technologiekontrolle*" auf dem Nuklear-Sektor müsse „automatisch" für kanadisches Uran angewandt werden („FAZ", 7.4.77), außerdem erwarte Kanada „*Mitspracherecht beim Export nuklearer Technologie*" („FR", 6.4.77). Der kanadische Ministerpräsident erklärte dazu: „*Wenn die Gefahr besteht, daß unsere Nukleartechnik dazu verwendet wird, eine Atomwaffe herzustellen, verdienen wir lieber nichts*".

Diesen Standpunkt werde er „*trotz möglicher wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft* (EG) *nicht aufgeben*" (Angaben nach „FAZ", 7.4.77). Derartige wirtschaftliche Erpressungsmanöver hatte der EG-Energiekommissar Brunner angedroht: Man werde die kanadischen Forderungen schon deshalb ablehen, weil das sonst „*als Präjudiz*(Vorwegnahme des Nachgebens — Anm. AK) *etwa für amerikanische Forderungen wirken könnte*" („Welt", 7.4.77). Das Ganze wird als vorgeschobenes Manöver der US-Imperialisten betrachtet; um die BRD unter Druck zu setzen, brauche die USA „*im Nuklear-Meinungsstreit nur die Kanadier vorangehen zu lassen, und die sind in dieser Angelegenheit gewissermaßen ... päpstlicher als der Papst*" schrieb die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine" (2.4.77). „*Die Kanadier sind dabei, was das materielle Interesse anbetrifft, recht unverdächtig, und dasselbe gilt für eventuelle Machtpolitik*" (ebenda)



Obwohl die BRD-Imperialisten überall in der Welt nach Uranvorkommen suchen, sind sie in nächster Zeit von den US-Imperialisten und deren engsten Verbündeten, wozu Kanada und Australien zu zählen sind, völlig abhängig.

Kanadas Schein-Argumente sind allerdings ziemlich durchsichtig: Kanadisches Uran sorgte für den atomaren Aufbau der USA und zusammen mit der Technologie für die indische Atombombe 1974. Noch 1975 rechtfertigte Trudeau auch Reaktorlieferungen an Länder wie Indien, Argentinien, Pakistan oder Südkorea, das erklärtermaßen Atomwaffen anstrebt, mit dem Hinweis, „*daß nukleare Technologie der sicherste Weg für Entwicklungsländer sei, den kühnen Sprung in die industruielle Revolution zu machen. Darum sei es unverantwortlich, diesen Ländern die Vorteile von Kernkraftwerken ...vorzuenthalten*» (nach „Neue Politik", 15.11.75). Zum einen können aus diesen Reaktoren aus dem von der IAEO zugebilligten schwund von ein bis zwei Prozent Plutonium sogar »legal« Atombomben gebastelt werden — gleichzeitig streben alls von Kanada belieferten Länder den Besitz von Wiederaufbereitungsanlagen an, bzw. besitzen sie schon.

Der jetzige Stopp der Uranlieferungen an Japan und die EG-Länder war mit den US-Imperialisten abgesprochen, ebenso mit Australien, das sich in einer ähnlichen Lage wie Kanada befindet. So erklärte Trudeau:

war mit den US-Imperialisten abgesprochen, ebenso mit Australien, das sich in einer ähnlichen Lage wie Kanada befindet. So erklärte Trudeau:

„*Wir sind natürlich glücklich darüber, daß andere* (Uran)-*lieferanten wie Australien und Amerika der gleichen Ansicht sind*" („FAZ", 7.4.77). Australien liefert derzeit nur 1 % des Natururanbedarfs der BRD („Hamburger Abendblatt", 7.4.77), obwohl in Australien 21 % der derzeitig bekannten Uranreserven lagern sollen (nach „SZ", 28.12.76 . Die australische Regierung hat bisher lediglich die Ausfuhr von 9.000 t Uran genehmigt, die bereits 1972 bestellt, aber von der Labour-Regierung gestoppt worden waren. Zusammen mit Umweltschutzbewegungen und den Gewerkschaften war jeglicher Uranexport aus Australien boykottiert worden („Nachrichten für Außenhandel" — „NfA" — 5.7.76). Ende 1976 waren allerdings zwei große Gewerkschaften offen an die Seite der Kapitalisten getreten („FAZ"), 2.12.76).

Die konservative australische Regierung bereitet derzeit die Erweiterung der Uranlieferungen vor, und zwar an die USA, Japan, BRD, Frankreich, Iran, Philippinen, Südkorea und Taiwan („NfA", 22.3.77). Im April demonstrierten in vier australischen Großstädten zahlreiche Demonstranten dafür, daß die Uranvorkommen im Boden gelassen werden; allein in Melbourne brachten 10.000 Demonstranten den Verkehr zum Stillstand.

Die USA, die derzeit 20 % des Uranbedarfs und den Löwenanteil des angereicherten Urans für die BRD liefern, hatten zwar nicht die Lieferungen von Natururan und von angereichertem Uran, aber die von 1.300 kg hochangereichertem (93 %) Uran schon Mitte 1976 gestoppt. Diese Lieferungen waren für 13 Länder bestimmt; neben EG-Staaten (davon 100 kg an die BRD) auch an Japan, Bolivien, Brasilien und Kanada. Neben anderen Forschungsvorhaben wird dieses hochangereicherte Uran vor allem zur Entwicklung der Hochtemperatur-Reaktoren bzw. der „Schnellen Brüter" benötigt (Angaben nach „FAZ", 15.4.77) Der Stop ist „*zunächst mit der geplanten Verwaltungsumstellung, später mit dem Regierungswechsel und der Vorbereitung einer Botschaft des neuen Präsidenten zur Energiepolitik begründet worden*" („Welt", 24.3.77). Die weitesten Vorstellungen gingen davon aus, alle Lieferungen an Länder einzustellen, die nicht den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben hatten, nicht sämtliche Lieferbedingungen der USA übernahmen und die Plutoniumwirtschaft (Wiederaufbereitungsanlagen und „Schnelle Brüter") nicht stoppen würden („FAZ", 15.4.77). Nach dem Vorstellungen der US-Regierung soll zumindest das zukünftige Verbot des Exports von Urananreicherungsanlagen und Wiederaufbereitungsanlagen (WWA's erreicht werden. Die Bundesregierung zeigte sich „*besorgt*"; EG-Kommissar Brunner sah das „*Vertrauen erschüttert, das in Jahren kommerzieller Zusammenarbeit entstanden ist*" („FR", 6.4.77).

Der Stopp beginne sich „*schädlich für die Kernreaktoren in den Ländern der EG auszuwirken*"; der Nukem, Brennelementefabrik in Hanau, drohe Kurzarbeit. Teilnehmer der Kernenergiekonferenz in Persepolis in Iran übergaben dem US-Delegierten eine Erklärung, in der es hieß: „*Solange die Kernbrennstoffanreicherung das nukleare Monopol der Vereinigten Staaten bleibe, sei die Versorgung mit angereichertem Uran weniger verläßlich als die mit Erdöl*" („SZ", 15.4.77). Aber gerade wegen der angeblichen „Erpressung durch die Scheichs" hatte ja angeblich die BRD ihr Atomprogramm so schnell vorangetrieben! Und in der Tat ist die BRD derzeit in der

ja angeblich die BRD ihr Atomprogramm so schnell vorangetrieben! Und in der Tat ist die BRD derzeit in der

Uranversorgung für ihr Atomprogramm auf die US-Imperialisten angewiesen. Zwar sind von den bis 1985 voraussichtlich benötigten 35-40.000 t Natururan bereits 21.600 t unter Vertrag. Davon 50 % aus Südafrika, 13 % aus Frankreich, aber noch 30 % aus Kanada und 7 % aus den USA (nach „FAZ", 21.4.77). Die derzeitigen Vorräte reichen bis 1979.

An der Abhängigkeit von den USA wird sich in nächster Zeit wenig ändern. Die derzeitigen Uranreserven lagern hauptsächlich in den derzeitigen Lieferländern (s. Schaubild) USA, Kanada und Australien.

Die BRD, die derzeit 10 % der Welturanförderung verbraucht („Vorwärts 14.4.77) wäre kaum in der Lage, in Kürze für Ersatz zu sorgen, wenn man bedenkt, daß es allein zehn Jahre benötigt, um eine Uranmine bis zur vollen Produktion auszubauen („SZ", 28. 2.77).

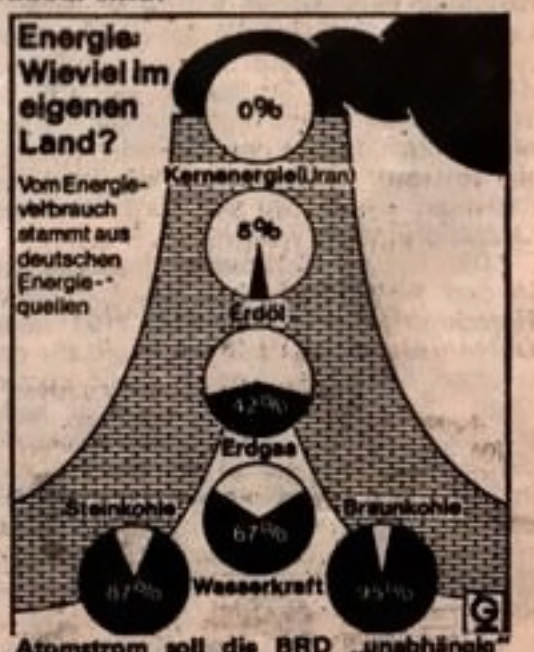
Nicht besser sieht es beim angereicherten Uran aus. Frühestens Mitte der 80er Jahre können die EG-Staaten dabei auf eine Eigenversorgung rechnen. 1982 und 1985 sollen jeweils Großanlagen für die Anreicherung in Frankreich in Betrieb gehen, derzeit läuft nur eine militärische Anlage dort.

Die BRD will zusammen mit den Niederlanden und Großbritannien ihre Anreicherungsanlagen, die im Kleinformat bereits in Almelo (Holland) und in Capenhurst (England) laufen, bis 1982 zum Großbetrieb ausbauen. Doch auch dort stehen den BRD-Imperialisten Schwierigkeiten ins Haus. Die niederländische Regierung hat den Ausbau ebenfalls von „*ergänzenden Kontrollen und Garantien für den Export*" abhängig gemacht („PPP", 23.3.77). Die BRD will aus dieser Anlage angereichertes Uran an Brasilien liefern. Eine Reihe niederländischer Parteien lehnt den Ausbau gänzlich ab. Erst kürzlich (am 2.4.77) zogen zwischen 5.000 und 10.000 niederländische Demonstranten nach Almelo.

Die USA haben ihr Monopol nicht nur ökonomisch ausgenutzt (der Anreicherungspreis verfünffachte sich seit 1972), sondern auch, um Druck auf die belieferten Länder auszuüben. Die erhoffte „Autarkie" im Energiebereich durch Atomkraft hat der BRD-Imperialismus noch keineswegs erreicht.

Für die Uranversorgung gilt ähnlich wie für die Ölversorgung, daß es dabei weniger um einen derzeitigen direkten Mangel an Vorkommen geht, sondern um die Frage, wie weit diese Rohstoffressorcen profitabel den imperialistischen Ländern zur Verfügung stehen und wie weit die Energieverschwendung getrieben werden soll. In Werbeschriften z.B. für Kernenergie hört sich das allerdings ganz anders an: In der vom Kernforschungszentrum Jülich herausgegebenen Broschüre „Nutzen und Risiko der Kernenergie" (April 76) werden die Erdölvorräte beispielsweise nur für zehn Jahre als ausreichend betrachtet, während das Uran 5.000 Jahre reichen soll. Sicher ist tatsächlich aber, daß die bekannten fossilen Brennstoffe (Kohle, Öl u.ä.) viel mehr als ausgerechnet Uran (soweit entdeckt) vorhanden sind:

Allein die Teersände in Kanada und Venezuela würden für 50 Jahre Ölversorgung reichen — allerdings werden sie kaum angerührt, denn die Produktionskosten lägen um mindestens 50 % über dem Weltmarktpreis; da gäbe es für Kapitalisten nichts zu verdienen. In den Ölschieferbergen lagert sogar Öl für einige 1.000 Jahre, die derzeit allerdings nur zum Teil technisch abbaubar sind.



Atomstrom soll die BRD „unabhängig" von Zulieferungen machen, doch beim Uran ist die BRD von Zulieferungen völlig abhängig, sie besitzt keine nennenswerten eigenen Vorkommen.

„*Für nahezu 1.000 Jahre reichen die Weltvorkommen an Kohle*" (Alle Angaben nach „Spiegel", 3.1.77). Nun hat die Bundesregierung selbst ererklärt, daß bereits „kurz nach der Jahrtausendwende" das „notwendige

Angaben nach „Spiegel", 3.1.77). Nun hat die Bundesregierung selbst ererklärt, daß bereits „kurz nach der Jahrtausendwende" das „notwendige

Uran" nicht mehr zur Verfügung stehen werde („Welt", 30.3.77) Der Ford-Report, den Präsident Carter zur Grundlage seiner Energiepolitik genommen hat, gibt sich dagegen optimistisch: „*Wenn man wie die Amerikaner auf knapp der Hälfte aller geschätzten westlichen Uranreserven sitzt, kann man der Zukunft mit festerem Vertrauen entgegenblicken als die Europäer*", schrieb die „Zeit" dazu (15.4.77). Gerade die Rohstoffknappheit auf dem Energiesektor und die mangelnde Machtposition der BRD-Imperialisten in den Ländern der Dritten Welt gegenüber den USA ist die Grundlage dafür, daß die BRD-Imperialisten ihr Atomprogramm so aggressiv auf- und ausbauen wollen. Die »Unabhängigkeit« soll dabei erst in ein-, zwei- Jahrzehnten erreicht werden.

Zum einen durch den Aufbau der 2. Reaktorgeneration mit dem „Schnellen Brüter", der aus dem Kernbrennstoff der 1. Generation noch einmal das 50fache an Energie produzieren soll, und die Wiederaufbereitungsanlage, die die entsprechenden Kernbrennstoffe aus den alten Brennstäben herausziehen soll. Gleichzeitig soll der Export nuklearer Anlagen und Technologie, der ein zig-Milliarden-Geschäft ist, dem BRD-Imperialismus die Möglichkeit verschaffen, unter Umgehung der USA im Austausch die zukünftig benötigten Rohstoffe ausbeuten zu können.

Deutlichstes Beispiel ist das Brasiliengeschäft, wo die Abbaurechte des Urans für die BRD einen wesentlichen Punkt des Abkommens darstellen (wobei diese Uranvorkommen freilich erst noch gefunden werden müssen).

Gegen beide Wege, von denen die BRD-Imperialisten sich atomare Unabhängikeit und Großmachtposition in der Welt erwarten, sowohl die „Plutonium-Technologie" als auch der Nuklear-Export (außer dem Export herkömmlicher AKW's) sind die US-Imperialisten zum Kampf angetreten.

Unabhängigkeit durch »Schnelle Brüter«?

Die „Schnellen Brüter" sprengen in jeder Beziehung alles, was auf dem Gebiet bisher dagewesen ist.

Was sie so begehrenswert erscheinen läßt ist, die Hoffnung, daß man damit aus dem bisher bereits verwendeten Kernbrennstoff noch einmal mehr als 50mal soviel Energie herausholen möchte. Mit diesem Reaktor hoffen die BRD-Imperialisten ab 1990 nahezu unabhängig von jeder weiteren Zulieferung von Uran zu sein, und das für Jahrhunderte!

Dieses „Ei des Kolumbus" soll neben der Lieferung von Energie, die als Strom verwendet wird, gleichzeitig den Kernbrennstoff für den nächsten Reaktor er„brüten".

Wir wollen hier kurz erklären, wie das funktionieren soll: In den derzeit verwendeten Leicht- und Druckwasserreaktoren werden die Uran 235-Atome durch Neutronen gespalten in etwa zwei gleich große Teile und dabei wird sehr viel Wärme frei, die als Wasserdampf die Stromturbinen treibt. Gleichzeitig entstehen ca. zehn neue Neutronen, die für weitere Spaltungen sorgen können. Der Großteil des Urans, die 97% Uran 238, lassen sich so nicht spalten, sondern fangen höchstens Neutronen ein.

Dieses Uran kann sich dann allerdings nach dem Neutroneneinfang in Plutonium umwandeln, das wiederum wie das Uran 235 gespalten werden kann und somit auch Energie erzeugen kann.

In den herkömmlichen Reaktoren wird auch Plutonium produziert, allerdings weniger, als Uran 235 verbraucht wird.

Im „Schnellen Brüter" jedoch soll mehr Plutonium erzeugt werden, als an Kernspaltstoff verbraucht wird: dieses Plutonium soll dann weiterverwendet werden. Auf diese Weise könnte theoretisch nach und nach das gesamte Uran 238, das ja ursprünglich nicht für die Energiegewinnung geeignet ist, in Plutonium umgewandelt, Energie erzeugen.

Um das zu erreichen, muß im „Schnellen Brüter" der Kernbrennstoff sozusagen dichter gepackt werden. Deshalb kann man auch nicht mehr einfach mit Wasser kühlen, sondern es soll dabei Natrium verwendet werden. (Nach ähnlichem Prinzip arbeitet der sog. Hochtemperaturreaktor, der in Hamm gebaut wird, allerdings nicht so effektiv, wie man es sich beim „Brüter" erhofft – darauf wollen wir hier nicht näher eingehen).

Kumulierter Natururan-Bedarf der westlichen Welt

Mio t Uran: 4.100, 90, 85, 25, 20, 15, 10, 5, 0

Jahr: 1980, 1990, 2000, 2010, 2020, 2030, 2040, 2050

Nur Leichtwasserreaktor

Leichtwasserreaktor und Brüter

Die ‚Schnellen Brüter' sollen einmal das ‚Ei des Kolumbus' in der Energiefrage werden, sie sollen mehr Kernbrennstoff liefern, als sie selbst verbrauchen – trotz wachsenden Energieverbrauchs sollen dann die Einfuhren an Natururan nicht mehr ansteigen ...

Der „Schnelle Brüter" – sicher wie eine Atombombe

Aus der geplanten Konstruktion ergeben sich auch ungeheure Sicherheitsrisiken beim SNR, wie der „Schnelle Brüter" auch genannt wird: Bleiben z.B. bei einem GAU („größter anzunehmender Unfall") in einem AKW zum Abschalten 30 Sekunden, so ist es in einem SNR nur eine halbe Sekunde!
in einem AKW zum Abschalten 30 Sekunden, so ist es in einem SNR nur eine halbe Sekunde!

Die besondere Gefährlichkeit des „Brüters" rührt auch daher, daß Natrium als Kühlmittel verwandt wird – ein Metall, das zusammen mit dem Kernbrennstoff und den Spaltprodukten explosionsartig reagieren kann. Dies kann z.B. beim Verstopfen der Kühlkanäle passieren.

Das Natrium wird auf eine Temperatur von 500 - 700°C erhitzt und ist bei dieser Temperatur äußerst korrosions- und explosionsfreudig, besonders mit Luft und Wasser. Daher können keine luft- oder wasserbetriebenen Kühlsysteme benutzt werden. So besteht das schwierigste Problem auch darin, Wasserdampf für die Turbinen zu erzeugen, da auch nicht das kleinste Leck auftreten darf.

Wegen des hohen Drucks ist die Gefahr solcher Lecks besonders groß. Dringen auch nur kleine Wassermengen ein, treten sofort Korrosionsschäden auf. Kommt es zu größeren Wassereinbrüchen, erfolgt eine explosionsartige Vergasung des Natriums. Fällt die Kühlung aus, wird beim „Schnellen Brüter" die Kettenreaktion bei steigender Temperatur beschleunigt – im Gegensatz zu den Leichtwasserreaktoren – wobei die Gefahr des Verschmelzens besteht.

Hierbei kann der sogenannte „Asien-Effekt" auftreten, bei dem sich die glühende Schmelze quer durch den Erdball bis nach Asien durch-„schmelzen" würde.

Dieser „Bethe-Tait-Störfall", der von zwei US-Experten dieses Namens durchgespielt wurde, hat zu der Planung eines sogenannten „Core-Catchers" geführt, der die Schmelze im letzten Moment noch aufhalten soll. Diese „Sicherheitseinrichtung", von der niemand weiß, ob sie überhaupt funktionieren wird, hat aber aus der Sicht der Atomindustrie schwere Nachteile. Erstens soll sie sehr kostspielig sein, zum anderen würde der Einbau eines „Core-Catchers" das unfreiwillige Eingeständnis bedeuten, daß der SNR doch nicht so sicher ist, wie immer behauptet wird.

Schlußfolgerung der Atomindustrie: Die Wahrscheinlichkeit dieses Unfalls sei so gering, daß man das Ding lieber ganz wegläßt. Ähnlich wird heute ja auch der „Berstschutz" für AKW's abgelehnt. („Schnelle Brüter", Strohm, S. 45).

Diese enormen Risiken haben sogar dazu geführt, daß sich 1.300 von 1.500 Wissenschaftlern des europäischen Kernforschungszentrum (CERN) gegen den Bau des französischen Brüters „Superphenix" gewandt haben. Sie führen folgende Gründe an: Wegen der hohen Temperatur und Neutronendichte sei die Haltbarkeit der Materialien nicht gesichert. Durch minimale Veränderung der Anordnung der Brennelemente könne eine Kettenreaktion eintreten. Im Falle eines Unfalls würde Plutonium frei, von dem schon ein Milligramm in der Lunge krebserzeugend wirkt. Der Kern des „Superphenix" soll davon 4.600 kg enthalten! Schließlich die vom Kühlmittel Natrium ausgehenden Gefahren, seine Explosions- und Korrosionsfreudigkeit. Im „Superphenix" sind 5.000 Tonnen enthalten! (Übrigens: Natriumbrände oberhalb 50 kg sind nicht mehr löschbar!) - („FR", 18.12.76).

Der Brüter bleibt

Der Brüter bleibt das „Brüten" schuldig!

Die „Schnellen Brüter", die eine Unabhängigkeit vom Öl ermöglichen sollen, indem sie mehr spaltbares Material erzeugen als sie verbrauchen, tun dies bisher aber nicht . Es gibt bisher keinen „Brüter" auf der Welt, der sein spaltbares Material verdoppelt hätte. Bisher „konvertieren" die „Brüter" nur, wie die Atomindustrie diesen Fehlschlag umschreibt.

D.h., es entsteht zwar neues Plutonium, aber nur soviel, wie auch reingesteckt worden ist. Nur der französische „Phenix" (250 MW) hat es bisher geschafft, etwa 20 - 25% mehr zu erzeugen („FAZ", 26.1.77).

Aber auch er mußte im Herbst '75 für mehrere Wochen und im Herbst '76 für mehrere Monate stillgelegt werden, wegen Leckschäden im Dampferzeuger.

Der oben erwähnte „Superphenix" (1.200 MW) ist im Bau und soll (hoffentlich nicht!) 1981 fertig sein.

Der britische PER (250 MW), der immer mit Leckschäden rumzukrebsen hatte und nie „gebrütet" hat, mußte Anfang April '77 stillgelegt werden. Doch auch dieser war „natürlich" ein Erfolg der „Brütertechnologie", denn: *„Der Dounray Schnellbrüter hat nach Ansicht von Experten wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse vermittelt. Auch seine häufigen Defekte sollen nutzbringend gewesen sein für die geplante Weiterentwicklung neuerer, weit größerer Schnellbrüter".*

So macht man aus der Not eine Tugend. Das Ding hat übrigens 330 Mio. DM verschlungen (FR, 15.4.77).

Der sowjetische BN 350 (350MW) ist der dritte der bisher existierenden „Brüter". Auch er hat wegen Leckschäden nie richtig gearbeitet. Bei ihm war im Dampferzeuger 1968 eine Explosion aufgetreten (FAZ, 27.10. 76 und „Schnelle Brüter", Strohm, S. 30).

Im Bau sind der SNR 300 (300MW) in Kalkar (BRD) und der sowjetische BN 600 (600 MW). Japan plant, in diesem Jahr mit dem Bau eines 390 MW-Brüters anzufangen. Das amerikanische Brüterprojekt (390 MW) CRBR ist erst einmal verschoben worden.

Die für 1978 geplanten Geldmittel für diesen Versuchsbrüter von 189 Mio. Dollar, sollten, gegen den Widerstand der US-Atomlobby, von Carter gekürzt werden, was einer Aufgabe des Projektes gleichgekommen wäre.

Insgesamt kostete das Brüterprogramm in den USA bisher 10 Mrd. Dollar („Schnelle Brüter", Strohm, S. 62).

Bei den im Bau befindlichen „Brütern" wird ein Brutfaktor von 1,2 - 1 erwartet, immer noch zu niedrig, um zusätzliche „Brüter" mit Plutonium zu versorgen. Man spricht bei „Brütern" von einer „Verdopplungszeit", das ist die Zeitspanne, die ein „Brüter" braucht, um soviel Plutonium zu erzeugen, daß ein neuer „Brüter" in Gang gesetzt werden kann.

Beim jetzigen technischen Stand sind dies 50 Jahre. So muß auch die „FAZ" bedauernd feststellen, *„daß die Einführung von Brüterkraftwerken für die nächsten 50 - 80 Jahre keine wesentliche Erleichterung bei der notwendigen Uraneinfuhr bewirken kann, von einer Einfuhrunabhängigkeit ganz zu schweigen"* (FAZ, 26.1.77).

Strom aus dem Schnellen Brüter – teurer als jede andere Energie

Wurde am Anfang versprochen, daß der Atomstrom aus dem „Schnellen Brüter" der billigste werden sollte, tritt nun das Gegenteil ein. Wurden bisher in der BRD für die Atomprogramme insgesamt 16,7 Mrd. DM ausgegeben, so entfielen davon auf die Brüterentwicklung 3,5 Mrd. DM („atomwirtschaft" 4/77).

Schon 1974 aber gab Kern, Forschungsexperte der SPD, die Gesamtkosten für Bau und Entwicklung des „Schnellen Brüters" mit 20 Mrd. DM an! (FAZ, 25.9. 74). Schon damals wurde nach internationaler Zusammenarbeit gerufen, da solche Projekte die Finanzkraft der einzelnen europäischen Imperialisten übertreffen.

So wurden für den SNR-300 in Kalkar die internationalen Gesellschaften „Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH" (SBK) und die „Internationale Natriumbrutreaktorbau-Gesellschaft mbH"(INB) gegründet.

Die RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) ist mit 68,8% , die niederländische N.V. Samenwerkende Elektriciteits-Produktiebedrijven (SEP) mit 14,8% , die belgische Synatom S.A. mit 14,8% und der britische Central Electricity Generating Board (CEGB) mit 1,6% an der SBK beteiligt.

An der INB sind die Interatom mit 70%, die niederländische, N.V. Neratoom und die belgische Belgonucleaire S.A. mit je 15% beteiligt („atomwirtschaft" 4/77).

Als der Bau für den SNR 300 Brüter begann, rechnete man noch mit Kosten von 1,5 Mrd. DM, von denen ca. 1 Mrd. DM aus Bundesmitteln stammten. Mittlerweile sind aber allein bis November 1976 2,3 Mrd. DM verbaut worden („Schnelle Brüter", Strohm, S. 34).

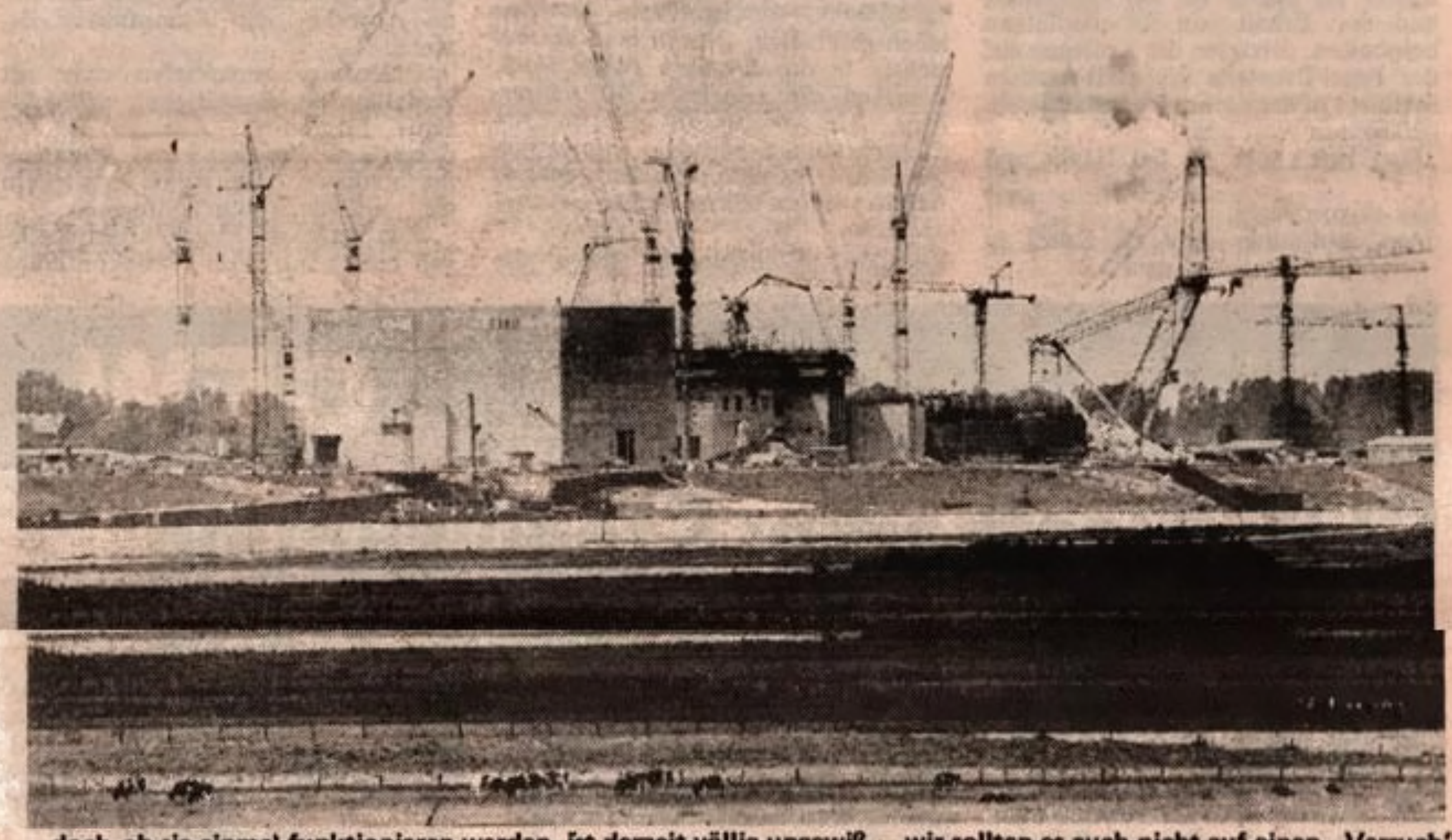
Für den geplanten SNR-2 (1300 MW) wurde ein weiterer Zusammenschluß vereinbart. Die Europäische Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft (ESK) wurde gegründet, in der die SBK mit 51%, die italienische Ente Nazionale per l'Energia Elettrica (ENEL) mit 33% und die französische Electricité de France (EdF) mit 16% beteiligt sind. Eine Organisation mit entsprechend umgekehrten Anteilen wurde für den Bau des französischen „Superphenix" gegründet (Centrale Nucleaire Europeenne Rapide S.A., NERSA) – Kosten wahrscheinlich 3 Mrd. DM.

Angesichts dieser Kosten kann der „Brüter" noch nicht einmal mit den Leichtwasserreaktoren konkurrieren!

Überhaupt wird der „Brüter" erst dann rentabel, wenn die Uranpreise drastisch von heute ca. 40 Dollar auf 200 - 400 Dollar pro kg angestiegen sind.

So will die Atomindustrie die angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit der „Schnellen Brüter" durch eine Flucht nach vorn lösen: Da angeblich der Brutfaktor bei steigender Größe immer günstiger wird, sollen Brüter von 2.000 - 3.000 MW (!) „Unabhängigkeit" und billigen Strom sichern.

An Größenwahn hat es dem Imperialismus noch nie gefehlt. Da diese Superbrüter riesige Mengen an Kühlwasser brauchen, zudem die Gefahren sich vervielfachen, sollen sie in der BRD ins Wattenmeer gebaut werden (Dornier-Studie). Ein weiterer Grund, diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten!



... doch ob sie einmal funktionieren werden, ist derzeit völlig ungewiß – wir sollten es auch nicht auf einen „Versuch" drauf ankommen lassen!

Die Wiederaufbereitung

Um den Brennstoffkreislauf zu vervollständigen, gehört zum Atomprogramm der BRD auch eine Wiederaufbereitungsanlage, deren Bau noch in diesem Jahr genehmigt werden soll. Die Wiederaufbereitungsanlage soll abgebrannte Brennstäbe der Leichtwasserreaktoren wiederaufbereiten, indem die Spaltprodukte, die für weitere Kernspaltung nicht mehr verwendet werden können, chemisch herausgetrennt werden. Das so gewonnene Uran kann nach erneuter Anreicherung zu neuen Brennstäben verwendet werden. Die Ersparnis beträgt dabei rund 20%. Allerdings ist der so gewonnene Brennstoff derzeit dreimal teuerer als Natur-Uran. Gleichzeitig wird das Plutonium herausgetrennt, das in »Schnellen Brü tern« verwandet werden soll. Später soll die Anlage auch aus den Brutreaktoren neue Brennelemente für die Leichtwasserreaktoren herausfiltern. Zwar läuft derzeit in Karlsruhe eine kleine Pilotanlage, die jährlich 40 Tonnen Brennelemente aufarbeiten kann (entsprechend für einen Reaktor vom Typ Biblis), jedoch ist die geplante Anlage für 1.500 t pro Jahr, für die derzeit 4 Mrd. DM Baukosten veranschlagt werden, eine völlig ungedeckte Karte auf die Zukunft, die aber allen Risiken zum Trotz durchgezogen werden soll.

Bei der Anlage würden 99%aller-radioaktiven Stoffe anfallen, täglich zwei bis drei Tieflader Brennelemente (nach „Spiegel",15.11.76).

Durch einen 400m hohen Schornstein sollen die bei Normalbetrieb anfallenden radioaktiven Stoffe so verdünnt werden, daß sie unter die vonder Bundesregierung für „tolerierbar"erklärte Dosis fallen.

Nur 1% des Inventars der Wiederaufbereitungsanlage würden als radioaktive Wolke, laut Atom—Fachmann Gofman, noch in 750km Entfernung ein Gebiet mit 165 km Radius verseuchen.

Und schließlich: *„Wenn eine Wiederaufbereitungsanlage...total zerstört würde, erübrigte sich jede weitere Maßnahme in Mitteleuropa"*(ebenda). Dieses Risiko wird ohne weiteres akzeptiert — das „Risiko", bei der Energie —Versorgung nicht eigene Quellen zu besitzen, scheint den Imperialisten weitaus höher.

Die Wiederaufbereitungsanlage wird mit allem Nachdruck vorangetrieben, obwohl derzeit überhaupt keine Großanlage zur Wiederaufbereitung funktioniert; lediglich weniger abgebrannteBrennelemente konnten bisher aufbereitet werden (siehe AK 102).

Ausgezeichnet dagegen „funktionieren" Wiederaufbereitungsanlagen, um daraus Atombomben bauen zu können. Ein Reaktor des Biblis-Typs kann Plutonium für 40Bomben (vom-Nagasaki—typ)pro Jahr liefern. Die Bombenherstellung ist beim Besitz vonWiederaufbereitungsanlagen eine einfache Sache. Während aus einer Anreicherungsanlage hochangereichertes Bombenuran nur über eine längeren Anreicherungsprozeß gewonnen werden kann, wobei erst aus ca. 1t Uran genügend Material für eine Bombe gewonnen werden könnte, kann aus einer Wiederaufbereitungsanlage innerhalb *„einer Woche oder vielleicht nur Tagen"* (laut „Spiegel", 15.11.76) eine Bombenwerkstatt gemacht werden. Bis dahin kann eine solche Anlage mit vielen Beteuerungen der rein „friedlichen" Verwendung versehen worden sein.

Aus diesem Grund versuchen die US-Imperialisten, die den Atomwaffenbesitz nicht in weiteren Ländern teilen möchten, den Export von solchen Anlagen zu stoppen. Am liebsten wäre es ihnen, wenn die Entwicklung derzeit völlig auf Eis gelegt würde.

Wird fortgesetzt!

Bau

Bauen im Ausland

Hohe Profite durch extreme Arbeitsbedingungen

Durch die zurückgehende Bautätigkeit im Inland haben sich die Baukapitalisten verstärkt auf den Auslandsbau umorientiert.

Betrug der Anteil des Auslandsbaues am Gesamtumsatz der Bauindustrie 1973 nur 2 %, so stieg er 1975 bereits auf 10 %. Branchenführer wie HOCHTIEF oder HOLZMANN bestritten 1976 bereits über die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland. Selbst der gewerkschaftseigene Baukonzern Neue Heimat baut für die israelischen Zionisten... . Bei zunehmendem Abbau von Arbeitsplätzen - allein in Westberlin müssen bis 1980 weitere 5000 im Baugewerbe Beschäftigte mit Entlassungen rechnen - sind viele Kollegen vor die Alternative gestellt, entweder im Ausland zu arbeiten, oder arbeitslos zu sein.

Wie skandalös jedoch Arbeitsbedingungen im Ausland sein können, berichteten etwa 50 aus Saudi-Arabien zurückgekehrte Bauarbeiter der Westberliner Baufirma Pegel & Sohn auf einer Pressekonferenz Ende Januar in Westberlin.

„Hau ab von Pegel, denn schlimmer ist's als Knast in Tegel"!

Die Kollegen arbeiteten auf einer Großbaustelle in der Nähe der saudi-arabischen Hauptstadt Riyadh - hier soll bis 1979 ein Wohnungsbauprojekt für die Armee mit einer Bausumme von ca. 1 Milliarde DM entstehen, und zwar von etwa 300 Berliner bzw. wetdeutschen sowie ca. 3ooo südkoreanischen Bauarbeitern.

Was die BILD-Zeitung und der Westberliner Senat in trauter Eintracht als Segen für die Wirtschaft und den Erhalt von Arbeitsplätzen bejubelten, drückten die Kollegen auf der Pegel-Baustelle in Saudi-Arabien schlüssig in dem schnell entstandenen geflügelten Wort aus:

„Man ruft's sich zu bei Nacht und Nebel,
hau ab von Pegel,
denn schlimmer ist's als Knast in Tegel".

Aus dem, was die Kollegen auf der Pressekonferenz schilderten, einige Auszüge:

- gearbeiet wurde an 6 1/2 Tagen in der Woche, täglich ca. 15 Stunden, im Monat also etwa 400 Stunden – und dies bei sowohl für Europäer als auch für die Koreaner extremen klimatischen Verhältnissen. Die koreanischen Kollegen wurden zu jeweils acht Mann in 15 qm große klimatisierte aber fensterlose Container gepfercht!
- Die Bezahlung liegt unter dem Inlandsniveau. So rechneten sich die Kollegen aus, daß sie bei entsprechender Stundenzahl in Berlin etwa 6.800 DM brutto erhalten hätten, in Saudi-Arabien verdienen sie aber nur insgesamt 5.100 DM incl. Auslandszulage etc. .
- Die Krankenversorgung auf der Baustelle in Riyadh wurde von einem Vertrauensarzt der Firma besorgt, der auf Anweisung der Firma sogar stundenweise krankschrieb oder z.B. einem Kollegen mit einem Handgelenksbruch noch leichte Lagertätigkeiten verschrieb - oder die Alternative stellte, selber zu kündigen.

Bezeichnend für die Gesundheitsversorgung ist z.B. , daß im Camp nicht einmal Gegenseren gegen Schlangen- oder Skorpionbisse vorhanden waren. Standardmedikament im Camp war Valium - der Arzt, der davon bis zu 10 Tabletten täglich verschrieb, hieß nur noch Dr. Valium.

Viele Sicherheitsvorschriften galten als unnötige Behinderung der Produktion. Sicherheitsschuhe fehlen heute noch. Langeisentransporte werden mit Lastwagen ohne Stirnwand zwischen Führerhaus und Ladefläche durchgeführt. Das ist lebensgefährlich. *„Wenn man da mal richtig in die Bremsen gehen muß, kommen die Langeisen ins Führerhaus. Als wir auf die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen hinwiesen, wurde uns gesagt: ‚Wir sind hier in Saudi-Arabien, da ist nichts mit Vorschriften.'"*

Reguläre Kündigungen waren die Ausnahme. Fristlose Entlassungen die Regel!

Versuche von Kollegen, sich gegen die Verhältnisse zu wehren, wurden im Keim unterdrückt. Ein Kollege machte den Vorschlag, eine Kollegenvertretung zu wählen - die Campleitung reagierte mit der fristlosen Entlassung des Kollegen. Trotz dieser drastischen Maßnahmen der Campleitung kam es zu Jahresbeginn zu den ersten Streikmaßnahmen der Kollegen. Die Firma konterte mit einem Rundschreiben:

„Alle Arbeitnehmer werden sofort entlassen, für den Fall, daß:
1. Arbeitnehmer streiken,
2. Arbeitnehmer andere Mitarbeiter zum Streik auffordern,
3. Arbeitnehmer während der festgesetzten Arbeitszeit die Arbeit niederlegen, um eventuelle Forderungen durchzusetzen."

Allein beim Westberliner Arbeitsgericht laufen derzeit ca. 45 Klagen gegen Pegel & Sohn, mit einer Gesamtforderung von etwa 1 Million Mark!

Ein Einzelfall?

Arbeitsbedingungen wie diese sind kein Einzelfall. Sie treten überall da auf, wo alle Rechte, die sich die Arbeiter in den letzten 100 Jahren erkämpft haben, außer Kraft gesetzt sind. Und dies ist z.B. im Iran oder in Saudi-Arabien so. Für Bauarbeiter im Ausland gelten weder Arbeitsrecht, Arbeitsschutz oder Tarifvertrag.

Diesen „gesetzlosen" Zustand nutzen die Baukapitalisten hinreichend aus, um die Produktionskosten zu senken und die Gewinne noch höher zu treiben. Die Baukapitalisten treffen dabei auf eine Arbeiterschaft, die im Ausland unvorbereitet fast ohne Abwehr- oder Kampfmittel dasteht.

Allerdings verschärfen sich mit Zunahme der Bautätigkeit westdeutscher Firmen im Ausland die Widersprüche, Probleme und Auseinandersetzungen - und somit entwickeln sich auch die Widerstandformen.

Die jetzt zurückgekehrten Kollegen haben mit ihrer Pressekonferenz eine Widerstandsmöglichkeit genutzt - den Weg an die Öffentlichkeit. Sie wollen damit nicht nur versuchen, auf das Problem der Auslandsbeschäftigung aufmerksam zu machen, sondern auch den noch in Saudi-Arabien arbeitenden Kollegen zu weiteren Kampfmaßnahmen den Rücken zu stärken.

Die Kollegen berichteten auch von bereits durchgeführten Boykottmaßnahmen, die die Firma auch zu einer Änderung der Arbeitsverträge zwangen.

Unter welchen Schwierigkeiten Kampfmaßnahmen z.B. in Saudi-Arabien durchzuführen sind (hier werden „einheimische" Arbeiter, die für den Aufbau von Gewerkschaften eintreten, kurzerhand geköpft oder gehängt), mußten 400 türkische Arbeiter erfahren, die bei einer westdeutschen Baufirma beschäftigt waren. Weil die Firma den Arbeitsvertrag nicht einhielt, verweigerten die 400 türkischen Kollegen die Arbeit. Die Baufirma informierte das Ministerium für Sicherheit und Ordnung - alle 400 Kollegen wurden unter Einsatz von Panzertruppen und Hubschraubern (!) festgenommen und in die Türkei abgeschoben (Hürriyet, 19.9.1976).

Die Erfahrungen, die die zurückgekehrten Kollegen machen mußten, faßten sie in den Forderungen nach

- Gültigkeit des westdeutschen Arbeitsrechts auch bei Arbeit im Ausland,
- einem Tarifvertrag für Auslandsarbeiten,
- der Wahl von Arbeitnehmervertretern,
- Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland.

zusammen.

Diese Forderungen richteten sie auch an die Verwaltung der IG Bau Steine - Erden, die sich bisher – bis auf Hilfe in Einzelfällen – kaum gerührt hat. Dank der Pressekonferenz der Kollegen wird das Thema Auslandsbau jetzt aber verstärkt unter westberliner Bauarbeitern und in der IG B-S-E diskutiert.

Und die Probleme mit dem Auslandsbau werden sich auch zukünftig noch verschärfen. Haben sich bisher hauptsächlich nur die größeren westdeutschen Baufirmen am Auslandsbau gesundgestoßen, so drängen jetzt auch vermehrt kleinere Firmen auf den gewinnversprechenden Markt. Denn die nachlassende Bautätigkeit ermöglicht im Inland keine Extraprofite mehr. In Konkurrenz zu den Großfirmen müssen sich die Kleineren mit etwas weniger Profit zufriedengeben, da sie billiger anbieten müssen, um an einen Auftrag heranzukommen. Diesen Gewinnverlust gleichen sie aber voll und ganz durch eine verschärfte Ausbeutung der Bauarbeiter aus, nicht wie normal üblich in ca. 180 Stunden, sondern in jetzt ca. 400 Stunden im Monat, und dadurch, daß sie die Löhne kürzen, an Sozialeinrichtungen, Gesundheitsversorgung, Sicherheitsmaßnahmen – rundum an allem, was Geld kostet, sparen.

Bei diesen Möglichkeiten beginnen jetzt auch die Großfirmen, die Arbeitsbedingungen im Ausland zu verschlechtern. Die in Westdeutschland vorhandene Reserverarmee arbeitsloser Bauarbeiter erleichtert den Firmen die verschärfte Ausbeutung im Auslandsbau. Arbeitskräfte bekommen sie ja!

Hauptstoßrichtung ist es daher – auch um die Arbeitsbedingungen im Ausland zu verbessern – den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu führen, wobei wir allerdings die Absicherung der Auslandstätigkeit durch Tarifverträge und Arbeitsrecht im Auge behalten und innerhalb der IG Bau, Steine, Erden weitertreiben müssen.

(Kollegen und Genossen, die bereits Erfahrungen mit dem Auslandsbau haben, bitten wir, sich mit uns über die Redaktion in Verbindung zu setzen).

Kollegen aus Westberlin

GEW

GEW Westberlin: Stabilisierung

Am 23./24. Mai fand die erste Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin nach dem Ausschluß aus GEW und DGB statt.

In dem von den kommissarischen Vorsitzenden vorgelegten Rechenschaftsbericht heißt es:*„Nach nur einem Vierteljahr läßt sich sagen: die GEW hat den Aderlaß vom 23.2. überwunden.*(Damals trat der alte Kujawa-Vorstand zurück und in Fristers „GEW im DGB" über, womit die Spaltung perfekt gemacht wurde. Während des ganzen Prozesses hat die GEW Westberlin 2.400 Mitglieder verloren – also längst nicht die von Frister erhoffte und angekündigte Hälfte aller Mitglieder – Anm. AK). *Alle Gremien arbeiten mit z.T. neu hinzugekommenen Kollegen. Überrascht und erfreut hat uns dabei die Bereitwilligkeit vieler bislang relativ wenig in unserer Gewerkschaft hervorgetretenen Kollegen, Funktionen zu übernehmen, mitzuarbeiten, neue Ideen einzubringen."* Als besonderer Erfolg wird die Initiative der Westberliner GEW zur Durchführung einer Demonstration am diesjährigen 1. Mai gewertet – der DGB hatte in Westberlin nur zu einer Saalveranstaltung aufgerufen.

„Demonstration (20.000 Teilnehmer – Anm. AK) *und Kundgebung des diesjährigen 1. Mai haben gezeigt, daß es richtig ist, die gewerkschaftlichen Forderungen auf die Straße zu tragen ... daß die GEW Berlin zu ihrem Kampf um den Erhalt der Mitgliederrechte, gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht allein steht, daß es den Vorständen nicht gelungen ist, die GEW Berlin durch Ausschluß aus dem DGB von den Kollegen in den anderen DGB-Gewerkschaften zu isolieren..."* („Berliner Lehrerzeitung", 5, 15.5.77).

Als weitere Maßnahme wurde auf der LVV die verstärkte Kontaktaufnahme zu anderen GEW-Landesverbänden und DGB-Gewerkschaften beschlossen, um sie zur Solidarität mit der Westberliner GEW aufzufordern. Dazu soll bis Mitte Juni eine Dokumentation erstellt werden, die in allen GEW-Landesverbänden und DGB-Gewerkschaften vertrieben werden soll.

Auch zu Lehrergewerkschaften anderer europäischer Länder sind Kontakte geknüpft worden.

Der Rechenschaftsbericht stellt fest, daß alle geplanten bildungspolitischen Aktivitäten durchgeführt werden konnten und vermerkt, daß es keinerlei vergleichbare Aktionen anderer Lehrerorganisationen in Westberlin gab. Auch für die nächste Zeit sind zahlreiche Veranstaltungen zur Mobilisierung der Basis an den Schulen geplant.

Darüberhinaus hat die GEW Westberlin eine Initiative zur Solidarisierung mit Heinz Brandt ergriffen, um den ihm drohenden Ausschluß aus der IGM zu verhindern.

„Ferner wird die GEW Berlin das Vorhaben eines weiteren Russell-Tribunals, das im Herbst 1977 in der Bundesrepublik stattfinden soll, und das die politische Unterdrückung in der BRD untersuchen soll, aktiv unterstützen" (Rechenschaftsbericht). Der 1. Vorsitzende, Gerhard Schmidt, führte dazu mündlich aus, daß er es auch für richtig halte, den Ausschluß der GEW Westberlin aus dem DGB selbst als einen wesentlichen „Fall" von Repression in der BRD vor das Tribunal zu bringen.

Die GEW Westberlin wird vor dem Arbeitsgericht die gerichtliche Auseinandersetzung mit dem GEW-Bundesvorstand über den Ausschluß weiterführen. Zunächst hatten zwei Mitglieder letztlich erfolglos eine Einstweilige Verfügung dagegen erreichen wollen (der alte Kujawa-Vorstand hatte sich mit zuletzt knapper Mehrheit gegen ein gerichtliches Vorgehen ausgesprochen). Dies wird als notwendig, aber nicht als „Hauptfront" des Kampfes um Rücknahme des Ausschlusses angesehen.

Es ist klar, daß den Personalratswahlen im Herbst auch im Hinblick auf diese Auseinandersetzungen besondere Bedeutung zukommt. Mit einer frühzeitigen Vorbereitung und einem möglichst guten Abschneiden will die GEW Westberlin für konsequente Interessenvertreter in den Personalräten sorgen und auch unter Beweis stellen, daß sie die legitime und von den Kollegen anerkannte gewerkschaftliche Vertretung der Westberliner Lehrer und Erzieher ist. Der kommissarische Vorstand hat sich bereits an die „GEW im DGB" zwecks Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten gewandt – ohne bisher Antwort zu erhalten.

Auf diese Weise soll der Wunsch zur Zusammenarbeit mit Kollegen in dem Frister-Verband konkretisiert werden, von denen ja die meisten allein wegen des Erhalts der Mitgliedschaft im DGB aus der GEW Westberlin ausgetreten sind. Man darf gespannt sein, ob Frister den Versuch unternehmen wird, eine solche Zusammenarbeit zu „verbieten".

Diskussion um die Perspektive

Aufgrund der offensichtlich zunächst einmal gelungenen Konsolidierung des Verbands und der guten Erfahrungen der 1. Mai-Demonstration setzte sich auf der Vertreterversammlung ein u.a. von den Bezirken Wedding, Neukölln und Tempelhof eingebrachter Antrag durch, in dem festgestellt wird: *„Die Verhinderung der Auflösung der GEW Berlin war und ist ein Erfolg im Kampf zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Interessen der Berliner GEW-Mitglieder. Für die Mitglieder der GEW Berlin gibt es im Kampf gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß der DGB-Führung und gegen die reaktionäre Bundessatzung Fristers keine andere Perspektive als die Wiederaufnahme in den DGB o h n e Preisgabe demokratischer Mitgliederrechte. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und alle die Mitglieder entrechtenden Bestimmungen der Bundessatzung müssen von der GEW (Bund) zurückgenommen werden."*

Weiterhin wird der HV erneut aufgefordert, *„die Kündigung der GEW Berlin vorbehaltlos zurückzunehmen."* Ein entsprechender Antrag an die im Herbst stattfindende Bundesvertreterversammlung der GEW wurde beschlossen.

Ein Antrag von 16 Delegierten des Bezirks Schöneberg wurde klugerweise von diesen selbst wieder zurückgezogen, da er auf der LVV sowieso abgelehnt worden wäre. Er unterscheidet sich von dem angenommenen Antrag im wesentlichen dadurch, daß er an Frister das Angebot macht, die *„Satzung der Bundessatzung anzupassen und auf den Vorbehalt einer eigenen Mitgliedschaft (...) zu verzichten, wenn die Bundesvertreterversammlung die Kündigung der GEW Berlin aufhebt und dann die beiden Berliner Landesverbände zu Fusionsverhandlungen beauftragt."*

Aus einer anderen Passage dieses Antrags geht hervor, daß die Verfasser unter einer „Fusion" der beiden Verbände *„auch geschlossenen Übertritt und Auflösung"* (der „alten" GEW natürlich) verstehen würden.

Seltsam mutet es auch an, daß an die Kollegen der GEW Westberlin mit erhobenem Zeigefinger appelliert wird, allerorts und jederzeit ihren Willen zur gewerkschaftlichen Einheit (mit dem Spalterverband) unter Beweis zu stellen (gegen wen richtet sich das eigentlich?). Ein ähnlicher Aufruf an fortschrittliche Kollegen in der „GEW im DGB" fehlt dagegen völlig. Unausgesprochen suggeriert das fast eine „eigene Schuld" der GEW Westberlin am Bestehen der Spaltung.

Das Stichwort für diese Auseinandersetzung wurde nicht zuletzt in einem Artikel der April-Ausgabe der „links" (Zeitung des SB) gegeben (das SB ist in der Frage der GEW Westberlin gespalten).

Die Autoren Funke, Isensee und Neusüss, die bereits in Fristers Spalterverband übergetreten sind, werfen darin u.a. den in der GEW Westberlin verbliebenen Kollegen vor, eine *„Rest-GEW"* zu unterstützen, in deren Verteidigung sich *„eine resignative Tendenz zur Ghettoisierung gegenüber den inaktiven, nicht so fortschrittlichen Lehrerkollegen innerhalb der eigenen Schule"* ausdrücke.

In der „neuen" GEW sei dagegen mit der Durchsetzung einer relativ demokratischen Landessatzung *„die mit der Neugründung durch rechte Kreise... beabsichtigte Zielsetzung in bisher allen wesentlichen Punkten"* gescheitert. Die zu wünschende Zusammenarbeit von Kollegen beider Verbände an der Basis wird hier nur als Schritt verstanden, a l l e Kollegen in der „GEW im DGB" zu organisieren. Hierbei von „Fusion" bzw. „Integration beider Verbände" zu sprechen, scheint uns recht sinnentstellend zu sein. Es geht schlicht um einen Übertritt in den Frister-Verband – und zwar unter den bestehenden Bedingungen.

Was das „linke Ghetto" in der „alten" GEW angeht, so war dieses zumindest am 1. Mai doch einigermaßen gesellig. Diese Demonstration übertraf an Stärke immerhin alle DGB-Demonstrationen in westdeutschen Großstädten, und zwar a u c h was die Mobilisierung in den Betrieben angeht. Auf wen trifft wohl angesichts dieser Erfahrung die Bezeichnung „Rest-GEW" besser zu?!

Den Kollegen ist keineswegs eine falsche Einschätzung des Masseneinflusses der GEW Westberlin vor-

Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

zuwerfen (solche falschen Einschätzungen gab es dort auch). Was ihnen allerdings vorzuwerfen ist, ist die Behauptung, der Verbleib im DGB biete automatisch und unter allen Umständen bessere Bedingungen zu einer breit angelegten gewerkschaftlichen Basisarbeit.

Den Beweis für diese Behauptung bleiben sie schuldig. Eine Auseinandersetzung mit der Strategie von Frister und Co. – nämlich mit Hilfe der „Zentralisierung" die GEW Basisarbeit und demokratische Willensbildung ähnlich wirksam wie in den anderen DGB-Gewerkschaften zu behindern – findet gar nicht erst statt. Stattdessen wird mit der dummen Unterstellung operiert, die fortschrittlichen Kollegen hätten vor den Schwierigkeiten einer „wirklich breiten" gewerkschaftlichen Arbeit kapituliert.

Funke, Isensee und Neusüss rühmen sich, in der „neuen" GEW relativ demokratische Strukturen gegen den Willen ihrer Initiatoren durchgesetzt zu haben. Sie verschweigen – und darin liegt das Unehrliche ihrer Argumentation – die bedingungslose Anerkennung der Bundessatzung („Generalklausel") in diesem Verband – eben der entscheidende Punkt der gesamten Auseinandersetzung. Dadurch ist die Bundes-GEW ermächtigt, neue Satzungen zu „erlassen", ohne den Landesverband überhaupt zu befragen. Eine neuerliche Einschränkung von Mitgliederrechten und Gleichschaltung der jetzt bestehenden Landessatzungen ist von Frister bekanntermaßen tatsächlich geplant.

Frister hat seine bisherigen Maßnahmen schließlich nie durch „Überzeugung", sondern n u r mit der Drohung des Ausschlusses erpresserisch durchgesetzt. Funke, Isensee und Neusüss müßten (und werden!) also auch in dieser weiteren bevorstehenden Auseinandersetzung nachgeben – im Sinne ihres Kampfes gegen die linke „Ghettoisierung". Nur soll man dann nicht prahlen, in der „GEW im DGB" sei schon alles demokratisch und in Ordnung...

Die Gegenposition innerhalb des SB wird beispielsweise von H. Horst vertreten, der sich in einem Diskussionsbeitrag der „Berliner Lehrerzeitung 5" gegen eine „Fetischisierung" der DGB-Mitgliedschaft wendet. Gerade diese Haltung vieler Linker habe Fristers Spaltungsmanöver überhaupt erst ermöglicht, denn *„allein hätte die total diskreditierte Rechte hier keine Gewerkschaft mehr bilden können. Und diese Linken waren es ja auch, die in den anderen Landesverbänden mit ihren Stimmen für die Durchsetzung der undemokratischen Satzungsstruktur sorgten, so daß die GEW Berlin in eine relative Isolierung geraten konnte."*

Zu völligem Schrott ist inzwischen der KBW verkommen, der zum 1. Mai eine aufwendige Kampagne gegen die GEW-Demonstration betrieben hatte, die er als gewerkschaftsfeindlich und spalterisch bezeichnete. Die GEW dürfe nicht zum *„organisierten oppositionellen Zentrum gegen den DGB gemacht"* werden („KVZ-Extra", 15.4.). Die KBW'ler gingen dabei so weit, einen Sitzungssaal zu besetzen, um die Maivorbereitungen der GEW zu behindern.

Auf der Landesvertreterversammlung fielen sie mit der Aufstellung einer Kandidatin zur 1. Vorsitzenden voll auf den Bauch. Sie bekam nur 16 Stimmen, während der bisherige kommissarische 1. Vorsitzende G. Schmidt mit 191 Stimmen bestätigt wurde. Vom KBW fehlt bislang eine Stellungnahme, was ihn überhaupt noch in der GEW Westberlin hält.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg: Urabstimmung beschlossen

Bei nur 3 Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde auf der Vertrauensleuteversammlung der Hamburger GEW am 26.5. die Einleitung einer Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik gegen die geplanten Besoldungsverschlechterungen beschlossen. Obwohl der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Voscherau, die Lehrer mit der Ankündigung von Disziplinarmaßnahmen und der Behauptung, ein Lehrerstreik wäre »schülerfeindlich« („Welt", 26.5.) einzuschüchtern versucht hatte, wurde diese Versammlung zu einer eindrucksvollen Manifestation der Kampfbereitschaft der Kollegen.

Kontrovers diskutiert wurde wiederum die Frage der Streikziele. Hatte die VV vom 2.5. noch mit großer Mehrheit beschlossen, neben der Abwehr der Besoldungsverschlechterungen auch die Forderung nach Einstellung aller Lehrer und nach Senkung der Klassenfrequenzen zum Streikziel zu erheben, so hatte in der Folge eine massive Kampagne des Vorstands eingesetzt, um einen reinen Besoldungsstreik durchzusetzen. So erklärte auf der VV der GEW-Vorsitzende Lemke noch einmal: *»Wenn wir mehr beschließen, als wir durchsetzen können, so wird es keinen Streik geben«.*

Während der ehemalige Vorsitzende Wunder offen sagte, man dürfe nicht den Eindruck erwecken, man führe einen politischen Streik und müsse »rechtlich einwandfrei«, d. h. nur auf die Besoldungsfrage bezogen, vorgehen, erklärte Lemke, es sei zwar höchste Zeit, daß die Arbeitsplatzsicherung auch mal zum Streikziel erhoben würde, aber dies sei heute ein Schritt zu weit.

Nachdem noch im letzten Jahr sowohl von der Lemke-Fraktion als auch von den Rechten die Einleitung einer Urabstimmung über Streik für die Einstellung aller Lehrer mit dem Argument abgelehnt wurde, die Kollegen seien noch nicht soweit, muß die jetzige Einhelligkeit für die Einleitung zur Urabstimmung verwundern. Selbst Frister, der bisher alle Streikvorhaben boykottiert hatte, ließ verlauten, daß der Hauptvorstand einen Streik billigen werde, wenn die Hamburger Vertrauensversammlung einen solchen beschließe. Offensichtlich wollen die Rechten vor der bevorstehenden Bundesvertreterversammlung im Herbst keinen weiteren Zündstoff anhäufen, da sich der Ausschluß der GEW Westberlin bisher als Bumerang für den Bundesvorstand entwickelt hat.

Mit aller Macht wurde jedoch sowohl von den rechten als auch den »linken« Sozialdemokraten versucht, bildungspolitische Ansätze aus dem Streik herauszuhalten. Bezeichnend ist aber ebenso das Verhalten von DKP- wie auch SB-nahestehenden Kollegen. Hatten diese noch auf der VV am 2.5. für die Verankerung der drei Streikziele votiert, kippten sie in der Zwischenzeit vollständig um. Gerade der DKP-orientierte AjLE war sich nicht zu schade, selbst nach hanebüchenen »Argumenten« für die Einschränkung des Streiks auf die Besoldung zu suchen. So tischte er plötzlich auf, mehrere Streikziele würden die Kollegen »spalten«, da nicht alle Kollegen für die Forderung nach Einstellung aller Lehrer streiken würden. Dies ist ebenso absurd wie die Ansicht der »Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe« (die gibt's auch noch), eine Beschränkung auf e i n Streikziel (Besoldung) würde die Kollegen spalten, da hiervon »nur« ein Teil betroffen sei, und die anderen Lehrer, insbesondere Referendare, als Streikbrecher eingesetzt werden könnten. Die Frage der Spaltung macht sich mit Sicherheit nicht an dieser Frage fest, sondern ist eine Sache des politischen Bewußtseins, das innerhalb der Streikvorbereitungen entwickelt wird. Die Spaltung wird die Bourgeoisie vor allem durch die Verstärkung des Drucks auf einzelne Kollegen zu erreichen versuchen.

Das Ergebnis der Kampagne des Vorstands war, daß sich auf dieser VV »nur« noch etwa ein Drittel der Vertrauensleute für einen Streik mit zusätzlich bildungspolitischen Streikzielen aussprach, während es noch auf der VV am 2.5. ca. zwei Drittel waren.

Unabhängig von dieser Entscheidung wird es jetzt darauf ankommen, alle Kräfte auf die Vorbereitung und Durchführung des Streiks zu konzentrieren. Erst dann wird sich auch zeigen, wieweit zu gehen die Sozialdemokraten wirklich bereit sind.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Radikalenjagd in der GEW

Ein eindrucksvolles Beispiel, wieweit die Gesinnungsschnüffelei in der GEW bereits gediehen ist, sind die Vorgänge um den Ausschluß der ehemaligen Vorsitzenden des Kreisverbandes Neuwied (Rheinland-Pfalz) aus der GEW.

Im September 76 verabschiedete der Kreisvorstand Neuwied einstimmig Resolutionen gegen den Ausschluß eines Kollegen

Pfalz) aus der GEW.
Im September 76 verabschiedete der Kreisvorstand Neuwied einstimmig Resolutionen gegen den Ausschluß eines Kollegen

wegen angeblicher KBW-Mitgliedschaft und gegen den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin. Diese Resolutionen wurden auf einer GEW-Veranstaltung im Oktober dem anwesenden Bundesvorsitzenden Frister zur Kenntnis gebracht. Frister rechtfertigte den Ausschluß des Kollegen, dem die Teilnahme an KBW-Veranstaltungen zur Last gelegt wurde, mit den Worten: *„Nicht jede Wahrnehmung demokratischer Rechte wird durch die Satzung des DGB abgedeckt."* Außerdem wurde die Kreisvorsitzende von Frister massiv angegriffen. In einem von Frister angefertigten „Vermerk" liest sich das so:

„Ich habe Frau H. damals abschließend erklärt, daß mir ihre Diskussionsart bisher nur aus der Begegnung mit Vertretern extremistischer Parteien wie KBW und KPD bekanntgewesen sei. Im übrigen hätte mich auch ihre inhaltliche Argumentation – Diffamierung von GEW und DGB als koalitionshörig, absolute gewerkschaftliche Inaktivität der GEW – an die Agitation von KBW oder KPD erinnert ... Ich berichtete dem Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Kollegen Emil Knops, über diese hinsichtlich der Zusammensetzung und des Verlaufs bemerkenswerte Gesprächsrunde unter der Firma eines GEW-Kreisverbandes."

Knops reagierte prompt: In einem Schreiben an alle Mitglieder im Kreisverband Neuwied zog er gegen die Kreisvorsitzende vom Leder:

„Kollege Frister hat berichtet, daß die Wortführer in der Versammlung, unter ihnen insbesondere die Kreisvorsitzende H.H., zugunsten einer Tätigkeit von KBW-Angehörigen oder Sympathisanten in der GEW Stellung genommen haben ... Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Politik der Vorsitzenden bzw. des Vorstandes des Kreisverbandes Neuwied, die im Widerspruch steht zur Politik des Bundesvorstandes und des Landesverbandsvorstandes, die Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedschaft im Kreisverband Neu-

spruch steht zur Politik des Bundesvorstandes und des Landesverbandsvorstandes, die Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedschaft im Kreisverband Neu-

wied findet und von ihr getragen wird ... Vielleicht geben Sie auf dem Vordruck (ein frankierter Rückumschlag war auch beigelegt, Anm. AK) *zusätzlich eine Stellungnahme zu der Politik des Vorstandes bzw. der Vorsitzenden des Kreisverbandes Neuwied ab".*

Nach dieser Aufforderung zur Denunziation lud der Landesvorsitzende zu einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Neuwied ein, an der auch Frister teilnahm. Zuvor wurden aber noch die Mitglieder in diversen Briefen bearbeitet. So schrieb der Landesvorsitzende Knops:

„Ich hoffe sehr, daß es uns in der Versammlung am 16.12.76 gelingt, die Phase des Mißbrauchs unserer Gewerkschaft für gewerkschaftsschädliche, extrem parteipolitische Zwecke im Kreisverband Neuwied zu beenden und die Voraussetzungen zu schaffen für eine Gewerkschaftsarbeit, in deren Mittelpunkt die Interessenvertretung unserer Mitglieder steht, und die auch von der großen Mehrheit der Mitgliedschaft getragen werden kann und – so hoffe ich – dann auch aktiv getragen wird.".

Ebenfalls erhielten alle Mitglieder die Kopie eines Schreibens von Frister an die Kreisvorsitzende, in dem es heißt: *„Ich wiederhole allerdings meine Feststellung aus dem Gespräch, daß Ihre kriminelle(!) Methode zu argumentieren und diskutieren der Agitation von KBW, KPD oder ähnlichen linksextremistischen Gruppen und deren Anhängern entspricht".*

Derart vorbereitet fand dann am 16.2.76 die Mitgliederversammlung statt. Als nach dreistündiger Diskussion der Kreisvorsitzenden H.H. immer noch kein Mißbrauch ihres Amtes nachgewiesen werden konnte, meldete sich ein Denunziant und erklärte, Frau H.H. habe vor zwei Jahren nach einer GEW-Versammlung eine Unterschriftenliste für einen Wahlvorschlag der KPD herumgegeben, was von H.H. nicht bestritten wurde. In einem – vom Bezirksvorsitzenden der GEW unterdrückten – Bericht des Bezirkspressereferenten der „Westdeutschen Schulzeitung" (Zeitung der GEW in Rheinland-Pfalz) heißt es über diese Versammlung: *„Da sich in*

Bericht des Bezirkspressereferenten der „Westdeutschen Schulzeitung" (Zeitung der GEW in Rheinland-Pfalz) heißt es über diese Versammlung: *„Da sich in*

Neuwied keine Mehrheit für diese Absicht (H.H. abzusetzen, Anm. AK) *ergab, an der auch nur wenig Mitglieder interessiert waren, beschloß man auf der Vorstandssitzung des Bezirks, das nachzuholen, wozu sich die Neuwieder nicht bereitfanden."*

Bevor der Bezirksvorstand den Ausschlußantrag gegen H.H. stellte, forderte er eines seiner Mitglieder auf, ein Gedächtnisprotokoll über ein privates Gespräch mit H.H. anzufertigen. In diesem Gedächtnisprotokoll heißt es u.a.:

„Das Gespräch mit Frau H. wurde von mir u.a. auch gesucht, um zu ergründen, ob bei ihr ein Sinneswandel stattgefunden hat. Ein deutlicher Hinweis darauf war nicht erkennbar".

Der Landesvorsitzende Knops setzte die Mitglieder des Kreisverbandes Neuwied von dem Ausschlußantrag in Kenntnis und ergänzte:

„Es genügt nicht, auf (sicher notwendige) Maßnahmen ‚von oben' zu warten". Er forderte die Mitglieder auf, bei den anstehenden Wahlen zum Kreisvorstand andere Kandidaten zu wählen, was dann auch prompt befolgt wurde. Wegen „Unterstützung der KPD" wurde H.H. daraufhin aus der GEW ausgeschlossen. Obwohl die Unterschriftenliste für die Zulassung der KPD zur Landtagswahl 75, die H.H. nach Beendigung einer GEW-Veranstaltung rumgereicht hatte, erst zwei Jahre später moniert wurde, wurde ihr Ausschluß mittlerweile vom Hauptausschuß bestätigt.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Fristers »Reformvorschlag«:

Fristers »Reformvorschlag«: Schärfer gegen Kommunisten

In den Nummern 7 und 8 der »Neuen Deutschen Schule« (Organ der GEW in NRW) hat der Bundesvorsitzende Frister seine neuesten Gedanken zu den Berufsverboten unter dem Titel »Der Radikalenerlaß, ein Dauerbrenner« zum Besten gegeben. Als Vorsitzender einer Gewerkschaft, in der der Protest gegen die Berufsverbote besonders stark ist, hat natürlich auch Frister einige »Bedenken« gegen die Praktiken des Radikalenerlasses - aber welche! So bemängelt er am Verfassungsschutz, daß dieser bei seiner Schnüffelei allzu wahllos vorgehe, *»anstatt sich auf die Kontrolle der extremistischen Parteien und Gruppen zu konzentrieren.«* Weiter »kritisiert« er die »uneffektive« Arbeit des Verfassungsschutzes, weil *»Tausende von jungen Bürgern wegen Lächerlichkeiten verdächtigt* [werden], *während Dutzende von Angehörigen des den Bürgerkrieg propagierenden KBW unbeanstandet in den öffentlichen Dienst gelangen.«*

Weiter beklagt er die Rechtsunsicherheit in der Praxis des Radikalenerlasses, die nur den Kommunisten bei der *»Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik und ihre staatlichen Organe«* nütze. *»Ins Ausland bis nach Amerika reicht die kommunistische Agitation in Gewerkschaften und anderen Organisationen gegen das ‚Berufsverbot' in der BRD«.*

Gegenüber dieser *»Begünstigung der Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung«* schlägt er eine »Reform« des Radikalenerlasses vor, eine Reform wie sie wahrlich nicht sozialdemokratischer sein könnte.

Danach sollen »nur noch« diejenigen aus dem Staatsdienst fliegen, die durch *»Handlungen, Wort oder Schrift«* gegen die »fdGO« verstoßen. Worin sich dies allerdings von den bisherigen Praktiken unterscheiden soll, darüber schweigt sich Frister aus. Eine politische Betätigung von Beamten in der Freizeit soll nicht geahndet werden, *»solange sie nicht strafrechtlich zu beanstanden ist.«* Dies hört sich zunächst so an, als würde der Kreis tatsächlich eingeschränkt werden, der Begriff »strafrechtlich zu beanstandenden Verhaltens« kann allerdings ebenso ausgeweitet werden wie die berüchtigte »Verfassungstreue«; öffentlicher Protest gegen die Berufsverbote kann z. B. durchaus strafrechtlich belangt werden, da es nach offizieller Lesart keine Berufsverbote gibt, und dies somit eine »Beleidigung für die staatlichen Organe der BRD« darstellt. Ganz zu schweigen von Teilnahme an verbotenen Demonstrationen (wie z. Brokdorf), Hausbesetzungen, Streikaktionen an der Uni usw. Und schließlich fordert Frister: *»Mißbraucht ein Beamter sein Amt zur Arbeit für eine Partei oder eine Gruppe, so ist er zu bestrafen oder zu entlassen«.* Er meint damit sicherlich nicht die tägliche Indoktrination der Schüler durch SPD- oder CDU-Lehrer, die ihren Schülern "fortschrittliche" Lehrinhalte zu vermitteln suchen.

Zynisch und demagogisch sind diese »Reformpläne« Fristers schon deshalb, weil er genausogut wie jeder andere in diesem Lande weiß, daß die Praxis der Berufsverbote nicht allein und nicht einmal in erster Linie dem Rausschmiß der Linken aus dem Staatsdienst dient, sondern um einen großen Teil der Studenten und Lehrer abzuschrecken und die Linken zu isolieren. Demagogisch ist vor allem sein Versuch, die Berufsverboteopfer in zwei Kategorien einzuteilen: die einen, die es verdient haben, und die anderen, die »nur« Opfer des »Versagens« des Verfassungsschutzes geworden sind.

Von einer »Reform« des Radikalenerlasses zu sprechen, bei gleichzeitiger Forderung nach schärferer und gezielterer Verfolgung der Kommunisten, das kann sich wohl nur ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer leisten. Hoffentlich nicht mehr lange!

Lehrergruppe
KB / Sympathisanten Köln

Erstes Ausschlußverfahren in der GEW Bayern

Am 30. März hatte Frister den ersten Vorsitzenden des Landesverbandes Bayern, Dr. Eckart, in einem Brief aufgefordert, prüfen zu lassen, ob zwischen dem GEW-Mitglied C.M. und der gleichnamigen Münchner Kontaktadresse für die Zeitschrift »Neue Erziehung« der »Initiative für den Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher« *»tatsächlich Personenidentität besteht«* (eine »KPD«-orientierte Organisation).

Eckart reagierte darauf nicht in der von Frister gewünschten Art und Weise. Er weigerte sich, Mitgliederbeiträge für Verfassungsschutz- und Polizeidienste zu verschleudern. Frister solle sich, um die gewünschte Auskunft zu erhalten, an C.M. direkt wenden.

Frister, dem der Landesverband Bayern ein Dorn im Auge ist, weil er in Köln und Mainz gegen die Bundessatzung gestimmt und sich wiederholt gegen die UVBs ausgesprochen hat, gab nicht auf. In einem Brief vom 22.4. richtete sich der Hauptvorstand direkt an Kollegen C.M. und forderte ihn zu einer schriftlichen Stellungnahme zur Nennung seiner Adresse als Kontakt in der »Neuen Erziehung« auf. *„Sollten Sie tatsächlich für den BSLE tätig sein, so verstieße dies gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB und müßte den Ausschluß aus unserer Gewerkschaft zur Folge haben«.* Gleichzeitig informierte Frister den bayrischen Landesvorsitzenden über seinen Schritt und beklagte sich bei ihm darüber, daß er seine »Bitte« abgeschlagen habe. *»Offenbar«*, so belehrte er ihn, *»ist Ihnen bisher entgangen, daß es sich beim BSLE um eine gewerkschaftsfeindliche Organisation handelt«.* Eckarts Weiterung mit dem Hinweis darauf, daß dies Verfassungsschutz- und Polizeimethoden seien, wies er als »abwegige Reaktion« zurück, die auf einem »Informationsmangel« beruhen müsse, denn andernfalls liege der Verdacht nahe, Eckart wolle *»bewußt die GEW zum Tummelplatz von Linksextremisten machen.«*

Kollege C.M. machte Fristers Unterfangen, auch dem Landesverband Bayern zu demonstrieren, wer seit Mainz und Köln der Herr im Haus ist, ein leichtes Spiel. Ohne Rücksprache mit seinen Kollegen verteilte er am 1. Mai auf der Kundgebung des DGB einen »Offenen Brief« an Frister, auf dessen Rückseite ein Flugblatt des BSLE abgedruckt war.

Diesen »Offenen Brief« nahm der Bezirksvorstand des Bezirksverbandes Oberbayern zum Anlaß, um von sich aus Ausschlußantrag gegen C.M. zu stellen. Das am 1. Mai verteilte Flugblatt sei satzungswidrig und gewerkschaftsschädigend, weil es eine *»öffentliche Kampfansage gegen die ‚FDGO'«* enthalte und das *»Bekenntnis zur ‚Freiheitlich-demokratischen Grundordnung' ... unerläßliche Voraussetzung der Mitgliedschaft in der GEW«* sei.

Auf der Delegiertenversammlung des GEW-Bezirks Oberbayern wurde dieser Ausschlußantrag mit 32:28:18 zurückgewiesen. Erst nach einer erneuten - voneinem DKPler (!) angeregten - Debatte über C.M.'s Position zur »fdGO« erhielt er schließlich doch noch eine Mehrheit.

Auffallend ist, daß dieses Ausschlußverfahren ausschließlich mit der Haltung zur »fdGO« begründet wird, was die Parallele zwischen Radikalenerlaß und Unvereinbarkeitsbeschlüssen noch einmal unterstreicht.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Bundessatzung übernommen

Baden-Württemberg. Die Landesvertreterversammlung der GEW Baden-Württemberg vom 16. bis 18. Mai 1977 übernahm bei 286 anwesenden Delegierten bei nur 15 Nein-Stimmen und 20 Enthaltungen die Bundessatzung. Damit hat sich einer der größten Landesverbände der GEW dem Diktat Fristers gebeugt.

Jetzt haben alle Landesverbände außer Rheinland-Pfalz, wo eine Abstimmung gar nicht erst durchgeführt werden soll, der Bundessatzung einschließlich »Abhängigkeitsklausel« (Bundessatzung hat Vorrang vor der Landessatzung) und Unvereinbarkeitsbeschlüssen zugestimmt.



Frauen



Arbeitsrecht für Frauen - Schutz vor Gesundheitsgefahren oder Hemmschuh für die Emanzipation?

Durch das bestehende Arbeitsrecht ist es Frauen in der BRD nicht möglich, an allen Arbeitsplätzen, unter allen Bedingungen und zu jeder Zeit tätig zu sein.
Es gibt Stimmen, die dies für einen notwendigen Schutz vor Gefahren halten, denen Frauen am Arbeitsplatz ausgesetzt sein könnten.
Es gibt aber auch Stimmen, die eine weitgehende Abschaffung der besonderen Schutzbestimmungen für Frauen im Arbeitsrecht fordern, weil sie in erster Linie darin eine Benachteiligung der Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen sehen.
Wir wollen in diesem Artikel aufzeigen, worin der besondere Arbeitsschutz für Frauen tatsächlich besteht, wie er täglich „angewendet" wird.

Wenn man den Verlautbarungen der bürgerlichen und der Gewerkschaftspresse glauben darf, so scheint die rechtliche Absicherung der arbeitenden Frau in der BRD recht umfassend und gut zu sein.

„*Der Arbeitsschutz umfaßt alle Bereiche, die den Schutz des Arbeitnehmers vor Unfall- und Gesundheitsgefahren dienen*", heißt es im „Handbuch der Vertrauensleute" der IG Metall und:
„Handbuch der Vertrauensleute" der IG Metall und:

„*Durch das Mutterschutzgesetz von 1952 ist die berufstätige Frau und mit ihr auch das Kind während der Schwangerschaft sowie nach der Entbindung ohne finanzielle Einbussen vor Gesundheitsschäden geschützt*" (ebenda S. 298).

Eine bürgerliche Arbeitswissenschaftlerin geht sogar noch weiter: Sie behauptet, daß das besondere Arbeitsrecht für Frauen „*Schutzvorschriften seien, die der körperlichen und seelischen Eigenart der Frau, ihren speziellen biologischen oder soziologisch bedingten Aufgaben Rechnung tragen*" (Helga Laege „Die Frau im Produktionsprozeß", S. 128).

Für die Kapitalisten scheint dieses spezielle Recht, wollte man ihr glauben, recht große Einschränkungen bei ihren „unternehmerischen Entscheidungen" zu bedeuten:

„*Die arbeitsrechtlichen Sonderbestimmungen für die arbeitende Frau haben öffentlich-rechtlichen Charakter und stehen bei Zuwiderhandlung ... meist unter Strafsanktion. Nach herrschender Ansicht enthalten die schutzrechtlichen Bestimmungen zugunsten der arbeitenden Frau zugleich eine Konkretisierung der allgemeinen Fürsorgepflicht des Arbeitgebers. Aus der Nichtbeachtung der Schutzvorschriften durch den Arbeitgeber erwachsen somit u.U. auch vertragliche Schadensersatzpflichten*" (ebenda S. 128).

Wir Frauen können, so scheint es, zufrieden sein.

Was ist nun das besondere Arbeitsrecht für Frauen?

„*Das Arbeitnehmerschutzrecht für Frauen ist in keinem einheitlichen Gesetzeskomplex zusammengefaßt, sondern bildet eine Ansammlung einer Vielzahl von Rechtsverordnungen, Erlassen, Unfallverhütungsvorschriften und Einzelbestimmungen... Das Arbeitnehmerschutzgesetz für Frauen hat drei Bestandteile: Arbeitszeitbeschränkungen, besondere Beschäftigungsverbote und das Mutterschutzgesetz*" (Marlies Dobberthien, Der Frauenarbeitsschutz).

In jedem Buch für Frauenarbeitsrecht steht als „Präambel" eine Erläuterung des G l e i c h h e i t s g r u n d s a t z e s. Grundlage dieser Bestimmung ist der Artikel 3 des Grundgesetzes: „*Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt oder bevorzugt werden*". 1955 hat das Bundesarbeitsgericht daraus eine verfassungsmäßige Garantie der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz und der Lohngleichheit abgeleitet (1 AZR 305/54). Die Mehrheit der Länderverfassungen hat zudem den Lohngleichheitsgrundsatz ausdrücklich festgelegt.

Die Tatsache allerdings, daß die Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsprozeß überhaupt erwähnt und festgeschrieben wird, zeigt, daß es die Benachteiligung von arbeitenden Frauen gegeben hat und gibt. Annemarie Renger schreit heute noch nach der „Vorzeigefrau", mit der sie „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit" juristisch durchfechten will. Die Existenz von Frauenabschlagsklauseln bis vor wenigen Jahren, die Existenz von Leichtlohn – sprich Frauenlohngruppen bis auf den heutigen Tag, lassen allerdings an den hochtrabenden juristischen Formulierungen zweifeln.

Die Bestimmungen im einzelnen

– Der erste Komplex der Schutzbestimmungen ist das sogenannte Mutterschutzgesetz. Danach dürfen Schwangere in den letzten sechs Wochen vor und den ersten acht Wochen nach der Geburt nicht beschäftigt werden, außer, wenn sie sich ausdrücklich dazu bereit erklärt haben. Eine werdende Mutter darf nicht mit Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit beschäftigt werden und offiziell auch nicht mit schwerer körperlicher oder gesundheitsgefährdender Arbeit (§ 4). Im Einzelfall darf eine Frau nach der Geburt auch weiterhin zu Hause bleiben, wenn sie infolge der Geburt noch arbeitsunfähig ist (§ 6). Und ist sie in den ersten Monaten noch nicht voll leistungsfähig, so darf sie mit ärztlichem Zeugnis nur im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit eingesetzt werden (§ 6).

Wenn das alles gedacht ist, damit Frauen „*für diese Zeit einen weitgehenden Schutz g e n i e ß e n*" (Helga Laege, Die Industriefähigkeit der Frau; Hervorhebung von uns), ist es eigentlich unerklärlich, daß berufstätige Frauen eine erheblich höhere Quote an Früh- und Fehlgeburten haben und daß die Säuglingssterblichkeit bei ihnen besonders hoch ist. So hatten z.B. Druckereiarbeiterinnen siebenmal so häufig eine Frühgeburt und fünfmal so häufig einen Abort wie Hausfrauen. Einer anderen Untersuchung zufolge hatten 13,7% der berufstätigen Frauen, aber nur 8,7% der Nichtberufstätigen eine Frühgeburt. Es gibt Untersuchungen, die andeuten, daß die Fruchtbarkeit von Fabrikarbeiterinnen hinter der von Nichtberufstätigen stark zurückbleibt (nach Marliese Dobberthien, der Frauenarbeitsschutz).

– Es gibt dann eine Reihe von Beschäftigungsverboten, die das Ziel haben, „*die Beschäftigung von Frauen mit bestimmten, besonders schweren oder gesundheitsschädigenden Arbeiten überhaupt zu verbieten*" (Helga Laege, s.o. S. 130). So ist es für Frauen beispielsweise grundsätzlich verboten, Untertage im Bergbau zu arbeiten (§ 16 der AZO), in Kokereien beschäftigt zu werden und Betriebsarbeiten in Hochöfen und Stahlwerken zu machen.

So gibt es eine Reihe von Beschäftigungsverboten nach § 120 der Gewerbeordnung wie etwa Anstreicherarbeiten mit bleihaltigen Stoffen, Arbeiten unter Druckluft oder das Vulkanisieren von Gummiwaren.

So haben die Unfallverhütungsvorschriften ebenfalls einige Verbote und Beschränkungen für Frauen, wie z.B. Abbrucharbeiten in Hoch- und Tiefbau, Sprengarbeiten und das Handhaben von Preßlufthämmern.



– Grundsätzlich gilt für Frauen als regelmäßige Arbeitszeit der Acht-Stundentag (§ 8 der AZO). Auch bei Anwendung aller an sich gestatteten Ausnahmen ist es nicht erlaubt, Frauen länger als zehn Stunden zu beschäftigen. An den Tagen vor Sonn- und Feiertagen darf die Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten (§ 17 AZO). Weiterhin gibt es ein generelles Verbot der Nachtarbeit für die Zeit von 20 – 6 Uhr. In Betrieben, die in mehreren Schichten arbeiten, dürfen die Arbeiterinnen bis 23 Uhr beschäftigt werden (§ 19).

Die Arbeitszeitordnung regelt weiterhin die Dauer und Häufigkeit von Ruhepausen während der Arbeit. Während Männern erst nach sechs Stunden eine Ruhepause gewährt werden muß, hat dies bei Frauen „schon" nach viereinhalb Stunden zu geschehen.
Dies sind in Kürze die einzelnen Komplexe des Frauenarbeitsschutzes. Als eine Besonderheit bei der Beurteilung dieser Bestimmungen muß gelten, daß in der Öffentlichkeit, in der Fachliteratur und selbst innerhalb der DGB-Gewerkschaften alle Gesetze als feststehende Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, als unumstößliche Prinzipien einer sog. „Arbeitswissenschaft" gelten.

Wie und aus welchen Gründen hat sich der Frauenarbeitsschutz denn tatsächlich entwickelt?

Während 1802 in England und 1839 in Preußen die ersten Gesetze zum Schutz arbeitender Kinder formuliert wurden, treten erst 1878 nach Gründung des „Deutschen Reiches" die ersten Ansätze eines Frauenarbeitsrechtes auf. Es wird eine „Novelle zur Gewerbeordnung" erstellt, in der als erste und einzige Bestimmung für arbeitende Frauen ein Verbot der Beschäftigung von Wöchnerinnen bis drei Wochen nach der Geburt auftaucht (§ 135 Abs. V). In der vorangegangenen Beratung des Reichstages wurden weitergehende Beschränkungen abgelehnt. Bemerkenswert ist, daß das erste Beschäftigungsverbot, das zu dieser Zeit auftaucht, bis auf den heutigen Tag eine w e s e n t l i c h e Erweiterung nicht erfahren hat: Beschäftigungsverbot für Arbeiterinnen in Bergwerken, Salinen, Hüttenwerken, Aufbereitungsanlagen und Unter Tage. Zumindest in der Diskussion tauchen 1878 schon wesentliche Bestandteile des heutigen Frauenarbeitsschutzes auf, wie z.B. Verbot der Nachtarbeit und die Einführung einer Höchstarbeitszeit von täglich acht Stunden.

1891 wird ein Verbot der Frauen-Nacht- und Sonntagsarbeit, elfstündige tägliche Arbeitszeit und ein Wöchnerinnenschutz von vier Wochen gesetzlich geregelt.

1906 wurde in einer Neuregelung der Gewerbeordnung die noch heute gültige Bestimmung über die elfstündige Nachtruhe eingeführt – desgleichen die Verlängerung der Schutzzeit für Wöchnerinnen auf acht Wochen. Dann wird das Beschäftigungsverbot für Frauen auf Kokereien und Bauarbeiten ausgedehnt.

1918 endlich tritt der Acht-Stunden-Tag in Kraft, die Bestimmung, daß Frauen nicht länger als zehn Stunden arbeiten dürfen und die erste Pausenregelung, die der heutigen absolut gleich ist. 1927 beträgt der Wöchnerinnenschutz bereits vor und nach der Geburt sechs Wochen, und es gibt einen Kündigungsschutz während der Schutzfrist. (Zitate und Informationen nach Karl Böll: „Die Entwicklung des Frauen- und Jugendlichenschutzes im Arbeitsrecht", 1937).

Aufräumen muß man mit den verschiedenen Mythen, warum es überhaupt ein Arbeitsrecht für Frauen gibt.

Ganz klar: Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben sich ihre Rechte und Schutzbestimmungen mühevoll durch Streiks und Demonstrationen erkämpfen müssen. Um den unerhörten Kampfeinsatz deutlich zu machen, der von den Arbeiterinnen und Arbeitern geleistet werden mußte, um dem Kapital auch nur das kleinste bißchen an Schutzrechten abzuringen, wollen wir ein Beispiel aus der Konfektionsindustrie Ende des 19. Jahrhunderts heranziehen:

„*Überlange, ungeregelte Arbeitszeit, Unterernährung und ungesündeste Arbeitsräume wirken zusammen, um für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie all jene gesundheitsschädlichen Einflüsse zu steigern und zu verschärfen, die ihrer Beschäftigung infolge des Tretens der Nähmaschine, der vornübergebeugten Haltung, die den Brustkorb zusammendrückt, des Schaffens bei künstlichem Licht usw. ohnedies anhaften. Störungen der Verdauungstätigkeit, Blutarmut, Bleichsucht, Krankheiten der Atmungs- und Unterleibsorgane,*
Blutarmut, Bleichsucht, Krankheiten der Atmungs- und Unterleibsorgane,
Augenleiden usw. sind unter der Konfektionsarbeiterschaft alltägliche Erscheinungen. Das Treten der Nähmaschine zerrüttet zumal den weiblichen Organismus in der unheilvollsten Weise und das in der Regel um so mehr, je jünger die Arbeiterin ist. Die Tuberkulose fordert zahlreiche Opfer. Aus der Statistik der Ortskrankenkasse der Berliner Schneider ergibt sich, daß etwa 10 % der weiblichen Mitglieder lungenkrank sind.

... Seit langen Jahren haben amtliche Erhebungen und sozialpolitische Studien die vieläugigen Greuel der Konfektionsindustrie und die Dringlichkeit gesetzlichen Einschreitens dagegen offenbart. Seit langen Jahren kämpfen die organisierten Schneider und Schneiderinnen für einen wirksamen Schutz der Konfektionsarbeiterschaft. Seit langen Jahren tritt die Sozialdemokratie im Reichstag für einen solchen ein. Vergeblich! Wohl schien es einen Augenblick, die Gesellschaft werde sich zu ernsten sozialpolitischen Taten aufraffen. Der Konfektionsarbeiterstreik vom Winter 1896 beleuchtete mit der Schärfe eines Scheinwerfers den abgrundtiefen, uferlosen Jammer der einschlägigen proletarischen Schichten. Eine heiße Welle des Mitgefühls, der Entrüstung wogte durch alle Bevölkerungskreise. Es regnete Sympahtieerklärungen mit den Ausständigen... Minister und bürgerliche Parteien – die Freisinnigen ausgenommen, – überboten einander an Beteuerungen, schnelle und wirksame Hilfe zu schaffen. Und das Resultat?

Es hat bequem auf einem Kindertaschentüchlein Platz: die bekannten Verordnungen des Bundesrates über die Werkstättenarbeit, ... jene Verordnung, deren strikte Überwachung seitens der Fabrikinspektion unmöglich ist..." (Clara Zetkin „Gegen das Elend in der Konfektionsindustrie").

Freiwillig hat kein Kapitalist je auch nur „menschliche Einsicht" in das Elend seiner Arbeiter gezeigt und ohne Druck ist auch kein Gesetz in irgendwelchen Parlamenten zustande gekommen.

Es gibt eine Ausnahme:
Damit die Funktion der Familie und die „Frauenrolle" der Frau im Kapitalismus nicht völlig verloren gehen, hat die Bourgeoisie gesetzliche Regelungen geschaffen, damit diese gewährleistet bleiben.

So sind die Diskussionen um Verbot der Nachtarbeit für Frauen, Kürzung ihres Arbeitstages, früherer Arbeitsschluß vor Sonn- und Feiertagen immer mit dem Blick auf ihre Pflichten in Ehe und Familie begründet. 1878 diskutierte man z.B. im Reichstag, ob man verheiratete Frauen

nicht gänzlich per Gesetz von der Erwerbstätigkeit ausschließen solle (nach Böll, „Entwicklung des Frauen- und Jugendlichenschutzes").

Noch heute steht im Kommentar zu § 19 AZO, der das Verbot der Nachtarbeit beinhaltet, daß den Frauen damit vor allem die Möglichkeit geboten werden solle, *„sich um den Haushalt zu kümmern"*. Die Vorschrift über den Frühschluß *„soll den Arbeiterinnen ermöglichen, schon am Samstagnachmittag ... ihren Haushalt in Ordnung zu bringen ..."* (aus Denecke, AZO Kommentar, S. 178).

Besonders bemüht waren die Kapitalisten und ihre Gesetzgeber auch um die „Sittlichkeit" der Frau, die durch bestimmte Arbeiten gefährdet sein könnte. § 16 der AZO sagt:

„Der Reichsarbeitsminister kann die Beschäftigung von weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern für einzelne Arten von Betrieben oder Arbeiten, die mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, untersagen...". Dazu zählt unter anderem die Herstellung von Präservativen, die Produktion von Granaten natürlich nicht.

Was in vielen Betrieben heute als werkseigene Sozialleistungen verkauft wird, ist ebenso ein alter Hut: *„Das Hausarbeitstagsrecht hat seinen Ursprung in der Kriegsgesetzgebung, die es notwendig machte, den dienstverpflichteten Hausfrauen und insbesondere den arbeitenden Frauen mit Kindern Erleichterungen zu verschaffen. Der Hausarbeitstag (oft Waschtag genannt) wurde erstmalig durch die Freizeitordnung des Reichsarbeitsministers vom 22.10.43 ... eingeführt"* (Helga Laege „Die Industriefähigkeit der Frau", S. 138).

Die Periode des Faschismus

Daß das Arbeitsrecht tatsächlich kaum etwas mit der Sorge um die Gesundheit von Arbeiterinnen und Arbeitern zu tun hat, beweist, wie schnell derartige „wissenschaftliche Erkenntnissse" wieder abgeschafft werden, wenn es der Kapitalistenklasse notwendig erscheint. So wurden vom Hitlerfaschismus viele errungene Rechte im Betrieb wieder abgeschafft.

In der ersten Zeit wurden die Frauen systematisch, mit ideologischen Kampagnen einerseits und mit Gewalt andererseits aus den Betrieben gedrängt. *„Hinsichtlich der Frauenarbeit wird gesagt, daß das Idealziel immer bleiben müsse, die deutsche Frau von der Erwerbsarbeit überhaupt freizustellen, sie für ihre Aufgaben als Ehefrau und Mutter besonders zu ertüchtigen"* (Karl Böll, Entwicklung des Frauen- und Jugendlichenschutzes S. 52).

Als 1936 allerdings die Kriegsproduktion anlief, brauchte man die Frauen wieder in den Betrieben. Von der vielzitierten Ehrfurcht vor der Rolle der Frau, ihren biologischen Besonderheiten usw. war da nichts mehr zu spüren:

„Der Faschismus verlängerte die Arbeitszeit, wie es in der Frühzeit des Kapitalismus vor mehr als hundert Jahren üblich war; er senkte die Reallöhne, wie es in der Frühgeschichte des industriellen Kapitalismus geschah. Gleichzeitig jedoch steigerte er die Intensität der Arbeit und verband so sehr frühe und moderne Methoden der Ausbeutung.

Infolgedessen stieg die Unfallhäufigkeit, während sich die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter verschlechterten. Das Sozialversicherungssystem wurde in eine Zusatzversicherung verwandelt, die den Arbeitern hohe Beträge abnahm, um sie der Reichsregierung zur Finanzierung der Aufrüstung zur Verfügung zu stellen. Die politischen Grundrechte, die die Arbeiter sich in hundertjährigen Kämpfen erobert hatten, wurden ihnen genommen" (Kuczynski „Geschichte der Lage der Arbeiter", Band 6, S. 192).

Was hier im allgemeinen beschrieben wird, gilt auch für die Frauen. Von einem besonderen Arbeitsrecht für Frauen ist nicht mehr die Rede. Frauen machen Arbeiten, die selbst Männern zu schwer sind. *„In einer Fabrik für Staufferbüchsen wurden Mädchen von 16 – 20 Jahren beschäftigt, weil das Werk angeblich Männer nicht bezahlen konnte. Die Mädchen hatten Werkstücke in Körben von 40 – 45 kg Gewicht heranzuschaffen"*.

„Noch gefährlicher fast als die Schwere der Arbeit ist die Länge des Arbeitstages. Es ist kennzeichnend für die ‚soziale' Einstellung des Faschismus, daß die längsten Arbeitszeiten nicht von Männern, sondern von Frauen, die im allgemeinen weniger Widerstand zu leisten wagten, gemeldet werden. Auch hier können wir wieder beobachten, wie nicht nur die ungesetzliche Arbeitszeit rücksichtslos verlängert wird, sondern wie auch die gesetzliche Arbeitszeit geradezu ungeheuerlich ausgedehnt wird" (Kuczynski „Geschichte der Lage der Arbeiter", Band 6, S. 214).



Die Situation für die Frauen von heute

Wir haben heute auf dem Papier den Acht-Stunden-Tag und die arbeitenden Frauen leiden z.B. nicht mehr in dem Maße an Tuberkulose, wie Zetkin es für die Konfektionsarbeiterinnen beschrieben hat.

Und trotzdem ist die Berufstätigkeit der Frau ein Faktor, der nachweislich zu verfrühter Sterblichkeit, Arbeitsunfähigkeit, hohen Früh- und Fehlgeburtenraten und enormen Gesundheitsschädigungen führt.

Hier einige Kernsätze aus dem Aufsatz von Marliese Dobberthien „Zwischen Gesundheitssicherung und Hausfrauenideologie: Der Frauenarbeitsschutz":

- *„Von einem ausgesprochen hohen Gesundheitsverschleiß sind in erster Linie Akkordarbeiterinnen betroffen, was sich unter anderem darin ausdrückt, daß eine Akkordarbeiterin z.B. nur etwa zehn Jahre lang als akkordfähig gilt und daß Akkordarbeiterinnen, die älter als 35 sind, bereits als verschlissen eingestuft werden.*
- *Herzfunktionsstörungen, Kreuzschmerzen, Schulterverspannungen, Kopfschmerzen, Magen- und Darmstörungen, psychische Störungen, Neurosen: Sie sind der Preis der jahrelangen Überbeanspruchung der Frau.*
- *Akkordarbeiterinnen und Schichtarbeiterinnen beantragen ca. 20 % mehr Heilverfahren als normalerweise von Frauen zu erwarten ist.*
- *Die Krankheitshäufigkeit lag 1968 um 12 % über dem Durchschnitt aller weiblichen Erwerbstätigen und sogar über 25 % dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen."*

Tatsache ist, daß die einzelne Frau am Arbeitsplatz so gut wie keinen Einfluß auf die Einschätzung und Entscheidung hat, ob eine Arbeit, ein Stoff etc. für ihre Gesundheit schädlich ist oder nicht. Auf gar keinen Fall gibt es die gesetzliche Möglichkeit, daß **s i e s e l b s t** eine Arbeit deshalb ablehnen kann, weil sie meint, sie führe zu Gesundheitsschädigungen. Das ist nach herrschendem Recht immer noch Arbeitsverweigerung. Als einzige Sofortmaßnahme kann sie zum Betriebsrat gehen und von ihm eine Lösung in ihrem Sinne verlangen.

„§ 91 BVG: Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufes oder der Arbeitsumgebung, die den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen (!) über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich (!) widersprechen, in besonderer Weise belastet, so kann der Betriebsrat angemessene (!) Maßnahmen zur Abwendung, Milderung oder zum Ausgleich der Belastung verlangen." In der Regel wird sich auf eine Beschwerde von Kolleginnen auf der Stelle erstmal **g a r n i c h t s** ändern. Zum anderen sind die Fälle, wo eine Schädigung der Gesundheit **s o f o r t** auftritt, auch nicht die Regel. Die Folgeerscheinungen kommen erst später und sind oft mit der Ursache nicht mehr nachweislich in Verbindung zu bringen.

Aber mal angenommen, der Betriebsrat hat vom Kapitalisten eine Änderung der Arbeitsbedingungen verlangt und sie ist ihm verweigert worden, sei es weil sie kostenmäßig für nicht „angemessen" erklärt wird oder weil der Kapitalist leugnet, daß die Arbeitsbedingungen schädlich sind. Der Betriebsrat hat dann die Möglichkeit (nach dem Gesetz), die Gewerbeaufsicht oder die Berufsgenossenschaft einzuschalten.

Allgemein heißt es, daß die Gewerbeaufsichtsämter und die Berufsgenossenschaften die staatlichen Aufsichtsorgane über die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften seien und quasi Polizeifunktionen zum Schutz des arbeitenden Menschen ausüben. *„Das Gewerkbeaufsichtsamt kann Betrieben Empfehlungen erteilen über Beleuchtung, Belüftung, Verminderung des Lärms usw. Es kann bei Verstößen gegen Arbeitsschutzbestimmungen Bußgelder verhängen und einen Arbeitgeber vor Gericht bringen"* (M.Dobberthien S. 154).

Aber: „Sie können jedoch nicht unmittelbar in den Betrieb eingreifen, weder sind ihre eigenen Beamten dort kontinuierlich tätig, noch haben sie die Kompetenz, bestimmte Anordnungen unmittelbar zu erzwingen. Ergebnis dieser Regelungen ist, daß gegen die verschiedenen Arbeitsschutzgesetze sowie gegen die in der Gewerbeordnung festgelegten Bestimmungen laufend verstoßen wird" (Aus „Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß", EVA 1975).

Im übrigen fallen in den Kompetenzbereich der Aufsichtsbehörden nur *„diejenigen Schädigungen, die dem Produktionsprozeß anerkanntermaßen* (!) *als ursächlich zugerechnet werden können. Alle gesundheitlichen Schädigungen, für die nicht qua Gesetz oder Verordnung eine unmittelbare produktionsbezogene Ursache angebbar ist, fallen außerhalb ihres Kompetenzbereiches"* (ebenda).

So gibt es nach wie vor nur 47 „anerkannte" Berufskrankheiten, und die staatlichen Behörden brauchen nun schon fünf Jahre, um zu entscheiden, ob die sog. PVC-Krankheit dazu gezählt werden soll oder nicht. So gibt es bezeichnenderweise auch nicht eine einzige „anerkannte" typische Frauenberufskrankheit. In einer Untersuchung über die Tätigkeit der Gewerbeaufsicht in Hamburg zum Frauenarbeitsschutz wurde deutlich, daß die Behörden darunter fast ausschließlich Mutterschutz verstehen. Die Beamten wurden 1970 fast 2.000 mal zum Schutz der werdenden Mutter, aber nur 34 mal zum allgemeinen Schutz der arbeitenden Frau tätig. Das Gewerbeaufsichtsamt meldete 1971 mehr als dreimal so viele Beanstandungen wegen Verstößen gegen das Mutterschutzgesetz als gegen allgemeine Bestimmungen des Frauenarbeitsschutzes.

„Bei Verstößen gegen das Mutterschutzgesetz neigt das Gewerbeaufsichtsamt zu einer Kompromißpolitik, die vorrangig den Arbeitgeber begünstigt. So erteilte sie z.B. keinen einzigen Bußgeldbescheid gegen Unternehmer und nur wenige Verwarnungen. Der Hauptteil ihrer Tätigkeit bestand in der Anfertigung von Gutachten und Stellungnahmen für Gerichte und Staatsanwaltschaften" (M. Dobberthien, Frauenarbeitsschutz).

Und selbst, wenn sich die staatliche Aufsichtsbehörde dazu durchringt, dem Kapitalisten ein Bußgeld aufzubrummen, kann der das mit einem müden Lächeln quittieren: Beschäftigt beispielsweise ein Kapitalist eine Schwangere zwei Wochen widerrechtlich mit Arbeiten, die ihr Leben oder ihre Gesundheit und das ihres Kindes gefährden könnten, so muß er nur 300 DM Buße zahlen.

Wenn tatsächlich einmal Untersuchungen stichprobenartig angestellt werden, so kommt da nichts anderes bei raus, als daß ein Schutz am Arbeitsplatz **f a k t i s c h** gar nicht existiert. Vom 1. März bis 15. April 1973 wurden in Hessen 2.193 Betriebe mit überwiegenden Frauenarbeitsplätzen überprüft. Insgesamt wurden 9.842 Mängel auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes im weitesten Sinne festgestellt.

- 4.175 auf Nichtbeachtung von Vorschriften auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit
- 1.597 auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes
- 444 auf lärmintensive Arbeitsplätze
- 402 auf Nichtbeachtung von gesetzlichen Beschäftigungsverboten und sonstiger dem Gesundheitsschutz dienender Vorschriften
- 617 auf die Einrichtung von Sozialräumen und sanitären Anlagen
- 999 auf Verstöße gegen Arbeitszeitvorschriften
- 1.626 auf Verstöße gegen Formvorschriften.

(aus „HBV-Zeitung" 4/75).

Also: Gesundheitsschutz im Kapitalismus geschieht für die Frau nicht, um sie vor Gefahren am Arbeitsplatz zu bewahren. Die Kapitalisten sind auch nicht „menschlicher" als im Frühkapitalismus.

„Wie wir gesehen haben, können sie (die Gesetze) *die Entstehung von frauenspezifischer Morbidität, höherer Invalidenquoten von Frauen etc. nicht verhindern. Die Verbote und Beschäftigungsbeschränkungen schützen in erster Linie die traditionelle Hausfrauen- und Mutterrolle der Frau"* (M. Dobberthien, Frauenarbeitsschutz. S. 157).

Abschaffung bestimmter Beschränkungen für die Frau?

Es gibt – auch innerhalb der Gewerkschaft – Stimmen, die die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen fordern und bestimmte Beschäftigungsverbote ablehnen. Selbst Clara Zetkin schrieb noch in „Für die Befreiung der Frau": *„Vom Standpunkt des Prinzips aus protestieren wir Frauen nachdrücklichst gegen eine Beschränkung der Frauenarbeit. Da wir unsere Sache durchaus nicht von der Arbeitersache im allgemeinen trennen wollen, werden wir also keine besonderen Forderungen formulieren; wir verlangen keinen anderen Schutz als den, welchen die Arbeit im allgemeinen gegen das Kapital fordert."*

Tatsache ist, daß es bestimmte „Männerberufe" gibt, für die Frauen gar nicht erst in Erwägung gezogen werden. Tatsache ist auch, daß viele Kapitalisten lieber Männer einstellen, weil diese im Zweifel Nachtschichten machen können und beliebig viele Überstunden. Die Frauen sind da klar benachteiligt. Es gibt keinen Grund, warum handwerkliche Ausbildungsberufe wie Dreher, Schlosser, Elektriker usw. für Mädchen nicht gelten sollen. In den sozialistischen Ländern, besonders in China, gibt es eine derartige geschlechtsspezifische Berufseinteilung nicht. Frauen sind Pilotinnen, Hochspannungselektrikerinnen und Kranführerinnen. Warum auch nicht! Wir sind der Meinung, daß diskriminierende Beschränkungen für Frauen fallen müssen.

Wir wenden uns allerdings scharf dagegen, gleich **a l l e** Schutzbestimmungen abschaffen zu wollen. Das Verbot der Nachtarbeit sollte nämlich nicht nur für Frauen bestehen, sondern für **a l l e** Arbeiter. Gesundheitschädigung in kapitalistischen Betrieben durch menschenunwürdige Arbeitsbedinungen findet für alle Kollegen statt, und wir fordern einen Schutz nicht nur für Frauen sondern für **a l l e** Kollegen. Wir fordern nicht das gleiche **U n** recht für alle! Eine Aufhebung bestimmter Schutzbestimmungen hat nichts mit Emanzipation der Frau zu tun, sondern setzt nur einen weiteren Teil der Arbeiterklasse ganz besonders miesen kapitalistischen Bedingungen aus. Wir werden also alle Vorschriften und Gesetze, die uns wenigstens minimal schützen könnten, auch ausnutzen und einen Abbau dieser unserer Rechte am Arbeitsplatz mit Zehen und Klauen verteidigen!

Wir brauchen nicht weniger Schutzbestimmungen, sondern mehr. Wir fordern Abbau der Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz!

AG Frauen KB/Gruppe Hamburg

Die AAO in Flensburg

Am 11.5. ging die AAO in der Flensburger PH auf Dummenfang. Von den ca. 80 Teilnehmern der Veranstaltung probten 90 % das 6. Prinzip der AAO („Freie Demokratie") und bezahlten die verlangten 3 DM Eintritt nicht.

Durch gezielte Fragen und Beiträge versuchten wir (Flensburger Frauengruppe, KB) die AAO zu eindeutigen Aussagen zu veranlassen. Doch man/frau höre und staune: Alles, was man bisher über die AAO in ihren eigenen Publikationen bzw. in Kritiken von AA-Gegnern über diesen Verein lesen konnte (und kann), stimmt angeblich nicht mehr.

„Alles ist im Fluß":

Otto Mühl z.B. (*„Ich habe Weiber gerne, die naß werden durch bloßes Anschauen. Hier gibt es dann nicht mehr das ermüdende Vorspiel, das ein kalter Dieselmotor braucht, um fickreif zu sein ... Damit es richtig rutscht, also Lust ist und keine Arbeit. Süße alte Kuh, sagte ich zu ihr und legte mich auf sie"*) sei in Wirklichkeit ein ganz zärtlicher Typ! „Und zu mir hat er so etwas noch nie gesagt". Überhaupt seien alle so „kuschelig" in der AAO und gar nicht frauenfeindlich. Im Gegenteil: Die Männer sind die Unterdrückten, die haben nämlich – aus Bammel vor der „Geilheit" der Frauen – zuerst „den Schwanz eingezogen".

Selbst ihren Haß auf Homosexuelle wollte die AAO vertuschen („Ich war früher auch schwul, seit ich in der AAO bin, kann ich auch mit Frauen") – wohl wissend, daß derartige Diskriminierung bei ihrer Zielgruppe (enttäuschte Linke bzw. „angelinkte Typen") nicht ankommt.

Der „Fickplan", ein extrem frauen- und sexualfeindliches Rotationssystem, sei im Gegenteil eine Art „Soziale Maßnahme" gewesen: Wer zusammen ins Bett steigt, lernt sich besser kennen. Jetzt kennen sich alle, und es funktioniert auch ohne Plan!

Sogar der „Einstand" von mindestens 5.000 DM (ehemals „Eintrittsbedingung") ist angeblich abgeschafft. Die AAO hat Geld genug. Nun muß jede(r) „nur" noch seinen ganzen Privatbesitz abliefern.

Mit der Taktik, alles abzuleugnen, versuchten die AAOler, sich der Stimmung auf der Veranstaltung anzupassen. Aber letztendlich wurde wohl doch auch denjenigen, die sich die AAO „mal angucken" wollten, die reaktionären Vorstellungen der AAO deutlich:

„Es gibt keine bessere Gesellschaft für uns im Moment, als der Kapitalismus. In Rußland könnten wir das hier nicht machen. Wenn eines Tages die DDR die BRD überfällt, dann könnten wir hier nicht mehr leben. Und da bleibt nur Flucht oder Verteidigung. Dann muß der Westen auch militärisch verteidigt werden."

Auf die Frage nach der „Führungsnation" und wie sich die AAO die Welt so vorstellt, kam sinngemäß die Antwort: Es müsse eine Gruppe geben, die zu globalem Denken fähig ist, die dann alles leitet, die müsse natürlich auch „gesund" sein ... „Aber leider sind wir noch nicht die Führungsnation!" (wörtlich).

Eine Flensburger Genossin

Für den DGB ist das »Jahr der Frau« endgültig vorbei!

Kassel. In Kassel beabsichtigte die Fraunhaus-Initiative, an der DGB-Demonstration am 1. Mai teilzunehmen, in Erwägung, daß das Problem von mißhandelten Frauen und deren Forderungen auf eine solche Demo gehören. Aber weit gefehlt, die Frauen mußten sich eines schlechteren belehren lassen.

Als sie sich am 1. Mai mit ihrem Transparent „Wir brauchen ein Frauenhaus in Kassel!" in den Demonstrationszug einreihen wollten, traten ihnen „Ordner" des DGB entgegen und versuchten, die Frauen handgreiflich aus dem Demo-Zug herauszudrängen. Auf Diskussionsversuche von Seiten der Frauen reagierten die „Ordner" wie folgt:

„Was wollt ihr denn, es gibt doch schon ein Frauenhaus in Kassel, kennt ihr denn den ‚Bienenkorb' nicht?", oder „Ihr könnt hier nicht mitgehen, weil die Parole nicht vom DGB genehmigt worden ist."

Die Frauen schrieben daraufhin einen Brief an den DGB, in dem sie eine Stellungnahme zum Verhalten der „Ordner" forderten. Die Antwort: Die Frauen werden erstmal darauf hingewiesen, daß *„der 1. Mai der Kampf- und Demonstrationstag der Arbeitnehmer ist, an dem auf die Probleme der abhängig Beschäftigten aufmerksam gemacht werden soll"*.

Weiter werden sie darüber belehrt, daß so eine Demonstration beim Ordnungsamt angemeldet werden muß und das erklärt für den DGB dann auch schlüssig, daß deshalb alle Transparente von ihm kontrolliert und zensiert werden müssen:

„Nur so ist das Verhalten der Ordner zu sehen, die von uns die strikte Anweisung hatten, außer den Teilnehmern des DGB den Zutritt in die Demonstrationszüge zu verweigern.

Der DGB nimmt sich nicht nur im „Jahr der Frau" deren Problemen an, sondern die arbeitende Frau ist ein Mitglied dieser Organisation und hat somit den gleichen Stellenwert, und dies nicht nur im „Jahr der Frau". Die DGB-Frauen sind sehr aktiv und sicherlich auch bereit, mit befreundeten oder gleichgesinnten Organisationen zusammenzuarbeiten. Wir haben sicherlich Verständnis für Ihre ersten Reaktionen, müssen aber leider den Vorwurf zurückweisen, die Gewerkschaften hätten sich am 1. Mai Ihnen gegenüber undemokratisch, unsachlich und frauenfeindlich verhalten.

Mit freundlichen Grüßen ..."

(nach einem Bericht aus Kassel.)

Die Revision des gesunden Menschenverstandes durch Shulamith Firestone

Shulamith Firestone's Buch „Frauenbefreiung und sexuelle Revolution" ist nun schon seit rund 2 Jahren auf dem bundesdeutschen Büchermarkt und noch immer im Gespräch in der westdeutschen Frauenbewegung. Es ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, was sich die Bourgeoisie alles einfallen läßt, um eine Bewegung – in diesem Fall die Frauenbewegung – zu zerstören bzw. in die falsche Richtung zu lenken. Wendet sich S. Firestone doch in erster Linie an die aktiven Frauen in der Frauenbewegung und an die linken Frauen, denen sie beibringen will, daß sie dort ganz falsch am Platze seien – denn die Gesellschaftsanalyse der Linken sei falsch. Konsequenz: Raus aus den linken Mackerorganisationen!

Mit viel Gedöns wird ihre „neue" Analyse – natürlich mit marxistischer Grundlage, ein paar Marx- und Engels-Zitate sollen's belegen – angeboten. Alles bisherige (also Marx, Engels, Lenin usw.) ist viel zu oberflächlich, Firestones Analyse geht viel tiefer und an den „eigentlichen" Kern: *„Die Klassenanalyse ist eine großartige Leistung, doch sie hat ihre Grenzen: Oberflächlich scheint sie richtig zu sein, sie geht aber nicht tief genug. Der historischen Dialektik fehlt der gesamte geschlechtsbezogene Unterbau, den Engels zeitweise dunkel ahnt (!), doch weil er die Geschlechter nur durch einen ökonomischen Filter zu sehen vermag und alles auf diese Perspektive reduziert, ist es ihm nicht möglich, den wahren Sachverhalt zu erkennen. ... Wir können den Versuch machen, eine materialistische Geschichtsbetrachtung zu entwickeln, deren Ausgangspunkt das Geschlecht selbst ist."* (S. 13)

Kernpunkt ihrer Herangehensweise ist also das geschlechtsspezifische Betrachten der Geschichtsentwicklung, die Betrachtung von Mann und Frau als zwei verschiedene Klassen – eine „Lehre", die wahrhaftig nichts mehr gemein hat mit der historisch-materialistischen Analyse von Marx und Engels. Aber damit nicht genug: „Feministische Ziele sind nicht nur vorrangige Ziele für Frauen, sie sind der Mittelpunkt jeder umfassenderen revolutionären Analyse überhaupt." (S.40). Womit Marx und Engels erledigt wären. *„Für radikale Feministinnen ist die augenblickliche linke Analyse überholt und oberflächlich, weil diese Analyse die Struktur der ökonomischen Klassengesellschaft nicht auf ihre ursprünge in der sexuellen Klassengesellschaft, die Vorbild ist für alle ausbeuterischen Gesellschaftsordnungen, zurückführt, auf jenen Bandwurm also, den jede wahre Revolution erstmal vernichten muß. ...* Nur der Feminismus (kann) die vielen ungelösten Probleme der linken Analyse erfolgreich angehen und zu zum ersten Mal eine umfassende revolutionäre Lösung anbieten." (S.40)

Die „biologische Familie" – die Ursache aller Unterdrückung?

Bei dieser „Analyse" hat der Idealismus Pate gestanden. Mit dem alten Hut „Das Bewußtsein bestimmt das Sein" versucht Firestone, zu „beweisen", daß die Klassengesellschaft aufgrund von „psychosexueller" Unterdrückung entstanden sei:
„In der biologischen Familie besteht eine tiefverwurzelte, ungleiche Machtverteilung. Das Bedürfnis nach Macht, das zur Entstehung von Klassen führt (!), entsteht aus der psychosexuellen Entwicklung jedes Individuums auf der Grundlage dieser elementaren Unausgewogenheit..."
(S.14) *„Obgleich also die geschlechtsspezifische Klassengesellschaft auf wesentlich biologischen Grundlagen beruhen könnte, bedeutet dies nun nicht automatisch, daß Frauen und Kinder befreit sein werden, sobald erst einmal die biologische Basis ihrer Unterdrückung aufgehoben sein wird. Im Gegenteil, die neue Technologie, besonders die Geburtenkontrolle, kann gegen sie gerichtet werden, um das festgefügte Ausbeutungssystem zu verstärken. Deswegen brauchen wir eine Revolution, die von der ausgebeuteten Klasse* (also den Frauen – Anm. AK) *getragen wird: Denn genauso wie die vorübergehende Diktatur des Proletariats (?!) die Inbesitznahme der Produktionsmittel, die Abschaffung der ökonomischen Klassen sichert, wird die Inbesitznahme der Kontrolle der Reproduktion durch die Frauen die Vernichtung der geschlechtsspezifischen Klassengesellschaft gewährleisten. ... Und genau, wie am Ende einer sozialistischen Revolution nicht nur die Abschaffung von ökonomischen Klassenprivilegien, sondern die Aufhebung der Klassenunterschiede selbst steht, so muß die feministische Revolution, im Gegensatz zur ersten feministischen Bewegung, nicht einfach auf die Beseitigung der männlichen Privilegien, sondern der Geschlechtsunterschiede selbst zielen. ... Die Reproduktion der Art allein durch ein Geschlecht zugunsten beider Geschlechter würde durch künstliche Fortpflanzung ersetzt werden. Die Arbeitsteilung hätte ein Ende durch die Abschaffung von Arbeit überhaupt. Die Tyrannei der biologischen Familie wäre zerschlagen"* (S. 17). Sehr logisch!

Das ganze Buch behandelt in der Folge mehrere Erscheinungen der Terrorherrschaft dieser „biologischen Familie": Kindheit, Rassismus, Psychologie, Kultur, Ökologie... Kennzeichnend ist, daß Firestone hier meist an zu Recht kritisierten Erscheinungen und Auswüchsen des Kapitalismus und Imperialismus ansetzt (z.B. im Kapitel „Nieder mit der Kindheit", in dem sehr anschaulich die Unterdrückung der Kinder in diesem System dargestellt und kritisiert wird), letzten Endes aber alle Widersprüche, alle Unterdrückung, den „psychosexuellen" Widersprüchen zwischen Mann und Frau zur Last legt.

Firestones Patentrezept: Abschaffung der Arbeit und Retortenbabies

„Das Kindergebären könnte von der Technologie übernommen werden. ... In einem kybernetischen Kommunismus, selbst während der sozialistischen Übergangsphase, würde die Arbeit nichts mit dem Lohn zu tun haben, der Besitz der Produktionsmittel läge in den Händen aller Menschen, und der Wohlstand würde auf der Basis von Bedürfnissen verteilt werden, und zwar unabhängig vom gesellschaftlichen Wert des Beitrages, den ein Inidividuum für die Gesellschaft leistet. ... Der Begriff der Kindheit würde abgeschafft, die Kinder geniessen die vollen politischen, ökonomischen und sexuellen Rechte; in ihrem Erziehungs- und Freizeitverhalten unterscheiden sie sich nicht von den Erwachsenen. ... Reproduktion und Produktion müssen simultan in einer nichtrepressiven Weise neu organisiert werden. ...So werden wir schon bald in der Lage sein, Leben unabhängig von einem Geschlecht zu erzeugen, so daß eine Schwangerschaft, die dann unverhohlen als plump, ineffizient und schmerzhaft bezeichnet werden kann, dann nur, wenn überhaupt, ironisierend als archaisch ertragen wird. ... Schließlich würde die Arbeit (Muskelarbeit) zugunsten von (komplexen) Spielen eliminiert, und die Aktivität um ihrer selbst willen und von Kindern und Erwachsenen gleichermassen entfaltet werden." (S. 220 - 224)

Dagegen ist prinzipiell kaum etwas einzuwenden, aber diese Ziele zu verwirklichen, setzt die Überwindung bzw. Vernichtung des Imperialismus im Weltmaßstab voraus, setzt also die sozialistische Revolution voraus, setzt weiterhin überhaupt einen hohen Stand der Produktivkräfte voraus. Was angestrebt wird, ist doch die Verteilung nach den Bedürfnissen der Menschen, die Überflußgesellschaft. Die ganze gepriesene „feministische Revolution" der Firestone ist also im Grunde nichts anderes als der totale Kommunismus, der Weltkommunismus.

Was aber rät S. Firestone den Frauen in der Gegenwart, jetzt und heute, um zu diesem Ziel zu gelangen? Wäre es doch nur logisch, daß die Frauen mit derartigen Kampfzielen in Scharen in die heute bestehenden sozialistischen Gruppen strömten – haben sie doch das erste Etappenziel, die sozialistische Revolution vor Augen – tut S. Firestone alles, um sie davon abzuhalten: *„Die Frauenbefreiungsgruppen, die immer noch versuchen, innerhalb der Linken zu arbeiten, stehen auf verlorenem Posten. Ihre Politik wird von oben diktiert, ihre Analysen und Strategien werden genau von der Klasse (!) bestimmt, gegen deren unrechtmäßige Herrschaft sie sich wehren müssen. Und deshalb erreichen sie kaum mehr als eine Verstärkung der Spannung, die die abgekämpfte Linke ohnehin schon zu vernichten droht."* (S.37)

Diese Argumentation und Taktik ist ein Widerspruch in sich. Auf der einen Seite „will" S. Firestone die sozialistische Revolution, zumindest als Etappenziel, auf der anderen Seite lehnt sie die Kräfte ab, die alles tun, um dies Ziel zu erreichen. Auf der einen Seite will sie die Entwicklung der Produktivkräfte, deren Stärkung, auf der anderen Seite tut sie nichts, um die Fessel dieser Entwicklung, den Kapitalismus, zu beseitigen.

Wenn wir heute nicht alles tun, um die sozialistische Revolution herbeizuführen, müssen wir uns die Frage gefallen lassen, ob wir denn einen nuklearen Weltkrieg einkalkulieren, denn der Imperialismus zweifellos zu führen bereit ist. Firestones Ziele sind in diesem Kampf keine konkreten Kampfziele, sondern Fernziele, die wir vielleicht irgendwann einmal erreichen können, wenn wir die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen aufzuheben in der Lage sind.

Worauf es ihr eigentlich ankommen müßte – wenn sie ihre Thesen ernst meinen würde – wäre, ihre feministischen Ziele in die linken Organisationen hineinzutragen. Wenn es ihr ehrlich um diese feministischen Ziele ginge, müßte sie den Kampf für den Sozialismus zum derzeitigen Hauptkampfziel der Frauenbewegung machen. Ihr scheinrevolutionäres Getue kann allerdings nur dort ankommen, wo tatsächlich die Probleme der Frauen gering geachtet werden, wo Frauen konkret unter der Unterdrückung in den Organisationen zu leiden haben.

Firestones Theorien entspringen nicht den unmittelbaren Bedürfnissen der Frauen – kein einziges Mal greift sie z.B. in ihrem Buch die Probleme der arbeitenden Frauen auf, kein Wort von den Arbeitskämpfen der Kolleginnen, kein Wort zu Unterbezahlung und Arbeitslosigkeit! Alle Arten der Ausbeutung gehen bei ihr eben auf die ominöse „biologische Familie", auf den „Sexismus" zurück. Spinnereien nicht nur ideologisch, sondern im wesentlichen auch materiell die Basis zu entziehen. Je mehr wir Frauen innerhalb der Linken unsere Probleme einbringen, für unsere Rechte und Gleichberechtigung kämpfen, desto eher werden wir in der Lage sein, unsere Lebensbedingungen insgesamt zu verändern, innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft die Befreiung der gesamten Menschheit verwirklichen zu können.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Für ein Frauenhaus!

Rendsburg. Seit Februar gibt es in Rendsburg eine „Initiativgruppe Frauenhaus e.V.", die von der Rendsburger Frauengruppe gegründet wurde. 20 Frauen arbeiten darin mit, die sich zum Ziel gesetzt haben, in Rendsburg ein Frauenhaus für geschlagene Frauen aufzubauen, das von der Stadt finanziert wird.

Zu Anfang stellten sie sich die Frage, ob sie erst ein Konzept ausarbeiten oder gleich mit der Arbeit anfangen sollten. Sie entschieden sich für letzteres und suchten Ärzte, Krankenhäuser, Ämter und Pfaffen auf, um sich nach finanziellen Hilfen zu erkundigen und Leute zu finden, mit denen sie zusammenarbeiten können.

Als sie bei der Chefredaktion der „Schleswig-Holsteiner Landeszeitung" vorsprachen, um ihr Vorhaben in der Presse bekannt zu machen, begegnete man den Frauen mit üblen Sprüchen wie „Zeigt doch mal Eure blauen Flecken her!" und „Das wird ja wohl eher ein Freudenhaus als ein Frauenhaus!".

Jetzt sind den Frauen von der Kirche zwei Räume zur Verfügung gestellt worden, in denen z.Zt. zwei Frauen mit fünf Kindern leben müssen! Das ist natürlich so schon eine Katastrophe und angesichts des tatsächlichen „Bedarfs" weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Frauen haben deswegen von der Kirche zwei weitere, z.Zt. leerstehende Räume beantragt.

Geld von der Stadt bekommen die Frauen bisher nicht. Sie haben einen Antrag zur Erstausstattung über 5.000 DM gestellt, worauf sie noch keine Antwort gekriegt haben.

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

»Nicht die Kirche, nicht der Staat - die Frauen müssen über ihr Schicksal entscheiden!«

Unter dieser Parole demonstrierten am Samstag, den 14.5., 10.000 Menschen in London (Angaben nach „Sunday Times", 15.5.77).

Die Demonstration, organisiert von der NAC (National Abortion Campaign), richtete sich gegen den im Parlament von dem Abgeordneten William Benyon eingebrachten Antrag, das Abtreibungsgesetz zu ändern.

Für die Frauen würde es erheblich schwieriger, eine Abtreibung zu bekommen, als es ohnehin schon ist. Über den Protest gegen die geplante Verschlechterung hinaus richtete sich die Demonstration gegen die Bevormundung der Frauen durch Ärzte und Gesundheitssystem, wie es in dem von Ort zu Ort unterschiedlich gehandgabten Gesetz von 1967 festgelegt ist.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Raumverbot

Kiel: Vor mehreren Wochen bildete sich in Kiel eine Gruppe „Frauen gegen AKW's", die in der Kneipe „Schlösserfaß", Ohlshausenstraße, tagte. Nachdem man uns zunächst einen großen Tisch im Nebenraum zugesagt hatte, mußten wir schon ab der dritten Sitzung, ohne daß der Nebenraum besetzt war, mit einem Tisch im normalen Kneipenraum vorlieb nehmen. Lapidare Begründung: Nur wenn die Kneipe zu voll ist, dürfe man hinten rein.

Auf einem der nächsten Treffen geschah dann folgendes: Ziemlich zum Ende unseres Treffens kam der Wirt an den Tisch und zischte unfreundlich: „Sie müssen jetzt hier weg"! Zunächst meinten wir, wir hätten uns verhört und fragten nochmal nach. Da bekamen wir dann zu hören: Der Tisch würde gebraucht und überhaupt würden wir hier nur stricken und Tee trinken und das könnten wir auch zuhause machen. Wir fragten dann laut an der Theke, wieviel und was man hier verzehren müßte, und wie lange man pro Getränk hier sitzen dürfe. Eine Frau erzählte den Vorfall anderen Gästen an der Theke, die ebenfalls empört waren.

Abgesehen davon, daß die Begründungen reine Lügen sind (weder war die Kneipe voll, noch wurde wenig verzehrt, noch nur gestrickt), scheint der wahre Grund darin zu liegen, daß ein Tisch von Frauen, an dem diskutiert, geschrieben und gearbeit wird, und der auf Gelache, Anmache etc. anderer Kneipenbesucher nicht ansprechbar ist, und sie so nicht animiert, offensichtlich unerwünscht ist.

Zudem sehen wir darin auch einen Angriff auf Frauen in Kneipen überhaupt, da viele Frauen nun mal nicht so viele harte und profitbringende Getränke verzehren, wie vielleicht die Männer.

Arbeitsgruppe Frauen/KB Kiel

»Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung«

Buchbesprechung

Im Schwulen-Verlag ‚Rosa Winkel' ist kürzlich das Buch **„Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung"** erschienen. Den Hauptteil des Buches bildet eine Arbeit einer Gruppe lesbischer Frauen mit kommunistischem Selbstverständnis aus Los Angeles (USA) vom Jahr 1975 („Toward a scientific analysis of the gay question"). Hinzu kommt eine Einleitung der Herausgeber-Gruppe, die sich mit dem Stand der westdeutschen Schwulen-Bewegung befaßt, sowie eine Dokumentation von Äußerungen der „KPD/ML", des KBW und des KB zur Schwulenfrage.

Die Herausgeber-Gruppe schreibt in ihrer Einleitung, daß sich die westdeutsche Schwulenbewegung seit etwa 1974 „zunehmend uneinheitlicher entwickelt" habe: Auf der einen Seite eine an DKP (und SEW) orientierte Strömung, die die Schwulenfrage als „Nebenwiderspruch" im Rahmen von DKP/SEW zu integrieren versucht. Auf der anderen Seite eine reaktionäre Strömung, die vom Rückzug aufs Private (*„Ich kann von Frauenunterdrückung und Kapitalismus nichts mehr hören, das ist alles so entfremdet, was hat denn das mit mir zu tun"*) bis zur Kultivierung sadistischer „Sexual"-Praktiken („Lederscene") reicht. Daneben habe sich aber doch noch *„eine realtiv kontinuierliche Zeitungsarbeit erhalten bzw. entwickelt, es gibt Ansätze zu einer Kulturarbeit, die der Schwulenbewegung nützt, und es hat in der letzten Zeit Öffentlichkeitsaktionen gegeben ... Es gibt auch Anfänge zu einer Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften, so die Mitarbeit in der Bewegung gegen Berufsverbote ... Diese im Kern demokratische und antifaschistische Strömung in der Schwulenbewegung wird um so erfolgreicher sein, wie es uns gelingt, wesentlich mehr werktätige Schwule in den Kampf miteinzubeziehen."*

Skeptisch äußert sich die Verfasser-Gruppe über die Situation von „Lesben und Schwulen in revolutionären Organisationen", die im wesentlichen darin bestünde, *„daß revolutionäre Lesben und Schwule die Freiheit haben, sich an der antischwulen und antilesbischen Linie gewisser Organisationen zu beteiligen."* Ausdrücklich ausgenommen wird, *„seit Anfang 1976"*, nur der KB.

In ihrer Untersuchung setzen sich die Genossinnen aus Los Angeles ausführlich mit den Auffassungen linker US-Organisationen zur Schwulen-Frage auseinander, die insgesamt noch erheblich rigider als die hierzulande in der „ML"-Scene herrschenden Meinungen zu sein scheinen. So die Thesen, Homosexualität sei „eine Antwort auf den verfaulenden Imperialismus", eine „Widerspiegelung der kleinbürgerlichen Ideologie" usw., bis hin zur Behauptung, Schwule könnten zwar ehrliche Antiimperialisten, aber keinesfalls Kommunisten sein. Auch wenn hierzulande keine Gruppierung mit linkem Anspruch eine solche These vertritt, ist die Arbeit der amerikanischen Genossinnen doch auch für die westdeutsche Linke und speziell für demokratisch-antifaschistische Schwule lesens- und diskutierenswert.

Daß dies gerade eine Arbeit von homosexuellen F r a u e n ist, die sich als Kommunistinnen begreifen, muß beim aktuellen Zustand der Scene in der BRD als erfreulicher Kontrast erscheinen. Während es nämlich in der BRD eine relativ starke Strömung von (männlichen) Schwulen und Schwulengruppen gibt, die zumindest einen demokratisch-antifaschistischen, wenn nicht gar einen revolutionär-antikapitalistischen Anspruch haben, gibt es unseres Wissens keine einzige entsprechende Lesben-Gruppe mehr. Ganz im Gegenteil sind die meisten Lesben-Gruppen, soweit sie überhaupt noch aktiv Politik machen, auf einen stramm antikommunistischen Kurs eingeschwenkt, der mit sämtlichen reaktionären Vorurteilen gegen Linke operiert (führend in dieser Strömung sind die „Schwarze Botin" Westberlin und die „Frauenoffensive" München).

Insofern besteht derzeit in der BRD und Westberlin – abgesehen von dem gemeinsamen Fakt der Homosexualität – ein wesentlicher Unterschied zwischen der Schwulen-Bewegung und der Lesben-Bewegung. Hierzu Stellung zu nehmen und sich in die Diskussion um den Weg der Lesben-Bewegung einzumischen, könnte eine verdienstvolle Aufgabe der demokratisch-antifaschistischen Schwulen und Schwulen-Gruppen sein, zumal es andererseits nicht an Versuchen von „Schwarze Botin" u.ä. fehlt, in i h r e m Sinn auf die Schwulenbewegung Einfluß zu nehmen.



BILD propagiert Kindermord

Schlagzeile der „Bild" vom 17. Mai: **„Ost-Berlin: Freiheit — oder wir verbrennen uns"**. Das Ehepaar Eisenblätter in der DDR, so war da zu lesen habe in einem Brief an Honecker angedroht, sich am 21. Mai, 15 Uhr, auf dem Platz der Befreiung in Berlin /DDR zu verbrennen, da ihre Ausreiseanträge abgelehnt worden seien. Ihren 10jährigen Sohn wollten sie dabei, wie „Bild" es dezent formulierte, **„mit in den Tod nehmen"**. Zitat aus dem angeblichen Schreiben an Honecker: *„Die ganze Welt kann dann die Fackel der Freiheit, bestehend aus drei brennenden Menschen, sehen"!*

Gegenüber dem angekündigten Mord an einem 10jährigen Kind zeigte die „Bild" keine Spur des „moralischen Abscheus" etc. pp, den sie beispielsweise beim Hinscheiden von Generalbundesanwälten an den Tag zu legen pflegt. Im Gegenteil: Die makabre Drohung fand ganz offensichtlich als „Freiheitstat" die volle Billigung der „Bild". Übrigens war „Bild" unseres Wissens die einzige Zeitung, die überhaupt über diese Sache „berichtete" und damit für das publizistische Mistbeet sorgte, auf dem derart makabre Einfälle überhaupt nur gedeihen können. Selbst der „Bild"-Chefredaktion scheinen aber nachträglich Bedenken gekommen zu sein. Jedenfalls spielte die Zeitung, nach wie vor laufend mit frischen Meldungen vom Ehepaar Eisenblätter versorgt, die Sache in den folgenden Tagen rasch herunter: Am 20.5. wurde kurz gemeldet, DDR-„Geheimpolizisten" hätten sich zu einer „Aussprache" bei Eisenblätters gemeldet. Am 21.5. wurde in einer auch nicht viel längeren Meldung die Festnahme des Ehepaars gemeldet. Nicht einmal zu einem „Protest" oder gehässigen Kommentar mochte sich „Bild" noch aufraffen.

Daß „Bild" die wahrscheinlich überhaupt erst von ihr selbst zu ihrer makabren „Freiheitstat" aufgeputschten Eheleute Eisenblätter nachträglich fallen gelassen hat wie eine heiße Kartoffel, ändert nichts an der Feststellung: **Hier wurde Kindermord als „Freiheitstat" propagiert.**

Linke Lehrerarbeit an rechter Schule: Gegen die zunehmende Repression gegen Kinder

Diskussionsbeitrag

Im Ak 99 hat das Lehrerkomitee der Hamburger KB-Gruppe mit dem Artikel „Das tägliche Trauerspiel, das Schule heißt" die Diskussionen um Fragen linker Lehrerarbeit eröffnet.

Dieser Artikel analysiert richtig die idelogische Funktion der Klassenschule, beschreibt realistisch den Alltag in dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt.

Aber: Der Artikel geht auf konkrete Fragen des Schulalltags, der Arbeit eines linken Lehrers dagegen kaum ein. Wo er es macht, z.B. in Fragen eines „fortschrittlichen Unterrichtes", enthält er meiner Meinung nach Fehlpositionen.

Und: Der Artikel begreift nicht - obwohl er verbal von der Einengung des linken Spielraums an der Schule spricht - daß die Schule und insbesondere die Schüler zunehmend reaktionärer Ausrichtung (Schulgesetze, Hetzkampagnen reaktionärer Elternverbände usw.) ausgesetzt sind und daß diese zunehmende Repression auch zunehmende Aktivität linker Lehrer erfordert. Deshalb dieser Diskussionsbeitrag!

kussionsbeitrag!

Der Spielraum ist enger geworden !

Vergleicht man die Bedingungen für linke Lehrer an der Schule heute mit den Bedingungen um 1970, so läßt sich eine drastische Einschränkung des Spielraums feststellen.

Damals, am Ende der Studenten- und Schülerbewegung, war eine breite Diskussion - selbst unter bürgerlichen Pädagogen - im Gange über die Aufhebung des dreigliedrigen Schulsystem, Abschaffung der Zensuren, Hausaufgaben u.a. Disziplinierungsmittel, über fortschrittliche Lehrinhalte und -methoden.

Dies schlug sich sogar - wenn auch eingeengt - in den Erlassen der Schulbürokratie nieder: Einführung der Sexualkunde, Richtlinien für Hausaufgaben, Zensuren etc;Man schaue sich einmal als linker Lehrer die Hamburger Richtlinien für die Erteilung von Hausaufgaben an - angesichts des heutigen Drucks mit denHausaufgaben fällt da jeder auf den Rücken.

Dieses „ Infragestellen", teilweise sogar - zumindest über Lehrinhalte - praktisches „Infragestellen", ist von der Bourgeosie fast völlig aus dem Schulalltag verdrängt worden. Die Berufsverbote setzen den Lehrer unter Druck, vorsichtiger mit Lehrinhalten etc. zu sein. Die Schüler werden durch den verstärkten Aufbau der Hürden „Numerus Clausus" und Jugendarbeitslosigkeit unter Leistungsdruck gestellt, die Entwicklung von Reformprojekten wie den „Gesamtschulen" wurde drastisch gebremst.

Schulkampf von rechts, wie jetzt in Nordrhein-Westfalen von reaktionären Elternverbänden gegen die Kooperative Schule durchgeführt (s. Artikel im Ak 99) das vorliegende Hamburger Schulgesetz, die Kampagne gegen den Sexualkundeunterricht kennzeichnen den rechten Wind an den Schulen, mit dem wie im Artikel über „das tägliche Trauerspiel, das Schule heißt" richtig gesagt, *„der Spielraum in der Schule von Behörden und Staat zunehmend eingeengt wird"*.

Zugegeben: Schwere Zeiten für linke Lehrer. Umso wichtiger ist es aber, jetzt die Frage zu stellen, wie eine linke Arbeit im Unterricht gegen den zunehmenden Druck von rechts geführt werden kann. Dazu sagt der Artikel im Ak 99 meiner Meinung nach wenig und teilweise falsches.

„Hautnaher Unterricht" - unmöglich ?

Von wesentlicher Bedeutung für jeden linken Lehrer ist sicherlich die Frage nach einem fortschrittlichen Unterricht, und daraus ergeben sich schon drei Fragen:

a) Welche Inhalte vermittle ich den Schülern?
b) Welche Methoden wende ich an?
c) Wie verhalte ich mich den Schülern gegenüber, d.h. wie halte ich es mit den Repressionsinstrumenten, mit der Autorität des Lehrers?

Mit den ersten Fragen ist doch das Problem eines Unterrichts aufgeworfen, der in Ak 99 als „hautnah" bezeichnet wird, ein Unterricht, der an den Interessen der Kinder ansetzt und sie auch interessiert.

Ein socher Unterricht wird von den Genossen faktisch für unmöglich erklärt: *„Dem „politisch bewußten" Lehrer will es nicht in den Kopf, daß z.B. bei solch „hautnahen" Themen wie Jugendvertretungsgesetz, Situation in der Lehre etc. einige Schüler während der Stunde Papier in winzige Fetzen zerreißen und sich gegenseitig ins Gesicht werfen,andere mit unverhohlenem Vergnügen an ihren Bleistiften kokeln, wieder andere mit Krampen schießen"*.

Das mag vielen Lehrern so passieren - insbesondere wie der Artikel ja auch sagt, wenn sie den Schülern Themen vorsetzen, die sie für „hautnah" halten, die den Kindern aber gar nicht auf den Nägeln brennen - das muß aber nicht so sein (wie es der Artikel als Konsequenz aufdrängt).

Es wird doch sehr richtig der brasilianische Pädagoge Paolo Freire zitiert, der *„entdeckte, daß ein Erwachsener in etwa 40 Stunden lesen lernen kann, wenn die ersten Wörter, die er entziffert, eine für ihn wichtige politische Bedeutung haben"* (Ak 99, tägliches Trauerspiel) .

Dieses Prinzip gilt doch nicht nur für Brasilianer, die Lesen lernen, es gilt für das Lernen jedes Menschen, also auch der Kinder.

Ausgangspunkt eines fortschrittlichen Unterrichtes muß doch sein, was für die Schüler wichtig ist.

Man wird natürlich nicht im ersten Anlauf Erfolg haben, wenn man wirklich versucht, Inhalte zu vermitteln, die für die Schüler wichtig sind.. Denn : Wichtig für die Schüler ist auch, daß sie in der Regel mit dem Lehrer „da vorne", die im Artikel auch richtig beschriebenen schlechten Erfahrungen gemacht haben. Wichtig ist für sie auch, daß sie ihren Unmut über diese Klassenschule durch das Fabrizieren von „Chaos" ausdrücken.

Zur Frage nach den Inhalten kommt also auch die Frage nach dem Verhalten eines linken Lehrers und die Frage, wie er auf den berechtigten Widerstand der Kinder eingeht.

Zumersten: Den Lehrinhalten. Die geltenden Lehrpläne lassen m.E. einen gewissen Spielraum für Inhalte, die die Kinder tatsächlich interessieren. Nicht zuletzt deshalb sind sie unter Beschuß der Reaktion, giftet insbesondere die CDU/CSU gegen verschiedene Schulbücher, mit denen man heute noch arbeiten kann. Von daher ist eine organisierte Auseinandersetzung linker Lehrer mit den geltenden Lehrplänen und das konsequente Nutzen dabei zu Tage tretenden Spielraums eine wichtige Voraussetzung linker Lehrerarbeit. Aber selbst, wo mit einem reaktionären Buch gearbeitet werden muß, gibt es die Möglichkeit, im Unterricht durch die Kritik eines solchen Buches zu fortschrittlichen Ergebnissen zu kommen.

Natürlich hat dieser Umgang mit den Lehrinhalten seine Grenzen. Auch ein linker Lehrer steht in manchen Klassen vor der Situation, den Schülern etwas völlig uninteressantes beizubringen, weil nur das Beherrschen dieses Stoffes den Schülern ermöglicht, im ausgeklügelten Prüfungssystem zu bestehen. Allerdings wird von fortschrittlichen Lehrern allzuoft gerade über diese Grenzen nachgedacht, als über die Möglichkeiten, die es zu erschließen gilt.

Zum zweiten: Dem Verhalten des Leh-
als über die Möglichkeiten, die es zu erschließen gilt.

Zum zweiten: Dem Verhalten des Lehrers. Die Schüler sind, das beschreibt der Artikel richtig, gewöhnt, „Druck" zu bekommen. Wenn der linke Lehrer zeigen will - und diese Erfahrung ist für einen Absolventen der Klassenschule sicherlich sehr wichtig - daß er nicht zu diesen Typen gehört, die „da vorne" mit möglichst viel Repressionsarsenal sie zum Lernen zwingt, dann muß er irgendwie diesem Druck ziemlich abschwören.

Gerade in den letzten Monaten, wo verstärkt Meldungen über Prügelpädagogen (das sind jene Lehrer, die gegen die §§223 und 224 des westdeutschen Strafgesetzbuches über Körperverletzung und gefährlicher Körperverletzung verstoßen) in die Presse gelangen, entsprechend wohl auch einen „Trend" an den Schulen repräsentieren, ist schon das „ Duzen" zwischen Schüler und Lehrer für die Schüler etwas völlig anderes.



Oder das Druckmittel „Zensuren":Gibt es für einen linken Lehrer einen Grund, warum er auf die Vergabe von fünfen und sechsen nicht zumindest verzichten sollte? Oder das Druckmittel „Hausaufgaben": Gibt es einen Grund, mehr Hausaufgaben aufzugeben, als in den geltenden Richtlinien vorgesehen? Gibt es einen Grund, nicht statt individueller Hausaufgaben kollektive Hausaufgaben zu geben?

Zum dritten: Dem Chaos, das die Schüler fabrizieren. Allen Lehrern wird eingehämmert, daß sie dieses Chaos brechen müssen, entweder mit Druck oder allerhand methodischer Mätzchen. Ein linker Lehrer- und darum muß doch auch die Diskussion geführt werden - muß dieses „Ramba-Zamba" doch erst einmal als Form des Widerstandes gegen den Betrieb in der Klassenschule verstehen und letztendlich den Schülern auch zeigen, daß er dieses „Chaos" für gerechtfertigt hält, um daraus klar zu machen, daß Widerstand sich gegen Gegner, also Druckpädagogen, richten muß, nicht gegen Lehrer, die versuchen, an den Interessen der Schüler anzusetzen. Das läuft natürlich nicht dadurch, daß man darüber schwatzschweifig redet, sonderndaß man den Widerstand der Schüler gegen den prügelnden Pädagogen aufnimmt und - was viel Courage erfordert - auch unterstützt. Was zu diesen drei Punkten gesagt worden ist, macht wohl schon deutlich, daß hier sehr viel Diskussion und Zusammenarbeit linker Lehrer erforderlich ist - daß aber auch auf dem Feld Unterricht einiges zu bewegen ist.

Allein machen sie Dich ein

Allein machen sie Dich ein

Es ist festzustellen, daß es an den Unis und PHs, dort also, wo die angehenden Lehrer ausgebildet werden, sehr viele Studenten mit dem fortschrittlichen Anspruch gibt, den Schülern später nicht das Rückgrat zu brechen.

Diese Ansprüche gehen nach Eintritt in das „Berufsleben" sehr schnell flöten. Die Erklärung des Artikels über „das tägliche Trauerspiel, das Schule heißt", *„Die Schüler haben nicht den geringsten Respekt vor der geschafften 1. und 2. Staatsprüfung, vor Alter oder ‚Lebenserfahrung'; sie scheren sich im allgemeinen einen Dreck um die fortschrittlichen Ambitionen des Lehrers, sondern veranstalten nicht selten ein 45-minütiges Ramba-Zamba"*.

Haben die Schüler also Schuld, wenn Lehrer mit fortschrittlichem Anspruch so schnell resignieren? Sicherlich nicht. Das Zerbrechen des fortschrittlichen Anspruchs ist auf zwei andere Ursachen zurückzuführen:

1. Die Behörden haben doch gerade den Übergang von der Uni zur Schule mit einer Phase ungeheuren Drucks verbunden, dem Referendariat.
2. Die Notwendigkeit einer organisierten Diskussion und Zusammenarbeit zu Fragen des Schulalltags wird sowohl in der Uni als auch im Referendariat viel zu wenig gesehen.

Zu 1) Die Schulbehörden wissen ganz genau, daß von der Uni eine Reihe demokratischer „Grünschnäbel" an die Schule drängen, die sich vorgenommen haben, den Schülern nicht das Rückgrat zu brechen. Um ihnen diesen Anspruch zu nehmen, werden sie Knall auf Fall der Situation in der Schulklasse ausgesetzt. Während sie an der Uni viel pädagogische Theorie zu sich genommen haben, sitzen sie jetzt dick in der Tinte der Praxis, die mit dem Uni-Wissen nichts zu tun hat. So hat ihnen sicherlich kein Professor etwas über die Genervtheit, die Unzufriedenheit der Schüler in der Schule erzählt.

In dieser Situation werden sie dazu gezwungen, ständig Erfolge im Sinne der Behörde zu produzieren, d.h. die Klasse zur Ruhe und zum „Lerneifer" zu bewegen, sind einem ständigen Prüfungsdruck unterworden. Hinzu kommt die Doppelbelastung durch Schulalltag und die Ausbildung im Studienseminar. Inhaltlich wird ihnen letztendlich nur vermittelt, wie man durch viele didaktische Tricks die Kinder ruhig und lernwillig machen kann.

wie man durch viele didaktische Tricks die Kinder ruhig und lernwillig machen kann.

Hinzu kommt, daß es viele Kollegen an den Schulen als Angriff auf ihre „Autorität" als Lehrer begreifen, wenn da ein „Grünschnabel" versucht, ohne Druck zu unterrichten, den Schülern das „Duzen" erlaubt etc.Entsprechend drükken Sie natürlich auch auf den jungen Lehrer.

Diese „Therapie" zeigt vielfach den gewünschten Erfolg: Fortschrittliche Ansprüche gehen flöten, manchmal so gründlich, daß ein Referendar sich umbringt; wieder andere lassen sich dazu treiben, das Ganze nur noch als „Job" zu betrachten, den man möglichst reibungslos durchzieht. Die Bedeutung einer Arbeit an der Schule die der rechten Indoktrination, Unterdrückung der Kinder etc. entgegenwirkt, wird aus dem Blickfeld verloren.

Begünstigt wird der Erfolg dieser „Therapie" dadurch, daß an der Uni der Schulalltag kaum in den Lehrplan einfließt, von daher auch der Notwendigkeit, sich auf einen gemeinsamen Kampf an den Klassenschulen und im Unterricht dieser Klassenschulen vorzubereiten, kaum Rechnung getragen wird.

Begünstigt wird dieses rasche Zerbrechen fortschrittlicher Ansprüche dadurch, daß Fragen der Unterrichtspraxis den angehenden „linken Lehrern" auch von den Linken als „individuelle Probleme" überlassen werden, statt hier eine organisierte Diskussion und Zusammenarbeit anzustreben und durchzusetzen.

Solange das so bleibt, wird auch so mancher engagiert linke Lehrer vor der Klasse verzweifeln - ein individuelles Verzweifeln, das von der Bourgeoisie eingeplant ist.

Der zunehmenden Repression an den Schulen etwas entgegensetzen

Mit dem hier zur linken Lehrerarbeit an rechter Schule gesagten soll nicht wegdiskutiert werden, daß die Schule im Kapitalismus eine Klasseneinrichtung der Bourgeoisie ist, entsprechend der Lehrer „Büttel" des bürgerlichen Staates gegen die Schüler.

Wie in allen Einrichtungen dieses Staates weht auch in der Klassenschule der Wind von rechts:Schulgesetze, Schulkampf von rechts, etc. sollen unsere Kinder einerseits zu „Höchstleistungen" zwingen und ihnen gleichzeitig Untertanengeist bis in die Knochen hämmern.

Gerade in dieser Situation ist die konsequente Nutzung des Spielraums, den der Lehrer an der Schule noch hat, notwendig. Die Frage nach dem „Wie?" der Nutzung dieses Spielraums muß Gegenstand organisierter Diskussion und Zusammenarbeit werden!

**Genosse der Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg**



Spanien

Wahlen in Spanien: Eine große Farce

Am 15.Juni sind die 22 Mio. Spanier über 21 Jahre aufgerufen, sich an den ersten „demokratischen Wahlen" nach 40 Jahren zu beteiligen. Diese „Wahlen" sind als Abschluß eines (u.a. in der westdeutschen Presse) als *„einzigartig"* und *„vorbildlich"* gelobten *„Prozesses der demokratischen Selbsterneuerung"* eines faschistischen Regimes gedacht.

In Wahrheit handelt es sich um die größte Farce auf das, was nach geltendem Verständnis eine bürgerliche Parlamentswahl bedeutet. Daß die bevorstehenden „demokratischen Wahlen" dennoch international als solche verkauft werden, hat seine Ursache in der kapitalistischen Propaganda, die u.a. auch von den sozialdemokratischen, sowie den internationalen revisionistischen Parteien mitgetragen wird.

Auch der sehr aufmerksame Leser der westdeutschen bürgerlichen Presse ist der Meinung, daß am 15.Juni in Spanien ein Parlament gewählt wird. Weit gefehlt ... In Spanien wird ein „Gebilde" gewählt, dem willkürlich das Markenzeichen „Parlament" aufgedrückt wurde: Die eigentliche Aufgabe eines jeden bürgerlichen Parlaments ist die Regierungsbildung (durch die parlamentarische Mehrheit), sowie die parlamentarische Kontrolle (oder Schein„kontrolle") eben dieser Regierung. Dies gilt in formaler Hinsicht selbst für Scheinparlamente, wie z.B. das brasilianische. Nicht so in Spanien: Hier wird die Regierung von den zuständigen Gremien des monarcho-faschistischen Staatsapparates bestellt, in derem willkürlichen Ermessen die Einbeziehung ihr genehmer „Parlamentarier" steht. Das zu wählende spanische „Parlament" darf mit der Regierung diskutieren und bescheidene Initiativen im gesetzgeberischen Bereich starten, soweit sie nicht die Belange der „Säulen" des alten Staatsapparates berühren.

Im neuen spanischen „Wahlgesetz" ist die Frage des Verhältnisses der beiden Kammern (Kongreß und Senat) zur Exekutive (Regierung) überhaupt nicht erwähnt!

Dazu kommt, daß die Vertretung der Opposition in diesem „Gremium" einschneidend dadurch manipuliert wird, daß die großen linken Industriezentren wie Barcelona oder Madrid mit mehreren Millionen Einwohnern dieselbe Anzahl von Abgeordneten in das Gremium schicken wie die voraussichtlich eher rechts wählenden einwohnerarmen ländlichen Provinzen.

Als aufmerksamer Leser der westdeutschen Presse ist man sicherlich der Meinung, daß in Spanien tatsächlich ein Wahlkampf stattfindet, der nach der Legalisierung eines großen Teils der Parteien der ehemals illegalen Opposition diesen auch eine „freie Meinungsäußerung" gestattet. Weit gefehlt ...

Tatsächlich ist durch ein kürzlich verabschiedetes Gesetz, das Geltung über den Wahlkampf hinaus hat (ley antilibelo) jede antifaschistische Propaganda verboten. Alle Angriffe auf die Grundlagen des Faschistenstaates, wie die Armee, die von Franco eingesetzte Monarchie, sowie die „Einheit des Staates" sind bei hohen Strafen untersagt. Damit besteht ein ausdrückliches Verbot jeder republikanischer Propaganda, sowie der Propaganda für die Autonomie der spanischen Völker. „Beleidigungen gegen Persönlichkeiten" – so kann jede Aufdeckung der faschistischen Vergangenheit vieler Kandidaten gewertet werden – kann von Schnellgerichten mit bis zu sechsjährigen Strafen geahndet werden!

Der aufmerksame Leser der westdeutschen Presse ist wohl auch der Meinung, daß in Spanien nach der offiziellen Legalisierung des „Verbandes Comisiones Obreras", der USO und der UGT die Gewerkschaftsfreiheit erreicht ist. Weit gefehlt ...

Tatsächlich ist die vom Staat anerkannte „Gewerkschaft" nach wie vor ausschließlich das faschistische Syndikat (OS), das sowohl die „Tarifverträge" aushandelt als auch – als Ausdruck seiner staatlich legitimierten Allmacht – von den Arbeiterlöhnen automatisch die Beiträge abzieht. Die „freien Gewerkschaften" sind zwar legalisiert, bestehen jedoch objektiv nur als „Arbeitervereine" ohne jede gewerkschaftlichen Rechte und Funktionen. In dem kürzlich von der spanischen Regierung verabschiedeten Gesetz über „Arbeitsbeziehungen" ist ausdrücklich nicht die Rede von Gewerkschaften!

Keine der grundlegenden Forderungen der spanischen Opposition ist erfüllt worden. Der „demokratische Bruch" mit der alten Ordnung hat nicht stattgefunden: Weder sind die politischen Freiheiten hergestellt, noch alle Parteien legalisiert (die gesamte revolutionäre Linke, einschließlich insbesondere der für Autonomie der spanischen Völker kämpfenden Organisationen wurde nicht legalisiert). Nach wie vor sitzen von Franco-Gerichten verurteilte Antifaschisten in den Gefängnissen. Insbesondere die Tatsache, daß die Repressionskräfte (Armee, Guardia Civil, Spezialeinheiten zur „Unruhebekämpfung" usw.) unangetastet bleiben, gibt der spanischen Oligarchie die Sicherheit, ein „demokratisches" Täuschungsmanöver von jederzeit kontrollierbarem Ausmaß „gewagt" zu haben.
usw.) unangetastet bleiben, gibt der spanischen Oligarchie die Sicherheit, ein „demokratisches" Täuschungsmanöver von jederzeit kontrollierbarem Ausmaß „gewagt" zu haben.

Auch das Spanien nach dem 15.Juni wird nichts weiter als ein notdürftig „verschönerter" Faschismus sein, dessen „demokratische" Elemente jederzeit widerrufbar sind.

Während die revolutionäre Linke (unter dem Deckmantel unabhängiger Kandidaturen) sich am Wahlkampf beteiligt, um das demokratische Täuschungsmanöver der Regierung anzuprangern, beteiligen sich die sozialdemokratischen Parteien (wie PSOE) und die revisionistische PCE an den Wahlen, indem sie den Arbeitern und dem spanischen Volk weismachen, daß es sich dabei um einen wahrhaft „demokratischen Fortschritt" handelt.

Zeitpunkt und Bedingungen der Wahlen vom 15.Juni wurden ausschließlich von den Verwaltern der „alten Ordnung" bestimmt. So steht schon vor den Wahlen fest, daß sich im spanischen „Kongreß" und erst recht im „Senat" absolute Mehrheiten finden werden, die eine Fortsetzung der bisherigen Politik garantieren.

Die „Oppositions"-Parteien müssen sich, kaum zwei Monate nach ihrer Legalisierung, nach 40 Jahren Untergrund und Verfolgung zur Wahl präsentieren, ohne eine Chance, dem mächtigen Propaganda-Apparat der regierungstreuen Parteien etwas vergleichbares entgegensetzen zu können. Öffentliche Veranstaltungen, selbst der sozialdemokratischen PSOE, werden nach wie vor behindert, „aufgelöst" und verboten usw.

Während des auf drei Wochen angesetzten Wahlkampfes (ab 24.Mai) soll zwar allen zugelassenen Parteien der Zugang zu den Massenmedien gleichberechtigt offenstehen. Sie müssen dafür jedoch in mindestens der Hälfte der insgesamt 53 Regionen Kandidaten aufgestellt haben und sich zudem mit den faschistischen Direktoren der jeweiligen Medien „einigen". Manipulationen sind auch hier gewährleistet, da Rechte und Ultrarechte ihre Daumen in alter Tradition auf der „veröffentlichten Meinung" haben.

Zu diesen objektiv nachteiligen Faktoren für einen „fairen" Wahlkampf der Opposition kommt eine kaum zu überbietende Zersplitterung derselben. Diese ist teilweise ganz offensichtlich bewußt herbeigeführt – als von Suarez abgepreßtes Zugeständnis für die „Legalisierung" – teilweise aber auch Ergebnis der Unreife bzw. auch parteibornierter Herangehensweise, sowie Druck aus dem Ausland (z.B. der SPD gegenüber der PSOE). Was den ersten Punkt betrifft, so haben sowohl die von der westdeutschen Sozialdemokratie ausgehaltene spanische PSOE wie auch die revisionistische PCE von vornherein Einzelkandidaturen angestrebt, d.h. jede Form des Bündnisses mit anderen Kräften der Opposition abgelehnt. Durch diese Wahltaktik ist die Schwäche der bürgerlich-demokratischen und reformistischen Opposition im zukünftigen Parlament ausdrücklich besiegelt worden. Die revolutionäre Linke ihrerseits hat sich zu keinem breiten Wahlbündnis aufschwingen können. Es präsentieren sich insgesamt vier „Wahlbündnisse" der revolutionären Linken, zusätzlich zu den regional vorhandenen Koalitionen der Linken, sowie zusätzlicher linkssozialistischer Gruppen (wie PSP).

In Madrid hat der Wähler zwischen insgesamt 26 Listen zu entscheiden, in Barcelona zwischen insgesamt 23! Die Konfusion wird komplett dadurch, daß verschiedene rechte Gruppierungen unter sozialistischen und sozialdemokratischen Firmenschildern kandidieren.

Das „Demokratische Zentrum"

Die Hauptpartei der „rechten Mitte", auf die die derzeitige Regierung und mit ihr alle „demokratisch" Frisierten des frankistischen Establishments setzen und das sich aus demselben Kreis gebildet hat, ist das „Demokratische Zentrum". Es ist ein Zusammenschluß von 15 sich selbst sonennenden christ-, sozialdemokratischen und liberalen Gruppierungen. Hier haben sich eine ganze Reihe der bereits unter Franco genehmigten „Assoziationen" zusammengeschlossen. Keine der Gruppen der traditionellen „Opposition" hat sich hier integriert. Die angestrebte Vereinigung mit den „linken" Christdemokraten unter Ruiz Gimenez (Christdemokratische Equipe) ist gescheitert, weil letztere mehr Berücksichtigung der Autonomiebestrebungen einzelner Regionen forderten, sowie gemeinsame Kandidaten-Listen mit PSOE und PCE für den Senat aufstellen wollten. Die „linken" Christdemokraten haben nur die Kraft, in wenigen der spanischen Regionen zu kandidieren.

An die Spitze des rechten Klüngels hat sich Ministerpräsident Suarez, ehemals Minister des faschistischen „Movimiento", als „Superstar" gestellt. Laut Wahlgesetz darf kein amtierender Minister oder hoher Staatsbeamter zu den Wahlen kandidieren – die große Ausnahme macht nur der „schöne Suarez", dem dies ausdrücklich genehmigt wurde. (Übrigens hat die besagte Bestimmung zu „Rücktritten" von annähernd hundert Ministern und hohen Staatsbeamten geführt, die so freie Bahn für ihre Kandidatur haben, ohne daß ihre Staatspfründe allerdings zwischenzeitlich neu besetzt wurden).

Nach Ansicht von Springers „Welt" handelt es sich beim „Demokratischen Zentrum" um *„eine Palette unterschiedlicher Tendenzen, die in der Bundesrepublik bereits die gesamte Breite des Parlaments ausmachen"* (Welt, 5.5.77). An dieser Aussage wird u.a. deutlich, daß die westdeutschen Parteien (CDU, SPD und FDP) diese Ansammlung verschiedener altgedienter Franco-Minister und ihres Anhanges (wie Pio Cabanillas – Informationsminister unter Franco, Garrigues – Justizminister im ersten Nach-Franco-Kabinett) für ausreichend demokratisch legitimiert halten, das neue „demokratische" Spanien zu vertreten.

Der Generalsekretär der im „Demokratischen Zentrum" integrierten
kratische" Spanien zu vertreten.

Der Generalsekretär der im „Demokratischen Zentrum" integrierten
„Demokratischen Volkspartei" (PDP), Camunas, war zu letzten Absprachen zusammen mit dem Führer der „Föderation demokratischer und liberaler Parteien" (Garrigues, s.o.), am 19.5. mehrere Tage von der FDP eingeladen worden und wurde u.a. von Außenminister Genscher empfangen. Die CDU, deren Vorsitzender Kohl sich Mitte Mai ebenfalls mit allen *„alten Freunden der Christdemokratie"* („El Pais", 18.5.77) in Spanien traf, war noch nie recht glücklich über ihre „linkslastige" „Christdemokratische Equipe" unter Ruiz Gimenez gibt ebenfalls ihre Hauptunterstützung der Zentrumsallianz.

Das „Demokratische Zentrum" hat es nicht einmal für nötig gehalten, ein Wahlprogramm herauszugeben, sondern beschränkt sich auf ebenso allgemeine wie nichtssagende Aussagen und bietet eine *„klare Position im politischen Zentrum Spaniens, entschlossen und gemäßigt zugleich, weder marxistisch noch autoritär, mit der wahrhaften Absicht – und nicht nur der verbalen – eine tiefgreifende Reform durchzuführen, welche die endgültige und friedliche Konsolidierung der Demokratie in Spanien verlangt"* („El Pais", 18.5.77).

Sich auf nichts festlegend und die „wahre Demokratie" versprechend, soll das „Demokratische Zentrum" laut Wahlumfragen (die bekanntlich ihrerseits wieder zu Wählermanipulationen dienen) die besten Wahlchancen von allen angebotenen Listen haben (knapp 20%). Immerhin gibt es in Spanien derzeit noch etwa 30% Wähler, die noch gar nicht wissen sollen, wen und was sie wählen wollen. Und da dem „Demokratischen Zentrum" sämtliche Propagandazentralen des Staatsapparates und der faschistischen Massenpresse bis in die letzten Dörfer Spaniens zur Verfügung stehen, wird hier noch entsprechende „Entscheidungshilfe" geliefert werden, so daß die derzeitige Regierung mit ihrer demagogischen Demokratisierungspropaganda einer „soliden" Zustimmung sicher sein kann.

Die Ultrarechte

Rechts vom „Demokratischen Zentrum" bieten sich mehrere offen faschistische und in der Tradition des Franco-Regimes stehende Gruppierungen an, die jede – auch nur scheinbare – Veränderung als „ideologische Zersetzung" von „Francos Erbe" strikt ablehnen. Insbesondere ist hier die „Volksallianz" des Fraga Iribarne zu nennen, der im ersten Nach-Franco-Kabinett Innenminister war und mit einer ganzen Reihe von „Persönlichkeiten" des „Demokratischen Zentrums" die Staatsgeschäfte verwaltete. Die „Volksallianz" betrachtete die kürzliche Legalisierung der Revisionisten als „nationale Katastrophe" und versuchte sie mit allen Mitteln zu torpedieren. Sie tritt offen gegen die Autonomie der Regionen auf und bekennt sich ohne Umschweife zu den alten Traditionen.





Wahlwerbung der PSOE

Sie pflegt enge Verbindungen zur CSU. Auf der Ultrarechten treten außerdem zwei Falangegruppen auf sowie die „Zirkel Jose Antonio" (J.A. Primo de Rivera ist der ideologische Vater der Falange) und die Terrorbanden von „Fuerza Nueva", die auch unter dem Namen „Nationale Allianz 18. Juli" kandidieren, ferner zwei oder drei rechte „Assoziationen", die allerdings nicht in allen Provinzen kandidieren.

Man sieht, daß die Faschisten bis hin zu den Schläger- und Mörderbanden von „Fuerza Nueva", die insbesondere im Baskenland zahlreiche Morde und schwerverletzte Antifaschisten auf ihr Konto buchen können, ohne alle Einschränkungen in das „demokratische" Parlament und den „Demokratisierungs-Prozeß" einbezogen werden.

Laut Meinungsumfragen soll die Ultrarechte insgesamt immerhin um 15% der Stimmen einheimsen können ... („Cambio" 16, 15.5.77).

Opposition: Getrennt marschieren – vereint unterliegen

Das hervorstechendste Kennzeichen der Kandidaturen auf Seiten der antifrankistischen Opposition ist ihr total zersplittertes Herangehen an die Wahlen. Daß es sich hierbei, zumindest bei den reformistischen Teilen der Opposition um ein bewußtes Manöver – auf Druck des spanischen Faschismus – handelt, wird daran belegbar, daß ebendiese Opposition bis zur Erreichung gewisser, als „Liberalisierung" interpretierbarer Schritte der spanischen Regierung mehrere große Bündnisse gebildet hatte. Diese Bündnisse bezogen noch vor wenigen Monaten von den „linken" Christdemokraten über die verschiedenen sozialistischen Strömungen, die Revisionisten bis hin zu der revolutionären Linken und die sozialistische Opposition der nach Autonomie strebenden Parteien ein („Plattform Demokratischer Organisationen"). Daß es sich bei dieser „Einheit" der antifrankistischen Opposition nicht um eine wirkliche antifaschistische Einheit handelte, haben wir immer wieder hervorgehoben und im Gegensatz zu verschiedenen Gruppen der spanischen revolutionären Linken wie ORT oder PTE auch darauf hingewiesen, daß die reformistischen Kräfte zu gegebener Zeit ihr Geschäft mit dem „reformierten" Faschismus machen werden und dabei die revolutionäre Linke in die Ecke der Isolation drängen werden. Während die sozialdemokratische PSOE und die PCE vor Monaten noch erklärten, sie würden sich nicht an den Wahlen beteiligen, wenn nicht alle Parteien legalisiert seien, so nutzen sie jetzt ohne Bedenken ihre Vorteile als legalisierte Parteien gegenüber der insgesamt weiterhin illegalen revolutionären Linken aus.

Eine besonders üble Rolle beim Geschäft der Zersplitterung hat die massiv von der SPD unterstützte PSOE des Felipe Gonzales gespielt. Sie hat nicht nur alle „Volksfront"-Bündnisse (also mit den Revisionisten) rundheraus abgelehnt (dies auf speziellen Druck vom obersten „Rat"-geber Willi Brandt), sondern auch eine mögliche Vereinigung mit anderen - allerdings linkeren – sozialistischen Strömungen durch unakzeptable erpresserische Bedingungen verhindert. Ihre großherzige Vereinigungsbedingung war: absolute Unterordnung unter Programm, Statuten, Parteiränge und nicht zuletzt den Namen der PSOE. Diese Poltik, die von der „Sozialistischen" Internationale lanciert wird (die einzig die PSOE an-

Fortsetzung auf Seite 33

Fortsetzung von Seite 32

erkennt) ist natürlich auf scharfe Kritik seitens der anderen spanischen Sozialisten gestoßen, die ähnliche Startbedingungen wie die PSOE hatten, bevor diese massiv von der SPD & Co. hochgepäppelt wurde.

Die PSP (Sozialistische Volkspartei) des Tierno Galvan kandidiert somit ebenfalls für sich, bzw. hat in einigen Regionen Wahlbündnisse mit der FSP (Föderation Sozialistischer Parteien) oder anderen regionalen sozialistischen Gruppierungen geschlossen.

Die spanischen Revisionisten (PCE), die einzige Partei, die den Faschismus wegen des Untergrundkampfes ihrer zehntausende antifaschistischen Arbeiter-Sympathisanten und -Mitglieder relativ „intakt" überdauert hat, ist mit großem Aufwand und langen Kandidatenlisten zur Wahl angetreten. Ihre Hauptparole ist die „nationale Wiederversöhnung" aller Spanier (d.h. die bedingungslose „Versöhnung" der spanischen Antifaschisten mit ihren Folterknechten), der Verzicht auf „Rachegedanken" und die unbedingte Garantie ihrer demokratisch-pluralistischen Absichten, die soweit gehen, auch den Ultrarechten „freie Meinungsäußerung" zuzugestehen. Als Hauptfeind hat sich die PCE die „Alianza Impopular" (Unpopuläre Allianz) des Fraga Iribarne erkoren, während sie das besser getarnte „Demokratische Zentrum" als „fairer Gegner" nicht angreift. Wie wir in AK 104 darlegten, hat das ZK der PCE die spanische Fascho-Monarchie inzwischen als „Garantin der Demokratisierung" anerkannt und läßt in Zukunft die „nationale Fahne" (die Fahne Francos!) als Zeichen der „Versöhnung aller Spanier" (und Verhöhnung aller Antifaschisten) auch über ihren Veranstaltungen wehen. Die politische Desorientierung, die die PCE mit ihrem aus jahrzehntelangem Exil zurückgekehrten Generalsekretär Santiago Carillo unter allen antifaschistischen Arbeitern anrichtet, ist kaum abzusehen...

Trostloser Zustand der revolutionären Linken

Trostloser Zustand der revolutionären Linken

Wie bereits erwähnt, kandidieren die Organisationen der revolutionären Linken auf nationaler Ebene auf vier verschiedenen Listen. Dazu kommen unterschiedliche Gruppierungen der autonomistischen Linken:

- ORT kandidiert als *„Wahlgruppierung der Arbeiter"* in der Mehrzahl der spanischen Provinzen. Die ORT kombiniert (ähnlich wie PTE, s.u.) die politische Linie der chinesischen Hua-Clique mit einem starken Rechtsopportunismus in der Tagespolitik.
- Unter der Bezeichnung „CUP" (Einheitliche Volkskandidatur) tritt MC zusammen mit der Organisation „Movimiento Socialista", der „Kommunistischen Partei der Arbeiter" und einer „Syndikalistischen Partei" auf. Angeblich bedeutet diese Wahlallianz gleichzeitig die Gründung einer neuen Partei.
- Die PTE tritt zusammen mit der von ihr politisch beeinflußten linken Gewerkschaft CSUT (Einheits-Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter) und einer weiteren kommunistischen Gruppierung unter dem Namen *„Demokratische Front der Linken"* auf.
- Die trotzkistische LCR hat zusammen mit „Accion Communista" und OIC (Organisation der Kommunistischen Linken) ein Wahlbündnis unter dem Namen „FUT" (Front für die Einheit der Arbeiter) gebildet.

Alle vier Listen sind in der Mehrzahl der spanischen Provinzen angemeldet.

Es hat von einigen dieser Organisationen Versuche einer gemeinsamen Kandidatur gegeben. Nur ORT hat von Anfang bis Ende solche Vereinheitlichungsversuche zurückgewiesen, um als „lupenreine" „ML"-Partei keinerlei Abstriche an ihrem Programm machen zu müssen. ORT stellt bis zum jetzigen Zeitpunkt an die spanische Arbeiterklasse die Forderung, für die Legalisierung der revolutionären Linken in einen „politischen Generalstreik" zu treten und hat mit dieser unrealistischen Wartehaltung offenbar alle Verhandlungen über Kandidaturen unter den gegebenen Bedingungen abgelehnt.

Am weitestgehend offen hat sich MC gezeigt, die zunächst Kontakte mit der „FUT" über eine gemeinsame Kandidatur hatte. Diese ist offenbar daran gescheitert, daß die „FUT"-Organisationen als „Parteien" kandidieren wollten und MC das Wahlbündnis in Richtung auf nicht organisierte Kandidaten aus kämpferischen Arbeiter-, Stadtteil- und Intellektuellenkreisen erweitern wollte („El Pais", 28.4.77). Das Herangehen der MC scheint uns unter den gegebenen spanischen Bedingungen einer starken Rechten und zunehmender Isolierung der Linken das am wenigsten „parteibornierte" zu sein und das am ehesten an den Erfordernissen einer Aktionseinheit der antirevisionistischen Linken entspricht.

Die uns einzig bekannt Organisation, die sich nicht dem Legalisierungsverfahren unterzog und zum „aktiven Wahlboykott" aufruft, ist die FRAP. Die Taktik des „aktiven Wahlboykott" ist allerdings unter den gegebenen Bedingungen in Spanien, namentlich weit verbreiteter reformistischer Wahlillusionen zwar sehr „aufrecht", aber wenig realistisch.

Unter der Bezeichnung „Baskische Linke" haben sich auf einer Minimalplattform der ETA (V), bzw. die von

Unter der Bezeichnung „Baskische Linke" haben sich auf einer Minimalplattform der ETA (V), bzw. die von ihr gebildete politische Organisation EIA und die mit ihr zusammenarbeitenden Gewerkschaftsorganisationen (LAIA und LAB) nur noch zwei linkssozialistische baskische Organisationen (ES und EHAS) und Euskal Komomunistak (Baskische Kommunisten) gestellt. Diese Plattform beinhaltet im Grunde nicht mehr, als das Forderungspaket der gesamten sogenannten spanischen Opposition zu ihren „guten Zeiten", nämlich die wirkliche und vollständige Amnestie und die Herstellung in der Tat aller politischen Freiheiten (siehe Artikel in diesem AK).

Nach den brutalen Überfällen der Guardia Civil gegen das für seine politschen Gefangenen kämpfende baskische Volk, die sechs Todesopfer forderten, ist diese Koalition der „Baskischen Linken" als einzige von keine der Vorbedingungen für freie Wahlen verwirklicht sah. Dies war ohne Zweifel der konsequenteste Schritt, der im Rahmen des ganzen Wahlmanövers von den Kräften der Linken gemacht worden ist...

Spanien-Kommission

Baskenland: Ohne Amnestie keine Wahlbeteiligung!



Generalstreik an vier Tagen, Straßenkämpfe wie seit dem Bürgerkrieg nicht mehr und als Opfer der Polizeibrutalität sechs Tote und mindestens ebensoviele Schwerstverletzte - das war die Lage im Baskenland Mitte Mai 1977, einen Monat bevor Spaniens „Demokratisierungsprozeß" seinen Höhepunkt mit den „freien Wahlen" erreichen soll.

Wie „frei" diese Wahlen sein werden, das zeigte erneut die extreme Repression jeglicher Demonstration während der Kampfwoche für die totale

Wie „frei" diese Wahlen sein werden, das zeigte erneut die extreme Repression jeglicher Demonstration während der Kampfwoche für die totale Amnestie, die das baskische Volk vom 8. Mai an durchführten. In der in den letzten 40 Jahren nicht mehr erreichten Breite und Militanz der Massenaktionen zeigte sich aber auch der Wille und die Kampfkraft des baskischen Volkes, das bis zum äußersten für die Freilassung der letzten 27 baskischen und 88 anderen politischen Gefangenen zu kämpfen bereit ist.

Aus Furcht vor einer weiteren Verschärfung der Lage im Baskenland (und in ganz Spanien, wo zahlreiche Solidaritätsaktionen stattfanden hat die Regierung inzwischen die Entlassung der baskischen Gefangenen (und nur dieser!) in Aussicht gestellt. Die Bedingungen dafür sind allerdings mehr als skandalös: Wer in den Genuß dieser „Gnade" kommen will, muß einen persönlichen Antrag stellen und um die *„Umwandlung seiner gegegwärtigen Strafe in Ausweisung in ein fremdes Land"* bitten („El Pais", 21.5.77).

Keine Spur von Amnestie also, geschweige denn von vollständiger Amnestie für a l l e politischen Gefangenen!

Fünf Anträge gibt es bereits, und die belgische Regierung soll sich bereit erklärt haben, diese politischen Gefangenen aufzunehmen („El Pais", 22.5.77). Es handelt sich dabei um fünf der sechs Basken, die im Burgos-Prozeß von 1970 ursprünglich zum Tode verurteilt worden waren. Dieser Prozeß erregte damals wegen der haarsträubenden Verhandlungsführung internationales Aufsehen und führte zu einem großen Aufschwung im Kampf der Völker Spaniens. Die Gefangenen waren vor und nach dem Prozeß schweren Mißhandlungen ausgesetzt. Ihre Entlassung stellt - auch unter den unwürdigen Bedingungen - einen Teilsieg des baskischen Volkes dar.

In den militanten Massenkämpfen Mitte Mai zeigten sich allerdings auch schon die ersten Anzeichen für eine Spaltung der Opposition in „Gemäßigte", die unter dem Vorwand der Gewährleistung der Wahlen im Juni auf jede Massenmobilisierung verzichten wollen (die Revisionisten der PCE, die PSOE sowie die noch weiter rechts stehenden bürgerlichen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen des Baskenlandes) auf der einen Seite und den „Radikalen", die nach wie vor zu Recht die Massenmobilisierung als einzigen Weg zur Erlangung demokratischer Rechte und der vollständigen Amnestie ansehen. Bedauerlich ist allerdings, daß lediglich die Parteien der KAS („Sozialistische Baskische Koordination") die Konsequenz besessen haben, sich angesichts der Regierungspolitik gegenüber den demokratischen Mindestforderungen nach totaler Amnestie an den Wahlen nicht mehr zu beteiligen („El Pais", 20.5.77). ETA-V, (politisch-militärischer Zweig) hat die Haltung der („gemäßigten") baskischen politischen Parteien scharf kritisiert und die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes verkündet („El Pais", 22.5.77).

Die „Woche für die Amnestie"
Auf einer Pressekonferenz gaben am 5. Mai amnestierte politische Gefangene und Familienmitglieder von

Die „Woche für die Amnestie"

Auf einer Pressekonferenz gaben am 5. Mai amnestierte politische Gefangene und Familienmitglieder von immer noch in Haft befindlichen Gefangenen die Verstärkung der schon seit gut über einem Jahr laufenden Kampagne für die totale Amnestie bekannt. Sie kündigten für die Woche vom 8. bis 15.5. für das Baskenland massive Aktivitäten wie Veranstaltungen, Streiks, Besetzungen von Kirchen und Demonstrationen an.

Die bisherigen Amnestiemaßnahmen der Regierung verurteilten sie als ungenügend und stellten fest, daß in den Gefängnissen noch *„die besten Kämpfer gegen die Diktatur und diejenigen, die in den härtesten Zeiten des Frankismus festgenommen wurden"* säßen („El Pais" 6.5.77). (Einige der erst jüngst entlassenen sind nur »provisorisch freigelassen" worden und können jederzeit sofort wieder eingesperrt werden; darüberhinaus gibt es noch 115 politische Gefangene.) Sie forderten ein demokratisches Regime mit Anerkennung der staatsbürgerlichen und nationalen Freiheiten, mit der Auflösung der Repressionsorgane und paramilitärischen faschistischen Banden und mit der Legalisierung aller politischer Parteien. Gleichzeitig riefen sie alle fortschrittlichen Parteien und Kräfte auf, in ihren Bemühungen um eine wirkliche Amnestie nicht nachzulassen („El Pais", 6.5.77).

Bis zum Mittwoch, 11.5., verlief die Kampagne ohne nennenswerte Zwischenfälle. In anderen Teilen Spaniens, Madrid und Barcelona vor allem, wurden Solidaritätsakte durchgeführt, oft mit den Angehörigen oder Verteidigern von baskischen Gefangenen.

Während eine Basken-Kommission mit der Regierung verhandelte, riefen 17 politische und gewerkschaftliche Organisationen den Donnerstag (12.5.) zum Kampftag aus, mit Massendemonstrationen, Streiks und Versammlungen. Dieser Donnerstag wurde dann zum Beginn der militanten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Die unglauliche Härte der Bullen bei der Unterdrückung der Demonstrationen veranlaßte immer mehr Basken, sich aktiv an den Kämpfen zu beteiligen, die bis zum Dienstag der folgenden Woche andauerten.

„In der Instriestadt Renteria (Provinz Guipúzcoa) *wurde ein 62 Jahre alter Mann getötet und sechs Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt, als die Guardia Civil mit Maschinenpistolen in die Menge schoß. Die Guardia Civil hatte zunächst Gummikugeln auf die Demonstranten geschossen, als diese davon unbeeindruckt weitermarschierten, schoß die Polizei scharf"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 14.5.77).

Am Donnerstag und am Freitag wurden zahlreiche Barrikaden in den Städten und auf den Landstraßen errichtet: Während am Donnerstag nur in einer der vier baskischen Provinzen Generalstreik herrschte, dehnte er sich am Freitag auf das gesamte Baskenland aus. Am Freitag und am Samstag waren insgesamt vier neue Todesopfer zu beklagen: In Renteria wurde der junge Rafael Gómez Jáuregui von einem Bullen aus allernächster Nähe mit einem Nackenschuß getötet!

Als die Bevölkerung eine Versammlung auf offener Straße abhielt, um die beiden Todesfälle (von Donnerstag und Freitag) zu klären, griff sofort wieder die Guardia Civil an. Das Er-

Als die Bevölkerung eine Versammlung auf offener Straße abhielt, um die beiden Todesfälle (von Donnerstag und Freitag) zu klären, griff sofort wieder die Guardia Civil an. Das Ergebnis: *„Als die Guardia Civil sich zurückzog, waren die umliegenden Straßen und Plätze von Regenschirmen, Schuhen und Kleidungsstücken übersät. Drei verletzte Jugendliche wurden abtransportiert"* („El Pais", 14.5.77).

In Pamplona erschossen die Bullen den 28jährigen José Luis Cano, Mitglied der Arbeiterkommissionen. *„Pamplona war überflutet von Brigaden gegen innere Unruhen der bewaffneten Polizei und der Guardia Civil und glich einer militärisch eingenommenen Stadt"* („El Pais", 15.5.77).

Am Samstag starb ein 72 Jahre alter Mann an einem Schock, als er von seinem Balkon aus das Eingreifen der Bullen gegen Demonstranten sah und in seinem Balkon Kugeln einschlugen (ebenda). Mit einem Kopfschuß töteten Bullen ebenfalls am Samstag in Ortuella (Provinz Vizcaya) Manuel Fuentes Mesa, 31 Jahre alt, Mitglied der Arbeiterkommissionen („El Pais", 17.5.77)

Der Sonntag zeichnete sich durch besonders harte Auseinandersetzungen in Pamplona und Bilbao aus, wo die Bullen in ihrer „Arbeit" von faschistischen Kommandotrupps unterstützt wurden.

Die Kämpfe setzten sich am Montag mit unverminderter Stärke fort. Über eine halbe Million Menschen streikten im Baskenland!

„Pamplona, und konkret das Viertel La Rochapea, waren gestern (= Montag, AK) *Zeuge eines bisher ungekannten Stadtkrieges. Die Barrikaden, gebildet aus umgestürzten und angezündeten Autos, Lastwagen mit aufgestochenen Reifen, Metallgegenständen und abgesägten und mit Benzin übergossenen Bäumen verhinderten den Zugang in diese Zone"* („El Pais", 17.5.77). Der Berichterstatter der „FAZ" schrieb darüber folgendes: *„Die Polizei unternahm eine Großaktion und griff die Bevölkerung, die sich hinter Barrikaden in einem Stadtteil verschanzt hatte, von verschiedenen Seiten her an. Etwa 50 Verhaftete wurden mit erhobenen Händen und gespreizten Beinen an die Wände der Häuser gestellt, während die Polizei mit Gummikugeln und Rauchbomben die Balkone und Fenster der Häuser beschoß. Hinter der Polizei erschienen in Pamplona - wie auch in Bilbao - rechtsextreme Zivilisten mit Knüppeln und Pistolen. Straßenkämpfe wie in Pamplona hat es seit dem Bürgerkrieg in Spanien nicht mehr gegeben"* („FAZ", 18.5.77). Inzwischen ist ein weiterer Baske gestorben: Der 63jährige Gregorio Marichalar Ayestarán erlag am 23.5. in einem Krankenhaus seinen schweren Schußverletzungen („El Pais", 25.5.77).

Fortsetzung auf Seite 34

„Gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker gerichtet"

Radio Tirana (Albanien) brachte am 25.4.1977 einen erfreulich ehrlichen Kommentar zum *„Besuch des Häuptlings des monarcho-faschistischen Regimes in Spanien bei den westdeutschen Revanchisten"*. Gemeint ist der Besuch des spanischen Königs Juan Carlos in Bonn Ende April. Dieser Kommentar hebt sich erfrischend von der heuchlerischen Propaganda der Revisionisten und Sozialdemokraten über eine angebliche Demokratisierung in Spanien sowie von dem Schweigen der chinesischen „Offiziellen" ab:

»[*Volltext*] *„Der Häuptling des monarcho-faschistischen Regimes in Spanien, Juan Carlos, machte vor kurzem einen Besuch in Westdeutschland. Er sprach mit hohen Regierungsvertretern Bonns. Die Häuptlinge des deutschen Revanchismus haben Carlos der Unterstützung Westdeutschlands versichert. Diese Unterstützung zielt auf die Aufrechterhaltung des monarcho-faschistischen Regimes in Spanien und richtet sich gegen das spanische Volk, das gegen die wütende poltische Unterdrückung und die gnadenlose wirtschaftliche Ausbeutung kämpft. Außerdem hat diese Unterstützung mit den Krediten zu tun, die das westdeutsche Großkapital Spanien geben will, um mit den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden.*

Einen besonderen Platz bei den Gesprächen zwischen Carlos und den Bonner Regierungsvertretern nahm das Problem der Integration Spaniens in den Europäischen Gemeinsamen Markt ein. Wie aus den Erklärungen der westdeutschen Regierungsvertreter hervorgeht, ist Bonn für die Aufnahme Spaniens in diese reaktionäre Organisation, weil dies mit der Expansionspolitik Westdeutschlands und seinem Wunsch zusammenhängt, in dieser Organisation die erste Geige zu spielen. Der Besuch von Carlos in Westdeutschland und die ihm gegebene Unterstützung sind Ausdruck der engen Verbindungen der westdeuschen Revanchisten mit den spanischen Monarcho-Faschisten - Verbindungen, die gegen Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker gerichtet sind."« (Leb) („Monitor-Dienst", 25.4.77).

Fortsetzung von Seite 33

Spaltung der Opposition

Am Dienstag ließen die Kampfaktivitäten erheblich nach, nicht zuletzt aufgrund der Demobilisierung durch die „Gemäßigten", das heißt konkret: die revisionistische PCE und die von ihr beeinflußte Mehrheitslinie der Arbeiterkommissionen, die eine weitere Mobilisierung der Massen zu Demonstraionen oder zum Generalstreik ablehnten. Als Begründung führten sie an, daß sonst *„die Parlamentswahlen und die Konsolidierung der Demokratie* (!) *in Gefahr gebracht würden"* („El Pais", 17.5.77). Sie mobilisierten auch schon nicht mehr zum Generalstreik am Montag (16.5.) mit.

Die Drohung, daß Vorwände für die Intervention eines „Pinochet" geliefert würden, wurde von der PCE ebenso bemüht wie das demagogische Argument, daß es den Arbeitern *„in diesem Augenblick darum geht, die Freiheiten zu erlangen, um ein neues Kräfteverhältnis mit den Unternehmern herzustellen und die Abwälzung der ökonomischen Krise auf die Arbeiter zu verhindern"* (ebenda). Hier werden in verbrecherischer Weise die politischen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes ausgespielt gegen die genauso berechtigten ökonomischen Interessen. Als ob nicht bisher die Arbeiter alle ihre Errungenschaften nur ihrem eigenen Kampf und nicht der Teilnahme an (in diesem Fall auch noch höchst undemokratischen) Wahlen zu verdanken hätten!

Diese schändliche Haltung der PCE wurde denn auch von allen links der PCE stehenden Kräften des Baskenlandes scharf kritisiert.

Rechtere Kräfte, wie die sozialdemokratische PSOE und ihre Gewerkschaft UGT und die Karlistische Partei hatten sich noch dem Aufruf zum Generalstreik für Montag (16.5.) der radikalen und revolutionären Linken angeschlossen (wohl um nicht das Gesicht zu verlieren und sich gegenüber der PCE zu profilieren), doch gaben die Sozialdemokraten der UGT schon einen Tag später mit den PCE-beherrschten Arbeiterkommissionen eine Erklärung heraus, die die Wichtigkeit der Wahlen unterstreicht und die Not-



Kampf für Amnestie

Und wieder einen Tag später gaben PCE und PSOE gemeinsam mit den noch rechteren bürgerlichen Parteien (Christdemokraten, rechte Sozialdemokraten usw.) ein Manifest heraus, das eine Absage an *„d e n Weg der Gewalt"* und ein Aufruf zu einem „zivilisierten" d.h. gewaltlosen Kampf ist („El Pais", 18.5.77).

Die (PCE-oppositionelle) Einheitslinie in den Arbeiterkommissionen, die vor allem von der revolutionären Organisation MC unterstützt wird, hat sich öffentlich der aktuellen Politik ihrer Gewerkschaftsführer widersetzt. Sie klagen die PCE an, die Arbeiterkommissionen *„für ihre eigene Wahlkampagne zu mißbrauchen und den Arbeiterinteressen entgegenzusetzen"*, und sich dem Baskenland gegenüber unsolidarisch zu verhalten. Sie fordern den Rücktritt von Marcelino Camacho (des bekanntesten Arbeiterkommissionen-Führer und PCE-ZK-Mitglieds), weil er ein „Verräter" sei („El Pais", 17.5.77).

wendigkeit *„eines Klimas staatsbürgerlicher Stabilität"* hervorhebt. Die Fortsetzung der *„Instabilität auf dem politischen und Arbeitssektor"* (d.h. die Fortsetzung der Streiks und Kämpfe) *„nützt der Arbeiterklasse nicht"* („El Pais", 17.5.).

Boykott der Wahlen

Von den oppositionellen Kräften haben lediglich das Wahlbündnis „Euskalliko Esquerra" („Baskische Linke" und die „Karlistische Partei des Baskenlandes" (EKA) die Erfüllung der Forderung nach totaler Amnestie bis zum 24. Mai zur Voraussetzung einer Wahlteilnahme gemacht.

Die einzige uns bisher bekannte Entscheidung jedoch, in Anbetracht der blutigen Unterdrückung der Kämpfe für die Amnestie, das Wahltheater nicht mehr mitzumachen, kommt von der „KAS", der „Baskischen Sozialistischen Koordination" (der insbesondere ETA-nahe Kräfte angehören), die bis zu ihrem Rücktrittsentschluß der „Baskischen Linken" angehörte.

Wir veröffentlichen hier Teile ihrer Erklärung:

„Wir haben als Bedingung zur Teilnahmen am Wahlproezß die Freilassung aller Gefangenen bis zum 24. (Mai, AK) *und die Legalisierung aller Parteien gesetzt. Die Ereignisse dieser Tage zeigen, daß diese demokratischen Bedingungen nicht eintreten werden, weshalb wir nicht glauben, daß es die Mühe wert wäre, bis zu diesem Tag zu warten, um unsere Haltung bekannt zu geben.* (....) *Wir meinen, daß die Organisatoren und Schiedsrichter dieser Wahlen auf engste in Verbindung stehen mit den Todesfällen der vergangenen Tage im Baskenland. An diesen Wahlen teilzunehmen, würde die im Ansehen herabsetzen, die es täten. Wir wollen konsequent sein"* („El Pais", 18.5.77). Bravo!

Die drei anderen Gruppen der „Baskischen Linken" - „Kommunistische Bewegung" („Movimiento Comunista", MC), „Baskische Kommunisten" („Euskal Komunistak") und „Baskische Sozialisten" („Eusko Sozialistak") - haben diese Entscheidung scharf kritisiert: Dies sei ein einseitiger Bruch der Vereinbarungen...! Sie, die verbleibenden drei, würden ihre Kandidatur aufrechterhalten, wenn nicht ein Abkommen der restlichen demokratischen Kandidaturen zum Wahlboykott erreicht würde („El Pais", 18. und 19.5.77).

ETA nimmt den bewaffneten Kampf wieder auf

Die spektakulären Ereignisse im Baskenland wären eine hervorragende Möglichkeit gewesen, durch Verzicht den undemokratischen Charakter der Wahlen zu denunzieren.

In einer offiziellen Stellungnahme vom 21.5. verband ETA-V (politisch-militärischer Zweig) die Kritik an den baskischen und spanischen Oppositionsparteien mit der Ankündigung, den bewaffneten Kampf wiederaufzunehmen. In dem Kommuniqué heißt es, daß die Maßnahmen der Regierung Suarez bezüglich der baskischen Gefangenen *„weit davon entfernt sind, den Gefangenen zu nützen, die wichtigsten in den Gefängnissen belassen und hunderte von baskischen Revolutionären zu einem unbegrenzten Exil verurteilen."* *„Diese Maßnahmen* (...) *entsprechen nicht den von unseren Völkern in ihrem Kampf bekannt gemachten Forderungen."* *„Hier und heute und unter Befolgung der Leitlinien, die unser Volk in seinem Kampf gesetzt hat, beschließt ETA, das bewaffnete Eingreifen wiederaufzunehmen, bis die politischen Forderungen des Volkes von Euskadi Wirklichkeit werden"* („El Pais", 22.5.77).

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Portugal

Die „Bewegung der Volkseinheit" ist gescheitert

Kaum ein Jahr nach der Präsidentenwahl, in der die GDUPs — „Initiativgruppen für die Volkseinheit" — als Kerne der Kampagne für die Wahl Otelos entstanden, scheint das Projekt der revolutionären Volkseinheit endgültig gescheitert zu sein.

Die „einheitliche Massenfront", die MUP, die im November '76 auf dem Kongreß der GDUPs gegründet worden war (siehe AK Nr. 95), ist völlig auseinandergebrochen, nachdem im Mai '77 nacheinander die linkskatholische Arbeiterorganisation Base FUT die Gruppierung der Parteilosen (denen Otelo nahesteht und die sich um die revolutionäre Zeitung „Gazeta da Semana" gruppierten) und schließlich auch der MES ihre Vertreter aus der Nationalen Kommission, der Leitung der MUP, zurückzogen. Damit besteht die Nationale Kommission nur noch aus den Vertretern der „KPD/ML"-Bruderpartei PCP (R) bzw. ihrer „Massenorganisation" UDP.

In ersten Stellungnahmen zu ihrem Rückzug machten alle Gruppierungen hauptsächlich die PCP(R)/UDP für das Scheitern des Projekts verantwortlich, die zu keinem Zeitpunkt das ehrliche Interesse gehabt habe, eine unabhängige Massenbewegung zu schaffen, sondern stets nur das Ziel verfolgt habe, die MUP zur „Massenfront" unter Führung der PCP(R) zu machen.

Darüberhinaus kritisierten die Parteilosen generell a l l e Organisationen, die in der MUP mitgearbeitet haben, da sie unfähig gewesen seien, in derMUP mehr als einen Zusammenschluß von Parteien zu sehen, und dadurch dem eigentlichen Charakter der MUP als einheitlicher Organisation mit eigener Struktur und eigener Leitung nicht gerecht geworden seien.

Der Gründungskongreß vertagte die Widersprüche.

Tatsächlich waren die Widersprüche, an denen die MUP zerbrochen ist, seit ihrer Gründung angelegt. Grundlage zur Durchführung des Gründungskongresses der MUP war ein Kompromiß, der hinter den Kulissen abgeschlossen wurde und der erstens beinhaltete, daß die grundsätzlichen politischen Differenzen zunächst ausgeklammert blieben und auf dem zweiten Teil des Kongresses, der sechs Monate später stattfinden sollte, diskutiert werden sollten, und der zweitens vorsah, daß die PCP(R)IUDP akzeptiert, daß sie in der Nationalen Kommission keine absolute Mehrheit erhält, obwohl sie das bei ihrer zahlenmäßigen Repräsentation hätte erzwingen können.

Der erste Teil des Kompromisses, die „Verschiebung" der politischen Auseinandersetzung, kam der PCP(R)/UDP jedoch äußerst gelegen; so hatte sie schon in den GDUPs demagogisch jede inhaltliche Auseinandersetzung abgelehnt, bei der sie mit ihren sektiererischen Vorstellungen wahrscheinlich den kürzeren gezogen hätte.

Von Anfang an bestand zwischen der PCP(R)/UDP auf der einen und allen anderen Kräften auf der anderen Seite ein unüberbrückbarer Widerspruch darin, daß die PCP(R)/UDP immer an ihrem bornierten Ziel festhielt, die MUP mit allen Mitteln zur „Massenfront" der PCP(R) zu machen, und daß sie ständig ihren „Führungsanspruch" herumposaunte. Hinzu kam, daß die PCP(R)/UDP immer versuchte, ihre sektiererische und selbstmörderische Linie gegenüber der PCP in der MUP durchzusetzen, was die breiten Massen abstieß und zu schweren Rückschlägen für die MUP führte.

Es wäre die Aufgabe des MES gewesen, die Einheit in einer permanenten scharfen Auseinandersetzung gegen das Sektierertum der PCP(R) wie gegen Revisionismus und Reformismus der PS und PC zu erkämpfen.

Diese Auseinandersetzung wurde vom MES erst sehr spät und auch dann nur halbherzig geführt.

Die Kritik des MES an der UDP und der PCP(R)

Erst drei Monate nach dem Gründungskongreß der MUP setzte sich der MES etwas gründlicher in seiner Zeitung „Poder Popular" (v. 17.2.77) mit der Praxis der PCP(R)/UDP auseinander.

In diesem Artikel wurde der konkrete Nachweis geführt, daß die PCP(R) innerhalb der MUP eine rücksichtslose Machtpolitik betreibt, Funktionen soweit wie möglich mit eigenen Mitgliedern besetzt und alles daran setzt, der MUP die politische Linie der PCP (R) aufzuzwingen.

Es wurde aufgedeckt, daß die PCP(R) in den verschiedensten Fällen Wahlbetrug durchführte, so z.B. bei der Wahl der Distriktsleitungen der MUP in Porto und Evora, die schließlich wiederholt werden mußten. Diese Wahlen der Distriktsleitungen waren der PCP(R) insofern wichtig, als sie über einheitlich manipulierte Distriktsleitungen die Nationale Kommission (in der sie keine Mehrheit hatte) ausmanövrieren wollte und weitgehend auch konnte. Ebenfalls kritisierte der MES, daß die PCP(R) bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die Kommunalwahlen mit allen Tricks arbeitete, um „lupenreine" Listen in ihrem Sinne zu manipulieren.

Wiederholt fanden solche Wahlen und Kandidatenaufstellungen auf überraschend anberaumten Sitzungen statt, zu denen von vornherein nur „gezielt" eingeladen wurde.

Die ständigen Versuche, die Arbeit der Nationalen Kommission zu boykottieren, gingen so weit, daß die PCP(R) sogar Geldsammlungen unter den Mitgliedern der GDUPs boykottierte, um zu verhindern, daß die Nationale Kommission finanzielle Mittel für zentrale Kampagnen erhielt.

Schließlich unternahm sie einen letzten Versuch, eine Mehrheit in der Nationalen Kommission zu bekommen, indem sie beantragte, daß die PCP(R), die bisher nur über die UDP offiziell in der Nationalen Kommission vertreten war, mit zwei Delegierten aufgenommen wird. Dies hätte bedeutet, daß PCP(R)/UDP die absolute Mehrheit erhalten hätten. Die übrigen Mitglieder der Nationalen Kommission lehnten dieses Manöver jedoch einhellig ab.

In ihrem enttäuschten Kommentar dazu zeigt die PCP(R) ihren ganzen Größenwahn: *„Damit haben sie einmal mehr gezeigt, wie isoliert sie vom tatsächlichen Massenkampf sind,*



und wie sie vom Antikommunismus geprägt sind. Die Versöhnung mit der PS und mit der FEPU(Wahlbündnis der PC — Anm. der Red.) *erreicht mit diesem Schritt gegen die Partei einen neuen Höhepunkt. Cunhal kann sich zufrieden die Hände reiben"* („Bandeira Vermelha", Zentralorgan der PCP(R), v. 29.12.76).

In seinem Artikel kommt der MES zu dem Schluß, *„daß die gegenwärtigen Positionen von UDP und PCP[R] die Arbeit der MUP erschweren. Die Taktik, permanent die MUP an die PCP[R] fesseln zu wollen, verringert drastisch die Möglichkeiten der Basisarbeit und die Mobilisierungsfähigkeit der MUP. Der Versuch, die MUP zur Massenfront einer Partei zu machen, bedeutet den Tod der MUP"*.

Es fehlt in dieser Kritik eine Analyse des politischen Charakters der PCP(R) und die Klarheit, daß es sich bei den Positionen der PCP(R) nicht um „gegenwärtige", sondern um grundsätzliche Positionen der PCP(R) handelt, die sie gar nicht aufgeben kann, sondern allenfalls aus taktischen Gründen verschleiert.

D.h. der MES ist in der Lage, bestimmte Erscheinungsformen der spalterischen und sektiererischen Politik der PCP(R) zu erkennen und anzugreifen; er ist aber nicht bereit, einen prinzipiellen Kampf gegen diese Organisation zu führen.

Dem entspricht auch die durchaus zahme Erklärung, mit der der MES seinen Austritt aus der Nationalen Kommission der MUP begründete, nachdem er dort zuletzt nur noch mit der UDP saß:

„Der MES verläßt die MUP nicht nur, weil sie auf die beiden Parteien reduziert ist, die mit den Parteilosen den Kompromiß geschlossen haben, der den Nationalen Kongreß der GDUPs und die Gründung der MUP ermöglicht hat, sondern weil sie politisch gescheitert ist und aufgehört hat, eine Bewegung zu sein, die in der Lage ist, die Volkseinheit zu festigen und zu verbreitern, und sie hat sogar aufgehört, eine unabhängige politische Existenz zu haben. ... Der Führungsanspruch und das Sektierertum der UDP PCP[R], die dem Wesen und der politischen Linie dieser Organisationen entsprechen, und dadurch verstärkt wurden, daß sie die stärkste politische Kraft unter den Organisationen ist, die die Kandidatur Otelos und später die MUP unterstützt haben, müssen den werktätigen Massen als Ursache für das Scheitern der MUP und als grundsätzliches inneres Hindernis für ihre Festigung und Entwicklung erläutert werden."

Im weiteren führt der MES aus, daß er gegenwärtig keine Möglichkeit für ein dauerhaftes Bündnis sieht, jedoch für die Diskussion der Probleme der Einheit grundsätzlich mit allen Organisationen der revolutionären Linken bereit ist.

Das Ende der MUP ist unter den gegebenen Umständen für die revolutionäre Linke kein Verlust, da ihr Siechtum bereits bei ihrer Gründung begonnen hat. Eine gründliche und schonungslose Analyse der Ursachen, die zu ihrem Scheitern geführt haben, könnte zu einer Festigung der Revolutionäre führen. Es ist jedoch jetzt schon abzusehen, daß die enttäuschte Hoffnung auf eine revolutionäre Massenbewegung bei vielen fortschrittlichen Menschen zur Resignation und Demobilisierung führen wird oder bereits geführt hat.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Italien

Italien: „Historischer Kompromiß" = Repression

Am 12. Mai hatte die Radikale Partei (PR), unterstützt von der revolutionären Linken, in vielen Städten zu einem großen Aktions- und Festtag aufgerufen. Anlaß war der 3. Jahrestag des Scheidungsreferendum, das eine schwere Niederlage für das christdemokratische Regime bedeutet hatte. Wichtigstes Ziel dieses Aktionstages war es jedoch, für die neue, von der PR initiierte, „8-Referendums"-Kampagne zu werben und Unterschriften zu sammeln. Dabei geht es um die Abschaffung von 8 militaristischen und faschistischen Gesetzen, die die DC während ihrer 30 jährigen Amtszeit selber geschaffen hat oder zum Teil auch direkt aus dem Faschismus oder der Zeit davor übernommen hat.

Die „Radikalen" und die revolutionäre Linke hatten zu einer friedlichen Mobilisierung aufgerufen, zu Kundgebungen, Festen, Musik- und Kulturveranstaltungen. In Rom berief sich der Senat jedoch auf das bis zum 31.5. verhängte generelle Demonstrationsverbot.

Trotz einer breiten Protestwelle, trotz Protesten von Persönlichkeiten der demokratischen Linken wie Lelio Basso, Lombardi, Teilen der PSI-Führung und einigen Gewerkschaftsführern wurde das Verbot aufrechterhalten.

Als sich am 12.5. morgens die ersten Demonstranten auf der Piazza Novana sammelten, standen sie einer riesigen Menge von Bullen, Wasserwerfern und gepanzerten Wagen gegenüber. Den Genossen der PR wurde sofort jede Vorbereitung für den Aktionstag verboten, 5 Genossen im Sitzen weggeschleppt und verhaftet. Die Bullen hatten in verschiedenen Stadtteilen Blockaden aufgebaut und im Laufe des Vormittags häuften sich die Bulleneinsätze. Viele wurden verhaftet.

Tausende von Menschen wurden durch die Straßen gejagt, Bullen in Zivil schossen in Kopfhöhe in die Menge, die Piazza Navona wurde abgeriegelt. Die eingeschlossenen Genossen wurden zusammengeschlagen. Abgeordnete der revolutionären Linken (DP) und PR wie Pinto, Gorla und Panella wurden brutal über den Platz gejagt und blutig geschlagen. 5 Genossen brachen z.T. schwerverletzt unter Schüssen zusammen. Wo immer sich Gruppen von mehr als 5 Personen bildeten, schlugen die Bullen zu. An der Garibaldi-Brücke über den Tiber blieb die 19 jährige Giorgiana Masi mit einem Lungendurchschuß liegen und starb wenige Zeit später im Krankenhaus.

Ausserkraftsetzung der Verfassung - Boykott des Referendums

Ausserkraftsetzung der Verfassung - Boykott des Referendums

Dieser blutige 12. Mai war der Höhepunkt einer von langer Hand vorbereiteten Kampagne gegen das Referendum und seine Initiatoren, die linke und demokratische Opposition. Parallel zu den gewaltsamen Überfällen auf die Studentenbewegung der letzten Monate versuchte der Staat und die DC (flankiert von der PCI), das Referendum zu verhindern.

Bereits am 31.3.77, einen Tag vor Beginn der 70tägigen Frist, in der mindestens 500.000 Unterschriften gesammelt werden müssen, verweigerte der Verfassungsgerichtspräsident eine Verfügung an alle Ämter und Gerichte, die notwendigen Räume und amtlichen Beglaubiger zur Verfügung zu stellen, ohne die ein Referendum nicht durchgeführt werden kann. Erst nach einer zweitägigen Besetzung der Büros des Richters durch Genossen der PR wurde die Unterschriftensammlung genehmigt, ohne jedoch ausreichend Beglaubiger zu stellen, was die Sammlung sehr stark behindert und verzögert.

Folgende Gesetze und Erlasse sollen durch das Referendum abgeschafft werden:

Codice Rosso, die der DC die Möglichkeit gibt, Streik-, Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit einzuschränken.

Konkordat - Dieser Staatsvertrag zwischen Kirche und Regierung wurde 1929 zwischen Mussolini und dem Vatikan abgeschlossen. Der Staatsvertrag wurde auch nach dem Krieg in die Verfassung aufgenommen.

Öffentliche Finanzierung der Parteien - Durch Steuern werden die Parteien (einschließlich der Faschisten) finanziert, nicht in erster Linie durch Mitgliedsbeiträge. Das bedeutet, daß der „Bewilligungsausschuß" des Parlaments je nach Gutdünken Steuergelder in die Parteienbürokratie einfließen läßt.

Militärrecht: Die Militärgesetzgebung verbietet jegliche freie Meinungsäußerung innerhalb der Kasernen und besteht unverändert seit 1941.

Parlamentarische Untersuchungskommission - Die Kommission setzt sich anteilig in Prozenten der Fraktionsstärke aus Mitgliedern der Parteien des Parlaments zusammen und „regelt" Verstöße und Verbrechen von Parlamentariern und Institutionen, was bisher in deren Sinne immer „gut geklappt" hat.

Entmündigungsgesetz - Dies Gesetz besteht unverändert seit 1904, wonach jeder, der sich „öffentlich skandalös" verhält, von jedem beliebigen Arzt für verrückt erklärt und entmündigt, bzw. in eine Anstalt gesteckt werden kann.

Legge Reale - Das in den letzten Jahren verabschiedete Todesschußgesetz, wonach Bullen nicht mehr nur „in Notwehr" schießen dürfen, sondern überall dort, wo „Gefahr" droht.

Verteidiger und Prozeßordnung - Dieses ist das einzige Gesetz, das noch nicht in Kraft ist, aber im Planungsstadium schon fertig vorliegt.

Ähnlich der Repression in der BRD gegen Anwälte beinhaltet es Gesinnungsschnüffelei und Behinderung der Verteidigung. Darüber hinaus sollen in Prozessen gegen „Terroristen" jetzt Militärs oder Mitglieder der Innenbehörde statt der unabhängigen Beisitzer neben den Richtern sitzen.

Vom ersten Tag der Referendumskampagne an kam es in vielen Städten zu Bullenüberfällen auf die Genossen, die an den Tischen die Sammlungen durchführten. Zahllose Bögen mit schon beglaubigten Unterschriften „verschwanden" dabei, Tische wurden verboten, eine nicht überschaubare Anzahl von Genossen wurde immer wieder verhaftet oder durch Hausdurchsuchungen eingeschüchtert. Die entscheidenste Behinderung - und ebenfalls verfassungswidrig - ist jedoch der totale Informationsstop, der über alle Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Referendum verhängt worden ist. Das Fernsehen müßte den Initiatoren lt. Gesetz eine bestimmte Sendezeit je Woche zur Verfügung stellen, ebenso das Radio. Bis heute hat es erst eine einzige dreiminütige Sendung gegeben. PR-Führungsmitglied Panella, selbst Mitglied des parlamentarischen Rundfunkrats, hat vergeblich protestiert, alle Resolutionen und Klagen wurden bisher abgewiesen. PR und DP haben jetzt eine Verfassungsklage ange-

glied des parlamentarischen Rundfunkrats, hat vergeblich protestiert, alle Resolutionen und Klagen wurden bisher abgewiesen. PR und DP haben jetzt eine Verfassungsklage ange-

strebt. Die bürgerlichen Zeitungen verschweigen das Referendum ebenfalls.

Von großer Bedeutung waren daher die Erklärungen von Persönlichkeiten wie Riccardo Lombardi (PSI), Umberto Terracini (unabh. Senator auf PCI-Liste) und Benvenuto, Sekretär der UIL (sozialistische Gewerkschaft) gegen die Behinderungen.

Dennoch hatten die Genossen die ersten 6 Wochen große Schwierigkeiten mit der Unterschriftensammlung. Auch innerhalb der Linken wurde die Diskussion erst mit Beginn der Unterschriftensammlung angegangen und es traten dann starke Widersprüche zu Tage.

Anvanguardia Operaia unterstützte das Referendum nur „von außen", mit der Begründung, daß diese Initiative zwar begrüßenswert sei, jedoch „aufgesetzt" und an den aktuellen Fragen der Studenten- und Jugendbewegung vorbeigehe. Große Teile von Lotta Continua argumentierten ähnlich. Die Schwierigkeiten, eine Unterstützung der Arbeiterbewegung zu bekommen, wurden als zu groß und derzeit nicht realisierbar eingeschätzt und daher auch die Unterschriftensammlungen nur sehr schleppend angegangen. Die Redaktion der LC-Zeitung stieg jedoch gleich vom ersten Tag voll mit ein und führte eine ausführliche Auseinandersetzung um die Unterstützung dieser Kampagne.

Inzwischen, 20 Tage vor Ende der Frist, sind fast 500.000 Unterschriften gesammelt, 700.000 sind das Ziel.

Offene Gewalt - Antwort auf jede Opposition

Die Taktik, mit der der Staat gegen die demokratische und linke Bewegung angeht, hat sich heute entscheidend verändert. Haben in den vergangenen Jahren bei den faschistischen Bombenanschlägen und Putschplänen Teile der Regierung gemeinsam mit Faschisten noch „heimlich" und aus dem Hintergrund operiert, so wird heute jeder Widerstand mit offener Gewalt vom Staat selber unterdrückt.

Keiner der in den letzten drei Monaten durchgeführten zentralen Kampftage ging unblutig aus. Erschossen wurden in Bologna Francesco, in Rom Giorgiana, es gab hunderte von Verletzten und Verhaftungswellen in bisher nicht gekannten Ausmaßen vor und nach Aktionen.

So versucht die DC-Regierung ihre Krisenpolitik durchzusetzen und durch eine Isolierung der Jugend- und Studentenbewegung von der PCI-beherrschten Arbeiterbewegung eine Spaltung in die antikapitalistische und Anti-DC-Front hineinzutragen.

Wesentlicher Träger dieser Spaltung ist die PCI-Führung. Nicht nur, daß sie die Studentenbewegung als „terroristisch" abstempelt und eigene Schlägertrupps gegen die Studentendemos auffahren läßt, auch bei der Referendumskampagne unterstützt sie den Prozeß der Illegalisierung und Zerschlagung der revolutionären Linken. Sie hat die Gewerkschaftsführer der CGIL angewiesen, das Referendum zu boykottieren. In mehreren Städten haben PCI-Bürgermeister die Unterschriftensammlungen verboten und Tische „abräumen" lassen. Zunehmend schaltet sich die PCI-Führung auch direkt in die Strategie der „Hexenjagd" ein.

19. Mai - Truppenmobilisierung PCI ruft zur Zusammenarbeit mit Bullen auf

Als Reaktion auf den 12. Mai und die Überfälle auf die Studentenbewegung erklärten die Studenten den 19. Mai zum Kampftag gegen die Repression. Eine Hetzkampagne in Presse und Fernsehen setzte ein, die vor dem „Marsch der Terroristen auf Rom" warnte. Die PCI ließ über den CGIL-Gewerkschaftsführer Argan die Parole ausgeben, daß gegen den „Terror der Autonomen" jetzt nur noch der Zusammenhalt der Bürger und die Zusammenarbeit mit der Polizei helfen könne.

Der 19. Mai wurde zum größten Bürgerkriegsmanöver seit Kriegsende. Die Armee wurde mobilisiert, Truppen um Rom , Mailand und Neapel zusammengezogen, 10.000 Reservisten der Carabinieri und „Spezial-Einheiten" wurden verpflichtet. Rom glich einer besetzten Stadt im Krieg.

In Mailand explodierten Bomben in der U-Bahn, in Neapel kam es zu einer neuen Verhaftungswelle. Dennoch beteiligten sich in verschiedenen Städten zusammen mehr als 50.000 Menschen an den Demonstrationen.

Die schwierige und gefährliche Situation, in der die revolutionäre Linke heute den Kampf führen muß, wird aus diesen massiven Illegalisierungsversuchen deutlich, aus dem Terror gegen Demokraten und Kommunisten, und aus dem Einfluß der PCI auf die Masse der Arbeiter, die sie heute nach wie vor an sich binden kann und durch den Ruf nach „Recht und Ordnung" weiter zu disziplinieren versucht. Die starke Isolierung der revolutionären Linken zeigt sich auch in den parallel zu den Studentenkämpfen laufenden Streiks, und der Referendumskampagne, die sich unter dem Einfluß der PCI auf ökonomische Forderungen beschränken.

Die revolutionäre Linke hat jetzt zu einer umfassenden und sofortigen breiten Diskussion der Situation und Überdenken der bisherigen Politik aufgerufen, um mit aller Anstrengung - und im Wettlauf mit der Zeit - die drohende Isolierung zu durchbrechen und eine breite Front gegen den Bürgerkriegs-Staat aufzubauen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Squadre speciali« - MEK auf italienisch



Die Bullen rücken vor – vorn die uniformierten (mit Helmen), dahinter rechts ein Trupp in Zivil. Einer von ihnen (links) im „Demonstranten-Look" mit kariertem Hemd, links eine Pistole, rechts einen Pflasterstein.

Eine wesentliche Rolle bei allen Polizei-Aktionen spielen die sogenannten „squadre speciali" (Sonderkommandos) – besonders ausgebildete und geleitete Banden von Bullen in „Zivil", teilweise als ‚Demonstranten' verkleidet. Sie übernehmen nicht nur Sonderaufträge beim Zerschlagen von Demonstrationen, sondern s dienen

und geleitete Banden von Bullen in „Zivil", teilweise als ‚Demonstranten' verkleidet. Sie übernehmen nicht nur Sonderaufträge beim Zerschlagen von Demonstrationen, sondern s dienen

auch als unkontrollierbare Provokateure, um blutige Auseinandersetzungen und Schiessereien zu provozieren, um brutale Polizei-Einsätze zu motovieren und um die „Bürgerkriegs"-Stimmung zu schüren, auf deren Boden der von DC und PCI einheitlich erhobene Ruf nach „Recht und Ordnung" gedeiht.

Die PCI unterstützt voll das Treiben der „squadre speciali". Dazu äußerte sich PCI-Führer Pecchioli in einem Interview mit der Zeitung „La Repubblica": *„Der Einsatz von Polizisten in Zivil im Dienst der öffentlichen Ordnung während Demonstrationen ist nicht nur rechtmäßig, sondern auch nützlich ... Der Polizist im Dienst, auch in Zivil, muß bewaffnet sein ... Wenn er erkannt wird, muß er in der Lage sein, sich zu verteidigen"* (lt. „Lotta Continua", 19.5.).



Links ein Bulle in Zivil (konservative Aufmachung), in der Mitte ein Carabiniere mit Gewehr (kniend), rechts ein Bulle im „Demonstranten-Look" mit gezogener Pistole



Zu Provokationen bereit:
Zwei Bullen der „squadre speciali" (links) hinter der Bullenkette, maskiert und mit Knüppeln ausgerüstet.

Türkei

CIA – Ziehvater der „Grauen Wölfe"

Im Zusammenhang mit dem Massaker am 1. Mai in Istanbul, bei dem durch einen präzis geplanten Putsch der Demirel-Regierung und der mit ihnen im Bunde stehenden Faschisten auf die Kundgebung der fortschrittlichen Gewerkschaftsorganisation DISK, an der rund 500 000 Menschen teilnahmen, mindestens 38 Menschen getötet und weitere 300 verletzt worden sind, wurden von Teilen der Linken der CIA und seine „Filiale" in der Türkei, die faschistischen „Grauen Wölfe" und der Geheimdienst MIT, als Drahtzieher benannt. Es wurde bekannt, daß die Hotelräume im „Intercontinental", aus dem Schüsse auf die Kundgebung abgegeben wurden, von der MIT angemietet worden waren und daß in das Gebäude der staatlichen Wasserwerke nur Polizei und Bedienstete Zutritt hatten. Weiter steht fest, daß die Insassen des PKW von dem aus ebenfalls auf die Massen geschossen wurde, Polizisten waren. („FR", 13.5.77).

Über die Strategie und Taktik des CIA in der Türkei ist jetzt ein Buch erschienen (Titel: „CIA-Konterguerilla und die Türkei", von Emin Der, ehemaliger Rechtsbeirat des türkischen Verteidigungsministeriums). Das Vorgehen beim diesjährigen Blutmai bestätigt, wie genau diese Taktik befolgt wurde. So hat bereits 1965 ein CIA-Beauftragter ein Lehrbuch verfaßt, das ins türkische übersetzt und als Lehrbuch in der Armee eingesetzt worden ist. Titel: „Theorie und Praxis der Unterdrückung von Revolutionen".

Es heißt darin unter anderem sinngemäß:

„Eine Revolution muß kein normaler Bürgerkrieg sein. Die eigentliche Revolution kann viel früher beginnen, bevor es zu Gewaltanwendungen kommt. In Ländern, in denen die Opposition geduldet wird, können sich revolutionäre Aktivitäten in Ruhe und aller Legalität entwickeln. Es kann vorgegebenermaßen um einen Kampf um die sogenannte Herrschaft des Volkes gehen. In seiner letzten Konsequenz zielt dieser Kampf auf die Beseitigung der bestehenden Ordnung hin, ein methodischer Kampf – Schritt um Schritt ..." Und weiter: *„Die Kräfte, deren Aufgabe die Beseitigung dieses subversiven Kampfes ist, brauchen schlagkräftige Unterstützung aus dem Volk selbst. Diese Unterstützung bedarf der Hilfe und Führung von Politikern und einer politischen Partei."*

In Hinblick auf die Unterdrückungsaktionen der Ordnungsmacht empfiehlt der CIA-Agent *„gestellte Aktionen, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollen, als kämen sie von Revolutionären. Hierbei sollte vor Grausamkeiten nicht zurückgeschreckt werden. Auf diese Weise kann die Stimmung im Volke im Sinne der Ordnung und gegen die Subversion beeinflußt werden. Wir müssen für psychologische und körperliche Vorbereitung der Ordnungshüter sorgen. Das sollte soweit gehen, daß der einzelne Soldat zur Wahrung der Ordnung notfalls auf seine eigenen Landsleute schießt. Es muß für eine schlagkräftige militärische Organisation gesorgt werden, wobei auch die Ausbildung schlagkräftiger paramilitärischer Verbände nicht zu vernachlässigen ist. Bei der Auswahl der Repressionskräfte muß sehr vorsichtig vorgegangen werden. Es kommt hierbei weniger auf Quantität, als auf Qualität an. Die führende politische Partei müßte dann mit anderen nationalen Kräften politische Bündnisse eingehen."*

Genau nach diesem Rezept arbeitet in der Türkei die nationalistische Front-Regierung, deren Repressionen auf die Unterdrückung der oppositionellen Kräfte gerichtet sind und die als stellvertretenden Ministerpräsidenten den „politischen Führer" der faschistischen „Grauen Wölfe", Türkes, vorzuweisen hat (Angaben nach Hessischer Rundfunk vom 1.5.77, 12.05 Uhr).

Griechenland/Türkei-Kommission

Nationalistische Front-Regierung zu Geldstrafe verurteilt

Erstmals in der Geschichte der Republik der Türkei wurde die gesamte Regierung zu einer Geldstrafe verurteilt. Ein Mitglied des Vorstandes der staatlichen Beamtenversicherung war von der nationalistischen Front-Regierung aus politischen Gründen entlassen worden. Dagegen hat er beim Hochgericht geklagt und auch gewonnen. Daraufhin wurde der Beamte wieder eingestellt; allerdings nur für einen Tag, dann wurde er wieder gefeuert. Auch die zweite Klage verlor die Regierung, verweigerte dennoch die Wiedereinstellung. Daraufhin verklagte der Beamte die Regierung vor einem Zivilgericht in Ankara auf Schadensersatz. Auch diesen Prozeß hat er gewonnen: Insgesamt 240 000 TL (rd. 30.000,– DM) muß die Regierung bezahlen.

Ministerpräsident Demirel und der Finanzminister Ergenekon müssen je 50 000 TL berappen, die übrigen Kabinettsmitglieder je 5 000 TL. Dies Urteil wurde damit begründet, daß die Regierung den Entschluß des Hochgerichtes nicht akzeptiert hat.

Das ist allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn inzwischen laufen rund 40 (!) Ermittlungsverfahren gegen Demirel und seine Bande. Und die hunderte von Toten, die sie auf dem Gewissen haben, sind so nicht zu sühnen. Aber für türkische Verhältnisse ist dieses Urteil durchaus nicht gewöhnlich. („Cumhuriyet", 14.5.).

Griechenland/Türkei-Kommission

Nachtrag zum 1. Mai-Blutbad in Istanbul

die Wiedereinstellung. Daraufhin verklagte der Beamte die Regierung vor einem Zivilgericht in Ankara auf Schadensersatz. Auch diesen Prozeß hat er gewonnen: Insgesamt 240 000 TL (rd. 30.000,– DM) muß die Re-

so nicht zu sühnen. Aber für türkische Verhältnisse ist dieses Urteil durchaus nicht gewöhnlich. („Cumhuriyet", 14.5.).

Griechenland/Türkei-Kommission

Nachtrag zum 1. Mai-Blutbad in Istanbul

Inzwischen sind weitere Einzelheiten bekanntgeworden, die eindeutig belegen, daß das Blutbad am 1. Mai in Istanbul durch die Geheimpolizei MIT inszeniert worden ist.

Die Räume im Hotel „Intercontinantal" hatte die MIT angemietet, und in das Gebäude der staatlichen Wasserwerke hatten nur Polizisten und Bedienstete Zutritt. Aus diesen Gebäuden wurde das Feuer auf die Kundgebungsteilnehmer eröffnet, nachdem erste Schüsse aus einem Gebäude fielen, in dem zufälligerweise (!) die AP (Gerechtigkeitspartei, Vorsitzender Demirel) Räume gemietet hat. Daß offenbar die uniformierten Polizisten nur teilweise oder nicht von diesem Putschversuch unterrichtet waren, zeigen einige Reaktionen.

So schrieb uns ein Kundgebungsteilnehmer aus Ankara, daß es abends nach dem Einsatz in einigen Unterkünften zu Meutereien kam. Eine Anzahl Polizisten versammelte sich vor dem Polizeipräsidium, in dem eine Sitzung des Gouverneurs mit dem Polizeichef stattfand. Sie riefen: *„Gouverneur, komm raus! Gouverneur, zurücktreten! Gouverneur, Mörder!"* („Cumhuriyet", 4.5.).

Weiter ist bekanntgeworden, daß während der Angriffe der Polizei auf die Kundgebung etliche Polizisten vor den Schüssen der Antifaschisten ins Hotel „Intercontinental" geflüchtet sind und dort von ihren Offizieren angebrüllt wurden: *„Los raus hier! Ihr sollt auf die Leute schießen!"* An diesem Tag hatte die Polizei keine Schießerlaubnis („Cunhuriyet"). Und der Bürgermeister von Istanbul, gegen den vom Gouverneur eine Untersuchung angeordnet wurde, weil er den Veranstaltern der Demonstration die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erlaubt hatte, berichtete:

„Als ich sah, wie aus dem Wasserwehr geschossen wurde, lief ich zu dem Chef der Bereitschaftspolizei und zeigte ihm die Heckenschützen und forderte ihn auf, etwas dagegen zu tun. Daraufhin wurde ich von den Polizisten zusammengeschlagen."

Ein schwedischer Journalist berichtete: *„Ich hörte mehrere Schüsse, wußte aber nicht aus welcher Richtung. Dann lief ich zum Hötel „Intercontinental" und sah, wie von dort geschossen wurde. Die Polizei wartete zunächst ab und griff dann erst nach fünf Minuten die in Panik geratene Masse mit Panzern an."*

Die Lüge, die Maoisten hätten die Kundgebung angegriffen, ist schon deshalb unsinnig, weil sie sich zum Zeitpunkt der Angriffe gar nicht auf dem Kundgebungsplatz befanden.

Bevor die ML'er auf den Platz kommen konnten, wurde er von DISK-Ordnern abgeriegelt und die ML'er blieben in einer Seitenstraße. Die bei den Auseinandersetzungen zwischen den ML'ern und den DISK-Ordnern dabei entstehende Rangelei diente dann offensichtlich als Startzeichen für den Angriff.

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkei vor dem Staatsbankrott

Banken in der Schweiz, Frankreich, BRD, Japan und Italien weigern sich seit einigen Wochen Schecks von türkischen Banken einzulösen.

Wie katastrophal die Finanzlage der Türkei bereits Ende des vergangenen Jahres war, zeigen folgende Zahlen: Das Zahlungsbilanzdefizit betrug Ende 1976 7 Mrd. Dollar. Zum Ausgleich der Zahlungsbilanz müßte die Türkei 3,5 mal soviel exportieren wie 1976. Das Haushaltsdefizit beträgt augenblicklich 8 Mrd. Dollar. Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizit entsprechen zusammen 85 % des Budgets der Regierung für 1977 („Neue Züricher Zeitung", 24.3.77)!

Um diese Zahlungsschwierigkeiten abzumildern, blieb der Staatsbank nichts übrig, als immer mehr Geld in Umlauf zu bringen, was zu einer laufenden Inflation und Abwertung führte.

Die Ursachen für diese Finanzmisere, die die Bevölkerung voll zu tragen hat, sind die gigantischen Ausgaben für die Waffenkäufe zur Modernisierung der Armee (allein bis 1975 wurden innerhalb von ein bis zwei Jahren Rüstungsgüter im Wert von 3.063 Mrd DM gekauft), der Rückgang der Ausfuhren seit zwei Jahren und die sehr stark zurückgegangenen Überweisungen der türkischen Arbeiter aus dem Ausland. Angesichts dieser desolaten Lage hat der internationale Währungsfonds erst dann weitere Kredite zugesagt (allerdings erst für die Zeit nach den Wahlen) wenn eine weitere Abwertung von 20% erfolgt.

Diese Situation ähnelt dem Staatsbankrott von 1958, als die Türkei um 100 % abwerten mußte und das mit einer der Gründe für das Eingreifen des Militärs war.

Griechenland/Türkei-Kommission

Österreich

Faschistische Provokation in Salzburg



Ein Antifaschist wird wegen Parolen-Sprühens verhaftet

Seit dem 19.5. wurden in Salzburg Unterschriften zur Unterstützung des Nazi-Verbrechers Rudolf Hess gesammelt in Verbindung mit einem Propagandastand der Faschisten. Organisiert wurde die Nazi-Propaganda von dem NDP (Nationaldemokratische Partei) -Mitglied Rebhandl und der Aktion Neue Rechte.

In einem Flugblatt riefen am 19.5. Antifaschisten dazu auf, diese Nazi-Provokation nicht zu dulden: *„Faschistische und nazistische Gruppen treten in Österreich immer offener auf. Sie machen keinen Hehl aus ihrer Sympathie zu Hitlerdeutschland und dem Nationalsozialismus. Deshalb rufen wir alle liberalen, demokratischen und fortschrittlichen Menschen auf, aktiv gegen jegliche Wiederbetätigung einzutreten".*

Am Morgen des 20.5. versammelten sich fast 100 Antifaschisten und protestierten mit Sprechchören und Parolen gegen die Faschisten. Als ein Antifaschist versuchte, am Nazistand eine Parole anzubringen, griff die Polizei für die Faschisten ein und ging brutal gegen die Antifaschisten vor. Sieben Antifaschisten wurden verhaftet, drei weitere mußten ihre Personalien angeben. Ein Anitfaschist soll einen Bullen in den Bauch geschlagen haben, worauf dieser ins Krankenhaus kam, wo allerdings keine Verletzungen festgestellt wurden!

Am Morgen des 21.5. demonstrierten diesmal fast 150 Antifaschisten gegen die Nazis.



Nazi–Propaganda in Salzburg von Polizei beschützt

Der Kampf der Antifaschisten geht weiter: Sie fordern die Freilassung aller Verhafteten und das Verbot der Naziaktionen (Stand:21.5.).

Österreich–Kommission
nach Bericht eines Darmstädter Genossen

Niederlande / Belgien

"Demokratie Anno 1977"

freut sich Opland, Zeichner der (links-)sozialdemokratischen Tageszeitung »Volkskrant« (siehe Karikatur). Die Listenführer der drei größten Parteien - Sozialdemokraten, Rechtsliberale und Christreaktionäre - sahen sich hingegen veranlaßt, das ganze niederländische Volk zu ermahnen, dem politischen Gegner nicht die „Möglichkeit zur Meinungsäußerung" zu nehmen. Der „christliche" Parteienblock CDA ließ gar über Zeitungsanzeigen verbreiten: „*10. Mai 1940, die Nazis überfallen die Niederlande. 10. Mai 1977, rote Horden überfallen Nijmegen*".

Was war geschehen? Van Agt, Listenführer der CDA, war von rund hundert Frauen auf einer Wahlveranstaltung in Nijmegen durch das „*demonstratieve und massenhafte Anstimmen eines Frauenkampfliedes*" gehindert worden, sein Geschwätz über Gebühr auszudehnen. Die Aktion, schreibt eine der beteiligten Frauen, „*war nicht nur gegen die persönlichen Auffassungen von Van Agt gerichtet, sondern vor allem gegen den politischen ‚Inhalt', dessen Personifizierung Van Agt ist: Die skandalös ... zu nennende Manier, in der die Abtreibungsgesetzgebung torpediert wurde. Es ging auch um eine Abtreibungsdemonstration der Frauenbewegung in Nijmegen ... Van Agt ist die Personifizierung der Behandlung, die die Frauen im niederländischen Parlament bekommen, oder eigentlich des Nichtvorhandenseins einer anständigen politischen Behandlung, selbst nach parlamentarisch-demokratischen Normen. Es braucht dann auch niemand zu wundern, wenn Frauen nach außerparlamentarischen Mitteln greifen, um ihre Auffassungen deutlich zu machen.*"

Dreiviertel der Versammelten war mit dem Vorgehen der Frauen einverstanden. **Für Van Agt jedoch, der sich allenthalben als Hüter der niederländischen Frau und Familie aufspielt, nach Meinung niederländischer Frauengruppen aber eher als *»Gottes eigener Sexist«* angesehen werden muß, für diesen Van Agt und seine Clique war dieser Akt praktizierter Demokratie ausreichend Anlaß, die protestierenden Frauen - siehe oben - als *„rote Horden"* zu diffamieren und mit den Faschisten gleichzusetzen (Informationen nach „Volkskrant", 11.-21.5.77).** - Grund genug, der schon älteren Forderung militanter Frauen *„Kastriert Van Agt!"* näherzutreten ...

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamurg



„Raus!" — „Mein Bauch gehört mir!" — „Wir Frauen fordern!" — Die Frauen aus Nijmegen vertreiben Van Agt (aus „Volkskrant", 14.5.77)

Stop Atomplannen!

Nach den Kabinettsneuwahlen am 25. Mai und der Regierungsbildung (die jedoch erfahrungsgemäß längere Zeit dauern wird) stehen auf dem Sektor der niederländischen Atomenergieplanung wichtige Entscheidungen an über den Neubau von AKWs, die Vergrößerung der Urananreicherungsanlage (Ultrazentrifuge) in Almelo, die Atommüll-Lagerung usw.

Bewegung „Stop Atoomplannen"

In diese Entwicklung rechtzeitig einzugreifen, hat sich die Anfang des Jahres gebildete „Beweging Stop Atoomplannen" (BSA = Bewegung Stop Atompläne) zum Ziel gesetzt. In der auf Initiative des „Nationalen Energiekomitees" LEK gebildeten Organisation arbeiten eine große Anzahl von Umweltschutz- und Anti-Atom-Initiativen zusammen.

Bisher hat die BSA zwei „Energiezeitungen" in hoher Auflage herausgegeben, eine Unterschriftensammlung unter der zentralen Forderung „Stop Atoomplannen" durchgeführt und - als Höhepunkt - am 23.4. eine ganztägige Veranstaltung in Utrecht organisiert. Auf dieser Veranstaltung war die niederländische Umweltschutz- und Anti-Atom-Bewegung in ihrer ganzen Breite repräsentiert: Von Gruppen, die für „biologischen Landbau" warben über viele Anti-Atom-Initiativen bis hin zu den in Energiefragen sehr engagierten parlamentarischen Parteien PSP und PPR - die revisionistische CPN hielt sich jedoch abseits. Neben verschiedenen Gruppen der niederländischen Linken (Anarchisten, IKB von der IV. Internationale - die „Vaterlandsverteidiger" von der KEN flogen raus) war auch, als einzige westdeutsche Organisation, der Kommunistische Bund mit einem Stand vertreten. „Renner" des Tages waren die Fotoplakate von der Grohnde-Demonstration und die AKW-Broschüren.



Gewerkschaftssekretär Ab Schravemade: „Nein sagen zur Kernenergie!"

Während der ganztägigen Veranstaltung wurden, aufgelockert durch zahlreiche kulturelle Beiträge, zu wohl allen wesentlichen Fragen der Atomenergie Referate gehalten. Für den westdeutschen Atomgegner waren hierunter besonders bemerkenswert die Rede eines Gewerkschaftssekretärs und der Auftritt Wüstenhagens.

Ab Schravemade, Sektretär des Industrieverbandes (Industriebond) in der sozialdemokratischen Gewerkschaft NVV setzte sich in seiner Rede u.a. mit der Frage auseinander, ob durch die Ablehnung der Atomenergie nicht die Arbeitsplätze gefährdet würden. Während bekanntlich die Führung des DGB mit einem „drohenden Arbeitsplatzverlust" Panik macht, kam der niederländische Gewerkschafter zu dem Schluß: „*Nein sagen zur Kernenergie bedeutet in der Tat Nein sagen zu d i e s e r Arbeitsgelegenheit. Wenn Krieg mehr Arbeitsgelegenheit schafft als Frieden, wählen wir den Frieden.*"

Was Wüstenhagen so im Ausland erzählt

Die unzureichende Zusammenarbeit westdeutscher und niederländischer Atomgegner hat auch zum Ergebnis, daß ein Helmut Wüstenhagen in Utrecht als d e r Vertreter der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung auftreten konnte.

Wüstenhagen, professioneller Spalter und Verleumder der militanten westdeutschen AKW-Gegner, brachte in Utrecht ein „Meisterstück" an Demagogie und Verlogenheit vor: „*Es ist den Bürgerinitiativen in einer sehr harten Auseinandersetzung ... gelungen, daß das deutsche Energieprogramm geändert wird. Es ist dem Widerstand der Gruppen zu verdanken, daß das Energieprogramm ... reduziert wurde.*" Während Wüstenhagen in der BRD gerade gegen die Gruppen zu Felde zieht, die diese Erfolge im Kampf errungen haben, schmückt er sich im Ausland mit der Arbeit eben dieser Gruppen! Gleichzeitig putzte er sich damit als d e n Bündnispartner der holländischen AKW-Gegner heraus mit dem Aufruf: „*Wir werden uns enger aneinander anschließen müssen und wir werden voneinander lernen und unseren Weg dadurch gemeinsamer gehen können als bisher.*"

Absolute Spitze war dann Wüstenhagens „Bekenntnis" zum „Widerstand ohne Grenzen" - dies meinte er durchaus nicht nur in „geografischem" Sinn, denn er tönte von dem Staat, „*der uns die Atomernergie aufzwingen will, der mit Gewalt gegen uns vorgeht, wir werden diesem Staat zu antworten wissen.*"

Derselbe Wüstenhagen, der am 23.4. in Utrecht diese und ähnliche Sprüche klopfte, ließ wenige Tage später, am 2.5., in einem Rundschreiben des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BUU) wissen: „*Wir vom BUU sind ... für ein gewaltfreies Vorgehen im Kampf um die Erreichung unserer Ziele ... Gewaltfreiheit ... entspricht auch unserer moralischen und ethischen Einstellung*" (zit. nach AKW-Info Nr. 5). Bis zum 15.5., forderte Wüstenhagen in seinem Runderlaß, sollten alle der BBU angeschlossenen Gruppen sich „*zur Frage der Gewaltfreiheit äußern*": „*Seid Ihr gegen die Anwendung von Gewalt? Tretet auch Ihr für gewaltfreie Aktionen zur Erreichung unserer Ziele ein?*" (ebd.)

Das Einschwören auf eine „Gewaltfreiheit" ist dann auch der Kern dessen, was Wüstenhagen in Utrecht scheinradikal ankündigte als „*unser Programm des zivilen, des bürgerlichen Ungehorsams*".

Das Delegiertenplenum der Hamburger BUU hatte eine Grußadresse an die Utrechter Veranstaltung gesandt, in der u.a. auf die Spaltungsversuche und Diffamierungen des um Wüstenhagen versammelten Geisterinitiativenclubs verwiesen wurde. Obwohl Wüstenhagen absichtlich nicht namentlich genannt wurde, verlas die Veranstaltungsleitung die Adresse so verkürzt, daß vom eigentlichen Inhalt nichts mehr blieb. Da, in weiser Voraussicht die Grußadresse auch als Flugblatt verteilt wurde, konnten zahlreiche Veranstaltungsteilnehmer über den realen Zustand der westdeutschen Atni-Atom-Bewegung informiert werden. Ein kleiner, greifbarer Erfolg ist, daß von niederländischer Seite merhfach zu engerer Zusammenarbeit und besserer Informierung aufgefordert wurde.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Frauen gegen AKWs. Der Chor „De Prettig Gestoorde Vrouwen" (etwa: die angenehm gestörten Frauen) bei der Anti-Atom-Veranstaltung in Utrecht

Schützt die deutsche Grenze!

Von dieser Devise besessen sind offensichtlich auch die tapferen Hüter der besonders heißen Grenze zwischen der BRD und den Niederlanden.

Zwei Genossen passierten mit grösseren Mengen von Broschüren, Plakaten und Zeitungen die Grenze bei Frensdorferhaar. Die niederländischen Zöllner zeigten nur mäßiges Interesse und gaben sich mit der Auskunft zufrieden, das Material sei für eine Anti-Atom-Veranstaltung in Utrecht bestimmt. Nicht so bei der Rückreise die westdeutschen Grenzer. Es war zwar nur noch ein Karton mit Material vorhanden, aber das mußte von den Zollbullen genauestens untersucht werden. Die Auskunft, daß es sich um w e s t d e u t s c h e Broschüren etc. handele und diese aus der BRD stammen, konnte die Zollbullen nicht befriedigen. Besonders wurmten sie die Brokdorf-Broschüren, weshalb sie bei den Hamburger Bullen anriefen und uns eine zweistündige Wartezeit bescherten.

Noch „gründlicher" trieben es in einem anderen Fall die Grenzschützer an der belgisch-westdeutschen Grenze: Bei der Rückreise in die BRD hatten die Zollbullen in einem Wagen linke Zeitungen, Broschüren und Plakate eines westdeutschen Verlages erschnüffelt. Die von ihnen sofort angerufene Staatsanwältin (!) sah sich jedoch nicht in der Lage, durch's Telefon über die etwaige Staatsabträchtigkeit des erbeuteten Materials zu urteilen. Daraufhin wurden, zu weiterer „Prüfung", diverse Zeitungen usw. beschlagnahmt!

Durch ihre dosierte Aufmerksamkeit haben sich die westdeutschen Grenzschützer auch an der niederländischen Grenz schon des öfteren hervorgetan:

— Die illegale Abschiebung Helmut Lühlfs durch den niederländischen „Staatsschutz" BVD über die westdeutsche Grenze übersahen sie geflissentlich.
— Der niederländische Verteidiger des in Hannover gefangengehaltenen Ronald Augustin, Bakker Schut, mußte sich über das Dach seines Wagens legen und wurde mit vorgehaltener MP „nach Waffen" abgetastet.
— Ein Bus mit hamburger AKW-Gegnern, auf dem Weg zu einer Demonstration im niederländischen Onstwedde, wurde vom westdeutschen Zoll unter Einkassierung sämtlicher Ausweise über eine halbe Stunde aufgehalten, während zur gleichen Zeit Ausflüglerbusse und Privatwagen zu Dutzenden nur lässig vorbeigewinkt wurden (der Bus hatte alle Anti-AKW-Zeichen schon Kilometer vor der Grenze entfernt, mußte dem Grenzübergang also schon von Bullen auf der Strecke, wenn nicht schon von Hamburg aus gemeldet worden sein!)

Die Grenzschutzmanieren der westdeutschen Zollbullen haben glücklicherweise die niederländischen Zöllner noch nicht angesteckt: Bei der Rückreise desselben Busses sah einer der Niederländer nur kurz rein und bedauerte, daß er nicht selbst an der Demonstration hatte teilnehmen können!

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wahlen in den Niederlanden: Stärkung des bürgerlichen Parlaments

Die Wahlen zur Zweiten Kammer am 25. Mai haben eine erhebliche Stärkung der drei großen bürgerlichen Parteien und z.T. katastrophale Verluste der kleineren und kleinen Parteien erbracht.

Herausragende Gewinner der Wahl sind die Sozialdemokraten (PvdA), die ihren Stimmenanteil von 27,34 % (43 Sitze) auf 33,81 % (53 Sitze) verbessern konnten; auch die Rechtsliberalen (VVD) konnten ihren Anteil von 14,45 % (22 Sitze) auf 17,95 % (28 Sitze) erhöhen. Der christreaktionäre Parteienblock CDA (mit Erzreaktionär und Frauenfeind Van Agt als Listenführer) konnte eine geringfügige Verbesserung von 31,29 % (48 Sitze) auf 31,91 % (49 Sitze) verbuchen. Die großen bürgerlichen Parteien haben damit ihren Anteil an den 150 Sitzen der Zweiten Kammer von 113 auf 130 erhöht.

Die am Kabinett Den Uyl beteiligten Liberalen (Demokraten '66) konnten als einzige der kleineren Parteien einen Gewinn verbuchen, durch den Stimmenzuwachs von 1,3 % erhöht sich die Anzahl ihrer Sitze von sechs auf acht.

Von den rechten kleinen Parteien hat die römisch-katholische Partei (RKPN) ihren einzigen Sitz, die Bauernpartei (BP) zwei ihrer drei Sitze und der Reformierte Politische Verband (GPV) einen seiner beiden Sitze verloren; nur die Staatskundliche Reformierte Partei (SGP) konnte ihre drei Sitze halten. Die rechte Abspaltung der PvdA (Demokratische Sozialisten '70) büßte sechs ihrer sieben Sitze ein. Die offen faschistische Niederländische Volksunion wurde mit 0,4 % (33.268 Stimmen) weit abgeschlagen.

Schlimm sieht es auf der Seite der Linken aus: Die am Kabinett beteiligten radikalen Demokraten (PPR), in gewissem Sinn die parlamentarische Stütze der Atomgegner, verloren 3 % der Stimmen und haben nun statt sieben nur noch drei Sitze. Die revisionistische KP (CPN), die 1972 noch 4,47 % (7 Sitze) errang und damit nach niederländischen Verhältnissen nicht gerade zu den kleinsten Parteien zählte, büßte fast 3 % ihres 72er-Ergebnisses ein und hat jetzt nur noch zwei Sitze. Die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) erhielt statt 1,5 nur noch 0,94 % und verlor damit einen ihrer beiden Sitze. Die Sozialistische Partei (SP) – im wesentlichen in Fragen des Umweltschutzes, der medizinischen Versorgung und des Mietrechtes aktiv –, die sich erstmals an den Wahlen zur Kammer beteiligte, konnte fast 25.000 Stimmen (0,29 %) erobern, was für einen Sitz in der Kammer jedoch nicht ausreicht.

Die „Vaterlandsverteidiger" von der KEN, die sich ebenfalls zum ersten Mal an der Wahl beteiligten, mußten sich mit 2.722 Stimmen (0,03 %!) bescheiden. (Zahlen nach „Volkskrant", 26.5.77).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Wahlsieger: Sozialdemokrat Den Uyl, Christreaktionär Van Agt und Rechtsliberaler Wiegel (Zeichnung von Peter aus „Vrij Nederland" vom 28.5.77)

kleinsten Parteien zählte, büßte fast 3 % ihres 72er-Ergebnisses ein und konnte fast 25.000 Stimmen (0,29 %) erobern, was für einen Sitz Niederlande-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Staatsapparat macht Jagd auf Abtreibungsadressen

Brüssel. Am Freitag, dem 13.5., beschlagnahmte die Polizei auf Antrag der Staatsanwaltschaft über 1.000 Exemplare des „Kämpfenden Belgien", ein Nachschlagewerk und Adressenverzeichnis über demokratische Initiativen, linke Gruppen, Komitees usw., der in dem kleinen linken Verlag „Vie Ouvriere" erschienen ist. Grund: Es sind u.a. auch fünf Adressen angegeben, wo Abtreibungen unter annehmbaren medizinischen Bedingungen vorgenommen werden, was nach den belgischen Abtreibungsgesetzen verboten ist! Neben der finanziellen Bedrohung, die die Beschlagnahme für den Verlag darstellt, hat der Staatsapparat damit zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit Meinungs- und Pressefreiheit für Abtreibungsbefürworter außer Kraft gesetzt: Im März stand die Genossin Anne Leger vor Gericht. Sie war der „Verbreitung von Abtreibungspropaganda" angeklagt. Die Bullen hatten ihren falsch geparkten Wagen aufgebrochen und Broschüren mit Abtreibungsadressen aus den Niederlanden beschlagnahmt! Sie wurde übrigens freigesprochen.

Der erneute Angriff wurde prompt beantwortet: Während der Arbeitslosendemonstration am 14.5. in Brüssel wurde das Buch verkauft, Frauengruppen in ganz Belgien setzen den Vertrieb fort („Pour", Nr.155). In zahlreichen linken und demokratischen Zeitungen wurden als Ausdruck des Protestes und der Solidarität die beschlagnahmten Adressen nachgedruckt, so bisher in Notre Temps, Hebdo 77, La Gauche, Pour, APL, BPA-Bulletin!

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Demonstration gegen Arbeitslosigkeit in Brüssel

Am 14. Mai demonstrierten in Brüssel ca. 5.000 Menschen gegen die Arbeitslosigkeit. In kämpferischer Atmosphäre wurden Parolen gerufen und gesungen – die Ablehnung der Regierungspolitik und die Forderung nach wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zum Ausdruck gebracht: „Kein neuer Sozialpakt!" „36 Stunden sofort – ohne Lohnausfall".

In anderen Parolen wurde deutlich gemacht, daß nur mit der Beseitigung des Kapitalismus letztendlich die Arbeitslosigkeit besiegt werden kann. Für diese Demo hatten eine Reihe christlicher und sozialistischer Jugendorganisationen sowie etliche Arbeitslosen-Komitees mobilisiert.

Die Gewerkschaften FGTB und CSC sowie die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen beteiligten sich nicht und schwiegen sich zu dieser Aktion aus.

Bei den Arbeitslosen-Komitees handelt es sich um autonome Gruppen, in denen sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Mitglieder anderer Organisationen und Unorganisierte, Schüler, Arbeitslose und Arbeiter zusammenarbeiten. Die Arbeitslosigkeit ist in Belgien ein sehr akutes Problem: Ende Februar 1977 wurden gezählt:

- 259.954 Arbeitslose (darunter 91.191 unter 25 Jahren, d.h. 35,1 % der Gesamtzahl)
- 89.240 Kurzarbeiter
- 46.708 Arbeitslose anderer Kategorien, die statistisch nicht erfaßt sind (Freiberufliche, usw.)
- 11.103 jugendliche Praktikanten in Betrieben und Verwaltungen.

Das ergibt eine Zahl von 417.005 ganz oder teilweise Arbeitslosen. Hinzu kommen nahezu 5.000 Arbeitslose mit akademischer Ausbildung, davon 3.669 jünger als 30 Jahre. Konkurse und Betriebssschliessungen mit steigender Tendenz (1966: 937 – 1976: 2.451) deuten an, daß die Auseinandersetzungen sich noch erheblich verschärfen werden (nach „Pour" vom 18.5. und „La Gauche" vom 11.5.).

Belgien-Kommission
KB/ Gruppe Bremerhaven

Erfolgreiches Maifest der PLS

Brüssel. Am 14.Mai organisierte die belgische revolutionäre Organisation „Pour le socialisme" (PLS) ihre bisher größte öffentliche Veranstaltung: Mehr als 1.000 Personen nahmen an den drei Diskussionsforen und dem anschließenden Fest unter dem Motto „Vereinigen wir unsere Kämpfe" teil. Das Fest-Programm bot eine gut gelungene Mischung politisch-kultureller Beiträge und einen „Bal Populaire" bis in die Morgenstunden. Der KB nahm – als einzige westdeutsche Organisation – mit einer Delegation an der Veranstaltung teil. Neben einem Büchertisch auf dem Fest beteiligten wir uns am Forum „Kampf für demokratische Rechte". Hier diskutierten die belgischen Genossen über die Angriffe und Kämpfe in den verschiedenen Bereichen: Es ging um die jüngsten Angriffe auf das Recht der freien Meinungsäußerung – besonders eklatant war die Beschlagnahme eines Buches, das fünf Abtreibungsadressen enthält, am Tag vor dem Fest. Die trostlose Lage der belgischen Gefangenen schilderte eine Vertreterin eines „Gefangenenunterstützungs-Komitees", wobei sie besonders die Gewerkschaften wegen ihrer Haltung gegenüber einer Selbstorganisation der Gefangenen kritisierte. Außerdem berichteten Vertreter des „Kollektivs für die Freiheit der Meinungsäußerung" über Schwierigkeiten beim Kleben und Flugblattverteilen und Genossen einer Lehrerinitiative über ihren Kampf gegen neue Richtlinien für Ausbildung und Lehrinhalte.

Nach einem mit sehr viel Interesse verfolgten Beitrag von uns zur Repression in der BRD und über die Gefahren des „Modell Deutschland" für andere Länder Westeuropas und nach einem Beitrag eines Genossen der OCT, der diese Gefahr im Zusammenhang mit den Wahlen für das Europäische Parlament darstellte, beschlossen die Teilnehmer des Forums, sich wiederzutreffen, um eine Initiativgruppe zu gründen, die ein „Komitee für die Verteidigung der demokratischen Rechte in Belgien" aufbauen soll. Dieses Komitee soll auch die Initiative für ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD unterstützen. Eine Resolution zur Unterstützung der Russell-Initiative wurde von den Festteilnehmern mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Erfolgreich waren nach Meinung der belgischen Genossen auch die Foren zur „Kultur im Kampf" und „Betrieb und Arbeitslose", vor allem in dem Sinne, daß es über den Informationsaustausch hinaus zu Beschlüssen über weitere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppen und Initiativen gekommen ist.

Die Veranstaltung war nach Meinung der PLS-Genossen ein „*Zeichen der politischen Gesundheit der neuen revolutionären Linken*" („Pour" Nr. 155). Die große Beteiligung linker Gruppen und Initiativen an dieser erfolgreichen Veranstaltung wirft auch ein Licht auf die Fortschritte der Arbeit der PLS, die sie seit ihrer Gründung im Februar dieses Jahres gemacht hat.

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven





Ankündigung in der POUR

England

England

Frauenkrankenhaus von Schließung bedroht

London: Seit dem 15. November 76 haben vor dem Elizabeth Garrett Anderson Krankenhaus (EGA) in London Wachen aus dem Personal und aus Unterstützungsgruppen Posten bezogen, um die Schließung der Klinik zu verhindern. Sie erklärten das Krankenhaus für besetzt.

Das EGA ist eines der ca. 120 von 150 Londoner Krankenhäusern, die im Rahmen einer rigorosen Sparpolitik dicht gemacht werden sollen. Es ist das erste Krankenhaus Englands, dessen Belegschaft sich zu einem derartigen Kampfschritt entschlossen hat.

Das EGA - ein Krankenhaus von Frauen für Frauen

Das EGA ist eines von zwei Frauenkrankenhäusern in England, in dem Frauen ausschließlich von Frauen versorgt werden. Es wurde 1886 von Elizabeth Garrett Anderson, der ersten Ärztin des Landes gegründet. Es sollte Frauen die Möglichkeit geben, als Ärztinnen oder Pflegepersonal ausgebildet zu werden. Darüber hinaus sollten die Patientinnen mit allen Krankheiten (nicht nur gynäkologischen) von Ärztinnen behandelt werden.

Das EGA hatte 160 Betten für die stationäre Behandlung. Außerdem wurden 1976 rund 24.000 Patientinnen abulant versorgt.

Die Schließung des EGA würde die medizinische Versorgung für Frauen in London und in ganz England stark verschlechtern.

Der Kampf um das EGA

Im Dezember 1973 wurden die Ausgaben für den Gesundheitssektor durch die damalige konservative Regierung drastisch beschnitten.

Schon im Juli 1974 entzog das General Nursing Council dem EGA die Anerkennung als Ausbildungsstätte für Krankenschwestern.

Darauf bildeten Teile des Personals, besonders Ärztinnen und andere höhere Angestellte, sowie eine Patientin, ein „Aktionskomitee zur Rettung der EGA", welches damals allerdings wenig an die Öffentlichkeit ging.

Mitte Februar 76, über ein Jahr später, führte die „Working Women's Charter" (gewerkschaftlich organisierte Frauen) zusammen mit dem EGA-Aktionskomitee eine öffentliche Protestaktion vor dem Haus der Labour-Gesundheitsministerin Barbara Castle durch. Deren Antwort: *Das (zentral gelegene!) EGA wird geschlossen, schließlich müsse man auch „den Wert des Grundstückes in Betracht ziehen"!*

Wenige Tage danach wurde „entdeckt", daß der Hauptlift kaputt sei. Repariert wurde nichts. Der Operationssaal und die Stationen über dem 1. Stock können seitdem nicht mehr benutzt werden. Zur Verfügung stehen jetzt nur noch 40 Betten!

Im März hielt die Gewerkschaft NUPE (Nationale Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst) die erste (!) Mitgliederversammlung im EGA ab.

Langsam wurden die im Krankenhaus vertretenen vier Gewerkschaften sowie Mieter- und Rentnerorganisationen der Umgebung aktiv. Versammlungen wurden abgehalten, Sitzungen der Behörde und des Bezirksparlaments besucht; drei Patientinnen verklagten das Gesundheitsministerium, seine Pflicht, das Krankenhaus in gutem Zustand zu halten, zu erfüllen.

Die Antwort des Staates: Brutal und überfallartig wurde im Juni 76 die Entbindungsstation ausgeräumt. Patientinnen und Personal dieser Abteilung wurden gezwungen, innerhalb weniger Stunden das Krankenhaus zu verlassen!

Am 21. Juli 1976 fand ein Aktionstag mehrerer Krankenhäuser statt: Die Belegschaft streikte. Eine Demonstration (1.000 Teilnehmer) mit Abordnungen verschiedener Krankenhäuser der Umgebung, lokaler Mieter-, Rentner- und Frauenorganisationen marschierte zum Parla-

Fortsetzung auf Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

ment. 300 Demonstranten machten ein Go-in ins Parlament.

Als trotz aller Protestaktionen im Parlament die Schließung des EGA angekündigt wurde, beschloß die Belegschaft am 15. November '76 das EGA zu besetzen, um weitere Nacht- und Nebel-Aktionen wie die Demontage der Entbindungsstation zu verhindern.

Auf einem Stellschild wurden die bis dahin gemachten Erfahrungen so zusammengefaßt:

„Wir haben alle rechtlichen Möglichkeiten durchgespielt. Wir haben die Sachen ins Parlament gebracht und ins Oberhaus. Wir haben alle vor der Gesundheitsbehörde demonstriert, und wir haben einen Tag gestreikt. Nicht das geringste bißchen Interesse hat das geweckt. Deswegen sage ich allen anderen Krankenhäusern: Ihr verschwendet bloß eure Zeit, wenn ihr euch an die rechtlichen Möglichkeiten haltet. Ihr müßt Kampfmaßnahmen ergreifen - und zwar sofort." Es wurde ein Rund-um-die-Uhr-Wachdienst eingerichtet. Ärzte und Patientinnen wurden aufgerufen, weiter ins EGA zu überweisen bzw. sich überweisen zu lassen.

Von der Behörde wurden als konkrete Schließungstermine der 28. Januar 77, später der 15.2., dann der 18.4. genannt. Eine massive Absperrungskette der Belegschaft und von Unterstützungsgruppen des EGA am 28.1. war die Antwort; weder am 15.2., noch am 18.4. unternahm die Behörde Versuche, das EGA zu räumen.

Wie sieht es jetzt aus?

Die Behörde hat natürlich versucht, die Zeit für sich zu nutzen. Immer wieder versuchte sie, die Verhandlungen nur mit einem Teil der Belegschaft zu führen, was aber zurückgewiesen wurde.

Die fortschrittliche Frauenzeitung „Women's Struggle Notes" schrieb in ihrer Nr. 1 (März 77): *„Die Besetzung kann nur erfolgreich sein bei aktiver Unterstützung und Teilnahme der gesamten Belegschaft des EGA und der Menschen der Umgebung. Dies auf wirklich kraftvolle Weise aufzubauen, bedeutet sehr harte Arbeit in den kommenden Monaten."*

Bei unserem Besuch im März 77 gewannen wir den Eindruck, daß die Kampffront gerade in der Belegschaft noch nicht geschlossen und einheitlich ist.

Von einigen Frauen der Belegschaft wird die Kampagne sogar massiv behindert. Besonders hervorgetan hatte sich die Verwaltungsleiterin. Sie hatte der Aktionseinheit „Rettet das EGA" einen größeren Raum innerhalb des EGA für eine Versammlung verweigert. Die AE verzichtete daraufhin auf eine große Versammlung. Auch Aktionen wie z.B. Info-Stände auf Märkten werden nicht gemacht. Die Begründung dafür war, einige Ärztinnen hielten nichts von massiver Öffentlichskeitsarbeit, und ohne Ärzte funktioniere ein Krankenhaus nun mal nicht. Auch die Hierarchie zwischen Ärztinnen, Verwaltung, Schwestern usw. besteht weiter. Eine Ärztin konnte durchsetzen, daß Teile eines über den Kampf um das EGA gedrehten Filmes, die ihr „zu politisch" erschienen, rausgeschnitten und durch weniger politische ersetzt wurden.

Die Freunde des EGA wollen jetzt mit dem Film zu verschiedenen Initiativen und Gewerkschaftsgruppen gehen, um die Kampagne für das EGA wieder etwas anzukurbeln.

Der neue Schließungstermin am 18.4. ist verstrichen. Das ist ein großer Erfolg. Trotzdem bleibt die Frage, wie lange das EGA sich noch halten kann.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Skandinavien

Verhandlungsabschluß bei „Berlingske Tidende"!

Dänemark. Am Sonnabend, dem 21.5., einigten sich die BT(Berlingske Tidende)-Kapitalisten und die Verhandlungskommission von BT-Klub auf einen Rahmenbeschluß, der die Entlassung von 250 Arbeitern vorsieht. Die entlassenen Kollegen sollen mit jeweils 100.000 Kronen abgefunden werden. Hauptsächlich sollen ältere Kollegen entlassen werden. Über die Arbeitsbedingungen der anderen Kollegen soll noch verhandelt werden, wobei die Verhandlungskommission von BT-Klub unveränderte Arbeitsbedingungen fordert. Die Zustimmung des Typographen- und des Lithographenbundes steht noch aus, man kann aber davon ausgehen, daß sie den Verhandlungsabschluß ebenfalls akzeptieren werden. Denn während der letzten Wochen ist eindeutig von der Gewerkschaftsführung nicht mehr die Forderung nach Wiedereinstellung aller Kollegen bei unveränderten Arbeitsbedingungen erhoben, sondern nur noch auf Abfindungen orientiert worden. Die Gewerkschaftsführung hatte vorher schon mit dem Abbruch des Vollstreiks in der Druckindustrie, die Kollegen von BT in die Isolation getrieben und die Solidarität anderer Branchen mit der BT-Belegschaft weitgehend verhindert!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Alles klar, Genossen?

Anläßlich des 60. Jahrestages der Gründung der kommunistischen Partei Schwedens übermittelte das Zentralkomitee der SED Glückwunschtelegramme an die Linkspartei-Kommunisten (VPK) sowie an die Arbeiter-Partei Kommunisten (APK).

Nach der Spaltung der VPK Anfang dieses Jahres in eine Partei des Eurokommunismus und eine Partei des „realsozialistischen" Lagers, was in Europa bisher einzigartig ist, dürften die großen Bruderparteien wie KPdSU und SED Schwierigkeiten gehabt haben, offen ihr Herz an eine der beiden „kommunistischen" Parteien Schwedens zu verschenken. Ein offenes Bekenntnis zur eurokommunistischen VPK würde die eigene Politik infrage stellen. Eine einseitige Unterstützung der APK wäre ein klarer Affront gegen die „Eurokommunisten" und würde größere Konflikte mit den Bruderparteien wie der KPI und der KPF herausfordern...

Der Verfall des internationalen Revisionismus nimmt seinen Lauf.

Skandinavien-Kommission

Erste nationale Konferenz der Soldatengewerkschaften

Schweden. Im Gegensatz zur Wehrpflichtigenkonferenz, die von der Militärführung arrangiert und kontrolliert wird, beginnt jetzt eine selbstständige nationale Soldatengewerkschaft in Schweden zu wachsen.

Im April trafen sich ca. 30 Delegierte der lokalen Militärverbandsgewerkschaften in Stockholm, um ihre Erfahrungen beim Gewerkschaftsaufbau in den einzelnen Regimentern zu diskutieren. Im Vordergrund der Diskussion stand die Frage, wie eine zukünftige selbständige nationale Soldatengewerkschaft auszusehen habe und welches die wichtigsten Kampfaufgaben seien. Die Konferenz wählte einen Ausschuß mit der Aufgabe, die nächste Konferenz vorzubereiten. Es wurde beschlossen, sich zweimal im Jahr zu treffen.

Bisher ist eine selbständige nationale Soldatengewerkschaft noch nicht reif, um die Wehrpflichtigenkonferenz durch eigene Kongresse zu ersetzen oder ohne die Wehrpflichtigengruppe (VplAG) auszukommen.

Zu erwarten ist allerdings, daß die Soldatengewerkschaften weiterhin rasant wachsen und dann in naher Zukunft die von der Militärführung arrangierte Wehrpflichtigenkonferenz überflüssig machen werden. Das Treffen in Stockholm war ein Schritt in diese Richtung.

Skandinavien-Kommission

Aus für Frauenhaus?

London: Nach über einjährigem Rechtsstreit gab das Gericht am 12. Mai in letzter Instanz dem Bezirksamt Recht, das verlangt hatte, im Frauenhaus Chiswick dürften in den 12 Zimmern höchstens 36 Menschen gleichzeitig wohnen. Erin Pizzey, eine der Initiatorinnen des Frauenhauses, zeigte sich anschließend wenig beeindruckt: *„Die kriegen uns hier nicht raus. Falls die eine Zwangsräumung versuchen, wird es schrecklich Putz geben. Ich seh' noch nicht, daß sie schreiende Frauen und Kinder raus auf die Straße zerren."* Gleichzeitig klagte sie über die mangelnde staatliche Unterstützung, wodurch es nötig wurde, daß derzeit 68 Menschen in diesem Haus untergebracht sind. *„Die Lage ist verzweifelt. Das Haus verfällt. Die Regierung entzieht uns jede finanzielle Unterstützung ab Juli. Jeder arbeitet umsonst. Wir haben 20.000 Pfund Schulden, einschließlich 2.000 Pfund Gemeindesteuern. Aber wir werden die Tür niemals verschließen, unsere Frauen werden nie ausziehen"* („Guardian", 13.5.).

Englandkommission

Weiter „Unruhe" in der SKP

Schweden. Nach dem Austritt der Genossen um Sture Ring aus der väterländischen SKP (Schwedische kommunistsiche Partei – wir berichteten in AK 103. S.29 darüber). In Uppsalas SKP-Distrikt, der zu den stärksten der SKP zählt, wurden 80% der Mitglieder beurlaubt. Die beurlaubten Mitglieder erhielten Zeit bis zum 14. Mai, um ihre versäumte dazu aufforderten, an dem 1. Maizug des Gewerkschaftsverbandes LO und der sozialdemokratischen Partei (SAP) teilzunehmen. Nach Angaben von „Dagens Nyheter" wurde dieser

gleichzeitig wohnen. Erin Pizzey, eine der Initiatorinnen des Frauenhauses, zeigte sich anschließend wenig beeindruckt: „Die kriegen uns hier nicht raus. Falls die eine Zwangsräumung versuchen, wird es schrecklich Putz geben. Ich seh' noch nicht, daß sie schreiende Frauen und Kinder raus auf die Straße zerren." Gleichzeitig klagte sie über die man- terstützung ab Juli. Jeder arbeitet umsonst. Wir haben 20.000 Pfund Schulden, einschließlich 2.000 Pfund Gemeindesteuern. Aber wir werden die Tür niemals verschließen, unsere Frauen werden nie ausziehen" („Guardian", 13.5.).

Englandkommission

Weiter „Unruhe" in der SKP

Schweden. Nach dem Austritt der Genossen um Sture Ring aus der väterländischen SKP (Schwedische kommunistsiche Partei – wir berichteten in AK 103, S.29 darüber), scheint in der „Partei" einiges ins Rollen zu geraten. Der „Partei"vorsitzende der SKP, Stefan Lindgren, klappert im Augenblick die SKP-Gruppen ab, um die Politik des Vorstandes in den Ortsgruppen zu verankern. Von den Parteimitgliedern wird verlangt, sich von Sture Ring und den anderen ausgetretenen Genossen zu distanzieren. Diejenigen, die dazu nicht bereit waren, wurden von ihren Parteirechten suspendiert.

In Uppsalas SKP-Distrikt, der zu den stärksten der SKP zählt, wurden 80% der Mitglieder beurlaubt. Die beurlaubten Mitglieder erhielten Zeit bis zum 14. Mai, um ihre versäumte Kritik an Sture Ring nachzuholen, und sie sollten eine schriftliche Selbstkritik darüber leisten, warum sie nicht sofort zur Distanzierung bereit waren.

Schon am 1. Mai zeigte sich, daß dazu ein Teil der beurlaubten SKP-Mitglieder nicht bereit war. Kurz vor dem 1. Mai veröffentlichten etwa 50 SKP-Mitglieder einen Aufruf in der Zeitung „Aftonbladet", in dem sie dazu aufforderten, an dem 1. Maizug des Gewerkschaftsverbandes LO und der sozialdemokratischen Partei (SAP) teilzunehmen. Nach Angaben von „Dagens Nyheter" wurde dieser Aufruf auch von Mitgliedern des alten ZK der SKP, Gunnar Bylin und Sköld Peter Matthis, unterstützt, obwohl sie den Aufruf nicht mit unterschrieben hatten. Der Aufruf zur 1. Maidemonstration von LO und SAP wird für die 50 den Ausschluß aus der SKP zur Folge haben.

Skandinavien-Kommission

Beugehaft für Studentenvertreter



London: Am 11. Mai verhängte der Oberste Gerichtshof gegen Andy Strouthouse, den Vorsitzenden des Studentenverbandes am Nord-Ost Londoner Polytechnikum (NELP), Beugehaft.

Obwohl Andy wegen mehrerer Besetzungsaktionen in den letzten Jahren vom weiteren Studium ausgeschlossen wurde, hatten ihn die Studenten erst kürzlich erneut zum Vorsitzenden gewählt. Um ihn an der weiteren Ausübung seines Amtes zu hindern, erwirkte Direktor Brosan ein gerichtliches Hausverbot gegen ihn, an das er sich natürlich nicht gebunden fühlte.

Als er beim darauffolgenden Prozeß auf die politischen Hintergründe verwies und erklärte, daß er sich auch durch Richtersprüche nicht an der Wahrnehmung seines Mandats hindern ließe, entzog ihm der Richter das Wort und verhängte Beugehaft gegen ihn („Guardian", 12.5.).

Noch am selben Abend besetzten Studenten aus Protest das Büro von Dirktor Brosan und weitere Teile des Colleges. Eine Vollversammlung, an der sich über 1000 von 6000 Studierenden beteiligten, billigten die Aktionen und forderte Andys Freilassung. Inzwischen haben Solidaritätsaktionen im ganzen Land stattgefunden, u.a. auch eine Besetzung der London School of Economics. Bei Demonstrationen vor dem Londoner Pentonville Gefängnis wurden mehrere Studenten festgenommen.

Der Umfang der Aktionen ist besonders bemerkenswert, da derzeit die jährliche Examensperiode beginnt und außerdem der Nationale Studentenverband NUS kaum einen Finger rührt („Socialist Worker", 21.5.).

Obwohl Andy selbst zum Vorstand gehört, will die Vorstandsmehrheit (Revis und Labour) den Konflikt lieber auf dem Verhandlungsweg lösen. *„Eine Anti-Repressionskampagne könnte die politische Abgrenzung zur ultra-linken Politik von Herrn Strouthouse verwischen"* schrieb der „Guardian" am 17.5. - Andy ist Mitglied von NOISS, der Studentenorganisation der Socialist Workers Party.

Englandkommission
23.5.77

„Zeltprojekt"

Der diesjährige 1. Mai war in Schweden der Auftakt einer sich über den ganzen Sommer hinziehenden Tournee linker Kultur- und Musikgruppen. Sie führen in Form eines Zirkusspektakels die „Geschichte der schwedischen Arbeiterklasse von 1880 bis in unsere Tage" vor – „il piu grande circo del Mondo" (den „größten Zirkus der Welt", wie es etwas hintergründig in Bezug auf die Sozialdemokraten heißt), wie die Veranstalter – die freien und sozialistischen Gruppen Nationalteatern, Nynningen, Musikteatergruppen OKTOBER, Narren, Tidningsteatern u.a. – ankündigen.

Gespielt wird in einem viermastigen Zirkuszelt in 28 schwedischen Städten und den benachbarten Hauptstädten (siehe Tourneeplan). „Unsere Mittel sind total: es wird gezaubert, auf dem Seil getanzt, Feuer geschluckt, und natürlich wird Theater gespielt und Musik gemacht in vielfältigen Formen" (Bokcafets manadsbulletin 16/1977).

Durch lokale Mitarbeiter sind während des vergangenen Winters Vorbereitungsgruppen eingerichtet worden. Sie sollten die Aufführungen in der jeweiligen Stadt, in den Betrieben, Schulen und allgemein in der Öffentlichkeit bekannt machen und das Thema durch regelmäßig stattfindende Schulungszirkel vertiefen. Dabei sollten gerade auch die lokalen Traditionen und Kampferfahrungen der Arbeiterbewegung herangezogen und eine dauerhafte Beschäftigung mit den dunklen Kapiteln der von der Sozialdemokratie früh schon bevormundeten Arbeiterbewegung angeregt werden. Eine gute Schulungsgrundlage für die beabsichtigte kritische Auseinandersetzung mit den Formen, Höhepunkten und Niederlagen der schwedischen Arbeiterklasse stellte dabei das Anfang 1977 erschienene Buch des schwedischen Genossen Claes Fredelius von „Förbundet Kommunist" dar. Es heißt auf deutsch „Der sozialdemokratische Versuch. Über Arbeiterkontrolle und betriebliche Mitbestimmung in der schwedischen Arbeiterbewegung" (Göteborg, Verlag Barrikaden) und behandelt unter diesem Gesichtspunkt das Auf und Ab der Lage der schwedischen Arbeiterklasse von 1870 bis in unsere Tage.

„Förbundet Kommunist" selbst hat dazu aufgerufen, das „Zeltprojekt", wie es überall genannt und als solches zu einem Begriff geworden ist, aktiv zu unterstützen, und zwar vor allem dadurch, daß man am Arbeitsplatz dafür wirbt und zum Besuch auffordert: *„Die Vorstellungen des ‚Zeltprojektes' müssen in politischer Form vertieft werden. Wir in ‚Förbundet Kommunist' werden uns aktiv dafür einsetzen, daß alle Linken die Vorstellungen besuchen, damit diese tiefe Spuren in der Klassengesellschaft unserer unmittelbaren Gegenwart hinterlassen"* („Arbetarkamp" 2/1977).

Alle fortschrittlichen Leute, die in diesem Jahr nach Schweden in Urlaub fahren, sollten schauen, ob gerade in ihrer Nähe eine Veranstaltung des „Zeltprojektes" ist. Die beteiligten Gruppen und Einzelmitglieder, die schon in der Vergangenheit großartige antikommerzielle Kulturveranstaltungen, Erste-Mai-Feste, Solidaritätsfeste und mehr gestaltet haben, garantieren ein „sinnliches, parteiisches, politisches Erlebnis ohne Vergleichsmöglichkeiten in Europa". Und es sollte nachgemacht werden!

Ein Genosse des KB
Gruppe Nürnberg

Tourneeplan des „Zeltprojekts":

Ort	Datum
Göteborg	1.–11. Mai
Skövde	14.–15. Mai
Trollhätten	17.–19. Mai
Oslo (Norwegen)	21.–22. Mai
Karlstad	24.–25. Mai
Örebro	27.–29. Mai
Västeras	31. Mai und 1. Juni
Uppsala	3.–4. Juni
Borlänge	18.–20. Juni
Mora	22.–23. Juni
Östersund	28.–30. Juni
Örnsköldsvik	2.–3. Juli
Umea	5.–6. Juli
Lulea	8.–9. Juli
Sundsvall	13.–14. Juli
Gävle	16.–17. Juli
Södertälje	19.–20. Juli
Västervik	22.–23. Juli
Borgholm/Öland	26.–28. Juli
Ronneby	30.–31. Juli
Ahus	2.–3. August
Halmstad	5.–7. August
Varberg	9.–10. August
Helsingborg	12.–13. August
Kopenhagen (Dänemark)	16.–17. August
Malmö	19.–21. August
Växjö	23.–24. August
Jönköping	26.–27. August
Norrköping	30.–31. August
Stockholm	2.–15. September

USA

Umstrukturierung der US-Armee?

Schon 1968, als die US-Armee durch die wachsenden Erfolge des vietnamesischen Volkes und der erstarkenden Antikriegs-Bewegung in den USA enorm demoralisiert wurde, hatte die Nixon-Regierung beschlossen, die US-Armee umzustrukturieren. Um die Kampfbereitschaft sowie die „positive Einstellung zum Militär insgesamt" wiederaufzumöbeln, wurde die Zwangseinberufung zugunsten eines „freiwilligen" Berufsheeres abgeschafft. Nun wird das Gezeter über die mangelnde „Verläßlichkeit" bzw. „Kampfmoral" an einer für die amerikanische Öffentlichkeit sehr heiklen Frage wieder aufgewärmt: Die „Gefahr der Wehrkraftzersetzung" durch die Rassenkonflikte innerhalb der US-Armee.

Der Fall von Camp Pendleton

Der »Marine Corps«, wegen seiner Brutalität berüchtigt, ist eine Elitetruppe (»first strike combat force«), bei der *»Schikanen gegen Einzelne und Gruppen* (sprich: Folterausbildung), *sowie brutale Strafaktionen und Ächtung zu den offiziellen Ausbildungsmethoden gehören«* (Pendleton Papers, P.P.).

Camp Pendleton in San Diego, Californien, ist mit 35.000 Marines eines der größten Ausbildungslager in den USA. Es hatte sich schon vor einem Jahr einen Namen gemacht, als der Rekrut Lynn McLure während der Folter nach einer »Behandlung« mit Schlagstöcken starb.

Kaum ein halbes Jahr später, am 15. Nov. 1976, sprengten 14 schwarze Marines eine Ku-Klux-Klan-Zusammenrottung. Die Schwarzen wurden daraufhin eingekerkert und der Verschwörung und sogar des versuchten Morde (!) angeklagt. Dieser Fall erregte in der US-amerikanischen Öffentlichkeit großes Aufsehen und veranlaßte die Kommandatur zu einer beschleunigten Aburteilung, um jeden weiteren Einblick in die für schwarze GIs verheerenden Verhältnisse zu verwehren. So wurde die Tatsache, daß der Terror faschistischer »White supremacy« (weiße Herrenrasse)-Gruppen innerhalb des Lagers jahrelang gefördert wurde, von den Ermittlungsbehörden systematisch vertuscht. Z. B. fand man direkt nach dieser Aktion ein Waffenarsenal mit Sprengstoff in dem Zimmer der KKK-Faschisten. Die Komplizenschaft zwischen der Armeekommandatur und dem KKK in Camp Pendleton ist mehr als eindeutig: Während vor etwa zwei Jahren Mitglieder der Black Panther Party »unehrenhaft« entlasssen wurden, weil sie die rassistische Hetze und Diskriminierung im Lager anprangerten und sich um diese Frage organisierten, wurden die 17 KKK-Mitglieder in diesem Fall bloß versetzt mit dem ausdrücklichen Hinweis, der KKK arbeite völlig legal in der Armee!



Diese Komplizenschaft hat Methode: Zum einen will die Kommandatur damit den organisierten Widerstand der Marines an der Rassenfrage spalten. Sie versucht, die fortschrittlichen Schwarzen durch rassistische Terrorgruppen von den übrigen in dieser Weise eingeschüchterten bzw. verhetzten Marines zu isolieren. Zum anderen, so stellte es sich heraus, diente sich der KKK dem Kompaniechef und den Bataillonsoffizieren auf Kompanieebene mit einem Bespitzelungsnetz an (P.P.)!

Institutionalisierter Rassismus

Im Verhältnis zu den weißen GIs wird nur ein verschwindend kleiner Teil der Schwarzen zum Offiziersrang befördert. Ein verhältnismäßig weit größerer Teil von ihnen steckt in den Kampftruppen mit der größten Unfallrate und der größten Anzahl der Kriegsopfer. Auch von der Repression - d. h. schlechte Zeugnisse, Dienstgraderniedrigungen, Militärknast, sowie auch die Länge der Zwangsarbeit im Knast - sind sie mindestens doppelt so stark betroffen wie weiße GIs!

Die Ursachen für diesen besonders stark ausgeprägten Rassismus in der US-Armee liegen in ihrem Ausbildungssystem sowie in ihrer imperialistischen Feindbildideologie tief verwurzelt:

»Das US-Militär verwendet meistens rassistische Vorstellungen, um [besonders] seine nichtweißen Feinde zu charakterisieren. Dies soll es den US-Soldaten erleichtern, ihre Gegner in jeder Hinsicht für minderwertig zu halten und ‚leichten Gewissens' zu töten. Diese rassistische Mentalität verstärkt jedoch zwangsläufig den Rassismus gegenüber anderen Gruppen selbst innerhalb der Armee« (P.P.).

Wiedereinführung der Zwangseinberufung ?

Wiedereinführung der Zwangseinberufung ?

Die Auswirkungen dieses institutionalisierten Rassismus, wie sie in Camp Pendleton und anderswo in der US-Armee tagtäglich auftreten, sowie der Widerstand der schwarzen GIs z. B. beim Streik auf der »USS-Midway« oder bei den Kasernenbesetzungen in Südkorea 1974, hat die Militärführung bisher relativ kalt gelassen. Seit der Einführung des »freiwilligen« Berufsheeres 1968 ist - bedingt auch durch die hohe Arbeitslosenquote der schwarzen Jugendlichen von über 50 % (!) - der Prozentsatz der Schwarzen in der Armee auf 22,2 % angesprungen (doppelt so hoch wie der Anteil der Gesamtbevölkerung).



„Empfang" eines Rekruten

Sichtlich davon beunruhigt ergreifen führende US-Militärkreise die Initiative. In all den »Lösungs«-Vorschlägen geht es darum, im Namen der »inneren Sicherheit« das weiße Armee-Personal wesentlich zu vergrössern, das schwarze dagegen verhältnismäßig zu verringern. Dabei kommt der grenzenlose Zynismus zum Ausdruck, mit welchem die ultrareaktionären Militärkreise im nachhinein noch die Schwarzen wegen ihres angeblichen »Bildungsmangels« bzw. »Vandalismus« für die Rassenkonflikte in der Armee verantwortlich machen. So fordern Moskos und Janowitz (vom US-Kongreß beauftragte »Experten«) in ihrem Entwurf (Policy papers) bessere Schulzeugnisse bzw. sogar Hochschulzeugnisse als verschärfte Aufnahmebedingung für die Armee.

Der Pentagon, das Defense Department und der US-Senat sind sich jedoch darüber völlig im Klaren, daß

Aufnahmebedingung für die Armee.

Der Pentagon, das Defense Department und der US-Senat sind sich jedoch darüber völlig im Klaren, daß

sie eine angemessene Kontrolle über den Prozentsatz von Schwarzen und Weißen in der Armee nur durch die Wiedereinführung der Zwangseinberufung (»Selective Service System«) garantieren können. So fand der Vorschlag des Defense Department, parallel zum existierenden Berufsheer ein Einberufungsheer als Notstands-Reserve aufzustellen, bei dem neuen amerikanischen Präsidenten Carter großen Anklang. Gleichzeitig würde der Pentagon in diesem Fall - versteht sich - *»einschärfende Maßnahmen gegen Kriegsdienstverweigerer, was besonders den weißen Teil der Bevölkerung treffen soll«*, fordern (»Guardian«).

Bei den Befürchtungen, Rassenkonflikte könnten die US-Armee in irgendeiner Weise demoralisieren, geht es diesen Kreisen keineswegs nur um die »Beseitigung« vorhandener Konflikte (die z. B. in Zusammenarbeit mit rassistischen Terrorgruppen wie in Camp Pendleton »gelöst« werden!). Vielmehr wollen die Herrschenden in den USA einem potentiellen (massenhaft organisierten) Widerstand der Schwarzen, der sich an der gerechten Kritik der Schwarzen an der US-Innen- und Außenpolitik entzünden könnte, vorbeugen.

Die Umstrukturierungspläne zielen daher darauf ab, die »nationale Verteidigungsposition« (sprich: Verteidigung der Interessen des US-Kapitals) zu verstärken (Heeresminister Alexander). *»Der Pentagon ist offensichtlich darum besorgt, ob schwarze GIs im Falle, daß sie nach Afrika geschickt*

zu verstärken (Heeresminister Alexander). »Der Pentagon ist offensichtlich darum besorgt, ob schwarze GIs im Falle, daß sie nach Afrika geschickt

würden, bereit wären, dort zu kämpfen, oder ob sie bereit wären, Aufstände ihrer Brüder und Schwestern in den USA selbst niederzuschlagen« (»Guardian«, 23.2.77).

Daß diese Umstrukturierungspläne gerade zu diesem Zeitpunkt auftauchen, läßt also durchaus auf eine Reaktion des US-Militärapparates auf den enormen Aufschwung der afrikanischen Befreiungsbewegungen sowie auf eine langfristig geplante strukturelle Mobilmachung der US-Streitkräfte für einen möglichen Einsatz auf dem afrikanischen Kontinent schließen.

USA-Kommission



„Ausbildung zur Elite" in der US-Armee

Faschistoide Gesetzesvorlage

Das offenkundig und gefährlich undemokratische ‚S. 1-Gesetz zur Strafrechtsreform', das im letzten Jahr nach gewaltigen Protesten begraben wurde, ist nun im Kongress unter neuem Namen [the Criminal Reform Act of 1977] wiederauferstanden.

Die angeblich ‚bereinigte' Neuauflage [S. 1437] wird nun außer von dem rechtsextremen Senator John McClellan auch von Senator Edward Kennedy eingebracht. Allem Anschein nach ist die Unterstützung durch den liberalen Kennedy eingeplant, um den Widerstand breitester fortschrittlicher Kräfte - die gegen das S. 1 kämpften - zu beruhigen; aber schon ein kurzer Blick in das S. 1437 zeigt, daß - trotz einiger weniger liberaler Zugeständnisse als Schaufensterdekoration - nichts an diesem Gesetz tatsächlich neu ist, außer seinem Namen.

S. 1437 macht es zum Verbrechen [unter Androhung von lebenslänglicher Haft in Kriegszeiten], die Fähigkeit der Vereinigten Staaten oder einer verbundenen Nation (!) zur Vorbereitung oder Durchführung eines Krieges oder von Verteidigungsmaßnahmen zu beeinträchtigen, zu stören oder zu behindern.

Was soll ‚beeinträchtigen. hier bedeuten? ‚Beeinträchtigt' nicht jede anti-militaristische Betätigung die Fähigkeit der räuberischen US-Bourgeoisie ‚zur Vorbereitung oder Durchführung eines Krieges'? Da die englische Regierung eine ‚verbundene Nation' ist, ist es illegal für US-Bürger, den Krieg der englischen Imperialisten gegen die irischen Patrioten und Freiheitskämpfer in Ulster zu ‚beeinträchtigen'?

Ziel: Widerstand gegen Krieg soll zerschlagen werden

S. 1437 sieht Strafen bis zu lebenslänglicher Haft für jeden vor, der in der US-Armee zur ‚Meuterei, Befehlsverweigerung oder Fahnenflucht aufwiegelt oder sie unterstützt , die ‚im Einsatz sind oder zum Kampf abgestellt sind'. Wenn der Pentagon nun Angola überfällt oder Panama oder Libanon, ist es dann ‚Aufwiegelung zur Befehlsverweigerun', wenn eine Person oder eine Gruppe solche Invasion als ungerecht und aggressiv kritisiert?

S. 1437 enthält ein Kapitel über ‚Unruhen., worin ausgeführt wird: ‚eine öffentliche Störung ... mit 10 oder mehr beteiligten Personen ... unter gewalttätiger oder unruhestiftender Führung der Beteiligten, die direkt oder indirekt die unmittelbare Gefahr eines Verbrechens hervorrufen ... oder Eigentum angreifen'.

Was ist ‚unruhestiftende Führung'? Antirassistische Parolen gegen ein Ku-Klux-Klan-Treffen rufen? Etwas gegen den Unternehmer sagen als Streikposten? Jimmy Carter ausbuhen? Wer weiß?

Dies sind nur ein paar Beispiele der faschistoiden Maßnahmen, die das Gesetz beinhaltet und es ist klar, daß alle fortschrittlichen Kräfte gegen eine Unterzeichnung des Gesetzes durch den Kongress kämpfen müssen.

Aber ob der Entwurf nun angenommen wird oder stirbt wie sein Vorgänger [S.1]: es ist wichtig, nicht zu vergessen, daß die geschichtliche Entwicklung nicht durch Gesetze bestimmt ist, sondern durch die lebenden Kräfte des Klassenkampfes. Wenn repressive Gesetze allein genügten, um die Besitzlosen und die Arbeiter zu unterdrücken, wäre die menschliche Entwicklung schon vor Tausenden von Jahren stehengeblieben.

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß ein weiterer reaktionärer Gesetzesteil den Erfolg bringt, die Massen einzuschüchtern, nachdem so viele Gesetze - dem S. 1437 nicht so unähnlich - dies nicht schafften.«

(übersetzt aus »Workers World«, 13.5.77)

USA-Kommission

George Meany: „B1-Bomber sichern Arbeitsplätze"

Auf Betreiben von George Meany hat der Vorstand des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO öffentlich seine Unterstützung für das B-1 Bomber-Programm erklärt, weil dadurch angeblich »Arbeitsplätze in der Flugzeug-Industrie garantiert« werden.

Nun ist es zwar völlig verständlich, daß allgemein ein Arbeiter - wo immer sie oder er auch arbeitet - Arbeitslosigkeit fürchtet und um den Job bemüht ist. Doch darum geht es beim B-1 Programm nicht - Meany weiß es. Als hochbezahlter Bürokrat hat er absolut kein Interesse an den Arbeitslosen (so weigerte er sich, die Forderungen nach Arbeitsplätzen von 60.000 demonstrierenden Arbeitern in Washington, D.C. vor zwei Jahren zu unterstützen), sondern handelt im Sinne der Rüstungsindustrie, wenn er diese neue Terrorwaffe unterstützt ...

(nach »Workers World«, 25.3.77)

USA-Kommission



George Meany

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 25.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Prospekt des Verlages Arbeiterkampf sowie eine Beilage des Kommunistischen Bundes bei.



lateinamerika

Terror gegen Kuba

Im Rahmen der derzeit laufenden Kampagnen gegen Menschenrechtsverletzungen in den Ostblockstaaten wird zunehmend auch Kuba Gegenstand der Kritik – wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung von politischen Gefangenen. Es gibt Meldungen von angeblichen 10.000 politischen Gefangenen auf Kuba und Kampagnen für die Freilassung von Hubert Matos. Zynischer Höhepunkt dieser Kampagnen: Das Angebot von Pinochet, Jorge Montes, Mitglied der chilenischen KP, gegen Hubert Matos auszutauschen.

Matos hatte Ende der 50er Jahre als Mitglied der bürgerlichen Opposition mit Fidel Castro gegen Batista gekämpft, hatte sich aber schon 1959 entschieden gegen die Radikalisierung der Revolution und ihren zunehmend sozialistischen Charakter gewendet und Fidel Castro bekämpft. Matos wurde in einem regulären Prozeß zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er jetzt 17 Jahre abgesessen hat. Besonders widerlich wird diese Geschichte aufgewärmt in Röhls pseudo„linkem" Drecksblatt „das da" (Nr. 2/77), wo der Fall Matos benutzt wird, um Folter und Mißhandlungen in Kuba „aufzudecken" und gleichzeitig die Einäugigkeit der Linken anzuprangern, die gegen die Unterdrückung in Chile kämpft, aber Kuba ungeschoren läßt.

Tatsache ist, daß sich Kuba während der ganzen Geschichte seiner Revolution bis heute gegen ständige militante Angriffe zur Wehr setzen muß. Zahlreiche Gruppen von Exilkubanern, meistens vom CIA ausgebildet und beraten operieren oder direkte CIA-Agenten operieren gegen kubanische Flugzeuge, Botschaften, Handelsniederlassungen. Am meisten tut sich dabei die CORU, Kommando der Vereinigten revolutionären Organisationen hervor, die immer noch offen das Ziel verfolgt, die kubanische Revolution zu zerschlagen.

Allein 1976 hat es elf Anschläge gegeben, wobei eine ganze Reihe geplanter Attentate, die in letzter Minute verhindert werden konnten, nicht mitgezählt sind.

– Der größte Schaden wurde angerichtet, als am 6.10.76 von Mitgliedern der CORU eine Bombe in einem kubanischen Flugzeug deponiert wurde. Auf dem Flug von Barbados nach Jamaica stürzte die Maschine ab, 73 Passagiere und Besatzungsmitglieder kamen ums Leben.
– Am 9.8.76 wurden zwei Angehörige der kubanischen Botschaft in Buenos Aires entführt, die bis heute noch nicht wieder aufgetaucht sind.
– In Mexiko kam bei dem Versuch, den kubanischen Botschafter zu entführen ein Kubaner ums Leben (23.7.76).
– In Bogota wurde die kubanische Botschaft mit Maschinenpistolen beschossen (17.7.76).
– In der Botschaft in Lissabon explodierte eine Bombe, zwei Personen wurden getötet (22.4.76).
– Durch einen Bombenanschlag auf die kubanische UNO-Mission entstanden schwere materielle Schäden (5.7.76).
– Im April 1976 griffen von Florida kommende Schiffe zwei kubanische Fischerboote an, ein Fischer kam dabei ums Leben (nach „die tat", 13.5.77).

Von diesen Angriffen berichten die „Menschenrechts-Journalisten" von „das da" und anderen Schmierblättern natürlich nichts.

Lateinamerika-Kommission



Aus dem Hetzartikel gegen Kuba aus „das da" (Nr. 2/77).

Die Bildunterschrift zum Foto lautet:
„Diese Bilder gingen um die Welt: Castro als Kinderfreund ... als Freund der Arbeiter und Bauern. Keine Fotos gibt es von den vielen tausend politischen Gefangenen, von denen viele ehemaligen Mitkämpfer Castros sind.

bildet und beraten oder direkte CIA-Agenten operieren gegen kubanische Flugzeuge, Botschaften, Handelsniederlassungen. Am meisten tut sich dabei die CORU, Kommando

Die Bildunterschrift zum Foto lautet:
„Diese Bilder gingen um die Welt: Castro als Kinderfreund ... als Freund der Arbeiter und Bauern. Keine Fotos gibt es von den vielen tausend politischen Gefangenen, von denen viele ehemaligen Mitkämpfer Castros sind.



Trainingslager der Exilkubaner in Guatemala (linkes Bild). Die Ausbildung erfolgt durch amerikanische Berater. Rangerausbildung (rechtes Bild) für Exilkubaner in Florida.

Lateinamerika - Kurzmeldungen

Brasilien

Mitte Mai hatten in Sao Paulo 5.000 Studenten gegen die Verhaftung von Studenten und Arbeitern demonstriert, denen „subversive Betätigung" vorgeworfen wird. Als jetzt neue Demonstrationen gegen die Festnahmen angekündigt wurden, hat die Regierung ein Demonstrationsverbot erlassen.

Justizminister Falcao sagte, das Land brauche Ruhe und Stabilität, Demonstrationen seien, *„im Grunde und ihrer Absicht nach subversiv"* !!! („Süddeutsche Zeitung", 11.5.77).

•••

Kolumbien

Die Universität von Bogota wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen. Schon seit einiger Zeit „bewachen" Soldaten das Universitätsgelände. Durch die Schließung sollen offenbar schärfere Zusammenstöße verhindert werden („SZ", 11.5.77).

•••

Argentinien

Anfang Mai ist der ehemalige Präsident Argentiniens, General Lanusse, zusammen mit zwei weiteren hohen Offizieren und dem ehemaligen Verteidigungsminister verhaftet worden. Vorgeworfen werden ihnen „Unregelmäßigkeiten" beim Abschluß eines Vertrages zwischen der Regierung und der Firma Aluar 1971. Aluar sollte eine Aluminiumfabrik bauen, die Firma erhielt den Zuschlag, obwohl wesentlich günstigere Angebote vorlagen. 1975 hatte sich bereits eine Kommission des Parlaments gegen den Aluar-Vertrag ausgesprochen. Der Abgeordnete der Radikalen Partei, Yrigoyen, der sich besonders für die Untersuchung eingesetzt hatte, wurde Mitte vorigen Jahres von „Unbekannten" entführt und sitzt seitdem als „Subversiver" im Gefängnis.

Es gibt Gerüchte, die eine Verbindung herstellen zwischen dem Korruptionsfall Aluar und dem Fall Graiver. Graiver war Bankier in Buenos Aires und hatte angeblich Verbindung zu den Montoneros. Gelder, die die Montoneros durch Entführungen und Lösegeldforderungen erworben haben, sollen über Graiver in internationalen Bankgeschäften angelegt worden sein. Laut „Monitor-Dienst" haben sich die Montoneros regelmäßig im Büro Graivers ihre Prämien und Zinsen abgeholt („Monitor-Dienst", 28.4.77, 5.5.77 und „Frankfurter Rundschau", 7.5.77).

•••

Beratung der karibischen KPs in Havanna

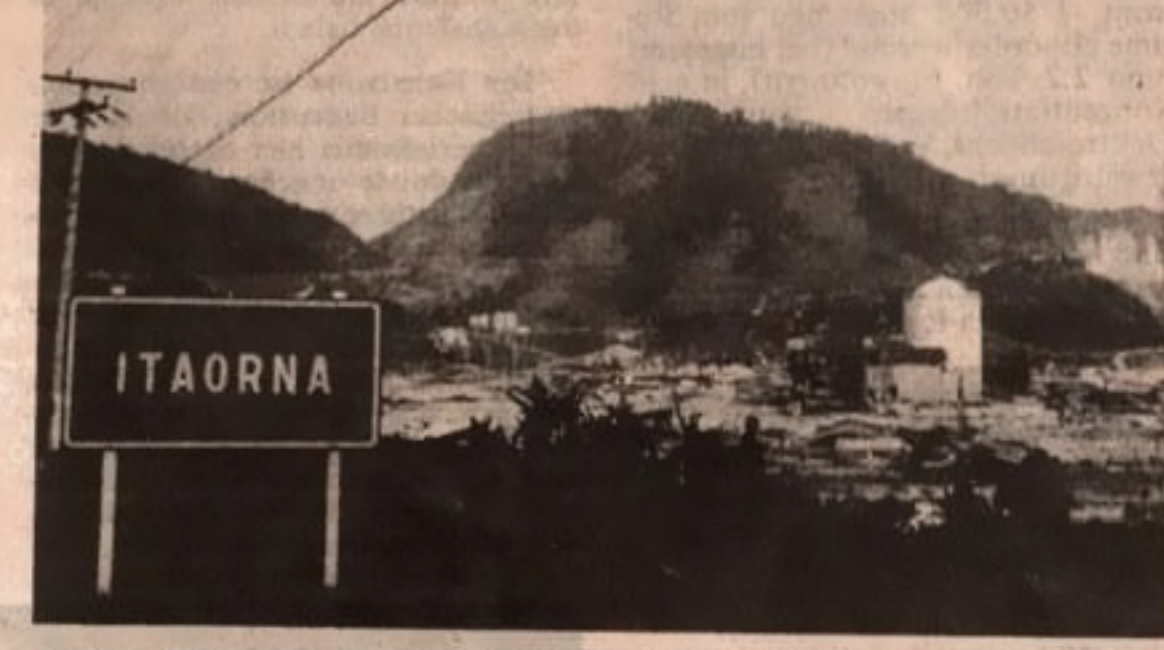
Vertreter verschiedener karibischer KPs, die am 1. Mai in Havanna teilnahmen, haben anschließend gemeinsame Beratungen durchgeführt. Vertreten waren: KP Kuba, KP Gouadeloupe, Progressive Volkspartei Guayana, Vereinigte KP Haiti, KP Venezuela und KP Martinique. Im Abschlußkommunique wird die gemeinsame Einschätzung bekannt gegeben, *„daß die internationale Lage von der kontinuierlichen Stärkung der Kräfte der Demokratie und nationalen Befreiung sowie von einer wachsenden Tendenz zum Sozialismus gekennzeichnet ist"* („Monitor-Dienst", 3.5.77). Na, dann können wir ja beruhigt abwarten.

Lateinamerika-Kommission

Brasilien - Versuchskaninchen für westdeutsche Atomindustrie

„Ihre umweltverschmutzende Industrie ist bei uns willkommen. Wir bieten einzigartige Bedingungen: Billige Arbeitskräfte ... Fünf Jahre werden Sie keine Steuern und Abgaben zahlen müssen ... Nehmen Sie Kontakt auf und Sie werden sehen, daß wir uns nicht im geringsten um die Verschmutzung kümmern, die Sie verursachen."

Dies ist ein Werbetext, mit dem das Sekretariat für Industrie und Handel eines brasilianischen Bundesstaates die Imperialisten zu immer mehr Schweinereien in Brasilien ermutigt. Inzwischen ließe sich dieser Text ergänzen: Bauen Sie bei uns AKWs, Baustoppurteile oder gar Demonstrationen sind nicht zu erwarten, Menschenmaterial zur Erprobung der radioaktiven Belastbarkeit steht ausreichend zur Verfügung.



Kraftwerk-Standort Angra dos Reis: Die Arbeiten haben schon begonnen.

Genau in diesem Sinne wird bei der Verwirklichung des Atomabkommens zwischen BRD und Brasilien vorgegangen:
– Die geplanten Atomanlagen in Brasilien werden insgesamt 3 1/2 mal so groß wie das derzeit größte Atomkraftwerk der Welt in Biblis sein.
– Der Atomkomplex wird dort gebaut, wo Brasilien – mit 18 Mio. Menschen – am dichtesten besiedelt ist, zwischen den Millionenstädten Sao Paolo und Rio.
– Der Sepetiba-Fluß, an dem die
– Der Atomkomplex wird dort gebaut, wo Brasilien – mit 18 Mio. Menschen – am dichtesten besiedelt ist, zwischen den Millionenstädten Sao Paolo und Rio.
– Der Sepetiba-Fluß, an dem die
AKWs gebaut werden, wird in ca. fünf Jahren, spätestens aber 1990 umkippen. An diesem Fluß wird noch ein Hafen, weitere Industrieanlagen und eine Autobahn gebaut, 200.000 Menschen werden aus den Elendsvierteln „ausgelagert" und im Raum Sepetiba angesiedelt;
– Brasilianische Wissenschaftler haben bereits erklärt, daß sie für die Sicherheit eines so gigantischen Atomprojekts nicht garantieren können. Brasilien hat heute die höchste Rate an Arbeitsunfällen der ganzen Welt, weil Sicherheitsvorschriften kaum eine Rolle spielen – welche Aussichten für den Betrieb von AKWs.
– Schon 1975 fand in Rio eine Tagung von westdeutschen und brasilianischen Technikern statt, wo für das westdeutsche System der Druckwasserreaktoren geworben werden sollte. Dort wurden die westdeutschen Reaktoren wegen ihrer Billigkeit angepriesen: Man könne die Kosten für AKWs um 1/3 senken, wenn die Sicherheitsnormen etwas „lascher" gehandhabt würden. Ein BRD-Techniker wies darauf hin, daß Sicherheitsbestimmungen und Kontrollen durch die brasilianische Regierung überflüssig seien, weil die Industrie ja sowieso und von sich aus Interesse an sicheren AKWs habe (!). Außerdem hätten Messungen ergeben, daß an Teilen der brasilianischen Küste die natürlichen radioaktiven Strahlungen geringer seien als anderswo, so daß man also die Dosierung der radioaktiven Strahlung in brasilianischen AKWs im Vergleich zu europäischen oder nordamerikanischen erhöhen können.
– Die gesamten Fragen der Luftverschmutzung im betroffenen Gebiet Brasiliens sind für die brasilianischen Generäle und ihre westdeutschen Partner gar nicht erst ein Thema. Dabei ist in den meisten Wohnvierteln in Sao Paolo schon heute der Luftverschmutzungsgrad 2 - 4 mal höher als es die Weltgesundheitsorganisation für zulässig hält. Die Evakuierung ganzer Elendsviertel wegen akuter Vergiftungserscheinungen – wie z.B. 1976 in Salvador/Bahia – gehört zum Alltag des „brasilianischen Modells" (Informationen nach „Brasilien Rundschau" Nr. 4, Manuskript „Das deutsch-brasilianische Abkommen..").

Diese Situation gilt nicht nur für Brasilien, das erklärtermaßen die *„flexibelsten"*, d.h., menschenfeindlichsten Umweltschutzbedingungen für die Imperialisten bietet.

In fast allen Großstädten und Industriegebieten Lateinamerikas ist das Leben der Bewohner, vor allem in den Slums und „minderwertigen" Stadtteilen akut bedroht:

Zum Beispiel steht Mexiko-City, mit 12.8 Mio. Einwohnern die drittgrößte Stadt der Welt, kurz vor einer Umweltkatastrophe. An einem normalen Arbeitstag werden in Mexiko-City etwa 8.000 Tonnen
Zum Beispiel steht Mexiko-City, mit 12.8 Mio. Einwohnern die drittgrößte Stadt der Welt, kurz vor einer Umweltkatastrophe. An einem normalen Arbeitstag werden in Mexiko-City etwa 8.000 Tonnen
Kohlenmonoxyd und andere giftige Substanzen in die Luft geblasen. Die Auswirkungen werden durch die Lage der Stadt, in über 2.000 m Höhe und von Bergen umgeben, verstärkt.

Die Massen heißer und schmutziger Luft verursachen heute schon lokale Stürme, Hitzestaus und Trockenperioden. *„Die häufigsten Todesursachen der über 40jährigen sind Erkrankungen der Atemwege. Doch auch jüngere Menschen leiden oft an Nasenbluten, Husten, Sehstörungen und Kopfschmerzen"* („Frankfurter Rundschau", 28.3.77).

Inzwischen werden in den meisten größeren lateinamerikanischen Ländern die Initiativen zur sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie verstärkt. Argentinien – bisher in der Atomtechnologie am weitesten entwickelt – steht in konkreten Verhandlungen mit Peru über die Lieferung eines AKW und hat die technologische Zusammenarbeit mit Chile, Bolivien, Uruguay verstärkt. In Ecuador soll mit argentinischer Unterstützung zunächst ein Versuchsreaktor gebaut werden. Kolumbien hat Anfang des Jahres einen Vertrag mit Spanien über die Zusammenarbeit bei der Uran-Nutzung abgeschlossen. Leider fehlt in dieser Reihe auch Kuba nicht, das im nächsten Fünf-Jahres-Plan mit Hilfe der Sowjetunion ein AKW bauen will.

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua:
In der ältesten Diktatur Lateinamerikas wächst der Widerstand

Nicaragua und die Guerilla der Sandinistischen Befreiungsfront hatten 1974 Schlagzeilen gemacht, als die Genossen ein Haus besetzten, in dem sich eine ganze Reihe Bourgeois und internationale Diplomaten versammelt hatten. Ergebnis der erfolgreichen Aktion war, daß rund 20 politische Gefangene nach Kuba ausgeflogen und 5 Mio. Dollar Lösegeld gezahlt wurden (vergl. AK 54).

Nicaragua war von 1911 - 1932 von den USA militärisch besetzt. Sandino, nach dem die Befreiungsorganisation benannt worden ist, war General der Partisanenbewegung, die

Fortsetzung auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

gegen den US-Imperialismus kämpfte. Sandino wurde 1934 von einem Patriarchen des Somozaclan ermordet; derselbe Somoza schwang sich 1936 mit Einverständnis der USA zum Präsidenten auf, seitdem herrscht der Clan fast ununterbrochen, immer nach der Devise ,Was den Somozas nützt, nützt auch Nicaragua!' Laut einer ,vertraulichen' Studie der US-Regierung ist allein der Landbesitz der Somozas *„etwa so groß wie die gesamte Nachbarrepublik El Salvador"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 8.3.77).

Seit der erfolgreichen Guerilla-Aktion 1974 ist über das Land der Ausnahmezustand verhängt und die Repression noch weiter verschärft worden. Die Bewohner ganzer Dörfer wurden aus ihrem Gebiet vertrieben, **Bauernfamilien von der Nationalgarde mit Hubschraubern ins Meer getrieben. Seit 1952 sind – nach Aussagen der Sandinistischen Befreiungsfront – 50.000 Menschen vom Regime ermordet worden (bei insgesamt** rund 2.2. Mio. Einwohnern), in acht Konzentrationslagern wird mit Elektroschocks, Verbrennungen, Vergewaltigungen gefoltert.

Truppen aus den USA, Brasilien, und ehemalige Angehörige der südvietnamesischen Armee unterstützen die Somoza-Regierung („FAZ", 3.3.77).

Im Febuar wurden 118 Personen zu Haftstrafen bis zu 245 Jahren verurteilt, wegen angeblicher Verbindungen zur Sandinistischen Befreiungsfront und wegen „Verschwörung", („FAZ", 8.3.77).

Der Widerstand nimmt zu

Seit einigen Monaten entwickelt sich in Nicaragua in bürgerlich demokratischen und kirchlichen Kreisen eine Opposition gegen die Somoza-Diktatur.

Die Bischöfe Nicaraguas haben ein kirchliches Dokument an Zeitungen in Costa Rica gegeben, wo sie die Beendigung des Ausnahmezustandes fordern. *„Unter dem Schutz des Ausnahmezustandes"* – heißt es dort – *„hat sich die Anhäufung des Reichtums und des Landbesitzes in den Händen weniger beschleunigt"*.

„Flagrante Verletzungen der Menschenrechte" werden verurteilt („FAZ", 8.3.77).

Anfang Mai fand ein Treffen der „Demokratischen Union zur Befreiung Nicaraguas" statt, an dem außer verschiedenen bürgerlichen Parteien auch die KP und Vertreter des nationalen Gewerkschaftsverbandes teilnahmen. Es wurde vereinbart, den Kampf für die Menschenrechte und für die verfassungsmäßigen Garantien im Lande zu verstärken („Monitor-Dienst", 6.5.77).

In einem Interview, das ein Vertreter der Sandinistischen Befreiungsfront Radio Havanna gab, wird die augenblickliche Entwicklung des Kräfteverhältnisses günstiger als noch vor einigen Jahren eingeschätzt:

„Die Entwicklung der Gewerkschafts- und Massenbewegung ist beträchtlich im Vergleich zu denen zur Zeit Sandinos .. Allerdings, obwohl wir überzeugt sind, daß die gegenwärtigen Bedingungen günstig sind, sind wir uns der Tatsache bewußt, daß unser Kampf schwierig ist. Wir bekämpfen eine Diktatur, die wegen ihrer mangelnden Beliebtheit und des Verlustes an Ansehen die Macht durch Gewalt und mit Hilfe des US-Imperialismus aufrechterhalten muß. Wir haben militärische Erfahrung und den Kern einer Volksarmee, die ihre Kampfkraft gezeigt hat, und die in der Lage ist, diese Stärke beizubehalten".

Im weiteren berichtet der Genosse über die Kämpfe der Sandinistischen Befreiungsfront. 1976 hat es doppelt so viele Zusammenstöße gegeben wie 1975, dabei sind sechs Genossen gefallen. Dies ist eine sehr geringe Zahl gemessen an der Stärke des Feindes: Außer Somozas Nationalgarde stehen der Gurerilla 4.100 Soldaten des mittelamerikanischen Verteidigungsrates und US-Ranger gegenüber. Trotzdem ist der Tod der sechs Genossen ein *„bedeutender Verlust, wegen der Repräsentativität der gefallenen Genossen", „Unsere Kampfkraft wird sich erhöhen, wenn wir es schaffen, alle Menschen, sowie die demokratischen und patriotischen Kräfte zu vereinigen, und wenn wir unsere Anstrengungen zum Kampf gegen die Diktatur und US-Intervention zusammenschließen. Dies ist das wichtigste, denn davon hängt der Sieg ab"* („Radio Havanna", nach „Monitor-Dienst", 24.2.77).

Lateinamerika-Kommission

Panama: Kanalverhandlungen schleppen sich hin

Am 9. Mai begann wieder einmal eine neue Verhandlungsrunde zwischen den USA und Panama über die Kanalfrage. Nach jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen hatte die Carter-Regierung Anfang des Jahres versucht, die Verhandlungen voranzutreiben und etwas mehr Kompromißbereitschaft zu zeigen (vergl. dazu AK 100: „Kompromiß bahnt sich an"). Dies sollte unter anderem der Imagepflege der neuen US-Regierung in Lateinamerika dienen.

Panama fordert, daß sich die USA bis zum Jahre 2000 völlig aus der Kanalzone zurückziehen. Die USA dagegen wollen ihren Einfluß über den Kanal über das Jahr 2000 hinaus sichern und vor allem Garantien für ihre weitere militärische Präsenz in der Kanalzone haben.

Die Kanalzone ist von zu großer strategischer Bedeutung, als daß der US-Imperialismus hier entscheidende Zugeständnisse machen könnte: 14 US-Militärstützpunkte in der Kanalzone sind nicht nur wesentliche Ausbildungsstätten für die Antiguerilla-Kriegführung und Folter-Schulen für Militärs in ganz Lateinamerika, sondern sichern auch die militärische Vorherrschaft der USA über den gesamten karibischen Raum. Ein großer Teil der karibischen Länder unterhält freundschaftliche oder zumindest politische und Handelsbeziehungen zu Kuba. Barbados und Guayana haben ihre Flugplätze zum Auftanken kubanischer Maschinen, die zur Unterstützung der MPLA nach Angola flogen, zur Verfügung gestellt. In Jamaica, Belize und verschiedenen Antillen-Inseln wie z.B. Dominica werden antiimperialistische Strömungen, die sich an Kuba orientieren stärker („Süddeutsche Zeitung", 5./6.3.77). *„Das ist nach Angaben aus informierten Kreisen der Grund dafür gewesen, daß die mit viel Optimismus begonnene Runde der Kanalverhandlungen im März vorerst gescheitert sind"*, („SZ", 5./6.3.77).

Carter will zwar offensichtlich Verständigungsbereitschaft in der Kanalfrage zeigen, *„dabei jedoch keine Schwächung des militärischen Sicherheitsinteresses in Kauf nehmen"* („FAZ", 7.3.77).

Zu den jetzt angelaufenen Verhandlungen haben die USA einen Entwurf für ein Statut über die Regelung der US-Streitkräfte in Panama vorgelegt.

Dort wird die Bereitschaft erklärt, die

- Zahl der in der Kanalzone stationierten Soldaten zu beschränken;
- die Pflichten (!) bei der Verteidigung des Kanals genau festzulegen und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Panamas zu garantieren;
- die Nationalgarde Panamas in die Verteidigung des Kanals miteinzubeziehen.





US-Truppen in Panama



Panamakanalzone – durch einen Zaun von panamesischem Gebiet getrennt. Die Zone ist heute noch Hoheitsgebiet der USA.

Damit ist zunächst nichts weiter als der Gegenstand der Verhandlungen benannt. Über die konkreten Inhalte dieser Punkte kann und wird noch monatelang debattiert werden.

Recht deutlich – und für Carters Image wohl allzu deutlich – ließ der Kommandeur der US-Streitkräfte in Panama Anfang Mai die Katze aus dem Sack, als er öffentlich erklärte, *„es sei die wichtigste Mission ... den Kanal gegen zivile Demonstrationen von Bürgern Panamas zu schützen"* („Monitor-Dienst", 5.5.77). Diese Äußerung wurde ebenso herunterzuspielen versucht, wie die provokatorischen US-Militärmanöver in der Kanalzone und selbst auf einer der Kanalbrücken.

„Das Südkommando ist eine der bedeutendsten Einrichtungen der US-Militärs in der Welt", und öffentliche Stellungnahmen des Befehlshabers dieses Kommandos sind sicher nicht als Ausrutscher abzutun. Vielmehr gilt wohl die „Mission": Schutz vor zivilen Demonstrationen nicht nur für Panama, sondern ebenso für andere „gefährdete" Länder in der Karibik, wie z.B. Jamaica u.a. (Wir werden demnächst genauer über die Widersprüche im karibischen Raum berichten).

Lateinamerika-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro

Schlüterstraße 4
2 000 Hamburg 13
Tel. 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Poststr.14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 - 19.00 Uhr

Bremen
A. Neugeborn
Postfach 102902
28 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag
Kortumstr./Innenstadt
10 – 13.oo Uhr,
jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa
12.oo – 14.oo Uhr

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Do. 11.oo Uhr – 14.oo
Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt/M. 90
öffentl. Bürostunde
Mi. 16.30 – 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Leserkreis Freitag 19 Uhr und
Büchertisch jeden Mi Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum, Sallerstr. 59
Freitag 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Samstag 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr Altstadt
vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone
Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Fr. von 16 bis 19 Uhr

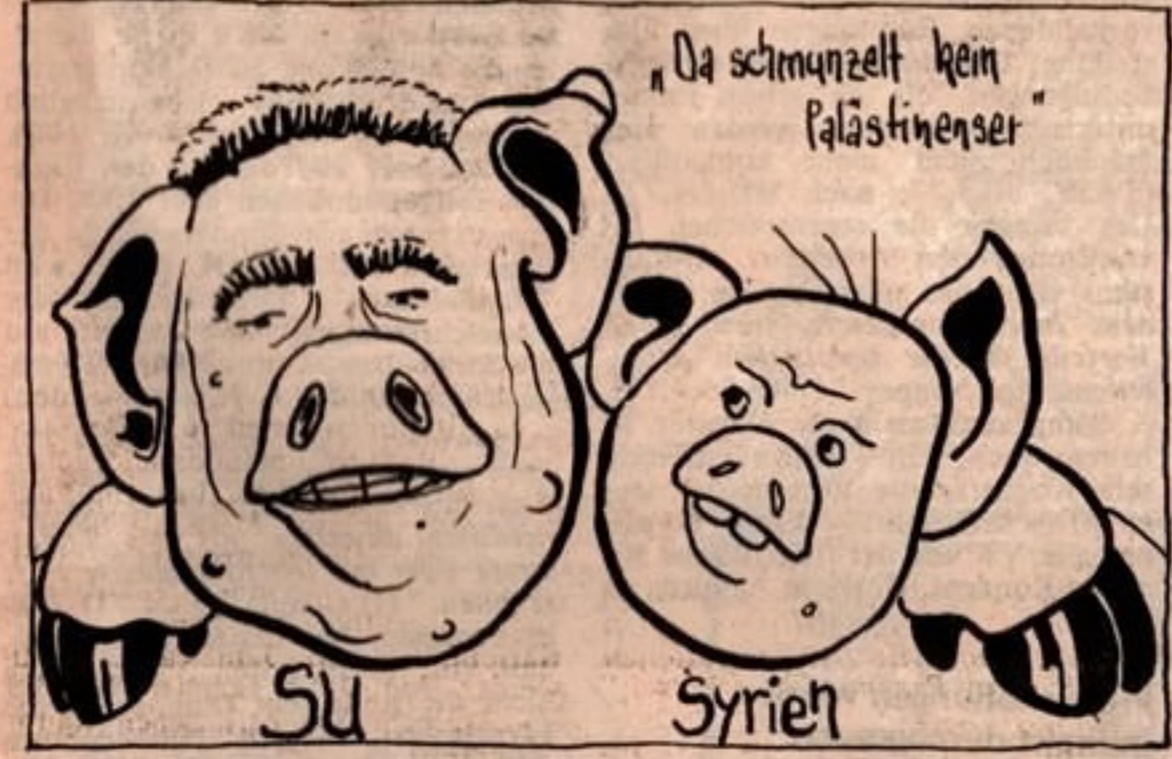


naher osten

Sowjetisch-syrische Kumpanei gegen palästinensische Interessen

Vom 18.4.77 an hielt sich der syrische Präsident Assad zu einem „Freundschaftsbesuch" in der UdSSR auf. Sowohl Syrien als auch die Sowjetunion werteten diesen Besuch als Erfolg. Assad erklärte, das Treffen habe *„die Stärke der bilateralen Beziehungen neu bestätigt"* („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 22.4.77). Ohne ein Wort über die verbrecherische Intervention Syriens im Libanon zu verlieren, die die Niedermetzelung tausender linker Libanesen und Palestinenser zur Folge hatte, schrieb die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" („UZ", 20.4.77): *„Zusammenarbeit UdSSR-Syrien gefestigt"* und stimmte in die im Anschluß an den „Freundschaftsbesuch" verbreiteten Lügenmärchen über die Wahrung und Verteidigung der palästinensischen Interessen mit ein.

Worum ging es bei diesem Besuch und g e g e n wen wurde die Zusammenarbeit gefestigt? Glaubt man den Phrasen Assads und Breschnews, so ging es um die Festigung der Freundschaft zwischen beiden Völkern, *„die auf der Grundlage des Kampfes um Frieden und sozialen*



Fortschritt und gegen imperialistische Aggression, Kolonialismus und Rassismus" („UZ", 20.4.77) beruht.

Man höre und staune über so viel Verlogenheit! Assad, der sich im libanesischen Bürgerkrieg als Speerspitze der arabischen Reaktion und der zionistisch-imperialistischen Interessen profiliert hat und dem jordanischen König Hussein inzwischen als Palästininserschlächter durchaus ebenbürtig ist, wird als „Antiimperialist", Kämpfer für den Frieden und sozialen Fortschritt hochstilisiert.

Sieht man von diesen Phrasen ab, list", Kämpfer für den Frieden und sozialen Fortschritt hochstilisiert. Sieht man von diesen Phrasen ab, die über den tatsächlichen Charakter der beim Assad-Besuch erzielten Übereinkünfte hinwegtäuschen sollen, und beschränkt man sich auf die Fakten, so wird deutlich, daß die syrische Intervention im Libanon durchaus die (nachträgliche?) Billigung der Sowjetunion erhalten hat und daß sich die blutige Niederhaltung der libanesischen und palästinensischen Revolutionäre durchaus in das Konzept der Sowjetunion für den Nahen Osten zumindest einpassen läßt.

Gromykos Schweigen zum Beginn der militärischen Invasion Libanons durch die syrische Armee während seines gerade stattfindenden Besuchs bei Assad läßt den Schluß zu, daß die syrische Intervention dem sowjetischen Konzept nicht unbedingt widersprach, wenn auch das „Timing" der sowjetischen Führung möglicherweise in Verlegenheit gebracht hat. Zumindest fand sich die Sowjetunion sehr schnell mit der von Syrien geschaffenen Situation ab. Die syrische Intervention wurde nicht einmal ausdrücklich verurteilt. Im Anfang kritisierte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS nur, daß es den syrischen „Ordnungskräften" nicht so recht gelänge, Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Bei dem Assad-Besuch in Moskau ging es nun um die endgültige Behebung möglicher diplomatischer Mißstimmungen. Die Sowjetunion billigte und lobte dabei ausdrücklich die syrische Intervention im Libanon.

„Normalisierungsprozeß" im Libanon

In dem gemeinsamen syrisch-sowjetischen Kommuniqué heißt es: *„Die Sowjetunion und Syrien äußerten ihre Befriedigung über den Normalisierungsprozeß im Libanon. Sie stellten fest, daß in diesem Lande Frieden und Sicherheit bei Gewährleistung seiner Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität wiederhergestellt werden. Sie verurteilen die Einmischung Israels in die inneren Angelegenheiten Libanons, die in ständigen Provokationen im Süden des Landes zum Ausdruck kommt."* („Horizont", 2.5.77)

Nach längerem Schweigen der Sowjetunion zu dem verbrecherischen Vorgehen der syrischen Armee gegen die fortschrittlichen libanesischen wjetunion zu dem verbrecherischen Vorgehen der syrischen Armee gegen die fortschrittlichen libanesischen und palästinensischen Kräfte im Libanon nun die offene Billigung der syrischen Intervention und des Massenmords am palästinensischen Volk (Tell-As-Zatar!). Von „Frieden" und „Sicherheit" im Libanon angesichts der tatsächlichen Verhältnisse dort zu reden, ist mehr als zynisch! Was ist das für ein „Frieden", in dem die linken, fortschrittlichen Kräfte weiter blutig verfolgt werden, während die Faschisten weiter ihre Macht ausbauen können. Auch das also mit Billigung der Sowjetunion für den „Frieden" und „Sicherheit" im Libanon.

Man kann auf einiges gefaßt sein, wenn für die Sowjetunion der Einfall von 15 000 Mann syrischer Interventionstruppen noch unter die „Gewährleistung" der „Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität" des Libanon fällt.

„Aktivierung der Zusammenarbeit"

Wen wundert es da noch, daß die Sowjetunion nach der syrischen Intervention keinerlei Druck – wie etwa die Streichung der Wirtschaftshilfe oder gar der militärischen Hilfe – ausgeübt hat? So sprechen die bürgerlichen Zeitungen auch nur vorsichtig davon, daß *„vor allem die umfangreichen sowjetischen Waffenlieferungen seit der eigenmächtigen syrischen Libanon-Intervention erheblich gekürzt worden sein"* sollen, und auch die Wirtschaftshilfe scheint *„seit einem Jahr knauseriger"* bemessen zu sein („NZZ", 20.4.77). Tatsächlich jedoch scheinen alle bestehenden Abkommen stillschweigend weiter erfüllt worden zu sein.

So hob die sowjetische Nachrichtenagentur TASS unmittelbar vor dem Assad-Besuch die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in mehr als 50 Großprojekten auf den Gebieten der Ölförderung, der Landbewässerung, der Energieerzeugung und der Transporteinrichtungen zwischen Syrien und der Sowjetunion hervor („Monitor-Dienst" („MD"), 18.4.77). Kurz vor dem Assad-Besuch reiste der syrische Planungsminister Horaniah nach Moskau ab, um mit seiner Delegation die „am Rande" neu abgeschlossenen Verträge zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit vorzubereiten („MD", 18.4. und 26.4.77).

Unter weitgehendem Stillschweigen hat die Sowjetunion auch die umfangreichen Waffenlieferungen wieder aufgenommen („NZZ", 29.4.77) und wahrscheinlich sogar noch verstärkt. So betonte z.B. eine kuwaitische Zeitung („Al-Rai, Al-Aam", nach „MD", 29.4.77), die „glänzenden" Erfolge Assads bei der weiteren Aufrüstung der syrischen Armee durch die Sowjetunion.

Die verstärkten sowjetischen Waffenlieferungen an Assad, nicht nur mit dem Wissen der Kremlführung, daß er sie auf brutalste Weise gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon einsetzt und einsetzen wird, sondern in weitgehender Übereinstimmung mit eben diesen politischen Zielen, läßt die Komplizenschaft beider deutlich werden. Gerade in den letzten Wochen nahmen die syrischen Interventionskräfte die Tötung zweier syrischer Soldaten zum Anlaß, um – mit sowjetischen Waffen syrischen Interventionskräfte die Tötung zweier syrischer Soldaten zum Anlaß, um – mit sowjetischen Waffen – ein Blutbad unter den fortschrittlichen Kräften in Beirut, besonders im Flüchtlingslager Sabra, anzurichten! („Frankfurter Rundschau", „FR", 26.4.77).

„Allumfassende Regelung der Nahostkrise"

Deutlich wird die „gute" Zusammenarbeit zwischen Syrien und der Sowjetunion auch an den Verlautbarungen zu einer *„allumfassenden Regelung der Nahostkrise"* und zum „Palästinenserproblem".

So befürwortete Breschnew in seiner Gewerkschaftsrede im März den schrittweisen (!) „Rückzug" der Zionisten aus den seit 67 besetzten palästinensischen Gebieten. Breschnew sprach sich sogar für die Möglichkeit entmilitarisierter Zonen zwischen Israel und den arabischen Staaten aus (auf arabischem Boden, versteht sich), in denen unter Umständen UNO-Beobachter stationiert werden könnten. Und natürlich dürfte die freie Schiffahrt Israels nach Akaba in einer umfassenden Friedensregelung nicht fehlen. Das alles garantiert durch den UNO-Sicherheitsrat oder die Großmächte, wobei sich die Sowjetunion ausrechnet, wieder mit im Rennen zu sein!

In Verlautbarungen wurde dieser Ausverkauf der palästinensischen Interessen natürlich durch Wortradikalität bemäntelt. So heißt es im gemeinsamen sowjetisch-syrischen Kommuniqué, daß die Grundlage der „Freundschaft" beider Völker (!) die *„Gemeinsamkeit ihrer Grundinteressen in der historischen Schlacht für Frieden und sozialen Fortschritt und die reichen Erfahrungen aus dem langjährigen Kampf gegen alle Äußerungen von imperialistischer Aggression, Kolonialismus und Rassismus"* („MD", 21.4.77) sei.

Wen wundert es da, daß Assad, der nicht müde wird, sich als der Interessenverwalter des palästinensischen Befreiungskampfes aufzuspielen, sogar in seiner Tischrede unwidersprochen die syrische Intervention folgendermaßen interpretieren konnte: Der brutale Einsatz seiner Soldaten sei die einzige Möglichkeit gewesen, daß mörderische Blutvergießen zu beenden, es sei *„eine humanitäre Hilfe zur Wiederherstellung des normalen Lebens"* gewesen. Es sei ihm dabei um die *„Rettung der palästinensischen Revolution"* gegangen. *„Die Palästinenser hätten von der unheilvollen Verwicklung in lokale Zwistigkeiten befreit werden müssen, damit sie ihre Energien wieder ihrem wahren Ziel, dem Kampf gegen die israelischen Okkupanten, zuwenden könnten"* („Süddeutsche Zeitung", („SZ"), 20.4.77; „NZZ", 22.4.77).

Dies kann man nur als Verhöhnung des Kampfes der Palästinenser um ihr Recht auf Selbstbestimmung und nationale Befreiung bezeichnen. Schließlich waren es die syrischen Interventionstruppen, die die libanesischen und palästinensischen Linkskräfte um den Sieg über die libanesischen Faschisten gebracht haben.

Außerdem möchte Assad nur zu gern den Kampf der Palästinenser auf ihre angeblich „wahren" Interessen b e s c h r ä n k e n , die dann von ihm selbst zu bestimmen wären. Die Palästinenser sollen nur den zionistischen Staat als ihren Feind bekämpfen ihm selbst zu bestimmen wären. Die Palästinenser sollen nur den zionistischen Staat als ihren Feind bekämpfen und natürlich nur dann, wenn es den arabischen reaktionären Staaten ins politische Kalkül paßt, ihren Kampf gegen die arabische Reaktion und palästinensische Reaktionäre aber aufgeben. Das w a r einmal die Rolle, die die arabischen Regime dem palästinensischen Nationalrat und der PLO bei ihrer Gründung zugedacht hatten. (Bis 1967 hatten die palästinensischen Notabeln mit dem Reaktionär Shukeiri an der Spitze diese Rolle zur Zufriedenheit der arabischen Reaktion erfüllt. Nach dem Juni-Krieg wurde Shukeiri dann von den Linken abgesetzt). Und das i s t die Rolle, die die PLO nach der Niederlage im Libanon wieder spielen soll. Die Manipulation der Zusammensetzung des 13. palästinensischen Nationalrates durch Syrien ist e i n Beleg dafür. Die offene Zusammenarbeit Arafats mit dem syrischen Regime ein weiterer. So berichtete Arafat Assad umgehend von den Ergebnissen der eigenen Moskaureise („SZ", 12.4.77), während Arafat und andere Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO Assad nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion einen Besuch abstatteten („SZ", 29.4.77).

Sowohl von der Sowjetunion als auch von Syrien wird immer wieder betont, daß die Beteiligung von Vertretern der palästinensischen Befreiungsorganisationen an einer Genfer Konferenz von Anfang an und auf gleichberechtigter Grundlage von Wichtigkeit sei („MD", 21.4.77). Andererseits werden sofort Bedingungen gestellt. So wird von der Teilnahme all jener gesprochen, *„die damit befaßt seien, die Nahost-Resolutionen der UNO auszufüllen"* („SZ", 20.4.77). Dies widerspricht sogar dem vom 13. Nationalrat verabschiedeten Kommuniqué, das z.B. die UNO-Resolution 242 ablehnt, die auch dem zionistischen Staat Israel unantastbare Grenzen einräumt und die Palästina-Frage auf ein reines Flüchtlingsproblem reduziert.

Zu einer Friedensregelung im Nahen Osten erklärte Breschnew: *„Wir sind für eine radikale Regelung. Unsere Vorschläge ... sind ausgewogen und ehrlich"* („SZ", 20.4.77). Wie sehen die Vorstellungen der Sowjetunion und Syriens aus? *„Die beiden Seiten erklärten ... für eine umfassende Regelung der Nahostkrise auf der Basis des Rechts aller Staaten im Nahen Osten auf unabhängige Existenz und Sicherheit zu arbeiten. Sie betonen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Befreiung aller 1967 besetzten arabischen Gebiete, der Gewährleistung des unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung und auf Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates"* (TASS, zit. nach „MD", 20.4.77).

Während das „Recht" auch des zionistischen Staates, auf *„unabhängige Existenz und Sicherheit"* von vorneherein unangreifbar gemacht wird, sollen sich die Palästinenser mit der schwammigen Formulierung e i n e s unabhängigen palästinensischen Staates (wo denn?) begnügen. Etwa in den von Breschnew ebenfalls vorgeschlagenen entmilitarisierten Zonen zwischen Israel und den arabischen Staaten? Vom Recht der Palästinenser auf i h r Land ist überhaupt nicht die Rede. Eine *„ausgewogene"* Regelung!

lästinenser auf i h r Land ist überhaupt nicht die Rede. Eine „ausgewogene" Regelung!

Und damit niemand auf die Idee kommt, daß von Genf nichts zu erwarten wäre, vor allem nicht für die Palästinenser, rasselt Assad vorbeugend mit dem Säbel: *„Falls keine Genfer Konferenz zusammentritt und keine gerechte Lösung erreicht wird, falls das arabische Territorium und die nationalen Rechte der Palästinenser nicht wiederhergestellt werden, dann werden Syrien, Jordanien, Ägypten und alle arabischen Länder ohne Zögern versuchen, all dies durch Gewalt zu erreichen"* („SZ", 29.4.77). Ein oft vorgeführter Trinkspruch!

Nahost-Kommission

Solidarität mit dem Widerstand des iranischen Volkes

Am 8. Juni führt die persische Studentenorganisation CISNU in den Räumen des Hamburger Audi Max um 18 Uhr eine Veranstaltung durch. Dort soll über die politische Repression im Iran sowie auch über die Verfolgung iranischer Oppositioneller in der BRD (durch den westdeutschen Verfassungsschutz) aufgeklärt werden. Die Genossen schreiben:

„Die schmutzige Zusammenarbeit von SAVAK und BRD-Behörden hat folgende Konsequenzen: Die BRD-Regierung duldet nicht nur die ungehinderte Tätigkeit der SAVAK (persischer Geheimdienst – AK), *sondern unterstützt diese auch aktiv. Damit ist die Bundesregierung indirekt mitverantwortlich für die Verhaftung, Einkerkerung und Ermordung vieler CISNU-Mitglieder im Iran"* (aus dem Aufrufflugblatt).

Die Veranstaltung wird getragen von folgenden Organisationen:

- **AStA Hochschule für Bildende Künste**
- **Deutsche Jungdemokraten, Hamburg**
- **LHV (Liberaler Hochschulverband)**
- **GIM (Gruppe Internationaler Marxisten) Hamburg**
- **SSB (Sozialistischer Studentenbund/KB-Sympathisanten)**
- **GUAS (Generalunion Arabischer Studenten) Bundesvorstand**
- **ISZ Hamburg im „Sozialistischen Büro"**
- **COSAL**
- **VKSE (Kurdische Studentenvereinigung)**
- **ESG**
- **African Study Group.**

Die Veranstaltung wird unterstützt von

- **Juso-Hochschulgruppen Hamburg**
- **SHB Hamburg**
- **AStA, Uni-Hamburg.**

Berichtigung

In dem Artikel „Waffenstillstand der PLO-Führung verhindert Siege der Linken" (AK 104, S.46) ist uns ein Übersetzungsfehler unterlaufen. In dem Zitat aus „Al Thaura Mustamirra" (ATM) muß es richtig heißen: *„Syrien wurde mitgeteilt, daß der Vormarsch der Truppen der **vereinten fortschrittlichen Kräfte** auf die Positionen der Falangisten Israel ärgern würde."* Schlimmer noch steht es mit der Überschrift des Artikels, die, wie jeder Leser feststellen kann, in keiner Weise durch den Artikelinhalt belegt wird. Das ist eigentlich nicht unser Stil.

Wir haben deshalb in der Nahostkommission eine Diskussion geführt und festgestellt, daß unser Artikel Thesen aus ATM übernimmt, die entweder dort so gar nicht stehen oder die in sich unlogisch sind:

Wenn die gemeinsamen fortschrittlichen Kräfte (von „der Linken" ist bei ATM sowieso nicht die Rede) stark genug für Siege wären, könnte sie ein von oben angeordneter Waffenstillstand nicht daran hindern.

Die PLO-Führung selbst braucht für ihre Politik eine militärische Machtbasis in Südlibanon. Sie wird deshalb wohl eine Eroberung des gesamten Südens, d.h. eine Umkehrung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses, zu vermeiden suchen, nicht jedoch die Rückeroberung der von Faschisten besetzten Dörfer.

Wir glauben nicht, daß die PLO-Führung allein auf einen Anruf aus Damaskus hin die Waffen niederlegt.

Mit wem wurde der Waffenstillstand geschlossen? Offenbar haben in Wirklichkeit die gemeinsamen fortschrittlichen Kräfte , zu denen auch militärische Kräfte der PLO-Führung gehören, ihre Gegenangriffe einseitig eingestellt.

Wir möchten bei der Gelegenheit nochmal darauf hinweisen, daß wir uns nicht als „Generalvertreter der PFLP" (wie manch böswillige Zungen behaupten) verstehen, ganz im Gegensatz zu den meisten anderen westdeutschen Gruppen, die unter Palästinensersolidarität das Nachbeten der jeweiligen PLO-Linie verstehen. Zwar ist in der PFLP und den anderen Organisationen der Ablehnungsfront die palästinensische Linke organisiert, aber deshalb stimmen wir doch nicht mit ihnen in jedem einzelnen Punkt überein. Es ist daher auch albern, wenn manche Kritiker unserer Palästina-Positionen triumpfierend und ‚höhnisch' auf einzelne solcher Differenzen zwischen PFLP und uns hinweisen.

Es wäre z.B. geradezu schädlich für die Palästinasolidarität, wenn wir jeweils den taktischen Winkelzügen folgen wollten, die für die PFLP ebenso wie für die anderen Gruppen der PLO in der jetzigen schwierigen Lage u.U. nötig sind.

Wir machen prinzipiell nicht mit bei dem Zirkus der gegenseitigen Anerkennung von „Bruderorganisationen". Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Politik der Ablehnungsfront darzustellen, und wir sind selbstverständlich mit den palästinensischen Genossen, insbesondere denen der PFLP, voll solidarisch.

Nahostkommission

Ägypten

Imperialistische Abhängigkeit bringt Massenverelendung

"Kairo hat als einzige Stadt der Welt einen bewohnten Friedhof. Vor den Toren des Häusermeers breitet sich eine riesige Totenstadt aus. Dort werden die Verstorbenen, obwohl Ziegelsteine Mangelware sind, in winzigen gemauerten Häuschen beigesetzt. In diese gespenstische Siedlung sind in den letzten Jahren Hausbesetzer eingedrungen und haben sich zwischen den ausgeblichenen Skeletten niedergelassen. Sanitäre Anlagen, Wasser- und Stromversorgung sind nicht vorhanden. Ratten, groß wie Hasen, huschen in Scharen zwischen den Gemäuern herum. Man erzählt sich in Kairo schauerliche Geschichten über dieses Viertel. Säuglinge und Kinder sollen schon oft bis auf die Knochen von den Ratten abgenagt worden sein...Wieviele Menschen in dieser Geistersiedlung hausen, weiß niemand zu sagen. Bei der jüngsten Volkszählung hat man erst gar nicht den Versuch gemacht, die Bewohner der Gräber zu registrieren. Manche Schätzungen sprechen von "nur" 100.000 Menschen, andere von einer halben Million, die zwischen den Toten zu leben versuchen." (FR, 16.4.77).





Zeugnisse der Massenrebellion in Kairo

Das sind die Auswirkungen der katastrophalen Wohnungsnot in Kairo. Das Elend wird für die ägyptischen Massen immer größer. Der monatliche Lohn beträgt bei einer 60-Stundenwoche im Durchschnitt 55 DM (ein Pfund Fleisch kostet 5,50 DM). Zusätzlich ist noch nicht einmal bekannt, wieviele Menschen ohne Arbeit sind. Ihnen hilft keine Sozialversicherung, es hilft nur Betteln!

Aber das ist nur die eine Seite des "neuen Ägyptens" unter Sadat. Gleichzeitig ist die Zahl der Millionäre von 4 auf ca. 500 gestiegen. Das sind die sogenannten "fetten Katzen". Sie betreiben einen Luxus Gleichzeitig ist die Zahl der Millionäre von 4 auf ca. 500 gestiegen. Das sind die sogenannten "fetten Katzen". Sie betreiben einen Luxus sondergleichen. Sie fahren z.B. zwei, drei Wagen, die soviel kosten, wie ein Arbeiter in seinem ganzen Leben nicht verdient!

Aber inzwischen ist der gesamte ägyptische Staat nahezu bankrott. Die Auslandsschulden sind auf die astronomische Summe von 45 Milliarden DM gestiegen, wovon kurzfristig 5 Milliarden zurückgezahlt werden müssen. Der Haushalt 1977 weist bei einem Gesamtvolumen von 7 Milliarden ägyptischen Pfund ein Defizit von 1,3 Milliarden auf.

Das sind die Auswirkungen der Sadatschen Politik der offenen Tür. Seit Sadat Nasser als Regierungschef abgelöst hat, hat sich die ägyptische Politik grundlegend verändert. Nasser versuchte die Entwicklung eines nationalen, eigenständigen Kapitalismus voranzutreiben. Dazu war es notwendig, die Imperialisten zumindest ansatzweise rauszuschmeißen, einen starken staatlichen Sektor in der Wirtschaft zu schaffen, um überhaupt Schwerindustrie usw. aufbauen zu können, und es mußte (notgedrungen) eine verstärkte Bindung ans sozialistische Lager gesucht werden. Sadat verließ diesen, auch von Nasser nicht konsequent verfolgten Weg völlig. Er stellte Ägypten den Imperialisten zu freien Ausplünderung zur Verfügung. Nutznießer in Ägypten sind nur die "fetten Katzen", die Kompradorenbourgeoisie. Zu diesen "fetten Katzen" gehört Sadat inzwischen auch persönlich. So hat er trotz eines offiziellen Lohns von 2.400 DM monatlich (Stern,3.3.77) inzwischen mehrere millionenschwere Konten im westlichen Ausland eingerichtet und gerade eine Villa (USA) gekauft (Radio Tripolis, nach Monitordienst/MD, 21.4.77).

Seine Familie ist durch Heirat mit den reichsten Kapitalisten Ägyptens eng verflochten.

Sadat will mit allen Mitteln ausländische Investoren nach Ägypten holen. Mit ausländischem Kapital soll das Land zu neuer Blüte auferstehen. Der stellvertretende Ministerpräsident für Finanz- und Wirtschaftsfragen, Al- Kaissun, erläuterte diese Politik folgendermaßen:"' *Wir verfolgen die Politik einer sozialistischen, demokratischen Gesellschaft. Grundlage der staatlichen Poltik ist es, arabische und ausländische Investoren zu fördern und dem privaten Sektor eine größere Möglichkeit für eine Beteiligung am öffentlichen Sektor einzuräumen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Industrialisierung der Landwirtschaft, Aufbau, Entwicklung, Binnenhandel und Industrie.' Er sagte weiter, der Staat wolle die Einrichtung gemeinsamer Vorhaben fördern und wolle Nutzen aus Fachwissen und Technologie des Auslandes ziehen, da das Ziel darin liege,den Wohlstand des Volkes zu erreichen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und gleichberechtigte Möglichkeiten für alle Bürger zu eröffnen."* (Radio Kairo, 25.4.77, nach MD, 26.4.77).

Aber warum sollten die Imperialisten in Ägypten eine Ausnahme machen? Sie werden, wie in anderen Ländern der Dritten Welt, nur profitable, arbeitsintensive Leichtindustrie aufbauen, die Entwicklung der Schwerindustrie hemmen und letztendlich nicht Kapital bringen, sondern den ägyptischen Reichtum in Form von Gewinn abziehen. So investierten z.B. die amerikanischen Imperialisten 1966 428 Millionen Dollar in den arabischen Ländern, zogen aber im gleichen Jahr 2.169 Millionen Dollar an Gewinnen wieder ab. So wird die imperialistische ' "Wirtschaftshilfe" auch in Ägypten aussehen. Dementsprechend die Äußerung des BRD - Botschafters in Ägypten, Stelzer:" *Ägypten ist eines* aussehen. Dementsprechend die Äußerung des BRD - Botschafters in Ägypten, Stelzer:" *Ägypten ist eines* *der besten Investitionsgebiete der Welt. Die Bundesrepublik Deutschland bemüht sich ernsthaft darum, einen Beitrag zu den (ehrgeizigen) Entwicklungsplänen Ägyptens zu leisten."* (MD, 20.4.77).

Das „Fass" ohne Boden wird gestopft

Sadat fordert für die nächsten fünf Jahre von den Imperialisten Wirtschaftshilfe im Wert von 30 Milliarden DM. Durch eine Art Marshallplan soll Ägypten aus den ärgsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten gebracht werden und die Industrie forciert aufgebaut werden. Diese Forderungen wurden bisher von den arabischen und westlichen Staaten abgelehnt. Ägypten wurde als ein "Faß ohne Boden" bezeichnet, in das man ohne Nutzen Unsummen hineinsteckt. Einem stärkeren Engagement der Imperialisten standen auch die alten Investitionsgesetze, die nahezu völlig fehlende Infrastruktur und die totale Schlampigkeit und Bestechlichkeit der ägyptischen Bürokratie bis rauf zum Präsidenten im Weg.

Trotzdem erhielt Ägypten aber z. B. von der BRD seit 1972 eine Milliarde DM Entwicklungshilfe, nach Indien die zweitgrößte Summe überhaupt (MD, 20.4.77). Nach den Januarunruhen, die den Imperialisten mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit der verstärkten Stützung des Sadatregimes zur Verhinderung einer anti-imperialistischen Umwälzung vor Augen führten, beschleunigte sich der Kapitalfluß nach Ägypten rasant. Die amerikanische "Hilfe" verdoppelte sich z.B. auf rund eine Milliarde DM für 1977. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat einen Kredit von 1,44 Mrd. DM zur Stützung der ägyptischen Wirtschaft bewilligt (SZ, 14.3.77). Die "Golforganisation für Entwicklung", in der Saudi-Arabien, Kuweit, Katar und die Vereinigten Emirate zusammengeschlossen sind, bewilligte 2 Milliarden Dollar sowie die Stundung der Schulden in Höhe von 797 Millionen Dollar. Dieses Geld soll speziell zur Bezahlung kurzfristiger Auslandskredite genutzt werden (Jordan Times, 9.4.77). Außerdem: Japan steuerte über 360 Millionen bei, Großbritannien 250 Millionen Dollar, die EG 30 Millionen Dollar Nahrungsmittelhilfe und 204 Mio. Dollar Finanzhilfe, Italien 40 Mio. Dollar, Belgien 14 Mio. Dollar und Dänemark 40 Mio. Kronen. Diese Liste ist sicher unvollständig. Die Gelder werden gezielt zur kurzfristgen Beseitigung der größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zum Ausbau der Infrastruktur eingesetzt. Gerade der Aufbau der Infrastruktur spielt für die Imperialisten eine große Rolle. Fehlende Stromversorgung, Verkehrswege, Kanalisation, Telephonnetz usw. machen den Aufbau von Industrie für die Imperialisten bislang nicht profitabel genug. Man darf diese "Entwicklungshilfeprojekte" nicht etwa für Projekte halten, die den Lebensstandard der Bevölkerung heben, denn die Hundertausende Ägypter, die z. B. auf dem Friedhof leben, werden sicher nicht für Telephon, Kanalisation oder gar Fernsehsystem zu begeistern sein. Aber es klingt ja so schön.

Keine Wirtschaftsentscheidung mehr ohne "Beratung" des Auslandes

Verstärkt werden diese Kredite nur unter der Voraussetzung gegeben,daß ausländische Fachleute und Konzerne die direkte Überwachung,Planung und Leitung der finanzierten Projekte in der Hand haben (s. z.B. Nachrichten für Außenhandel- BfA/NfA, 23.2.77). So will man die totale te in der Hand haben (s. z.B. Nachrichten für Außenhandel- BfA/NfA, 23.2.77). So will man die totale Schlampigkeit und Bestechlichkeit der ägyptischen Bürokratie, die sehr oft vom Ausland finanzierte Projekte zum Scheitern brachten, umschiffen (die Bestechlichkeit geht soweit, daß z.B. ein Kairoer Anwalt allein dadurch, daß er ausländischen Konzernen durch den Dschungel der Bakschisch-Bürokratie hilft, zur "fetten Katze" geworden ist.-FR, 15.4.77).

Die direkte Kontrolle über die ägyptische Wirtschaftspolitik wird aber noch allumfassender. So wurde der Ex-Finanzminister der BRD, Alex Möller, zum Wirtschaftsberater des ägyptischen Präsidenten. Die Wahl wurde von Bundeskanzler Schmidt getroffen, der von Sadat um Rat gefragt wurde. Möller beschäftigt sich jetzt mit einer Studie zur Sanierung der ägyptischen Wirtschaft (Parlamentarisch-Politischer Pressedienst/PPP, 30.3.77). Außerdem hat die Weltbank ein internationales "Beratergremium" zur Stützung der ägyptischen Wirtschaft gebildet (MD, 16.4.77). Direkter geht es nun wirklich nicht mehr.

Änderung des Investitionsgesetzes

Unter direkter Federführung ausländischer Kapitalisten ist jetzt ein wesentliches Hemmnis für Investitionen ausgeräumt. Das Investitionsgesetz ist geändert worden. Das bisherige Gesetz sah noch relativ starke Beschränkungen vor, um eine gewisse Kontrolle über die Aktivitäten der ausländischen Konzerne zu erhalten. Diese Beschränkungen sind vollständig verschwunden, und die Imperialisten erhalten sämtliche nur zu erdenkende Privilegien:

1) sämtliche Beschränkungen des Gewinn-Rücktransfers werden aufgehoben, d.h. es liegt völlig in der Hand der Investoren, wieviel Profit sie neu in Ägypten anlegen oder lieber abziehen und woanders einsetzen. Einem völligen Aussaugen Ägyptens sind keinerlei Grenzen gesetzt. Aktien dieser Firmen können frei verkauft werden und die Erlöse ebenfalls ins Ausland transferiert werden.

2) die Unternehmen bekommen über mindestens 8 Jahre eine nahezu völlige Steuerfreiheit zugesichert. Auch Gewinne werden von der Einkommenssteuer befreit.

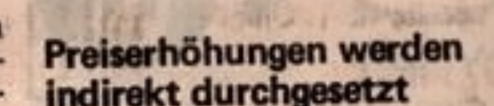
3) Alle Einfuhren, die für Investitionsvorhaben vonnöten sind, brauchen nicht mehr verzollt zu werden.

4) bei Kapitaleinfuhr und Rücktransfer sowie bei Transfer von Gewinnen soll von nun an der Parallel- bzw. Vorzugskurs Berechnungsgrundlage bilden. Da dieser Wechselkurs um ca. 80 % höher liegt, als der offizielle Kurs, streichen die Konzerne erhebliche Extraprofite ein.

5) Dieselben Privilegien sollen auch für Projekte in den Freizonen gelten. Dort haben die Imperialisten noch den Vorteil der vollständigen Zollfreiheit bei Ein- und Ausfuhr (nach: BfA/NfA, 27.1.77).

Hinzu kommt natürlich noch, wie könnte es anders sein, daß die bestimmungen für Arbeiter praktisch vollständig aufgehoben werden.Die vorhandenen Regelungen über Einstellung, Überstunden sowie Arbeitsbedingungen, die eh schon immer unterlaufen wurden, werden ausdrücklich nicht mehr kontrolliert (TASS, 30.3.77, nach MD,1.4.77). Das bringen die segensreichen Investitionen den Arbeitern. Al-Kaissumi sieht das allerdings so:" *Das neue Investitionsgesetz (wird) große Vorteile für die ägyptischen Arbeiter mit sich bringen."* (MD, 26.4.77).

Wenn auch nicht die Arbeiter, so haben doch schon einige ausländische Konzerne die Vorteile der neuen Wirtschaftspolitik erkannt. So planen z.B. VW und der französische Michelin-Konzern, Werke in Ägypten zu bauen.



Preiserhöhungen werden indirekt durchgesetzt

Für die ägyptischen Massen werden die Auswirkungen dieser Politik immer verheerender. Nachdem die Preiserhöhung für Lebensmittel nach den militärisch niedergeschlagenen Unruhen am 18./19. Januar zurückgenommen wurden, werden sie jetzt indirekt durchgesetzt. Es wurden Steuererhöhungen durchgesetzt, die gerade den Handel und die freien Intelligenzberufe besonders stark belasten. Diese Steuererhöhungen werden jetzt aber vollständig auf die Bauern und Arbeiter abgewälzt.. Eine neue Teuerungswelle läuft in Ägypten an. Der Kinderarzt verlangt z.B. auf einmal 10 statt zwei Pfund für einen Krankenbesuch. Und so weiter...Bei Lebensmitteln wird das Angebot in den staatlich subventionierten Konsumläden (von Nasser geschaffen) immer unzureichender. Gleichzeitig galoppieren die Preise im freien Handel davon. So kostet z.B. ein Kilo Zucker im Konsumladen 8 Piaster, im Handel 30 bis 4o. Für die armen Bauern und Arbeiter gibt es nur die Alternative, nichts zu bekommen, weil der Preis zu hoch ist, oder aber leer auszugehen, weil das Angebot nicht reicht. Und diese Preislawine ist auch noch gekoppelt mit einem gleichzeitigen Lohnstop! (alle Fakten nach NZZ, 7.5.77).

Über tausend Demonstranten droht die Todesstrafe

Die immer stärker werdende Wut der Bevölkerung über ihre Lebenslage kann das Sadat-Regime nur durch brutalsten Terror im Zaum halten. Nach dem als "Ergebnis" der Januarunruhen neue Terrorgesetze verabschiedet wurden, die z.B. für die alleinige Beteiligung an Demonstrationen und Streiks lebenslänglich Zwangsarbeit vorsehen (s. AK 100), werden jetzt 297 der bei den Unruhen festgenommenen über 1300 Demonstranten vor Sondergerichte der Staatssicherheit gezerrt. Ihnen wird "Vandalismus", Organisierung der "Ausschreitungen" und Angriffe auf die Streit- bzw. Ordnungskräfte (wobei über 200 Bullen verletzt wurden) vorgeworfen (Le Monde, 14.4.77). *"Bei einem Schuldspruch müssen die Angeklagten nach Mitteilung des Generalstaatsanwaltes mit der Todesstrafe oder mit lebenslänglicher Haft rechnen."* (!) ("Welt", 14.4.77). Diese Prozesse, bei denen jeder weiß, daß von einer fairen Verhandlung nicht die Rede sein kann, sollen die ägyptischen Massen einschüchtern und entmutigen. Aber die Unzufriedenheit wächst nur, je stärker die "Politik der offenen Tür" zur Wirkung kommt. So nehmen z.B. die Anschläge auf Institutionen des Staates und des kapitalistischen Auslandes immer mehr zu. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu neuen, noch stärkeren Unruhen als im Januar kommt!

Nahostkommission

Leserbrief

Leserbrief

In unserem letzten Artikel zur Tagung des Palästinensischen Nationalkongresses ist uns offenbar ein Irrtum unterlaufen. Jedenfalls erhielten wir von der Generalunion Arabischer Studenten (GUAS) den folgen Leserbrief.

An die Nahostkommission!
Ich habe Euren Artikel im AK Nr. 103 (18.4.77) über den palästinensischen Nationalkongreß gelesen. Auf der Seite 37 Spalte 3 ist zu lesen:
„Die irakischen Interessen sind vertreten durch Abdelrahim Achmad, Mitglied der ALF, ein „Gemäßigter" und ein Busenfreund von Arafat, von dem sich die Masse der ALF allerdings distanziert."
Dazu möchte ich folgende Anmerkungen machen:

1. *Abdelrahim Ahmad ist der Generalsekretär der Arabischen Befreiungsfront (ALF) und nicht nur Mitglied. Er vertritt die Arabische Befreiungsfront, deren Ziele mit denen der palästinensischen Revolution identisch sind.*
2. *Die von Herrn Abdelrahim Ahmad vertretene Arabische Befreiungsfront stellt eine wichtige Kraft der Ablehnungsfront dar, folglich kann die Bezeichnung „Gemäßigter" und „Busenfreund von Arafat" nicht zutreffen. Das wäre ein Widerspruch.*
3. *Der organisatorische Aufbau der ALF basiert auf dem Grundprinzip des Demokratischen Zentralismus. Alle Mitglieder von der Basis bis zur Spitze sind am Entscheidungsprozess beteiligt, daher kann die Masse der ALF, die alle Entscheidungen mitträgt, sich von ihrem Generalsekretär nicht distanzieren. Hier liegt wieder ein offenkundiger Widerspruch in Euren Ausführungen.*
4. *Schließlich bin ich der Meinung, daß solche Informationen nur den Feinden der Revolution und nicht der Einheit der Ablehnungsfront dienen.*

Es wäre interessant zu wissen, aus welcher Quelle Ihr diese falsche Informationen bezogen habt.

AK-Leser
GUAS
Generalunion Arabischer Studenten .

Antwort

Was das neue Amt des Herrn Abdel rahim Ahmad betrifft, so haben wir uns auf die ansonsten ausführliche Berichterstattung in „Le Monde" gestützt. Dort hieß es am 24.3.77 über den palästinensischen Nationalkongreß: *„Die Opposition der Ablehnungsfront soll jedoch durch die Meinungsverschiedenheiten behindert sein, die unter den sie bildenden gruppen aufgetaucht sind. So hat sich nämlich die Arabische Befreiungsfront (unter irakischer Herrschaft) entschieden, trotz der allgemeinen Richtung des Nationalrates, sich am Exikutivkomitee zu beteiligen und hat für diesen Posten Herrn Abdelrahim Achmad benannt, der bekannt ist für seine Mäßigung und für die herzlichen Beziehungen, die er zum Chef der PLO unterhält. Im Gegensatz dazu hat die PFLP von George Habash entschieden, das neue Komitee zu boykottieren."*

Hier gehört „Le Monde" offenbar zu den vielen Stimmen, die nach dem palästinensischen Nationalkongreß geradezu spaltungslüstern waren.

Wir müssen aber sagen, daß uns ein Hinweis auf den „demokratischen Zentralismus" – nach dem KBW-Prinzip, daß nicht sein kann, was nicht sein darf – prinzipiell noch weniger überzeugt als ein Zitat aus „Le Monde".

Nahost-Kommission

Rechtsradikale Wahlsieger in Israel

»Arbeiter«parteien total abgewirtschaftet

Am 17. Mai fanden in Israel Parlamentswahlen statt, die das totale Abwirtschaften der Arbeiterpartei (Mapai) und der mit ihr verbundenen Mapam und Araberliste in aller Deutlichkeit zeigte. Alle drei Parteien verloren zusammen 21 Parlamentssitze. Die auf einer Liste kandidierenden Parteien, Mapam und Arbeiterpartei, erhielten nur noch 32 Sitze (1973 waren es noch 51!), die aus taktischen Gründen noch kurz vor den Wahlen von der gemeinsamen Liste zurückgetretene Araberliste erhielt nur noch einen Sitz (1973:3).

Federn lassen mußten auch die bis zuletzt in der Regierungskoalition verbliebenen „Unabhängigen Liberalen", die statt bisher über drei Sitze jetzt nur noch über einen Sitz verfügen. Die „National-Religiösen", die noch im Dezember 1976 kurz nach der Gründung der neuen „Partei" Yadins („Demokratische Bewegung für den Wandel") aus der Regierungskoalition ausgeschieden waren, konnten Stimmengewinne verbuchen. Sie gewannen zu den bisher zehn Sitzen zwei dazu.

Rabin hatte die drei national-religiösen Minister aus der Regierungskoalition entlassen, nachdem die national-religiösen Abgeordneten bei einem Mißtrauensvotum gegen Rabin (wegen Entweihung des Sabbats!) sich bis auf den Innenminister der Stimme enthalten hatten („Neue Zürcher Zeitung", (NZZ), 21.12.76). Nach dem anschließenden Rücktritt Rabins wurden die jetzt vorgezogenen Neuwahlen möglich, die sonst erst im November regulär hätten stattfinden können. Rabin selbst wurde mit der Bildung einer Übergangsregierung beauftragt. Bei vorgezogenen Neuwahlen rechnete sich die „Arbeiter"partei bessere Chancen aus, sowie nach den Wahlen eine freiere Hand bei der Lösung des wirtschaftlichen Chaos. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, auch nicht, nachdem der Spitzenkandidat der Arbeiterpartei, Rabin, noch kurz vor der Wahl über ein Devisenvergehen „stolperte" und gegen den aussichtsreicheren Kandidaten Peres ausgetauscht wurde.

Die außerordentlich hohen Verluste der bisherigen Regierungskoalition machen nun die Bildung einer rechtsradikalen zionistischen Regierung möglich. Der Likudblock, hauptsächlich getragen von der rechtsradikalen, aus der zionistischen Terrororganisation „Irgun Zwai Leumi" (hebräische Abkürzung „Ezel") hervorgegangenen Cherut-Partei und der Liberalen Partei, konnte vier Sitze dazugewinnen und hat damit 43 der 120 Knesset-Sitze erhalten. Regierungsfähig wird der Likud-
Sitze dazugewinnen und hat damit 43 der 120 Knesset-Sitze erhalten. Regierungsfähig wird der Likud-Block durch die schon sichere Koalition mit den National-Religiösen (zwölf Sitze), mit den Orthodoxen (fünf Sitze wie bisher) und mit der sich vor der Wahl vom Likud-Block abgespaltenen Schlom-Zion Partei General Sharons (zwei Sitze). Die rechtsradikale Koalition kommt damit auf eine Mehrheit von 62 Sitzen und ist nicht mehr auf ein Bündnis mit der Yadin-„Partei" angewiesen, die 15 Sitze erhalten hat. Die Yadin-„Partei" hat vor allem von den Stimmen unzufriedener ehemaliger Arbeiter-Partei-Wähler profitieren können mit einem Programm, das sich innenpolitisch mit den Vorstellungen des Likud-Blockes deckt, sich aber außenpolitisch zu Zugeständnissen bereit erklärt. Auf der Kandidatenliste kandidierten durchweg ausgesprochene Vertreter der Kapitalistenklasse, bekannte Manager, Generäle, Kapitalisten und ehemalige Likud-Politiker. Die recht hohen Stimmengewinne dieser Partei werfen ein Licht auf das Bewußtsein der israelischen Protestwähler, denn die Gewinne der linken Parteien sind außerordentlich gering. Die Sheli-Liste (u.a. Moked, zionistische Abspaltung der revisionistischen KP, und eine Gruppierung der Black Panther) erhielten zwei Sitze (Moked hatte 73 allein schon einen Sitz erhalten), die Chadash-Liste (revisionistische Rakach, die einzige nicht-zionistische Partei Israels und ein anderer Teil der Black-Panther) konnten nur einen Sitz dazugewinnen (jetzt fünf Sitze, Rakach allein vorher vier).

Der in Frankreich als Millionenbetrüger gesuchte Flatto-Sharon erhielt genügend Stimmen für zwei Parlamentssitze, kann aber nur einen wahrnehmen, da seine Liste nur aus seinem Namen bestand, die aber immerhin den Zweck erfüllt, ihn vor der Auslieferung nach Frankreich zu bewahren. (Angaben zur Wahl nach „Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 14./15.5.77 und „Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 24.5. 1977).

Die totale Wahlniederlage der „Arbeiter"-Partei nach 29 Jahren ununterbrochener Regierung in verschiedenen Koalitionen hat das Abwirtschaften dieser Partei in doppelter Hinsicht gezeigt: Die sich seit dem Oktoberkrieg enorm verschärfende wirtschaftliche Krise, steigende Arbeitslosigkeit, sinkendes Lebensniveau, enorm hohe Inflationsrate, Korruption und Verfilzung haben die Identifizierung der israelischen Arbeiterbewegung mit dem zionistischen Staat stark angekratzt, die ein wichtiger Bestandteil der zionistischen Ideologie ist. Die Arbeiterpartei hat in den Augen der Bevölkerung stark abgewirtschaftet, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß die in den letzten Jahren verstärkten ökonomischen Kämpfe nicht mehr verhindert werden konnten. Gerade in den öffentlichen Bereichen, die zum großen Teil vom Staat und von der „Gewerkschaft" Histadrut kontrolliert werden, folgte ein Streik dem anderen. Auch in den Augen der Kapitalistenklasse hat die Arbeiterpartei abgewirtschaftet, da sie nicht mehr in der Lage war, die wirtschaftliche Krise auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung einzudämmen, wozu ihr Einfluß und Vertrauen fehlte. In diesem Sinne war sie ebenfalls regierungsunfähig geworden. Ein Anzeichen hierfür war auch die kurz vor der Wahl erfolgte Gründung der Yadin-Partei, die aus ausgesprochenen Kapitalisten-Vertretern besteht und ein rigoroses innenpolitisches Programm vertritt.

deren Führer er kurze Zeit später wurde. Auf das Konto dieser Terroristengruppe geht die Sprengung der britischen Hauptquartiere (King-David-Hotel, 95 Tote) in Jerusalem 1946 und ein großer Teil der Terroranschläge gegen die palästinensische Bevölkerung. Besonders nach der Teilung Palästinas wurden systematisch und in Absprache mit den zionistischen Führern Terroraktionen durchgeführt, um die arabische Bevölkerung in die Flucht zu treiben und um auf diesem Wege das Land zu „erobern". Dies wurde von Begin in seinen Schriften selbst stolz dargelegt (vgl. N. Weinstock, „Das Ende Israels", S. 205/206). Grausamstes Beispiel dieser „Eroberungspolitik" ist die Niedermetzelung der Bevölkerung des palästinensischen Dorfes Deir Yassin (fast 300 Ermordete, einschließlich Frauen und Kinder) im Jahr 1948, das eine panikartige Fluchtbewegung unter der arabischen Bevölkerung in ganz Palästina zur Folge hatte. Dieses Verbrechen, wie viele andere, gehen maßgeblich auf das Konto Menachem Begins, *„des ehemaligen Untergrundführers, den manche als den ‚besten Redner und einzigen wirklichen Parlamentarier in der Knesseth' bezeichnen"*, wie die „FR" (20.5. 1977) kritiklos schrieb!



(aus „Volkskrant", 20.5.)

Der Wahlausgang hat die rechtsra-

Ganz so genehm ist die breite

Der Wahlausgang hat die rechtsradikalen Parteien regierungsfähig gemacht. Zweifellos wird das zu einer außenpolitischen Verhärtung der israelischen Position führen und der israelischen Kapitalistenklasse innenpolitisch eine schärfere Gangart ermöglichen, die sicherlich eine Zuspitzung der Klassenwidersprüche zur Folge haben wird und die jetzige Regierungskoalition schnell verschleißen kann. **Außenpolitisch ist jedoch gerade wegen des Fehlens einer rechten Opposition eine Lösung – auch mit gewissen territorialen Konzessionen – eher denkbar. Wie die letzten Entwicklungen zeigen, muß die Entwicklung nicht unbedingt auf einen neuen Krieg hinauslaufen.**

Massenmörder Begin an der Macht

Als – unbestrittener – Führer des rechtsradikalen Likud-Blocks wird Menachem Begin aller Voraussicht nach neuer Ministerpräsident – sein schlechter Gesundheitszustand könnte allerdings einen Strich durch die Rechnung machen. Als Nachfolger präsentiert sich derzeit Nr. 2 des Likud-Blockes, General Ezer Weizmann, der allerdings seit neuestem Moshe Dayan (noch Arbeiterpartei) zum Konkurrenten bekommen hat („Frankfurter Rundschau" – „FR", 27.5.77).

Mit Begin kommt ein rechtsradikaler Zionist mit einschlägiger Vergangenheit an die Macht. Seine terroristischen Machenschaften in Palästina vor der israelischen Staatsgründung sind so bekannt, daß fast die gesamte bürgerliche und ohne Ausnahme prozionistische Presse in der BRD zunächst zwar Bedenken wegen seiner harten Haltung in der Außenpolitik angemeldet hat, letztlich aber seine „Verdienste" als „Untergrundführer" um die Gründung des zionistischen Staates und seine anschließende positive Entwicklung als bürgerlicher Parlamentarier lobt.

Begin, der schon als Jugendlicher in Polen die Führung der zionistischen Jugendorganisation „Betar" übernahm, arbeitete gleich nach seiner Auswanderung nach Palästina 1942 in der zionistischen Terrororganisation „Irgun Zwai Leumi" mit,

Ganz so genehm ist die breite Propagierung der „Untergrundvergangenheit" Begins dem zionistischen Staat jedoch nicht. Schließlich stößt eine politische Vergangenheit voller terroristischer, faschistischer Mordanschläge nicht überall auf ungeteilte Zustimmung wie etwa in der „Welt" und der übrigen Springer-Presse. Das israelische Außenministerium wies deshalb in einem Rundbrief alle diplomatischen Vertretungen in Israel an, doch in ihren Ländern darauf hinzuwirken, der *„irreführenden Abstempelung des Likud und besonders des zukünftigen Ministerpräsidenten Begin als ‚Terroristen' "* entgegenzuwirken. Schließlich habe der Likud-Block *„als langjährige parlamentarische Opposition seine demokratische Gesinnung und Loyalität beweisen können"* und schließlich gehöre Israel doch zu *„der kleinen Zahl echter Demokratien in der Welt"* („FAZ", 23.5. 77). Da kann man mal wieder sehen, daß in einer parlamentarischen Demokratie keinem Faschisten Grenzen bei seinem Aufstieg gesetzt sind!

Außenpolitische Auswirkungen

Der Likud-Block gehört zu den zionistischen Parteien, die territoriale Zugeständnisse bei einer friedlichen Lösung rundweg ablehnen. Die seit 1967 besetzten Gebiete werden als *„befreite Gebiete"* bezeichnet, die man gar nicht mehr vollständig zu annektieren braucht, da sie nach dem wahnsinnigen geschichtlichen Anspruch der Zionisten sowieso zu dem jüdischen Staat gehören.

Zwei Tage nach der Wahl besuchte Begin die zionistische Wehrsiedlung Kaddum (bei Nablus), die von der rechtsradikalen zionistischen Siedlungsbewegung „Gush Emunim" „illegal" gegründet wurde, die von der alten Regierung jedoch geduldet und finanziell unterstützt wurde. Begin überreichte eine Thora-Rolle, was der Gründung einer jüdischen Gemeinde in Kaddum gleichkommt und verkündete, daß die Gründung neuer Siedlungen mitten (!) im besetzten Westjordanland konsequent weiter fortgesetzt würde („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 21.5.77 und „SZ", 21.5.77).

Inzwischen hat Begin jedoch gewisse Zugeständnisse gemacht. So hat er betont, daß er die noch von der Rabin-Regierung eingegangenen Verpflichtungen einhalten will, auch in Bezug auf die Verlängerung des UN-Golan-Mandats um ein halbes Jahr. Außerdem will Begin nicht sofort israelisches Recht und die israelische Verwaltung auf die besetzten Gebiete ausdehnen. Gleich nach dem Juni-Krieg 1967 hat die Knesset ein Gesetz angenommen, nach dem die Regierung die Vollmacht erhalten hat, per Verfügung israelisches Recht und israelische Verwaltung in den besetzten Gebieten einzuführen. Die „Arbeiter"-Regierung hat dies bisher nicht gemacht, vor allem wohl deshalb, weil sie mit starken Protesten der arabischen Bevölkerung rechnete (die Kämpfe um die Einführung der Mehrwertsteuer haben dies auch gezeigt); auch hätten die arabischen Regimes ein solches Vorgehen nicht hinnehmen können. Begin, der in der Opposition immer gefordert hatte, diese Verfügung zu erlassen, schiebt nun das Problem erst mal auf die lange Bank. Seine Regierung werde die Verfügung erst nach einer ausführlichen Debatte in der Knesset erlassen („FAZ", 21.5.77). Inzwischen ist Begin noch einen Schritt zurückgegangen. Er nahm Verhandlungen mit Moshe Dayan auf, dem er das Außenministerium geben wolle, falls Dayan die Arbeiterpartei verläßt. Dayan einigte sich mit Begin darauf, daß israelisches Recht nicht auf das Westjordanland ausgedehnt werden solle, solange noch Friedensverhandlungen möglich seien. Das Westjordanland solle aber ganz mit einem Netz zionistischer Siedlungen überzogen werden, eine Forderung, die Dayan schon innerhalb der Arbeiterpartei vertreten hat („NZZ", 27.5.77).

Der Übertritt Dayans in den Likud-Block scheint durchaus wahrscheinlich. Dayan war nach dem Oktoberkrieg innerhalb der Arbeiterpartei ins Abseits gestellt worden. Noch kurz vor den Wahlen hatte Dayan mit einem Übertritt in den Likud-Block geliebäugelt, war dann aber doch – wohl unter der Bedingung, daß Peres Spitzenkandidat wird – in der Arbeiterpartei geblieben.

Tritt Dayan zum rechtsradikalen Likud-Block über, so ist es wahrscheinlich, daß weitere Abgeordne- Likud-Block über, so ist es wahrscheinlich, daß weitere Abgeordnete die Arbeiter-Partei verlassen. Mit dem Übertritt Dayans wird es auch unwahrscheinlicher, daß Begin mit der Yadin-Partei eine Koalition eingeht. Yadin zeigte sich brüskiert über das Angebot Begins an Dayan, schließlich hatte er bei einer Koalition auf den Außenministerposten spekuliert.

Die arabischen reaktionären Regimes reagierten sehr vorsichtig auf den Regierungswechsel in Israel; sie äußerten ihre Besorgnis, und Syrien ging sogar soweit, einen neuen Krieg einzukalkulieren. Ein weiterer Krieg zur Vorbereitung der friedlichen Lösung ist auch nicht ausgeschlossen. Auch der Oktoberkrieg war ein Schritt in diese Richtung, indem er den Mythos der Unbesiegbarkeit Israels antastete und den arabischen Regimes militärische „Erfolge" brachte.

Angesichts der harten Positionen Begins betonten die arabischen Regimes erneut, daß sie zu territorialen Zugeständnissen nicht bereit seien. So erklärte z.B. der jordanische Ministerpräsident Badran: *„Israel kann und wird nicht Frieden und Land zusammen haben. Es soll sich entweder aus den besetzten Gebieten zurückziehen oder die Konsequenzen aus dem Zuschlagen der Tür zum Frieden akzeptieren"* („SZ", 21.5.77). Der staatliche Rundfunk Ägyptens betonte jedoch, daß jede Regierung Israels versuchen wird, den Friedensprozeß im Nahen Osten zu behindern, schränkte also eine besondere Bremserrolle Begins bei diesem Prozeß ein („SZ", 20.5.77).

In jedem Fall wird eine harte Haltung Israels den linken Kräften und der Ablehnungsfront innerhalb des palästinensischen Widerstandes Auftrieb geben, die opportunistischen Strömungen hingegen werden es schwieriger haben.

So sprach insbesondere die Ablehnungsfront davon, daß es nach den Wahlen *„unweigerlich zu einer Eskalation der Gewalt"* vor allem in den von Israel nach 1967 besetzten Gebieten kommen werde („FAZ", 20.5.77). Eine Stärkung der Kräfte der Ablehnungsfront liegt aber nicht im Interesse der reaktionären arabischen Staaten. Andererseits könnten sie, bei einer zu kompromißlerischen Haltung gegenüber Israel, Schwierigkeiten mit den arabischen Völkern bekommen.

Es ist eher zu erwarten, daß es unter Begin zu einer Lösung kommt, mit gewissen territorialen Zugeständnissen auf dem Sinai und den Golanhöhen. Möglich wäre sogar die Bildung einer palästinensischen Enklave im Westjordanland um Nablus herum, die allerdings von zionistischen Siedlungen und Frühwarnstationen durchsetzt wäre, für eine palästinensische Eigenstaatlichkeit also kaum Raum bieten würde. Schließlich kann Begin – gerade wegen des Fehlens einer rechten Opposition in Israel – eher Kompromisse eingehen, ohne gestürzt zu werden.

Innenpolitische Auswirkungen

Begin wird auch innenpolitisch eine härtere Gangart anschlagen können. Die Inflationsbekämpfung wird als Hauptziel angegeben. Jedes Jahr hat Israel eine Inflationsrate von 35-40%, 1973 war sie sogar erheblich höher. Der israelische Staatshaushalt ist nach wie vor zu einem großen Teil von den USA abhängig. Die USA bestreiten jährlich etwa 25% des Staatshaushaltes, weitere 20% werden von Geldern aus anderen ausländischen Quellen bestritten (Spenden zionistischer Organisationen sind eingeschlossen) („Weltwoche", 11.5.77).

Der Vorsitzende der liberalen Partei (im Likud-Block) wird Innenminister. Daß der Versuch, die Inflationsrate einzudämmen, mit drastischen Maßnahmen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung laufen wird, wird u.a. daran deutlich, daß Ehrlich schon den amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman als ständigen Berater des Likud-Kabinetts angeheuert hat („NZZ" 26.5., „SZ", 24.5.). Milton Friedman hat seine Wirtschaftspolitik schon in Chile unter Pinochet erproben können – mit den uns bekannten Folgen! Für die israelische Bevölkerung ist da nichts Gutes zu erwarten. Inzwischen hat Friedman seinen neuen Job angenommen und die von Ehrlich vorgesehene Wirtschaftspolitik ausdrücklich gutgeheißen.

Folgende Maßnahmen sind geplant: Die „aufgeblähten" Staatsbetriebe sollen eingeschränkt werden, ebenso die Histadrut-Unternehmen. Statt dessen sollen die Privatunternehmen mehr Spielraum bekommen („NZZ", 26.5.77, 25.5.77). Begründet wird dies auch unter anderem damit, daß drei von vier Streiks im öffentlichen Sektor stattfanden. Ein demagogisches Argument, wenn man bedenkt, daß gerade im öffentlichen Sektor die Lohndrückerei am längsten durchgehalten wurde und Löhne und die Lohndrückerei am längsten durchgehalten wurde und Löhne und Gehälter hier erheblich niedriger liegen als im privaten Bereich. Weiter ist die Zwangsschiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten in zentralen Bereichen, wie Medizin, Häfen, Flughäfen, Wasser- und Stromversorgung vorgesehen. Weiter steht der Versuch an, einen Lohn-Preis-Steuer-Stopp durchzusetzen, was schon die Rabin-Regierung recht erfolglos vor den Wahlen versucht hatte. Mehr Arbeitslose sollen von vorneherein in Kauf genommen werden (zunächst wird von „harmlosen" 10.000 gesprochen!). Die Subventionen für Landwirtschaft und Grundnahrungsmittel sollen ebenfalls gestrichen werden, was besonders die „kleinen Leute" treffen wird. Schon die „Arbeiter"-Regierung hatte einige dieser Subventionen gekürzt, was zu erheblichen Teuerungsraten geführt hat. Weiter soll eine freie Devisenbewirtschaftung eingeführt werden, ausländisches Kapital soll noch besser geschützt werden. Einzig die Wohlfahrtsempfänger sollen mehr Unterstützung erhalten. Dies Zugeständnis mußte der Likud-Block machen, erhielt er doch in den Elendsvierteln hohe Stimmenzahlen. Solche Erhöhungen werden bei den zu erwartenden Preissteigerungen wohl kaum ins Gewicht fallen.

Bei diesen drastischen Maßnahmen kann die rechtsradikale Koalition auf die Unterstützung der Yadin-„Partei" rechnen. Große Teile der Forderungen Ehrliches waren schon Teil des Wahlprogramms der „Demokratischen Bewegung für den Wandel" („Monitor-Dienst", 18.4.77). Bei Koalitionsgesprächen ist innenpolitisch auch schon volle Übereinstimmung erzielt worden („NZZ", 25.5.77).

Daß eine solche Wirtschaftspolitik eine Zuspitzung der inneren Widersprüche zur Folge haben wird und zumindest einen Aufschwung der ökonomischen Kämpfe mit sich bringen wird, scheint klar. Daß sich solch eine Politik nur zwangsweise durchsetzen läßt und einen schnellen Verschleiß der rechten Regierung mit sich bringen wird, ist ebenfalls zu erwarten.

Nahost-Kommission



Genscher in Zaire
Demonstrative Freundschaft mit dem Pinochet Afrikas

Das offene Eingreifen der BRD-Regierung bei der versuchten Niederschlagung des Volksaufstandes in Zaire erreichte mit der jüngsten Reise Genschers nach Zaire einen gewissen Höhepunkt. Von der BRD-Regierung als unmißverständliche politische Demonstration zugunsten eines der reaktionärsten afrikanischen Kompradoren in Szene gesetzt, wurde Genscher ausgerechnet in Lumumbaschi, dem städtischen Zentrum der »aufrührerischen« Provinz Shaba, ein sogenannter »prächtiger Empfang« zuteil. Mobutu erhielt eine »Entwicklungshilfe« von 10 Millionen DM zusätzlich zu den bereits verabreichten 5 Millionen DM an materieller Unterstützung für die Aufstandsbekämpfung. Weiterhin wurden Projekte in einem Gesamtwert von 32 Millionen DM vereinbart (»Welt«, 20.5.). Mobutu seinerseits eröffnete Genscher, daß sein Krieg gegen das zairische Volk kurz vor dem siegreichen Abschluß stehe ... (ebenda).

Die Unterstützungsaktion Bonns für ins Wanken geratene afrikanische Neokolonialisten stieß bei diesen selbst natürlich auf helle Begeisterung. So konnte Genscher bei seinem anschliessenden Besuch in Gabun von seinem Gastgeber, dem Präsidenten Bongo, vernehmen: *»Ich danke Ihnen im Namen Afrikas, daß sie zum Gegenwärtigen Zeitpunkt Zaire besucht haben«* (»Welt«, 20.5.77). In gleichem Atemzug übte er *»Kritik an dem Streben Moskaus nach Einflußzonen in Afrika«* (ebenda), was ihm sofort eine Einladung nach Bonn eintrug. Bongo wird übrigens in Kürze das Amt des OAU-Vorsitzenden für ein Jahr übernehmen. Man kann sich da sicher auf einiges gefaßt machen.

Die Kämpfe in der Provinz Shaba selbst nehmen, wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet, seitens der FLNC immer mehr den Charakter eines Guerilla-Kampfes an. Die zairischen Regierungstruppen und die Söldner aus Marokko, Uganda, Sudan, Ägypten und des Zentralafrikanischen Kaiserreiches nehmen nach massiven Granatwerferbeschuß verlassene »Geisterstädte« in Besitz, was
dan, Ägypten und des Zentralafrikanischen Kaiserreiches nehmen nach massiven Granatwerferbeschuß verlassene »Geisterstädte« in Besitz, was
selbst die zairische Presse zugab (nach »Daily News«, Tansania, 13.5.77). Die Bevölkerung ist in den Urwald geflüchtet, weil sie die barbarische Taktik der verbrannten Erde der Mobutu-Truppen fürchtet. Unter diesen Umständen ist es für die zairische Nachrichtenagentur AZAP leicht, den nahen *»Endsieg über die Rebellen«* zu verkünden (»Süddeutsche Zeitung«, 21.5.). Doch es wäre nicht das erste Mal im Verlauf der jüngeren Geschichte, daß die Propagierung des »Endsiegs« nur die längerfristige Niederlage einläutet. Das morsche Mobutu-Regime wird nur noch durch die finanzielle, politische und militärische Unterstützung des Imperialismus und seiner afrikanischen Lakaien künstlich am Leben erhalten.

Strategie der begrenzten Aggression und des Einsatzes afrikanischer Kompradoren

Die massive und in dieser unverhüllten Form relativ neue Unterstützung eines sich im Volkskrieg befindlichen reaktionären Regimes der Dritten Welt durch die BRD-Regierung begründet der »Bayernkurier« des Mobutu-Freundes Strauß für »westliche Ohren« durchaus einleuchtend:

»Mobutus gigantischer Staat besitzt in Afrika eine geographische, militärische und wirtschaftliche Schlüsselrolle. Ein Zaire unter kommunistischer Kontrolle würde Staaten wie Senegal, Elfenbeinküste, Togo, Ghana und Ägypten zu verlorenen Brückenköpfen in einer überschwappenden roten Flut machen. Zaire unter Mobutu garantiert Mäßigung in der OAU, dem afrikanischen Spitzengremium. Mögen die Radikalen nach kommunistischer Sprachregelung zur Vernichtung des Rassistenregimes im Süden aufrufen. Zaire-Präsident Mobutu betreibt eine diplomatische Kompromißlösung auf dem Wege einer Smith-Muzorewa-Koalition.« Und: *»Es war eine europäisch-afrikanische Initiative, die Zaire rettete. ... Marokko machte sich zum Vorreiter* (!) *der gemäßigten Staaten Afrikas.«*

Im Kern stellt der »Bayernkurier« die imperialistische Strategie durchaus richtig dar. Nach der Unabhängigkeitswelle Anfang der sechziger Jahre konnten sich zahlreiche Regimes zunächst halten, da die neokoloniale Ideologie die Hautfarbe der Regierung zum entscheidenden Kriterium für die Unabhängigkeit machte (in Zaire die »Authentizitäts«ideologie) und der Kampf in diesen Ländern sich in erster Linie gegen die weiße Kolonialbourgeoisie gerichtet hatte. Nachdem in zunehmendem Maße die Völker negative Erfahrungen mit der eigenen »nationalen Bourgeoisie« gesammelt haben, und insbesondere die ehemaligen Kolonien sich eine sozialistische Perspektive erkämpft haben, hat der Neokolonialismus in Afrika Einbrüche hinnehmen müssen (VR Benin, Madagaskar, VR Kongo, Guinea, Tansania, Somalia ua.). Heute benutzt der Imperialismus seine afrikanischen Statthalter, die bereits wegen ihrer eigenen teilweise recht unstabilen politischen Lage auf eine enge Interessenkoalition mit ihm angewiesen sind, um Überfälle und Putschversuche gegenüber antiimperialistischen Ländern und Bewegungen durchzuführen. Er selbst tritt dabei nach außen nur noch bedingt in Erscheinung und vermeidet die politischen Nachteile der offenen Fallschirmjägereinsätze früherer Zeiten. Dies setzt natürlich voraus, daß die Kompradorenregimes militärisch von ihm in den Stand gesetzt werden, diese militärischen Abenteuer durchzuführen. Die mosambikanische Zeitschrift »Tempo« (17.4.77) nennt einige Fakten aus der jüngsten Zeit, die diese Strategie beleuchten:

»- Rückzug der spanischen Kolonialadministration aus Sahara und nachfolgende Besetzung des Territoriums durch einen Teil des marokkanischen
»- Rückzug der spanischen Kolonialadministration aus Sahara und nachfolgende Besetzung des Territoriums durch einen Teil des marokkanischen
Heeres;
- Aktive Zusammenarbeit der Regierungen von Marokko und Gabun bei der Söldnerinvasion der VR Benin im Januar dieses Jahres;
- Invasion Angolas im Jahre 1975 durch die südafrikanischen und zairischen Truppen;
- fortgesetzte rhodesische Aggressionen gegen die VR Mocambique;
- Dutzende Millionen Dollar an Waffen, die im letzten Jahr an Kenia und Zaire geliefert wurden.

Dies sind einige Fakten der imperialistischen Strategie gegen Afrika: die fortschrittlichen afrikanischen Länder durch die afrikanischen Länder angreifen, die von reaktionären Regimes regiert werden. Afrika gegen Afrika benutzen.«

Zu ergänzen wäre in diesem Zusammenhang die Anwerbung von Söldnern aus imperialistischen Ländern. Auch für Zaire sind weiße Söldner geworben worden. Dies geht aus Anzeigen hervor, die in Kalifornien erschienen sind und 1.200 bis 2.000 Dollar für einen militärischen Job in Afrika anboten. Dahinter steckt der CIA-Vertraute und von Angola her bereits berüchtigte David Bufkin. Auch in England sind Anzeigen für die Söldnerwerbung erschienen (vgl. »New African«, Mai 77 und »International Herald Tribune«, 19.4.77).

Die »antikommunistische Front«, die nicht bereit ist, *»resignierend den Triumphzug der Sowjetmacht durch Afrika hinzunehmen«* (Originalton »Bayernkurier« s. o.) hat sich noch um einige reaktionäre Staaten erweitert, wobei jetzt mehrere zur direkten militärischen Unterstützung Mobutus übergegangen sind.

Militärische Unterstützung erhält Mobutu nicht nur von Marokko (1.500 Soldaten), sondern auch aus Ägypten (50 Piloten, die die komplizierten Mirage-Bomber fliegen), Sudan (nach französischen Presseberichten 1.500 Mann), Zentralafrikanische Republik (Anzahl unbekannt), Uganda (Anzahl unbekannt), Senegal (Medikamente), außerdem Lieferung von Ausrüstungsgütern und Lebensmitteln (Informationen nach »SZ« v. 1.5., »NZZ« v. 4.5., »Guardian v. 15.4., »FR« v. 18.4.). Hinzukommen zu den bereits bekannten außerafrikanischen Mobutu-Hilfen von den USA, Frankreich, Belgien und BRD noch Unterstützungsangebote aus Japan und vom faschistischen südkoreanischen Regime (100.00 US-Dollar in Form von militärischer Ausrüstung). Nicht zu vergessen in diesem illustren Kreis sei die VR China. Ihre erste 30 Tonnen-Hilfssendung ist bereits in Kinshasa eingetroffen, weitere sollen per Schiff nach Zaire geschickt werden, wie der chinesische Botschafter Kun Ta-fei in Kinshasa bekanntgab. Seine Begründung wurde von der Zairischen Nachrichtenagentur AZAP so übermittelt: *»Die erste Lieferung bestätigt den Willen der befreundeten chinesischen Regierung, an der Seite der Völker zu kämpfen, die Frieden und Freiheit lieben, um ihre Einheit, ihre Authentizität und Unabhängigkeit zu gewährleisten«* (Guardian«, 26.4. und »MD«, 29.4.).

Mit von der Partie sind - wie immer, wenn's in Afrika um konterrevolutionäre Umtriebe geht - die faschistische RSA und Israel.

Nachdem Liberia, Ruanda, Gabun, Mauritius, Kenia und Ghana ihr politisches Einverständnis mit Mobutu bekundet hatten, sind mittlerweile noch Tunesien, Saudi-Arabien, Kuwait, Elfenbeinküste, Niger, Mauretanien und last not least das sich gern »sozialistisch« gebende Äthiopien dazugestoßen. Hier hat sich eine Allianz zusammengefunden, denen die Furcht vor einer inneren Rebellion in ihrem eigenen Land gemeinsam ist und die schon in der Angola-Frage größtenteils den reaktionären Anti-MPLA-Block gebildet hatten (Informationen nach »MD« v. 12.4., 18.4., 15.4., 20.4.).

Verurteilt wurde die marokkanische Intervention nachdrücklich von der Frente Polisario (»MD«, 15.4.)!

Den revolutionären Standpunkt der Antiimperialisten zu dieser *»Interessenkoalition der imperialistischen Bourgeoisie und der Lakaienbourgeoisie Afrikas«* formulierte die mosambikanische Zeitschrift »Tempo«:

»Idi Amin und Mobutu erfüllen nur ihre Rolle als perfekte Lakaien derjenigen, die gestern ihre Völker kolonisiert haben. Wenn die Widersprüche sich zuspitzen, fällt die Maske. Alles, was ihnen befohlen wird, und sei es noch so absurd und lächerlich, wird von ihnen hündisch befolgt.« Die dann folgende Gleichsetzung der Marionet-
was ihnen befohlen wird, und sei es noch so absurd und lächerlich, wird von ihnen hündisch befolgt.« Die dann folgende Gleichsetzung der Marionet-
ten mit dem rhodesischen Faschistenchef Ian Smith wird wie folgt begründet: *»Aber genauso müssen diejenigen Verräter als Feinde gelten, die ihn repräsentieren«* (1.5.77).

Afrika-Kommission

„Laß die Russen äh ... die Kubaner äh ... die Angolaner äh ... die Söldner äh ... ich meine die Rebellen nur kommen!" (aus der linken niederländischen Wochenzeitung „De Nieuwe Linie", 20.4.77).

RSA und Zionisten an der Seite Mobutus

Die „Washington Post" veröffentlichte kürzlich einen Bericht, nachdem in der ersten Aprilwoche ein hoher Beamter des Geheimdienstes BOSS der faschistischen Südafrikanischen „Republik" in Kinshasa weilte, um die „Hilfsaktion" der RSA für das Mobutu-Regime zu intensivieren und zu koordinieren. Reporterin Robin Wells nannte drei Quellen in Kinshasa, die bestätigten, daß Mobutu eine uneingeschränkte Menge an Öl und Krediten seitens der RSA angenommen hat. Diese Meldung wurde von der RSA-Presse auf den ersten Seiten übernommen (nach der tansanischen Zeitung „Daily News" v. 11.4.77). Der RSA-Außenminister Botha gab zu, daß die RSA u.a. auch Treibstoff an die Mobutu-Truppen lieferte, lehnte bezeichnenderweise aber eine weitere Behandlung des Themas ab („Radio Johannesburg", nach „MD", 14.4.77). In Übereinstimmung mit diesen Berichten schrieb der Korrespondent von Springers „Welt" (und die hat ja die besten Kontakte zur RSA) aus Zaire: *„In der Provinzhaupstadt werden Benzin und Nahrungsmittel knapp. Beobachter in Lumumbashi befürchten, daß die Versorgung der Truppen bald zusammenbrechen wird. Die meisten der in Lumumbashi angebotenen Nahrungsmittel wie Mais, Käse, Fleisch werden auf dem Schienenweg von Südafrika über Rhodesien und Sambia herangeschafft"* (20.4., Hervorhebung von uns). Die enge Kooperation der beiden Regimes von Zaire und der RSA ist nicht weiter verwunderlich, wird aber von Zaire selbst natürlich heftig dementiert. Sie steht natürlich im Widerspruch zu den gelegentlichen rhetorischen Pflichtübungen Mobutus hinsichtlich des „Kampfes gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus". Hinreichend bekannt ist jedoch die Tatsache, daß der militärische Überfall beider Staaten auf die VR Angola 1975/76 in gegenseitiger Absprache und mit gleicher Zielsetzung erfolgte. Dies schloß schon damals die gegenseitige Hilfeleistung ein: *„Hilfe für die arg bedrängten Bergbaugebiete ist namentlich aus Südafrika gekommen (...). Es hat seine Häfen für den Kupferexport geöffnet. In ertser Linie aber sichert Südafrika nun die Versorgung Shabas* (Südprovinz Zaires, AK) *mit Treibstoffen, und zwar in Eisenbahnwagen, die in Südafrika mit südafrikanischen Krediten hergestellt worden sind. Die Herstellermarken fehlen allerdings auf den Waggons. (...) Nicht zuletzt liefert Südafrika auch vermehrt Lebensmittel (...)"* („NZZ", 19.2.75).

Der enge Verbündete der RSA, das zionistische Israel, ist von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS der Unterstützung Zaires bei den dortigen Kämpfen beschuldigt worden („MD", 18.4.). Diese Meldung wird bestätigt durch die schweizer „Weltwoche" v. 27.4.: *„Ein zairischer Sonderbotschafter hat in den letzten Wochen in Teheran und Tel Aviv verhandelt um technische Hilfe und Petrodollars lockerzumachen".*

Wir haben es hier also mit einem Komplott der reaktionären arabischen Regimes (Ägypten, Marokko, Sudan) mit den Zionisten, dem faschistischen Schah-Regime und den RSA-Faschisten zu tun. Eine saubere Bruderschaft! Die afrikanische Reaktion, die EG- und US-Imperialisten, sowie die Hua-Clique in Peking vervollständigen die Pro-Mobutu-Front!

Afrika-Kommission

Massenelend in Zaire — Quelle ständiger Volksaufstände

Bereits wenige Tage nach Ausbruch der Kämpfe im Süden Zaires stand für bürgerliche und vaterländische Medien fest, daß es sich um eine „ausländische Aggression", gesteuert aus Moskau, Havanna und Luanda handelte. Diese (wenigstens von bürgerlicher Seite inzwischen weitgehend zurückgenommene) Version diente einerseits der Legitimierung der erfolgten weltweiten imperialistischen Intervention gegen den Volksaufstand, andererseits der Verschleierung der realen Ursachen des Aufstands: die Lebenslage der Volksmassen, die gerade im Zaire Mobutus förmlich zum Zusammenstoß mit Imperialismus und einheimischer Reaktion drängt.

Ebenso im Dunkeln blieb der Hintergrund für die rasche, weltweit koordinierte imperialistische Aggression, die enorme Ausplünderung der wirtschaftlichen Reichtümer des Landes durch die internationalen Konzerne, sowie der imperialistische Plan, von Zaire aus die verlorenen Pfründe in Angola militärisch zurückzuerobern.

Als ersten Teil der notwendigen Hintergrundinformation haben wir einige Fakten zur wirtschaftlichen Situation Zaires zusammengestellt; ein folgender Teil wird sich mit der militärischen Aufrüstung befassen, um deutlich zu machen, daß Zaire die Rolle zugedacht ist, die Brasilien, Indonesien oder Iran bereits spielen: imperialistische Aggressionsinstrumente für die ganze Region.

Zaire: Eine Goldgrube !

Zaire zählt zu den rohstoffreichsten Ländern der Erde und ist damit von nicht zu überschätzender Wichtigkeit für die rohstoffarmen imperialistischen Länder, vor allem EG und Japan. Zaire ist 1. Weltproduzent von Kobalt, Germanium und Industriediamanten sowie fünftgrößter Kupferproduzent, um nur seine aktuell wichtigsten Anteile an der Weltrohstoffversorgung zu nennen. Von fast allen für die industriell e Produktion der imperialistischen Länder bedeutsamen mineralischen Rohstoffe (zur Stahlveredelung) besitzt Zaire große Mengen. Zum Großteil sind diese Vorkommen noch unerforscht und mit ihrem Abbau ist noch gar nicht begonnen worden, so wird Uran heute erst in kleinem Umfang abgebaut, während die vermuteten gewaltigen Ressourcen erst erkundet werden.

Nach einer Studie des kanadischen „Hudson-Instituts" für den portugie-
gewaltigen Ressourcen erst erkundet werden.

Nach einer Studie des kanadischen „Hudson-Instituts" für den portugiesischen CUF-Konzern wird Zaire (zusammen mit Angola!) im Jahre 2 000 aufgrund seiner Rohstoffvorkommen das wichtigste Land Afrikas sein („Angola-Bulletin", Jan. 75). Auch in anderer Hinsicht ist Zaire wirtschaftlich interessant für den Imperialismus: Mit seinen riesigen Wasserläufen verfügt es über 13% des Weltpotentials an hydroelektrischer Energie; seine Landwirtschaft könnte zu den ergiebigsten des Kontinents zählen.

Imperialistische Ausplünderung Zaires

Im folgenden beschreiben wir die wesentlichen Investitionen, Handelsbeziehungen und Projekte des Imperialismus in Zaire. Besonderes ausführlich behandeln wir die Rolle der BRD-Imperialisten, die immer stärker eine führende Position einnehmen.

1969 erließ Mobutu das „Investitionsgesetz", das u.a. große Steuererleichterungen und den freien Transfer von Profiten ins Ausland garantierte. Daraufhin setzte ein wahrer Ansturm der großen multinationalen Konzerne auf Zaire ein. Wir wollen in einer unvollständigen Auflistung nur einige prominete Namen nennen: Shell, Mobil-Oil, Gulf-Oil, brit. Gulf, Petrofina, Texaco, Toyota, Nissan (Datsun), Fiat, Renault, Peugot, General Motors, VW (Investition geplant), Pechiney-Ugine-Kuhlmann, Nippon Mining, Mitsui, BRGM, Kaiser Aluminium, Klöckner-Humboldt-Deutz, Höchst, Unilever (bereits vor 1969), ITT-Bell-Telephone, Siemens, AEG, BBC.

Über die genaue inzwischen erreichte Höhe der Investitionen liegen keine genauen Angaben vor. Die Zeitschrift „Europe Outremer" vom Juni '75 gibt folgende Zahlen an:

Belgien (vor 1973):	800 Mio US-Dollar
BRD :	80 Mio US-Dollar
Großbritannien :	60 Mio US-Dollar

(„Info-Zaire", Febr. 77, gibt die britischen Investitionen mit 30 Mio US-Dollar an). Die US-Investitionen werden in verschiedenen Publikationen übereinstimmend auf 1 Mrd. US-Dollar beziffert. Japan dürfte sich zu einem der größten Investoren in Zaire gemausert haben, der Schwerpunkt liegt hier im Bergbausektor. Leider liegen uns auch keine Angaben über die Höhe der im Investitionsparadies Zaire erzielten Profite vor. Die belgischen Konzerne allerdings sollen jährlich zwischen 300 - 350 Mio US-Dollar (also knapp die Hälfte des investierten Kapitals!) ins Mutterland transferieren können („Le Monde", 23.2.74, zitiert nach „Zaire–Stützpunkt" S. 37).

Weitreichende Pläne des BRD-Imperialismus

Die BRD hat ihre Investitionen hauptsächlich seit 1969 getätigt, sie stehen inzwischen an 3. Stelle ihrer Investitionen in Afrika („Handelsblatt" („HB"), 21.2.77). Momentan konzentrieren sie sich noch auf die chemische Industrie (Höchst), die Zementherstellung, die Stahlgewinnung (Klöckner-Humboldt-Deutz), die Holzgewinnung (Danzer). Außerdem sind Siemens und AEG an den Arbeiten für das Großprojekt Inga (Staudämme und Elektrizitätszentralen) beteiligt, Siemens installiert zusätzlich im ganzen Land Radiostationen. VW plant die Errichtung einer Montagefabrik in Zaire, die Firmen Nordischer Maschinenbau Rud Baader und die Gesellschaft für Elektro-Metallurgie sind an Projekten in Zaire beteiligt.

Wie die US-Zeitschrift „Africa-Report" meldete, plant die BRD für 76 Mio US-Dollar Investitionen im zairischen Bergbau und Transportwesen (Mai-Juni-Ausgabe '75). In dieser Sache hat Mobutu bei seiner jüngsten BRD-Reise Anfang 1977 Gespräche mit dem größten BRD-Bergbaukonzern „Metallgesellschaft" geführt („Info-Zaire", Febr. '77).

Auch die übrigen deutschen Projekte in Zaire machen deutlich, wofür sich die BRD-Imperialisten besonders interessieren:
So sind beim jüngsten Kooperationsabkommen in Höhe von 90,5, Mio DM allein 50 Mio DM für den Ausbau der zairischen Häfen zur Steigerung der Kupferexportmöglichkeiten vorgesehen („HB", 21.2.77). Das beim Genscher-Besuch im Mai '77 unterzeichnete Schiffsbauabkommen in Höhe von 11 Mio DM dient dem gleichen Zweck, denn noch immer wird ein Teil des zairischen Mineralexports auf Flüssen transportiert. Bereits in früheren Jahren hat die BRD 22,1 Mio DM für die Verbesserung

wird ein Teil des zairischen Mineralexports auf Flüssen transportiert. Bereits in früheren Jahren hat die BRD 22,1 Mio DM für die Verbesserung

der Transportwege ausgegeben, weitere Projekte für 13 Mio DM sind geplant („AZAP", 25.12.76). 32 Mio DM der Kapitalhilfe 1974/75 an Zaire (Gesamthöhe 70 Mio DM) waren für die Nutzung von Ölschiefervorkommen in Oberzaire bestimmt („BfA", Okt. 75).

Insgesamt will die BRD in der 3-jährigen Kooperationsperiode von 1975 - 78 400 Mio DM für ähnliche Zwecke ausgeben („Afrika", 4/75). Zur Planung der deutsch-zairischen Zusammenarbeit tritt jährlich die „Gemeinsame Wirtschaftskommission" zusammen. Sie wurde 1974 ins Leben gerufen. Aus der gleichen Zeit stammt auch das Kernstück des BRD-Engagements in Zaire: die Pläne zur Industrialisierung des Nord-Ostens. Dieses alte Vorhaben Mobutus konnte vom zairischen Staat nicht durchgeführt werden, bis sich der „Große Führer" entschied, das gesamte Gebiet dem BRD-Imperialismus zu überlassen. Im Februar 1974 bildeten verschiedene BRD-Firmen ein Konsortium, das zusammen mit 20% Staatsbeteiligung die Gesellschaft ASSINEZ (Internationale Vereinigung zur Entwicklung des Nordostens von Zaire) gründete. Unter anderem soll diese Firma die Methangas-Vorkommen des Kivu-Sees (wichtig für die chemische Industrie) und die Ölschiefer-Lagerstätten in der Nähe von Kisangani ausbeuten. Geplant ist ferner die Errichtung eines Stahlwerks. Das „Entwicklungs"programm ist auf 10 Jahre angelegt. Die BRD will dort 1Mrd DM investieren („Afrika", 6/76).

Die ersten Vorhaben konnten bereits verwirklicht werden. So gab kürzlich der BRD-Konsul in Bukavu, Karl Schneider, eine Regierungsbeteiligung von 16 Mio DM zur Reparatur einer Zementfabrik in der Region Kivu bekannt („AZAP", 5.4.77). Schneider ist gleichzeitig Generaldirektor der BRD-kontrollierten Firma Pharmakina. Neuer Vorsitzender der ASSINEZ wurde kürzlich Bodo Liebig, Vorsitzender der Klöckner AG und des Aufsichtsrats der Maschinenfabrik Fahr AG.

Diese Vergabe ganzer Landstriche an ausländische Konzerne erinnert an Kolonialzeiten. J.Ph. Peemans, ein guter Kenner der zairischen Verhältnisse, bemerkt zu dem Projekt im Nordosten:

„Wenn dieses ambitiöse Programm wirklich in die Tat umgesetzt wird, kennzeichnet das eine neue Phase in den Beziehungen zwischen Staat und Auslandskapital: Es ist nichts weniger als die Pauschal-Konzession über die menschlichen und materiellen Ressourcen einer riesigen Region an ein organisiertes Kartell, das den einzigen Auftrag hat, eine Reihe vom Staat festgelegter ökonomischer Ziele zu erfüllen" (Peemans, „Social and Economic Developement of Zaire", in „African Affairs", April '75, S.160).

Die zairische Staatsbourgeoisie möchte Zaire jedoch noch massiver an die BRD verkaufen als das mit diesem Projekt bereits geschehen ist: *„Wie der Berater im Büro des Präsidenten, Minister Mpia, betonte, ist die Regierung jederzeit bereit, deutschen potentiellen Investoren zusätzliche Erleichterungen (!) zu gewähren. Es wird auf die positiven Resultate des deutsch-zairischen Industrieentwicklungs-Konsortiums ASSINEZ ... hingewiesen ..."* („HB", 21.2.77).

Nach dem Willen des Politbüros der MPR (Partei Mobutus) soll die BRD 1980 der größte Investor in Zaire sein („Europe Outremer", Juni 1975). Ganz in diesem Sinne hat Mobutu bei seinem Besuch im Januar 1977 Gespräche mit Vertretern der Commerzbank, Siemens, Mercedes-Benz, Krupp, Volkswagen und Metallgesellschaft geführt („Info-Zaire", Februar 77). Auch der Handel zwischen beiden Ländern entwickelt sich „positiv": 1973 bis 1974 konnte die BRD ihren Export nach Zaire um 46,9% auf ein Volumen von 373 Mio DM steigern („Afrika" 4/75).

EG — größter Handelspartner Mobutus

Einen besonderen Platz nicht nur bei den Investitionen, sondern auch bei den Handelsbeziehungen mit Zaire nehmen die Länder der EG ein. 1973 gingen 86% aller zairischen Exporte in die EG („Country Reports", 1.11.76). Allein Frankreich bezieht über ein Drittel des gesamten von seiner Industrie gebrauchten Kupfers aus Zaire („Hebdo", 4.5.77). Die EG liefert 61% aller zairischen Importe („Country Reports", s.o.). Belgien ist nach wie vor größter Handelspartner Zaires, die BRD steht an zweiter Stelle.

„Zairisierung" — ein Weg zum Sozialismus?

„Zairisierung" — ein Weg zum Sozialismus?

All diejenigen, die heute krampfhaft bemüht sind, Mobutu eine „nationale Politik gegen den Imperialismus" anzudichten (KBW, „KPD" etc.) führen die sogenannte „Zairisierung" ausländischen Kapitals ins Feld. Abgesehen von der Tatsache, daß die „Zairisierung" bereits 1976 völlig zusammengebrochen ist und heute die Rückgabe „enteigneten" Kapitals in Zaire erfolgt, hat die „Zairisierung" zu keinem Zeitpunkt die Dominanz des imperialistischen Kapitals angetastet. Sie war letztlich nicht mehr als ein Versuch der zairischen Elite — im Rahmen der vom Imperialismus gesteckten Grenzen — etwas mehr als bislang von der Ausplünderung der Volksmassen zu profitieren. Tatsächlich hat die „Zairisierung" einige hundert einheimische Schmarotzer zu Millionären gemacht (und Mobutu zu einem der reichsten Männer der Welt), sie hat aber weder Abhängigkeitsstrukturen noch die Lebensbedingungen der Massen verändert.

Bereits seit 1966 hat Mobutu eine Politik der Staatsbeteiligung an ausländischen Unternehmen durchgeführt. Betroffen von den Verstaatlichungen in der ersten Phase waren hauptsächlich Firmen im Banken-, Versicherungs- und Importhandelswesen, weniger dagegen im Industriebereich („Peemans", Seite 160). Die Ausnahme war hier die Übernahme der „Union Minière" (Großteil der Kupferproduktion im ehemaligen Katanga) durch den Staat 1966. Unter starkem imperialistischen Druck erklärte sich Mobutu bereit, dem Konzern eine hohe Entschädigung zu zahlen und beteiligte ihn mit 6,5% an den Netto-Einkünften der „neuen" Gesellschaft Gecomin — später in Gecamines umbenannt („Kritak-Dossier", Seite 34). Außerdem beauftragte er eine Tochtergesellschaft der belgischen Société Générale (Hauptaktionär der Union Minière) mit der gesamten Vermarktung des Shaba-Kupfers. Die Union Minière bekam einen technischen Beratervertrag, so daß Produktion, Verwaltung und Vermarktung des Kupfers nach wie vor in belgischer Hand lagen. (Erst 1976 sind etwa 57% der Spezialisten der Gécamine Einheimische — „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ"), 20.4.77.)

Ab 1973 wurden in größerem Umfang Verstaatlichungen durchgeführt, die sogenannte Politik der „Zairisierung". Betroffen waren vor allem belgische Unternehmen im Bereich Dienstleistungen, Handel, Landwirtschaft, aber auch Betriebe griechischer, portugiesischer und pakistanischer Händler.

Der Angriffspunkt waren also die schwächeren Teile des Auslandskapitals. Folgerichtig blieben alle Investitionen, die unter dem „Investitionsgesetz" getätigt wurden, von der „Zairisierung" unberührt. Dieses Gesetz wurde 1974 lediglich dahingehend geändert, daß nur noch 60% der Profite ins Ausland transferiert werden durften, im Gegensatz zu 100% vorher. Der Staat begnügte sich bei den großen Investitionen im Bergbau mit einer Beteiligung von 15 bis 20%.

Mobutu hat „zairisierte" (oder sollte man besser sagen „mobutisierte") Unternehmen im Wert von 500 Millionen US-Dollar an seine politischen Freunde verteilt. Natürlich ist er selbst auch nicht zu kurz gekommen. Hier einige Beispiele aus seinem engsten Familienkreis: Mobutu übernahm entweder persönlich oder über seinen Onkel Nzonboyo bzw. seinen Neffen Moleka die Mehrheit der ehemals belgischen Betriebe. Durch einen Zusammenschluß mehrerer belgischer Firmen entstand die Société Générale d'Alimentation (SGA), die besonders vom Nahrungsmittelimport aus Südafrika und Rhodesien profitierte (s.u.). Mobutu ist größter Aktionär der Bank von Kinshasa und hat Beteiligungen an einem Dutzend weiterer Firmen. Das gleiche gilt für seine Ehefrau. (Eine genaue Aufstellung des Mobutu-Firmen-Imperiums findet sich in Jules Chomé: „Mobutu — Chefe Supremo".) Mobutu, der zu Beginn seiner Laufbahn nur ein kleines Häuschen in Leopoldville sein eigen nennen konnte, wird heute zu den reichsten Männern der Welt gezählt. Er besitzt zahllose Häuser, Luxusappartements und Grundstücke in allen Teilen der Welt. Eines seiner größten Grundstücke befindet sich in der Schweiz mit 60.722 qkm, wo er sich mehrmals im Jahr zum Urlaub einfindet.

Die zairische Bourgeoisie stellt ihren Reichtum wie mittelalterliche Fürsten zur Schau. Der Direktor des zairischen Präsidialbüros gesteht ein, daß zehn (!) Familien in Zaire über ein Einkommen verfügen, das dem Volumen des Nationalbudgets ebenbürtig ist, bzw. sogar noch darüber

liegt („Europe Ourtremer", Juni
ein Einkommen verfügen, das dem Volumen des Nationalbudgets ebenbürtig ist, bzw. sogar noch darüber

liegt („Europe Ourtremer", Juni 75)! Mobutu besitzt nicht weniger als elf Paläste, zu seinem Lieblingspalast in 50 km Entfernung von Kinshasa ließ er sich eine sechs-spurige Autobahn bauen. Auf dem Grundstück seiner Sommerresidenz steht ihm ein eigener kleiner Jet-Flughafen zur Verfügung, das ganze Land ist mit einem Heer von Kleinstflugplätzen übersät, damit der „Große Führer" auch überall bequem hinkommt. Finanziert wird dieser Luxus u.a. aus dem Mobutu persönlich zur Verfügung stehenden „Präsidentschaftsetat", der jährlich 17 bis 25% des Staatshaushalts ausmacht! Insgesamt gingen in Zaire 1971 etwa 60% der Staatseinnahmen für Korruption wieder verloren („Peemans", Seite 162). (Alle Angaben dieses Abschnitts aus: „Blick durch die Wirtschaft", 5.5.77, „Süddeutsche Zeitung" („SZ"), 2./3. 4.77, „IHT", 5.4.77 und „Chomé" 1975).

Die herrschende Mobutu-Clique war bestrebt, jegliche einheimische Konkurrenz auszuschalten. Dies ist der Hintergrund der „Radikalisierungs-Maßnahmen" Ende 1974/Anfang 1975, als erstmals größere einheimische Unternehmen „zairisiert", bzw. „mobutisiert" wurden. Auch ohne diese Enteignungen war es der Mobutu-Clique gelungen, die höchsten Spitzen der Handelsbourgeoisie zu erklimmen. Fast ihr gesamtes akkumuliertes Kapital ging in diesen Sektor („Peemans", Seite 163). Wegen ihrer Exzesse, Übertreibungen und zunehmenden Ineffizienz im Sinne einer „gesunden" kapitalistischen Entwicklung der Gesamtwirtschaft (fahrlässige Vernachlässigung der Infra-Struktur; Übermaß der Korruption, vor allem auf den unteren Ebenen der Verwaltung; Herausfallen vieler zairischer Betriebe aus der Gesamtwirtschaft wegen „Unfähigkeit" bzw. skrupelloser und rascher Bereicherungspolitik der neuen Besitzer; hohe Verschuldung des Staates, augenblicklich etwa drei Milliarden US-Dollar), wurde die Mobuto-Clique gezwungen, ihr Programm der persönlichen Bereicherung („Zairisierung") schrittweise wieder zurückzunehmen („Zaire, wirtschaftliche Entwicklung 1974/75", Seite 1).

Der Imperialismus war nicht länger bereit, Unmengen von Geld in ein Land zu pumpen, das sich der „normalen" Logik des kapitalistischen Weltmarktes durch eine — in diesem Ausmaß völlig unübliche — persönliche Bereicherung eines herrschenden Clans, nicht nur zu Lasten der Bevölkerung, sondern zunehmend auch zu Lasten der Imperialisten selbst, entzog. Die im Gefolge dieser Politik des Mobutu-Clans galoppierende politische und soziale Entstabilisierung erschien dem internationalen Kapital immer risikoreicher.

Nach massiven Drohungen seiner imperialistischen Gläubiger machte das Mobutu-Regime im Oktober 1976 seine bisher größten Rückzieher. Es kündigte an, daß die früheren Besitzer bis zu 60% ihres Eigentums zurückerhalten. Lediglich kleinere Betriebe dürfen in zairischer Privathand bleiben, unter der Voraussetzung, daß sie effektiv arbeiten. Mobutu soll sogar ein Gesetz in Aussicht gestellt haben, das zukünftige Investoren vor Verstaatlichungen schützt („Inprecor", 6.5.77). Ausländische Investoren sollen noch stärker gefördert werden als bisher, vor allem im Bergbausektor. Daraufhin kündigte die belgische Société Générale an, sie wolle sich nun wieder stärker in Zaire engagieren. Ein portugiesisches Unternehmen wird die meisten der ent-zairisierten Großplantagen übernehmen und wirbt dafür Angola-Flüchtlinge an („HB", 21.2.77). Das Mobutu-Regime hat mit dieser erzwungenen Ent-Zairisierung eine große Niederlage einstecken müssen, das Lügengespinst der „Ökonomischen Unabhängigkeit" dürfte ihm wohl auch in Zaire selbst niemand mehr abnehmen.

Neokoloniale Politik führt zur Verelendung der Volksmassen

Die Politik Mobutus hat die Kolonialstrukturen nicht nur nicht aufgehoben, sondern in beispielloser Weise verfestigt. Das wird am Beispiel des Kupfers sehr deutlich. Die Erlangung ökonomischer Unabhängigkeit hätte als wichtigste Maßnahme die Beseitigung der einseitigen Abhängigkeit Zaires vom Kupferexport beinhalten müssen. Diese Abhängigkeit hat sich jedoch verfestigt. 1958 betrug der Anteil des Kupfers am Gesamtexport Zaires nur 30%, 1972 bereits 59% („Breitengroß, Handbuch II", Seite 607). Alle großen Infrastrukturmaßnahmen sind auf das Kupfer abgestimmt: Stromversorgung, Transportwesen u.a. Sie

Handbuch II", Seite 607). Alle großen Infrastrukturmaßnahmen sind auf das Kupfer abgestimmt: Stromversorgung, Transportwesen u.a. Sie

werden bis 1980 25% aller privaten und öffentlichen Investitionen ausmachen („Peemans", Seite 166). Ökonomische Unabhängigkeit hätte ferner bedeutet, Industrien zu errichten, die arbeitsintensiv und von ausländischer Technologie unabhängig sind, sowie den Aufbau einer eigenen Produktionsgüterindustrie in Angriff zu nehmen. Nichts dergleichen geschah.

Die Zahl der zairischen Arbeiter erreichte erst 1972 wieder den gleichen Stand wie 1959, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Bevölkerung verdoppelte (ebenda). Noch klarer wird die neokoloniale Politik Mobutus im Interesse der multinationalen Konzerne an der Situation der Landwirtschaft, die systematisch vernachlässigt wurde, obwohl in Zaire über 80% der Bevölkerung von Landwirtschaft und Viehzucht leben.

Sie hatte 1972 noch immer nicht den Stand von 1958 erreicht (ebenda, Seite 165). Im Budget 1970 und 1972 waren für Landwirtschaft nur je zwei Prozent vorgesehen, verglichen mit immerhin sechs Prozent im Jahre 1958 (ebenda, Seite 170). Die staatliche Finanzierungsgesellschaft Sofide stellte der Landwirtschaft 1975 nur 3,2% ihrer Mittel zur Verfügung („Aktueller Informationsdienst Afrika" 9/76).

Angesichts dieser Prioritätensetzung ist die landwirtschaftliche Produktion ständig zurückgegangen. In der Kolonialzeit war Zaire einer der größten Palmölexporteure der Welt; 1975 mußte der Export verboten werden, da noch nicht einmal mehr die Inlandsnachfrage befriedigt werden konnte („Breitengroß, Handbuch II", Seite 603). Die zairische Landwirtschaft kann heute die Versorgung der Bevölkerung mit den grundlegendsten Nahrungsmitteln wie Mais, Reis, Getreide, Fisch, Fleisch etc. nicht mehr sicherstellen. Reis wird aus China importiert, Getreide aus den USA, Fleisch aus Südafrika/Rhodesien. Insgesamt werden gegenwärtig über 30% der Deviseneinnahmen Zaires für Nahrungsmittelimporte ausgegeben.

Besonders bezeichnend ist diese Tatsache, weil allein die Provinz Kivu

Fortsetzung auf Seite 48

Fortsetzung von Seite 47

ganz Zaire mit den Grundnahrungsmitteln versorgen könnte. Ganz Zaire ist landwirtschaftlich so fruchtbar, daß es die „Kornkammer" für Zentralafrika sein könnte („BfA", Oktober 1975). Die Krise der Landwirtschaft wird noch dadurch vergrößert, daß in den ländlichen Gebieten zwei Drittel des kolonialen Straßensystems verrottet sind und die Produkte der Bauern nicht mehr auf die städtischen Märkte transportiert werden können. Mobutu baut stattdessen lieber sechs-spurige Autobahnen, um bequem seine Paläste erreichen zu können!

Hunger, Armut und Krankheit in Zaire

Was sind die Auswirkungen dieser kriminellen Politik für die Volksmassen?

- 80% der Bevölkerung sind kalorienmäßig unterernährt und erhalten nicht genügend tierische Proteine. Die Eiweißmangelkrankheit „Kwashiokor" ist weit verbreitet („Breitengroß", Seite 611).
- Die Kindersterblichkeit in den ländlichen Gebieten beträgt 15 bis 20%. Auf 60.000 Einwohner kam 1970 nur ein Arzt („Breitengroß", Seite 611). Die staatlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen betrugen im gleichen Jahr nur 1,1% der Staatsausgaben (ebenda, Seite 605).
- Das durchschnittliche bäuerliche Einkommen beträgt zwei US-Dollar pro Monat bei einer ständig schlechter werdenden Austauschrelation landwirtschaftlicher Produkte gegenüber Konsumgütern („Peemans", Seite 169).
- Die Produzenten erhalten niedrigste Preise für ihre Produkte. So erhält z.B. ein Palmölproduzent in Gabun oder Kamerun doppelt so viel für sein Palmöl wie der vergleichbare Bauern in Zaire („Peemans", Seite 170).
- Durch das System der privaten Händler kommen fantastische Unterschiede zwischen den Produzenten- und Konsumentenpreisen zustande. Diese Differenz geht im Nordosten des Landes bis zu 1:45!
- Noch wesentlich verschärft wird die Ausbeutung der Bauern durch das Anfang der 70-er Jahre wieder eingeführte Zwangsanbausystem für Exportprodukte. Ganze Dorfgemeinschaften müssen ein bestimmtes Maß an Produkten anbauen und erhalten dafür nur den niedrigen staatlich festgelegten Preis („Peemans", Seite 170). Dieses System ist eine wesentliche Ursache für die anti-koloniale Revolte der Bauern!

Die Lage der Arbeiterklasse

Eine ältere Untersuchung der Weltbank beweist, daß das Pro-Kopf-Einkommen in Zaire 1973 mit 90 US-Dollar pro Jahr zu den niedrigsten in Afrika zählte. Nur die allerärmsten afrikanischen Länder haben noch Zahlen, die etwas darunter liegen („Chomé", Seite 157).

Die Situation hat sich seitdem nicht geändert. Ende 1976 veröffentlichte die offizielle zairische Gewerkschaft UNTZA einen Bericht über die Lohnpolitik des Mobutu-Regimes, dem wir einige (sicher noch geschönte) Angaben entnehmen:

- Im armen Tansania erhält ein ungelernter Arbeiter 2,5 mal mehr Lohn als in Zaire.
- Die Löhne machen in Zaire nur sieben Prozent der Produktionskosten aus!
- Ein Tagelöhner in Kinshasa kann sich heute nur noch ein Viertel dessen kaufen, was er 1960 für sein Geld bekam, obwohl sein Lohn sich nominal verfünfzehnfacht hat.
- Die Verteilung der Gehälter ist extrem ungleich: Die ausländischen Spezialisten (Nur 2,6% der ökonomisch aktiven Bevölkerung) erhalten 48,2% der ausgezahlten Gehälter (Anm.: Dies entspricht genau den Verhältnissen der Kolonialzeit: zwei Prozent Europäer – 45% der Löhne, „Peemans", Seite 153), während die zairischen Arbeiter (94,5% der aktiven Bevölkerung) nur 49,3% erhalten.
- Riesenunterschiede der Bezahlung im Öffentlichen Dienst: Von den leitenden Angestellten bis zu den unteren Rängen besteht eine Differenz von 34:1! (Alle Angaben aus „Info-Zaire" 4/77).

Resümee

Wir meinen, die hier zusammengetragenen Fakten dokumentieren eindeutig den neokolonialen und reaktionären Charakter des Mobutu-Regimes in Zaire. Es besteht angesichts der derzeitigen Strukturen eine verstärkte Tendenz der Verelendung der Massen, die mit politischem und militärischem Terror kombiniert ist. Das Mobutu-Regime wird auch zukünftig sein vorläufiges Überleben allein der massiven Stützungsaktion von Imperialismus und afrikanischer Reaktion zu verdanken haben. Die Situation ist überreif für den bewaffneten Volkskrieg, und die Befreiungskämpfer in Zaire haben sich auf einen langfristigen Befreiungskampf eingestellt. Der Einsatz, um den es geht, wird vom zairischen Volk hohe Opfer fordern. Doch diese Opfer sind nichts im Vergleich zu dem elenden Dasein, das jeder Tag Mobutu-Diktatur für die verelendeten Massen bedeutet.

Afrika-Kommission

Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung

Am Wochenende des 7./8. Mai trafen sich in Bielefeld verschiedene Afrika-Solidaritätsgruppen zu einem ersten gemeinsamen Seminar über aktuelle Probleme der Afrika-Solidaritätsarbeit. Der Kreis hatte sich auf dem letzten Halbjahres-Treffen der Afrika-Solidaritätsgruppen – der sogenannten Delegiertenkonferenz (DK) – gebildet. Diese Delegiertenkonferenz wird seit dem Angola-Krieg durch bombastische Redeschlachten zwischen den immer zahlreicher erscheinenden KBW-Komitees und den Freunden der MPLA bestimmt; eine inhaltliche Arbeit war seitdem nicht mehr möglich. Wie von uns lange vorausgesagt, wollten auf der letzten DK halbvaterländische oder versöhnlerische Gruppen die „Wiederversöhnung" der an der Angola-Frage (erfreulicherweise!) in zwei Lager zerfallenen Gruppen inszenieren. Das Unterfangen, die reaktionären Thesen vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" wieder salonfähig zu machen, sollte an der Zimbabwe-Solidarität und mit der „Autorität" des „ZANU-Deutschland (!) Sprechers" Mukarati verwirklicht werden. Während der KBW die inszenierte Versöhnung nicht mitmachte und trotz aller Zugeständnisse den Rest der Versammelten als „Agenten der neuen Zaren entlarvte", war die „KPD"/Liga geschickter und propagierte eine gemeinsame „Solidarität" mit der ZANU, in deren Rahmen sie sich die „Freiheit" nehmen wollte, den „Hauptfeind Sozialimperialismus" zu bekämpfen.

Die Versöhnungsfeier wurde gestört durch ein Thesenpapier des AKAFRIK-Bielefeld, das den chaotischen Verlauf der letzten DK's nicht nur auf das formal provokatorische Auftreten der KBW-Geister-Komitees zurückführte, sondern insgesamt vertrat, daß nur unter Ausschluß der FNLA/UNITA-Freunde eine gemeinsame antiimperialistische Arbeit möglich ist. Die mehrheitliche Ablehnung des AKAFRIK-Papiers als Diskussionspunkt war schließlich Anlaß für den Auszug einer Reihe von Gruppen und Einzelpersonen darunter AKAFRIK, Afrika-Komitee Göttingen, ASB-Stuttgart, African Study Group Hamburg, KB Afrika-Kommission. Wie richtig dieser Schritt war, zeigte sich spätestens bei der Wahl des koordinierenden Gremiums (OK), indem sich neben antimperialistischen Gruppen wie etwa IZ3W-Freiburg nun auch die „Liga" und andere Vaterländler tummeln.

Die ausgezogenen Gruppen und Personen trafen sich dann am 7./8. Mai in Bielefeld. Besonders erfreulich war, daß zusätzlich Genossen von ISA-Mainz, der Anti-Apartheids-Bewegung und ein Redakteur des 3. Welt-Magazins Bonn als Beobachter teilnahmen. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine ausführliche Debatte über die jüngste Entwicklung in Zaire sowie eine Diskussion über unser Verhältnis zum zimbabwischen Widerstand und zu einigen ZANU-Sprechern. Das Seminar wurde allgemein als erfolgreicher Auftakt gemeinsamer Arbeit gewertet. Besonders wertvoll ist sicherlich, daß die ausführliche Zaire-Diskussion zum Beschluß der Delegierten führte, gemeinsam eine Zaire-Broschüre herauszugeben (ERSCHEINT DEMNÄCHST!).

Mindestens ebenso bedeutend erscheint uns eine gemeinsam formulierte Stellungnahme zum Auftreten Mukaratis auf der DK. Auch wenn diese Stellungnahme Schwachpunkte aufweist, ist sie für einige der Unterzeichner ein wichtiger Schritt, auch Vertreter ausländischer revolutionärer Organisationen anzugreifen, wenn reaktionäre Positionen vertreten werden (Stellungnahme siehe Abdruck).

Übrigens: Das nächste Treffen findet vom 17.-19. Juni in Göttingen statt. Hauptthema soll eine Diskussion über Befreiungsbewegungen und Oppositionsgruppen in Südafrika sein. Außerdem ist auf der Tagesordnung: Äthiopien, Eritrea sowie Zaire aktuell.

Auf Erweiterung des Kreises wird gehofft. Anmeldung bei:
Afrika-Komitee Göttingen
Von Bar Straße 2-4 c/0 ESG
3400 Göttingen
Tel.: 0551/56778 (Günter Nötel)

STELLUNGNAHME zu Äußerungen der ZANU-Auslandsvertretung

Der Auftritt des Vertreters der ZANU-Branch/Köln, Mukarati, auf der Delegiertenkonferenz der Afrika-Solidaritätsgruppen vom 18.–20.3.77, ist der aktuelle Anlaß für unsere Stellungnahme zu Äußerungen bestimmter Mitglieder der ZANU-Auslandsvertretung.

Mukarati hat auf der DK u.a. folgende Aussagen gemacht:

- die ZANU nimmt grundsätzlich keinerlei ausländische personelle Hilfe an. Sie betrachtet solche Hilfe als Einmischung seitens der Großmächte. Zimbabwe hat selber genug Menschen, lieber sollen 3 1/2 Millionen Menschen sterben, als daß das Land ausländische Hilfe akzeptiert. Die übrigbleibenden 3 1/2 Millionen würden dann das freie Zimbabwe aufbauen.
- Die Ereignisse in Angola waren ein negatives Beispiel für die afrikanischen Völker. Angola hätte auch siegen können, ohne die Sowjetunion und Kuba ins Land zu holen. Dafür bestand keine Notwendigkeit. Es sei eine Beleidigung für das angolanische Volk, das 500 Jahre gegen den portugiesischen Kolonialismus gekämpft hat, zu behaupten Angola sei durch die Kubaner befreit worden. Die ausländische Einmischung hat dazu beigetragen, daß Angolaner gegen Angolaner gekämpft haben. Daraus habe die ZANU gelernt und hat die ZIPA und die Patriotische Front gebildet. Weswegen seien denn Castro und Podgorny zur Zeit in Afrika? Sie wollten wohl auch andere Länder nach dem Vorbild Angolas „befeien"! Zimbabwe wird sich selbst befreien und wenn es hundert Jahre dauert. Wenn die ZANU die Sowjetunion zur Hilfe rufen würde, könnte jeder zu Recht sagen, dies sei ein Fehler gewesen. Wenn die ZANU Waffen aus der SU akzeptiert, dann nur über die OAU.
- Auf die Frage eines Vertrters von AKAFRIK, ob diese Aussagen zu Angola die Privatmeinung Mukaratis, die Meinung der ZANU-Branch/Köln, oder die Meinung der ZANU insgesamt seien, ob es zu dieser Frage eine Stellungnahme des ZK der ZANU gebe und auf die Feststellung des Vertreters von AKAFRIK, daß solche Äußerungen die Solidaritätsarbeit mit Zimbabwe schwächen würden, da es für Menschen, die den Kampf der MPLA gegen Zaire und Südafrika solidarisch unterstützt haben, nicht möglich sei, diese Aussage der ZANU zu akzeptieren, erwiderte Mukarati: Diese Frage sei eine Provokation und auf die Spaltung der ZANU angelegt, der Fragesteller solle seinen Mund halten und die ZANU werde solche Fragen in Zukunft nicht mehr beantworten. Es werde niemand gezwungen die ZANU zu untertsützen, die ZANU kann nicht dulden, daß versucht werde, Widersprüche aufzudecken, dies sei eine negative Angelegenheit. In den Aussagen der ZANU-Vertreter gebe es keine Widersprüche. Man solle sich nicht auf Widersprüche der ZANU stützen, um sie zu spalten, die ZANU könne nicht gespalten werden.

Diese reaktionären Aussagen von Mukarati zu wichtigen Fragen der afrikanischen Revolution stehen nicht isoliert und sind keineswegs neu. Wir können Dutzende von Stellungnahmen der ZANU-Auslandsvertretung dokumentieren, in denen z.B. MPLA, FNLA und UNITA als gleichberechtigte Befreiungsbewegungen bezeichnet, die Ursachen des Krieges in Angola auf die sowjetische „Einmischung" zurückgeführt werden und die Sowjetunion („Sozialimperialismus") als neben dem US-Imperialismus gleichberechtigter oder gar gefährlicherer Feind der afrikanischen Völker angesehen wird.

Diese Positionen, die in Afrika normalerweise von reaktionären neokolonialen Regimes vertreten werden, weisen wir scharf zurück. Auf dieser Grundlage können wir mit Mitgliedern der ZANU-Auslandsvertretung nicht zusammenarbeiten. Davon bleibt unberührt, daß wir die ZANU als fortschrittliche Befreiungsbewegung betrachten und sie weiterhin unterstützen.

Die ZANU-Auslandsvertretung trägt mit ihren Positionen zu zwei Entwicklungen entscheidend bei:

1. Die Solidaritätsbewegung arbeitet wieder mit Kräften zusammen, die in der Angola-Frage isoliert wurden. Diese Kräfte, hauptsächlich repräsentiert durch Liga und KBW, unterstützen FLNA und UNITA und bekämpfen den „Sozialimperialismus" als gefährlichsten Feind der afrikanischen Völker. In wesentlichen Fragen der afrikanischen Revolution vertreten sie pro-imperialistische Positionen (z.B. Zaire).

   In der gemeinsamen „Solidarität" mit der ZANU werden diese pro-imperialistischen Positionen wieder in die Solidaritätsbewegung integriert. Dieser Entwicklung tritt die ZANU-Auslandsvertretung nicht entgegen, sondern sie trägt aktiv zu ihr bei.
2. Dieses Verhalten trägt mit zur Desorientierung und dem Vertrauensverlust der Afrika-Solidaritätsbewegung insgesamt bei.

Die Solidaritätsbewegung wird keine neuen Menschen für die Unterstützung der afrikanischen Befreiungskämpfe gewinnen, wenn sie Solidarität auf der Grundlage reaktionärer Positionen praktiziert und sich nicht von ihnen klar distanziert.

Internationalismus-Arbeit wird nur dann langfristig Erfolg haben, wenn sie die Befreiungsbewegungen ehrlich und kritisch unterstützt und Differenzen mit ihnen nicht unter den Tisch kehrt.

Bielefeld, 8. Mai 1977

African Study Group, Hamburg
Afrika-Komitee Göttingen
AKAFRIK Bielefeld
ASB (Aktion Selbstbesteuerung), Stuttgart
KB-Afrikakommission
Gernot Hermann (Mitglied der AAB)
Michael Röder (Mitglied der AAB)
Ulrich Steven, Bonn

Revolution und Konterrevolution in Äthiopien

Die außenpolitischen Beziehungen zwischen der äthiopischen Militärjunta (DERG) und dem US-Imperialismus haben sich verschlechtert. Nach der Streichung der US-Militärhilfe für Äthiopien für 1976 (25 Mio. DM), von US-Seite offiziell mit der *„Verletzung der Menschenrechte"* begründet (natürlich nackte Demagogie, wenn man sich die engen US-Beziehungen zum faschistischen Südkoreanischen Regime anschaut, um nur dieses eine Beispiel zu nennen!), hat der DERG die Schließung von fünf US-Einrichtungen und die Ausweisung von 300 US-Amerikanern veranlaßt (vergleiche „Frankfurter Rundschau" („FR") vom 25.4.77). Die Schließung der wegen des Einsatzes von Satelliten technisch überholten Nachrichtenstation Kagnew in Eritrea war allerdings ohnehin von den US-Imperialisten geplant gewesen und die Schließung des US-Generalkonsulats in Asmara (Eritrea) ging mit der Schließung von fünf weiteren Konsulaten einher (Italien, Belgien, Frankreich, England und Sudan). Asmara ist eine der letzten Städte in Eritrea, die noch nicht befreit ist, eine Offensive der eritreischen Befreiungskämpfer steht bevor. Ebenfalls ausgewiesen wurden Journalisten der Nachrichtenagenturen Reuter, Agence France Press sowie der „Washington Post", die das Bild der *„äthiopischen Revolution beschmutzt"* haben sollen („Neue Zürcher Zeitung" („NZZ"), 27.4.77). Nicht berührt von den Ausweisungsmaßnahmen ist das Generalkonsulat der USA in Addis Abeba, das nach wie vor von dem CIA-Agenten Thompson geleitet wird (Erfahrungen in der Aufstandsbekämpfung aus dem Libanon, Laos etc.). Äthiopien war bislang einer der Hauptempfänger von US-Militärunterstützung, zwischen 1945 und 1975 erhielten das Haile-Selassie-Regime bzw. der DERG 1,5 Milliarden DM. Äthiopien war jahrzehntelang der reaktionäre Vorposten der US-Imperialisten in Ostafrika, die gegenwärtigen Maßnahmen deuten darauf hin, daß der US-Imperialismus diese „Stabilität" durch den DERG nicht mehr in ausreichendem Maß gewährleistet sieht. Dies, obwohl der DERG mit systematischen Massakern unter der äthiopischen Linken versucht, der antifeudalistischen Massenbewegung jede wirklich revolutionäre Perspektive zu nehmen.

Neuer „Großkunde" des US-Imperialismus in Ostafrika ist (neben Kenia) nunmehr der Sudan geworden. Die Rüstungsgüter im Wert von ca. 1,2 Milliarden DM (eine ungeheuere Summe – nach „New African Development" 4/77), die der Sudan in naher Zukunft erwerben will, werden vornehmlich von den USA geliefert werden. Der Sudan wird damit von den Imperialisten in enger Zusammenarbeit mit der arabischen Reaktion zur Speerspitze gegen jede antiimperialistische Entwicklung in Ostafrika ausgebaut. Der Sudan, in einer reaktionären Allianz mit Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien, unterstützt gegenwärtig eine reaktionäre Strömung (Auslandsflügel ELF – PLF) im eritreischen Befreiungskampf. Offensichtlich setzt diese Allianz angesichts des fast befreiten Eritreas auf diese anti-sozialistische Strömung, um mit dem Aufbau einer rechten militärischen eritreischen Organisation diese später gegen die eritreischen Antiimperialisten einsetzen zu können. Das zukünftige unabhängige Eritrea soll in die reaktionäre arabische Allianz der obigen Staaten eingegliedert werden. Gleichzeitig wird vom Sudan aus die feudalfaschistische EDU unterstützt, die die Interessen des teilweise entmachteten äthiopischen Feudaladels repräsentiert und die mit ihren Überfällen auf die Bauernbewegung im Norden Äthiopiens (an der Grenze zum Sudan) ihre alte Herrschaft wiedererrichten will. Besonders die Nordprovinz Begemdir wird von den EDU-Überfällen heimgesucht, der DERG hat bislang so gut wie keine Gegenmaßnahmen ergriffen und erleichtert damit – trotz seiner „linken" Phraseologie – den Feudalfaschisten das Geschäft. In diesen Provinzen sind es vor allem die Genossen der EPRP, die sich mit der EDU heftige Kämpfe liefern (vergleiche „Le Monde" vom 25.4.77). Numeiris (Sudan) Ausfälle gegen den DERG – *„blutdürstiges System"* („Welt", 26.5.77) u.ä. – dienen allein der Legitimation der aggressiven Absichten des Sudans gegenüber der antifeudalen Massenbewegung in Äthiopien, wobei ausgerechnet der DERG demagogisch in eine Reihe mit afrikanischen antiimperialistischen Revolutionen gestellt wird. Numeiri, dessen Truppen bei der Niederschlagung des Volksaufstands in Zaire eingesetzt sind, spielt sich auf diese Weise auch in Ostafrika als Kämpfer gegen einen *„neuen Kolonialismus sozialistischer Prägung"* auf („NZZ", 9.4.77). Im April 77 hat er alle 70 sowjetischen Militärberater aus dem Land gewiesen, die das reaktionäre Regime und seine Armee bislang „beraten" hatten. Nach Numeiris Vorstellungen sollte Äthiopien gemeinsam mit dem Sudan gegen *„die Versuche zur Infiltration und der Machtpolitik kämpfen"*, die *„unter den Fahnen des Sozialismus unternommen (werden)"*.

Der militante Antikommunist Numeiri, der 1971 tausende sudanesischer Kommunisten hinrichten ließ, *„verfolgt mit Bedauern und mit Schmerz die Blutbäder, die das abessinische Brudervolk durchmachen muß, hat jedoch Vertrauen in die Fähigkeit dieses Volkes, seinen Kurs zu berichtigen. Dann könnte Abessinien* (!) *in den Zustand zurückkehren* (!!), *den es in seiner gesamten Geschichte innegehabt hat"* (Radio Omdurman, nach „Monitor-Dienst", 14.4.77). Rückkehr also zur alten feudalen Ordnung (bzw. Beteiligung der Großgrundbesitzer am entstehenden bürokratischen Kapitalismus) und Absicherung einer stabilen konterrevolutionären Außenpolitik à la Sudan, das steckt hinter den Angriffen Numeiris, der im letzten Jahr einen Waffenbeistandspakt (auch gegen innere Rebellionen) mit Ägypten abgeschlossen hatte. Dabei wird seitens der sudanesischen Regierung nie von Äthiopien, sondern stets nur von Abessinien gesprochen. Anscheinend erhofft man sich angesichts der legitimen Kämpfe um Selbstbestimmung in dem Vielvölkerstaat eine Chance, auf diese in einem reaktionären Sinne zugunsten der Feudalfaschisten der EDU einwirken zu können. Die antifeudale Bauernbewegung (vor allem in Südäthiopien) und das städtische Proletariat sehen sich also sowohl einem äußeren Feind gegenüber (afrikanisch-arabische Reaktion und Imperialismus), als auch einem inneren, der Militärclique des DERG.

Bauernrebellionen in Südäthiopien

Zur Bauernrevolution in den Südprovinzen, die sich gegen Feudaladel und DERG durchsetzte, schreibt der (bürgerliche) Agrarwissenschaftler und Äthiopien-Spezialist Pausewang: *„Die untertänigen Pächter sind im Laufe dieser raschen Entwicklung (der letzten Jahre) zu selbstbewußten und politisch wachen Bauern geworden, die bereit sind, ihre bitter erkämpfte Selbstbestimmung zu verteidigen, gegen jeden, der sie einzuschränken droht. Das gibt der Entwicklung in Äthiopien eine eigene*

Fortsetzung auf Seite 49

Fortsetzung von Seite 48

revolutionäre Dynamik, unabhängig von der Elite in Addis Abeba, weitgehend unkontrolliert vom Militär, das sich gezwungen (!) sieht mitzufolgen, und unverstanden von fast allen ausländischen Beobachtern" („Afrika-Forum" 3/76). Mit „gezwungen" meint der Autor das Landreformgesetz des DERG, das im März 1975 angesichts heftiger Bauernrebellionen verabschiedet wurde und das bestimmte, daß der Landbesitz auf zehn Hektar begrenzt wird.

„*Die Proklamation* (vom März 1975 – Anm. AK) *hatte keine Verhaftung von Landbesitzern und keine Bewaffnung der Bauern vorgesehen, und die Polizei befreite die Verhafteten wieder, und die Administration gab ihnen ihr Eigentum zurück* (!). *Damit setzten sie die Grundbesitzer in Stand, den Widerstand fortzusetzen. So kam es temporär zu einer Art gemeinsamer Front der Provinzadministration und der Polizei mit den Landbesitzern gegen Studenten und Bauern. Die Militärregierung (DERG) gab den Studenten zu verstehen, sie hätten das Landreformgesetz* (friedlich! – Anm. AK) *in die Praxis umzusetzen, aber nicht den Klassenkampf auf dem Lande zu entfesseln oder ihr eigenes Gesetz zu schaffen. Studenten wurden getadelt, abberufen, eingesperrt, mißhandelt, getötet. (...) Die Bauern antworteten mit dem Aufbau eigener Milizen, bewaffnet mit konfiszierten Gewehren und Speeren, um sich und die Studenten zu verteidigen. In einigen Gegenden Südäthiopiens konnte sich kein Polizist, kein Beamter, kein Städter mehr aus der Stadt oder von den großen Landstraßen ins Landesinnere wagen. Die Bauern waren gezwungen (aufgrund der Überfälle der Feudalfaschisten) für ihre eigene innere Ordnung und Sicherheit selbst zu sorgen. Sie schufen sich eine eigene lokale Administration, mit dem gewählten Vorsitzenden der Genossenschaften an der Spitze. Ihre Milizen übernahmen Polizeifunktionen, eigene Gerichte entstanden. Die Regierung verlor allen Einfluß in diesen Dörfern ..."* (ebenda). Ende 1975 wurde der DERG gezwungen, die neuen Bauernorganisationen auch formell zu legalisieren.

Die Dynamik dieses Prozesses wird besonders von der revolutionären EPRP vorangetrieben, die sich daher der brutalen Unterdrückung durch den DERG ausgesetzt sieht. Denn das Interesse des DERG ist auf einen reformistischen Weg des Über-

Denn das Interesse des DERG ist auf einen reformistischen Weg des Über-

gangs vom Feudalismus zu einem bürokratischen Kapitalismus gerichtet, wobei der militanten Bauernbewegung gewisse Zugeständnisse gemacht werden mußten – bei gleichzeitiger Zerschlagung des revolutionären Gewerkschaftsverbandes CELU und Terror gegen die Linke. Die „sozialistische" Phraseologie des DERG ist dabei indirekter Gradmesser für die Reife der äthiopischen Revolution, der sich der DERG mit seinen „rrrrevolutionären" Sprüchen anzupassen sucht. Die Realität der DERG-Politik sieht anders aus:

Massaker in Addis Abeba

In Addis Abeba beispielsweise hat der DERG 600 getreue Anhänger bewaffnet (unter dem typisch-großspurigen Titel: Volksmiliz), die Jagd auf die in Addis Abeba starke EPRP machen, und die die Genossen wie Freiwild erschießen. Anfang Mai wurden mehrere hundert linke Jugendliche im Rahmen einer breit angelegten Armee-Razzia erschossen, deren Verbrechen u.a. darin bestand, Flugblätter mit der Forderung nach einer Ablösung des DERG durch eine revolutionäre Zivilregierung zu verteilen. 4.000 Menschen fanden sich trotz der sehr starken Repression bei der Beerdigung der Flugblattverteiler ein (vergl. „NZZ", 6.5.77). Vom DERG wird die EPRP als *„faschistisch", „antirevolutionär"* und als *„gedungene Mörder"* („NZZ" vom 1.5.77) bezeichnet und entsprechend dieser Charakterisierung stellt die Linke für den DERG den Hauptfeind dar. Zu den jüngsten Opfern der Revolutionäre in Äthiopien gehö-



Äthiopische Soldaten in voller Kriegsbemalung gehören zum „normalen" Straßenbild in den Städten.

ren der Vorsitzende des Äthiopischen

ren der Vorsitzende des Äthiopischen

Studentenverbandes in Europa und Mitglied des Zentralkomitees der EPRP, Genosse Tesfay Debessay, und der letzte Vorsitzende des inzwischen verbotenen Gewerkschaftsverbandes CELU, Ato Markos Hados (nach „Abyot", Organ der EPRP, April 77).

Trotz der Verfolgung der Linken kann die EPRP militärische Erfolge in den Südprovinzen Tigrai und Wollo melden und die Ausdehnung ihrer militärischen Aktivitäten auf die Nordprovinz Begemdir, an der Grenze zum Sudan (Kommuniqué des ZK der EPRP vom 10.5.77).

(Von den bürgerlichen Medien werden die Massaker an den Linken mit der stillen Genugtuung gemeldet, mit denen man halt die „Greueltaten" eines angeblich „sozialistischen" Regimes vermerkt und verbreitet und richtet dabei seinen Angriff nicht nur auf den „menschenrechtsverletzenden" DERG, sondern auf die äthiopische Revolution insgesamt, Motto: „Den äthiopischen Völkern soll eine fremde Ideologie aufgezwungen werden" (Zwischentitel der „FAZ" vom 5.5.77).

Revisionisten: Waffen für den DERG

Der DERG, der den Imperialisten immer noch gut für einen 150-Mill.-DM-Kredit der Weltbank ist (vergl. „Süddeutsche Zeitung" („SZ"), 13.5.77), setzte nach der verstärkten Hinwendung der US-Imperialisten zum Sudan außenpolitisch immer mehr auf die RGW-Staaten, besonders die Sowjetunion. Zwar war im Abschlußkommuniqué anläßlich des Besuchs des DERG-Vorsitzenden Mengistu in Moskau nicht von einer militärischen Unterstützung die Rede, nichtsdestoweniger sollen jedoch Panzer der alten Bauserie T 34, Flugabwehrgeschütze, Truppentransporter und Helikopter sowjetischer Herstellung nach Addis Abeba geliefert worden sein („NZZ" vom 3.5. und „Le Monde" vom 9.5.77, letztere erwähnt moderne T 54-Panzer). Parallel zur materiellen Unterstützung des DERG-Regimes läuft eine breit angelegte Propagandakampagne der Revisionisten zugunsten des DERG. Sie beinhaltet nicht nur eine völlig verzerrte Darstellung der antifeudalen Massenkämpfe (der DERG als „Motor der Revolution" etc.), sondern begrüßt lebhaft den Terror gegen die äthiopische Linke, die mit faschistischen Methoden verfolgt wird. Die von Haus-zu-Haus-Razzia Anfang Mai in Addis Abeba, bei der viele Genossen den Tod fanden, wird z.B. im „Neuen Deutschland" (DDR) vom 14.5.77 so dargestellt:

„*Vier* (!) *seit längerer Zeit gesuchte konterrevolutionäre Verschwörer sind dieser Tage in der äthiopischen Hauptstadt gestellt und, da sie bewaffneten Widerstand leisteten, im Schußwechsel getötet worden. ... Bei ähnlichen Aktionen in den Verwaltungsregionen Bale, Gondar, Didamo und Wollo konnten 69 weitere Angehörige reaktionärer Banden* (gemeint ist die EPRP – Anm. AK) *unschädlich gemacht werden. ... Konterrevolutionäre Anarchisten* (EPRP – Anm. AK) *ermordeten das Oberhaupt der katholischen Kirche in der äthiopischen Verwaltungsregion Wollo".*

In einem ZK-Kommuniqué der EPRP vom 10.5.77 wird diese Politik verurteilt und angeklagt: „*Die Revisionisten benutzen die reaktionäre Unterstützung der EDU* (durch Imperialismus und reaktionäre arabische Staaten – Anm. AK) *und die vorübergehende Verstimmung zwischen den USA und Mengistu* (DERG-Vorsitzender – Anm. AK), *als Vorwand für militärische und politische Unterstützung für Mengistu, der gegenwärtig nicht im Kampf gegen die EDU engagiert ist, sondern gegen die Revolutionäre der EPRP und und gegen die Arbeiter kämpft. Die massiven Waffenlieferungen der Sowjetunion und anderer revisionistischer Staaten an Mengistu werden bereits heute und in Zukunft benutzt gegen die Kommunisten der EPRP, die Arbeiter, junge demokratische Soldaten wie auch bei dem Völkermord-*

wie auch bei dem Völkermord-

Marsch gegen das Volk von Eritrea."

Die revisionistische Zweckpropaganda vom „äthiopischen Sozialismus" der DERG wird vom benachbarten Somalia, mit der Sowjetunion durch Freundschaftsvertrag und Waffenlieferungen außenpolitish relativ eng verbunden, nicht geteilt: „*Somalia glaube nicht an den äthiopischen Sozialismus",* so Präsident Siad Barre, „*wir glauben nicht an Mord und Folter... sie morden ihre Studenten und Lehrer und Arbeiter"* („SZ" vom 12.5.77).

Demgegenüber versuchte Fidel Castro eine „linke Flankendeckung" des DERG, indem er dessen „wahrhaft revolutionären Charakter betonte: „*Wir glauben, daß der Erfolg und die Konsolidierung der äthiopischen Revolution eine enorme Bedeutung für Afrika erfährt... Ich betrachte Mengistu als einen wahren Revolutionär und meine, daß die Revolution, die zur gegenwärtigen Stunde in seinem Land vonstatten geht, eine wahre Revolution ist."* („Le Monde, 9.5.).

Die äthiopische Revolution ist derzeit in einer schwierigen und komplizierten Phase: Einerseits muß sie alle Versuche des Imperialismus (und der - v.a. - arabischen Reaktion) zurückkämpfen, die Feudalfaschisten und alten Stützen des ehemaligen Kaiserreichs wieder in den Sattel zu hiefen, bzw. wesentlich an der Staatsmacht zù beteiligen. Andererseits muß sie die politischen und materiellen Interessen der äthiopischen Völker gegen die Demagogie und den Terror des DERG-Regimes durchsetzen, bzw. verteidigen und dabei im Auge behalten, daß eine weitere innerpolitische Destabilisierung des DERG-Regimes nicht nur der demokratischen Revolution, sonder u.U. auch dem Feudalfaschismus zugute kommen kann. Sie muß sich zum Dritten darauf vorbereiten, daß eine mögliche imperialistisch-reaktionäre Invasion vom Ausland her nicht nur einem innenpolitisch geschwächten und außenpolitisch zunehmend isolierten DERG-Regime den Garaus machen kann, sondern v.a. zugleich mit allen demokratischen und revolutionären Ansätzen im Volk gründlich aufzuräumen versucht - und zwar unter der demagogischen Parole einer „Befreiung" der äthiopishen Völker vom Terrorregime des DERG. Die äthiopische Revolution braucht unsere Solidarität.

Afrika Kommission

Afrika Kommission

South West Africa People's Organisation

Solidarity — Freedom — Justice

SWAPO OF NAMIBIA

SWAPO of NAMIBIA
Karduansmakargatan 4, 3 tr
111 52 STOCKHOLM
Sweden

Ref. No. NO/007/5/77

77-05-25

Dear Comrades, members of the C.C. of KB.

I am writing on behalf of SWAPO of Namibia to achowledge the receipt of a sum of 4700 DM which the Comunist party of Germany contributed to the combatant people of Namibia through their autentic representative, the liberation movement SWAPO of Namibia. The money was handed over to me, at Hamburg Airport by comrades Tomas and Harlmut on behalf of KB, in my capacity as SWAPO representative for the Nordic countries, Austria and West Germany.

Comrades, allow me on behalf of the Central Committe of SWAPO to express to you our profound gratitude and sincere thanks for your genuene and constant concrete material and political suport your party contributed to our cause. The combatant people of Namibia do allways count on your great party because of our common anti imperialist identity and principles. To us who are waging a war of liberation, your contribution is not only a material assistance but a great source of inspiration and encouragement. Therefore, comrades, let you be assured that your contribution will be used entirely for the benefit of our struggle and for our commingvictory over the forces of imperialism and colonialism.

I may be comming to FRG betwen 7 and 17 june and I will contact you then.

Accept comrades my movements highest consideration

P. Nadino Hishongwa
SWAPO representative to the Nordic countries, Austria and West Germany.

Spenden-Bestätigung der SWAPO an den KB über den Erhalt von 4.700 DM. Wir danken auf diesem Weg allen Einzelspendern.

ZANU-ZK: »Kuba ist nicht der Schatten der SU«

Der neuesten Ausgabe des ZANU-Zentralorgans „Zimbabwe-News" (März/April 1977) entnehmen wir einige personelle und politische Neuigkeiten, die den Pseudo-„Freunden" des zimbabwischen Freiheitskampfes mißfallen dürften.

- Das ZK der ZANU ist im Rahmen der Rekonstruktion der Partei auf 30 Mitglieder erweitert worden. An der Spitze der ZANU steht seit dem Mord an Chitepo und dem Verrat Sitholes Genosse Mugabe, als sein Stellvertreter wurde Simon Muzenda bestimmt. Dem ZK steht ein zwölfköpfiger Nationaler Exekutivrat vor, in dem u.a. die aus sambischer Haft freigekämpften Militanten wie Tongogara (Verteidigung) und Kangai (Soziales, Versorgung, Transport) wichtige Positionen bek leiden. Bemerkenswert ist die Aufnahme Dzingai Mutumbukas ins ZK, wo er als Stellvertreter des Sekretärs für Information und Öffentlichkeitsarbeit fungiert. D. Mutumbuka war bis vor kurzem Mitglied der ZANU-Vertretung in London, wo er unter der Leitung von Rex Chiwara arbeitete. Trotz aller Widersprüche und Schwierigkeiten mit D. Mutumbuka war er doch einer der wenigen Auslandsvertreter der ZANU, mit dem für uns eine fruchtbare Zusammenarbeit zeitweise möglich war, weil er die schlimmsten Ausfälle gegen die angolanische Revolution und Cuba nie mitgemacht hat. Interessant ist auch, daß der bisherige „Chef" Mutumbukas in London, der ML- und KBW-Liebling Rex Chiwara, bei den neu festgelegten Auslandsvertretern nicht auftaucht. Als einziger ZANU-Vertreter in Europa wird John Showiwa (Schweden) genannt. Damit dürfte klar sein, daß die reihenweise auftretenden ZANU-„Vertreter" (z.B. Mukarati für die „Deutschland"-Sektion) jedenfalls nicht die Position bekleiden, die ihnen ihre „ML"-Freunde andichten.
- In der gleichen Ausgabe des Zentralorgans wird von einer äußerst erfolgreichen Attacke der ZIPA gegen den Rassisten-Stützpunkt „RUDA-BASE" (dem zweitgrößten Stützpunkt in der östlichen Militärregion) berichtet, bei dem unter anderem zehn Rassisten getötet wurden. Neben der hohen Moral der ZIPA-Kämpfer, ihrer guten Ausbildung und Verankerung im Volk wird als Grund dieses Erfolges besonders hervorgehoben: „*Die ZIPA-Kämpfer bekommen jetzt hochentwickelte Waffen mit vernichtender Schlagkraft für den Feind. Bekanntlich war die Knappheit an Waffen das Hauptproblem der zimbabwischen Freiheitskämpfer und der Feind hat oft davon profitiert. Jedoch ändert sich die Situation langsam und der Feind spürt zweifellos die Härte der Schläge".* Gute Hilfe bei dieser Entwicklung wird sicher auch die von Fidel Castro fest zugesagte – und von der ZANU begrüßte – materielle Unterstützung Cubas für den Guerillakrieg leisten. „*Während seines Besuches in Afrika bekräftigte der cubanische revolutionäre Führer Cubas die Unterstützung für den Befreiungskampf im südlichen Afrika. Bezüglich Zimbabwe vereinbarte der cubanische Führer am 24.3. ein Kommunique mit der VR Mosambik. Das Kommunique (...) legt fest, daß sich Cuba und Mosambik verbürgen, den Guerillakampf zu unterstützen, den einzigen Weg die weiße Herrschaft in Rhodesien zu beenden"* („Zimbabwe News", März/April 77, S.8).

Ebenfalls zur Unterstützung des zairischen Befreiungskampfes durch Cuba äußerte sich unlängst das ZANU-ZK-Mitglied Kangai. Nachdem er das nach wie vor schlechte Verhältnis zwischen ZANU und der UdSSR geschildert hatte, wird er gefragt: „*Kaunda sagte kürzlich, daß wenn eine ausländische Macht –er meinte wahrscheinlich Südafrika – in Zimbabwe einfällt, dann hättet ihr das Recht, eine andere militärische Macht zu Hilfe zu rufen, wahrscheinlich Cuba. Nun ist die Frage, inwieweit unterscheidet sich die Beziehung ZANU-UdSSR von der Beziehung ZANU-Cuba?".* Kangai antwortet: „*Selbst für Cuba gilt das selbe Prinzip: Jede Hilfe ist willkommen, wenn sie uns nicht bindet. Aber unsere Beziehungen zu den Cubanern sind viel besser als die zu den Russen. Wir können sagen, daß wir Castro besuchen können wann immer wir wollen, trotzdem wir auf die Russen nicht so gut zu sprechen sind. Es wäre verkehrt zu sagen, wenn ihr was gegen die Russen habt, dann müßt ihr auch was gegen Castro haben. Zwischen Russen und Cubanern gibt es Übereinstimmungen, es gibt aber auch Unterschiede. Cuba ist nicht der Schatten der SU"* (Quelle: „Bevrijdingspersagentschap" Nr. 100, Belgien).

Fassen wir zusammen: Die ZANU hat keinesfalls das Verhältnis zur Sowjetunion und Cuba, was ihr die hiesige „ML"-Szene anhängen will und was einige Auslandsvertreter vorspiegeln („Hauptfeind Sozialimperialismus", Cuba sei getreuer „Vasall").

Vielmehr wird die jetzt anbrechende Phase des Befreiungskampfes – der notwendige Einsatz schwerer Waffen – die verantwortungsbewußten Revolutionäre eine Bündnispolitik anstreben lassen, die die Möglichkeiten des revisionistischen Lagers ausnutzt. Eine Bündnispolitik, wie sie beispielsweise von MPLA, FRELIMO und PAIGC erfolgreich betrieben wurde. Wir haben nie um diesen Punkt gestritten, weil es uns etwa um Attribute wie „revolutionär" oder „proletarisch-internationalistisch" für revisionistische Hilfe geht: Vielmehr wird von vaterländischer Seite seit langem die ZANU-Losung „Wir sind unsere eigenen Befreier" dahingehend pervertiert, daß ZANU jegliche Hilfe der Revisionisten ablehnt, selbst um den Preis eines einmalig hohen Blutvergießens des Volkes. Wir haben daher vorausgesagt, daß bei entsprechender Bündnispolitik der ZANU ihre heutigen Pseudo-Freunde zu Demagogien greifen werden, die sie schon an der MPLA ausgelassen haben.

Dieser Zeitpunkt scheint bald gekommen!

Afrika-Kommission

asien





Friedensengel Carter ? Abzug der US-Bodentruppen aus Südkorea ?

Am 21.5. wurde Generalmajor Singlaub, Stabschef der amerikanischen Streikräfte in Südkorea, wegen seiner Kritik an dem geplanten US - Truppenabzug aus Südkorea, seines Postens enthoben. Singlaub hatte die Korea-Politik Carters als Einladung an "Nordkorea" hingestellt, den Süden zu überfallen!...

Ist Carter dabei, sein Wahlversprechen, nämlich Abzug der US - Bodentruppen aus Südkorea, zu verwirklichen und muß er sich dabei gegen "uneinsichtige" Militärs durchsetzen? ("Zwingen die 'Falken' Carter in die Knie"?, Vorwärts, 10.2.77).

Diesen Eindruck könnte man gewinnen. So hat Carter auch kürzlich verkündet, die USA müßten nicht jeden Diktator unterstützen, wie dies in der Vergangenheit geschehen sei, nur weil er auch gegen den Kommunismus sei.

Nun fanden am 10. März Gespräche zwischen dem Außenminister dieses Regimes und Carter statt.Dort wurde den Faschisten von Carter versichert, daß die USA " ihre Verteidigungsverpflichtungen gegenüber Südkorea auch weiterhin einhalten" würden und daß ein Truppenabzug nur *"nach voller Absprache mit der koreanischen Regierung"* erfolgen würde.*"Bis 1981, wenn ein Modernisierungsprogramm für die koreanischen Streikräfte abgeschlossen ist, so versprach Carter,würden die USA Südkorea weiterhin Waffen liefern und sonstige Militärhilfe gewähren."* Unter dem Vorwand desAbzugs der US - Truppen spielt das Park - Regime jetzt auch schon "mit dem Gedanken, eigene Kernwaffen zu entwickeln." (Hamburger Abendblatt, 27.5.77). Doch das beeindruckt den "Menschenrechtler " Carter nicht. Für ihn ist Südkorea *"ein heller Fleck in der politischen Szene der ganzen Welt, und er würdigte die Aufrichtigkeit des koreanischen Präsidenten"* (des Mörders Park Chung Hee).

Außerdem anerkannte er *"das Recht des südkoreanischen Volkes, sein eigenes System zu wählen"* (alle Zitate "Haptong", 10.3.77, nach "Monitordienst" v.11.3.77). Diese Töne höhren sich schon etwas anders an!

Der geplante Truppenabzug ist Bestandteil der Strategie "Asiaten kämpfen gegen Asiaten" , die die US-Imperialisten schon in der Schlußphase des Vietnamkriegs erprobt hatten. Die Imperialisten ziehen den Großteil ihrer Kampftruppen ab, halten aber weiterhin die Luftwaffe und die wichtigen Kommandoposten in ihrer Hand (oft als "Berater") getarnt. Das soll davon ablenken, daß die USA weiterhin natürlich faktisch Südkorea besetzt halten! Außerdem waren gerade durch den Einsatz hunderttausender Soldaten viele Amerikaner direkt vom Krieg betroffen und haben daher auch dagegen protestiert und die US - Regierung unter Druck gesetzt, während jetzt der Anschein erweckt werden soll, daß das eine Auseinandersetzung zwischen zwei Ländern weit weg ist, mit der die US - Bevölkerung direkt gar nichts zu tun hat.

Widerstand gegen die Koreapolitik des US-Imperialismus

Doch die Jahre des Vietnamkrieges haben auch dazu geführt, daß solche "Friedens"manöver nicht mehr so leicht verfangen. In den letzten Monaten wurde durch die Bestechungsskandale der südkoreanischen Faschisten in den USA und durch die barbarischen Urteile gegen Oppositionelle in Südkorea auch in den USA ziemlich klar, was für ein Regime dort mit amerikanischer Hilfe an der Macht gehalten wird.

Vom 1. bis 3. April fand in New York eine "Internationale Konferenz für eine neue Richtung in der US-Koreapolitik " statt.

An der Konferenz nahmen zahlreiche Persönlichkeiten aus den USA, Japan, Südkorea, der BRD und anderen Ländern teil. Erwähnt seien hier nur George Wald, Professor an der Harvard-Universität und Nobelpreisträger, Klaus Harpprecht, SPD-Mitglied und Yun I Sang, Professor in Westberlin (er war 1967 von den südkoreanischen Faschisten aus der BRD gekidnapt worden); außerdem ehemalige Offiziere der südkoreanischen Marionettenarmee und der ehemalige Beobachter Südkoreas bei der UNO.

In einer Resolution an den US - Kongreß und den US - Präsidenten wird gefordert:

„1. Sofort alle Kernwaffen aus Südkorea abzuziehen.
2. Alle amerikanischen Truppen, konventionellen Waffen und paramilitärisches Personal aus Südkorea abzuziehen.
3. Alle US-Militär- und Wirtschafts 'hilfe' an das Park Chung Hee - 'regime' einzustellen.'

" Wir fordern die sofortige Freilassung aller Opfer politischer Unterdrückung in Südkorea, von denen viele nur deswegen eingesperrt wurden, weil sie offen für Gerechtigkeit und Menschenwürde gesprochen haben. Insbesondere fordern wir die Aufhebung aller Todesurteile und die Freilassung aller zum Tode Verurteilten.

Wir bekunden unsere volle Unterstützung für die Bewegung des südkoreanischen Volkes, die Park Chung Hee - Diktatur zu beenden und an seiner Stelle eine breite demokratische Koalition zu errichten (Yang Times", 23.4.77).

Asien - Kommission

»Keine Verletzung der Menschenrechte«
Timor: Anfang April besuchte eine
Okinawa bleibt ein Hauptstützpunkt des US-Imperialismus
Japan: Die Insel Okinawa an der den militärischen Raubzug für weite-
den Diktator unterstützen, wie dies in der Vergangenheit geschehen sei, nur weil er auch gegen den Kommunismus sei.
Nun fanden am 10. März Gesprä-
wickeln." (Hamburger Abendblatt, 27.5.77). Doch das beeindruckt den "Menschenrechtler " Carter nicht. Für ihn ist Südkorea "ein heller Fleck in der politischen Szene der

Flughafengegner von Bullen ermordet

Japan: Die brutalen Übergriffe der Bullen vom 6. - 9.5. auf dem neuen Flughafengelände von Narita haben ein Todesopfer gefordert. Am 10.5. starb der 27jährige Taxifahrer Kaoru Higashiyama an seinen schweren Kopfverletzungen, die ihm von den Bullen zugefügt wurden.

Kaoru war als Sanitätshelfer in einem von den Flughafengegnern provisorisch errichteten Feldlazarett eingesetzt. Als er am Sonntag, den 8.5., mit vier weiteren Genossen vor dem Feldlazarett eine Kette bildete, um die heranrückenden Bullen abzuhalten, wurde er am Hinterkopf (!) von einer Tränengaspatrone getroffen, die aus vier (!!) Metern Entfernung von Bullen abgefeuert wurde. Er erlitt einen schweren Schädelbruch. Im Rot Kreuz Krankenhaus von Narita wurde ein operativer Eingriff nicht vorgenommen, da sein Zustand nach Angaben der Ärzte zu kritisch gewesen sei („Asahi Evening News", 9.5.77).

Fortschrittliche Anwälte der Flughafengegner haben bereits Mordklage gegen den Einsatzleiter der Bullen erhoben. Es wird vermutet, daß der Schuß sogar gezielt auf Kaoru abgegeben wurde, da er seit 1971 als Mitglied des Sanitäter-Teams bei der Polizei bekannt ist.

Trotz zahlreicher Augenzeugenberichte und Fotomaterials wird von Seiten der Polizei der Mord abgestritten und das makabre Märchen verbreitet, Kaoru sei von einem Stein oder Eisenstange getroffen worden. Von einem auch mit Ärzten besetzten Ermittlungsausschuß wurde bereits die Todesursache eindeutig nachgewiesen, nämlich ein direkt abgefeuertes Tränengasgeschoß („Asahi Evening News", 20.5.77).

Bezeichnend sind die widersprüchlichen Erklärungen des Polizeichefs Nakamura. Am 8.5. erklärte er, *„daß der Artikel 7 des Polizeigesetzes, der die direkte* (d.h. direkt auf Menschen, Anm. AK) *Abfeuerung von Tränengasgewehren zuläßt, angewendet worden sei"* („Asahi Evening News", 11.5.77). Und am 10.5 ließ Nakamura auf einer Pressekonferenz verlauten, *„er hätte keine Meldungen über eine direkte Abfeuerung von Tränengasgewehren auf Demonstranten erhalten"* („Asahi Evening News", 11.5.77). Später, als eindeutige Hinweise des Ermittlungsausschusses vorlagen, mußte er die Vorgehensweise der Polizei eingestehen. Er rechtfertigte sie jedoch, denn „ein Tränengasgewehr ist keine Waffe, und seine Anwendung ist erlaubt, um einen Aufruhr unter Kontrolle zu bringen. Sollte sein Gebrauch verboten sein, wäre die einzige Möglichkeit zur Niederschlagung von Aufständen eine Pistole" („The Japan Times", 19.5.77).

Nach Pressemeldungen wurden am 8.5. 310 Tränengaspatronen auf die etwa 3700 Demonstranten abgefeuert (nach „Asahi Evening News", 12.5.77)! Etwa 30 Demonstranten leiden noch unter schweren Gasvergiftungserscheinungen, deren Heilung noch einige Monate dauern wird.

Aber der Kampf geht weiter. Gleich nach dem Umlegen der von den Bauern und Studenten errichteten Stahltürme (bis 60 Meter hoch!), bauten sie schon wieder an einem Turm (diesmal aus Holz), um den Anflug von Flugzeugen zu verhindern.

In Tokio hat eine Solidaritätsdemonstration mit laut Presseberichten 7500 voll ausgerüsteten Demonstranten stattgefunden. Ihnen standen 5000 Bullen gegenüber.

Asienkommission

»Keine Verletzung der Menschenrechte«

Timor: Anfang April besuchte eine Delegation des US-Kongresses Indonesien und machte dabei einen Abstecher nach Timor. Die Delegation gab hinterher einen Kommentar ab:

„Eine Delegation des US-Kongresses hat laut Voice of America in Ost-Timor k e i n e Beweise für Widerstand gegen die Integration oder für die Verletzung der Menschenrechte gefunden (Wer nichts sucht, der auch nichts findet, Red.). Sie (Helen Meyner, ein Mitglied der Delegation, Red.) habe den Eindruck, daß diese Menschen ganz zufrieden mit dem Zusammenschluß seien... Fast alle Menschen, mit denen sie gesprochen habe, hätten ihr von den Leiden erzählt, die sie in den Jahren der Unterdrückung durch die portugiesische Kolonialherrschaft ertragen mußten. Sie hätten sich nicht über die Regierung Indonesiens beschwert und keine Kritik an ihr geübt" („Antara", 25.4.77 lt. „Monitordienst", 27.4.77).

Nun ja, diese Sorte von Menschen hat bekanntlich auch jahrelang vertreten, daß das vietnamesische Volk die Anwesenheit der Amerikaner wünscht - bis dieses Volk ihnen einen Tritt in den Hintern gegeben hat. In Timor wird's mit Sicherheit ähnlich laufen!

Asienkommission

Okinawa bleibt ein Hauptstützpunkt des US-Imperialismus

Japan: Die Insel Okinawa an der südlichsten Spitze Japans bleibt weiterhin einer der wichtigsten strategischen Militärstützpunkte der USA im südostasiatischen Raum. Die Fortsetzung der imperialistischen Politik im asiatischen Raum konnte realisiert werden, nachdem am 18.5.77 ein entsprechendes Gesetz über die militärische Nutzung von Grundbesitz im japanischen Oberhaus passiert war.

Nachdem am 15.5.1972 Okinawa von der US-Besatzungsmacht offiziell an die japanische Regierung zurückgegeben worden war, hatte sich an dem Charakter von Okinawa als militärische Bastion nichts geändert. Durch das Gesetz über die vorübergehende militärische Benutzung von Grundbesitz in Okinawa wurde trotz starker Proteste der Bevölkerung sowie einer Großzahl von Grundeigentümern den US- und japanischen Streitkräften die Möglichkeit geschaffen, für eine auf fünf Jahre begrenzte Zeit ihr Kriegsspiel weiterzutreiben.

Dieses Gesetz ermächtigte die japanische Regierung, Grundstücke zu enteignen und zu militärischen Zwekken zur Verfügung zu stellen. Nun ist am 18.5.77 ein neues Gesetz im Oberhaus verabschiedet worden, das den militärischen Raubzug für weitere fünf Jahre sichern soll. Das Gesetz wurde von der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), den Neuliberalen (NLC) und der „oppositionellen" Sozialdemokratischen Partei (DSP) eingebracht. Die sich als Aufrüstungsgegner rühmenden Oppositionsparteien Komeito, Sozialisten (JSP) und Revisionisten (JCP) hatten sich zunächst lautstark dagegen geäußert. Sie brachten einen Gegenentwurf ein, der jedoch nur auf eine Festlegung von nicht-militärischen Gebieten abzielte („Asahi Evening News", 13.5.77). Aber schließlich wurde auch dieser Gegenentwurf fallen gelassen und die „Oppositions"-Parteien - außer der DSP natürlich - enthielten sich der Stimme.

Aus Okinawa und Tokio sind zahlreiche antiimperialistische Demonstrationen gemeldet worden, denen ein massives Bullenaufgebot gegenüberstand. Okinawa ist schon seit 32 Jahren vom US-Militär und später auch von den japanischen Streitkräften besetzt. Fast 12 % der Insel ist reines Militärgelände. Somit untersteht die dortige Bevölkerung praktisch einem Militärregime.

Asienkommission

US-Imperialisten weigern sich, ihre Zusagen an Vietnam einzuhalten

In den letzten Wochen haben Vertreter der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) Verhandlungen mit den ehemaligen Aggressoren in Vietnam, Frankreich und den USA geführt, um die Beziehungen mit diesen Staaten zu normalisieren.

Zwischen der SRV und Frankreich wurde eine ständige gemeinsame Kommission *"zur Förderung der wirtschaftlichen, politischen, technologischen und kulturellen Beziehungen"* gebildet ("Süddeutsche Zeitung", 29.4.77).

Ein Kredit in Höhe von 650 Mio. Francs (325 Mio.DM), mit dem *"französische Stahlwerke, Automobilfabriken und ein Zementwerk errichtet und Erdölbohrungen finanziert werden"* sollen, wurde vereinbart ("Welt", 26.4.77).

Bei den Verhandlungen mit den US- Vertretern gab es große Schwierigkeiten. So bestanden diese bisher darauf, daß normale Beziehungen mit Vietnam erst dann aufgenommen werden könnten, wenn das Schicksal der im Krieg vermißten US - Soldaten geklärt sei.

Dagegen waren sie nicht bereit, die Zusage des Ex - Präsidenten Nixon über 3,25 Mrd. Dollar Wiederaufbauhilfe als verbindlich anzuerkennen! *"Das ist im Grundsatz eine Forderung nach Reparationen, und die werden wir nicht zahlen."* (US - Außenminister Vance laut "Frankfurter Rundschau", 6.5.77).

Nachdem die US - Imperialisten bei ihrenVetos in den UN gegen eine Aufnahme Vietnams in die Weltorganisation total isoliert waren,wollen sie jetzt offenbar den Anschein erwecken, als hätten sie ihre Politik geändert. So haben sie jetzt ihr Veto zurückgezogen ("Frankfurter Neue Presse", 5.5.77). Gleichzeitig hat allerdings das Repräsentantenhaus *"beschlossen, Verhandlungen über die Gewährung von Hilfe an Vietnam zu untersagen"* (FR, 5.5.77)!



Solidarität mit dem Göttinger AStA

Von folgenden ASten und Fachschaften wurde bisher der Buback-Artikel nachgedruckt:

- AStA Uni Bochum (Fachschaftsliste) laut VV-Beschluß
- AStA Gesamthochschule Kassel
- AStA Uni Heidelberg
- AStA Uni Frankfurt
- AStA Fachhochschule Darmstadt laut VV-Beschluß
- AStA HfSS Bremen
- AStA Hochschule für bildende Künste, Hamburg
- AStA PH Hildesheim laut VV-Beschluß
- AStA FHS Reutlingen
- AStA Uni Tübingen
- AStA Uni Aachen
- AStA TU Hannover
- AStA PH Göttingen
- Fachschaft Informatik, Dortmund
- Fachschaft Maschinenbau, TU Braunschweig.

Ihre Solidarität haben erklärt:
— AStA und VV der PH Lippe/-Westfalen, AStA und Studentenparlament Uni Kaiserslautern, die Basisgruppenfraktion im VDS, die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke in Hannover, Deutsche Journalisten-Union, Landesbezirk Niedersachsen, Studentenschaft der Kirchlichen Hochschule Wuppertal, Theologen-Kongreß ,,Freiheit durch Widerstand''. Der Präsident der HfbK in Hamburg solidarisierte sich auf einer Pressekonferenz mit ,,seinem'' AStA, als dieser wegen des Buback-Nachdrucks unter Beschuß geraten war.

Die SPD Göttingen, Stadtbezirk Süd, meinte in einem Flugblatt (28.5.), der AStA hätte den Artikel nicht abdrucken dürfen, kritisiert aber den Polizeieinsatz und schrieb: *,,Wir haben Angst, daß diese Mittel morgen gegen jeden eingesetzt werden, der die Ungerechtigkeiten dieser Gesellschaft kritisiert''.*

Nachgedruckt wurde der Buback-Artikel auch von einer Reihe von Alternativzeitungen, z. B. ,,info-bug'' und ,,radikal'' in Westberlin, ,,Pflasterstrand'' und ,,Informationsdienst'' in Frankfurt.

VV-Beschlüsse, den Artikel nachzudrucken, haben bisher nicht beachtet: der AStA der Uni Münster (MSB/SHB/Jusos), AStA der Uni Bremen (MSB/SHB), AStA PH Hannover (Jusos und ,,Gewerkschaftlich Orientierte'').

In Bremen sorgten Unbekannte durch die Verbreitung eines ,,AStA-Info'' für die Einhaltung des VV-Beschlusses — in Münster tat dies ein ,,Komitee zur Durchsetzung der Uni-VV-Beschlüsse''. Rektor und AStA haben in Münster sogar Strafanzeige gegen ,,Unbekannt'' gestellt.

Repressionsmaßnahmen

Außer den Maßnahmen gegen den Göttinger AStA gibt es noch eine Reihe von weiteren Repressionsmaßnahmen gegen verschiedene ASten.

Bundesjustizminister Vogel (SPD) stellte Strafanzeigen gegen die ASten in Göttingen, **Heidelberg, Kassel** und Braunschweig wegen ,,Verunglimpfung'' Buback's. Er hat weitere Strafanzeigen angekündigt. Den ASten wurde ,,Amtsenthebung'' angedroht.

In Bochum stellten Wissenschaftsminister Rau (SPD) und CDU-,,Experte'' Brüggemann Anzeigen gegen den AStA.

Der hessische Landtag beschloß am 12.5. einstimmig, gegen alle Veröffentlichungen des Artikels *,,rechtsaufsichtliche Maßnahmen und gegebenenfalls auch rechtliche Schritte''* einzuleiten (,,Darmstädter Echo'', 17.5.).

An der Hochschule für bildende Künste in Hamburg informierte die Kripo den AStA telefonisch, daß das AStA-Info **beschlagnahmt sei.**

Schließt euch fest zusammen!

Mit der Kampagne um den ,,Nachruf auf Buback'', die von der Reaktion initiiert und von der gesamten bürgerlichen Presse geschürt wurde, haben die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer kalkuliert, einen besonders wunden Punkt der demokratischen und linken Bewegung zu treffen. Wohl wissend, wie wirksam der ,,Terrorismus-'' bzw. ,,Sympathisanten''-Vorwurf die Linke in früheren Baader-Meinhof-Kampagnen getroffen hatte, wurde der Versuch unternommen, die anschwellenden Studentenkämpfe und insbesondere die studentischen Vertretungsorgane zu isolieren und zu kriminalisieren.

Längst geht es ihnen dabei aber nicht mehr um den Aufruf allein, sondern um die Meinungsfreiheit, um das politische Mandat, letztlich um die politische Diskussion an den Hochschulen überhaupt. Dies wird deutlich in den Anklagen gegenüber dem AStA, wo ihm neben der ,,Verunglimpfung'' Bubacks gleichzeitig die ,,Veruntreuung von studentischen Geldern'' vor-
politische Diskussion an den Hochschulen überhaupt. Dies wird deutlich in den Anklagen gegenüber dem AStA, wo ihm neben der ,,Verunglimpfung'' Bubacks gleichzeitig die ,,Veruntreuung von studentischen Geldern'' vor-
geworfen wird, weil er Busse für die Demonstrationen gegen den Bau von Atomkraftwerken organisiert hatte. Gleichzeitig muß diese Kampagne vor dem Hintergrund betrachtet werden, daß der Widerstand gegen die staatliche Repression sich in den vergangenen Semestern enorm verbreitert und politisch radikalisiert hat. Diese Entwicklung versucht die Bourgeoisie gerade durch diese Kampagne zu stoppen, indem sie versucht, die Grenzen der Diskussionsmöglichkeiten klar abzustecken: wo über Gewalt diskutiert wird — und sei es selbst in der Form der Distanzierung vom individuellen Terror — soll auf jeden Fall die absolute Grenze liegen.

Die Reaktion hat diese Frage zu einer Machtprobe hochstilisiert, wieweit Meinungsfreiheit an den Universitäten gehen darf. Durch die breite Solidarisierungswelle anderer ASten, aber auch demokratischer Kräfte ausserhalb der Hochschulen, ist dieser Konflikt auch ganz konkret längst nicht mehr auf Göttingen beschränkt. Hier geht es darum, ob dem Staatsapparat bundesweit eine weitgehende Entrechtung der Studentenvertretungen gelingt, oder ob dieser Angriff durch die Solidarität der Studentenbewegung zurückgeschlagen werden kann.

Von dieser Frage ausgehend muß auch das Verhalten der verschiedenen politischen Strömungen gegenüber den angegriffenen ASten beurteilt werden. Hierbei hat sich eine für die weitere Entwicklung der Studentenbewegung äußerst wichtige Diskussion über die Notwendigkeit der Solidarität mit politisch Verfolgten und Angegriffenen entwickelt, selbst wenn diese nicht mit der eigenen politischen Auffassung übereinstimmen.

Als erste umfassendere politische Strömung äußerte sich die Basisgruppenfraktion in den VDS. Sie sehen in dem Vorgehen gegen den Göttinger AStA *,,den Versuch, unter dem Deckmantel der ,Terroristenjagd' einen AStA, der das politische Mandat aktiv wahrnimmt, zu kriminalisieren''.* Die BG-Fraktion *,,wendet sich entschieden gegen jede Form der Zensur oder der freiwilligen Selbstzensur von Publikationen der verfaßten Studentenschaft''.* Zahlreiche ASten der BG--Fraktion haben den ,,Nachruf'' veröffentlicht, um dadurch praktisch ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, die Meinungsfreiheit zu verteidigen. Zum Teil haben sie dabei mit unterschiedlichen Kommentaren zum Inhalt des Artikels Stellung genommen. Gerade, weil diese ASten in dieser Situation damit rechnen mußten, selbst ins Feuer der ,,Terroristen''kampagne zu geraten, ist diese Art der praktischen Solidarität besonders hervorzuheben.

Unterschiedlich reagierten die Juso-Hochschulgruppen. Während z. B. der AStA Gießen eine Solidarisierung rundheraus mit der Begründung abgelehnt hatte, dieser ,,Nachruf'' sei eine absichtliche Provokation und der Göttinger AStA sei der ,,Totengräber der Studentenbewegung'', veröffentlichte der Juso-AStA der TU in Hannover den ,,Nachruf'' mit folgender Begrün-
dung: ,,weil wir der Meinung sind, daß absichtliche Provokation und der Göttinger AStA sei der ,,Totengräber der Studentenbewegung'', veröffentlichte der Juso-AStA der TU in Hannover den ,,Nachruf'' mit folgender Begrün-
dung: *,,weil wir der Meinung sind, daß dieser Artikel in allen Zeitungen grundsätzlich falsch wiedergegeben wurde; ... weil die verfaßte Studentenschaft und damit auch die Meinungsfreiheit durch die Kampagne gegen diesen Artikel in Wirklichkeit zur Zielscheibe gemacht wird; weil wir also möglichst alle Studenten informieren wollen''.* Sie warnen davor, *,,das Attentat ... dazu zu benutzen, weiter politische Rechte einzuschränken''.* Der Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppe ließ auf der Demonstration am 28.5. in Göttingen eine Erklärung verlesen, in der er zwar den Abdruck des ,,Nachrufs'' als ,,schädlich'' kritisierte, sich aber eindeutig hinter den AStA gegen die Angriffe der Reaktion stellte. Dies ist gerade angesichts des enormen Drucks, dem die Jusos heute eh schon ausgesetzt sind, eine bemerkenswerte Haltung, da sie (leider) nicht zur Selbstverständlichkeit gehört. Auf der anderen Seite beteiligt sich der MSB Spartakus in einer nur als schweinisch zu bezeichnenden Weise von ,,links'' an der Kampagne gegen den AStA Göttingen. Dabei gelingt es ihm teilweise noch, Juso-Gruppen, die mit ihm zusammenarbeiten, auf seinen üblen Kurs zu bringen.

Gab es anfangs auch in diesem Lager noch schwankende Meinungen — so distanzierte sich der vom MSB getragene AStA der GHS Essen zwar in scharfer Weise von dem Artikel, solidarisierte sich aber immerhin noch mit dem AStA — wurden dann durch eine Erklärung des Bundesvorstandes der MSB die Weichen für die Diffamierung des Göttinger AStA gestellt. Kein einziger AStA, in dem der MSB vertreten ist, hat sich nachher noch mit den Angegriffenen solidarisiert und dies angesichts der offenkundigen Tatsache, daß es der vereinigten Reaktion bei diesem Angriff weniger um die ,,Ehre'' Bubacks ging, als um den Angriff auf einen linken AStA, der sich morgen gegen j e d e n AStA, der das Politische Mandat wahrnimmt, sich an der Anti-AKW-Bewegung beteiligt, etc., wiederholen kann.

Nicht fehlen durfte dabei natürlich der Hinweis, daß *,,dieser Anlaß so großartig ins Konzept der Herrschenden paßte, daß er von ihnen selbst hätte inszeniert werden können''.* - (,,Bubackkampagne — ein typischer Fall von Provokation'', Hrsg. MSB-Bundesvorstand). Wird hier noch der Schein gewahrt, daß dieser ,,Nachruf'' von der Bourgeoisie h ä t t e selbst geschrieben sein können, wird im weiteren systematisch daraufhingearbeitet, daß der Verfasser ein direkter Provokateur der Bourgeoisie sei. Denn, so der MSB: *,,Eine politische Handlung, die in ihren Ergebnissen und Konsequenzen lediglich dem politischen Gegner nützt ... ist aber eine Provokation. Die Veröffentlichung ... durch den Göttinger AStA ist eben eine solche Provokation.''* Gutunterrichtete Kreise wissen übrigens zu berichten, daß sich der MSB über den Göttinger Polizeieinsatz ,,klammheimlich freut'', denn — ,,da hat es ja mal den Richtigen getroffen'' ...?! Überhaupt nicht mehr überlegt wird vom MSB, daß die Bourgeoisie die verschiedensten Anlässe benutzt, um
Göttinger Polizeieinsatz ,,klammheimlich freut'', denn — ,,da hat es ja mal den Richtigen getroffen'' ...?! Überhaupt nicht mehr überlegt wird vom MSB, daß die Bourgeoisie die verschiedensten Anlässe benutzt, um
die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen und das Politische Mandat zu verbieten.

Der MSB sollte sich in diesem Zusammenhang die Argumentation des RCDS zu ,,Herzen'' nehmen. Dieser bezeichnet z. B. die Wahrnehmung des Politischen Mandats als ,,Provokation'', durch die es der Bundesregierung, den Landesregierungen und den Univerwaltungen erst ermöglicht werde, die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen.

Beide Argumentationen zeigen insofern starke Verwandschaft, als immer diejenigen, die auf Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte, auf Wahrnehmung der Meinungsfreiheit — auch zu Themen, die sehr umstritten sind — beharren, als die ,,Provokateure'' erscheinen, nicht aber diejenigen, die systematisch auf die Errichtung eines Polizeistaates hinarbeiten.

Weit hinter viele Juso-Gruppen fällt der MSB dann zurück, wenn er jede Solidarität mit dem Göttinger AStA ablehnt, im Gegenteil sogar versucht, den AStA und die Studentenschaft auseinanderzudividieren. So schreibt er in der Erklärung des Bundesvorstandes: *,,Unsere Solidarität mit den Göttinger Studenten ... muß verbunden werden mit der Kritik an der defensiven, kurzatmigen und orientierungslosen Politik des AStA.''* Selbstverständlich ist jedem das Recht eingeräumt, die Politik dieses AStA zu kritisieren, dies würde der Solidarität keinen Abbruch tun, sondern eher nützlich sein für die Diskussion um das weitere Vorgehen. In diesem Falle allerdings ,,solidarisiert'' sich der MSB mit den Studenten g e g e n den AStA, was sich in der Praxis so niederschlägt, daß er keinerlei Aufklärungsarbeit über die Angriffe betreibt, sondern lediglich gegen den AStA pöbelt. Wir erinnern daran, daß wir — trotz unserer grundsätzlichen Kritik an der Politik der ,,gewerkschaftlichen Orientierung'' — niemals ein solches Vorgehen eingeschlagen haben, als die wesentlich vom MSB bestimmten ASten Marburg und Hamburg wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats angegriffen wurden. Zu einer so heruntergekommenen Haltung wären wir einfach nicht fähig.

Geradezu lächerlich wird es, wenn der MSB dem AStA Göttingen den Vorwurf macht, daß die Angriffe *,,ihn zu einer breiten Mobilisierung der Studenten zwangen''.* Der AStA ist als ,,normalerweise'' gegen eine breite Mobilisierung. Wer soll so einen Spinnkram eigentlich glauben? Der MSB will damit seine ,,These'' belegen, dieser AStA handle lediglich ,,defensiv'' und lasse sich die Themen von der Reaktion vorschreiben, während der MSB mit dem Kampf gegen die Landeshochschulgesetze (den er übrigens keineswegs gepachtet hat!) einen ,,offensiven'' Kampf führe. Sehr gut! Ob defensiv oder offensiv, hängt von unserem eigenen ,,politischen Geschick'' ab — das erreicht schon fast die genialen Höhen der KBW-Logik.

Wie hirnrissig müssen diese Leute schon sein, um tatsächlich zu glauben, sie könnten den Studenten erzählen,
Geschick'' ab — das erreicht schon fast die genialen Höhen der KBW-Logik.

Wie hirnrissig müssen diese Leute schon sein, um tatsächlich zu glauben, sie könnten den Studenten erzählen,
gegen das HRG werde o f f e n s i v gekämpft, also für die Erweiterung unserer Rechte, wo jeder einigermaßen politisch denkende Mensch weiß, daß wir es heute wesentlich mit einer Abwehr der Verschlechterungen unserer politischen und sozialen Lage zu tun haben. Aber wenn es gegen die ,,Chaoten'' geht, ist ihnen eben kein ,,Argument'' dumm genug.

Nicht nur hinter so manch einen Juso fällt der MSB mit dieser Haltung zurück, sondern auch hinter manch einen der von ihnen so umworbenen Bündnispartner. So verwahrte sich der Landesbezirk Niedersachsen der deutschen-journalisten-union (dju) in einer Erklärung vom 8.5.77 gegen die zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit. *,,Jüngstes Beispiel sind dafür die Auseinandersetzungen um den Aritkel ,buback __ ein Nachruf' in der Zeitung der Verfaßten Studentenschaft der Uni Göttingen. Wir protestieren dagegen, daß politische Argumentation durch Strafverfolgung ersetzt werden soll.''* Nachdem sie auf die Verfälschung dieses Artikels in der bürgerlichen Presse hingewiesen haben, schreiben sie weiter: *,,Wir, der dju-Landesbezirksvorstand und die Seminarteilnehmer, halten es deshalb für notwendig, den Artikel der ,göttinger nachrichten' zu dokumentieren.''* Daran sollte sich der MSB mal ,,gewerkschaftlich orientieren''.

Die Angriffe auf den Göttinger ASta und damit verbunden auf das Politische Mandat und die Meinungsfreiheit haben die Notwendigkeit der Solidarität der Linken schärfer hervortreten lassen, als je an einer Frage in den letzten Semestern.

Daß zur Zurückschlagung dieser Angriffe ein einheitlicher Widerstand der gesamten demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung notwendig ist, wird gerade daran deutlich, daß heute praktisch jeder AStA einer solchen Kampagne zum Opfer fallen kann. Kann dieser Angriff abgewehrt werden, würde damit ebenso die gesamte demokratische Bewegung einen erheblichen Erfolg erringen.

Beileid für ,,Terroristen'' verboten

Beileid für ,,Terroristen'' verboten

Tübingen: Wieweit die Terroristenhetze gegenwärtig schon getrieben wird, mußten jetzt 28 Tübinger Theologiestudenten am eigenen Leibe erfahren. Sie hatten dem mutmaßlichen Bubackattentäter, Günter Sonnenberg, einen Brief geschrieben, in dem sie ihm baldige Genesung wünschten. Sie wünschten ihm und sich, *,,daß wir in nicht allzuferner Zukunft in einer Gesellschaft leben, in der Entfremdung aufgehoben, Haß und Gewalt überflüssig, Solidarität und Zärtlichkeit die menschlichen Umgangsformen sein werden.''* Keinen Hehl machten sie jedoch daraus, daß sie einerseits mit Günter Sonnenberg auf einer Seite *,,in der politischen Auseinandersetzung''* stehen, andererseits aber seine politischen Taten grundsätzlich ablehnen.

Sofort nach Veröffentlichung dieses Briefes setzte eine massive Pressekampagne ein, die die Studenten wiederum an die Seite des ,,Terrorismus'' zu drängen versuchte. *,,Eine Niedertracht''* nannte es die ,,FAZ'', *,,Empörende Sympathieerklärung''* das ,,Flensburger Tageblatt'', *,,die Kirchenleitung werde sich über eine spätere Anstellung der Sonnenberg-Sympathisanten noch sehr gründlich und rechtzeitig Gedanken machen''* (,,FR'', 21.5).

Ein Brief der gleichen Studenten an den verletzten Polizisten wurde allgemein als ,,Zynismus'' abgetan - denn offensichtlich soll es in diesem Lande nicht einmal mehr erlaubt sein, mit einem schwerverletzten Menschen Solidarität zu üben, selbst wenn man anderer politischer Auffassung ist, aber dennoch der Meinung ist, dieser Mensch habe für eine bessere Gesellschaft gekämpft. Unter diesem Druck distanzierten sich die Studenten teilweise von der Form des Briefes, *,,da Art und Weise des Briefes ... als Zynismus ausgelegt werden''* könnten. (,,SZ'', 26.5). Weiterhin stehen sie allerdings *,,zu den Zielsetzungen der Aktion''.*

Getrauert werden darf in diesem Staat offensichtlich nur noch für die Opfer, die die herrschende Klasse bringen muß - für die Opfer der Staatsgewalt bleibt nur der Haß!

VDS-Mitgliederversammlung geplatzt

Mit einem Eklat endete die geplante Fortsetzung der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS in Dortmund: ehe so richtig begonnen wurde, war der ganze Spuk schon wieder vorbei.

Als am Mittag des 27.5. die Nachricht von dem Polizeiüberfall auf den Göttinger AStA bekannt wurde, beantragte dieser auf der am gleichen Tag stattfindenden Zentralratssitzung (der Zentralrat ist das höchste beschlußfassende Organ zwischen den MV's), eine sofortige Diskussion über die Göttinger Vorfälle sowie die Verlegung der VDS-MV nach Göttingen. Dieser Antrag wurde gestellt, um auf einen solchen — seit der Studentenrevolte nicht mehr dagewesenen — Polizeiüberfall auf einen AStA sofort zu antworten und eine Einheitliche solidarische Reaktion der VDS für jedermann sichtbar zu demonstrieren.

Von den Göttinger Vertretern wurde mehrfach betont, daß sie weder „Sprengung" noch „Umfunktionierung" der VDS-MV in ein „Buback- oder Göttingen-Tribunal" anstrebten und eine ordnungsgemäße Durchführung der MV in Göttingen (auch technisch) garantieren könnten. Dennoch ist der Versuch, die VDS-MV nach Göttingen zu verlegen, gescheitert. Einhellige Unterstützung fand der Vorschlag nur bei den Basisgruppen, die sich dann auch mit einer starken Delegation an der Demo in Göttingen beteiligten.

Nach insgesamt faßt achtstündiger (!) Verhandlungspause kamen die Fraktionen von MSB/SHB, Jusos und LHV zu dem Ergebnis, den Antrag abzulehnen. Bei der Vorstellung, in Göttingen an der Spitze einer Solidaritätsdemonstration marschieren zu müssen, wurde den Vertretern von MSB und SHB mulmig, hieße es doch in ihren Augen, sich vor den Karren eines linksradikalen AStAs spannen zu lassen. Mit Anwürfen, die sich von der Hetzkampagne der bürgerlichen Presse gegen den Göttinger „Terroristen-AStA" kaum unterscheiden, „begründete" MSB-Chef Uwe Knickrehm, warum der MSB dem Göttinger AStA die Solidarität verweigert. Man müsse jeden Schritt vermeiden, der in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken könnte, die VDS hätten irgendwas mit dem Göttinger AStA zu tun. Deswegen sei eine Verlegung der MV ein politisch schädlicher Schritt. Die Unterstützung der Göttinger Studenten — wohlgemerkt nicht des Göttinger AStA — bestehe für den MSB darin, Aktionen gegen HRG und LHGs im Wintersemester (!) zu beschließen!

Auch wenn sich die Jusos nicht durchringen konnten, einer Verlegung zuzustimmen (zuviel Chaos, es gäbe auch andere Möglichkeiten der Solidarität), unterschieden sie sich doch wohltuend von der Hetze der Revisionisten. Sie erklärten, daß man sich bei aller Kritik an der ihrer Meinung nach sektiererischen Politik des Göttinger AStA nicht davon abbringen lassen dürfe, diese und alle anderen angegriffenen ASten zu verteidigen und einen gemeinsamen Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte zu führen.

Aufschlußreich war auch die Stellungnahme der KBW-Vertreter, die sich ebenfalls gegen eine Verlegung aussprachen. Grund? Erraten: die VDS-MV müsse mit der ganzen Autorität der westdeutschen Studentenbewegung Beschlüsse fassen über eine Urabstimmung zu Streikaktionen in diesem Semester für 100 DM mehr BaföG und für das „Koalitionsrecht". Für diese Politik hätte der Göttinger AStA sich bisher nicht erwärmen können, also ...

Nach diesen wenig erfreulichen Erklärungen verließen die Basisgruppen unter Protest die Zentralratssitzung, nicht ohne anzukündigen, am späten Nachmittag des 28., d. h. nach der Demo in Göttingen zurückzukommen, um die VDS-MV fortzuführen. Die Stimmen der BG-ASten waren an wenige zurückgebliebene Vertreter delegiert worden. Die MV kam daraufhin jedoch nicht mehr zustande.

Obwohl von den Basisgruppen eindeutig die Bereitschaft bekundet worden war, am Sonntag die MV fortzuführen, wird man sich schon jetzt auf eine weitere Lügenkampagne der Revisionisten vorbereiten müssen, die den BGs, den „Chaoten" und Maoisten die Schuld für das Platzen in die Schuhe zu schieben versuchen wird. Wer jedoch die wirklichen Saboteure des Kampfes gegen politische Unterdrückung sind, hat sich auf dieser angefangenen Sitzung allzu deutlich gezeigt. Wir sind der Meinung, daß dieses Verhalten des MSB nicht ohne Konsequenzen in den VDS bleiben darf. Deshalb sollte man sich darum bemühen, möglichst bald zu einer weiteren MV zu kommen.

KBW

Und sie spinnen doch!

Einen der bemerkenswertesten Beiträge zu den Göttinger Aktionen lieferte einmal mehr der KBW. Hatte er bisher keinerlei politische Alternativen zur Verteidigung des Politischen Mandats anzubieten, die tatsächlich Aussicht auf Erfolg haben würden, verstieg er sich in wüsteste Anpöbeleien gegenüber dem KB und der Diffamierung und Denunziation einzelner Genossen.

Die kurzzeitige Besetzung der Schienen im Göttinger Bahnhof, die das Ziel hatte, eine Öffentlichkeit herzustellen und der Forderung nach Freigabe der AStA Räume Nachdruck zu verleihen, „kritisierte" (man kann diesen Begriff im Zusammenhang mit dem KBW kaum noch gebrauchen, denn zu jeder Kritik gehört ein Mindestmaß an Menschenverstand) er in seiner originellen Art so: *„Was ist die Logik dieser Predigt? Es ist der Versuch, einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiß zu finden: Wir gehen von den Schienen, ihr aus dem AStA, wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei und dem Staat."* („KVZ"-Bezirksbeilage Südniedersachsen, 28.5.77). So gesehen muß der KBW auf j e d e Kampfaktion verzichten, mit der eine konkrete Forderung verbunden ist; oder ist es etwa kein Kompromiß, wenn Arbeiter für einen höheren Lohn in den Streik tretend dabei erklären: Streik solange, bis die Forderung erfüllt ist? Nach KBW-Logik sieht das allerdings so aus, daß ein *„für beide Seiten annehmbarer Kompromiß"* gefunden wird: die Kapitalisten zahlen mehr Lohn, die Arbeiter geben den Streik auf. Die einzige Alternative bei dieser Argumentation wäre gewesen, was der KBW allerdings nicht offen zu schreiben wagt, aber auf einem Teach-in nach der Demonstration mündlich vorschlug, die Polizei auf dem Campus direkt anzugreifen — also knapp 2.000 Studenten gegen mehr als 100 Bullen (und einigen Hundertschaften im Hintergrund), die auf diese Auseinandersetzung nur warteten. Der KBW überschreibt dieses Kapitel mit der Überschrift: *„Der Opportunismus führt zu blutigen Niederlagen"* — ob er dabei wohl an diese „Alternative" gedacht hat?

Eine „Alternative" hat der KBW dennoch aufzuweisen: die Studenten müssen das *„Koalitionsrecht erkämpfen"* um nicht weiterhin *„Opferlamm des staatlichen Ausbildungsherren"* zu sein. Wie jedoch diese Spezialforderung bei der Verteidigung des Politischen Mandats behilflich sein soll — wer weiß's? In dieser Lage hilft nur noch eins — die Diffamierung und Denunzierung einzelner Genossen des KB — seit Brokdorf eine bewährte Methode des KBW.

Ein namentlich genannter Genosse wird vom KBW bezichtigt, zu der Bahnhofsbesetzung aufgerufen zu haben. Das ist dieselbe Art der Denunziation, wie sie schon nach der verbotenen Demonstration Brokdorf III praktiziert wurde, als drei Genossen namentlich als Leiter dieser Demonstration vom KBW genannt wurden. Einem namentlich genannten Genossen wird die irre Absicht unterstellt, über *„ein Auskommen mit der Bourgeoisie"* in den Bundestag zu kommen. Diesen Vorwurf sollte man insbesondere vor dem Hintergrund betrachten, daß der KBW sowohl bei den Landtags- als auch bei den Bundestagswahlen die DKP in punkto Wahlrummel fast noch schlägt.

Über einen weiteren Genossen (der ebenfalls namentlich genannt wird) verbreiten die KBW-schmierer in übelster Latrinenmanier: *„Dieser Breitarsch hat sich eingeheiratet — er labt sich an den Pfründen seines Schwiegervaters ..."*

Es war schon immer das Mittel der Reaktion und vor allem der Faschisten, anstelle von politischen Argumenten die persönliche Verunglimpfung zu setzen — bezeichnend ist, daß der KBW immer stärker zu diesem Stil der Auseinandersetzung übergeht.

So kann man sich denn auch kaum noch wundern, am Ende dieses Pamphlets die Schlußfolgerung zu lesen: *„man muß mit ihnen verfahren wie mit den Professoren: sie unterdrücken ..."*. Nach dem Aufhängen jetzt die Drohung mit der Unterdrükkung, wer so redet gegenüber der linken Bewegung, hat mit ihr wohl nichts mehr zu tun!

KBW fordert »Streikrecht für Studenten«

Der VDS hat den ASten der westdeutschen Unis vorgeschlagen, im Wintersemester „einen bundesweiten Streik gegen die Verschlechterung im Bildungsbereich vorzubereiten". Die Rede ist von einem 14tägigen

ren und anderen Unterdrückungsmaßnahmen geführt werden, n u r so kann der Kampf gegen die politische Entrechtung zusammengefügt werden. N u r so ist es endlich möglich, die Bezahlung des Studiums

sen, wenn die Bourgeoisie gezwungen wird, den Studenten das Streikrecht zuzubilligen" („KVZ", s.o.). Wird die Bourgeoisie etwa den Studenten das Recht „zubilligen", Streikposten aufzustellen, Vorle-

ben wagt, aber auf einem Teach-in nach der Demonstration mündlich vorschlug, die Polizei auf dem Campus direkt anzugreifen — also knapp 2.000 Studenten gegen mehr als 100 Bullen (und einigen Hundertschaften im Hintergrund), die auf diese Auseinandersetzung nur warteten. Der KBW überschreibt dieses Kapitel mit der Überschrift: „Der Opportunismus führt zu blutigen Niederlagen" — ob er dabei wohl an diese „Alternative" gedacht hat?

ist, daß der KBW immer stärker zu diesem Stil der Auseinandersetzung übergeht.

So kann man sich denn auch kaum noch wundern, am Ende dieses Pamphlets die Schlußfolgerung zu lesen: „man muß mit ihnen verfahren wie mit den Professoren: sie unterdrücken ...". Nach dem Aufhängen jetzt die Drohung mit der Unterdrükkung, wer so redet gegenüber der linken Bewegung, hat mit ihr wohl nichts mehr zu tun!

KBW fordert »Streikrecht für Studenten«

Der VDS hat den ASten der westdeutschen Unis vorgeschlagen, im Wintersemester „einen bundesweiten Streik gegen die Verschlechterung im Bildungsbereich vorzubereiten". Die Rede ist von einem 14tägigen Streik.

Der KBW ist d a g e g e n, weil er den Studenten einen 14tägigen Streik nicht zutraut: *„Wir halten das für Abenteurertum, klassisch vermengt mit der sicheren Absicht der Kapitulation. Wer glaubt denn noch, von der Staatsmacht würde ein vierzehntägiger Streik der Studenten hingenommen? Er wird nicht hingenommen, das beweisen die Erfahrungen im Kampf der Medizinerfachschaften. Entweder man stellt Streikposten; so wird die Staatsmacht die inzwischen üblich gewordene Kette von Ordnungsverfahren einleiten. Oder man stellt keine Streikposten und führt den Kampf auf Basis der ‚Freiwilligkeit' durch. Dann wird die Staatsmacht diese Spaltung von vornherein ausnutzen und denen keine Scheine geben, die streiken"* („KVZ", 23.5.77).

Ein Streik ist schwierig und wird von der Bourgeoisie nicht hingenommen, jammert der KBW ausgerechnet vor dem Hintergrund der Streik- und Kampf-Aktionen an vielen Unis während dieses Semesters. Den Studenten gibt der KBW deshalb folgenden Tip: *„Die Studentenbewegung muß das Koalitionsrecht erkämpfen. Sie braucht das Streikrecht. N u r so kann der Kampf gegen die Legion von Ordnungsverfahren und anderen Unterdrückungsmaßnahmen geführt werden, n u r so kann der Kampf gegen die politische Entrechtung zusammengefügt werden. N u r so ist es endlich möglich, die Bezahlung des Studiums durch den staatlichen Ausbildungsherren durchzusetzen"* („KVZ", s.o., Hervorhebungen im Original).

Die Studenten werden mit diesem heißen Tip wohl wenig anfangen können: Zwar erklärt der KBW ihnen, daß sie erstmal das Streik r e c h t brauchen, um wirkungsvoll kämpfen zu k ö n n e n. Aber wie sollen sich die Studenten denn unter den vom KBW ausgemalten kläglichen Bedingungen überhaupt das Streikrecht erkämpfen können? Die Schlußfolgerung ist, daß die Studenten das Streikrecht brauchen, um es sich erkämpfen zu können. Ein Humbug von wahrhaft Fochlerschem Format!



Was das Koalitionsrecht – also das Recht z.B. auf Bildung gewerkschaftlicher Vereinigungen – angeht, so haben es die Studenten bereits, brauchen es also nicht erst zu erkämpfen. Das Streik r e c h t andererseits gibt es in diesem Land auch für die Werktätigen nicht, außer sie n e h m e n es sich. Der offenbar dem KBW vorschwebende Gedanke eines verbrieften „Rechts", das die Bourgeoisie veranlassen könnte, einen Streik „hinzunehmen", ist der Einfall von Spießern und Einfaltspinseln. So auch, wenn der KBW behauptet, *„daß vier Fünftel der Ordnungsverfahren fallen müssen, wenn die Bourgeoisie gezwungen wird, den Studenten das Streikrecht zuzubilligen"* („KVZ", s.o.). Wird die Bourgeoisie etwa den Studenten das Recht „zubilligen", Streikposten aufzustellen, Vorlesungsabbruch durchzusetzen, Räume zu besetzen usw.? Niemals, ebensowenig wie den Arbeitern das Recht „zugebilligt" wird, Streikposten aufzustellen, im Betrieb zu agitieren usw.

Oder wird die Bourgeoisie darauf verzichten, die Studenten ökonomisch unter Druck zu setzen, zu spalten, mit der Nichtausstellung von Scheinen zu drohen usw.? Nein, ebensowenig wie die Bourgeoisie gegenüber den Werktätigen auf alle Formen von Druck und Schikanen verzichtet, um ihren Kampf zu brechen.

Das eben ist Klassenkampf. Das „Streikrecht", so wie es der KBW für die Studenten proklamiert, wäre ein Sonderrecht gegenüber den Werktätigen, die auch kein solches „Streikrecht" haben, und es steht dann doch die Frage, mit welchen Mitteln ausgerechnet die Studenten sich ein solches Recht erkämpfen sollen.

Der KBW appelliert mit seiner Forderung nach einem besonderen „Streikrecht für Studenten" an die breiten schwankenden Kräfte, die zwar kämpfen wollen, aber vor den Risiken des Kampfes doch zurückschrecken. Mit seiner Diffamierung von Streikaktionen als „Abenteuer" wird sich der KBW wahrscheinlich zukünftig bei diesen Kräften anzuschmieren versuchen. Es könnten sich dann auch durchaus Gemeinsamkeiten mit MSB/SHB und Jusos ergeben, denen es gewiß gelegen kommt, wenn der KBW die Studenten mit den Risiken eines Streiks zu schrecken versucht. Aber ohne diese „Risiken" werden die Studenten im Kampf k e i n e n S c h r i t t vorankommen!

AK 105 – Korrektur

Im Letzten ARBEITERKAMPF wurden im Artikel zum Medizinerstreik einige z.T. arg sinnentstellende Fehler gemacht:

- Es ist nicht richtig, daß der MSB in der Fachschaft Kiel sitzt und damit gleichzeitig das Sekretariat der Fachtagung Medizin führt. In beidem sitzt nämlich der KBW.
- Der Beschluß auf der Göttinger Mediziner-VV, daß sich der FSR wegen des um 50 Stimmen verfehlten Quorums in der Urabstimmung auf der Fachtagung g e g e n den Streik aussprechen solle, wurde nicht vom KBW eingebracht.

Medizinerstreik beendet

Am 23.5. stellte die Fachtagung Medizin der VDS (Vertreter der Medizin-Fachschaften) fest, daß der bundesweite Streik nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Faktisch konnte zu diesem Zeitpunkt von einem bundesweiten Streik keine Rede mehr sein.

Der Streik richtete sich gegen das sog. Praktische Jahr, das am Ende des Hochschulstudiums steht und gegenüber der früheren „Medizinalassistentenzeit" eine erhebliche Verschlechterung darstellt. Gefordert wurde ein Ausbildungs- und Tarifvertrag für diese Phase der Ausbildung sowie 700 DM Existenzlohn.

Am 2.5. waren die Medizinstudenten an 12 medizinischen Fakultäten in einen als unbefristet angekündigten Streik getreten. Bereits in der zweiten Streikwoche brach jedoch die Mehrheit davon den Streik wieder ab. Da ein zeitlich koordiniertes Vorgehen nicht erreicht werden konnte, kamen in den ersten drei Mai-Wochen weitere Hochschulen dazu, die den Streik jedoch zumeist nach einiger Zeit ebenfalls wieder abbrachen. Eine am 14.5. von der VDS-Fachtagung auf Betreiben des KBW beschlossene zweite, bundeseinheitliche Urabstimmung, um die Fortführung des Streiks zu erreichen, konnte an diesem Verlauf nichts ändern.

Bemerkenswert war die große - bisher noch nie erreichte - Beteiligung von Medizinstudenten an diesen Kampfmaßnahmen und die Solidarisierung, die unter Krankenhausangestellten, ÖTV-Gewerkschaftern u.a. erreicht werden konnte. Um Verwirrung zu stiften und dem Streik eine ständisch-reaktionäre Stoßrichtung zu geben, erklärten sogar solche Typen wie RCDS'ler und ärztliche Standesvertreter ihre „Unterstützung". Diesen Manövern wurde teilweise auf den Leim gegangen - wie in Hamburg, als der LHV auf einer Demonstration ein Transparent beanstandete, das sich gegen das Behandlungsmonopol der niedergelassenen Ärzte wandte. Offenbar befürchtete man eine „Verärgerung" der „Bündnispartner" (??) in der Ärztekammer - Leute, die in Wirklichkeit selber an der Ausarbeitung der neuen Approbationsordnung beteiligt waren und zu den größten Hetzern für eine Verschärfung des Leistungsdrucks im Studium zählen.

Falsch und illusionär war der vom KBW durchgesetzte Versuch, den Streik „unbefristet" - also bis zur Erfüllung der Forderungen - anzusetzen. Daß dies nicht möglich sein würde, war von vornherein klar. Der KBW, der mit aller Macht darauf aus war, seine skurrile Linie dem Streik aufzudrängen, gefährdete damit nur die erreichten Fortschritte. Diese bestehen, auch wenn die Forderungen zunächst nicht durchgesetzt werden konnten, allgemein in dem demonstrierten Kampfeswillen und in den Politisierungsansätzen, die in dieser Bewegung und der Solidarisierung in den Krankenhäusern liegen. Dies eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, den begonnenen Kampf fortzuführen und zu vertiefen.

Der KBW war an den Streik mit seiner berühmten Linie herangegangen: Die Forderungen sind jedermann einsichtig, also lassen sich die Studenten darunter „zusammenschließen", also sind sie auch „durchsetzbar", wenn nur lang genug gestreikt wird. Repression ist für den KBW ebenfalls kein Problem: Wir streiken, bis wir einen „Vertrag" haben, dann kann der Staatsapparat auch keine Ordnungsverfahren einleiten.

Ausdruck dieser Linie war die kindliche Naivität, mit der der KBW versuchte, mit einer zweiten bundesweiten Urabstimmung den „unbefristeten Streik" zu retten, als die Front tatsächlich schon am Auseinanderbröckeln war. Warnungen, eine jetzige erneute Urabstimmung würde dies nur bestätigen und daher demoralisierend wirken, schlug der KBW als „Opportunismus" in den Wind. Um das KBW-Spezialprojekt auf alle Fälle doch noch zu verwirklichen, stimmten auf der VDS-Fachtagung (14.5.) Vertreter, die dem KBW zumindest „nahestehen", entgegen dem ihnen erteilten Mandat für die Urabstimmung (das gilt für die Vertreter von Westberlin, Göttingen und Freiburg, wo sich Vollversammlungen bzw. Streikräte gegen die Urabstimmung ausgesprochen hatten). Dieses putschartige Vorgehen führte allerdings zur Bruchlandung des KBW. Die Urabstimmung wurde überhaupt nur an 7 von 18 Fakultäten durchgeführt. Keine (!) erreich-

Fortsetzung auf Seite 53

Fortsetzung von Seite 52

te das gesetzte Quorum (Mindeststimmenzahl) für die Weiterführung des Streiks, dreimal ergab sich sogar eine Mehrheit gegen den Streik, darunter auch die KBW-„Hochburg" Freiburg. In der „KVZ" vom 23.5. schreibt der KBW, ohne seine Initiative zu einer weiteren Urabstimmung wäre der Streik *„jetzt kaputt"* gewesen. Nun ist der Streik tatsächlich „kaputt" - in dem Sinn, daß er mit einer unnötigen und vom KBW zu verantwortenden Demonstration der Schwäche zuende gegangen ist. Der KBW schreibt im Vergleich zu seinem vorherigen Verbalradikalismus auch schon erheblich gedämpfter: *„Die Verlängerung des Steiks (?) hatte aber Wirkung. In verschiedenen Bundesländern fangen die Kultusminister bereits zu verhandeln an."* Dies sind dieselben „Erfolgsmeldungen", die auch die Revisionisten bei Streikabbruch stets herauszugeben pflegen.

Für den KBW selber hatte seine Putschpolitik auf der VDS-Fachtagung miserable Folgen:

In Westberlin wurde er wegen Vertrauensbruch von der VV aus dem Streikrat abgewählt.

In Göttingen (wo er noch im FSR mitarbeitet) wollte er „seine" Urabstimmung trotz gegenteiligem VV-Beschluß durchsetzen. Er sammelte ganze 15 Stimmen...

Schon auf der Fachkonferenz vom 14.5. hatte der KBW einige FSRe, die einen erneuten Beschluß ihrer VVen für die Durchfürhung dieser Urabstimmung für notwendig gehalten hatten, angepöbelt: „Wer sich an die VV-Mandate hält, der argumentiert ja wie im Bundestag"... „Es liegt nicht im Interesse der Studenten, wenn sich VVen dem Kampf in den Weg stellen, das ist eine Fetischisierung der VVen".

Der KBW hatte den Medizinerstreik für sich verbuchen wollen, um dann der VDS-Mitgliederversammlung seine „Linie" zu empfehlen. Nach seinen „strategischen" Vorstellungen hätten die VDS nämlich eine Urabstimmung und „unbefristeten Streik aller Studenten für die Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifverträg, Streik- und Koalitionsrecht usw. einleiten sollen. Der KBW wirft den „Opportunisten" (insbesondere auch den Basisgruppen im VDS) eine „Niederlagenstrategie" vor, weil sie sich diesem Vorgehen nicht anschließen. Mit der „Generalprobe" der KBW-Linie, die bei den Medizinern immerhin auf Ebene der VDS-Fachtagungen eine gewisse Rolle gespielt hatte, ist deutlich genug demonstriert worden, wer hier Niederlagen organisiert.

15.000 gegen Ordnungsrecht



Heidelberg: 15.000 demonstrierten am 18.5. gegen Ordnungsrecht und Hochschulgesetze.



Mehr noch als durch die Demo der Studenten wurde der Verkehr durch den Aufzug der Polizei gestört.

Mehr noch als durch die Demo der Studenten wurde der Verkehr durch den Aufzug der Polizei gestört.

Am 18.5.77 demonstrierten in Heidelberg 15.000 Studenten aus der ganzen BRD und Westberlin gegen die Relegation von 21 Kommilitonen und 60 weitere Ordnungsverfahren, die das Heidelberger Unirektorat verhängt hat, sowie allgemein gegen die politische Disziplinierung und die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung an den Hochschulen. Obwohl der gesamte VDS-Vorstand nach anfänglichen Zögern diese Aktion unterstützte, wurde die Mobilisierung fast ausschließlich durch die Basisgruppen-Fraktion im VDS getragen. Auf der abschließenden Kundgebung standen neben den konkreten Ordnungsrechtsmaßnahmen an der Heidelberger Uni die aktuellen Angriffe auf den Göttinger AStA wegen des „Nachrufs" auf Generalbundesanwalt Buback im Mittelpunkt.

Die Demonstration und die geplanten Diskussionsveranstaltungen des Heidelberger AStA wurden begleitet durch einen massiven Aufmarsch von Polizeikräften, vergleichbar mit dem Aufgebot gegen Protestaktionen der AKW-Gegner. Aus ganz Baden-Württemberg wurden mehrere tausend „Ordnungshüter" zusammengezogen, die nach Auskunft von Ministerpräsident Filbinger die Entschlossenheit der Landesregierung zum Ausdruck bringen sollten, *„die Universität und das Rektorat vor gewaltsamen Aktionen der Studenten zu schützen"* („SZ", 20. 5.).

Bereits am Mittwoch - einen Tag vor der Demonstration - war die Universität geschlossen worden. Für das Solidaritätsfest und das anschließende Anti-Repressionmeeting verfügte der Rektor Niederländer ein Raumverbot, um „Besetzungsaktionen" von seiten der Studenten zu verhindern. Darüberhinaus wurden auf der Autobahn anreisende Busse und PKWs angehalten und Personalien festgestellt. Deutlich wird an diesen Maßnahmen, daß der Staatsapparat keinen Aufwand scheut, *„geltendem Recht an der Hochschule Respekt zu verschaffen und Schluß zu machen mit jenem jungakademischen Klassenrecht, nach dem sich extremistische Studenten von Nötigung über Hausfriedensbruch bis zur persönlichen Bedrohung meinten, alles erlauben zu können"* (Rhein-Neckarzeitung, 18.5.77).

Kampf gegen politische Disziplinierung - „Privatsache" der Basisgruppen?

Die Mobilisierung für die zentrale Demonstration in Heidelberg geht auf einen Beschluß aller im VDS vertretenen politischen Organisationen zurück. Tatsache aber ist, daß die „gewerkschaftlich Orientierten" in der Vorbereitung der Aktion alles daran setzten, die Demonstration zu sabotieren, indem sie andere Aktionen an den von ihnen beherrschten Hochschulen zum gleichen Zeitpunkt ansetzten, um die Beteiligung an der Heidelberger Aktion möglichst gering zu halten.

Als Antwort auf diesen Boykott von MSB/SHB beschloß eine deutliche Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer in Heidelberg, auf den Redebeitrag des MSB/SHB-Vertreters im VDS-Vorstand zu „verzichten". Ausschlaggebend für diese Entscheidung war besonders die Verweigerung der Solidarität gegenüber dem Göttinger AStA durch MSB/SHB.

In der Auswertung der Heidelberger Aktion schließt A. Mölich daher auch scharfsinnig: *„Es wird deutlich, daß die Aktion, insbesondere die Kundgebung, mit einer VDS-Demonstration nicht die Bohne zu tun hatte(!!). Es war eine reine Privatkundgebung der Sponti-BG-Richtung. Sie war schädlich, weil sie neuen und verstärkten Nährstoff für die systematische Kampagne der Herrschenden in allen Medien geliefert hat, mit der die massiven Streikaktionen in den Bundesländern gegen LHG's und HRG durch ihre angebliche Nähe, ihr angebliches Sympathisieren mit der Terroristenszene diskredidiert und isoliert werden sollen. Sie hat uns keinen Schritt weiter-**gebracht in der notwendigen Solidarität der arbeitenden Bevölkerung für unsere Forderungen"* (Bericht, v.
gebracht in der notwendigen Solidarität der arbeitenden Bevölkerung für unsere Forderungen" (Bericht, v. 20.5.77).

Begründet wird dies mit dem Auftreten einer AStA-Vertreterin aus Göttingen auf der Kundgebung! Damit trägt der MSB sein Scherflein zur Kriminalisierung des Göttinger AStA bei.

Peinlich für MSB/SHB ist in diesem Zusammenhang, daß "die" arbeitende Bevölkerung, die stets für die Verweigerung von Solidarität durch die Revisionisten herhalten muß, sich keineswegs in die MSB-Schablonen pressen läßt: Im Auftrag ihrer Kollegen verfaßten Betriebsräte und Belegschaftsbevollmächtigte von 34 Betrieben aus Reutlingen einen Aufruf zur Unterstützung der landesweiten Demonstration und Kundgebung gegen den Abbau demokratischer Rechte in Heidelberg.

Am Rande sei noch erwähnt, daß der Juso-Vertreter im VDS-Vorstand tatkräftig (er beteiligte sich zusammen mit Basisgruppenvertretern daran, MSB-Mölich den Zugang zum Mikrophon zu versperren) die Basisgruppen unterstützte.

Kein Lehrstuhl für Bossle!

Würzburg: Kurz nach Beginn der Semesterferien wurde von Kultusminister Maier der erzreaktionäre CDU-Professor Bossle nach Würzburg auf einen Soziologenstuhl berufen. Dies geschah gegen das Votum des Unipräsidiums und des zuständigen Berufungsausschusses aufgrund eines Sondervotums der Professoren Arnold und Rombach. Dieses Recht wird einzelnen Lehrkörpermitgliedern im bayrischen Hochschulgesetz zugestanden.



Lothar Bossle, Pinochet-Anhänger und CDU-Mitglied

Bossle machte schon 1972 von sich reden, als er als Verantwortlicher der Wählerinitiative „Aktion der Mitte" auftrat (Vorläuferorganisation der Vierten Partei). Im März gründete er zusammen mit dem Schnapsfabrikanten Eckes (u.a. Finanzier der NPD) die „Konzentration demokratischer Kräfte". Besonders aber tat er sich als Befürworter des Militärputsches in Chile hervor: In einem Artikel des „Rheinischen Merkur" vom 16.5.75 hatte er den Putsch und das folgende Blutbad als *„intakten demokratischen Abwehrmechanismus"* bezeichnet. In seinem Buch „Allende und der Europäische Sozialismus" setzt er Allende mit Hitler gleich. Im Juli 1975 hielt er vor dem chilenischen Club Manquehue eine Rede, in der er das faschistische Regime Chiles als *„humaner als eine der mehr oder weniger kommunistischen Diktaturen"* bezeichnete, das die öffentliche Kritik ertragen müsse, weil es gewagt habe, den Triumpfmarsch, den der Sozialismus in der Welt führe, zu hemmen.

Gegen diese Berufung eines eindeutigen Faschisten bildete sich auf zu hemmen.

Gegen diese Berufung eines eindeutigen Faschisten bildete sich auf einer Vollversammlung der Pädagogen ein Kommitee, das unter der Losung *„Kein Lehrstuhl für Bossle in Würzburg und auch nicht anderswo"* den Kampf gegen Bossle aufnahm.

Als Bossle am 4. Mai seine Antrittsvorlesung halten wollte, waren etwa 600 Studenten anwesend, die ihn gar nicht erst zu Wort kommen ließen. Unverrichteter Dinge mußte er nach 45 Minuten aufgeben. Die darauffolgenden Übungen und Vorlesungen wurden jedesmal von ca. 200 Studenten besucht, sodaß sich Bossle schließlich mit ein paar Anhängern der Burschenschaften an einen unbekannten Ort verzog. Dies waren seit 1974 die ersten Aktionen, die in Würzburg von einer größeren Anzahl vonStudenten durchgeführt wurden. Angesichts der breiten Empörung verzichtete die Unileitung bisher auf einen Polizeieinsatz. Allerdings konnte der Unireaktor es sich nicht verkneifen, „angereiste" Radikale für die Aktion verantwortlich zu da diese Aktionen *„nicht dem Stil der Würzburger Studenten"* entsprechen würden. Als nächste Aktion ist ein „Bossle-Tribunal" am 6. Juni geplant.

KB-Sympathisanten Würzburg

Hallo Partner ...

Eine Delegation der kirchlichen „Kritischen Gemeinde IJmond" aus Beverwijk hielt sich am 30.4./1.5. in Neuwied, der Partnerstadt von Beverwijk auf. U.a. stand eine gemeinsame Diskussion von Niederländern und Westdeutschen über die Repression in der BRD auf dem Programm.

Alex Velthof, Mitglied der PvdA (niederländische Sozialdemokraten) und des „PvdA-Initiativkomitees gegen die Berufsverbote in der BRD" ging in einer Diskussion auf die Anfänge der neuen linken Bewegung in der BRD ein und insbesondere auf die staatliche Gewalt. So erinnerte er u.a. an die Erschießung Benno Ohnesorgs 1967, den Anschlag auf Rudi Dutschke und kam in diesem Zusammenhang auch auf das Buback-Attentat zu sprechen, das er *„verwerflich aber doch auch begreiflich (fand), weil Buback von seinem Schreibtisch aus Beschlüsse faßte, die Menschen gesellschaftlich und geistig zerstörten"*. Mit der Bezeichnung Bubacks als *„Schreibtischmörder"* (Velthof gebrauchte den Begriff auf deutsch) brachte er seine Kritik an Buback auf den Punkt.

Diskussionsleiter Kreiter, Akademischer Rat in Mainz und CDU-Mitglied, der vorher schon die Beiträge linker Diskussionsteilnehmer nach Kräften behindert hatte, schaltete daraufhin das Mikrofon ab und verließ den Saal.

Die Staatsanwaltschaft in Koblenz zieht in Erwägung, den niederländischen (!) Sozialdemokraten Alex Velthof wegen seiner Äußerung strafrechtlich zu verfolgen. (Nach „Volkskrant", 4.5.77).

„Modell Deutschland" in Aktion!

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann ...?

Darmstadt: Der Rektor der Fachhochschule forderte den AStA auf, sich von einem im AStA-Info veröffentlichten Lied mit dem Titel „Heit Nacht" zu distanzieren, da in diesem *„u.a. die Entführung des Bundesaußenministers Genscher, ein Banküberfall mit Geiselnahme von Franz Josef Strauß, Bombenwürfe auf Bundeskanzler Schmidt und Bundespräsident Scheel ... zumindest als wünschenswert dargestellt werden"* (Text des Liedes siehe Kasten). Der AStA schreibt in einem Antwortbrief, daß er keinerlei Grund für eine Distanzierung sehe, da es sich bei dem abgedruckten Lied *„zweifellos um ein Kunstwerk (handelt), das somit unter dem Schutz der Verfassung steht."* Bezeichnend für diesen Übergriff des Rektors ist weiterhin, daß das Lied schon in einer Fernsehsendung des Süddeutschen Rundfunks am 9.2.77 veröffentlicht wurde und auch als Schallplatte zu haben ist. Somit liegt auch in diesem Fall eindeutig der Versuch zugrunde, eine linke Publikation in einer Sache zu treffen, die den bürgerlichen Medien durchaus noch „erlaubt" ist. Das gleiche Verfahren wird gegenwärtig gegen den presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPFs angewandt, der für die Aussage, daß die Polizei in Brokdorf mit willkürlicher Brutalität vorgegangen sei, bestraft werden soll, während gleichlautende Aussagen in bürgerlichen Presseorganen („Stern", „Spiegel") bisher nicht angegriffen wurden.

P.S. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist mittlerweile auch gegen Georg Kreisler ein Strafverfahren anhängig. Das Lied „Gemma Tauben vergiften im Park" erfülle den Strafbestand der Aufforderung zu Gewalttaten....

Heit nacht, da hab ich Genscher entführt
des woit i scho lang, jetzt is as passiert
heit nacht, da hab i an Genscher entführt
mitm Knüppl und am Sackl, damit er si net rührt

Schee wats, wanns so war, des war goanet bleed
i dats scho gern duan, warum dua is bloß net

Heit Nacht, da hab is Finanzamt ogsteckt
des stinkt ma scho lang, i find doas muß weg
heit nacht, da hoab is Finanzamt ogsteckt
mitm Öl aus Kuweit und am Stroh aus Planneg

Heit Nacht, do hoab i a Bank übafoin
i hama denkt, wanns nix hast, dann muaßt da was hoin
heut nacht, da hoab i a Bank übafoin
mitm Strauß als Geisl, das hat dem gonet gu gfoin

Heit nacht, da hab i a Bombn gschissn
aufn Schmidt, aufn Scheel, auf die is eh gschissn

heit nacht, da hab i a Bombm gschissn
i sags a bloß eich, sonst dearfts neamads wissn

Heit Nacht, da hab i an Papst gelyncht
der stinkt ma scho lang, daß den no gibt, is a Sünd
heit nacht, da hab i an Papst gelyncht
des hot si mei Muaterl zu Weihnachten gwünscht

Heit Nacht, da hab i mein Moaster vertrimmt
der stinkt ma scho lang, i hab do gwußt, daß so kimmt
heit nacht, da hab i mein Moaster vertrimmt
i hab gheert, der is so stark, jetzt woaß i, daß's net stimmt.

SB: Wachsende Zuneigung zum »Eurokommunismus«

Der „ Mythos Italien feiert Urstände" – das meinen Detlev Claussen und Heinrich Grün in der Mai-Ausgabe (Nr. 88) der SB-Zeitung „links" angesichts der Aufmerksamkeit, die die italienische Jugendrevolte gegenwärtig findet. „Mythos" in zweierlei Hinsicht: Die einen, die „den Eurokommunismus imitieren" wollen, und die andern, die sich „an den gewaltsamen Rebellionen begeistern". Den Verfassern sind derlei „Mythen" natürlich fern – besonders der letztere, wie wir gleich hinzufügen wollen. Mit dem erstern verhält es sich nämlich etwas komplizierter. Zwar kann man den Anti-Mythologen vom SB schon in der Größenordnung nicht vorwerfen, sie würden den sogenannten Eurokommunismus „imitieren"; aber daß sie seinen gerade durch die italienischen Ereignisse r a m p o n i e r t e n „Mythos" wieder aufzupolieren versuchen, und daß das SB überhaupt eine offene Flanke zum „Eurokommunismus" hat, ist offensichtlich.

Die italienische Jugendrevolte ist besonders durch ihre Militanz, mit der sie gegen soziale Verelendung, gegen das Polizeiregime der Christdemokratie und gegen die „staatstreue" Politik der Revisionisten (PCI) kämpft, gekennzeichnet. Sie hat diese Militanz zu einem Zeitpunkt entwickelt, wo in der italienischen Arbeiterklasse relative Ruhe herrscht. Daß die politische Verantwortung dafür vor allem bei der PCI liegt, die ihre nicht unbeträchtliche Kraft gerade dazu einsetzt, den Arbeitern eine selbstmörderische Toleranz gegenüber der Krisenpolitik der Andreotti-Regierung abzuverlangen, um sich damit in die Regierung einzukaufen, kann einem gewissenhaften Beobachter der italienischen Entwicklung kaum entgehen. Wir haben das in der vorletzten Ausgabe des AK (Nr. 103) und in der jüngst erschienenen Sondernummer der „Solidarität" zu belegen versucht. Aber dazu braucht man nicht einmal Marxist zu sein, um die Verantwortlichen für die weitgehende Ruhe in der italienischen Arbeiterklasse trotz (!) der ungeheuer verschärften Krisensituation (Inflation von ca. 28%, Abbau der Lohngleitskala, 6,8% Arbeitslosigkeit, usw.) ausfindig zu machen. Ein gut Teil der bürgerlichen Presse, und zwar quer durch alle „Schattierungen" von liberal bis erzreaktionär, kennt diese Verantwortlichen ihrerseits und spendet ihnen dafür in zynischer Offenheit Lob: unverhohlen geben die Bourgeois-Ideologen zu, daß das christdemokratische Andreotti-Regime ohne die wohlwollende Haltung der Revisionisten längst aus dem Sattel gepurzelt (worden) wäre.

Wenn die PCI in dieser Situation
dem Sattel gepurzelt (worden) wäre.
Wenn die PCI in dieser Situation
die Jugendrevolte als eine „Provokation gegen die Arbeiterklasse" verleumdet und die revoltierenden Jugendlichen der „Spaltung" bezichtigt, dann stellt das die Tatsachen, von denen Marxisten ausgehen sollten, schlicht auf den Kopf.

Die Anti-Mythologen des SB, Claussen und Grün, übernehmen jedoch (wenn auch nicht gleich mit so „drastischen" Vokabeln, so doch im Prinzip) die demagogischen Argumentation der PCI, wenn sie schreiben, daß die italienische Arbeiterklasse einen *„schwierigen und mit Kompromissen verbundenen Verteidigungskampf"* gegen *„den Versuch der Rückeroberung innerbetrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Machtpositionen durch die herrschende Klasse"* führt, *„während nicht nur für die Studenten, sondern auch für die riesige Zahl vor allem jugendlicher Arbeitsloser die Wahrnehmung ihrer Interessen nur auf der Straße zu liegen scheint"*. Abgesehen davon, daß es der herrschenden Klasse nach unserer Auffassung heute durchaus um mehr als „nur" die „Rückeroberung" von (verlorengegangenen) Machtpositionen geht, wirft diese Gegenüberstellung ein bezeichnendes Licht darauf, welche Verdauungsschwierigkeiten die SB-Autoren mit Ansätzen von r e v o l u t i o n ä r e n Massenbewegungen haben. Wo anders, als „nur auf der Straße" (nämlich in Demonstrationen, militanten Aktionen usw.), wollen die Verfasser den Jugendlichen denn raten, ihre Interessen wahrzunehmen? Sie empören sich über die *„objektive Perspektivlosigkeit eines bloßen Konfrontationskurses, der gesellschaftliche Koalitionen schon für die Abkehr vom ‚revolutionären Weg' hält"* – und mit diesen „gesellschaftlichen Koalitionen", die sie den revoltierenden Jugendlichen empfehlen, ist augenscheinlich gemeint, daß die Jugendlichen „um der Vermeidung der Spaltung willen" auf ihre Militanz und auf ihre Gegnerschaft zum PCI-Kurs verzichten sollen und sich auf die „gesellschaftliche Koalition" mit DC und Polizei-Regime einlassen sollen.

Es liegt den Verfassern jedenfalls sehr am Herzen, die reaktionäre Haltung der PCI gegenüber der Jugenrevolte zu beschönigen: *„Nichts wäre falscher, als einzelne* (?!) *polemische Kommentare der PCI-Zeitung Unita über die neue Studentenrevolte oder das psychologisch und politisch ungeschickte* (?!) *Verhalten von Lama zu verwechseln mit der Politik der PCI insgesamt"*. Wir wollen hier nicht noch einmal die m a n n i g f a c h e n (und keineswegs „einzelnen"!) Zitate solcher PCI-Führer wie Pecchioli, Amendola, Bufalini, Napolitano, Zangheri, Lama, D'Alema usw. wiederholen; das können die Italien-„Spezialisten" Claussen und Grün u.a. auch in mehreren Ausgaben des AK und in der „Solidarität" nachlesen. Aber wenn ihnen das nicht genügt, weil sie das immer noch als Äußerungen „einzelner Personen" bagatellisieren würden, dann wollen wir der Vollständigkeit halber aus der Entschließung des ZK der PCI vom 16. März zitieren. Dort heißt es: *„Das ZK . . . bekräftigt erneut die von Genossen Paolo Bufalini betonte Notwendigkeit, daß sich alle demokratischen Kräfte, die republikanischen Institutionen und die Ordnungskräfte verpflichten, mit großer Überzeugung und Festigkeit die gefährlichen Aufruhrversuche, die unternommen werden, die Banden-Unternehmen zu vereiteln und die Sicherheit der Bürger und die freie Entfaltung des demokratischen Lebens zu garantieren"* (zit. nach Informationsbulletin, Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Nr. 5/1977).

Es ist nicht anzunehmen, daß die Anti-Mythologen des SB diese Tatsachen nicht selbst kennen würden. Sie halten sie vielmehr für „unerheblich", damit sie umso frohgemuter an i h r e m tatsächlichen „Mythos" weiterstricken können: *„Trotz aller höhnischen Parolen gegen den ‚Reformismus' der traditionellen Arbeiterbewegung* (d.h. der Arbeiterbewegung unter PCI-Führung! – Anm. AK) *ist sie allein in der Lage, wie sie in der Nachkriegsgeschichte wiederholt bewiesen hat, allen reaktionären Tendenzen, die Demokratie in einen autoritären Staat zu verwandeln und sie damit ihrer Substanz zu berauben, wirksam entgegenzutreten."*

Worin bestehen denn die „wiederholten Beweise der Nachkriegsgeschichte", daß „allein" (!!) die PCI „in der Lage (ist) . . . allen reaktionären Tendenzen . . . wirksam entgegenzutreten"? Vielleicht darin, daß die PCI-Führung zur Ruhe mahnte und die CGIL-Führung den bereits angekündigten Generalstreik schnell wieder abblies, als die italienischen Arbeiter nach dem faschistischen Attentat auf Togliatti Mitte 1948 in Norditalien die Fabriken besetzen, die Polizei entwaffneten und ihre versteckten Waffen des Partisanenkampfes wieder ausgruben? Vielleicht darin, daß die PCI sich im „heißen Herbst" 1969 von den Aktionen militanter Arbeitergruppen distanzierte und „beruhigend" auf sie einzuwirken versuchte?? Vielleicht darin, daß die PCI sich nach den faschistischen Bombenanschlägen vom 28.5. 1974 in Brescia (acht Tote, über 80 Verletzte) und vom 4.8.74 auf den „Italicus" (12 Tote, ca. 50 Verletzte) g e g e n die von einer breiten Massenbewegung erhobene Forderung nach einem Verbot des MSI stemmte, mit der idiotischen Ausflucht, daß man *„den Faschismus politisch bekämpfen"* müsse? Oder vielleicht darin, daß die PCI besonders unter Berlinguers Parteiführung mit wachsender Emsigkeit einer Vielzahl reaktionärer Gesetzesvorlagen der Christdemokratie zustimmt? Ekkehardt Krippendorff, der wahrscheinlich selbst dem SB angehört, ihm zumindest aber nahesteht und des öfteren für die „links" geschrieben hat, hat im „Kursbuch 46" die aufschlußreiche Zahl errechnet, daß die PCI von 1948 bis 1976 insgesamt 77,4% aller Gesetzesentwürfe von Regierung und DC zugestimmt und 41,1% davon selbst im Parlament mit verabschiedet hat! Wo liegt da das „wirkliche Entgegentreten" – oder sind Claussner und Grün etwa der Ansicht, daß von der DC gar keine „reaktionären Tendenzen" ausgehen . . .?

Claussen und Grün behauptet, daß die Politik der PCI *„weitaus widersprüchlicher"* sei, *„als die es sich zu einfach machende These von der ‚Versozialdemokratisierung' des PCI . . . es wahrhaben will"* – und sie richten ihre Behauptungen gegen Lotta Continua und die italienischen „Autonomie"-Gruppen, und „nur als Beispiel" auch gegen den KB. Aber die „These von der ‚Versozialdemokratisierung' der PCI" ist leider nicht nur eine „These", sondern nachprüfbare Wirklichkeit. Von den „Strukturreformen" Toglitattis bis zum „historischen Kompromiß" Berlinguers hat die PCI einen Weg durchschritten, dessen wesentliche Merkmale der Entwicklung beispielsweise der deutschen (später westdeutschen) Sozialdemokratie immer ähnlicher werden. Oberstes Ziel der PCI ist heute *„die Rettung und Erneuerung Italiens"*, wobei mit Italien unmißverständlich die b e s t e h e n d e (bürgerliche) Republik gemeint ist. Oberstes Ziel der PCI ist heute die vom italienischen Wehner (er heißt dort Amendola) langjährig vorbereitete Beteiligung an der b ü r g e r l i c h e n Regierung – ein Konzept, das selbst mit den illusorischen Vorstellung der chilenischen Unidad Popular für einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu vergleichen noch eine schmähliche Beleidung der chilenischen Reformisten wäre, und das eben viel eher dem „Reform k a p i t a l i s m u s" der SPD in seinen früheren Jahren nahekommt.

Was diese SB-Autoren als Argumente zur Verteidigung des „Eurokommunismus" aufzubieten haben, ist so lächerlich und pfäffisch, daß man ernsthaft die Frage stellen muß, warum sie selbst eigentlich noch die Bezeichnung „Marxisten" für sich in Anspruch nehmen wollen. Im „Internationalismus-Rundbrief" des SB (Heft 1 vom September 1976) psychologisiert der gleiche Detlev Claussen zusammen mit David H. Wittenberg über die *„traumatischen Erfahrungen der Minderheitsposition (der PCI) und Angst vor Spaltung der Arbeiterklasse und im ganzen Land"*. Die marxistischen Kritiker der PCI sollten gefälligst *„erst mal zur Kenntnis nehmen und nicht ‚Abwiegler' und ‚Verräter' schreien, vom ‚bürgerlichen Staat' reden* (‚bürgerlicher Staat' bei den Verfassern selbst in Anführungszeichen gesetzt!), *„sondern realisieren, daß die italienischen Kommunisten um die Problematik auch wissen."* Ja, wenn das so ist . .! Mit „Argumenten" dieser Qualität kann man zweifellos j e d e Kritik „erschlagen" – und solche „Argumente" sind im Grunde auch gar nicht originell, sondern entstammen direkt dem Rechtfertigungsgerede des Sozialdemokratismus selbst.

Was nun die „Problematik" von außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf betrifft (die bekanntlich immer eine der entscheidenden „Problematiken" war, an der man Sozialdemokraten von Revolutionären unterscheiden konnte), meinen Claussen und Wittenberg: *„Die radikale Linke muß begreifen, was die Massen in Italien schon wissen: Die Reformen, um die außerparlamentarisch gekämpft wird, muß man auch im Parlament durchsetzen können"*. Dummes Geschwätz, denn : Außerparlamentarische Kämpfe führt die PCI gar nicht mehr und Reformen im Parlament setzt sie auch keine durch!

Kann es noch wundern, daß Claussen und Wittenberg durch den „compromesso storico" (den „historischen Kompromiß") *„die Frage nach der Existenzberechtigung*(!) *einer radikalen Linken"* gestellt sehen, und diese „Frage" natürlich auch *„nicht sektiererisch durch bloß propagandistische KP-Kritik, sondern nur durch die Praxis"* beantwortet wissen wollen? In dem „links"-Artikel von Claussen und Grün wird der „radikalen Linken" bereits vorgeworfen, *„daß man sich als Konkurrenzpartei zum PCI definieren wollte"* – was, wie wir ergänzen wollen, für einen großen Teil der alten „manifesto"-Gruppe, die schon immer der besonders „mythische" Bezugspunkt des SB gewesen ist, ja nun bald der Vergangenheit angehören wird: Nach der kürzlichen Spaltung von PDUP/manifesto schnürt die alte „manifesto"-Gruppe ihren Beutel, um von ihrer achtjährigen „Emigration aus der PCI" die Heimreise anzutreten.



Grün, Claussen, Wittenberg und andere SB-Autoren sind mit ihren Sympathien für den sog. „Eurokommunismus" aber nicht nur als Interpreten der Entwicklung in Italien, Frankreich oder Spanien zu verstehen. Es wird in Zukunft auch für uns in der Bundesrepublik aufmerksam zu verfolgen sein, wie sich hier in Teilen der Linken mehr und mehr eine Ströhmung herausbildet, die den sog. „Eurokommunismus" als gemeinsame Orientierung für den Aufbau einer linkssozialdemokratischen Partei nehmen könnte. Das SB hat sich von derartigen Plänen, deren hauptsächlicher Propagandist hierzulande Rudi Dutschke (SB-Mitglied, wie er selbst sagt!) ist, bislang „offiziell" abgrenzt. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Überlegungen in diese Richtung in den Reihen des SB zunehmen – und daß den führenden Leuten des SB offenbar nur der Zeitpunkt noch nicht gekommen scheint, um sich offen einem solchen Projekt anzuschließen und – auf der Basis, daß man vor allem den Erfolg eines Einbruchs in die Jusos für möglich hält – zum wesentlichen Motor davon zu werden.

KB/Gruppe Frankfurt

Leserbrief eines »Sponti« Genossen

Leserbrief eines »Sponti«-Genossen

„Liebe Freunde,
durch euren Bericht über die „Sponti-Presse" im AK 102 gebt ihr mir leider Anlaß zur Kritik. Ihr mokiert euch dort in ziemlich arroganter Weise darüber, daß in Artikeln einiger Sponti-Blätter versehentlich KB-Genossen für die Fischmarkt-Schweinerei verantwortlich gemacht wurden. Das allein sehe ich ja noch ein, ich habe mich auch ziemlich darüber geärgert, da gerade in der AKW-Nee-Bewegung der KB bisher eine saubere Arbeit geleistet hat (weiter so!).

Nicht gut fand ich hingegen, daß ihr gleich über sämtliche Spontis herfallt und ihnen Abgrenzung gegenüber Kommunisten vorwerft. Mit dieser Art der Auseinandersetzung verärgert ihr meiner Meinung nach viele dem KB Wohlgesinnte, zumal der KB mit Anschuldigungen auch nicht gerade zimperlich ist. So wurde z.B. ein Foto eines Demonstranten der Hamburger Brokdorf-Demo veröffentlicht, unter dem die Frage stand: „Wer kennt diesen Faschisten?" (mit dem Begriff Faschist seid ihr ohnehin schnell zur Hand). In einem anderen AK habt ihr anläßlich einer Brokdorf-Veranstaltung in Eutin eine Auto-Nummer eines angeblichen Bullen veröffentlicht.

In beiden Fällen mußtet ihr euch entschuldigen, da ein Irrtum vorlag. Man muß doch dem Verfassungsschutz nicht unnötig die Arbeit erleichtern.

Letztens habt ihr durch ungenaue Recherchen im Fall Rebell kontra Schwirtz sogar eine empfindliche Schlappe hinnehmen müssen. Das darf nicht so weiter gehen.

Ich wünsche mir, daß der AK wieder zu einer verläßlichen Alternativ-Zeitung wird.

Mit solidarischen Grüßen – Ein im Moment etwas enttäuschter ‚Sponti', der sich nicht von Kommunisten distanziert, schon gar nicht von den Genossen des KB".

• • •

Antwort der Redaktion

1. Wir haben uns nicht darüber „mokiert", daß „Sponti"- und „Alternativ"-Zeitungen in ihrer Berichterstattung Fehler gemacht haben. Uns darüber zu mokieren, würde uns in der Tat nicht zustehen. Kritisiert' haben wir lediglich, daß angesichts der Schwere der Vorwürfe (die immerhin dem „Pflasterstrand" ausreichend schienen, um den KB nicht bloß allgemein mit den Bullen, sondern ausdrücklich mit dem MEK auf eine Stufe zu stellen!) in k e i n e m der genannten Fälle („Pflasterstrand Frankfurt, „Info-BUG" Westberlin, „Grosse Freiheit" Hamburg und „ID") eine Richtigstellung bzw. Abdruck unserer Stellungnahme zu den Vorwürfen erfolgt ist. Das heißt: Fehler sollten zwar nicht, aber sie k ö n n e n natürlich passieren. Nur müssen sie dann eben richtiggestellt werden, wie wir es jeweils in den von dem Genossen erwähnten Fällen getan haben (womit wir nicht nachträglich unsere Schlampereien oder Fehler rechtfertigen wollen). Werden solche Fehler jedoch n i c h t richtiggestellt, so liegt der Verdacht nahe, daß mit „Versehen" eine bestimmte Politik verfolgt wird. Speziell beim „ID" kommt mehr und mehr eine ziemlich einseitige Berichterstattung und Dokumentation zum Tragen, z.B. zur Anti-AKW-Bewegung eine offensichtliche Bevorzugung der Befürworter von „gewaltfreien Aktionen". Dies aber unehrlicherweise nicht in Form einer Klaren Auseinandersetzung, sondern getarnt als „undogmatische Berichterstattung".

2. Der Genosse hat völlig recht, wenn er in letzter Zeit vorgekommene Fälle von Schlamperei oder Leichtfertigkeit beim Recherchieren und Berichten kritisiert. Hier muß, insbesondere bei der Zulieferung von Informationen an den AK, noch gewissenhafter gearbeitet werden. (Die Redaktion hat in der Regel nicht die Möglichkeit und Zeit, die einzelnen Informationen selbst zu überprüfen).

3. Wir haben keineswegs „ a l l e " Spontis mit den von uns verurteilten Praktiken der genannten Zeitungen identifiziert, wie der Genosse meint. Wir haben präzise Vorwürfe gegen bestimmte Zeitungen erhoben, aber keine Verallgemeinerung vorgenommen.

»Die Rekruten des Terrors«

Seit den Großaktionen von Brokdorf und Grohnde ist in der bürgerlichen Presse das Geschrei über die „bürgerkriegsartigen Aktionen der K-Gruppen" nicht verstummt.

Nach dem Tode Bubacks kommt außerdem noch verstärkt der Versuch dazu, die „K-Gruppen" mit der „Terrorszene" zu identifizieren.

So stellte Bundesinnenminister Maihofer die erstaunliche und offensichtlich völlig aus der Luft gegriffene Behauptung auf, *„während der Auseinandersetzungen in Grohnde seien rund 100 Personen beobachtet worden, die bereits aus der ‚terroristischen Szene' bekannt gewesen seien"*. Und darüber hinaus: *„Terroristen, Anhänger gewalttätiger kommunistischer Gruppen sowie Anarchisten könnten jederzeit 15.000 Aktivisten mobilisieren, die ... zu Scharmützeln mit der Polizei in der Lage wären"* („FR", 14.5.).

In derselben zahlenmäßigen Grössenordnung, aber drastischer in der Formulierung, hatte es kurz zuvor schon Herold vom Bundeskriminalamt gesagt: **„Bei den K-Gruppen seien allein 15.000 Personen zu bürgerkriegsähnlichen Handlungen bereit"** („Hamb. Abendblatt", 12.5.). Kommentar der „Welt" (14.5.): *„Seit langem gab es keine so beunruhigende Meldung über die Terrorszene wie die Schätzung des Bundeskriminalamtes, daß bis zu 15.000 Mann aus den kommunistischen Gruppen als Nachwuchs für die Terrorbanden in Betracht kämen und daß eine nach Tausenden zählende Bande, die sich ‚revolutionäre Volksarmee' nennen könnte, durchaus denkbar sei ... Bis jetzt hatten wir es mit Dutzenden von Mördern zu tun. Bald könnten es einige tausend sein"*.

Und die „Frankfurter Allgemeine" schrieb: *„ ... die Gefahr, die ein solches Reservoir für die innere Sicherheit der Bundesrepublik bedeutet, ist schon zu groß, da doch hundert organisierte Terroristen imstande wären, den Staat in die Enge zu treiben. Und wie, wenn eines Tages die kommunistschen Gruppen, die sich bisher mit dem Besetzen von Atomkraftwerksbauplätzen oder Rathäusern hervortaten, vor Mord aber zurückscheuten, den Anschluß an Terrorgrupppen suchten? Daß diese sogenannten K-Gruppen in absehbarer Zeit austrocknen, kann man schwerlich erwarten"* (13.5.).

Dieser Ansicht ist übrigens auch Dr. Horchem, Leiter des Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz: **„Die Maoisten bilden heute einen Faktor, der bei politischen Grundkonflikten in der Bundesrepublik stets ins Kalkül gezogen werden muß, weil sie die Kontinuität ihrer Existenz durchgesetzt haben.... Ihre Kader bilden eine erhebliche Personengruppe, die ihre revolutionäre Aktivität zur Hauptsache ihrer Existenz gemacht hat.**

Sie sind in der Lage, bundesweit kurzfristig 15.000 bis 20.000 Anhänger zu mobilisieren" („Die Zeit", 13.5.).

Interessante Blüten schlägt auch weiterhin das mit gespielter Naivität vorgetragene Rätselraten über die geheimnisvollen Geldquellen der „K-Gruppen". Eher konservativen Spuren folgt beispielsweise der „Bayernkurier" der CSU in der Frage **„Woher kommen die Millionen?"** (23.4.):

„ ... Inzwischen weiß man, daß die Gelder des KBW auch aus anderen Quellen sprudeln", daß nämlich der KBW, *„der sich den radikalen Umsturz des Staates auch mit Hilfe von Gewalt zum Ziel setzt, Gelder aus der ‚DDR' bezieht"*.*„Nun kauft der KBW ein Millionen-Projekt* (gemeint ist das neue Bürohaus in Frankfurt – Anm. AK) *mit Hilfe von Geldern aus der SED-Administration der ‚DDR' und die Regierung Schmidt sieht dem Treiben weiter seelenruhig zu"*.

Näherliegende Vermutungen äussert z.B. die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" (15.4.): *„Undurchsichtig ist, aus welchen Quellen der KBW finanziert wird ... Als nahezu sicher gilt, daß der KBW Finanzmittel aus China erhält"*.

Die „Braunschweiger Zeitung" (27.4.) hingegen hat sich Gedanken über die Finanzierung des KB gemacht: **„Auffällig sind die Mittel, über die diese Organisation verfügt"** – erwähnt werden unsere *„zum Spottpreis"* verkauften Zeitungen „Arbeiterkampf" und „Internationale" sowie *„Zehntausende Mark für Spenden zugunsten terroristischer Organisationen in anderen Ländern und für Reisen zu diesen Organisationen"* ... **„Der Verdacht liegt nahe, daß die Sowjetunion mit Hilfe Nordkoreas, der Kubaner und der Vietnamesen eine parallelele Internationale zu den legalen Kommunistischen Parteien aufzieht. Eine terroristische Internationale, der das Recht zugestanden worden ist, gemäßigte Kritik auch an Moskau zu üben"**.

Auch hier gilt wieder einmal: Die Bourgeoisie ist längst nicht so blöd wie sie tut. Sie weiß: „ ... *Nach den Worten von Horchem* (Hamburgs VS-Chef –Anm.AK) *werden KPD, KPD/ML, KBW und KB weder von Ostberlin, noch von Moskau und auch nicht von Peking finanziert. Sie finanzierten sich vielmehr selbst durch eine ‚bemerkenswerte Opferbereitschaft'* " (lt. ap-Meldung, 13.4.).

Dies wiederum wird von der bürgerlichen Presse etwa so verarbeitet: **„Militärischer Drill, Heirat nur mit Genehmigung, Ablieferung des Einkommens bis zum Existenzminimum"** („Welt", 4.4.).

Wenn den „K-Gruppen" immer wieder trotz besserem Wissen von der Bourgeoisie geheimnisvolle ausländische Geldquellen, vorzugsweise aus der DDR und Sowjetunion, angedichtet werden, so wird damit ein doppelter Zweck verfolgt: Zum einen reiht sich diese Legende ein in die allgemeine Kriegshetze gegen DDR und Sowjetunion, die nicht nur als militärisch ungeheuer überlegen, sondern auch noch als heimliche Drahtzieher der „internationalen Terrorszene" dargestellt werden sollen. Zum anderen sollen mit dieser Legende auch die „K-Gruppen" diffamiert werden, indem sie mit den repressiven Praktiken der revisionistischen Staaten in Zusammenhang gebracht werden. Und schließlich soll mit dieser Legende auch der Bogen zur DKP geschlagen werden, der man zwar militante Aktionen bei größtem Bemühen nicht vorwerfen kann, aber die über die „Gelder aus dem Osten" doch in den Zusammenhang der „Terrorszene" gerückt werden soll.



Die Bourgeoisie „entdeckt" den KB

Unmittelbar nach der Großaktion von Grohnde (19.3.) forderte Albrecht, Niedersachsens Ministerpräsident, ein Verbot des KBW zu „prüfen", da dieser für die Aktion verantwortlich sei. Die bürgerliche Presse assisstierte ihm eifrig: *„Nach Augenzeugenberichten bestand der ‚harte Kern' der Demonstranten allein aus Mitgliedern des ‚kommunistischen Bundes Westdeutschland'* " („FAZ", 21.3.). Die „Süddeutsche Zeitung" bezeichnete den KBW als die *„Sektierergruppe, die Grohnde zum Schlachtfeld machte"* (25.3.).

Noch Anfang April bezeichnete die „FR" den KBW als die „militanteste der zahlreichen K-Gruppen" und schrieb: *„KBW-Mitglieder und Sympathisanten waren nach Ansicht der Polizei in erster Linie für die gewaltsamen Auseinandersetzungen bei den Kernkraftwerks-Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde verantwortlich"* (7.4.).

Die hieran geknüpften Verbotsdrohungen gegen den KBW haben wir von Anfang an als einen plumpen T r i c k der Bourgeoisie gekennzeichnet (siehe AK 101 und 102), da VS und Polizei bestens informiert sind, daß der KBW in Grohnde fast vollständig abwesend war und die Aktion sogar als „Abenteuer" diffamiert hat.

Dies wird übrigens auch durch eine Äusserung von Albrecht selbst unmittelbar nach der Aktion vom 19.3. sehr deutlich: **„Die Schlacht von Grohnde wurde wochenlang von einem Generalstab bis in Einzelheiten geplant. Wir kennen Teile dieser Kerntruppe. Es ist noch zu früh, sie öffentlich zu nennen"** („Bild", 21.3.) Im selben Atemzug aber forderte Albrecht lautstark das Verbot des KBW!

Daß wir dieses Manöver aufgezeigt haben, statt – wie viele andere Linke – darauf hereinzufallen, ist uns teilweise als mangelnde Solidarität ausgelegt worden. Inzwischen ist freilich offensichtlich, daß von einem speziellen Verbot des KBW überhaupt nicht mehr gesprochen wird und daß auch die lächerliche Legende, der KBW habe maßgeblich die Grohnde-Aktion organisiert, auf den Müll gewandert ist. Als erste war es wohl die „FAZ", die schrieb (30.4.): **„Aus dem KB und nicht, wie vielfach angenommen, dem KBW stammen nach neuerenErkenntnissen wahrscheinlich auch die führenden Köpfe der Schlacht um Grohnde"**.

Hamburgs VS-Chef Horchem, offenbar glänzend mit laufenden Flugblättern und Zeitungen versorgt, bestätigte wenig später: **„Diese Aktion war nicht vom KBW organisiert worden, sondern ein Erfolg der Verschmelzung der KB-Anhänger mit den politisch nicht gebundenen Anhängern der Initiativen gegen Kernkraftwerke"** („Die Zeit", 13.5.).

Am 24.5. meldete die „FAZ", der RCDS sei wegen der anfänglichen Verbotsdrohungen gegen den KBW sauer auf Albrecht und werfe ihm Ahnungslosigkeit vor: *„Nicht weil dem RCDS der KBW so sympathisch wäre, sondern weil Grohnde ein Unternehmen des KB (und nicht des KBW) war, vom KB lang angekündigt und publizistisch vorbereitet"*.

Der Mythos vom KBW als „militanteste der K-Gruppen", längere Zeit von der Bourgeoisie gepflegt und gehätschelt, soll jetzt offenbar endgültig zu Grabe getragen werden. Auch die Bourgeoisie weiß eben, daß Hunde, die bellen, nicht beißen.

So mußte sich der KBW von der „FAZ" sagen lassen: *„Gegenüber diesen beiden so verschiedenen Gruppierungen* (gemeint sind KB und „Spontis") *blieb zum Beispiel der KBW in der ‚kriminellen Energie' weit zurück"* (7.5.).

Und schon in der „FAZ" vom 27.4. war zu lesen: *„Experten der Bundesregierung sind neuerdings der Ansicht, daß der KB den KBW an Gefährlichkeit, auch im Sinne einer eventuellen ‚Blutzufuhr' für Terroristen, überholt habe"*.

Hier wird nun freilich der Versuch einer neuen Legenden-Bildung sichtbar, auf die man ebensowenig hereinfallen sollte wie auf die früher um den KBW sich rankenden Mythen.

Zwar ist daran richtig, daß der KBW auch in den Augen der Bourgeoisie ein zwar lautstarker, aber schlapper Haufen ist, der in allen entscheidenden Fragen eher zu r e c h t s-opportunistischer Politik als zu übertriebener Radikalität und Militanz neigt.

Maßlos übertrieben hingegen ist die Darstellung der angeblichen „Gefährlichkeit" des KB, als hätten wir womöglich die Grohnde-Aktion ganz allein unternommen und seien sozusagen die Massenorganisation der „RAF".

Was die Bourgeoisie am KB zu Befürchtungen veranlaßt, ist jedenfalls nicht unsere angeblich besondere Militanz, sondern der r e l a t i v e M a s s e n charakter unserer Politik, die Bündnispolitik, die kontinuierliche Pressearbeit, die trotz schwerer Schläge immer noch relativ breite Betriebsarbeit, die entwickelte Taktik usw.

So notierte Horchem etwa: **„Der KB kalkuliert die Gewaltanwendung nach den Kräfteverhältnissen und nach dem Erfolg". „Der KB hat trotz Gegenmaßnahmen von Gewerkschaften in seiner Betriebsarbeit als einzige maoistische Organisation nicht nur punktuelle Erfolge erzielt und in den Vertrauensleutekörpern und Betriebsräten Positionen gewonnen"** („Die Zeit", 13.5.).

Besonders registriert wird von der Bourgeoisie auch das sprunghafte Anwachsen und die Ausdehnung unserer Organisation.

Fortsetzung auf S. 56 unten

GIM: „Politik" mit Schleim

Eine Sekte, die keine sein möchte, hat wenig politische Möglichkeiten. Eine der widerlichsten Spielarten bietet zweifellos die trotzkistische GIM, die sich in allen Auseinandersetzungen schleimig zwischen und »über« die Parteien zu schlängeln versucht, wobei sie sich totsicher bei den rückständigeren Teilen anbiedert. So beispielsweise vor dem 19.2. (Brokdorf): Alle Teile gleichermaßen seien schuld an der Spaltung, hieß es, und die GIM rief letzten Endes nach Itzehoe auf, da dort »die Massen« seien. Seither hat die GIM zahlreiche weitere Exempel dieser Politik geliefert, von denen hier nur einige der Wichtigsten aufgezählt seien:

Walpurgisnacht

Zur »Walpurgisnacht«-Aktion von Teilen der Frauenbewegung gab die GIM-Zeitung »was tun« einen mehr als wohlwollenden Kommentar. Um dies zu erreichen, wurde sehr eigenwillig mit den Fakten umgegangen: Die »Walpurgisnacht« sei nicht als Alternative zum 1. Mai gedacht gewesen (wurde allerdings von den Initiatorinnen durchaus so aufgefaßt!); »viele Frauengruppen« seien auch am 1. Mai mit dabei gewesen (von den Gruppen, die zur Walpurgisnacht aufgerufen hatten, kaum eine!!). *»Auch richteten sich die Demonstrationen nicht in erster Linie gegen die Männer als solche. In den meisten Städten waren auch Männer unter den Demonstranten«* (wahrscheinlich als Frauen verkleidet?). *»Ein Kampf gegen die Männer wurde nicht proklamiert, sondern zur Solidarität unter Frauen aufgerufen«* (Mindestens die Hälfte der Parolen richtete sich direkt gegen »die Männer«, die andere Hälfte indirekt - keine einzige Parole befaßte sich mit den gesellschaftlichen Ursachen der Vergewaltigung. Es liegt uns auch kein Flugblatt vor, in dem darüber etwas stünde).

Schließlich der große Seitenhieb gegen den KB (gegen wen denn sonst?!): *»Wer dann immer noch behauptet, daß das Ziel der Demonstration ‚zutiefst reaktionär und mit den Interessen der Masse der Frauen unvereinbar' sei, wie dies im letzten ‚Arbeiterkampf' zu lesen war* (Dies ist nicht korrekt zitiert! Tatsächlich hatten wir d i e Z i e l e v o n G r u p p e n w i e d e r »Schwarzen B o t i n« als »zutiefst reaktionär ..« etc. bezeichnet und dazu bemerkt, daß die Walpurgisnacht-Aktion diesen Zielen d i e n e n soll, »unabhängig von den Absichten und Plänen einzelner örtlicher Frauengruppen«! - siehe AK 103, S. 28), *muß sich schon die Frage gefallen lassen, ob sich für ihn die Unterdrückung der Frau nur anhand des repressiven Staates, der Leichtlohngruppen und der hohen Arbeitslosigkeit darstellt ? Oder ist es so unvorstellbar, daß eine Frau nach erfolgreichem Lohnkampf auf dem Heimweg vergewaltigt wird?«.*

Die dümmliche Unterstellung ist allzu jämmerlich: Die Verfasserin hat den Artikel in AK 103 ja gelesen (jedenfalls zitiert sie daraus, wenn auch etwas sinnentstellend!), und also müßte sie ja auch gelesen haben, *»daß das Anliegen [gegen Vergewaltigungen] grundsätzlich ein gerechtes ist«.* Aber: *»Den Initiatorinnen geht es keineswegs darum, Nebenwidersprüche im Volk wie Vergewaltigungen und allgemeine Gewalt von Männern an Frauen als z u s ä t z l i c h e Dimension in unseren Kampf einzubringen, sondern diese Nebenwidersprüche zur H a u p t s a c h e zu machen ... «.*

Die Methode der GIM in diesem Fall: Keinerlei Auseinandersetzung mit den reaktionären Strömungen in der Frauenbewegung (dazu noch nie auch nur ein Wort!), dafür Demagogie gegen den KB, der seinerseits solche reaktionären Strömungen zu kritisieren »wagt« - wobei die GIM zum einen die Inhalte der Walpurgisnacht und zum anderen die Inhalte unserer Kritik daran bewußt verfälscht (Zitate aus »was tun«, 12.5., S. 15).

Bundeskonferenz (Anti-AKW-Bewegung)

Die GIM hat seit dem 19.2. (Itzehoe) in der Anti-AKW-Bewegung keinen besonders guten Ruf. Dies versucht sie, ihrer ganzen strategischen Grundlinie entsprechend, dadurch auszugleichen, daß sie in das antikommunistische Gekreisch gegen die »K-Gruppen« lauthals einstimmt und sich bei den »Un«organisierten anzuschmieren versucht. So meldet die »was tun« über die Bundeskonferenz vom 14./15. Mai: » ... *Die Verantwortung für diesen Rückschlag und die Konsequenzen, die dies für die noch ungelöste Frage der demokratischen Koordination von Information und Aktion und insbesondere für die Festlegung von zentralen Kampfzielen nach sich zieht, geht in erster Linie auf das Konto des KB, der KPD[RF] und des KBW [in der Reihenfolge ihrer Repräsentanz]. Sie haben es geschafft, diese Konferenz buchstäblich zu verwüsten, indem sie - und dies ist ja bereits notorisch, auch in anderen politischen Fragen - nicht die gemeinsame Gegnerschaft zu den Atomanlagen zum Ausgangspunkt einer kontroversen, aber durchaus solidarisch zu führenden und führbaren Debatte über die Kernfragen der Bewegung machten, sondern diese Debatte durch ein power play ihrer jeweiligen Fraktionen ersetzten. Nach den Erfahrungen mit der vom KB beeinflußten Plenumsmehrheit der BUU Hamburg und der Politik der drei sogenannten K-Gruppen in vielen Bürgerinitiativen war es zu erwarten, daß sie alles daransetzen würden, um ihre spezifischen Vorstellungen, auf welcher Grundlage, wie, wo und mit wem der Kampf gegen die Atomanlagen geführt werden müsse, d u r c h z u d r ü c k e n . Die Rücksichtslosigkeit, das Niederschreien von anderen Positionen und die zügellose Hysterie, sobald ein KBWler, ein KPDler, oder KBler gegen die ‚Konkurrenz' - leider oft genug dümmlich-demagogisch - zu Felde zog, übertraf dann allerdings die schlimmsten Befürchtungen«* (»was tun«, 19.5., S. 17).



Hier werden skrupellos alle antikommunistischen Klischees zusammengeworfen, ohne daß aus dem ganzen Artikel auch nur mit einem einzigen Wort hervorgeht, um welche Differenzen es überhaupt gegangen ist, wer da etwa was »durchsetzen« wollte usw. Indem die GIM Klischees und Eintopf bietet, ist sie der Notwendigkeit enthoben, auch nur einen der darin enthaltenen Vorwürfe k o n k r e t zu machen. Wer auf antikommunistische Demagogie scharf ist, kommt bei dem Gezeter der »was tun« voll auf seine Kosten. Wer auf konkrete Informationen wartet, geht leer aus. Und natürlich hütet sich die GIM vor allem, auch nur mit einem einzigen Wort auf die Rolle der Hamburger »Un«organisierten aus dem Kreis des »Montagsplenums« (siehe Bericht zur Bundeskonferenz in AK 104) einzugehen, also deren provokatorisches Auftreten zu kritisieren. Nicht mal e r w ä h n t werden diese Leute in der »was tun«. Wahrscheinlich sind das derzeit »die Massen« der GIM in der Anti-AKW-Bewegung.

Russell-Tribunal

Zu den Vorbereitungen eines Russell-Tribunals gegen die Repression in der BRD schreibt die »was tun« vom 19.5. (S. 15): *»Die Minusseite einer Zwischenbilanz der Russell-Tribunal-Unterstützung vermeldet zunächst einmal die alten ultralinken Sünden und Fehleinschätzungen eines solchen Tribunals: Weiterhin wird von breiten Unterstützungskreisen die Tribunal-Thematik als gegen die Repression i m a l l g e m e i n e n , und damit letztendlich am Kapitalismus verstanden. Bis heute ist das der größte Hemmschuh dafür, in stärkerem Maße sozialdemokratische und DKP-Kreise miteinzubeziehen«.*

Selbst in einer so eindeutigen Situation wie dieser bringt die GIM es noch fertig, alles auf den Kopf zu stellen und sich bei den rückständigeren, spalterischen Kräften anzuschleimen. Denn gibt es überhaupt einen größeren »Hemmschuh« für die Einbeziehung sozialdemokratischer und DKP-Kreise in die Vorbereitungen als gerade die »Unvereinbarkeitsbeschlüsse« von SPD und DKP? Diese erwähnt die GIM mit keinem Wort, schiebt dafür - wie stets - die Verantwortung den Linken zu. Dabei ist der Vorwurf, eine Untersuchung der Repression i n s g e s a m t würde sozialdemokratische und revisionistische Kräfte »abschrecken«, ohne Sinn und Verstand. Gibt es vielleicht Beispiele dafür, daß etwa die DKP auf dem Sektor Berufsverbote (auf den die GIM das Tribunal begrenzen möchte) zu einer solidarischen Zusammenarbeit bereit wäre? Im Gegenteil: Sogar die völlig angepaßte GIM wurde von der DKP aus Berufsverbote-Komitees gefeuert, obwohl sie den Schwur aufs Grundgesetz akzeptiert hatte.

Statt die DKP wegen ihrer spalterischen Politik anzugreifen und sie zu einer gleichberechtigten Beteiligung an den Vorbereitungen des Russell-Tribunals aufzufordern, zieht es die GIM nach altbekannter Manier vor, die bisherigen Träger der Vorbereitungen, und speziell natürlich den KB, mit mieser Demagogie anzupinkeln, das ganze Projekt in der Öffentlichkeit in den Dreck zu ziehen und den »ultralinken Sünden« auch noch die Hauptverantwortung für das Fernbleiben der DKP anzulasten. Eine würdige Fortsetzung der »Itzehoer Linie« !

Bekannt ist freilich, daß diese rechte und schleimscheißerische Linie selbst in der Führungsspitze der GIM umstritten ist. Es ist Zeit für einen Wechsel!

Fortsetzung von S. 55

Als mehr singulär und exotisch können hingegen Meldungen gelten wie etwa: *„Information deuten darauf hin, daß der KBW in Kürze sich mit dem ‚Kommunistischen Bund' (KB) zusammenschließt und dann als ‚KPW' firmieren wird"* (Darmstädter Tageblatt, 25.5.).

Verbot – ja oder nein?

Es steht kaum in Zweifel, daß – wie nach den Großaktionen vom 19.2. und 19.3. angekündigt – insbesondere in einigen CDU-regierten Bundesländern die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit „geprüft" wird, ein Verbot der „K-Gruppen" zu beantragen, und zwar nicht e i n e r (was juristisch große Probleme aufwerfen würde), sondern natürlich gleich a l l e r. Ansätze zu solchen Überlegungen hat es schon früher wiederholt gegeben, so gegen die „KPD" (vor allem nach der Bonner Rathaus-Besetzung 1973) und gegen die „KPD/ML" (vor allem nach ihren abenteuerlichen Aktionen in München während der Olympiade 1972).

Diese Verbotsdrohungen würden sich in erster Linie auf die Abstempelung der betreffenden Organisationen als „kriminelle Vereinigung" wegen dieser oder jener militanten Aktion stützen.

Auf diesem Wege wäre es aber recht schwierig, wie von der Bourgeoisie eigentlich geplant, a l l e „K-Gruppen" auf einen Schlag zu verbieten, zumal die Beweisführung im Einzelnen nicht leicht fallen würde.

Da ein solches Verbot außerdem nur bestimmte Aktionsf o r m e n , nicht aber die politischen I n h a l t e kommunistischer Politik treffen würde, wäre es in den Augen der Bourgeoisie ungenügend, weil es Lücken für eine schnelle Reorganisierung der verbotenen Organisationen schaffen würde.

Notwendig wäre also ein Verbot auf der Linie des KPD-Verbots von 1956 („Verfassungswidrigkeit"). Daß ein solches Verbot rein juristisch gegen sämtliche „K-Gruppen" jederzeit möglich wäre, liegt auf der Hand, da das Urteil von 1956 bereits Ziele wie Sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats sowie den Marxismus-Leninismus schlechthin (soweit er als ‚Anleitung zum Handeln' begriffen wird) für „verfassungswidrig" erklärt hat.

Politisch würde ein Verbot der „K-Gruppen" die Bourgeoisie allerdings vor einige Probleme stellen:

– Am häufigsten erwähnt wird von der Bourgeoisie selbst der Aspekt, man dürfe nicht die „K-Gruppen" verbieten und die DKP dabei legal lassen. Begründet wird das damit, daß der DKP sonst ein Verbot der „K-Gruppen" als Alibi dienen würde, um sich selbst als verfassungstreu darzustellen, d.h. ein eventuelles späteres Verbot der DKP würde erschwert. Außerdem könnte die DKP, so wird orakelt, dann als Sammelbecken für Anhänger der „K-Gruppen" dienen. Ob diese Argumente überhaupt ernst gemeint sind, muß bezweifelt werden. Stichhaltig, im Sinne der Bourgeoisie sind sie jedenfalls nicht.

– Wesentlicher ist der zweite Gesichtspunkt, der sich unter dem Stichwort „Solidarisierungseffekt" zusammenfassen läßt: Die Bourgeoisie fürchtet, sich im Falle eines Verbots der „K-Gruppen" eine relativ breite Welle von Protesten einzuhandeln. Außerdem fürchtet sie, dadurch die Zersplitterung und Spaltung der Linken zu kitten und letzten Endes zu einer politischen Konzentration der revolutionären Kräfte beizutragen.

– Der dritte Gesichtspunkt betrifft die „Gefahr", daß eine Illegalisierung der „K-Gruppen" zu einem sprunghaften Anwachsen der „Terrorszene" führen würde, daß also größere Teile der Anhänger der verbotenen Organisationen dann den „bewaffneten Kampf" aufnehmen würden.



Selbst Oberscharfmacher Stoltenberg, Vorreiter eines Verbots der „K-Gruppen", „sieht auch die Gefahr, daß ein Verbot der K-Gruppen den Verschmelzungsprozeß mit den Terroristen fördern könnte" („FAZ" 27.4.).

Das Gespenst einer möglichen „Bürgerkriegsarmee" von 15. - 20.000 Leuten wird von der Bourgeoisie nicht n u r aus propagandistischen Gründen beschworen, sondern auch aus realer Angst vor einer solchen Entwicklung.

Diese Angst der Bourgeoisie schützt uns, jedenfalls derzeit noch, sicherer vor einem Verbot als alle „demokratischen Rechte" auf dem Papier. Und: Diese Angst der Bourgeoisie ist kaum aus der Luft gegriffen!

„Charta '77" — Zur Entwicklung der Opposition in der CSSR (Teil 2)

Im ersten Teil dieses Artikels haben wir uns mit den Aussagen der tschechoslowakischen Oppositionsgruppe „Charta '77" sowie mit den entwickelteren politisch-ideologischen und programmatischen Positionen von deren Vorläufern auseinandergesetzt.
Dabei arbeiteten wir die Besonderheit heraus, daß die Opposition in der CSSR in ihren Anfängen (von Anfang der 60er Jahre bis zum vorläufigen gewaltsamen Ende im Jahre 1968) ein „sozialistisches" Selbstverständnis hatte, daß ihre führenden Kader fast ausnahmslos aus der Kommunistischen Partei stammten und für einen gewissen Zeitraum sogar mit der Partei- und Staatsführung identisch waren.
Wir haben gezeigt, daß Programmatik und Praxis der Politiker des „Prager Frühlings" keineswegs eine radikale Kritik am Revisionismus des „real existierenden Sozialismus" zur Grundlage hatten, sondern im wesentlichen „alter Wein in neuen Schläuchen" waren (mit Ausnahme des Versuchs, sich aus der Bevormundung durch die Sowjetunion zu lösen).
Mit der Okkupation und den anschließenden Austritten bzw. Säuberungen von mehreren 100.000 Parteimitgliedern aus ihren bisherigen Funktionen, wurden die Anhänger des „Prager Frühlings" entmachtet und in die Illegalität gedrängt. Gegen eine starke Repression entsteht die sog. „Sozialistische Opposition". Anfang der '70er Jahre folgt der Versuch, auf der Basis eines „kleinen Aktionsprogrammes" — enthält im wesentlichen die Positionen des alten „Aktionsprogramms" (siehe AK 104) — die Anhänger des „Prager Frühlings" als „Partei der Ausgeschlossenen" zu sammeln. 1971 sucht die „sozialistische Opposition" bei den von der „normalisierten" Parteiführung eingeleiteten Wahlen durch Aufruf zur Stimmenthaltung auf über 100.000 Flugblättern die Konfrontation. Sie endet mit einer harten Niederlage, zunächst über 100 Verhaftungen, dann im Sommer 1972 zehn politische Prozesse, 47 verurteilte Aktivisten (Strafen bis zu 6 1/2 Jahren). Eine „Partei der Ausgeschlossenen" gibt es nicht. Die „sozialistische Opposition" beschränkt sich mehr und mehr auf einen kleinen Kreis vorwiegend Intellektueller um die ehemaligen ZK-Mitglieder und sonstigen prominenten Parteiführer des „Prager Frühlings". Der Bezug zur Arbeiterklasse geht verloren, die Aktivitäten dieser Kräfte sind mehr und mehr nach außen gerichtet, auf die „Weltöffentlichkeit" etc. Noch 1971 verbreitet die Gruppe ehem. ZK-Mitglieder ein Kritik-Papier an der in der CSSR ablaufenden „Normalisierung" an alle KPs und die „Weltöffentlichkeit".
Die 1975 wieder auflebenden Aktivitäten sind vollends auf die KSZE, die Berliner „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien" 1976 und die anstehende „KSZE-Nachfolgekonferenz" orientiert. Ende 1975 wird eine von Zdenek Mlynar verfaßte Einschätzung der Situation in der CSSR an alle „Euro"-KPs geschickt, die sich seinerzeit gegen die Intervention ausgesprochen hatten. Im Juni 1976 dann ein Appell an die Berliner Konferenz von Jiri Hajek mit Bezug auf KSZE, „bürgerliche Freiheiten", „menschliche Grundrechte" etc. und ihre Verletzung in der CSSR. Anfang 1977 dann die „Charta". Die „Charta", die n u r die Verletzung der KSZE-Schlußakte in der CSSR anprangert, sich bei Enthaltung j e g l i c h e r Kritik am undemokratischen Regime des Imperialismus faktisch für die Kontrolle der Imperialisten über die „Einhaltung der Menschenrechte" in den RGW-Ländern ausspricht, sich vorwiegend um Unterstützung bürgerlicher Regierungen, Parteien etc. bemüht, zeigt die unausweichliche Konsequenz dieser reformistischen Strategie.

Okkupation

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 marschierten die Truppen der Okkupationsarmee in die CSSR ein. Das Präsidium des ZK der KPC berät gerade die Vorbereitungen für den am 9.9.68 geplanten 14. Parteitag. Nach Bekanntwerden der Okkupation wird von der tschechischen KP-Führung gegen vier Stimmen eine Resolution verabschiedet, die versichert, daß die Okkupation ohne Wissen der offiziellen Organe von Partei und Staat der CSSR stattfindet. ,,*Das Präsidium des ZK der KPC fordert alle Bürger der Republik auf, Ruhe zu bewahren und den einmarschierenden Truppen keinen Widerstand zu leisten, da jetzt die Verteidigung unserer Staatsgrenzen unmöglich ist. Deshalb erhielten weder unsere Armee noch die Sicherheitsorgane noch die Volksmiliz den Befehl* *unsere Armee noch die Sicherheitsorgane noch die Volksmiliz den Befehl* *zur Verteidigung des Landes. Das Präsidium des ZK der KPC betrachet diesen Akt nicht nur als im Widerspruch zu den grundsätzlichen Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten stehend, sondern auch als Verletzung der Grundnormen des Völkerrechts*''(1).

Während die Warschauer-Pakt-Truppen das Land besetzen, strahlt der illegale Besatzungssender Vltava die berüchtigte ,,Rechtfertigung'' für diese Aggression aus: ,,*Tass ist bevollmächtigt, bekanntzugeben, daß sich Amtsträger der Partei und des Staates der CSSR an die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten mit der Bitte gewandt haben, dem tschechischen Brudervolk dringend Hilfe, einschließlich Hilfe durch bewaffnete Verbände, zu gewähren*''(2).

Das politische Ziel der Okkupation besteht in der ersten Zeit darin, sofort eine neue Regierung aus verläßlichen Kollaborateuren zu bilden, deren ,,Hilferuf'' ja erst die ausländischen Truppen ins Land gerufen habe. Zu diesem Zweck wird versucht, die Arbeit der legalen Organe soweit wie möglich zu verhindern (das erste Angriffsziel der Truppen ist bezeichnenderweise das Gebäude des ZK der KPC). Parteivorsitzender Dubcek, Regierungsvorsitzender Cernik, Parlamentspräsident Smrkovsky, der Vorsitzende der Nationalen Front, Kriegel, und die führenden Parteimitglieder Spacek und Simon werden verhaftet und an einen unbekannten Ort verschleppt. Im Gegenzug versucht die überwiegende Mehrheit der KPC, mit Hilfe des Volkes die Arbeitsfähigkeit der legalen Organe wiederherzustellen und alles zu vermeiden, was als nachträglicher Beweis einer ,,Konterrevolution'' dienen könnte. Außerdem wird wie geplant der 14. Parteitag der KPC einberufen. Der sich entwickelnde Widerstand von Volk, Partei und Regierung wird zum Teil erst möglich durch die Arbeit des tschechoslowakischen Rundfunks, der sich noch längere Zeit in der Hand von Anhängern des ,,Prager Frühlings'' befindet. Der Widerstand macht auf mögliche Kollaborateure innerhalb der KPC einen solchen Eindruck, daß sich zunächst niemand bereitfindet, eine Marionettenregierung zu bilden (bis heute gibt es keinen Beweis dafür, daß das in der Tass-Meldung erwähnte ,,Hilfe''-Ersuchen jemals existiert hätte).

Die Haltung und das Empfinden der zweifellos meisten KPC-Mitglieder drückt ein Artikel der Parteizeitung ,,Rude Pravo'' vom 22.8.68 aus: ,,*Wir, die tschechoslowakischen Kommunisten, bauen unsere Gesellschaft auf den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus auf, den wir schöpferisch entfalten wollen. Insbesondere dort, wo es aufgrund unterschiedlicher oder spezifischer Bedingungen notwendig ist. Unser Entschluß, eine höchst humane und demokratische sozialistische Gesellschaft zu schaffen und dem Sozialismus das menschliche Antlitz zurückzugeben, stieß jedoch nicht auf Verständnis. Er konnte auch nicht auf Verständnis stoßen. Mißverstanden wurde er keineswegs aus Befürchtungen um die kommunistische Weltbewegung, sondern in erster Linie, um die Völker der sozialistischen Staaten daran zu hindern, das tschechische Beispiel als einen Weg anzusehen, dem es zu folgen lohnt.*

Erschüttert über die jüngsten Ereignisse gedenken wir der Worte des Genossen Lenin, die er am 26. Oktober 1917 auf dem II. gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatenvertreter sprach und die als Dekret über den Frieden bekannt sind:

Wenn irgendeine Nation gewaltsam in der Macht eines bestimmten Staates gehalten wird, und dieser Nation wird, obwohl sie einen solchen Wunsch bezeugte — ganz gleich, ob er in der Presse, auf den Volkssitzungen, in den Beschlüssen der Parteien ausgesprochen wurde oder in Auflehnung und Aufruhr gegen die nationale Unterdrückung zum Ausdruck kam — das Recht verwehrt, in freier Abstimmung — auf solche Weise, daß die Armee der annektierenden oder überhaupt stärkeren Nation restlos aus dem Lande abgezogen wird — ohne jeden Zwang über die Formen des Staatswesens dieser Nation zu entscheiden, dann ist die Aneignung dieser Nation eine Annexion, d.h. Aggression und Gewalttat''(3).

,,Normalisierung''

Nachdem das politische Hauptziel der ersten Stunden, eine moskaufreundliche Marionettenregierung, nicht erreicht wird, verlegt sich die Sowjetunion auf das Verhandeln. Vom 23. bis 26. August '68 finden in Moskau Gespräche zwischen einer sowjetischen und einer tschechoslowakischen Delegation statt, zu der u.a. nun plötzlich als Staatsgäste die eben noch verhafteten Renegaten Dubcek, Cernik, Kriegel und Smrkovsky gehören. Nach dramatischen Verhandlungen einigen sich beide Seiten auf ein Protokoll, dessen Wortlaut nie offiziell veröffentlicht wird, und dem als einziger Kriegel nicht zustimmt:

1. Der 14. Parteitag der KPC wird für ungültig erklärt, da seine Durchführung gegen die Parteisatzung verstoßen habe (4).
2. Die Situation in der CSSR ist nach den Vorstellungen der SU zu ,normalisieren'.
3. Das erfordert personelle Umbesetzungen. ,,*Besonders notwendig sind vorrangige Maßnahmen zur Kontrolle der Kommunikationsmittel, damit sie der Sache des Sozialismus* (Marke Moskau, versteht sich — Anm. d. Red.) *dienen*''(5).
4. Die Okkupationstruppen bleiben in der CSSR. ,,*Sobald der Sozialismus in der CSSR und die Sicherheit der sozialistischen Länder nicht mehr gefährdet sind, wird der Abzug der verbündeten Streitkräfte vom Territorium der CSSR etappenweise vollzogen*''(6).

In der tschechoslowakischen Bevölkerung wird das Ergebnis zwiespältig aufgenommen: Einerseits bleiben die Besatzungstruppen im Land, andererseits ist scheinbar das politische Ziel der ersten Stunden erreicht, die Arbeitsfähigkeit der legalen Organe wiederherzustellen.

Vereinfachend kann man in der Zeit nach dem Moskauer Abkommen zwei Richtungen unter den Politikern des ,,Prager Frühlings'' unterscheiden:
a) Eine Gruppe stimmt zeitweiligen (wie sie hofft) Abstrichen von der Realisierung des Aktionsprogramms zu, um Grundzüge der Politik des Aktionsprogramms zu retten (Dubcek, Smrkovsky).
b) Die andere Gruppe sieht in der ,,Normalisierungspolitik'' einen Bruch mit den Zielvorstellungen des Aktionsprogramms und zunehmend nur noch die Anpassung an sowjetische Forderungen (als erster Kriegel in Moskau).

Zu der ersten Richtung schreibt der Auslandssprecher der ,,Sozialistischen Opposition'', Jiri Pelikan, heute: ,,*In diesem Punkt haben die tschechoslowakischen Kommunisten einen nicht wiedergutzumachenden Fehler begangen, der ... noch lange Prestige und Zukunft des Sozialismus belasten wird ... 1968 waren es die Kommunisten selbst, zunächst die Führung der KPC, dann das ZK, die das Diktat eines fremden Landes akzeptierten, dessen Text nie dem Parlament vorgelegt wurde und der zudem bis heute unveröffentlicht blieb. Sie taten das nicht nur im Namen der Partei, sondern auch im Namen des ganzen Volkes, das ihnen sein Vertrauen geschenkt hatte. Darin liegt eine schwere Verantwortung, die nicht vergessen werden darf*''(7).

Die zweite Richtung bleibt anfangs, wegen des Einflusses von Dubcek und Co. auf wenige Intellektuelle (ZK-Mitglieder) beschränkt. So lehnen Karel Kosik, Lubos Suchor, Robert Kalidova und Jaroslav Sabata das Moskauer Abkommen von vornherein ab (8). Am 31. August versammeln sich in Prag die höchsten Parteifunktionäre und diskutieren das Moskauer Abkommen. Die Ablehnung vertritt am entschiedensten der Brünner Parteisekretär Sabata, aber er kann sich gegen Dubcek, Svoboda, Husak und auch Mlynar nicht durchsetzen (9). Die Werktätigen stehen dem ,,Normalisierungs''kurs immer veständnisloser gegenüber, zumal am 16. Oktober '68 ein förmlicher Vertrag über die faktisch unbegrenzte Stationierung sowjetischer Truppen in der CSSR unterzeichnet wird! Am 17. November kommt es durch Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Betriebsräten und dem Studentenverband zum Generalstreik, aber jeder Widerstand wird von der Dubcek-Führung gebremst und später verboten.

Allmählich werden führende Politiker des ,,Prager Frühlings'' ihrer Funktionen entbunden und am 17.4.69 muß auch Dubcek selbst seinen Platz für Husak räumen. Dieses Datum gilt als Wendepunkt der ,,Normalisierungs''politik, die bis dahin noch immer und nicht ohne Erfolg Prinzipien des Aktionsprogramms zu verwirklichen sucht.

Von nun an läuft die Unterordnung unter alle sowjetischen Forderungen auf vollen Touren. Ende Mai '69 wird Kriegel aus der KPC ausgeschlossen. In seiner letzten Rede vor dem ZK protestiert er noch einmal gegen die Unterwerfung unter die Sowjetunion und weist auf die Schäden hin, die die Besetzung der CSSR der ,,kommunistischen Weltbewegung'' zugefügt habe (10).

Nach der Okkupation treten 1968 etwa 110.000 Mitglieder freiwillig aus der KPC aus, 1969 noch einmal etwa 240.000 von insgesamt 1,7 Mill. Mitgliedern vor dem Einmarsch. Darauf beschließt die Parteiführung eine Par- *teisäuberung, in deren Verlauf weitere beschließt die Parteiführung eine Par-* *teisäuberung, in deren Verlauf weitere etwa 300.000 Mitglieder aus der KPC ausgeschlossen worden sein sollen* [11]. *Von den verbliebenen Mitgliedern sind nur noch 22,8 % Arbeiter, in Prag sogar nur noch 16,5 %* (12). *Die Ausgetretenen oder Ausgeschlossenen verlieren gleichzeitig ihre politischen und gewerkschaftlichen Funktionen und oft auch ihren Arbeitsplatz. Die Kriterien für die Entscheidung über den Ausschluß sind einfach: Alle Parteimitglieder werden individuell zu drei Bereichen vernommen:*

1. *Die Linie des Aktionsprogramms muß als falsch bezeichnet werden.*
2. *Die Okkupation duch die ausländischen Truppen muß für berechtigt erklärt werden.*
3. *Der gegenwärtigen Politik der Husak-Führung ist die volle Unterstützung zuzusichern* [13].

Da es sich bei den Ausgetretenen und Ausgeschlossenen um Menschen handelt, die teilweise schon Jahrzehnte gegen Imperialismus und Reaktion gekämpft haben (wie z.B. Kriegel bei den Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg und später im Auftrag der Komintern in China) ist vorauszusehen, daß sich nicht alle werden einschüchtern lassen und ins Privatleben zurückziehen. Die Säuberungen von 69/70 sind so auch zugleich Anstoß für das Entstehen der ,,Sozialistischen Opposition''.

Die vollständige Kapitulation der KPC stellt dann die Annahme des Dokuments ,,Lehren aus der krisenhaften Entwicklung'' durch die Parteigremien im Dezember 1970 dar (14).

Prag, 21. August 1968: politische Problembewältigung nach Art der Revisionisten

Neue Positionen und neue Organisationen

Bevor jedoch auf die ,,Sozialistische Opposition'' eingegangen wird, soll auf eine politische Strömung in der CSSR hingewiesen werden, die sich während des ,,Prager Frühlings'' nicht am Aktionsprogamm orientiert, heute aber — sozusagen als ,,linker Flügel'' — zur ,,Sozialistischen Opposition'' gerechnet wir. Ab 1963 bilden sich in Prag radikale Studentengruppen, deren Ziel die Gründung eines eigenen Studentenverbandes ist, in dem die

Fortsetzung auf Seite 58

Fortsetzung von Seite 57

,wahren Ineressen' der Mitglieder vertreten werden sollen (15). Dabei treten besonders die Studenten Jiri Müller und Lubomir Holecek hervor. Diese Aktivitäten gehen den Herrschenden derart auf die Nerven, daß sie am 22.12.66 Müller aus dem CSM ausschließen und ihn vier Tage später zur Armee einberufen. Die Arbeit Müllers erreicht dadurch jedoch unter den Studenten große Publizität und wird zunächst von Holecek weitergeführt, der dann ebenfalls zur Armee einberufen wird (Holecek ist im Juni '76 in der CSSR an einer Straßenbahnhaltestelle *von einem Beamten der Staatsanwaltschaft* überfahren worden! (16).
Er starb.

Einen neuen Aufschwung nimmt die Bewegung unter den Studenten, als es am 31.10.67 aus nichtigem Anlaß — das Licht in den Studentenheimen wird um 20.30 Uhr ausgestellt, um Energie zu sparen — zu schweren Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei kommt (17). In dieser Zeit entwickeln sich Verbindungen zur radikalen Studentenbewegung in den kapitalistischen Ländern als auch zu Vertretern nationaler Befreiungsorganisationen, die in der CSSR studieren. Während des ,,Prager Frühlings'' orientieren sich Vertreter dieser politischen Richtung eher an der ,,Linken'' Opposition'' der 20er Jahre in der SU und der ,,Neuen Linken'' in den kapitalistischen Ländern als am Aktionsprogramm der KPC.

Nach mehreren Zwischenstationen wird im Sommer 1969 die ,,Revolutionäre Sozialistische Partei'' (RSP) gegründet (allerdings bereits im Januar 1970 über den eingeschleusten Agenten Josef Cechal wieder liquidiert) Von dieser trotzkistisch orientierten Gruppe wurden in der BRD mehrere
Von dieser trotzkistisch orientierten Gruppe wurden in der BRD mehrere
Dokumente veröffentlicht, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll (18). In der Staatsschutz-Anklageschrift heißt es über die Tätigkeit der Gruppe: ,,*Im Rahmen der ideologischen Diversion und zum Zwecke der Sprengung der moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung der sozialischen Länder unterstützen die ausländischen Feinde des Sozialismus scheinbar antiimperialistische Ideen und verbreiten sie. Deshalb unterstützen sie auch verschiedene ultralinke Bewegungen und trotzkistische Gruppen, die zwar scheinbar extreme antiimperialistische Positionen einnehmen, in Wirklichkeit aber die revolutionären Bewegungen in den kapitalistischen Ländern schädigen und diskreditieren*''. Zusammenfassend beklagt die Anklageschrift, daß es bei den Angeklagten nicht bei ihrer bloßen Absicht geblieben sei, sondern daß sie ,,*außer ihrer Tätigkeit verbalen Charakters eine große Menge Schriften und Flugblätter produziert und verbreitet und sich damit voll in die konterrevolutionäre Tätigkeit der Feinde des Sozialismus eingeschaltet haben.*''

Als besonders schwerwiegend wertet die Anklage, daß die Gruppe den Staats- und Parteiapparat durch ein System der ,,Selbstverwaltung des ganzen Volkes'' ersetzen wolle, dabei den ,,bewaffneten Aufstand'' nicht ausschließe und sich zur Propagierung iher Ideen sogar des Lokals des Agitationszentrums der KPC in Prag 3 bedient habe (19).

Insbesondere das Organisationskonzept der RSP, organisierte illegale Kader, bietet der sich herausbildenden ,,Sozialistischen Opposition'' noch einigen Anlaß zu Diskussionen. Nach Pelikans Einschätzung war die Wirksamkeit der RSP durch den nach der Okkupation vorherrschenden Nationalismus und Antisowjetismus begrenzt:

,,*Indes bewiesen die Mitglieder dieser Gruppe weit mehr politischen Scharfblick als gewisse führende Politiker mit langjähriger Erfahrung, und ihr Versuch wird in die Geschichte der sozialistischen tschechoslowakischen Opposition als erstes, zweifellos schmerzliches, aber nützliches Experiment eingehen. Sie waren tapfere Kämpfer, und ihre aufrechte Haltung vor den Gerichten ... könnte mehr als einem populären Politiker zum Vorbild gereichen*''. (20).

Im März 1971 — die Angeklagten hatten über ein Jahr in Untersuchungshaft verbracht — wurden die Urteile verkündet: Vier Jahre für den Hauptangeklagten Petr Uhl, je zwei einhalb Jahre für die Westberlinerin Sibylle Plogstedt (die bald darauf ausgewiesen wird) und für J. Basta. Gefängnisstrafen zwischen einem und zwei Jahren für die übrigen Angeklagten (21).

Die Namen vieler der Angeklagten tauchen heute wieder unter oppositionellen Dokumenten auf. Müller und Uhl gehören zu den Unterzeichnern der ,,Charta '77''. Welchen Einfluß diese linke, nicht am Aktionsprogramm orientierte und nicht einheitliche Linie währen des ,,Prager Frühlings'' hatte, läßt sich nur schwer abschätzen. Immerhin wird sie in den offiziellen Parteidokumenten des Jahres '68 erwähnt,jeweils gleich mit der ,Beruhigung', daß zumindest zur Zeit diese Strömung unbedeutend sei (22).

Die Entstehung der ,,Sozialistischen Opposition'' 1970—1972

Was der ehemalige KPC-Sicherheitsbeauftragte Mamula im Sommer 1970 befürchtet, nämlich eine Gruppierung der ,Gesäuberten' (23), die sich der Kapitulationslinie der KPC widersetzt, tritt bald auf den Plan. Zunächst müssen sich die ,Gesäuberten' entscheiden, ob sie weiterhin für einen wie auch immer verstandenen ,,Kommunismus'' eintreten wollen. Bei manchen ehemaligen KPC-Mitgliedern, wie dem heute als CSU-Propagandist sattsam bekannten L. Pachmann, führt der Weg zur äußersten Reaktion. Allerdings ist zu fragen, was Pachmann eigentlich in der KPC zu suchen hatte, antwortete er doch bereits Ende '72 (gleich nach seiner Emigration in die BRD) auf die Frage, ob er noch Kommunist sei: ,,*An den dialektischen Materialismus habe ich schon seit etwa 1962 nicht mehr geglaubt. Aber ich hielt die kommunistische Bewegung für eine taugliche Methode, um den Sozialismus aufzubauen. Diese Hoffnung habe ich im August 1968 verloren*'' (24).

Den politischen Weg Pachmanns ins Lager der äußersten Reaktion gehen wahrscheinlich nur wenige der ehemaligen Parteimitglieder. Während die Mehrheit sich erst einmal auf die neue Situation einstellt, legen die Aktiven der ,,Partei der Ausgeschlossenen'' am 28.10.70 eine programmatische Erklärung vor, die auf einer Delegierten konferenz verschiedener Basisgruppen aus Böhmen und Mähren verabschiedet wird (25). Darin lehnen die Verfasser sowohl den ,,Sozialismus der bürokratischen Apparate'' als auch den ,,Gulaschsozialismus'' ab, vielmehr orientieren sie auf die politischen Ziele des ,,Prager Frühling'': ,,*Wir arbeiten an einem neuen, umfassenden Programm, auf der Grundlage des Aktionsprogramms der KPC vom APRIL 1968, der Dokumente des 14. Parteitages, der Diskussionen in Zeitungen und Zeitschriften über das politische System, die Wirtschaftsreform, die Arbeiterräte — lauter Fragen, in denen wir uns einig waren*'' (26) Anfang 1971 wird das ,,Kleine Aktionsprogramm der Sozialistischen Opposition'' verfaßt und diskutiert (27).

Der desolate politische Zustand der Opposition wird an diesem Programm besonders deutlich. Als Schwerpunkt begreifen die Verfasser dieFrage der organisatorischen ,,Formierung'' einer politischen ,,Avantgarde'', zu der sie sich zweifelsohne selbst zählen. An die Stelle einer notwendigen Analyse der politischen Situation in der Abeiterschaft tritt die Diskussion über die möglichen Formen der mehr oder weniger ,,zentristisch'' organisierten Zusammenarbeit ,,kommunistischer und nichtkommunistischer'' Gruppierungen innerhalb der Opposition. Kein Wort wird über eine möglicherweise in der Abeiterschaft vorhandene Bewegung ausgesagt; stattdessen werden die ,,Arbeitermassen'' angesehen als Objekt der ,,Aufmerksamkeit aller Avantgardekräfte''. Entsprechend wird die Frage der Bündnispolitik behandelt: Das ,,Führungskollektiv der politischen Avantgarde'' begreift sie als die Aufgabe, ihre Ziele in die verschiedenen bündnisfähigen Gruppen hineinzutragen. Das ,,Kleine Aktionsprogramm'' ist ein Zeugnis der Losgelöstheit der intellektuellen politischen Opposition von der Arbeiterbewegung des Landes — eine Tatsache, die sicherlich nicht nur für die CSSR grundlegende Bedeutung hat und mangelnde Auseinandersetzung mit revisionistischen Positionen in der Oppositionsbewegung selbst anschaulich zum Ausdruck bringt.

Um die ,,Normalisierung'' weiterzutreiben, werden für Mai 1971 der ,,offizielle'' 14. Parteitag der KPC einberufen und für November allgemeine Wahlen angesetzt. Beide Ereignisse führen zu einer Konfrontation mit der inzwischen erstarkten ,,sozialistischen Opposition''. Sabata unterzieht in einem offenen Brief an die Delegierten des ,,offiziellen'' 14. Parteitages die Politik der KPC sowohl vor als auch nach der Intervention einer scharfen Kritik, da sie sich zu wenig auf das Volk gestützt habe (28). Eine Gruppe ehemaliger ZK- und sonstiger Parteimitglieder leitet eine Kritik an der ,,Normalisierungspolitik'' an alle ,,kommunistischen und Arbeiterparteien'' und die Weltöffentlichkeit (29). Die Politiker der ,,Normalisierung'' hatten die Wahlen zu einer Volksabstimmung hochstilisiert, bei der sich die Bürger für den Sozialismus zu entscheiden hätten, was gleichbedeutend sei mit der Zustimmung zur ,,Normalisierung''spolitik der jetztigen Parteiführung. Die ,,sozialistische Oppositon'' benutzt die Wahlen als Gelegenheit zur öffentlichen Konfrontation. Nach Aussagen Husaks werden etwa 100.000 illegale Flugblätter im ganzen Land verteilt (!), in denen zur (legalen) Stimmenthaltung aufgerufen wird (30). Die Konfrontation endet mit der Verhaftung von etwa 100 Oppositionellen (31). Danach kommt es zu weiteren Verhaftungen und im Sommer 1972 zu zehn politischen Prozessen, in deren Verlauf 47 Genossen zu Gefängnisstrafen bis zu 6 1/2 Jahren verurteilt werden (32). Die höchsten Strafen erhalten der Historiker Jan Tesar (sechs Jahre), Jiri Müller (fünf einhalb Jahre), Milan 'Silhan (fünf Jahre), Milan Hübl (sechs einhalb Jahre) und Jaroslav Sabata (sechs einhalb Jahre). Drei Kinder Sabatas werden ebenfalls zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt (33). Insgesamt sollen in der Zeit von 1969 bis 1972 etwa 4.000 Personen wegen politischer Delikte verurteilt worden sein (34).

Von offizieller Seite wird bis heute bestritten, daß es politische Prozesse gibt und erst im Februar 1977 äußerte der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Spacil in Stockholm wörtlich: ,,*Kein einziger Dissident ist seit 1968 in Haft genommen worden.*'' Leute seien nicht wegen ihrer politischen Einstellung sondern wegen Verstößen gegen das Strafgesetz verurteilt worden (35). Alle Angeklagten der Prozesse vom Sommer 1972 wie auch schon die angeblichen Mitglieder der RSP 1971 werden denn auch nach § 98 des Strafgesetzbuches verurteilt:

,,*§ 98 Zerstörung der Republik*''
,,*Jeder, der aus Feindseligkeit gegenüber dem sozialistischen Gesellschafts- und Staatssystem der Republik zerstörerische Aktivitäten gegen dessen Gesellschafts- und Staatssystem, territoriale Integrität, Verteidigungsbereitschaft, Unabhängigkeit oder internationale Interessen ausübt, wird mit Feiheitsentzug zwischen einem und fünf Jahren bestraft*'' (36). Im zweiten Absatz werden dann straferhöhende Tatbestände beschrieben. Die Gerichte sahen durch die Verteilung der Wahlflugblätter (die ja keineswegs zu illegalen Handlungen aufriefen) diesen Tatbestand erfüllt.

Die Urteile von 1972 können die Arbeit der ,,Sozialistischen Opposition'' nicht beenden. Als besonders wichtig erweist sich die seit 1971 von Jiri Pelikan in Rom veröffentlichte Zeitschrift der ,,Sozialistischen Opposition'', ,,Listy'', die zum größten Teil in der CSSR entstehen soll und deren Auflage fast vollständig illegal in der CSSR gebracht wird (37).

Trotz Illegalität und Repressionen, von denen das Berufsverbot - auch für die Familienangehörigen - noch nicht einmal die schlimmste ist, versuchen die Anhänger der »Sozialistischen Opposition«, ihre Linie zu verbreiten. Besonders betroffen sind die Verurteilten. Im Gefängnis werden sie in Isolationshaft gehalten, nach der Freilassung müssen sie ihre Schulden abarbeiten, denn die Haft muß bezahlt werden und die Arbeit im Gefängnis bringt wenig ein (38), Solidaritätssammlungen für politische Gefangene stellen in der CSSR selbst wieder ein strafbares Delikt dar und sind deshalb riskant (39).

Politische Opposition heute

Nach einer Zeit relativer Ruhe, die nur unterbrochen wird durch Äusserungen bekannter Politiker des »Prager Frühlings« (z. B. Dubcek-Brief vom 28.10.74), orientiert sich die »Sozialistische Opposition« etwa ab 1975 zunächst auf die bevorstehende »Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien« (Berlin 1976) und dann auf die KSZE-Nachfolge-Konferenz, die im Sommer 1977 in Belgrad stattfinden soll. Zdenek Mlynar verfaßt eine grundlegende Einschätzung der tschechoslowakischen Entwicklung, die heute als politische Plattform des größeren Teils der »Sozialistischen Opposition« gilt und noch einmal alle Grundsätze des Aktionsprogramms von 1968 wiederholt (40). Diese Schrift wird Ende 1975 an alle »kommunistischen Parteien« weitergeleitet, die sich gegen die Intervention ausgesprochen haben.

Im Juni 1976 veröffentlichen mehrere ehemals führenden Mitglieder der KPC, u. a. der frühere Außenminister Hajek, einen Appell an die Teilnehmer der Berliner Konferenz, in dessen Schlußteil schon ausdrücklich auf die Schlußakte der KSZE-Konferenz bezuggenommen wird: »*Es steht im Gegensatz zu den Grundsätzen, die in der Schlußakte der Konferenz [von Helsinki] angeführt werden, daß die Zugehörigkeit zur KPC als unvereinbar mit der Verteidigung der Grundsätze gelten soll, die in Helsinki feierlich durch den Generalsekretär dieser Partei [Husak] unterzeichnet wurden, und die durch eine besondere Erklärung des Präsidiums seines Zentralkomitees als verpflichtend erklärt worden sind. Ebenso unzulässig ist es, daß Menschen der Zugehörigkeit zur Partei beraubt werden sollen, weil sie diese Grundsätze verteidigt haben, oder daß sie in ihrem zivilen Leben diskriminiert, ihnen die Grundrechte des Menschen und die bürgerlichen Freiheiten verweigert werden*« (41).

Auch in der »Sozialistischen Opposition« hat wohl niemand damit gerechnet, daß sich durch diese Aktivitäten in der CSSR bald etwas ändert, zumal die Oppositionszirkel meist weitgehend auf Intellektuelle und ehemalige Parteikader beschränkt sind. Oppositionelle Strömungen in der Arbeiterklasse scheinen bisher über einen gewissen anarchischen Protest nicht hinauszugehen: Niedrige Arbeitsmoral, Diebstahl von »Volkseigentum«, übermäßiger Alkoholgenuß (42) und bei manchen jugendlichen Arbeitern die Unterstützung und Propagierung des »Undergrounds«.

So gibt es offiziell geächtete gesellschaftskritische Beatgruppen wie die Plastic People, die einen starken Rückhalt auch bei jungen Arbeitern haben, und deren illegale Konzerte von Tausenden von Hörern aus der ganzen CSSR besucht werden, was zu größeren Polizeieinsätzen und vielen Verhaftungen führt (43). Alarmierend wirkt deshalb im Juli '76 das Urteil gegen drei jugendliche Pilsener Arbeiter. Sie werden zu Haftstrafen ohne Bewährung von 8 Monaten bis zu 2 1/2 Jahren verurteilt (in der Berufung halbiert und zur Bewährung ausgesetzt), weil sie einen Auftritt von Mitgliedern der Plastic People organisiert hatten, bei dem »*grob unanständige und vulgäre Ausdrücke*'' gefallen seien (44). Damit sei der Straftatbestand der »Unruhestiftung« erfüllt. Schon im März '76 waren etwa 20 Mitglieder der Undergroundgruppen festgenommen worden. Vier von ihnen werden wegen »organisiertem Rowdytum« und »Verbreitung antisozialistischen Gedankenguts'' zu Haftstrafen zwischen 8 und 18 Monaten verurteilt (im November in der Berufung bestätigt) (45). Gegen 10 weitere Musiker sollte Ende '76 der Prozeß noch eröffnet werden. Von seiten der »Sozialistischen Opposition« wird betont, daß sie die Ansichten der Angeklagten nicht teile, die die falsche Konsequenz aus der »Normalisierung« gezogen haben - daß sie die Prozesse aber als »Mißbrauch der Strafgesetze« mit politischem Hintergrund betrachte (46).

Die ganze Angelegenheit bringt der tschechoslowakischen Regierung unerwartetes internationales Aufsehen und vielleicht ist das der Grund dafür, daß im Dezember '76 vier prominente Opfer der politischen Prozesse des Jahres '72 vorzeitig auf Bewährung entlassen werden, nämlich Milan Hübl, Jaroslav Sabata, Jiri Müller und Antonin Rusek (47). Noch am 26.10. 1976 hat »Rude Pravo« Jiri Müller beschuldigt, er habe sich an Vorhaben beteiligt, »*die man nicht anders bezeichnen kann, als versuchten Mord an Menschen. Er war beteiligt an der Ausarbeitung eines Plans, der auf den Sturz der sozialistischen Ordnung abzielte, in dem man sowohl mit der Möglichkeit eines bewaffneten Putsches als auch mit den Möglichkeiten einer physischen Liquidation öffentlicher Träger rechnete*« (48).

Prag, 21. August 1968: Das Volk stellt sich den Besetzern entgegen.

Charta '77'' –

,,Charta '77'' – ein bürgerliches Bündnis

Anfang 1977 beginnt die bisher spektakulärste Aktion der politischen Opposition in der CSSR seit 1968: Die »Charta '77« wird veröffentlicht.

Träger der »Charta« sind verschiedene Strömungen der Opposition:

1. Die »Sozialistische Opposition« vertritt keinen einheitlichen politischen Standpunkt. Die Gründung einer illegalen Partei mit einheitlicher Linie wurde ausdrücklich abgelehnt als den gegenwärtigen Bedingungen in der CSSR nicht entsprechend (49). Zur »Sozialistischen Opposition« rechnen sich auch die »Radikalen« des »Prager Frühlings« und der Zeit danach, wie Müller, Sabata, Bertosek, Uhl u. a. Ein Teil dieses »linkeren« Flügels der »Sozialistischen Opposition« orientiert sich an der seit 1971 in Westberlin erscheinenden Zeitschrift »Informacni Materialy«, die als Ergänzung zu »Listy« (Rom) begriffen wird.
2. Die »Charta '77« ist nicht das Produkt der »Sozialistischen Opposition«, sondern ein Bündnis von ausgesprochen bürgerlichen Kräften mit der ,,Sozialistischen Opposition''.

Diesen bürgerlichen Kreisen wird als Sprachrohr die in Paris von Pavel Tigrid herausgegebene (und angeblich vom CIA unterstützte) Zeitschrift »Svedectvi« zugeschrieben. Insofern besitzt die »Charta '77« einen anderen, deutlich rechteren Charakter, als die zuvor im Namen der »Sozialistischen Opposition« veröffentlichten Dokumente.

Zusammengefaßt ergibt sich ein überaus breites Spektrum an politischer Opposition in der CSSR. Grob gegliedert sind da zum einen die ehemaligen Initiatoren des ,,Prager Frühlings'' wie etwa Hajek, Mlynar usw. .. Sie haben ihre reformistischen Vorstellungen seit ihrem Sturz weiter herausgebildet, wovon die ,,Charta'' ein bezeichnender Ausdruck ist. Diese Leute bilden den rechten Flügel der Opposition – sind allerdings zum Teil anerkannte und respektierte Größen. Von ihnen weg nach links breitet sich ein breiter Fächer von Oppositionellen bis hin zu tendenziell trotzkistisch beeinflußten Leuten. Organisatorische Strukturen lassen sich hier derzeit kaum ausmachen bzw. bestehen im Verborgenen. Hier reihen sich die ganzen alten Aktivisten sowohl aus der Studenten- wie auch aus der Gewerkschaftsbewegung, den Arbeiterräten etc. ein. Herausragende Köpfe sind etwa Jiri Müller oder Peter Uhl u.a. ..

Die dritte Gruppe – eigentlich ist sie schon nicht mehr zur bewußten Opposition zu zählen – ist der sogenannte ,,Underground''. Hier befinden sich die Resignierten, durch die Unterdrückung und Verfolgung ihres Engagements ,,ausgepowerten'' Elemente, deren mehr passiver Protest von den herrschenden Parteiführern immerhin so ernst genommen wird, daß auch hier mit den üblichen

Methoden gemaßregelt wird (mehrjährige Gefängnisstrafen etc. ..).

Wenngleich die herrschenden tschechoslowakischen Parteiführer auch immer von einer „Handvoll Renegaten", „bezahlter Agenten" usw. sprechen, dürfte nach allen Gesagtem deutlich geworden sein, daß es sich selbst bei den federführenden „Charta"-Leuten nicht etwa um ausgemachte Reaktionäre und Faschisten vom Schlage eines Solschenyzin handelt – wenngleich nicht verschwiegen werden darf, daß diese Leute und ihre „Appelle an die Weltöffentlichkeit" für die imperialistische Propaganda und Aggressionsvorbereitungen funktionalisiert werden.

Konkrete Solidarität mit den verfolgten Revolutionären u n d engagierten Demokraten in der CSSR zu üben, heißt für uns vor allem auch, in einer sachlichen Auseinandersetzung deutlich zu machen, wo die Grenzen dieser Opposition, wo ihre Übergänge zum Antikommunismus liegen etc. – wen und was man besser nicht unterstützt.

Im nächsten ARBEITERKAMPF wollen wir uns mit dem „Offenen Brief" Peter Uhls an die revolutionäre Linke in Westeuropa und den USA auseinandersetzen und diesen Brief des tschechoslowakischen Genossen selbst abdrucken.

RGW-Kommission

Anmerkungen

1) Das tschechische Schwarzbuch, W. Marx, G. Wagenlehner Hrsg., Stuttgart 1969, S. 15f; Diese Dokumentation wurde vom Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften erstellt.
2) ebda., S. 26/27
3) ebda., S. 139f
4) Mit diesem Argument setzt sich ausführlich Pelikan in dem von ihm herausgegebenen Protokoll auseinander. Vgl.
5) Text, dem Autentizität bescheinigt wird: „Spiegel" 15/69, wieder in „5 Jahre ..", S. 157
6) ebda., 158
7) Pelikan, Sozialistische Opposition, 28
8) Hejzlar 290
9) ebda. 293
10) Redetext 5 Jahre 159
11) „Spiegel" 42/70, andere Zahlen teilweise bei Hejzlar 352ff. Im allgemeinen wird mit etwa 500.000 ausgeschlossenen Parteimitgliedern argumentiert, wobei unklar bleibt, ob die freiwillig ausgetretenen eingerechnet sind.
12) „Spiegel" 42/70
13) Beispiel für einen Fragebogen, der in Prager Betrieben verteilt wurde, 5 Jahre, 201
14) Hejzlar 362ff
15) Kursbuch 13, S. 67ff
16) „Spiegel" 4/77, S. 76
17) Kursbuch a.a.O.
18) vor allem: M. Borin, V. Plogen, Management und Selbstverwaltung in der CSSR, Berlin 1970 (Rotbuch 4) und 5 Jahre, 229ff, außerdem Aufsatz S. Plogstedt, Kursbuch 30

in der CSSR, Berlin 1970 (Rotbuch 4) und 5 Jahre, 229ff, außerdem Aufsatz S. Plogstedt, Kursbuch 30

19) Inprecorr, 15.3.71
20) Pelikan, SO 34
21) 5 Jahre, 229
22) Hejzlar 186, Antwort der KPC auf Warschauer Brief, in: Der Fall CSSR 141
23) „Spiegel" 42/70
24) „Spiegel" 50/72, S. 34
25) Pelikan SO 46, Text 127
26) ebda., 132
27) ebda., 133ff.
28) Critique 1/73 (Glasgow), S. 64ff.
29) Pelikan SO 59
30) ebda. 62
31) ebda.
32) Zahlen nach: Heuchlerische Solidarität mit verfolgten Chilenen, Erklärung einer Gruppe verfolgter Kommunisten in der CSSR, „Frankfurter Rundschau", 16.10.74
33) 5 Jahre, 278f.
34) Hejzlar 388
35) „FR", 16.2.77
36) 5 Jahre, 277
37) Hejzlar, 387
38) 5 Jahre, 261, 283, 233
39) vgl. z.B. Eine Verhaftung in Prag, Osteuropainfo 7, S. 14
40) Z. Mlynar, Ceskoslovensky pokus o reformu 1968, Köln 1975, dazu auch Hejzlar, 392ff.
41) „FR", 30.6.76, „Was tun", 115-117, 15.7.76
42) Vgl. etwa „Märchenhaftes aus einem sozialistischen Land", „FR", 26.7.76
43) Bericht über die Vorfälle in Ceske Budejovice: Osteuropainfo 7, S.15
44) Z. Mlynar, Offener Brief an die für die Gesetzlichkeit verantwortlichen Funktionäre, Osteuropainfo 19, S. 5, „FR", 12.11.76
45) ebda.
46) Mlynar, Offener Brief ...
47) „FR" 13.12.76, Listy-Blätter 10/11
48) Übersetzung nach Listy-Blätter 10/11, S. 6
49) Pelikan SO, 45
50) „FR", 14.1.77
51) „FR", 4.8.76
52) „FR", 16.9.76
53) Blick durch die Wirtschaft („FAZ") 30.9.76
54) ebda.
55) „FR", 2.10.76

Zusätzlicher Literaturhinweis zu Teil 1 (Slansky-Prozeß):

a) E. Löbl/D. Pokorny, Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder, Wien, Frankfurt, Zürich 1968
b) A. London, Das Geständnis, München 1969

DKP für „Vaterlandsverteidigung"?

Man kennt das Geschrei der DKP-Presse, sobald irgendein chinesischer Außenpolitiker wieder mal die westeuropäischen Staaten zur „Stärkung ihrer Verteidigungsbereitschaft" aufruft. Man kennt das Geschrei der DKP über die Vaterlandsverteidiger von der „KPD". Offenbar kommt es aber immer darauf an, w e r zu Vaterlandsverteidigung und Aufrüstung aufruft.

So hat sich jetzt die französische „KP" f ü r die Beibehaltung der französischen Atomstreitmacht ausgesprochen. Noch im „Gemeinsamen Programm" von 1972 hatte die „KP" Frankreichs die A b s c h a f f u n g der „force de frappe" gefordert. Wie reagiert die DKP auf diesen Schwenk? Geschrei? Natürlich nicht. Unter der Überschrift **„Das Zentralkomitee der FKP beriet über Verteidigungspolitik"** und dem Untertitel **„Streitkräfte sollen zur Verteidigung der Unabhängigkeit dienen"** berichtet die „UZ" (16.5.) breit und ohne ein Wort der Abgrenzung über diese *„Veränderung der bisherigen Einstellung der FKP zur französischen Atomstreitmacht"*. Ausführlich wird dann PCF-Chef Marchais zitiert:

„Wir haben diese (atomare) Bewaffnung nicht gewollt. Wir haben die Opfer bekämpft, die dem Volk und auch der klassischen Armee selbst aufgezwungen wurden, um sie aufzustellen und zu entwickeln. Wir brauchen nichts zu widerrufen, was wir im Kampf gegen die atomare Bewaffnung gesagt und getan haben... Jedoch gegen den Willen all jener, die sich gegen die Atomwaffe gewandt haben, ist eine neue Situation entstanden. Heute existiert diese Bewaffnung nicht nur, sondern angesichts der absoluten Priorität, die ihr gewährt wurde, ist sie auch das einzige Mittel einer wirksamen Verteidigung geworden, über das das Land verfügt und eine ganze Zeit lang verfügen wird. Unter diesen Umständen wäre der Beschluß, darauf zu verzichten, damit gleichbedeutend, auf jede wirkliche Verteidigung des Landes überhaupt zu verzichten."

Offenbar um zu beweisen, daß er kein Idiot ist, gestand Marchais freimütig ein, daß die „force de frappe" heute durchaus nicht zur Verteidigung des Landes dient, sondern **„ein Element der aggressiven Strategie des atlantischen Systems gegen die sozialistischen Länder"** sei (lt. „UZ"). *„Sie müssen unter einer Linksregierung in ein ‚Mittel der Abschreckung' umgewandelt werden, daß ausschließlich der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit ...dient"* (lt. „UZ"). Schon vorher hatte der außenpolitische Sprecher der PCF, Jean Kanapa, getönt, die „force de frappe" solle *„vor allem die Bundesrepublik Deutschland warnen, auch nur einen Finger gegen eine mögliche Linksregierung im Frankreich von morgen heben zu wollen"* (lt. „Welt", 16.5.).

Diesen „links" aufgepoppten Rechtfertigungsversuchen für die französische Atomstreitmacht steht allerdings eindeutig das Konzept des Führers des „Linksbündnisses", Mitterand, entgegen, der gar nicht verheimlicht, daß er auch unter einer „Linksregierung" die „force de frappe" als Teil der „europäischen Verteidigungsgemeinschaft" gegen den Warschauer Pakt betrachten würde.

Dies macht deutlich, daß die PCF auf die Linie der offenen „Vaterlandsverteidigung", und zwar im Rahmen der Nato-Strategie, eingeschwenkt ist. Noch einen Schritt weiter ist schon die PCI, deren Vertreter im Verteidigungsausschuß der Westeuropäischen Union (Peccioli und Boldrini) kürzlich „für eine Verbesserung der Nato-Ausrüstung" stimmten (lt. „Welt", 12.5.77).

Das die DKP, sonst mit Schimpfkanonaden und Demagogien bekanntlich nicht sparsam, dazu kein kritisches Wort in der Öffentlichkeit findet, spricht für sich. Tatsache ist jedenfalls, daß die „KPD" sich hüten würde, heute offen soweit zu gehen, wie PCF und PCI, also offen für die bürgerliche Armee einzutreten. Und Tatsache ist auch, daß die „KPD" nichts weiter als ein Haufen von Schreihälsen ist, während es sich bei PCF und PCI um Parteien handelt, deren Entscheidungen Gewicht haben. Das heißt, PCF und PCI können t u n, wovon die „KPD" nur t r ä u m t.

Daß die DKP dazu nichts sagen will, ist verständlich. Sie müßte sonst nämlich zugeben, daß sich hier vor unseren Augen der Zusammenbruch des letzten Anscheins einer „kommunistischen Weltbewegung" revisionistischer Prägung abspielt.

DKP mit Animier – mädchen?

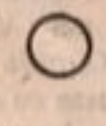
Einem Bericht über die Marburger Festtage, ein DKP–Volksfest, war in der „UZ" vom 25.5.77 folgendes zu entnehmen:

„Zum Sportlerball am Samstagabend......kamen viele, die vorher noch nie etwas mit der DKP zu tun hatten. Man erkannte sie an Bemerkungen wie: ‚So viele hübsche Frauen hat die DKP? Das ist ein Grund, einzutreten'. Dementsprechend freundlich waren sie zu den freiwilligen Kellnerinnen und geizten nicht mit Spenden für die Parteikasse".

Zweifellos wäre der Erfolg insgesamt noch größer gewesen, wenn die DKP statt ihrer eigenen Frauen gleich professionelle „Animiermädchen" angeheuert hätte. Aber wer weiß: Am 1.–3.Juli hat die DKP ja in Recklinghausen ihr bundesweites „Volksfest '77", für das sie schon seit Monaten trommelt wie verrrückt. Bis dahin kann sich die DKP ja noch einiges zum Thema „Frauen und Politik" einfallen lassen.



- o S. Mutumbuka (ZANU): Schlacht um Zimbabwe Juli 76, 24 Seiten, A 4 — DM 2,50



Am Wochenende des 14./

21. Mai — Demonstration „für Frieden und Abrüstung"

Seit Monaten durch eine intensive Kampagne vor allem in der DKP-Presse vorbereitet, fanden am 21. Mai in Bremen, Essen, Frankfurt und München die Demonstrationen des von der DKP dominierten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" statt.

Wie in solchen Fällen üblich, hat die DKP die Teilnehmerzahlen wieder außerordentlich großzügig berechnet: Einheitlich schwärmt die revisionistische Presse von 68.000 Teilnehmern. Diese Zahl wurde offensichtlich schon im voraus festgelegt, da sie bereits in der Abschlußresolution enthalten ist, die einheitlich auf den Abschlußkundgebungen in allen vier Städten verlesen wurde (siehe z.B. „UZ", vom 23.5.), während die auf den Kundgebungen offiziell genannten örtlichen Zahlen teilweise niedriger sind, also auch eine niedrigere Gesamtsumme ergeben würden (z.B. in Frankfurt wurden 20.000 auf der Abschlußkundgebung angegeben, während die offizielle Gesamtrechnung dann von 25.000 Teilnehmern in Frankfurt ausgeht; in Bremen wurden 12.000 angegeben, statt später in der DKP-Presse 13.000). Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

– Bremen: Etwa 6-7000 Teilnehmer bei der Demonstration, weniger als 10.000 bei der Abschlußkundgebung. Laut offizieller Gesamtrechnung: 13.000 Teilnehmer.
– Frankfurt: Zwei Demonstrationszüge mit jeweils 3000 Teilnehmern, Abschlußkundgebung mit etwa 8000 Teilnehmern. Laut offizieller Gesamtrechnung: 25.000 !!!
– Essen: Drei Demonstrationszüge. Abschlußkundgebung mit 6-7000 Menschen, Laut offizieller Gesamtrechnung: 17.000!
– München: Hier fehlen uns eigene Schätzungen. Die offizielle Gesamtrechnung gibt 13.000 an.

Es ergibt sich also real wohl eine

Summe von 30-35.000 Menschen

Es ergibt sich also real wohl eine Summe von 30-35.000 Menschen. Die Zahl 68.000 entspricht also der üblichen Praxis der DKP, die Beine zu zählen anstelle der Köpfe. Überdurchschnittlich dick aufgetragen ist das Frankfurter Ergebnis: dort wurden wahrscheinlich Köpfe u n d Beine gezählt: Auf das an sich schon sehr üppige Ergebnis von 20.000, das die Demo-Leitung offiziell auf der Abschlußkundgebung verkündete, wurden nachträglich noch einmal 5000 aufgeschlagen, um insgesamt auf das vorher festgelegte Endergebnis von 68.000 zu kommen (Tip an die DKP-Führung: Solche dummen Unstimmigkeiten lassen sich vermeiden, wenn man zukünftig vorher nicht bloß das G e s a m t ergebnis, sondern auch die Einzelergebnisse verbindlich festlegt!)

Für alle Demonstrationen war regional mobilisiert worden, vor allem die DKP hatte voll mobil gemacht. Bedenkt man, daß eine wochenlange Mobilisierung stattgefunden hat und daß allein die DKP ihre Mitgliederzahl mit 40.000 anzugeben pflegt (lächerlich, aber sie tut's halt!), so ist das tatsächliche Ergebnis schwach.

Es entspricht in etwa dem, was allein die Organisationen der revolutionären Linken und die Anti-AKW-BI's unter den Bedingungen des Verbots und der Pogrom-Hetze am 19.2. zum Marsch auf Brokdorf mobilisieren konnten.

Die Bedeutung des 21. Mai liegt denn auch gar nicht in der zahlenmäßigen Beteiligung, sondern in der gegenüber dem Vorjahr erheblich gewachsenen Unterstützung der Aktionen durch verschiedenste Gewerkschaftsgremien, fortschrittliche Persönlichkeiten und Teile der SPD. Dies kam zustande trotz massiver Einschüchterungsversuche insbesondere der SPD-Spitze gegen alle Teilnehmer und Unterstützer der Aktionen. Zugleich bestätigt sich aber auch, was schon am 19.2. in Itzehoe festzustellen war, daß nämlich die Unterstützung durch gewerkschaftliche Gremien, Organisationsvorstände, Persönlichkeiten von Politik und Film usw. noch lange nicht mit einer Beteiligung „der Massen" gleichzusetzen ist.

Wenn die DKP trotzdem die



Abschlußkundgebung in Bremen

Abschlußkundgebung in Bremen

schwächlichen Ergebnisse einer mehrmonatigen Vollmobilisierung triumphalistisch feiert und als **„Auftakt (?!) zu neuer Abrüstungskampagne"** („die tat" 27.5.) ausgibt, so dürfte real doch wohl eher Enttäuschung herrschen – die allerdings wettgemacht wird durch den Anschluß so zahlreicher Gewerkschaftsgremien, Persönlichkeiten, Sozialdemokraten usw., was der DKP-Führung zweifellos als Erfolg ihrer „Aktionseinheits"-Politik erscheint.

Indessen ist dieser für die DKP-Führung positive Aspekt auch mit einem negativen verbunden: Die bisherige Grundlinie der DKP ist es, von der Tatsache abzulenken, daß trotz (bzw. richtiger: wegen!) der scheinbaren „Entspannung" vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion ein unvorstellbares Wettrüsten insbesondere auf dem Gebiet der atomaren Massenvernichtungswaffen stattfindet; diesen „Entspannungs"-Schwindel verbindet die DKP mit der Foderung nach einseitiger Abrüstung der BRD (insbesondere die Forderung nach „Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte" und Senkung des Rüstungsetats um 10%). Indessen bringt es die zunehmende politische Breite dieser Bewegung mit sich, daß auf allen Kundgebungen von vielen der Redner der Blick auch auf das Wettrüsten zwischen USA und Sowjetunion gelenkt wurde, daß konkrete „Abrüstung in Ost und West" gefordert wurde usw.

Zwar ist es der DKP diesmal noch gelungen, ihre Zielsetzung (Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD, k e i n e r l e i Erwähnung des atomaren Rüstungswahnsinns der USA und Sowjetunion) in die gemeinsame Abschlußresolution der vier Kundgebungen unterzubringen. Es dürfte aber wohl auch das l e t z t e Mal gewesen sein, daß ihr das in dieser Form gelingen konnte.

Für uns selber heißt das: Die Kommunisten müssen sich verstärkt „einmischen" in den Kampf für Frieden und Abrüstung. Sie müssen noch offensiver die verlogene „Entspannung" als politische Tarnung des größten und gefährlichsten Wettrüstens der Geschichte angreifen und entlarven; sie müssen den Kampf gegen die Kriegsrüstung und Kriegshetze des BRD-Imperialismus v e r b i n d e n mit der Verurteilung des Wettrüstens USA–Sowjetunion, insbesondere auf dem Gebiet der atomaren Massenvernichtungswaffen; sie müssen für t a t s ä c h l i c h e Abrüstungsmaßnahmen anstelle von leerem Geschwätz („Entspannung" in Worten, Aufrüstung in Taten) eintreten; sie müssen für die Auflösung der Militärblöcke, insbesondere NATO und Warschauer Pakt, eintreten.

Eine Erscheinung auf allen vier Abschlußkundgebungen und bei den Demonstrationen waren auch in diesem Jahr wieder Schlägereinsätze und Überfälle der DKP auf Verkäufer des ARBEITERKAMPF und anderer Zeitungen, sowie auf Flugblattverteiler. Insgesamt scheint das Ausmaß der Übergriffe aber geringer gewesen zu sein als im vorigen Jahr, mit Rücksicht auf die „Bündnispartner", die dem Terror der DKP gegen Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler mehrheitlich ablehnend gegenüberstehen.

Augenzeugenberichte von Schlägereien der DKP am 21. Mai in Bremen

„Wir begannen den Zeitungsverkauf am Sammelplatz der Demonstration, wobei wir immer möglichst dicht zusammenblieben. Kaum hatte ich die ersten Zeitungen rausgeholt und einigen Leuten angeboten, kamen die ersten Anmachereien: ‚Haut bloß ab hier, ihr Schweine' usw. .....

Ich stand am weitesten vorgeschoben zum Sammlungsplatz hin. Nachdem ich etwa zehn Minuten verkauft hatte, wurde ich als erster von einem DKP-Schläger angegriffen. Er packte hinterrücks meinen Packen Zeitungen und versuchte, ihn mir aus der Hand zu reißen. Ich schrie ihn völlig überrascht an: ‚Sag mal, spinnst du?' Da kam auch schon der zweite Schläger (ebenfalls von hinten), packte mich an den Oberarm und trat mir in den Hintern. Der erste machte sich mit meinen mittlerweile völlig zerfetzten Zeitungen und meiner Materialtasche davon, ließ sie aber unterwegs wieder fallen....Ich schnappte mir meine Tasche und rannte zu den anderen Genossen, die mittlerweile von ca. 15 – 20 Schlägern angegriffen wurden. Eine Mordswichserei entstand.

Ein völlig Unbeteiligter, der einem Genossen zu Hilfe gekommen war, wurde übel zugerichtet. Er hatte es gleich mit 6 – 7 Schlägern zu tun, die ihn mit Faustschlägen ins Gesicht und Fußtritten in Hintern und Hoden traktierten, bis er zu Boden ging. Ihm wurde während der Schlägerei die Kamera vom Halse gerissen und völlig demoliert ".

●

„Auf dem Weg zum Sammelpunkt der Demo gegen das ‚Wettrüsten...' in Höhe der Kartenhäuschen vorm Weserstadion sah ich, wie einem Zeitungsverkäufer die Zeitungen entrissen wurden. Daraufhin bin ich dem Verkäufer zu Hilfe gekommen. Im Nu wurde ich von einer großen Zahl von Ordnern umringt und durch Schläge in Gesicht und Tritte in die Hoden zu Boden geschlagen. Während sie auf mich einschlugen, wurde meine Kamera entrissen und zerstört. Der Schaden beträgt ca. 300 DM (Kamera Typ Practica mat).

Von dem Schreck noch nicht erholt, hatte ich den Eindruck, während ich am Boden lag, daß sie mir mit ihren Schuhen ins Gesicht treten würden. Als ich anfing zu schreien, ließen sie dann aber von mir ab und brachten noch zum Ausdruck, daß ich mich ‚man nicht so anstellen' solle. So schnell wie sie gekommen waren, verschwanden sie auch wieder".

„Plötzlich grapschte jemand nach meinen Zeitungen und riß sie mir aus der Hand. Ich wollte mich wehren, war aber schon von etwa 15 Schlägern umringt. Auch andere Genossen wurden angegriffen. Ich versuchte, aus dem Schlägerkreis herauszukommen, wurde jedoch von allen Seiten geschlagen. Ich wehrte mich. Sie zerrten an der Umhängetasche mit den Zeitungen, ich bekam Fausthiebe ins Gesicht, wurde an Nase und Augenbraue getroffen. Die für Frieden und Zusammenarbeit demonstrierenden Schläger ließen mich schließlich in Ruh. Mit stark blutender Nase nahm ich den Verkauf wieder auf.

In der folgenden Zeit mußte ich immer wieder feststellen, wie verhetzt vor allem viele DKP-Mitglieder sind. Ich wurde ständig als Provokateur beschimpft und angemacht: ‚Du hast doch schon eins auf die Fresse bekommen, hast du immer noch nicht die Schnauze voll?' oder: ‚O guck mal, der Chaot da, der hat schon eins auf die Nase gekriegt', freuten sich mehrere Friedensdemonstranten".